

**(nur öffentlicher Teil)**

**Einladung**

**zu einer Sitzung der Bezirksvertretung Bottrop-Mitte**

**an Donnerstag, den 11.04.2024, 15:00 Uhr,**

**in Sitzungszimmer 111 des Rathauses,**

**Ernst-Wilczok-Platz 1, 46236 Bottrop**

**- Nr. 2 /2024 -**

**Tagesordnung:**

**A) Öffentliche Sitzung**

TOP	Nr. der Drucksache	Inhalt
1		Niederschrift über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Bottrop-Mitte am 07.12.2023 - Nr. 6 /2023 -
2		Niederschrift über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Bottrop-Mitte am 18.01.2024 - Nr. 1 /2024 -
3		Sicherheit und Ordnung; <u>hier:</u> Vorkommnisse in der Silvesternach 2023  - mündliche Erläuterungen durch den Ersten Beigeordneten und einen Vertreter des Polizeipräsidiums
4	2024/0096	Haushalt 2024; <u>hier:</u> Beratung Haushaltssicherungskonzept (HSK)
5	2024/0024	Innenstadtentwicklung; <u>hier:</u> Wochenmarktkonzept Innenstadt

- 6 2024/0039 Nachbereitung der Schöffenwahl 2023 (Vorbereitung 2028)  
- Die Unterlagen werden nachgereicht.
- 7 2024/0105 Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Ortsteil Bottrop-Stadtmitte im Zusammenhang mit der Veranstaltung „Pferdemarkt“ am Sonntag, den 28. April 2024
- 8 2024/0106 Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Ortsteil Bottrop-Stadtmitte im Zusammenhang mit der Veranstaltung „Stadtfest“ am Sonntag, den 26. Mai 2024
- 9 2024/0107 Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Ortsteil Bottrop-Stadtmitte im Zusammenhang mit der Veranstaltung „Michaelismarkt“ am Sonntag, den 29. September 2024
- 10 2024/0108 Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Ortsteil Bottrop-Stadtmitte im Zusammenhang mit der Veranstaltung „Kirchhellener Dorffest“ am Sonntag, den 11. August 2024
- 11 2024/0109 Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Ortsteil Bottrop-Stadtmitte im Zusammenhang mit der Veranstaltung „Kirchhellener Wintertreff“ am Sonntag, den 01. Dezember 2024
- 12 2024/0092 Fonds zur Förderung der Stadtteilarbeit: Änderung der Antragsfristen
- 13 2024/0150 Änderung Nr. 13 des Flächennutzungsplans zur Darstellung einer Wohnbaufläche im Bereich westlich der Tourcoingstraße;  
hier:  
1. Ergebnis der frühzeitigen Beteiligung (§ 3 Abs. 1 BauGB und § 4 Abs. 1 BauGB) sowie der Beteiligung der betroffenen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (§ 4 Abs. 2 BauGB)  
2. Billigung des Planentwurfs  
3. Beschluss zur öffentlichen Auslegung
- 14 2024/0151 Bebauungsplan Nr. 4.13/1 „Tourcoingstraße“;  
hier:  
1. Ergebnis der frühzeitigen Beteiligung (§ 3 Abs. 1 BauGB und § 4 Abs. 1 BauGB) sowie der Beteiligung der betroffenen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (§ 4 Abs. 2 BauGB)  
2. Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses vom 10.09.2019  
3. Aufstellungsbeschluss  
4. Billigung des Planentwurfs  
5. Beschluss zur öffentlichen Auslegung

- 15 2024/0091 Bebauungsplan Nr. 5.09/17 „Moschee an der Prosperstraße“;  
hier:  
1. Aufstellungsbeschluss  
2. Billigung des Plankonzeptes  
3. Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit  
sowie der betroffenen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange
- 16 2024/0007 Umlaufsperrern;  
hier:  
Sachstandsbericht zum Um- und Rückbau von Sperrelementen im Bottroper Stadtgebiet
- 17 2024/0057 Festlegung von Straßenausbauprogrammen;  
hier:  
Ausbau der Straße Im Beckedal
- 18 Hinweisbeschilderung im Zuge des den Kirchschemmsbach begleitenden Rad- und Gehwegs auf die kreuzenden Straßen;  
hier:  
Antrag der SPD-Bezirksfraktion
- 19 **Mitteilungen des Bezirksbürgermeisters**
- 20 **Stellungnahmen der Verwaltung zu Anregungen, Vorschlägen und Anfragen**  
- Die Unterlagen werden nachgereicht.
- 21 **Anregungen, Vorschläge und Anfragen**

gez. Klaus Kalthoff  
(Bezirksbürgermeister)

### I/4537 Funktionsänderung Dunkelampel

In Abstimmung zwischen dem Stadtplanungsamt (Reimund Keyzers) und dem Fachbereich Tiefbau (Welling, Skiba, Overlack) sowie dem Straßenverkehrsamt nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung:

Der Regelfall einer Dunkelschaltung ist die Kombination aus Dunkelanzeige für den KFZ-Verkehr und Rotlicht für Fußgänger. Diese Schaltung wäre allerdings nicht zielführend für das hier in Frage stehende Anliegen.

Es gibt dann noch den eher selten eingesetzten Fall einer kompletten Dunkelschaltung, bei der die Fußgänger entscheiden können, ob sie diese nutzen wollen oder nicht. Hier müsste dann an der Ampelanlage ein Hinweis angebracht werden, dass diese betriebsbereit ist und für eine Einschaltung angefordert werden muss. Dieser Fall ist aber eher für Schwachlastzeiten gedacht, damit dann die Fußgänger ohne Rotlichtverstoß und ohne Beachtung der LSA die Fahrbahn queren können. Die RiLSA sagt hierzu, dass diese Schaltungsvariante nur bis zu einer zulässigen Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h eingesetzt werden darf. Dieses ist inzwischen zwar an der Kirchhellener Straße der Fall, aber der Charakter der Straße spielt hier sicher auch noch eine Rolle.

Diese Schaltung jetzt beispielsweise an der Overbeckstraße zu wählen, um Wartezeiten zu sparen, ist aus Sicht der Verwaltung gefährlich. Man verleitet dadurch wahrscheinlich eine ganze Reihe Fußgänger dazu, die Fahrbahn ohne Nutzung der LSA zu überqueren, was bei dem einen oder anderen bei nicht ausreichender Aufmerksamkeit zu gefährlichen Situationen führen könnte. Gerade in den Abendstunden wird bei wenig Verkehr möglicherweise schneller gefahren. Die Geschwindigkeit wird dann von querenden Fußgängern sicher leicht unterschätzt und somit die Gefahr eines Unfalls entsprechend groß.

Bisher konnte in diesem Bereich keine Unfalldhäufungsstelle verzeichnet werden.

Beide anliegenden Straßen (Overbeckstraße, Im Stadtgarten) sind als Fahrradstraße ausgewiesen und genau diese LSA ist als Quermöglichkeit dargestellt. Aufgrund der Tatsache, dass hier auch mit einem vermehrten Radverkehrsaufkommen zu rechnen ist, hält die Verwaltung eine Abschaltung der LSA für nicht durchführbar. Die L 631 hat in dem Bereich einen DTV von über 25.000 Fahrzeugen und nachts wahrscheinlich ein erhöhtes Geschwindigkeitsniveau durch die Mehrspurigkeit.

**Fazit: Die Verwaltung wird aus oben genannten Gründen daher keine Funktionsänderung hinsichtlich einer Dunkelampel durchführen.**

Mögliche Optimierungen an der Ampelschaltung wurden vor geraumer Zeit bereits bei Anpassung der Grünen Welle aufgrund der geänderten Höchstgeschwindigkeit umgesetzt.

(nur öffentlicher Teil)

Niederschrift

über die Sitzung der Bezirksvertretung Bottrop-Mitte

an Donnerstag, den 11.04.2024, 15:00 Uhr,

in Sitzungszimmer 111 des Rathauses, 46236 Bottrop

- Nr. 2 /2024 -

Anwesend unter dem Vorsitz von **Bezirksbürgermeister Klaus Kalthoff:**

die Mitglieder der Bezirksvertretung:

Alkemper, Johannes	CDU
Behrendt, Sandra	SPD
Beyer, Annegret	SPD
Freitag, Andreas	CDU
Hulisz, Karl-Heinz	Grüne
Knudsen, Alexander	SPD
Köllner, Sigurd	Grüne
Richterich, Wolfgang	SPD
Schulz, Guido	AfD
Sczepan, Jan-Phillip	CDU
Stöber, Sebastian	ÖDP

es fehlen entschuldigt:

Dreiskämper, Cäcilie	SPD
Schuster, Daniel	FDP

aus dem Rat der Stadt:

Hölting, Burkhard	Bündnis 90/Die Grünen
-------------------	-----------------------

als Gast:

Kollburg, Rainer

Polizeipräsidium Recklinghausen

von der Verwaltung:

Gilcher, Dr. Elena

KIS

Reiter, Henrik

KIS

Schrage-Schmücker, Nora

KIS

Schüttler, Oliver

Stadtplanungsamt (61)

Petri, Achim

Vermessungs- und Katasteramt (62)

Sommer, Peter

Fachbereich Immobilien (65)

Welling, Nicole

Fachbereich Tiefbau (66)

Wenker, Markus

Bezirksverwaltungsstelle Bottrop

**Bezirksbürgermeister Klaus Kalthoff** eröffnet die Sitzung und heißt die Mitglieder der Bezirksvertretung Bottrop-Mitte herzlich willkommen. Entschuldigt fehlten Bezirksvertreterin Cäcilie Dreiskämper und Bezirksvertreter Daniel Schuster. Sodann begrüßt er die Vertreter der Verwaltung. Besonders begrüßt er den Ersten Beigeordneten Emilio Pinteä sowie Herrn Rainer Kollburg vom Polizeipräsidium Recklinghausen

Er stellt fest, dass die Einladung vom 27.03.2024 sowie der Nachgang vom 04.04.2024 form- und fristgerecht zugegangen seien. Die Tagesordnung liege vor. Er schlage vor, sowohl die Tagesordnungspunkte A 7 bis A 11 als auch A 13 und A 14 wegen des jeweils gegebenen Sachzusammenhangs gemeinsam zu beraten und in den Fällen, in denen Entscheidungen anstünden, separat abzustimmen.

Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

Auf seine Nachfrage werden weder weitere Anmerkungen oder Anträge zur Tagesordnung noch Befangenheitsgründe zu einzelnen Tagesordnungspunkten vorgetragen.

Sodann tritt die Bezirksvertretung Bottrop-Mitte in folgende Tagesordnung ein.

# Tagesordnung

## A) Öffentliche Sitzung:

TOP	Nr. der Drucksache	Inhalt
1		Niederschrift über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Bottrop-Mitte am 07.12.2023 - Nr. 6 /2023 -
2		Niederschrift über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Bottrop-Mitte am 18.01.2024 - Nr. 1 /2024 -
3		Sicherheit und Ordnung; <u>hier:</u> Vorkommnisse im Bereich der Straße am Vietshof in der Silvesternacht 2023
4	2024/0096	Haushalt 2024; <u>hier:</u> Beratung Haushaltssicherungskonzept (HSK)
5	2024/0024	Innenstadtentwicklung; <u>hier:</u> Wochenmarktkonzept Innenstadt
6	2024/0039	Nachbereitung der Schöffenwahl 2023 (Vorbereitung 2028)
7	2024/0105	Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Ortsteil Bottrop-Stadtmitte im Zusammenhang mit der Veranstaltung „Pferdemarkt“ am Sonntag, den 28. April 2024
8	2024/0106	Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Ortsteil Bottrop-Stadtmitte im Zusammenhang mit der Veranstaltung „Stadtfest“ am Sonntag, den 26. Mai 2024
9	2024/0107	Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Ortsteil Bottrop-Stadtmitte im Zusammenhang mit der Veranstaltung „Michaelismarkt“ am Sonntag, den 29. September 2024
10	2024/0108	Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Ortsteil Bottrop-Stadtmitte im Zusammenhang mit der Veranstaltung „Kirchhellener Dorffest“ am Sonntag, den 11. August 2024
11	2024/0109	Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Ortsteil Bottrop-Stadtmitte im Zusammenhang mit der Veranstaltung „Kirchhellener Wintertreff“ am Sonntag, den 01. Dezember 2024
12	2024/0092	Fonds zur Förderung der Stadtteilarbeit: Änderung der Antragsfristen

- 13 2024/0150 Änderung Nr. 13 des Flächennutzungsplans zur Darstellung einer Wohnbaufläche im Bereich westlich der Tourcoingstraße;  
hier:  
1. Ergebnis der frühzeitigen Beteiligung (§ 3 Abs. 1 BauGB und § 4 Abs. 1 BauGB) sowie der Beteiligung der betroffenen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (§ 4 Abs. 2 BauGB)  
2. Billigung des Planentwurfs  
3. Beschluss zur öffentlichen Auslegung
- 14 2024/0151 Bebauungsplan Nr. 4.13/1 „Tourcoingstraße“;  
hier:  
1. Ergebnis der frühzeitigen Beteiligung (§ 3 Abs. 1 BauGB und § 4 Abs. 1 BauGB) sowie der Beteiligung der betroffenen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (§ 4 Abs. 2 BauGB)  
2. Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses vom 10.09.2019  
3. Aufstellungsbeschluss  
4. Billigung des Planentwurfs  
5. Beschluss zur öffentlichen Auslegung
- 15 2024/0091 Bebauungsplan Nr. 5.09/17 „Moschee an der Prosperstraße“;  
hier:  
1. Aufstellungsbeschluss  
2. Billigung des Plankonzeptes  
3. Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der betroffenen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange
- 16 2024/0007 Umlaufsperrern;  
hier:  
Sachstandsbericht zum Um- und Rückbau von Sperrelementen im Bottroper Stadtgebiet
- 17 2024/0057 Festlegung von Straßenausbauprogrammen;  
hier:  
Ausbau der Straße Im Beckedal
- 18 Hinweisbeschilderung im Zuge des den Kirchschemmsbach begleitenden Rad- und Gehwegs auf die kreuzenden Straßen;  
hier:  
Antrag der SPD-Bezirksfraktion
- 19 **Mitteilungen des Bezirksbürgermeisters**
- 20 **Stellungnahmen der Verwaltung zu Anregungen, Vorschlägen und Anfragen**
- 21 **Anregungen, Vorschläge und Anfragen**



## **A) Öffentliche Sitzung:**

1

Niederschrift über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Bottrop-Mitte am 07.12.2023 - Nr. 6 /2023 -

---

Einwendungen gegen die Niederschrift über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Bottrop-Mitte am 07.12.2023 - Nr. 6 /2023 - werden nicht erhoben.

2

Niederschrift über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Bottrop-Mitte am 18.01.2024 - Nr. 1 /2024 -

---

Einwendungen gegen die Niederschrift über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Bottrop-Mitte 18.01.2024 - Nr. 1 /2024 - werden nicht erhoben.

3

Sicherheit und Ordnung;  
hier:

Vorkommnisse im Bereich der Straße am Vietshof in der Silvesternacht 2023

---

### **Beschluss:**

Die Verwaltung wird aufgefordert, nach den Sommerferien 2024 Bericht darüber zu erstatten, mit welchen Maßnahmen sie eine Wiederholung der Geschehnisse der Silvesternacht 2023 verhindern wolle.

### **Erläuterungen:**

**Bezirksbürgermeister Klaus Kalthoff** verweist zunächst auf die Beratungen der Bezirksvertretung vom 18.01.2024 in dieser Angelegenheit. Die ersten hier vorgetragenen Erkenntnisse hätten im Nachhinein nicht mit den Tatsachen im Einklang gestanden, was zu einigen Dissonanzen geführt habe. Zur Aufklärung, wie auch zur Erläuterung der Möglichkeiten, mit denen solche Vorkommnisse abgewendet werden können, seien der Erste Beigeordnete Emilio Pinteá sowie von Seiten des Polizeipräsidiums Recklinghausen Herr Rainer Kollburg zugegen. Zunächst wolle er jedoch der Bezirksvertreterinnen und Bezirksvertretern die Gelegenheit geben, sich zu äußern.

**Bezirksvertreterin Sandra Behrendt** befürchtet, dass auch in Zukunft mit solchen Ereignissen zu rechnen sei. Vor diesem Hintergrund liege ihr Fokus auf den Möglichkeiten, mit denen diese gesellschaftliche Entwicklung, wenn auch nicht vollständig vermieden, so doch zumindest begrenzt werden könne. Nach ihren Erkenntnissen würde im Bereich des Polizeipräsidiums Recklinghausen im Vergleich zu anderen Präsidien die Videoüberwachung nur in geringem Umfang genutzt. Sie bittet die Gründe darzulegen, warum dies nicht ausgeweitet werde.

**Erster Beigeordneter Emilio Pinteá** erklärt, dass verschiedene Maßnahmen ergriffen werden könnten, um eine Wiederholung für die hier in Rede stehende Örtlichkeit zu vermeiden. Damit sei jedoch nicht ausgeschlossen, dass sich die Vorkommnisse an anderer Stelle wiederholten. Die Probleme an Silvester 2023 seien von einer Gruppe junger Menschen ausgegangen, die von extern angereist seien. Somit habe es sich

nicht um Bottroper aus dem unmittelbaren Umfeld gehandelt. Durch den Genuss von Alkohol und die übliche Gruppendynamik sei es dann zu den negativen Geschehnissen gekommen. Er verweist darauf, dass es bundesweit betrachtet zu Vorkommnissen ganz anderer Größenordnung komme. Überwachungstechnisch sei der „Rote Platz“ als schwierig einzustufen, da es eine Vielzahl an Fluchtwegen gebe. Beschränken ließen sich solch negative Entwicklungen z. B. dadurch, dass auf der Fläche organisierte Veranstaltungen abgehalten würden, quasi eine soziale Kontrolle organisiert werde. Flankiert durch die Anwesenheit von KOD, bzw. Polizei könnte dies eine vielversprechende Strategie sein. Das Thema Videoüberwachung sei ein schwieriges Thema, an die durch das informelle Selbstbestimmungsrecht hohe rechtliche Hürden geknüpft seien. Darüber hinaus sei sie nur an Kriminalitätsschwerpunkten möglich. Diesbezüglich seien die Anzahl und die Qualität von Delikten in Düsseldorf oder Köln ganz anders einzuordnen. Insoweit seien Verhältnisse, die eine Videoüberwachung rechtfertigten zum Glück in Bottrop nicht gegeben und schon gar nicht gewünscht.

**Herr Rainer Kollburg** führt aus, dass der „Rote Platz“ durch die Polizei nicht als Ort krimineller Handlungen eingestuft werde. Dies wäre nur der Fall, wenn dort regelmäßig Straftaten erfolgten. Hier gebe es aber nur sehr punktuell Probleme, wie z. B. an Silvester. An dem Tag sei es bis nach Mitternacht, bis ca. 00:40 Uhr, ruhig gewesen. Erst dann sei das Geschehen eskaliert. Er schildert in der Folge detailliert die Geschehnisse. Leider seien die Planungen für den in Rede stehenden Jahreswechsel aber durch eine andere Straftat im Stadtgebiet, die zahlreiches Personal gebunden habe, außer Kraft gesetzt worden. Im Weiteren geht er auf die Unterschiede zwischen Videoüberwachung und -beobachtung sowie deren Handhabung durch das Polizeipräsidium Recklinghausen ein. Auf Nachfrage von **Bezirksvertreter Sigurd Köllner** zu nachweislichen Erfolgen einer Videoüberwachung erklärt er, dass er dies nicht darlegen könne. Letztlich sei die Bildqualität durch Regen oder Dunkelheit häufig gering. Dagegen liege häufig Bildmaterial vor, das von Beteiligten oder Zuschauern in die sozialen Netzwerke gestellt würde.

**Bezirksvertreterin Sandra Behrendt** weist darauf hin, dass die Örtlichkeit auch für Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz bekannt sei. Es stelle sich die Frage, ob unerwünschtes Klientel nicht auch durch Licht oder Beschallung ferngehalten werden könne.

Zu einer evtl. möglichen besseren Ausleuchtung des Platzes führt **Erster Beigeordneter Emilio Pinte** aus, dass dort bereits LED-Technik zum Einsatz komme, mit der eine homogene Ausleuchtung der gesamten Platzfläche erfolge. Er wolle gerne prüfen, ob zu bestimmten Anlässen, wie z. B. Silvester mehr möglich sei. Es seien jedoch auch Aspekte wie Lichtverschmutzung und Anwohnerschutz zu beachten. Auf Nachfrage von **Bezirksbürgermeister Klaus Kalthoff** zu möglichen positiven Auswirkungen der Einziehung der Fläche führt er weiter aus, dass diese grundsätzlich zu bejaen wären. Sollte gar jemand privates die Fläche erwerben, stünde diesem das Hausrecht zu, was unter Beachtung bestimmter Regeln auch eine Videoüberwachung zuließe. Auch Zugangskontrollen zu der Fläche wären rechtlich möglich.

**Bezirksbürgermeister Klaus Kalthoff** verweist auf diverse Versuche in der Vergangenheit, um unerwünschte Nutzungen des Platzes zu vermeiden. Die aktuelle Entwicklung zeige die Notwendigkeit auf, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, von der Einziehung der öffentlichen Verkehrsfläche über stärkere/bessere Beleuchtung, der Abbindung von Fluchtwegen bis zur baulichen Vollsperrung der Platzfläche.

Im Anschluss an die weitere Diskussion bittet **Bezirksbürgermeister Klaus Kalthoff** die Verwaltung, nach den Sommerferien zu berichten, mit welchen weiteren Maßnahmen sie eine Wiederholung der Geschehnisse verhindern wolle.

**Erster Beigeordneter Emilio Pinte** sagt dies zu. Gleichwohl sei die Verwaltung schon jetzt darum bemüht, dass die Stadt sicherer werde; auch in Kooperation mit der Polizei.

Abschließend bedankt sich **Bezirksbürgermeister Klaus Kalthoff** bei Herrn Rainer Kollburg für dessen Teilnahme an der Sitzung.

Haushalt 2024;  
hier:  
Beratung Haushaltssicherungskonzept (HSK)

---

**Beschluss:**

siehe Erläuterungen

**Abstimmungsergebnis:**

siehe Erläuterungen

**Erläuterungen:**

**Bezirksvertreterin Sandra Behrendt** spricht zunächst die Kürzung der bezirklichen Mittel an, die die SPD-Bezirksfraktion rundum ablehne. Bereits durch den Stärkungspakt Stadtfinanzen seien die den Bezirksvertretungen zur Verfügung stehenden Mittel auf 50 % gekürzt worden. Dies sei nach Beendigung des Stärkungspaktes nur in Teilen wieder aufgehoben worden. Vor dem Hintergrund, dass die Unterhaltungsarbeiten im Zuständigkeitsbereich der Bezirksvertretungen eh zu leisten seien, sowie Berücksichtigung der deutlich gestiegenen Kosten für Reparaturen, könne eine erneute Kürzung nicht mitgetragen werden. Die Bezirksvertretungen würden durch die Kürzung erheblich in ihrer Entscheidungsfreiheit eingeschränkt. Darüber hinaus bittet sie darzulegen, welche Auswirkungen die bei der Quartiersarbeit vorgesehene Kürzung mit sich bringe.

**Bezirksvertreter Andreas Freitag** schließt sich der negativen Haltung zur Kürzung der bezirklichen Mittel an. Er möchte wissen, was passiere, wenn die Entwicklungsstudie „Nördliche Innenstadt“ nicht durchgeführt werde. Die Probleme in der Innenstadt müssten gelöst werden.

**Bezirksvertreter Sigurd Köllner** lehnt für die Fraktion Bündnis90/Die Grünen die in der Anlage zur Vorlage aufgeführten Punkte ab. Auch er argumentiert dahingehend, dass die Reparatur- und Instandsetzungsarbeiten eh durchzuführen seien.

**Herr Markus Ewers** erklärt, dass er die ablehnende Haltung zu den Kürzungsvorschlägen dem Haupt-, Beschwerde- und Finanzausschuss vorlegen werde, der schlussendlich die politische Entscheidung treffen müsse.

**Frau Dr. Elena Gilcher** verweist auf die durch die Verwaltung in 2021 durchgeführten Untersuchungen zu Entwicklungspotenzialen in der Innenstadt, die Grundlage des durch den Rat der Stadt Ende 2023 beschlossenen ISEK gewesen seien. Derzeit warte die Verwaltung auf eine Entscheidung über den in diesem Zusammenhang gestellten Förderantrag. Der Einsparungsvorschlag bei der Quartiersarbeit betreffe den Stadtteufond, mit dem kleinteilige soziale, nicht kommerzielle Projekte gefördert würden. Nicht betroffen sei der Verstetigungsfond, über den temporär Zwischenfinanzierungen für die Quartiersbüros und deren Arbeit erfolgten. Die Auflösung der nachhaltigen Quartiersentwicklung komme erst 2032 mit dem altersbedingten Ausscheiden einer Mitarbeiterin zum Tragen.

**Bezirksvertreter Sigurd Köllner** schlägt vor, über die einzelnen Einsparungsvorschläge separat abzustimmen.

**Bezirksbürgermeister Klaus Kalthoff** lässt darüber abstimmen ob, die Kürzung der bezirklichen Mittel abgelehnt werde.

### Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei einer Enthaltung (ödp)

**Bezirksbürgermeister Klaus Kalthoff** lässt darüber abstimmen, ob der Verzicht auf die integrierte Stadtentwicklungsstudie nördliche Innenstadt abgelehnt werde.

### Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei zwei Enthaltungen (1 SPD, 1 ödp)

Sodann **Bezirksbürgermeister Klaus Kalthoff** lässt darüber abstimmen, ob der Reduzierung der Stadtteilarbeit/Quartiersarbeit zugestimmt werde.

### Abstimmungsergebnis:

5 dafür (SPD)  
5 dagegen (3 CDU, 2 Bündnis 90/Die Grünen)  
2 Enthaltungen (1 AfD, 1 ödp)

Schließlich lässt **Bezirksbürgermeister Klaus Kalthoff** darüber abstimmen, ob der Auflösung der nachhaltigen Quartiersentwicklung zugestimmt werde.

### Abstimmungsergebnis:

5 dafür (SPD)  
6 dagegen (3 CDU, 2 Bündnis 90/Die Grünen, 1 AfD)  
1 Enthaltung (ödp)

5	Drucksachenummer: Zuständigkeit:	2024/0024 Kenntnisnahme
---	-------------------------------------	----------------------------

Innenstadtentwicklung;  
hier:  
Wochenmarktkonzept Innenstadt

---

### Beschluss:

Die Bezirksvertretung Bottrop-Mitte nimmt Kenntnis.

### Erläuterungen:

**Bezirksbürgermeister Klaus Kalthoff** macht deutlich, dass hier - zum wiederholten Male - der Bezirksvertretung eine Beschlussvorlage zur Kenntnis gegeben werde, nachdem die Entscheidung bereits gefallen sei. In der Sache selbst liege ihm ein Beschwerdebrief vor, mit dem u. a. Unregelmäßigkeiten bei der Platzvergabe an die Marktbesicker, aber auch eine unterschiedliche Vorgehensweise bei der Gebührenerhebung kolportiert werde. Es sei hinlänglich bekannt, wodurch diese Unruhe entstehe. Er mahne einen sensiblen Umgang mit der Thematik an.

**Bezirksvertreter Karl-Heinz Hulisz** stuft das beratene und beschlossene Konzept grundsätzlich als positiv ein. Das Konzept sehe u. a. vor die Installation eines Marktmanagers, die Schaffung einer Aktionsfläche zwischen Alter Apotheke und Parfümerie Pieper sowie die Reduzierung der Stände mit Billigbekleidung. Er bittet um Mitteilung, wie sich der Sachstand zu den Vorschlägen darstelle.

**Frau Dorothee Lauter** führt zum Punkt Marktmanagement aus, dass aufgrund der aktuellen Haushaltslage die Ausschreibung voraussichtlich im Sommer erfolgen könne. Inwieweit eine Anpassung des Leistungsverzeichnisses und eine mögliche Umschichtung von Tätigkeiten erforderlich, bzw. möglich werde, ließe sich erst in der nächsten Beratungsfolge sagen.

**Herr Michael Althammer** erklärt, dass der Verwaltung keine Informationen über schlecht nachgefragte Händler oder ein Überangebot für ein bestimmtes Segment vorlägen. Im Übrigen entschieden die Händler schon aus eigenen wirtschaftlichen Interessen, ob es sich lohne, auf dem Innenstadtmarkt Ware feil zu bieten oder nicht. Er selbst erachte das Angebot als gleichmäßig und ausgewogen.

**Erster Beigeordneter Emilio Pinte**a führt aus, dass zu der Einrichtung einer Aktionsfläche derzeit einige Gerüchte verbreitet würden. Tatsächlich sei dagegen noch nichts entschieden. Die Verwaltung arbeite daran, aus eigener Initiative die Aufenthaltsqualität zu steigern, z. B. durch ein Angebot von Sitzgelegenheiten.

**Frau Dorothee Lauter** bestätigt, dass keine Überlegungen angestellt würden, allen Händlern neue Standorte zuzuordnen. Die Verwaltung stehe in engen Kontakt mit den Händlern und sei bemüht, diesen gute Voraussetzungen für ihren wirtschaftlichen Erfolg zu schaffen.

<b>6</b>	Drucksachennummer: Zuständigkeit:	<b>2024/0039</b> <b>Vorberatung</b>
----------	--------------------------------------	--

Nachbereitung der Schöffenwahl 2023 (Vorbereitung 2028)

---

**Beschluss:**

Dem Vorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:**

8 dafür (5 SPD, 3 CDU)  
1 dagegen (ödp)  
3 Enthaltungen (2 Bündnis 90/Die Grünen, 1 AfD)

**Erläuterungen:**

**Bezirksvertreter Sebastian Stöber** führt für die ödp aus, dass diese das Verfahren ablehne, soweit die Parteien die ihnen angebotenen Stimmanteile nicht belegen könnten. Die Politik sollte auch weiterhin einen breiten Platz bei der Besetzung der Sitze einnehmen. In jedem Falle sei es erforderlich, dass die Politik die Kontrolle über die Besetzung behalte, um antidemokratische Strömungen zu unterbinden.

**Erster Beigeordneter Emilio Pinte**a erklärt, dass die Wahl alle fünf Jahre erfolge. Bisher seien von Parteien und Verbänden ausreichend Vorschläge eingegangen. Nun setze aber eine rückläufige Entwicklung ein. Daher habe die Verwaltung eine Werbekampagne angestoßen, durch die viele freie Bewerber gewonnen werden konnten. Daraus resultiere auch der Vorschlag der Verwaltung, das Verhältnis zwischen freien Bewerbern und den Parteivorschlägen ein wenig zu verschieben.

<b>7</b>	Drucksachennummer: Zuständigkeit:	<b>2024/0105</b> <b>Kenntnisnahme</b>
----------	--------------------------------------	--

Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Ortsteil Bottrop-Stadtmitte im Zusammenhang mit der Veranstaltung „Pferdemarkt“ am Sonntag, den 28. April 2024

---

**Beschluss:**

Die Bezirksvertretung Bottrop-Mitte nimmt Kenntnis.

### **Erläuterungen:**

**Bezirksvertreterin Sandra Behrendt** verweist auf den zu erwartenden Auftritt eines bekannten DJ und bittet um Mitteilung, ob aufgrund der Erfahrungen der Vergangenheit erneut Probleme zu erwarten seien.

**Herr Michael Althammer** räumt ein, dass es bei dem letzten Auftritt des DJ vor sechs Jahren zu Rängeleien gekommen sei. Derzeit erfolgten Abstimmungsgespräche mit dem Betreiber. Es könne letzten Endes nicht alles ausgeschlossen werden, jedoch werde die Veranstaltung verantwortungsvoll geplant.

<b>8</b>	Drucksachennummer: Zuständigkeit:	<b>2024/0106</b> <b>Vorberatung</b>
----------	--------------------------------------	--

Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Ortsteil Bottrop-Stadtmitte im Zusammenhang mit der Veranstaltung „Stadtfest“ am Sonntag, den 26. Mai 2024

---

### **Beschluss:**

Der beigefügten Rechtsverordnung wird zugestimmt.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig

### **Erläuterungen:**

siehe TOP A 7

<b>9</b>	Drucksachennummer: Zuständigkeit:	<b>2024/0107</b> <b>Vorberatung</b>
----------	--------------------------------------	--

Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Ortsteil Bottrop-Stadtmitte im Zusammenhang mit der Veranstaltung „Michaelismarkt“ am Sonntag, den 29. September 2024

---

### **Beschluss:**

Der beigefügten Rechtsverordnung wird zugestimmt.

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

### **Erläuterungen:**

siehe TOP A 7

<b>10</b>	Drucksachennummer: Zuständigkeit:	<b>2024/0108</b> <b>Kenntnisnahme</b>
-----------	--------------------------------------	--

Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Ortsteil Bottrop-Stadtmitte im Zusammenhang mit der Veranstaltung „Kirchhellener Dorffest“ am Sonntag, den 11. August 2024

---

### **Beschluss:**

Die Bezirksvertretung Bottrop-Mitte nimmt Kenntnis.

### **Erläuterungen:**

siehe TOP A 7

<b>11</b>	Drucksachennummer: Zuständigkeit:	<b>2024/0109</b> <b>Kenntnisnahme</b>
-----------	--------------------------------------	--

Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Ortsteil Bottrop-Stadtmitte im Zusammenhang mit der Veranstaltung „Kirchhellener Wintertreff“ am Sonntag, den 01. Dezember 2024

---

### **Beschluss:**

Die Bezirksvertretung Bottrop-Mitte nimmt Kenntnis.

### **Erläuterungen:**

siehe TOP A 7

<b>12</b>	Drucksachennummer: Zuständigkeit:	<b>2024/0092</b> <b>Kenntnisnahme</b>
-----------	--------------------------------------	--

Fonds zur Förderung der Stadtteilarbeit: Änderung der Antragsfristen

---

### **Beschluss:**

Die Bezirksvertretung Bottrop-Mitte nimmt Kenntnis.

### **Erläuterungen: ./.**

<b>13</b>	Drucksachennummer: Zuständigkeit:	<b>2024/0150</b> <b>Vorberatung</b>
-----------	--------------------------------------	--

Änderung Nr. 13 des Flächennutzungsplans zur Darstellung einer Wohnbaufläche im Bereich westlich der Tourcoingstraße;  
hier:

1. Ergebnis der frühzeitigen Beteiligung (§ 3 Abs. 1 BauGB und § 4 Abs. 1 BauGB) sowie der Beteiligung der betroffenen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (§ 4 Abs. 2 BauGB)
  2. Billigung des Planentwurfs
  3. Beschluss zur öffentlichen Auslegung
- 

### **Beschluss:**

#### **Rechtsgrundlage:**

**§§ 3 und 4 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03. November 2017 (BGBl. I S. 3634), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 03. Juli 2023 (BGBl. 2023 Nr. 176) geändert worden ist**

1. Das Ergebnis der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB sowie die Ergebnisse der Beteiligungen der betroffenen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 und 2 BauGB werden zur Kenntnis genommen.
2. Der Entwurf der Änderung Nr. 13. des Flächennutzungsplans zur Darstellung einer Wohnbaufläche im Bereich westlich der Tourcoingstraße wird einschließlich der zugehörigen Begründung in der als Anlage zu diesem Beschluss genommenen Fassung gebilligt.
3. Der Entwurf zur Änderung Nr. 13. des Flächennutzungsplans ist einschließlich zugehöriger Begründung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen.

## **Abstimmungsergebnis:**

9 dafür (5 SPD, 3 CDU, 1 AfD)  
2 dagegen (1 Bündnis 90/Die Grünen, 1 ödp)

### Anmerkung:

*Bezirksvertreter Sigurd Köllner befand sich zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Sitzungszimmer.*

## **Erläuterungen:**

**Bezirksvertreterin Sandra Behrendt** bittet um ergänzende Angaben zu Errichtung einer Kindertagesstätte im Plangebiet sowie zu dem Anteil an geförderten Wohnraum. Darüber hinaus hinterfragt sie, ob die großen Einfamilienhäuser in der Mitte des Plangebietes schon endgültig festgelegt seien. Der Flächenverbrauch hierfür sei kritisch zu bewerten.

**Bezirksvertreterin Anna-Margareta Beyer** bittet um weitergehende Erläuterungen zur Festsetzung einer Spielplatzfläche.

**Bezirksvertreter Andreas Freitag** erklärt, dass auf dem aushängenden Plan nicht zu erkennen sei, auf welchen Flächen Stellplätze oder Garagen installiert werden könnten und bittet hierzu um nähere Angaben.

**Bezirksvertreter Sigurd Köllner** erkennt in den Unterlagen keine Veränderungen gegenüber der Informationsveranstaltung in der Willy-Brand-Gesamtschule. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen verbleibe bei ihrer kritischen Haltung zu dem Projekt.

**Bezirksvertreter Sebastian Stöber** erkennt ebenfalls wenig Veränderung in den aktuellen Unterlagen. Die ödp habe bereits zu einem früheren Zeitpunkt vorgeschlagen, den vorhandenen Verbindungsweg auf der östlichen Seite des Plangebietes zu erhalten, im Idealfall sogar qualitativ aufzuwerten. Dem scheine die Verwaltung nicht folgen zu wollen. Da seine Partei der Größe des Plangebietes ohnehin kritisch gegenüberstehe, werde er dem Beschlussvorschlag nicht folgen.

**Herr Oliver Schüttler** erklärt, dass der Bau einer Kindertagesstätte vorgesehen sei. Hierzu befinde sich die Stadt in intensiver Abstimmung mit dem Vorhabenträger. Im Plan sei dafür die im Norden des Projektgebietes vorgesehene großflächig zu bebauende Fläche vorgesehen. Die Kita soll nach aktuellem Stand im Erdgeschoss angesiedelt werden, in den darüber liegenden Geschossen solle geförderter Mietwohnungsbau entstehen. Auf der restlichen Fläche sei nach Auffassung der Verwaltung ein guter Mix aus verschiedenen Haustypen vorgesehen. Der Bau von zwei freistehenden Einfamilienhäusern sei bei fast 100 Wohneinheiten ein vertretbarer Anteil. Die im Umfeld vorhandenen öffentlichen Spielplätze reichten zur Versorgung aus, so dass im Plangebiet die Herstellung eines neuen Spielplatzes entbehrlich sei. Darüber hinaus sei der Investor verpflichtet, im Bereich der Mehrfamilienhäuser Spielbereiche für Kleinkinder herzustellen. Das Stellplatzangebot auf den zukünftig privaten Flächen sei vergleichbar mit anderen Plangebietes, auf den öffentlichen Flächen seien ca. 50 Stellplätze vorgesehen. Zu der angesprochenen fußläufigen Wegeverbindung führt er weiter aus, dass für diese Zecke neben der Erschließungsanlage auf der östlichen Seite eine zweite Wegeverbindung über die westlich gelegene, im Plan für die Abwasserbeseitigung vorgesehene Fläche möglich sei, die zukünftig im Eigentum der Stadt stehe.



Bebauungsplan Nr. 4.13/1 „Tourcoingstraße“;

hier:

1. Ergebnis der frühzeitigen Beteiligung (§ 3 Abs. 1 BauGB und § 4 Abs. 1 BauGB) sowie der Beteiligung der betroffenen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (§ 4 Abs. 2 BauGB)
2. Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses vom 10.09.2019
3. Aufstellungsbeschluss
4. Billigung des Planentwurfs
5. Beschluss zur öffentlichen Auslegung

---

### Beschluss:

#### Rechtsgrundlage:

**§§ 3 und 4 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03. November 2017 (BGBl. I S. 3634), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 03. Juli 2023 (BGBl. 2023 Nr. 176) geändert worden ist**

1. Das Ergebnis der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB sowie die Ergebnisse der Beteiligungen der betroffenen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 und 2 BauGB werden zur Kenntnis genommen.
2. Der vom Ausschuss für Stadtplanung und Umweltschutz in seiner Sitzung am 10.09.2019 gefasste Beschluss, westlich der Tourcoingstraße, für den Bereich des Flurstückes 336 sowie für einen Streifen des Flurstückes 327 den Bebauungsplan Nr. 4.13/1 „Tourcoingstraße“ aufzustellen, wird aufgehoben.
3. Westlich der Tourcoingstraße, für den Bereich der Flurstücke 336, 449 und Teile der Flurstücke 589 und 637 der Flur 158, Gemarkung Bottrop sowie das Flurstück 326 und Teile des Flurstückes 327 der Flur 154, Gemarkung Bottrop, ist der Bebauungsplan Nr. 4.13/1 „Tourcoingstraße“ aufzustellen. Der Geltungsbereich ist in dem zu diesem Beschluss gehörenden Übersichtsplan gekennzeichnet.
4. Der Entwurf zum Bebauungsplan Nr. 4.13/1 „Tourcoingstraße“ wird einschließlich der zugehörigen Begründung in der als Anlage zu diesem Beschluss genommenen Fassung gebilligt.
5. Der Entwurf zum Bebauungsplan Nr. 4.13/1 „Tourcoingstraße“ ist einschließlich zugehöriger Begründung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen.

#### Abstimmungsergebnis:

- 9 dafür (5 SPD, 3 CDU, 1 AfD)  
1 dagegen (ödp)  
1 Enthaltung (Bündnis 90/Die Grünen)

#### Anmerkung:

Bezirksvertreter Sigurd Köllner befand sich zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Sitzungszimmer.

#### Erläuterungen:

siehe Top A 13

Bebauungsplan Nr. 5.09/17 „Moschee an der Prosperstraße“;

hier:

1. Aufstellungsbeschluss
2. Billigung des Plankonzeptes
3. Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der betroffenen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange

---

## Beschluss:

### Rechtsgrundlage:

**§§ 2, 3, 4, 13 und 13a Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03. November 2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 28. Juli 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 221)**

1. Für den Bereich der Flurstücke 446, 511, 512, 312, 429, 548 und 550 in Flur 55 der Gemarkung Bottrop ist der Bebauungsplan Nr. 5.09/17 „Moschee an der Prosperstraße“ als Bebauungsplan der Innenentwicklung im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 (4) BauGB aufzustellen. Der Flächennutzungsplan wird im Wege der Berichtigung angepasst. Der Geltungsbereich ist in dem zu diesem Beschluss gehörenden Übersichtsplan gekennzeichnet.
2. Das Konzept zum Bebauungsplan Nr. 5.09/17 „Moschee an der Prosperstraße“ wird einschließlich der zugehörigen Erläuterungen in der als Anlage zu diesem Beschluss genommenen Fassung gebilligt.
3. Auf Grundlage des oben genannten Plankonzeptes ist die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit an der Bauleitplanung unter Beachtung der vom Rat der Stadt beschlossenen Richtlinien sowie die frühzeitige Beteiligung von betroffenen Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange durchzuführen.

## Abstimmungsergebnis:

11 dafür (5 SPD, 3 CDU, 2 Bündnis 90/Die Grünen)  
2 Enthaltungen (1 AfD, 1 ödp)

## Erläuterungen:

**Bezirksvertreterin Sandra Behrendt** hält den aktuellen Standort der DITIB-Moschee nicht für tragbar und hält es für angemessen, dass die Gemeinde sich vergrößere. Die DITIB als Gesamtorganisation sei für sie jedoch nicht konfliktfrei. Ihre Ausrichtung werde durch die Türkei vorgegeben und enthalte keine integrativen Ansätze. Dies können nicht gutgeheißen werden. Wenn die SPD dem Neubau im Grundsatz auch zustimme, so bleiben doch einige Fragen offen. Allein aufgrund der Größe des Objekts, könne davon ausgegangen werden, dass es sich nicht um einen reinen Betsaal handle. Was die SPD dort nicht wolle, seien eine KiTa oder eine Schule und zwar wegen der genannten Gründe. Sie mache dies ausdrücklich nicht an den in Bottrop handelnden Personen fest, sondern an der DITIB als solches. Das Stellplatzangebot erachte sie aufgrund der zu erwartenden Besucher für das Freitagsgebet, vor allem aber für besondere Veranstaltungen als zu gering. Für den bisherigen Standort sei ihr wichtig, dass dieser nicht wieder für gleiche Zwecke genutzt werde. Abschließend bittet sie um Angaben zum Umgang mit einem möglicherweise beabsichtigten Muezzinruf.

**Bezirksvertreter Karl-Heinz Hulisz** stellt heraus, dass die Architektur des Gebäudes eine Bereicherung des Stadtbildes sein könne. Fragwürdig sei aus seiner Sicht die Finanzierung des Objektes. Allein auf Spendenbasis könne diese Millionenprojekt sicher nicht gestemmt werden. Auch seine Partei sehe die Nähe der DITIB zum türkischen Präsidenten kritisch.

**Bezirksvertreter Sebastian Stöber** stimmt zu, dass die DITIB kritisch betrachtet werden könne. Dies sei hier jedoch nicht das Thema. Auch er halte es für notwendig, den

verkehrlichen Aspekten mehr Aufmerksamkeit zu widmen, da ein hohes Verkehrsaufkommen wegen des Freitagsgebetes von anderen Stellen bekannt sei. Neben der Stellplatzzahl bittet er zu prüfen, ob eine Entzerrung des Verkehrs durch Schaffung einer zusätzlichen Ausfahrt zur Gildestraße möglich sei.

**Bezirksvertreter Andreas Freitag** zeigt Verständnis für die aufgeworfenen Fragen. Sollten hinsichtlich der baurechtlichen Voraussetzungen alle offenen Punkte geklärt sein, müsse dem Projekt zugestimmt werden.

**Bezirksvertreter Sigurd Köllner** mahnt eine vorurteilsfreie Diskussion mit dem Thema an. Auch wenn die Sorgen wegen der Trägerschaft durch die DITIB gerechtfertigt sein mögen, so sei festzuhalten, dass das Gros der Muslime, ebenso wie bei den Christen, in Frieden leben wolle. Die Religionsfreiheit sei ein hohes und schützenswertes Gut.

<b>16</b>	Drucksachennummer: Zuständigkeit:	<b>2024/0007</b> <b>Kenntnisnahme</b>
-----------	--------------------------------------	--

Umlaufsperrern;  
hier:  
Sachstandsbericht zum Um- und Rückbau von Sperrelementen im Bottroper Stadtgebiet

---

**Beschluss:**

Die Bezirksvertretung Bottrop-Mitte nimmt Kenntnis.

**Abstimmungsergebnis:**

Abstimmungsergebnis:

**Erläuterungen:** ./.

<b>17</b>	Drucksachennummer: Zuständigkeit:	<b>2024/0057</b> <b>Entscheidung</b>
-----------	--------------------------------------	---

Festlegung von Straßenausbauprogrammen;  
hier:  
Ausbau der Straße Im Beckedal

---

**Beschluss:**

Die Straße Im Beckedal erhält auf der Grundlage des Planes des Fachbereichs 66 „Ausbau der Straße Im Beckedal“, Straßenausbauprogramm, Lageplan vom 14.12.2023, die folgende Befestigung:

Mischfläche:	Betonsteinpflaster (rot) auf Tragschicht
Parkflächen:	Betonsteinpflaster (anthrazit) auf Tragschicht
Begrünung:	Bodendecker und Bäume (Ahorn) in Grünflächen
Entwässerung:	Rinnenabläufe mit Anschluss an den Mischwasserkanal
Beleuchtung:	Aufsatzleuchten mit LED

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig

**Erläuterungen:** ./.

18

Hinweisbeschilderung im Zuge des den Kirchschemmsbach begleitenden Rad- und Gehwegs auf die kreuzenden Straßen;

hier:

Antrag der SPD-Bezirksfraktion

---

### **Beschluss**

Die Verwaltung wird beauftragt, mit der Emschergenossenschaft Kontakt aufzunehmen und auf eine Hinweisbeschilderung auf die den Kirchschemmsbach querenden Straße hinzuwirken.

### **Erläuterungen:**

**Bezirksvertreterin Sandra Behrendt** macht deutlich, dass es selbst dem ein oder anderen Bottroper schwerfalle, zu erkennen auf welche Straße er im Zuge des bachbegleitenden Weges treffe. Ungleich schwieriger dürfte es für Ortsunkundige sein, die ohne Navigationsgerät unterwegs sind. Insoweit halte sie es für angebracht, dass die Emschergenossenschaft, wie auch in anderen Städten, entsprechende Hinweise an ihrem Weg anbringe.

19

### **Mitteilungen des Bezirksbürgermeisters**

19.1

Beseitigung von Graffiti;

hier:

Marathontor am Jahnstadion

I/4307

---

Zur Abstimmung der weiteren Vorgehensweise werde er am 15.04.2024 ein Gespräch mit der Leitung des Bottroper Sport- und Bäderbetriebs führen.

19.2

Sondersitzung der Bezirksvertretung-Bottrop Mitte

---

Wegen der Fassung des Baubeschlusses zur Errichtung eines Neubaus an der Cyriakusschule sei eine Sondersitzung erforderlich. Die Verwaltung werde es nicht schaffen, die Unterlagen bis zur nächsten planmäßigen Sitzung zu erstellen. Die Sondersitzung erfolge voraussichtlich am 27.06.2024. Die Einladung werde fristgerecht zugestellt.

19.3

Nächste Sitzung der Bezirksvertretung Bottrop-Mitte

---

Die nächste planmäßige Sitzung der Bezirksvertretung Bottrop-Mitte sei vorgesehen für Donnerstag, den 28.05.2024.

20

### Stellungnahmen der Verwaltung zu Anregungen, Vorschlägen und Anfragen

**Bezirksbürgermeister Klaus Kalthoff** bittet vor der Beratung über die Liste zunächst Frau Dr. Elena Gilcher und Herrn Björn Abraham, den neuen Sachstand zum Brunnen Ernst-Wilczok-Platz darzulegen.

Brunnen Ernst-Wilczok-Platz

---

**Frau Dr. Elena Gilcher** verweist zunächst auf die Aussagen des Technischen Beigeordneten in der Sitzung von 17.08.2023 zu einer möglichen Förderung für die Neugestaltung des Brunnens. Es sei eine Förderquote von 80 % angekündigt worden, so dass der städtische Eigenteil bei nur 20 % liege. Ein möglicher Maßnahmebeginn sei für 2025 avisiert worden. Unter diesen Voraussetzungen habe die Bezirksvertretung Bottrop-Mitte der Aufnahme der Maßnahme in das ISEK Innenstadt zugestimmt. Der Förderantrag sei im Herbst 2023 gestellt worden und es dürfte mit hoher Wahrscheinlichkeit ein positiver Förderbescheid zu erwarten sein. Derzeit stelle sich der Zeitplan wie folgt dar: sollte der Förderbescheid im II. Quartal 2024 eingehen, könne der Planungsauftrag für die Umgestaltung von Brunnen und Platz voraussichtlich im II. Quartal 2025 abgeschlossen und im III. Quartal die Förderung für die Umsetzung beantragt werden könne. Der Förderbescheid für die Baukosten dürfte für das II. Quartal 2026 zu erwarten sein. Eine Vergabe der Bauleistungen könne dann im IV. Quartal 2026 erfolgen. Soweit durch seine seinerzeitige Aussage der Eindruck entstanden sei, dass bereits in 2025 mit der baulichen Umsetzung begonnen werden könne, so bitte Technischer Beigeordneter Müller hierfür ausdrücklich um Entschuldigung. Der vorgestellte Zeitplan mache jedoch deutlich, dass weder in diesem noch in den beiden darauffolgenden Jahren mit der Umgestaltung des Brunnens begonnen werden könne und der alte Brunnen entsprechend der aktuellen Beschlusslage in dieser Zeit ungenutzt bleibe. Bei der aktuellen Haushaltslage sei eine Umgestaltung ohne Städtebaufördermittel jedoch nicht zu stemmen.

**Herr Björn Abraham** führt weiter aus, dass der aufgezeigte Zeitrahmen dazu geführt habe, dass sowohl Herr Oberbürgermeister Tischler, wie vermutlich auch alle Mitglieder der Bezirksvertretung Bottrop-Mitte es nicht gutheißen würden, wenn der Ernst-Wilczok-Platz in den kommenden drei Jahren sommersüber ohne Wasserspiel bleibe. Die Diskussion über einen provisorischen Betrieb des Brunnens und die damit verbundenen zusätzlichen Kosten gegenüber dem Regelbetrieb sei allen erinnerlich. Letztere beliefen sich nach wie vor auf ca. 4100 €/Monat. In Kenntnis dieser Kosten habe Oberbürgermeister Tischler Gespräche mit Bottroper Stiftungen und mit dem RWW geführt und Spendezusagen für einen jährlichen provisorischen Betrieb von 15.000 € erhalten. Oberbürgermeister Tischler beabsichtige, den Brunnen zwischen Mai und Oktober in Betrieb nehmen zu lassen. Die Sachkosten für den provisorischen Betrieb seien durch die Spendezusagen gedeckt. Die zusätzlichen Personalkosten unterlägen der Personalhoheit und alleinigen Entscheidung des Oberbürgermeisters als Personalchef. Da es unter dem Gesichtspunkt der Vermeidung der Überhitzung nicht nur um diesen Brunnen gehe, habe Oberbürgermeister Tischler entschieden, dass auch der Brunnen auf dem Kirchplatz umgehend in Betrieb zu setzen sei.

Auf die Nachfrage von **Bezirksbürgermeister Klaus Kalthoff** zur möglichen Inbetriebnahme des Brunnens auf dem Kirchplatz führt **Herr Peter Sommer**, dass zunächst Ersatzteile für ca. 10.000 € zu bestellen seien. Vorbehaltlich der Freigabe der Mittel im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung sei dies für Mitte Mai bis Anfang Juni realistisch zu erwarten.

Hierzu äußert sich **Bezirksvertreter Andreas Freitag** überrascht, denn in einer der letzten Sitzungen sei mitgeteilt worden, dass lediglich eine Kleinigkeit zu erledigen sei, um diesen Brunnen wieder in Gang zu setzen.

**Bezirksvertreter Karl-Heinz Hulisz** verweist auf die weiteren nicht funktionierenden Brunnen am Berliner Platz sowie am Kulturhof. Auch mit den Trinkwasserspenden gehe es nicht voran. Bezüglich des Brunnens auf dem Ernst-Wilczok-Platz werde Oberbürgermeister Tischler wohl recht behalten, dass dieser in dessen Amtszeit nicht beseitigt werde.

Die Übersicht der Stellungnahmen der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen. Darüber hinaus gibt es zu folgenden Punkten weiteren Erläuterungsbedarf:

Ifd. Nr. 3  
Errichtung von Trinkwasserbrunnen

---

**Herr Oliver Schüttler** erklärt, dass das Standortkonzept nahezu fertiggestellt sei. Bevor dieses in die politische Beratung gehe, sei zunächst noch die Finanzierung zu klären. Auch hierzu befinde sich Oberbürgermeister Tischler in der Abstimmung mit potenziellen Sponsoren. Auf Nachfrage von **Bezirksvertreterin Sandra Behrendt**, ob auch die von der Politik hinterfragten Standorte Mehrgenerationenpark, neuer Spielplatz im Stadtgarten sowie die Calisthenics-Anlage an der Parkstraße Berücksichtigung fänden, führt **Herr Oliver Schüttler** weiter aus, dass die Verwaltung sich in einer ersten Runde auf den Innenstadtbereich fokussiert habe.

Ifd. Nr. 4  
Funktionsänderung der Fußgängerampel Kirchhellener Straße/Overbeckstraße zur Dunkelampel

---

**Herr Markus Wenker** erinnert an die hierzu geführte Diskussion in der letzten Sitzung, der zufolge die von der Verwaltung angeführten Gründe für die Ablehnung genauso gut für die Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahme sprächen. Die Verwaltung habe erneut eine Abwägung des Für und Wider vorgenommen und bleibe letztendlich bei ihrer negativen Haltung, dies u. a. auch, um die Verbindung zwischen den neu geschaffenen Fahrradstraßen im Stadtgarten und Overbeckstraße zu stärken.

**Bezirksvertreter Andreas Freitag** bittet, die Stellungnahme vorzulegen.

Anmerkung:  
*Die Stellungnahme des Fachbereich Tiefbau ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.*

Ifd. Nr. 5  
Nutzung der Herzogstraße mit schwerem Gerät durch den Fachbereich Umwelt und Grün

---

**Herr Markus Wenker** ergänzt, dass die Suche nach einem anderen Holzlagerplatz nicht dazu geführt habe, eine Örtlichkeit zu finden, bei der es nicht zu ähnlichen Belastungen für das Umfeld käme, wie an der Herzogstraße.

Ifd. Nr. 6

Situation auf dem Bolzplatz auf dem Altlastenhügel Prosper III

---

**Herr Markus Wenker** erklärt, dass durch die Verwaltung positiv geprüft worden sei, dass auf der vorhandenen Basketballfläche Fußballtore nachgerüstet werden könnten. Fördermöglichkeiten für eine separate Fußballfläche sehe die Verwaltung derzeit nicht. Auf den Hinweis von **Bezirksvertreterin Sandra Behrendt**, dass sie seit längerer Zeit nach den zu erwartenden Kosten frage, führt er weiter aus, dass eine Kostenermittlung einige Zeit beanspruche, die die Verwaltung vor dem Hintergrund der fehlenden Förderung nicht aufbringen wolle. Sollte sich in einigen Jahren eine Fördermöglichkeit auf-tun, wären die ermittelten Zahlen nicht mehr zu gebrauchen, d. h., es müsse erneut eine Kostenermittlung durchgeführt werden. **Bezirksvertreterin Sandra Behrendt** hält an ihrer Forderung nach Ermittlung der Kosten fest.

Ifd. Nr. 7

Unterflurabfallbehälter an der Horster Straße (Trapez);

hier:

Fremdnutzung

---

**Herr Markus Wenker** nimmt Bezug auf die Anfrage, der zufolge an den Einwurfschächten der Unterflurbehälter auch Abfälle von Menschen abgestellt würden, die nicht Bewohner des Trapezes seien. Nach einem Hinweis der Verwaltung habe die BEST AöR Hinweise angebracht, dass es den Berechtigten vorbehalten sei, dort Abfälle zu entsorgen.

Ifd. Nr. 8

Parkplatz Saalbau,

hier:

Verbesserung der Sichtbarkeit der Treppenstufen.

---

**Herr Markus Wenker** erklärt, dass sowohl durch eine Anpassung der Beleuchtung als auch durch einen Grünrückschnitt die Verkehrssicherheit erhöht worden sei.

Ifd. Nr. 10

Wasserschaden bei der Arbeiterwohlfahrt(AWO) am Trapez nach Abschluss der Arbeiten an der Platzfläche

---

**Herr Markus Wenker** räumt ein, dass es unstrittig sei, dass bei einem Starkregen Wasser von der Platzfläche in die AWO-Begegnungsstätte gelaufen sei. Dies sei auf eine verstopfte Rinne zurückzuführen gewesen. Nach Reinigung der Rinne sei das Problem nicht wieder aufgetreten.

Ifd. Nr. 11

Rückstau auf der Linksabbiegespur der Horster Straße in südlicher Fahrtrichtung in die Friedrich-Ebert-Straße

---

**Herr Markus Wenker** erklärt, dass ein Teil des Rückstaus auf das hohe Verkehrsaufkommen zurückzuführen sei, das aus der Sperrung der A 42 resultiere. Darüber hinaus hätten die Räumzeiten angepasst werden müssen, da die Linksabbiegespur von der Friedrich-Ebert-Straße in die Horster Straße in FR Gelsenkirchen nunmehr separat signalisiert sei. Und schließlich sei tatsächlich festzustellen gewesen, dass einige Fahrzeughalter nicht nahe genug an die Haltelinie führen, um den Anforderungskontakt auszulösen. Letzterem soll nun durch ein Hinweisschild entgegengewirkt werden.

Ifd. Nr. 12

Anpassung der Leerung von Abfallbehältern durch die BEST AöR an die Hauptverkehrszeiten

---

**Herr Markus Wenker** berichtet von der Stellungnahme der BEST, der zufolge mit der Leerung auf den Hauptverkehrsachsen bereits um 6:00 Uhr begonnen werde, um die Belastung so gering wie möglich zu halten. Die Abfuhr auf den relativ langen Straßenabschnitten erfordere jedoch auch einige Zeit, so dass Behinderungen nicht gänzlich auszuschließen seien.

Ifd. Nr. 14

Straße An der Martinskirche;

hier:

Verschmutzung des fußläufigen Bereichs zwischen Martinszentrum und Parkhaus Böckenhoffstraße

---

**Bezirksvertreter Karl-Heinz Hulisz** äußert sein Unverständnis über die ablehnende Haltung der Verwaltung. Sowohl der Parkhausbetreiber als auch der Hausmeister des Martinszentrums beklagten sich über erhebliche Verschmutzungen. Der Eingangsbereich des KiTa habe mit hohem finanziellen Aufwand verglast werden müssen, um die Situation in den Griff zu bekommen. Die Verwaltung solle sich ein Bild vor Ort machen und keine Entscheidungen am grünen Tisch fällen.

**Herr Markus Wenker** hält dem entgegen, dass sich die Verwaltung sehr wohl ein Bild von der Situation gemacht habe. Dabei sei z.B. auch aufgefallen, dass gerade ältere Mitbürger die Bänke für eine Verschnau pause nutzen. Sollten die Bänke abgebaut werden, sei mit einer Verdrängung der negativen Begleiterscheinungen auf die Treppeanlage des Martinszentrums oder in den Kulturhof zu rechnen.

**Herr Björn Abraham** ergänzt, dass auch förderrechtliche Aspekte gegen einen Abbau der Bänke sprächen. Weiterhin könne ein Fehlverhalten nicht auf bestimmte Altersgruppen beschränkt werden.

Abschließend stellt **Bezirksbürgermeister Klaus Kalthoff** klar, dass mit der Schaffung von Sitzgelegenheiten nicht bestimmt werden könne, wer diese tatsächlich nutze.

Ifd. Nr. 16

Errichtung einer Fahrradstraße im Zuge der Overbeckstraße

---

**Herr Markus Wenker** erklärt den unterschiedlichen Umgang mit den Parkeinrichtungen wie folgt: Die Gesamtfahrbahnbreite sei im näher zur Kirchhellener Straße gelegenen Bereich nicht so groß bemessen wie bei dem, der näher zur Gladbecker Straße liege. Deshalb habe die Verwaltung Letzteren in seinem Zustand belassen und den anderen Schrägaufsteller in Längsstellplätze umgewandelt. Positiver Nebeneffekt an dieser Stelle sei, dass nun vier, statt der bisher vorhandenen drei Stellplätze zur Verfügung stünden.

Ifd. Nr. 17

Fahrbahnschäden im Zuge der L631

---

**Herr Markus Wenker** ergänzt, dass Straßen.NRW aufgefordert worden sei, die Schäden zu beseitigen. Eine Rückmeldung von dortiger Seite stehe aus.



21

## Anregungen, Vorschläge und Anfragen

21.1

Mangelhafte Ausleuchtung des Parkplatzes an der Vienkenstraße gegenüber dem Hochbunker

---

**Bezirksvertreter Alexander Knudsen** verweist auf Beschwerden aus der Sprechstunde des SPD-Ortsvereins Eigen, denen zufolge der Parkplatz nur sehr schwach ausgeleuchtet sei, was wiederum unerwünschtes Klientel anlocke. Er bittet, die Möglichkeit einer besseren Ausleuchtung zu prüfen.

21.2

Postberg-Passage;

hier:

Verursachung von Schäden durch Befahren mit Fahrzeugender BEST AÖR

---

**Bezirksvertreter Sigurd Köllner** berichtet von einem erhöhten Unterhaltungsaufwand für die Verwaltung, der auf das häufige Befahren der Flächen durch Fahrzeuge der BEST AÖR zurückzuführen sei. Die BEST AÖR möge prüfen, ob sie tatsächlich soweit in die Passage hineinfahren müsse.

21.3

Zunehmende Taubenpopulation in der Innenstadt

---

**Bezirksvertreter Karl-Heinz Hulisz** regt an, der zunehmenden Taubenpopulation zu begegnen. Aktuell seien verstärkt Tiere am Glockenspielhaus Triffterer sowie auf der Hochstraße vor Rossmann zu beobachten. Die Verwaltung möge geeignete Schritte einleiten.

21.4

Unterhaltungszustand der Fahrbahnflächen an der Kirchhellener Straße auf Höhe der Richard-Wagner-Schule

---

**Bezirksbürgermeister Klaus Kalthoff** weist darauf hin, dass trotz neuer Verlegung des Pflasters bereits wieder Schäden zu beobachten seien.

**Frau Nicole Welling** erklärt, dass die Problematik bekannt sei. Die Verwaltung habe versucht, mit höherwertigem Material den Schäden vorzubeugen. Da die Belastung aber ungleichmäßig verteilt sei, kämme es immer wieder zu Lockerungen im Belag. Die Verwaltung arbeite weiter an einer Lösung.

**Bezirksbürgermeister Klaus Kalthoff** schließt die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Bottrop-Mitte um 17:58 Uhr.

gez. Klaus Kalthoff  
(Bezirksbürgermeister)

gez. Wolfgang Richterich  
(Schriftführer)

Datum

21.02.2024

Drucksache Nr.

**2024/0096**

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Zuständigkeit
Bezirksvertretung Bottrop-Süd	07.03.2024	Vorberatung
Bezirksvertretung Bottrop-Mitte	11.04.2024	Vorberatung

## Betreff

Haushalt 2024;

hier:

Beratung Haushaltssicherungskonzept (HSK)

## Beschlussvorschlag

Die Bezirksvertretung stimmt den für ihren Zuständigkeitsbereich vorgeschlagenen Konsolidierungsmaßnahmen zu.

## Finanzielle Auswirkungen

siehe Problembeschreibung:

## **Problembeschreibung / Begründung**

### **1. Rahmenbedingungen**

Der am 19.09.2023 in den Rat der Stadt eingebrachte Entwurf des Haushaltes 2024 weist zum Ende der mittelfristigen Finanzplanung im Jahr 2027 negatives Eigenkapital in Höhe von rd. 113,8 Mio. € aus. Den städtischen Finanzen droht somit der Kollaps in Form der Überschuldung.

Nach Auslaufen des Stärkungspaktes zum 31.12.2021 und zwei darauffolgenden restriktionsfreien Haushaltsjahren ist die Stadt Bottrop gezwungen, wiederum den beschwerlichen Weg der Haushaltssicherung zu beschreiten. Eine seit vielen Jahren bestehende strukturelle Unterfinanzierung sowie enorme inflationsbedingte Kostensteigerungen in nahezu allen Bereichen (u.a. überproportionale Tarifabschlüsse und Zinssteigerungen) infolge des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine haben nunmehr zu nicht mehr kompensierbaren finanziellen Belastungen geführt, die die städtischen Finanzen in eine bedrohliche Schieflage gebracht haben.

Nach den Regelungen des § 76 Abs. 1 GO NRW zieht die finanzielle Situation die pflichtige Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes (HSK) nach sich, welches der Genehmigung der Aufsichtsbehörde bedarf. Die Genehmigung kann nur erteilt werden, wenn aus dem HSK hervorgeht, dass spätestens im zehnten auf das Haushaltsjahr folgende Jahr der Haushaltsausgleich wieder erreicht wird. Somit muss Ziel der städtischen Konsolidierungsbemühungen sein, im Jahr 2034 wieder einen ausgeglichenen Haushalt darstellen zu können. Mit der für die Zukunft anzustrebenden Darstellung von Überschüssen in der Ergebnisplanung wird gleichzeitig auch der Grad der Überschuldung vermindert.

Sollte dieses Ziel nicht erreicht werden können, würden ganzjährig die Restriktionen der vorläufigen Haushaltsführung gem. § 82 GO NRW gelten. Die Stadt dürfte danach nur Aufwendungen entstehen lassen und Auszahlungen leisten, zu denen sie rechtlich verpflichtet ist oder die für die Weiterführung notwendiger Aufgaben unaufschiebbar sind. Darüber hinaus dürfen insbesondere Bauten, Beschaffungen und sonstige Investitionsleistungen fortgesetzt werden, wenn bis zum 31.12.2023 Ausschreibungen veröffentlicht worden sind oder die Investitionen einer Pflichtaufgabenerfüllung dienen (z.B. Schulerweiterung). Dies würde weitreichende Einschnitte in die Abwicklung der Haushaltswirtschaft 2024 nach sich ziehen und die Wahrnehmung wichtiger Aufgaben bzw. die Durchführung bedeutender Projekte verhindern oder zumindest erschweren.

### **2. Themenschwerpunkte des HSK**

Bei der Einbringung des Haushaltsentwurfes ergab sich eine Unterdeckung für das Jahr 2024 in Höhe von 59,8 Mio. €. Für ein HSK mit einer Realisierungszeitspanne von 2024 bis 2034 ergibt sich das Erfordernis einer erweiterten Finanzplanung, die nicht im letzten Jahr der Mittelfristplanung (2027) endet, sondern bis zum Jahr 2034 fortgeführt wird. Die hierbei anwendbare Systematik entspricht aber grundsätzlich der mittelfristigen Finanzplanung. Außergewöhnliche Einmal- und Sondereffekte (z.B. Zuführungsbedarfe zu Pensionsrückstellungen) sowie die langfristige Entwicklungsprognose der Ertrags- und Aufwandsarten führen zu genaueren Planungsgrundlagen. Für die Sanierungsplanung ergibt die erweiterte Finanzplanung ein negatives Jahresergebnis von 31,9 Mio. € für das Jahr 2034. Zur Erreichung der Genehmigungsfähigkeit eines HSK muss diese Gesamtsumme durch Ertragsbesserungen und Aufwandsreduzierungen abgedeckt werden, um spätestens im Planjahr 2034 des Haushaltsausgleich dazustellen.

Da vertretbare Ertragssteigerungen bzw. Einsparungen bereits im Rahmen des Haushaltsaufstellungsverfahrens realisiert wurden, waren aufgrund der Höhe der für 2024ff. ausgewiesenen Defizite globalere Denkansätze für die Erreichung des Konsolidierungszieles unumgänglich.

Aus diesem Grund wurden die folgenden fünf Handlungsfelder erarbeitet, auf denen die Konsolidierung der städtischen Finanzen maßgeblich vorangetrieben werden soll:

- Digitalisierung/Automatisierung
- Aufgaben- und Standardkritik
- Raumbedarfsmanagement
- Reduzierung Sachaufwand/Verbesserung Wirtschaftlichkeit
- Optimierung Erträge.

Dies alles soll dazu beitragen, dass neben der nachhaltigen Konsolidierung der städtischen Finanzen auch der Weg zu einer schlankeren und modernen Verwaltung eingeschlagen wird. Als Ergebnis dieser Überlegungen findet sich im Anhang eine Übersicht mit den Konsolidierungsmaßnahmen, die in die Zuständigkeit des Ausschusses fallen und über die der Ausschuss zu beschließen hat.

Die komplette Maßnahmenliste für das HSK ist abrufbar unter der Adresse: [www.bottrop.de/politik/stadtfinanzen/haushalt/haushalt-2024.php](http://www.bottrop.de/politik/stadtfinanzen/haushalt/haushalt-2024.php). Außerdem ist sie dieser Vorlage als Anlage beigefügt.

Die Beschlussfassung über den Haushalt 2024 einschl. HSK soll in der Sitzung des Rates der Stadt am 30.04.2024 erfolgen.

### **3. Maßnahmen, die die Bezirksvertretungen unmittelbar betreffen oder Auswirkungen auf die Ortsteile haben:**

<u>Maßnahme-Nr.</u>	<u>Produktbezeichnung</u>	<u>Maßnahme</u>
010102_1	Bez. Mittel	ab 2025 Reduzierung für den Bezirk Mitte um 17.300 € für den Bezirk Süd um 18.300 € für den Bezirk Kirchh. um 7.600 € (entspricht jeweils 10 %)
090102_1	Stadterneuerung	2024 Verzicht auf integrierte Entwicklungs- studie nördliche Innenstadt 50.000 €
090102_2	Stadterneuerung	ab 2028 Reduzierung Stadtteil- /Quartiersarbeit 25.000 €

090102\_5

Stadterneuerung

ab 2032 Auflösung nachhaltige Quartiers-  
entwicklung.  
59.000 €

Tischler

Anlage(n):

1. HSK\_2024\_Maßnahmeliste\_Druckträger\_politische\_Beratung

## Haushaltssicherungskonzept / Entwurf

Maßn.-Nr.	Dezernat	Produkt	Produktbezeichnung	Maßnahme	Konsolidierungsvolumen			Umsetzung
					Ertrag / €	Aufwand / €	Stellen	Jahr
1	2	3	4	5	6	7	8	9
010101_1	I	01 01 01	Politische Gremien	Reduzierung Fraktionszuwendungen um 5%	-	39.100	-	2026
010102_1	I	01 01 02	Bezirksbezogene Haushaltsansätze	Reduzierung bezirksbezogene Haushaltsansätze	-	43.200	-	2025
010501_1	I	01 05 01	Rechnungsprüfung	Amt 14 - Standardreduzierung Verwaltungsprüfung	-	92.800	1,0	2030
010602_1	I	01 06 02	Postdienst	Personalreduzierung in der zentralen Post- und Scanstelle	-	55.400	1,0	2030
010604_1	I	01 06 04	Fahrdienst	Reduzierung Fahrbereitschaft	-	61.200	1,0	2029
010605_2	IV	01 06 05	Baukoordinierung, Zentrale Vergabestelle	Auflösung Stabsstelle Baukoordinierung	-	106.500	1,0	2029
010606_1	III	01 06 06	IT-Dienstleistungen	Optimierung telefonische Auskunft	-	100.000	-	2026
010607_2	I	01 06 07	Zentraler Einkauf und Lager	FB 10 - Personalreduzierung Zentrale Dienste	-	58.300	1,0	2027
010902_1	II	01 09 02	Zahlungsabwicklung und Vollstreckung	FB 20 - Personalreduzierung Universalvollstreckung	-	46.500	0,5	2025
010902_2	II	01 09 02	Zahlungsabwicklung und Vollstreckung	FB 20 - Personalreduzierung Universalvollstreckung	-	36.300	0,5	2027
011101_1	III	01 11 01	Rechts- und Versicherungsangelegenheiten	Optimierung der Versicherungen	-	20.000	-	2025
011201_1	IV	01 12 01	Immobilienmanagement	Optimierung der Kirmesveranstaltungen	-	7.500	-	2025
011201_2	IV	01 12 01	Immobilienwirtschaft	Erhöhung der Parkgebühren "City-Parkplatz" für Dauerparker	10.800	-	-	2025
011202_1	IV	01 12 02	Zentrale Gebäudewirtschaft	Verzicht auf Verschönerungsarbeiten an öffentlichen Gebäuden	-	300.000	-	2024
020101_1	III	02 01 01	Allg. Sicherheit und Ordnung / Gewerbeangelegenheiten	FB 30 - Personalreduzierung Gewerbemeldestelle	-	67.300	1,0	2027
020101_2	III	02 01 01	Allg. Sicherheit und Ordnung / Gewerbeangelegenheiten	FB 30 - Personalreduzierung Ermittlungsdienst	-	61.300	1,0	2026
020102_1	III	02 01 02	Kommunaler Ordnungsdienst	FB 30 - Standardreduzierung Kommunaler Ordnungsdienst	-	149.400	2,0	2030

## Haushaltssicherungskonzept / Entwurf

Maßn.-Nr.	Dezernat	Produkt	Produktbezeichnung	Maßnahme	Konsolidierungsvolumen			Umsetzung
					Ertrag / €	Aufwand / €	Stellen	Jahr
1	2	3	4	5	6	7	8	9
020401_1	III	02 04 01	Verkehrsüberwachung	Geschwindigkeitüberwachung A 31	500.000	-	-	2026
020401_2	III	02 04 01	Verkehrsüberwachung	Einrichtung von Rotlichtüberwachungsanlagen	150.000	-	-	2027
020401_3	III	02 04 01	Verkehrsüberwachung	Sachkosteneinsparung durch Optimierung von Verwaltungsabläufen	-	6.500	-	2024
020401_4	III	02 04 01	Verkehrsüberwachung	Amt 36 - Personalreduzierung Erzwingungshaft	-	59.000	1,0	2026
020402_1	III	02 04 02	Straßenverkehrs- und Straßenbenutzungsangelegenheiten	Verzicht auf Verkehrssicherheitsarbeit	-	10.000	-	2024
020402_2	III	02 04 02	Straßenverkehrs- und Straßenbenutzungsangelegenheiten	Amt 36 - Standardreduzierung Führerscheinstelle	-	64.800	1,0	2024
020402_3	III	02 04 02	Straßenverkehrs- und Straßenbenutzungsangelegenheiten	Amt 36 - Standardreduzierung Zulassungsstelle	-	55.100	1,0	2026
020501_1	III	02 05 01	Bürgerbüro	Amt 33 - Standardreduzierung Bürgerservice	-	115.200	2,0	2027
020501_2	III	02 05 01	Bürgerbüro	Amt 33 - Personalreduzierung Registermodernisierung	-	10.400	0,3	2024
020701_1	III	02 07 01	Ausländer- und Staatsangehörigkeitsangelegenheiten	FB 30 - Personalreduzierung Registratur Ausländerbehörde	-	57.600	1,0	2025
020901_1	III	02 09 01	Brandschutz	Reduzierung Öffentlichkeitsarbeit	-	12.000	-	2024
030101_1	IV	PB 03	Schulträgeraufgaben	FB 65 - Auflösung z.b.V.-Anteile Schulhausmeister/innen	-	53.600	1,0	2025
030101_2	V	03 01 01	Grundschulen und Kita	Erhöhung der Elternbeiträge	175.000	-	-	2025
030201_1	V	03 02 01	Schulverwaltung und sonst. schulische Aufgaben	FB 40 - Auflösung Kommunale Koordinierung Übergang Schule und Beruf	-	224.700	3,5	2027
030201_2	V	03 02 01	Schulverwaltung und sonst. schulische Aufgaben	FB 40 - Auflösung Bildungsbüro	-	72.200	1,0	2027
030201_3	V	03 02 01	Schulverwaltung und sonst. schulische Aufgaben	Wegfall Sachkosten nach Auflösung Bildungsbüro	-	15.000	-	2027
030201_4	V	03 02 01	Schulverwaltung und sonst. schulische Aufgaben	FB 40 - Auflösung Projekt Bildungskommune	-	127.100	1,5	2027
030201_5	V	03 02 01	Schulverwaltung und sonst. schulische Aufgaben	Wegfall Sachkosten im Zuge Auflösung Projekt Bildungskommune	-	5.100	-	2027



### Haushaltssicherungskonzept / Entwurf

Maßn.-Nr.	Dezernat	Produkt	Produktbezeichnung	Maßnahme	Konsolidierungsvolumen			Umsetzung
					Ertrag / €	Aufwand / €	Stellen	Jahr
1	2	3	4	5	6	7	8	9
030201_6	V	03 02 01	Schulverwaltung und sonst. schulische Aufgaben	FB 40 - Verzicht auf "Komm auf Tour"	- 26.000	52.000	-	2025
030201_7	V	03 02 01	Schulverwaltung und sonst. schulische Aufgaben	FB 40 - Standardreduzierung Schulorganisation	-	35.400	0,5	2030
030201_8	V	03 02 01	Schulverwaltung und sonst. schulische Aufgaben	FB 40 - Personalreduzierung Schulabsentismus	-	90.000	1,0	2029
030201_9	V	03 02 02	Schulverwaltung und sonst. schulische Aufgaben	FB 40 - Personalreduzierung Schulsozialarbeit	-	90.300	1,0	2027
040101_1	II	04 01 01	Kulturpflege	Erhöhung von Eintrittsgeldern und Entgelten	22.300	-	-	2024
040101_2	II	04 01 01	Kulturpflege	Reduzierung von Sachkosten für Kulturveranstaltungen	-	63.300	-	2024
040201_1	II	04 02 01	Volkshochschule	Optimierung der Erträge	-	25.000	-	2024
040202_1	II	04 02 02	Filmforum	Optimierung des Filmforums	-	10.000	-	2024
040301_1	II	04 03 01	Musikschule	Amt 41 - Standardreduzierung Musikschule, insb. JeKits	- 35.000	301.000	3,9	
040401_1	II	04 04 01	Bibliothek	Optimierung des Bibliotheksangebots	-	20.000	-	2024
040501_1	II	04 05 01	Quadrat Bottrop	Amt 45 - Standardreduzierung Öffnungszeiten Museum	-	89.200	1,5	2025
050103_1	V	05 01 03	Sonstige soziale Hilfen und Leistungen	Amt 50 - Standardreduzierung ASD	-	59.000	1,0	2027
050103_2	V	05 01 03	Sonstige soziale Hilfen und Leistungen	Amt 50 - Standardreduzierung Behinderten- und Begegnungsmaßnahmen	-	33.700	0,5	2028
050104_1	V	05 01 04	Integrationsarbeit	RM - Standardreduzierung Angebote interkulturelle Stadtentwicklung	-	39.700	0,5	2024
050201_1	V	05 02 01	Leistungen nach dem SGB XII	Amt 50 - Standardreduzierung Grundsicherung und Hilfe zum Lebensunterhalt	-	40.700	0,8	2024
050201_2	V	05 02 01	Leistungen nach dem SGB XII	Amt 50 - Standardreduzierung Hilfe zur Pflege	-	47.100	0,5	2033
050202_2	V	05 02 02	Leistungen nach dem UVG	Amt 50 - Standardreduzierung Unterhaltsvorschuss	-	72.500	1,0	2030

## Haushaltssicherungskonzept / Entwurf

Maßn.-Nr.	Dezernat	Produkt	Produktbezeichnung	Maßnahme	Konsolidierungsvolumen			Umsetzung
					Ertrag / €	Aufwand / €	Stellen	Jahr
1	2	3	4	5	6	7	8	9
050204_1	V	05 02 04	Durchführung Asylbewerberleistungsgesetz	Amt 50 - Standardreduzierung Inklusionsplanung, Koordinierung Hilfsangebote	-	73.900	1,0	2030
050204_2	V	05 02 04	Durchführung Asylbewerberleistungsgesetz	Aufgabe Brauhaus als Flüchtlingsunterkunft	-	30.000	-	2025
050205_1	V	05 02 05	Leistungen nach dem SGB II	Verzicht auf psychosoziale Beratung für U25-jährige	-	35.000	-	2024
050301_1	III	05 03 01	Sozialversicherungsangelegenheiten	Amt 33 - Auflösung Rentenberatungsstelle	-	77.900	1,5	2027
060201_1	V	06 02 01	Jugendarbeit	Amt 51 - Personalreduzierung Offene Kinder- und Jugendarbeit (Leitung)	-	64.600	1,0	2025
060201_2	V	06 02 01	Jugendarbeit	Amt 51 - Personalreduzierung Rechtsstelle	-	62.800	1,0	2027
060201_3	V	06 02 01	Jugendarbeit	Amt 51 - Personalreduzierung Offene Kinder- und Jugendarbeit (Mobile Aktionen)	-	38.900	0,5	2028
060201_4	V	06 02 02	Jugendarbeit	Amt 51 - Personalreduzierung Offene Kinder- und Jugendarbeit (Verwaltung)	-	19.000	0,2	2026
060201_5	V	06 02 01	Jugendarbeit	Amt 51 - Standardreduzierung Jugendsozialarbeit, Jugendparlament	-	27.900	0,4	2024
060201_6	V	06 02 01	Jugendarbeit	Amt 51 - Standardreduzierung Netzwerker	-	70.400	1,0	2030
060201_7	V	06 02 01	Jugendarbeit	Optimierung Kinderferienzirkus	-	40.000	-	2024
060301_1	V	06 03 01	Förderung junger Menschen und Familien	Amt 51 - Personalreduzierung Soziale Dienste (Verwaltung)	-	28.400	0,5	2026
070101_1	II	07 01 01	Gesundheitsschutz und -hilfe	Kündigung Honorarverträge	-	25.000	-	2025
070101_2	II	07 01 01	Gesundheitsschutz und -hilfe	Amt 53 - Personalreduzierung Infektionsschutz	-	38.400	1,0	2025
070101_3	II	07 01 01	Gesundheitsschutz und -hilfe	Amt 53 - Personalreduzierung Verwaltung	-	61.900	1,0	2026
070101_4	II	07 01 01	Gesundheitsschutz und -hilfe	Amt 53 - Personalreduzierung Krisenmanagement	-	107.300	2,0	2027
080100_1	I	08 01 00	Sportförderung	Reduzierung Betriebskostenzuschuss BSBB	40.000	708.000	-	2024

## Haushaltssicherungskonzept / Entwurf

Maßn.-Nr.	Dezernat	Produkt	Produktbezeichnung	Maßnahme	Konsolidierungsvolumen			Umsetzung
					Ertrag / €	Aufwand / €	Stellen	Jahr
1	2	3	4	5	6	7	8	9
080101_1a	I	08 01 01	Sportförderung	Erhöhung Nutzungsentgelte	40.000	-	-	2025
080101_1b	I	08 01 01	Sportförderung	Einsparung von Zins- und Abschreibungsaufwand durch zeitl. Verschiebung Neubaumaßnahme	-	584.000	-	2024
080101_1c	I	08 01 01	Sportförderung	Verzicht auf Erhöhung der Sportfördermittel	-	27.000	-	2024
080101_1d	I	08 01 01	Sportförderung	Verringerung der allgemeinen Instandhaltungskosten	-	12.000	-	2024
080101_1e	I	08 01 01	Sportförderung	Abschaffung des Warmbadetages in den Hallenbädern	-	30.000	-	2025
080101_1f	I	08 01 01	Sportförderung	Aufgabe von Sportplätzen (Paßstraße, Tennenplatz Weywiesen)	-	55.000	-	2025
080101_2	I	08 01 01	Sportförderung	Reduzierung Betriebskostenzuschuss nach Erhöhung Gewinnausschüttung GBB	-	50.000	-	2024
090102_1	IV	09 01 02	Stadterneuerung	Verzicht auf integrierte Entwicklungsstudie nördliche Innenstadt	-	50.000	-	2024
090102_2	IV	09 01 02	Stadterneuerung	Reduzierung Stadtteil-/Quartiersarbeit	-	25.000	-	2028
090102_3	IV	09 01 02	Stadterneuerung	FB 60 - Auflösung Mobilitätsmanagement	-	62.800	1,0	2030
090102_4	IV	09 01 02	Stadterneuerung	FB 60 - Auflösung Leitung Klimastadt	-	-	1,0	2024
090102_5	IV	09 01 02	Stadterneuerung	FB 60 - Auflösung Nachhaltige Quartiersentwicklung	-	59.900	0,8	2032
090201_1	IV	09 02 01	Vermessung /Erfassung von Geobasisdaten	Anhebung von Gebühren	12.600	-	-	2025
090201_2	IV	09 02 01	Vermessung /Erfassung von Geobasisdaten	Amt 62 - Personalreduzierung Ingenieurvermessung	-	76.900	1,0	2030
090301_1	IV	09 03 01	Liegenschaftskataster, Geodaten, Kartografie	Amt 62 - Personalreduzierung Katasterauskunft	-	23.500	0,5	2024
090401_1	IV	09 04 01	Bodenordnung	Amt 62 - Personalreduzierung Bodenordnung	-	84.200	1,0	2030
100101_1	IV	10 01 01	Bauaufsicht	Anhebung von Gebühren	312.500	-	-	2025

### Haushaltssicherungskonzept / Entwurf

Maßn.-Nr.	Dezernat	Produkt	Produktbezeichnung	Maßnahme	Konsolidierungsvolumen			Umsetzung
					Ertrag / €	Aufwand / €	Stellen	Jahr
1	2	3	4	5	6	7	8	9
100101_2	IV	10 01 01	Bauaufsicht	Bußgelderhebung bei sämtlichen festgestellten Bauarbeiten ohne vorherige Genehmigung	5.000	-	-	2025
100101_3	IV	10 01 01	Bauaufsicht	Amt 63 - Standardreduzierung Vorprüfung	-	125.700	2,0	2030
100101_4	IV	10 01 01	Bauaufsicht	Reduzierung Sachkosten	-	4.000	-	2024
100301_1	IV	10 03 01	Wohnungsbauförderung und -versorgung	Amt 61 - Standardreduzierung Wohnraumförderung	-	53.800	1,0	2030
100301_2	IV	10 03 01	Wohnungsbauförderung und -versorgung	Amt 61 - Standardreduzierung Wohnraumvergabe	-	63.100	1,0	2029
100401_1	V	10 04 01	Hilfen bei Wohnproblemen	Gebührenanpassung Flüchtlingsunterkünfte	50.000	-	-	2025
110301_1	II	11 03 01	Abwasserbeseitigung	Erhebung einer Gewässerabgabe	214.000	-	-	2026
120101_1	IV	12 01 01	Gemeindestraßen	FB 66 - Personalreduzierung Straßenplanung	-	65.900	1,0	2025
120101_2	II	12 01 01	Gemeindestraßen	Stelleneinsparungen bei der Beitragsabrechnung KAG (Verwaltung)	-	85.300	1,0	2027
120101_3	II	12 01 01	Gemeindestraßen	Stelleneinsparungen bei der Beitragsabrechnung KAG (Verwaltung)	-	79.700	1,0	2027
120105_1	IV	12 01 05	Parkeinrichtungen	Anhebung der Parkgebühren	185.000	-	-	2024
120106_1	IV	12 01 06	Parkhäuser	Anhebung der Parkgebühren im Parkhaus Schützenstraße	70.000	-	-	2024
120201_1	IV	12 02 01	Verkehrsunternehmen	Reduzierung Zuschussbedarf ÖPNV	-	300.000	-	2026
120301_1	IV	12 03 01	Straßenreinigung, Winterdienst	Überprüfung des städtischen Anteils bei der Straßenreinigung	-	35.000	-	2026
130101_1	IV	13 01 01	Öffentliches Grün, Landschaftsbau	Optimierung bei der Entsorgung von Grünabfällen	-	20.000	-	2026
130101_2	IV	13 01 01	Öffentliches Grün, Landschaftsbau	Verzicht auf Grünentwicklungsplanung	-	5.000	-	2024
130101_3	IV	13 01 01	Öffentliches Grün, Landschaftsbau	Verzicht auf die Bekämpfung invasiver Arten	-	50.000	-	2024

## Haushaltssicherungskonzept / Entwurf

Maßn.-Nr.	Dezernat	Produkt	Produktbezeichnung	Maßnahme	Konsolidierungsvolumen			Umsetzung
					Ertrag / €	Aufwand / €	Stellen	Jahr
1	2	3	4	5	6	7	8	9
130701_1	IV	13 07 01	Untere Wasser-, Abfallwirtschaft- und Bodenschutzbehörde	FB 68 - Standardreduzierung Verwaltung	-	42.500	1,0	2032
130701_2	IV	13 07 01	Untere Wasser-, Abfallwirtschaft- und Bodenschutzbehörde	Personalreduzierung Immissionsschutz	-	114.900	1,0	2025
140101_1	IV	14 01 01	Umweltschutz	Personalreduzierung Umweltinformation	-	108.100	1,0	2032
140101_2	IV	14 01 01	Umweltschutz	FB 68 - Standardreduzierung Energiemanagement	-	28.600	0,5	2025
140101_3	IV	14 01 01	Umweltschutz	FB 68 - Auflösung Roadmap Wasserstoff	-	106.900	1,0	2030
140101_4	IV	14 01 01	Umweltschutz	FB 68 - Standardreduzierung Regenwassermanagement	-	114.900	1,0	2025
140101_5	IV	14 01 01	Umweltschutz	Reduzierung der Aufwendungen "Vorbeugender Artenschutz"	-	10.000	-	2024
140101_6	IV	14 01 01	Umweltschutz	Reduzierung der Aufwendungen "Lärmaktionsplan"	-	10.000	-	2024
140101_7	IV	14 01 01	Umweltschutz	Verzicht auf Teilnahme "European Energy Award"	-	16.000	-	2026
140101_8	IV	14 01 01	Umweltschutz	Einstellung der Förderung von privaten Photovoltaikanlagen	-	55.000	-	2024
150101_1	I	15 01 01	Wirtschaftsförderung	Reduzierung von Sachkosten	-	16.500	-	2024
150101_1	I	15 01 01	Wirtschaftsförderung	Konsequente Vermarktung freier Grundstücke (Zinseinsparungen)	35.000	-	-	2028
160101_1	II	16 01 01	Steuern, allg. Zuweisungen u. allg. Umlagen	Gewerbesteuer: Erhöhung des Volumen der Betriebsstätten, Anteile Begleitung Betriebsprüfungen	100.000	-	-	2025
160101_2	II	16 01 01	Steuern, allg. Zuweisungen u. allg. Umlagen	Erhöhung Steuersatz Vergnügungssteuer	150.000	-	-	2025
160101_3	II	16 01 01	Steuern, allg. Zuweisungen u. allg. Umlagen	Hundesteuer - Ertragsoptimierung	70.000	-	-	2025
160101_4	II	16 01 01	Steuern, allg. Zuweisungen u. allg. Umlagen	Einführung einer Kampfhundesteuer	20.000	-	-	2025
160101_5	II	16 01 01	Steuern, allg. Zuweisungen u. allg. Umlagen	Erhöhung Hebesatz Grundsteuer B um 75%-Punkte, sofern bis 2030 keine Altschuldenlösung vorliegt	2.500.000	-	-	2030

### Haushaltssicherungskonzept / Entwurf

Maßn.-Nr.	Dezernat	Produkt	Produktbezeichnung	Maßnahme	Konsolidierungsvolumen			Umsetzung
					Ertrag / €	Aufwand / €	Stellen	Jahr
1	2	3	4	5	6	7	8	9
160102_1	II	16 01 02	Sonstige Allgemeine Finanzwirtschaft	Erhöhung der Gewinnabführung der Sparkasse	400.000	-	-	2024
160102_2	II	16 01 02	Sonstige Allgemeine Finanzwirtschaft	Erhöhung der Gewinnabführung der BEST	200.000	-	-	2024
160102_3	I	16 01 02	Sonstige Allgemeine Finanzwirtschaft	Reduzierung Zinsaufwand durch Streichung von Investitionsmaßnahmen	-	100.000	-	2024
999999_1	Übergr.	-	übergreifend	Verwaltungsoptimierung durch Digitalisierung (Einsparung Papier- und Druckkosten)	-	20.000	-	2029
999999_2	Übergr.	-	Produktübergreifend	Optimierung Fahrzeugpark	-	100.000	-	2025
999999_3	Übergr.	-	Produktübergreifend	Pauschale Kürzung fachbezogene Fortbildungsmittel um 20 %	-	129.800	-	2024
999999_4	Übergr.	-	Produktübergreifend	Reduzierung der Bufdi-Stellen (um 16 Stellen)	- 57.600	161.300	-	2024
999999_5	Übergr.	-	Produktübergreifend	Büroflächenoptimierung durch Desk-Sharing	-	2.302.000	-	2028
999999_6	Übergr.	-	Produktübergreifend	Verwaltungsoptimierung durch Digitalisierung (Reduzierung Personalkosten)	-	10.500.000	140,0	2029
999999_7	Übergr.	-	Produktübergreifend	Verwaltungsoptimierung durch Digitalisierung (Reduzierung Sachkosten)	-	1.358.000	-	2029

Datum

19.01.2024

Drucksache Nr.

**2024/0024**

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Zuständigkeit
Wirtschaftsförderungs- und Grundstücksausschuss	31.01.2024	Entscheidung
Ausschuss für Stadtplanung und Umweltschutz	20.02.2024	Kenntnisnahme
Bezirksvertretung Bottrop-Mitte	11.04.2024	Kenntnisnahme

## Betreff

### Innenstadtentwicklung

**hier: Wochenmarktkonzept Innenstadt**

## Beschlussvorschlag

Der Wirtschaftsförderungs- und Grundstücksausschuss nimmt das „Wochenmarktkonzept Innenstadt - Konzept für die zukünftige Entwicklung des Wochenmarktes in der Bottroper Innenstadt“ zur Kenntnis und befürwortet den Verbleib des Wochenmarktes am derzeitigen Standort in der Innenstadt.

Das Amt für Wirtschaftsförderung wird beauftragt, im Rahmen des Handlungsfeldes Innenstadtentwicklung federführend die Konkretisierung und Umsetzung der Maßnahmen für den Wochenmarkt aus dem Konzept mit den zuständigen Fachämtern und Akteuren zu koordinieren, insbesondere die Einführung eines Marktmanagements, den Ausbau der Infrastruktur wie Stromanschlüsse und Parkplätze für Markthändler:innen, die Anpassung der Marktordnung und -flächen sowie die Entwicklung und Umsetzung gezielter Marketingmaßnahmen.

## Finanzielle Auswirkungen

Finanzielle Auswirkungen:

nein

## **Problembeschreibung / Begründung**

Über die Perspektiven des Wochenmarktes wurde im Rahmen des „Forum Innenstadt“ im Januar 2023 öffentlich mit Stakeholdern und Bürgerschaft diskutiert und viele Anregungen gesammelt. Im Zuge der Diskussion wurde deutlich, dass zum einen sogenannte Sofortmaßnahmen für den Wochenmarkt, wie z.B. die Bereitstellung von Toiletten, Stromanschlüssen etc. zu treffen, und zum anderen die Struktur, Organisation und Wirkung des Wochenmarkts insgesamt zu untersuchen sind.

Während die Sofortmaßnahmen mittels eines kleinen „Teams Wochenmarkt“ aus der Verwaltung, federführend durch das Amt für Wirtschaftsförderung und Standortmanagement, bereits bis Mai 2023 umgesetzt werden konnten, wurde die Fragestellung der Zukunftsfähigkeit des Wochenmarkts als Versorgermarkt durch die Wirtschaftsförderung ausgeschrieben, um diesen als Anker und Leitbild für die Transformation der Innenstadt zu stärken und zu sichern. Der Auftrag zur Erstellung eines Wochenmarktkonzeptes wurde der Bottroper Firma CK Media und Events GmbH in Kooperation mit der Corporate Values GmbH, erteilt. In der Sitzung am 23.11.2023 wurde dem Ausschuss bereits ein Zwischenstand vorgestellt.

Mit dem vorliegenden Abschlussbericht Wochenmarktkonzept (s. Anlage) wird eine Grundlage geschaffen, den Wochenmarkt in der Innenstadt langfristig vor dem Hintergrund der Herausforderungen als Versorgermarkt mit einem großen und vielfältigen Angebot zu erhalten und zukunftsfest zu machen. Basierend auf den Untersuchungserkenntnissen aus einer strukturierten Befragung der Bürger: innen, Markthändler: innen und stationären Gewerbetreibenden der Innenstadt und persönlichen Gesprächen (u.a. mit zuständigen Mitarbeiter: innen der Verwaltung), wurde ein Maßnahmenkatalog mit kosteneffizienten Lösungsansätzen sowie Umsetzungsmöglichkeiten mit einer Kostenschätzung erstellt. Diese Maßnahmen sollen zur Entwicklung eines zukunftsfähigen Marktes beitragen, insbesondere im Hinblick auf organisatorische, haushaltsrechtliche, rechtliche Rahmenbedingungen (Marktsatzung), den Standort und die räumliche Sortierung, die Infrastruktur sowie auf die Gewinnung und Aktivierung von Markthändler: innen und Vermarktung des Angebots.

## **Wesentliche Erkenntnisse und Inhalte sind:**

### **Standort des Marktes**

Die Befragung sowohl der Markthändler, -besucher und Einzelhändler:innen in der Innenstadt hat ergeben, dass der Standort des Wochenmarktes in der City als sehr positiv beurteilt wird. Dies gilt insbesondere, da sich Synergien zwischen den stationären Angeboten und dem Marktgeschehen ergeben. Auch die Besucher:innen genießen den Rundgang durch die Innenstadt und die enge Verbindung der unterschiedlichen Angebote in der Innenstadt.

Auf Grundlage des Konzepts schlägt die Verwaltung den Verbleib des Wochenmarktes am aktuellen Standort vor.

Zu entsprechenden Veranstaltungen wie Stadtfest, Kirmes, Pferdemarkt usw. soll der Wochenmarkt temporär auf den Berliner Platz ausweichen. Damit würde die kostenintensive Sperrung der Osterfelder Straße entfallen und städtische Veranstaltungen könnten besser organisiert werden, z.B. beim Aufbau des Pferdemarktes auf dem Kirchplatz.

### **Einführung eines Marktmanagements**

Die Organisation des Wochenmarktes obliegt derzeit dem Fachbereich Recht und Ordnung. Die Aufgaben umfassen u.a.



- die Einhaltung der Marktordnung,
- Zuweisung von Standplätzen neuer Markthändler unter Beachtung der erforderlichen Infrastruktur wie Strom und Logistik,
- Planung, Information und Organisation bei Verlegung des Wochenmarktes während Veranstaltungen und
- Kassieren der Standgebühren.

Eine inhaltliche Betreuung des Wochenmarktes, mit Entwicklung wachstumsorientierter Ideen, Akquise neuer Markthändler:innen zur Erweiterung der Angebote, Konzipierung und Umsetzung von Marketingmaßnahmen und Öffentlichkeitsarbeit, Initiierung regelmäßiger Treffen der Markthändler:innen zwecks Austausch und Information, Einbindung von Akteuren der Innenstadt o.ä. wird durch den Fachbereich 30 nicht abgedeckt.

Die Verwaltung schlägt auf Basis des Konzeptes die Einführung eines Marktmanagements vor. Dies soll die oben genannten zusätzlichen Aufgaben, ausgenommen der (Markt-)ordnungsrechtlichen Maßnahmen wahrnehmen. Die Zuständigkeit soll bei der Wirtschaftsförderung liegen.

### **Anpassung der Marktordnung und –fläche**

Um dem vielfachen Wunsch der Befragungen nach einer Erweiterung des Wochenmarktes in punkto Events und gastronomischen Angeboten (u.a. Alkoholausschank) entsprechen zu können, ist die derzeit durch die Satzung räumlich beschriebene Wochenmarktfläche zu überprüfen und zu ändern.

Die Verwaltung schlägt entsprechend des Konzeptes vor, den Bereich der Hansastraße, Kirchplatz/Ecke Stadtparfumerie Pieper bis Hochstraße/City-Apotheke (siehe Plan Konzept Seite 17) aus der Wochenmarktsatzung herauszulösen und als Veranstaltungsfläche zur Verfügung zu stellen. Die Bereitstellung dieser Flächen ermöglicht Veranstaltungen rund um das Marktgeschehen, verlängert die Aufenthaltsdauer der Besucher:innen und trägt zu einer Steigerung der Aufenthaltsqualität bei.

Die Verwaltung wird beauftragt, eine entsprechende Umsetzung zu prüfen und auf den Weg bringen.

### **Verbesserung der Infrastruktur**

Weiterhin soll die Infrastruktur für den Markt am jetzigen Standort verbessert und neu geordnet werden. Dies betrifft vor allem die Verbesserung der Stromversorgung (Starkstrom), da immer mehr Händler:innen aufgrund der modernen Marktwagen höhere Energiebedarfe haben. Die Verwaltung wird beauftragt entsprechende Planungen voranzutreiben und zu prüfen, ob Fördermittel z.B. aus der Städtebauförderung für einen Ausbau genutzt werden können.

### **Bereitstellung von Parkmöglichkeiten für Markthändler: innen**

Ein in der Befragung wichtiges Thema ist die kostenlose Bereitstellung von Parkmöglichkeiten für die Markthändler:innen. Hierzu macht das Konzept Vorschläge im Bereich der Innenstadt. Die Verwaltung wird beauftragt, die Vorschläge zu prüfen und umzusetzen.

Das Amt für Wirtschaftsförderung wird im Rahmen des Handlungsfeldes Innenstadtentwicklung federführend die Maßnahmen aus dem Konzept für den Wochenmarkt koordinieren und schrittweise umsetzen.

Tischler

Anlage(n):

1. Anlage\_Wochenmarktkonzept Innenstadt\_240118

# Wochenmarktkonzept Innenstadt

Konzept für die zukünftige  
Entwicklung des Wochen-  
marktes in der Bottroper  
Innenstadt

**Sehr geehrte Damen und Herren,**

im Folgenden finden Sie zuerst eine stichwortartige Übersicht über die Qualität der zu Grunde liegenden Befragung. Dann finden Sie angeheftet beispielhaft die verwendeten Typen von Fragebögen und eine Übersicht über weitere von uns umgesetzte Termine mit städtischen Fachleuten, mit Markthändlern und Geschäftsleuten sowie interessierten Bürger:innen.

Wir haben Ihnen dann die Hauptkenntnisse aufgelistet. Sie finden diese dann in einer differenzierteren Tabelle je unter Berücksichtigung der Bottroper Stärken und Schwächen mit Stichworten und Empfehlungen ergänzt, die eine praktische und gangbare Lösung für die Herausforderungen bedeuten können. Diese sind teilweise mit Kostenschätzung hinterlegt.

Sie finden in der beigefügten Präsentation auch weitere statistische Auswertungen der Befragungen, zu denen wir gerne in bilateralen Gesprächen Stellung nehmen können, falls sich über unsere Empfehlung hinaus Fragen ergeben sollten.

# Inhalt

1. Ziel des Projektes und Herangehensweise	4
2. Konzept und Qualität der Befragung	4
3. Beispielhafte statistische Auswertungen der Fragebögen	7
4. Bestandsaufnahme von Potenzialen und Problemen	
Haupterkenntnisse der Befragung und Meetings in Stichworten	14
4.1. Organisatorischer, rechtlicher (Marktsatzung) und finanzieller Rahmen	14
4.2. Infrastruktur	14
4.3. Standort	15
4.4. Angebotsstruktur und Markthändleraquis	15
4.5. Marketing	16
4.6. Aufenthaltsqualität und Eventelemente	16
5. Abbildung einer SWOT Analyse mit Berücksichtigung begrenzter Mittel der Stadt	18
<b>6. Handlungsempfehlung und erste Kostenschätzung zu möglichen, effizienten Lösungen</b>	<b>19</b>
7. Anlagen	
Anlage 1: Fragebögen	25
Anlage 2: 2.1. Empfehlung zur Infrastruktur	30
2.2. Empfehlung optionaler Erweiterungen bzw. Verdichtung, Bewerbung und Ordnung des Marktes	30
Anlage 3: Optionale Handlungsempfehlungen je nach städtischen Zielen und Budget	34

## 1. Ziel des Projektes und Herangehensweise

Ziel der vorgelegten Ausarbeitung ist eine Neuausrichtung und Optimierung des Bottroper Wochenmarktes. Um diesem Ziel objektiv und den Möglichkeiten der Stadt Bottrop angemessen gerecht zu werden, wurden mehrere Stufenbefragungen und Auswertungen vorgenommen. So wurde zum einen nachgehalten, welche Eigenschaften des Marktes bereits auf positive Resonanz gestoßen sind, welche bestehenden Eigenschaften des Marktes Verbesserungspotenziale haben und warum nennenswerte Teile der Bottroper Bürger:innen und der Bürger:innen umgebender Städte den Markt bisher nicht nutzen, beziehungsweise begrenzte Kenntnisse über Qualitäten des Marktes besitzen. Das **infolge** geschriebene Befragungssetting sucht daher zum einen nach Möglichkeiten bestehende Stärken zu unterstützen. Und zum anderen nach der Möglichkeit, zusätzliche Angebote zu etablieren und diese auch intensiver als bisher in Richtung neuer und bestehender Zielgruppen zu bewerben.

Um die mutmaßlich geeigneten Maßnahmen passend auf die Stärken und finanzielle Situation der Stadt Bottrop auszurichten, wurden Benchmarks untersucht, d.h. es wurden umgebene Märkte betrachtet, die erweiterte Angebote vorweisen. So könnte es auch für die Marktaussteller und Gewerbetreibenden in der Bottroper Innenstadt in puncto Ansätzen, Altersverteilungen und Frequenzen eine wünschenswerte Verbesserung geben.

## 2. Konzept und Qualität der Befragung



Folgende Eigenschaften der Befragung gewährleisten eine hinreichend neutrale und differenzierte Betrachtung:

- Das Konzept der Fragebögen erhöht die Validität (das, was erfragt werden soll, wird auch unverstellt erfragt) durch ebenso offene wie gestützte Abfragen und durch Mischung quantitativer und qualitativer Ansprüche bei zusätzlicher „Stimmungsaufnahme“ im Dialog und Befragung aus unterschiedlichen Perspektiven.
- Die Reliabilität (das Erfragte ist belastbar, skalierbar) bzw. Verlässlichkeit der Gesamtbefragung ist durch die gleiche Abfrage unter gleichen Bedingungen bei nicht-suggestivem und nicht-eingeschränktem Fragesetting in sehr hohem Maße gegeben. Dabei werden nicht nur Kaufinteressen sondern auch subtilere Kauf-routinen (Lauf-Fähigkeit, Alter, Anreise etc.) hinterfragt.

- Beliebige, invalide Antworten sind durch frühe Kontrollfragen ausgeschlossen, Befragte wurden unterstützt, um Abbrüche aus Überforderung oder Unlust zu minimieren.
- Die Bewertungen sind nach Alter sortierbar, sodass wir Wünsche und Kritiken besser deuten und nicht zu oberflächlich übertragen.

**Beispiel der verwendeten zweiseitigen Fragebögen:**

Gefördert durch:

Landesinitiative **Zukunft in Innenstadt.** Nordrhein-Westfalen.   
 Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes Nordrhein-Westfalen   
   
 **STÄDTEBAU-FÖRDERUNG** von Bund, Ländern und Gemeinden   
**bottrop.**

**Anonyme Befragung zum Bottroper Wochenmarkt (Innenstadt) im Namen der Wirtschaftsförderung der Stadt Bottrop**

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir würden uns freuen, wenn Sie sich etwas Zeit für diese Umfrage nehmen würden. Wir als Stadt Bottrop möchten mit Ihrer Hilfe das Marktangebot optimieren. Ihre Daten werden nur für diese Zwecke intern eingesetzt. Die Angabe Ihres Alters und Ihrer Postleitzahl hilft uns dabei das Angebot auf Sie anzupassen. Geben Sie den ausgefüllten Fragebogen direkt unseren Ansprechpartner:innen zurück oder werfen Sie ihn am Stand in die Sammelbox mit der Aufschrift „Marktumfrage“ oder senden Sie uns ein Handyfoto der ausgefüllten Seiten an 0172 2961652. Herzlichen Dank!

Ihr Alter: \_\_\_\_\_ PLZ/Ort: \_\_\_\_\_ Datum: \_\_\_\_\_

**Wenn Sie den Bottroper Wochenmarkt (Innenstadt) kennen, wie bewerten Sie ihn auf einer Skala von 1 (sehr gut) bis 6 (sehr schlecht).**

Kenne ich nicht      Warum sind Sie nicht auf dem Markt? \_\_\_\_\_

sehr gut    1   2   3   4   5   6    sehr schlecht

**Was würde diese Bewertung verbessern?**

\_\_\_\_\_

**Wissen Sie an welchen Tagen und zu welchen Zeiten der Markt in der Bottroper Innenstadt stattfindet?**

Tag: \_\_\_\_\_ Uhrzeit von - bis: \_\_\_\_\_

Tag: \_\_\_\_\_ Uhrzeit von - bis: \_\_\_\_\_

Wie oft besuchen Sie den Markt? \_\_\_\_\_ mal im Monat

Warum besuchen Sie den Markt? \_\_\_\_\_

**Welche drei Gründe für den Besuch sind Ihnen insgesamt am wichtigsten? Wenn Ihre Gründe nicht dabei sind, ergänzen Sie diese bei „Sonstiges“**

<input type="checkbox"/> Andere Menschen treffen	<input type="checkbox"/> Fleisch	<input type="checkbox"/> Parksituation
<input type="checkbox"/> Örtliche Nähe	<input type="checkbox"/> Fisch	<input type="checkbox"/> Geselligkeit
<input type="checkbox"/> Preis/Leistung	<input type="checkbox"/> Das Flair	<input type="checkbox"/> Sonstiges: _____
<input type="checkbox"/> Obst	<input type="checkbox"/> Regionalität	_____
<input type="checkbox"/> Gemüse	<input type="checkbox"/> Gesundheit	_____

**Welche der bestehenden Angebote sind Ihnen am wichtigsten?**  
 Kreuzen Sie bitte maximal 5 Produkte an oder ergänzen Sie Produkte unter „Sonstiges“ die Ihnen fehlen. Kommentieren Sie dahinter gerne, wenn Sie etwas ändern wollen.

<input type="checkbox"/> Obst	<input type="checkbox"/> Blumen/Pflanzen	<input type="checkbox"/> Gewürze
<input type="checkbox"/> Gemüse	<input type="checkbox"/> Backwaren	<input type="checkbox"/> Sonstiges: _____
<input type="checkbox"/> Kartoffeln	<input type="checkbox"/> Bekleidung	_____
<input type="checkbox"/> Eier	<input type="checkbox"/> Fleisch	_____

**Was fehlt Ihnen als Angebot?**

\_\_\_\_\_

Seite 1 des Fragebogens „Bürger“.

**Alle Fragebögen in der Anlage 1**


Beispiele ergänzender qualitätssichernder und persönlicher Absprachen, Arbeits-sitzungen und Einzelgespräche:



### Relevante Terminbeispiele neben den Absprachen mit Auftraggeber:innen

- Treffen mit Akteur:innen
  - **28.09.2023** mit Vorstellung und Ausblick auf das Projekt
  - **23.10.2023** inkl. der Markthändler, erste Erkenntnisse und weitere Maßnahmen
- Stetiger Dialog (siehe umseitig) mit
  - Marktbesuchern und Bottroper Bürger:innen
  - Marktmeister
  - Markthändlern
  - Stationärer Handel
  - Stadtverwaltung
  - Interessensgemeinschaften
    - IG Marktviertel
    - IG Rathausviertel





### Relevante Terminbeispiele neben den Absprachen mit Auftraggeber:innen

- 20.9, 23.9 Begehung mit Marktmeister Marco Giehl und Andreas Vacca (WiFö)
- 20.9 bis heute, Abstimmungen intern, Schulung Dialoger, Analysegespräch Lösungssondierungen
- 25.9 Auftaktgespräch mit Verwaltung
- 25.9 bis heute; Abstimmungen mit IGs, Stadtverwaltung, Markthändler:innen, stationärer Handel
- 14.10, 18.10, 25.10, 28.10 Befragung der Bürger:innen, Stationärer Einzelhandel, Markthändler:innen
- 17.10 Zoom-Meeting WiFö, Sondierung erster Erkenntnisse und Lösungsansätze, Planung 23.10
- 3.11 und diverse; Direktabsprachen, Telefonabstimmungen z.B. mit den Herren Fingerlin, Rühlemann, Görgens
- 13.11 Gespräch Marco Giehl, Rücksprache zu ersten Analysen, Sichtung Marktordnung
- 18.11 Bestandsaufnahme Park-bedarf und Möglichkeiten für Markthändler



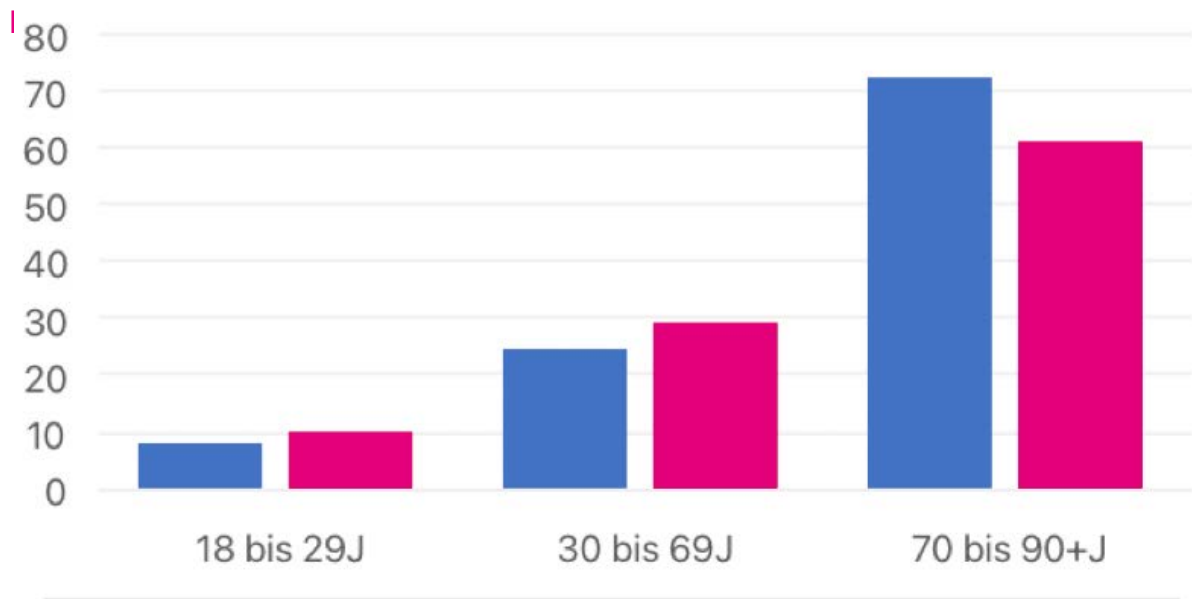
### 3. Beispielhafte statistische Auswertungen der Fragebögen

Im Folgenden finden Sie beispielhafte statistische Auswertungen aus den zahlreichen Befragungen, die je die erkannten Trends und den jeweiligen Status von drei unterschiedlichen Altersgruppen und unterschiedlichen Stakeholdern abbilden, die für den Markt die entscheidende Rolle spielen. Das sind zum einen die Bürger, die den Markt besuchen und Bürgerinnen, die den Markt bisher nicht besuchen, dazu die Markthändler und die angrenzenden stationären Gewerbe. Wir haben bereits auch schon in direkter Präsentation einzelne Erkenntnisse dargestellt und beschränken uns hier auf beispielhafte, zentrale, statistische Elemente. Für detailliertere Nachfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

#### Beispielhafte Auswertung: Anteiliges Alter befragter, beziehungsweise beobachteter Besucher:innen des Marktes.

Wir haben sämtliche Bürger:innen, die einen Fragebogen ausgefüllt haben, gebeten, ihr Alter und ihre Postleitzahl einzutragen. Hier ergibt sich allerdings eine Korrelation, die den Eindruck der tatsächlichen Altersverteilung verfälschen kann. Wie grundsätzlich richtig erhoben und zu erwarten, ist ein hoher Anteil der Menschen auf dem Markt „alt“. Bei genauerer Betrachtung fällt dann auf, wie ausnehmend hoch dieser Anteil ist und zu welchem hohem Anteil diese Menschen schlecht zu Fuß und zu nennenswerten Anteilen auch mit Rollatoren oder Rollstuhl anzutreffen sind.

Daher sind z.B. bei unseren versuchten querschnittsmäßigen Befragungen grundsätzlich einige der älteren Menschen nicht bereit oder nicht zwingend in der Lage mit einer oder zwei Händen einen Fragebogen niedrigschwellig zu beantworten. Wir haben daher zu der Auswertung der tatsächlich abgegebenen Fragebögen auch eine korrigierende punktuelle Auszählung der je präsenten Altersgruppen zur Kontrolle hinzugenommen und leichte Korrekturen vorgenommen. Die Altersverteilung sieht wie folgt für den Mittwochs- und den Samstagmarkt aus:



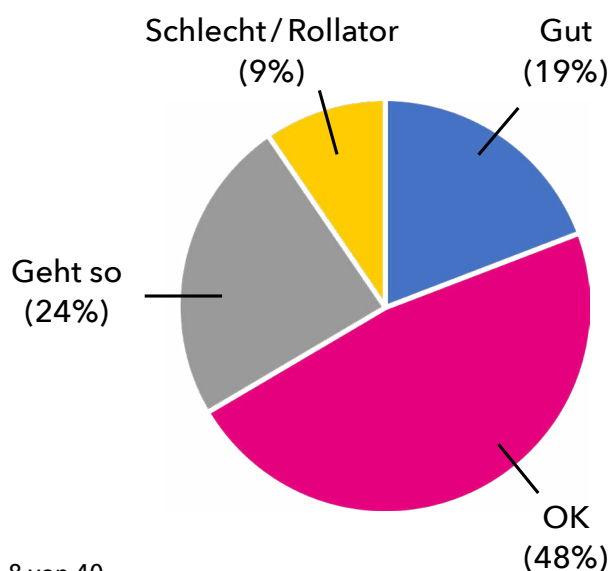
Für den Mittwochsmarkt ergibt sich bedingt durch die Arbeitszeit Berufstätiger eine zusätzliche Verschiebung hin zu einem Altersschnitt in Richtung 70 Jahre plus.

Diese Altersgruppe weist auf ihre begrenzte Mobilität hin und sind mit einem hohen Anteil zu Fuß auf dem Markt.

Es ist festzustellen, dass der Markt aktuell keine große Menge der Durchschnittsbevölkerung (aus anderen Stadtteilen und jüngeren Alters) in die Innenstadt lockt, sondern dass ca. 30% der Besucher:innen aus direkter fußläufiger Nähe kommen und zudem älter als 70 sind. Letztgenannte können nur begrenzt weit gehen und wenig Waren in ihren Trolleys oder Rollatoren mitnehmen.

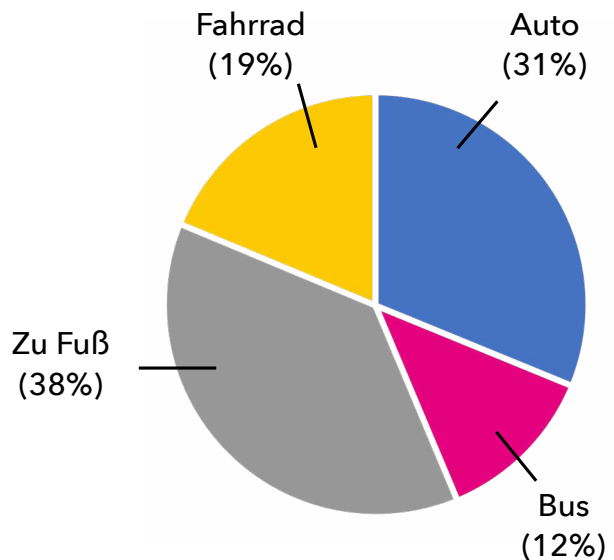
**Wie gut können Sie gehen und Ihre Tasche tragen? (70-90)**

- Gut
- Geht so
- OK
- Schlecht/ Rollator



Wie kommen Sie zum Markt? (70-90)

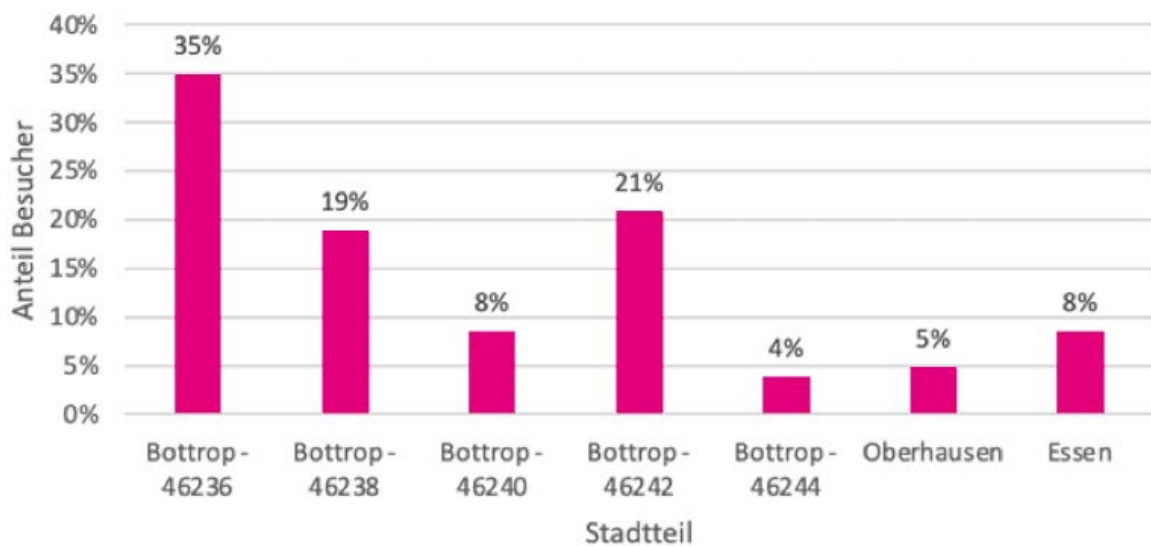
- Auto    ■ Zu Fuß    ■ Sonstiges
- Bus    ■ Fahrrad



Die Produkte allerdings, die diese Besucher:innen vor allem auf dem Markt wünschen, sind vorhanden; es bestehen nur begrenzte Wünsche zu einer Warenerweiterung.

Aus den Fragebögen ergeben sich eher Seitens der Bürger:innen, Markthändler:innen und der Geschäfte vor Ort Wünsche zu Logistik, zu erweiterter Geselligkeit, zu Parklätzen, Verweilorten und Toiletten je in individuelle schriftlicher Form und mehr noch in direkten Gesprächen.

Anzahl Besucher nach Stadtteil in %



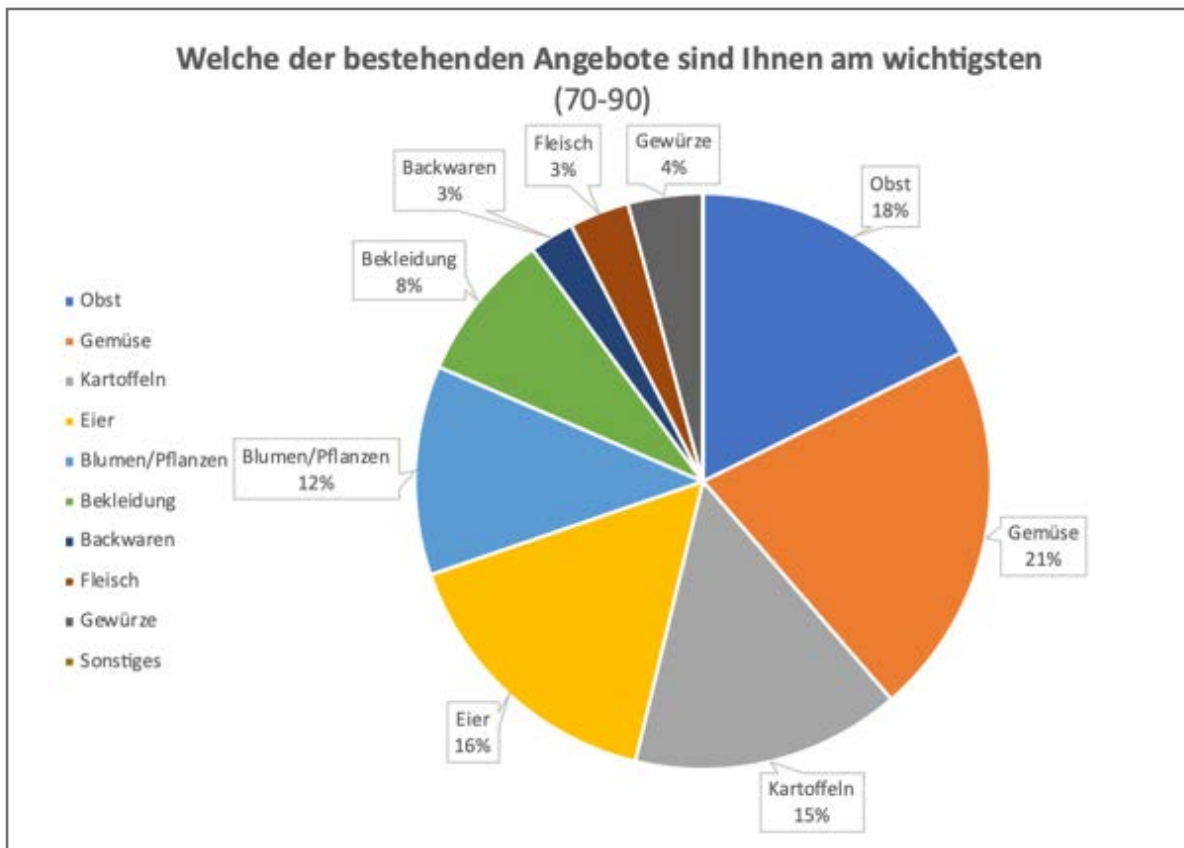
Bei den Befragungen des stationären Handels im direkten Umfeld des Marktes fiel bei der Auswertung der individuellen Kommentarfelder und der Seitengespräche bei der Abgabe und Abholung der Fragebogen auf wie deutlich die Gewerbetreibenden die Marktzeiten in ihrer Kundenfrequenz spüren, so bedauerten z.B. die Gewerbetreibenden an der unteren Hochstraße den Rückzug des Marktes. Auffällig war auch, dass weder Händler:innen, noch Bürger:innen, noch Markthändler:innen den Markt auf dem Berliner Platz wünschen (weniger als fünf Prozent der Befragten).

Die Befragungen zu den Angeboten des Marktes zeigten eine erhöhte Zufriedenheit mit Wünschen nach einzelnen Zusatzangeboten, die sich je nach Alter nur leicht unterschieden. Beispiele der gestützten und ungestützten Angaben der verschiedenen Altersgruppen finden sie unten aufgeführt. Hinzu kamen diverse Detailhinweise und Wünsche, die jedoch zu einer entscheidenden Verbesserung des Marktes nicht beitragen werden, die aber mit dem Marktmeister und den Markthändler:innen geteilt wurden.

Anbei beispielhafte Auswertungen zu gewünschten Produkten bzw. geselligen Ergänzungen:

### 3. Standangebote - Perspektive von Markthändler:innen, Bürger:innen und stationären Handel



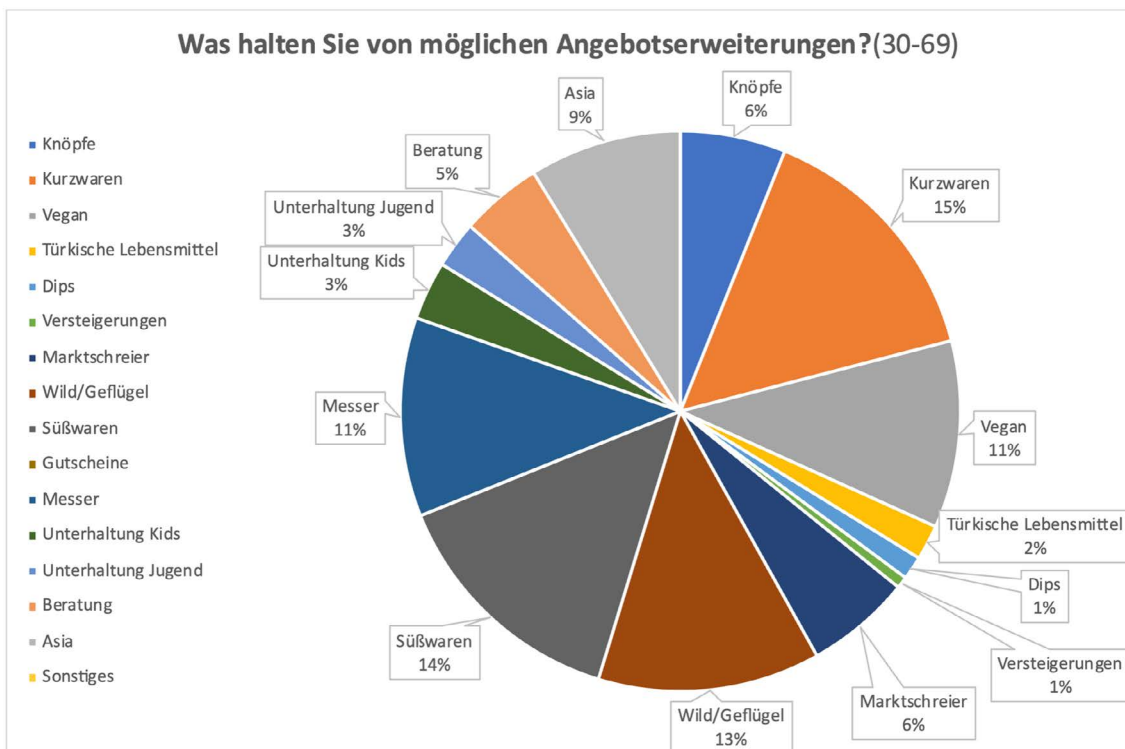
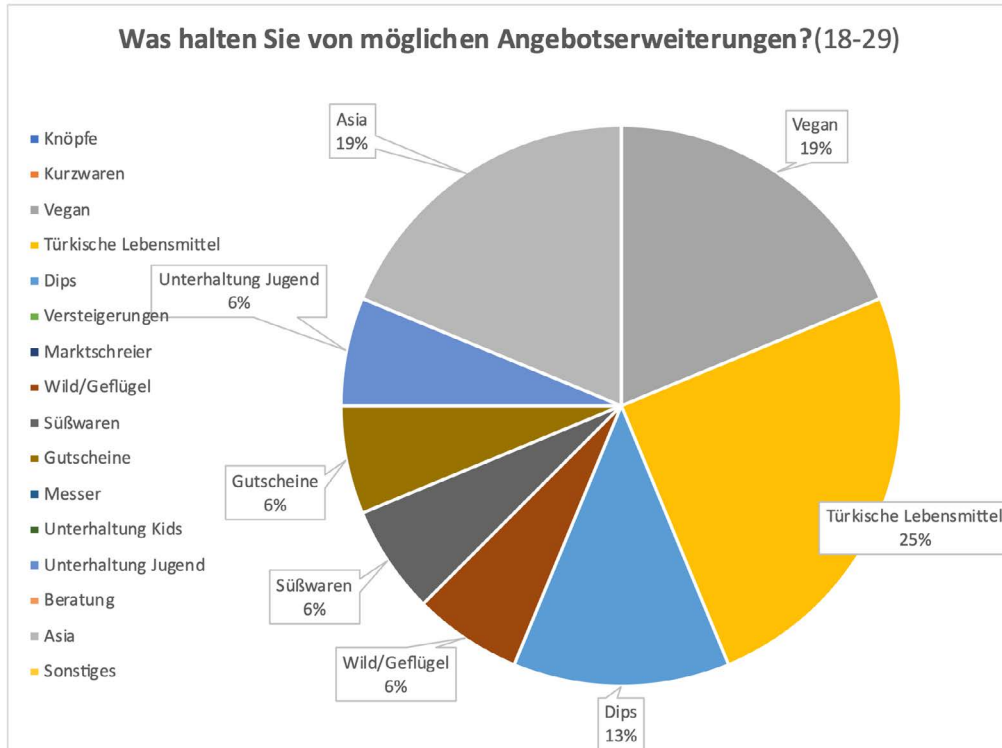


Fokus auf den Wunsch nach Ergänzungen des bestehenden Angebotes

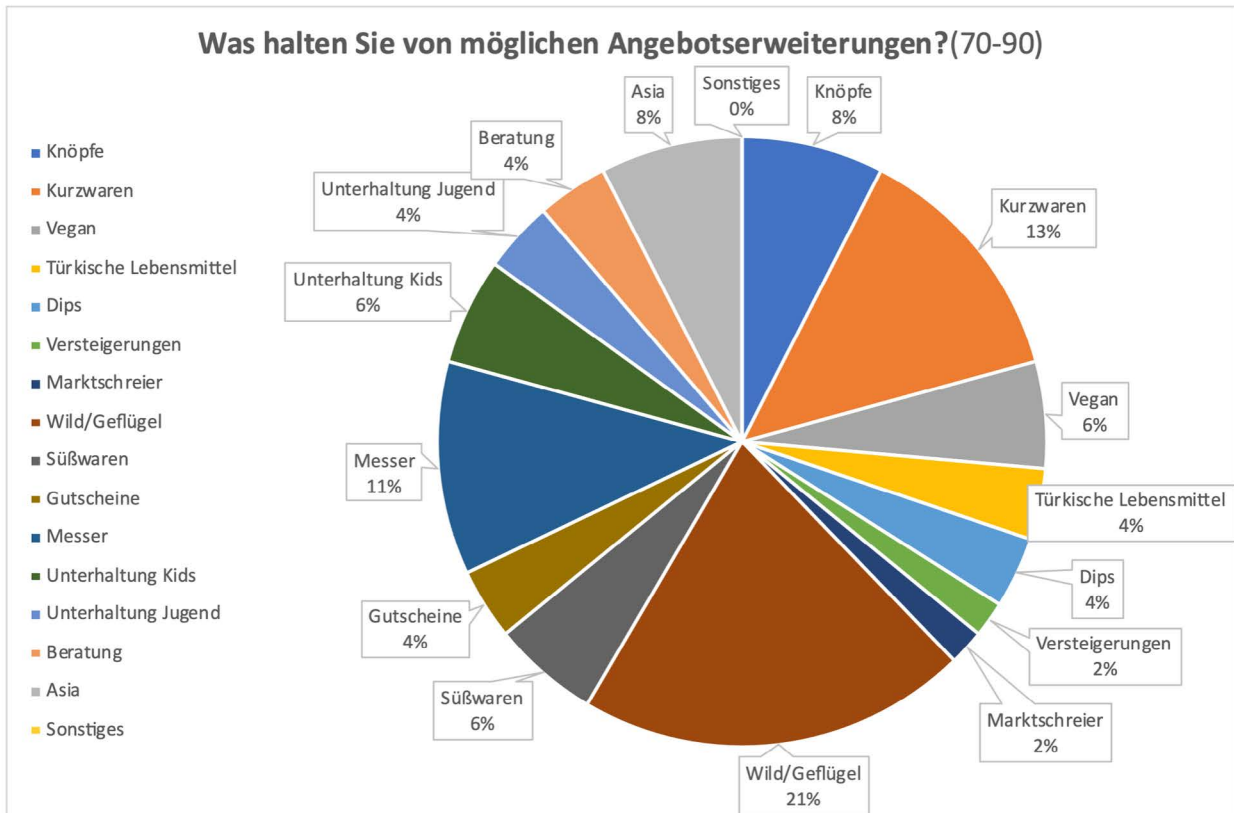
3. Standangebote - Perspektive von Markthändler:innen, Bürger:innen und stationären Handel

Wunsch nach Erweiterungen

**Welche Angebote wünschen sich die Bürger?**



**Welche Angebote wünschen sich die Bürger?**



Die Fragebögen wie auch die diversen Einzelgespräche mit Marktbesuchern und Nicht-Marktbesuchern deuteten tatsächlich nicht auf den Wunsch nach außerordentlichen Veränderungen der Angebote hin; eher herrschte eine grundsätzliche Zufriedenheit, lediglich gab es Wünsche nach realisierbaren Ergänzungen wie etwa Kurzwaren, Wild, Feinkost aus umgebenden Hofläden, ggf. günstige türkische Lebensmittel etc.

Der Bereich, der am ehesten als zusätzlicher Magnet anzusehen ist, wäre eine gastronomische Ergänzung, die altersübergreifend als positiv bewertet wurde (s.u.).

## 4. Bestandsaufnahme von Potenzialen und Problemen

### Haupterkenntnisse der Befragung und Meetings in Stichworten

Die nachfolgenden Haupterkenntnisse ergaben sich aus der Auswertung von mehr als 200 Befragungen von Marktbesucher:innen, von Markthändler:innen und stationären Handel. Wir haben diese Auswertung letzten Endes kombiniert zu Handlungsableitungen zusammengefasst, da das die pragmatischste Fortarbeit mit den Erkenntnissen bedeutet.

#### 4.1. Organisatorischer, rechtlicher (Marktsatzung) und finanzieller Rahmen (gerade mit Blick auf die gewünschte, gesellige Ergänzung)

- Mit Ort und Zeiträumen der Märkte, Nachfolge ebenso den Marktmeistern herrscht grundsätzlich (große) Zufriedenheit, ebenso mit den Produkten. Erweiterungswünsche wurden dokumentiert. Einzelhändler begrüßen ausnahmslos den Markt als Vorteil für die Kundenfrequenz. Der Wochenmarkt an dem jetzigen Standort ist für nahezu 50 Geschäfte synergetisch, (ungenutzte Potentiale s.u.).
- Der Markt ist in bedenklichem Maße in seinem Umsatz von dem abhängig, was (sehr) alte Menschen zu Fuß wegschaffen können (Einkaufstrolley/eine Rollator-Tasche, eine Tragetasche).
- Die soziale Komponente des Marktes, „Geselligkeit“ wird ausdrücklich geschätzt, und bietet einen USP/Alleinstellungsmerkmal gegen Limbecker Platz, CentrO, Amazon. Erweiterte gesellschaftliche Mehrwerte sind gewünscht - Vorschlag Initialveranstaltung (z.B. Frühlingserwachen/ Markt blüht auf - mit ersten Testansätzen)
- Die Marktsatzung muss zwingend mit Freiräumen für gesellige Angebote angepasst und auf den neuesten, rechtlichen Stand gebracht werden.
- Niemand ist verantwortlich für einen Erfolg des Marktes und dessen offensichtlich deutlich City belebende Rolle. Ein Marktmanagement mit akquirierenden, werbenden und kooperierenden Qualitäten ist erforderlich.

#### 4.2. Infrastruktur

- Parkplätze für Markthändler:innen fehlen in mehrerlei Beziehung explizit; Optionen für ältere Menschen plus Marktbus/Markthelfer wären zu überlegen (s.u.).



- Öffentliche Toilettenanlagen fehlen; kombinierbar mit Packstation, z.B. Hochstr. 25 im ehem. Salon5 als mögliche Lösung.
- Die Kapazitäten in den vorhandenen Stromkästen sind restlos erschöpft. Für bestehende, aber auch für mögliche neue Markthändler ist diese Situation nicht attraktiv.

### 4.3. Standort

- Der Wochenmarkt rund um den Cyriakusplatz wie bisher ist akzeptiert und nahezu von allen Befragten als Standort gewünscht. Wenige vereinzelte Stimmen (weniger als fünf Prozent) haben sich bei den Befragten für eine Rückkehr zum Berliner Platz ausgesprochen.

### 4.4. Angebotsstruktur und Markthändleraquis

- Interesse an erweiterten Angeboten wie Kurzwaren, Angebote aus Hofläden (Eingekochtes, Eingelegtes, Fertiggerichte), mehr Snacks, Süßes, edle Stoffe, saisonale Angebote, türkische und asiatische Lebensmittel (vordergründig von jüngeren Besucher:innen angekreuzt bzw. initiativ ergänzt), eventartige Impulse wie Marktschreier, Preisaktionen etc.



- Die offensichtlich altersübergreifenden „Magneten“ aktuell sind und bleiben schlicht regionales, gutes und günstiges Obst, Gemüse und Fleisch. Die Wünsche für Neues variieren je nach Altersklasse von Eingemachtem aus Hofläden zu Knöpfen/Stoff, Wild.

- Deutlicher Bedarf an begleitende Events / Feierabendmarkt-Status
- Verbesserung der Logistik

#### 4.5. Marketing

- Mehr Werbung ist gewünscht und benötigt - Ggf. ein internes und externes Motto - für eine Generationenerweiterung. „Frisch und Live“- für alle. Hier würden ggf. zu einzelnen Terminen Ortswechsel kommuniziert.
- Ein werblich und strategisch denkendes Marktmanagement kann viele der benannten Bedarfe begleitend prüfen und die je gewünschten Erweiterungen (neue Standangebote, Gastroerweiterung, deutlich mehr Social Media Impulse, Jugendangebote, Weihnachtsmarkterweiterung, Ortswechsel...) koordinieren.

#### 4.6. Aufenthaltsqualität und Eventelemente

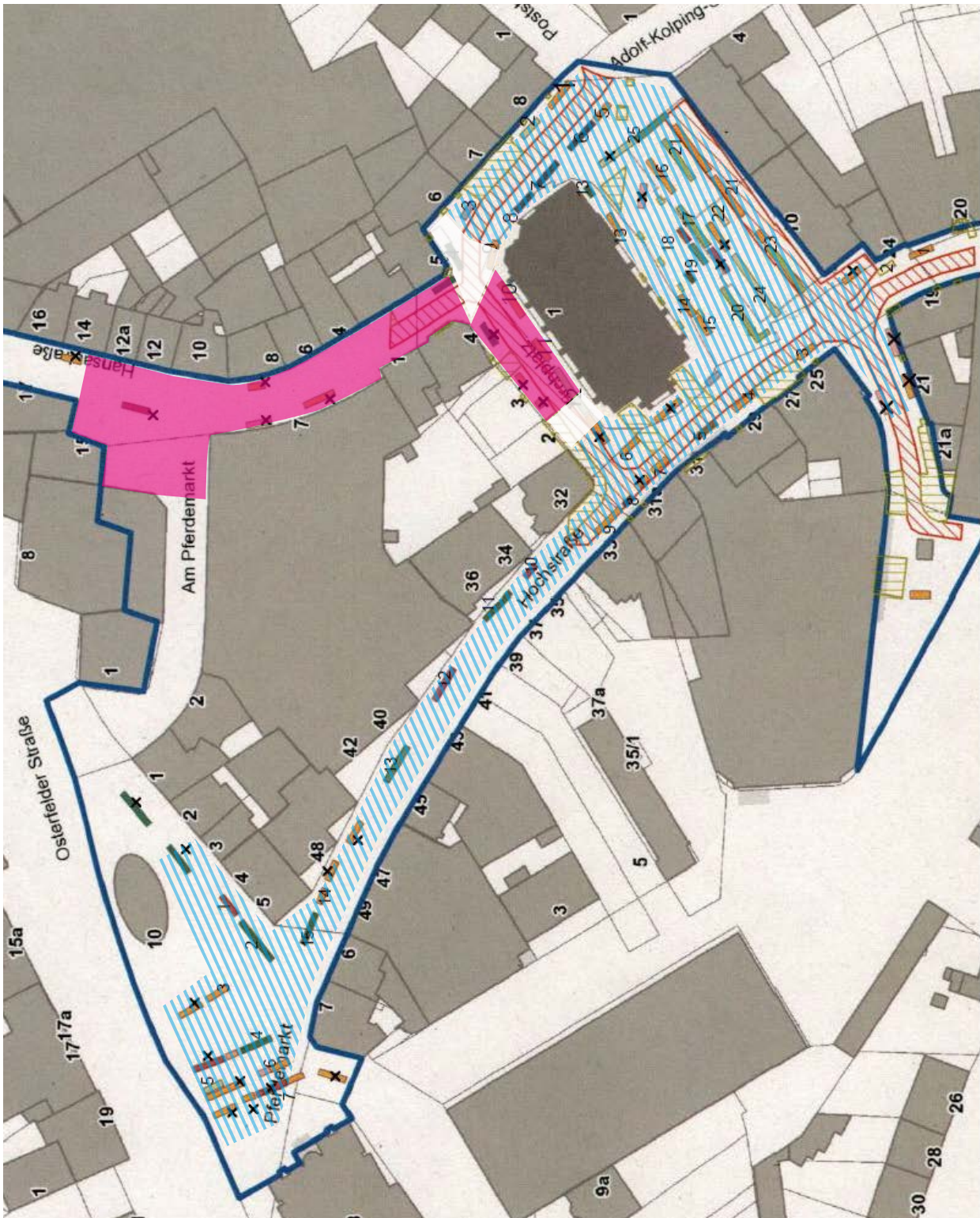
- Verteilte altengerechte Verweilangebote am Markt wären erleichternd, enge Bierzeltgarnituren werden von 75+ schwierig wahrgenommen.
- Stolperfallen wie Stromkabel müssen in Zukunft im Rahmen der Möglichkeiten beseitigt werden



- Der Bedarf nach Hilfe zum Transport der Einkäufe älterer Besucher:innen zu Parkplätzen oder Bushaltestelle ist groß.
- Regelmäßige, gesellige Angebote sind erwünscht.

## Empfohlene Freiräume (markierter Bereich) für gesellige Angebote

Der markierte Bereich sollte in der Umsetzung sichtbar vom Wochenmarkt und somit von der Marktsatzung getrennt sein, z.B. durch bewegliche Blumenkästen, Passantensysteme o.ä.



## 5. Abbildung einer SWOT Analyse mit Berücksichtigung begrenzter Mittel der Stadt

<p><b>SWOT zum Bottroper Markt; (zur Citybelebung?!)</b> H. Czeranski, J. Watenphul</p> <p>mit diversen qualitativen und quantitativen Auswertungen; Stand 231121</p>	<p><b>1. Stärken</b></p> <p>Markt hat Tradition, „Beliebtheit“, keine Gegner</p> <p>Liegt zentral, bietet Synergien zu geschwächten Geschäften</p> <p>Übergreifende Akzeptanz auch bei anliegenden Geschäften</p> <p><b>Keine profilierte Gegnerschaft in Politik</b> (aber auch noch keine profilierte Unterstützung für Notwendigkeiten)</p> <p><b>Feste treue Kunden</b> (Aber zu wenig demografische und PLZ-Verteilung)</p> <p><b>Der Stadtrat ist grundsätzlich „dafür“, „Framing“ stärken.</b></p> <p>Kombination Wirtschaftlichkeit/Nachhaltigkeit</p> <p>Motor für Innenstadt ernsthaft im Zusammenspiel sondieren.</p>	<p><b>2. Schwächen / Vorbeh.</b></p> <p>Hat keine werbliche „Antreiber“</p> <p>Hat kein steuerndes, belebendes oder regulierendes Management</p> <p>Keine Sensibilität für Bedarfe „Den gibt es sowieso“</p> <p>Abhängigkeit von umgebenden sehr alten Menschen</p> <p>Die Mittel der Stadt sind begrenzt, der Handlungsspielraum gefühlt immer gering</p> <p>Kaum/ Parkplätze in 500M Umg.</p> <p>Keine direkte (!) Gesellige Anknüpfung</p>
<p><b>3. Chancen</b></p> <p>Verdeutlichen der Bedeutung unter anderem für lokale Geschäfte – und Demografische Engel</p> <p>Wir Gefühl funktioniert belegbar (Siehe Feierabendmarkt, Weihnachtsmarkt, Bottroper Bier etc.)</p> <p>Bewerbung nicht in Ansätzen ausgereizt</p> <p>Portfolio in Waren erweiterbar</p> <p>Portfolio in Geselligkeit erweiterbar</p> <p>Stadt Bottrop ist gut werblich durchdringbar</p> <p>Ungenutzte Spielräume, besser als Ratlosigkeit</p>	<p>Profiliertes Vermitteln der Bedeutung, Potentiale und Bedarfe an Stadtrat und (neuer) Qualitäten an Bürger:innen + Umland, Werbe- und Aktualisierungsbudget &gt; Markenmanagement/Citymanagement</p> <p>Social Media + Analoges über zentrale Koordination</p> <p>Portfolio Erweiterung über zentrale Abteilung/Externen Marktmanager</p> <p>Erweiterung um Geselligen Teil, Erweiterung um übergreifende Impulse</p> <p>„Marktbus“ als Synergie aus ökonomischem und ökologischem Nutzen für die Stadt „Anlassgenerierung“</p> <p>Leerstand für Bewerbung, Toiletten, Packstation</p> <p>Aufsteller in Stadtteilen, Marktbus-Laternenhänger.</p> <p>Berliner Platz in Laufnähe... Umladestation? Am Markt?</p>	<p>Ermöglichen von Parkplätzen für Lauschwächere/ Schwerbehinderte?</p> <p>Erweiterung um Jüngere Menschen nicht ausgereizt</p> <p>Ggf. Erleichterung der Logistik durch Markthelfer, Packstation</p>
<p><b>4. Risiken</b></p> <p>Wird nicht wirtschaftlich angetrieben</p> <p>Keine Durchdringung der Abhängigkeit von z.B. umgebenden sehr alten Menschen im Wohnumfeld</p> <p>Mögliche Änderungsmöglichkeiten außerhalb der „Komfortzone“ der Entscheider, Umdeutung</p> <p>Begrenzte Budgets erwartbar</p> <p>Parkplätze als nicht zeitgemäß umgedeutet ohne Alternative – Realität noch anders bei 60+</p>	<p>Implementieren eines Verantwortlichen Managements</p> <p>Verdeutlichen der Überalterung in Rat</p> <p>Stärken der alten Kaufkraft; Herbeiholen der Jungen, Neuen</p> <p>Parkplätze ggf. in Zeitslots freigeben/ Alternativen bewerben.</p> <p>Fahrradkultur/Buskultur mit Markt mitkommunizieren</p>	<p>Verjüngen des Angebotes</p> <p>Verkürzen, Erleichtern Laufwege Erweitern</p> <p>Verdeutlichen Bedarfe, Konsequenzen</p>

### 6. Handlungsempfehlung und erste Kostennäherung zu möglichen, effizienten Lösungen

Die folgenden Hauptmaßnahmen sind anders als die oben aufgeführten Erkenntnisse nicht linear entsprechend dem LV angeordnet, da mehrere der Lösungen im Sinne einer Effizienz themenübergreifend angelegt sind. So beantwortet z.B. die Beauftragung eines Marktmanagers alle fünf Positionen. Mehrere Punkte entsprechen deutlich den organisatorischen Rahmen, ebenso die Infrastruktur als eben auch das Marketing etc.

Wir skizzieren Lösungen, die laut Rückmeldungen aus den Arbeitsgruppen und der Präsentation im Wirtschaftsausschuss etc. auf realistisches Interesse und realistische Chancen auf Umsetzung stoßen. Andere Erkenntnisse und partielle Wünsche von Akteur:innen wurden in diversen Arbeitsgesprächen mit den Auftraggeber:innen rückgesprochen und im Rahmen dieses kompakten Auftrages nicht sämtlich erörtert.

### Hauptmaßnahmen zur kosteneffizienten Optimierung des Wochenmarktes entsprechend der erhobenen Potentiale

Maßnahmevorschläge und Kurzerläuterung	Erhobener Bedarf und kosteneffiziente Lösungen	Optionale Umsetzungsschritte	Empfohlene Zuständigkeit
<p><b>A</b></p> <p><b>Einsetzen eines/r Marktmanager:in</b>  Zur mehrperspektivischen Optimierung der Marktsituation. Diese Rolle unterscheidet sich deutlich von der des Marktmeisters. Gesucht wird eine Person, die sich vordergründig mit Event Management Werbung Netzwerkarbeit und Koordination auskennt und befasst. Bedarf wäre ca. an dem Äquivalent einer halben Stelle oder Weniger, ggf. als flexibles Honorar oder Stundensatz</p>	<p><b>Niemand ist für den Erfolg des Marktes und die Erweiterung dessen ausdrücklich bestätigt positiven Einflusses auf die Innenstadtgeschäfte zuständig.</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Entwicklung Wachstumsorientierter Ideen – mit mehr „jüngeren“ Menschen (unter 40) und auch unter 70</li> <li>- Sondieren von Maßnahmen zur Stärkung der Innenstadt</li> <li>- Erweiterung und Optimierung und Erweiterung der Marktangebote</li> <li>- Konzipierung und kosteneffiziente Umsetzung der Öffentlichkeitsarbeit und vertrieblicher Ansprache/ Akquise der Deckung laufender Kosten durch lokale Sponsoring-Ansprache, Kontakte und ggf. Fördermittel</li> <li>- Netzwerkarbeit + Synergien zum Einzelhandel</li> <li>- Passende Einbindung von Bottroper Akteuren und Einrichtungen</li> </ul>	<p>Bewerten des Ansatzes, Sondieren einer Finanzierung, Sondieren geeigneter und Praxiserfahrener Netzwerker.</p>	<p>Unter anderem, Stadtrat, ÖA, WiFö</p>
<p><b>B</b></p> <p><b>Erweitern des Vorteile des Marktes innerhalb der Einkaufsstraße für die &gt;50 direkt und indirekt anliegenden Geschäfte/für die City –</b>  Manifestieren des aktuellen Marktplatzes statt Berliner Platz</p>	<p><b>Die lokalen Geschäfte bestätigen die dankbare Kundenfrequenzsteigerung an Mittwoch und Samstagen. Diese würde bei mehr jüngeren Menschen – Zumindest am arbeitsfreien Samstag- noch relevanter ausfallen.</b></p> <p>Am Berliner Patz hätten „nur“ Kaufland und Post Vorteile, die Präsenz des ZOB fällt bei bisheriger Anreise und Nähe des Pferdemarktes zum aktuellen Markt gering aus.</p>	<p>Einigung mehr und „jünger“ auch über Bottrop hinaus zu Werben.</p>	<p>WiFö. Marktmanager:in</p>

	Maßnahmevorschläge und Kurzerläuterung	Erhobener Bedarf und kosteneffiziente Lösungen	Optionale Umsetzungsschritte	Geschätzte Kosten
C	Erweitern der Marktbesucher um mehr Menschen unter 70 und mehr Menschen, die außerhalb der Innenstadt wohnen.	Die Besucher sind zu großen Teilen sehr alt, wohnen in direkter Nähe und sind nicht gut zu Fuß. Es wäre wichtig, die Besucherschaft und die Kaufinteressen und Möglichkeiten durch entsprechende Angebote und Werbung zu erweitern (s.u.) Wie oben deutlich dargestellt sind die Marktbesucher nicht wie erwartet „etwas älter“ als 60 bis 70, sondern zu großen Anteilen eher 70 bis 80 Jahre, auch zu großen Teilen aus der direkten Innenstadt und nicht gut zu Fuß und auch nur begrenzt in der Lage viele Waren zu transportieren. (hier ist Unterstützung für die älteren Menschen hilfreich)	Bewerbung des Marktes über die Stadtgrenzen hinaus als Lebensgefühl und Flair – auch günstig und breit per Social Media und Social Media Werbung	WiFö. Marktmanager:in
D	Erleichtern des Einkaufes für den aktuell sehr großen Anteil von Menschen über 70 und um 80 Jahre	Die beschränkte Beweglichkeit betrifft fast 50% der älteren Besucher:innen. Hier wären „Markthelfer“ oder Packstationen oder Shuttle Fahrzeuge hilfreich	Prüfen der Optionen	WiFö. Marktmanager:in
E	Öffentlichkeitsarbeit – auch zur Verjüngung und Erweiterung der Zielgruppen; auch über Bottrop hinaus (Siehe initiale Bewerbung der gastronomischen Erweiterung)	Deutlicher Wunsch der Markthändler:innen und erkennbares Defizit analog wie digital in Medien oder Stadtbild Platzieren fester, stadteigener insertionskostenfreier Werbemedien auf Einfallstraßen, Stroer ebenso wie „schöne“ Bauzaundreiecke in Fotoqualität oder „Wesselmänner“ - Etablierung und Ausweiten von Social Media Kanälen und Impulsen - Grafische Umsetzung Marktplakate, Marktbrochure - Punktuelle Insertionskosten, vor allem aber kreative Leistungen und Netzwerkarbeit	Prüfen möglicher kostenloser und kostengünstiger Optionen und Synergien zu weiteren Zielen (Innenstadt-Stärkung etc.)	WiFö in Rücksprache mit ÖA
F	Erweiterung des Marktes um gewünschte Produkte – Kurzwaren, Ggf. Fertig-Esswaren umgebender Höfe, Akquise/Ansprache durch Marktmanager	Es herrschte wie oben angesprochen eine grundsätzliche Zufriedenheit, lediglich gab es Wünsche nach realisierbaren Ergänzungen wie etwa Kurzwaren, Wild, Feinkost aus umgebenden Hofläden, ggf. günstige türkische Lebensmittel etc. Der Bereich, der am ehesten als zusätzlicher Magnet anzusehen ist, wäre die gastronomische Ergänzung	Einigen auf Interesse, Anfrage synergetisch ggf. durch Marktmanager	Fb 30. und 15/2

	Maßnahmevorschläge und Kurzerläuterung	Erhobener Bedarf und kosteneffiziente Lösungen	Optionale Umsetzungsschritte	Geschätzte Kosten
G	Erweiterung des Marktes um die gesellige Komponente – Flexibler Bereich außerhalb der Marktordnung	Von Bürger:innen und Markthändler:innen in großer Zahl gewünscht und befürwortet  Konzipieren eines optisch und formal abgetrennten Bereiches, mit kulturellem Programm, ebenso Kaffee und Kuchen sowie regelkonformem Alkoholangebot ab z.B. 12.00 Uhr.	Sondieren der empfohlenen Örtlichkeit Marktviertel > Mensingplatz	Anfrage z.B. über Ordnungsamt
H	Rechtliche Absicherung einer Erweiterung (grundsätzlich als unproblematisch einzuschätzen ohne Änderung der Marktordnung auszukommen, wenn eine räumliche Trennung besteht)	<b>Absichern des gewünschten Event/Kaffee/Ggf. Bier/ Sektangebotes mit Verweilmöglichkeiten ohne oder mit Änderung der Marktordnung</b>  Konzipieren eines optisch und formal abgetrennten Bereiches, mit kulturellem Programm, ebenso Kaffee und Kuchen sowie regelkonformem Alkoholangebot ab z.B. 12.00 Uhr.	Fortschreitende Prüfung durch Ordnungsamt	Anfrage z.B. über Ordnungsamt
I	Erleichterung der „Käuferströme“ und (umweltfreundliche) Einkaufslogistiken durch <b>Bewerbung eines „Marktbusses“</b> , Einsatz von Markthelfer:innen, ggf. Implementieren von Packstationen	<b>Mehr ÖPNV auch für mehr Bürger mittleren Alters</b>  Der Marktmanager sondiert Möglichkeiten, bestehende oder ggf. ergänzende Buslinien Richtung Markt eindeutiger und niedrigschwelliger zu bewerben. Dazu werden weitere Erleichterungen für ältere und jüngere Nutzer des Marktes geprüft wie Markthelfer:innen, Packstationen etc.	Gesonderte oder lediglich umbenannte bestehende Buslinien sollten geprüft werden ebenso Preisaktionen mit der Vestischen, auch um neue Besucher für das Busfahren zu gewinnen	Wifö/(Marktmanager:in)
J	Erweiterung <b>Parkplatzangebote für Händler:innen</b> (Dringender Wunsch – Nicht-Berücksichtigung und Nicht-Betreuung führt sogar zur Abwanderung)	Gemeinsam mit der Stadt sind bereits pragmatische Angebote für Händler:innen am Gleiwitzer Platz	Taxistände und ggf. Anteile des Berliner Platzes als Parkoptionen sind in der Prüfung	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Zustimmung der Stadtverwaltung, hier Straßenverkehrs- und Tiefbauamt</li> <li>• Parkplatzeinweiser</li> <li>• Zustimmung der Stadtverwaltung, hier Fachbereich 65.</li> </ul>
K	Erweiterung um <b>Parkplatzangebote für Bürger:innen</b>	<b>Parkplätze sind im direkten Umfeld kaum zu bekommen, das Parkhaus Schützenstraße ist wenig präsent und wenig attraktiv</b>  Für Bürger:innen (ggf. C+A, Berliner Platz, werbliche Hinweise auf Parkhaus Schützenstraße – in der Prüfung)	Vorprüfungen, positiv, finale Klärungen nach Rücksprache	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Zustimmung der Stadtverwaltung, hier Straßenverkehrs- und Tiefbauamt</li> <li>• Parkplatzeinweiser</li> <li>• Zustimmung der Stadtverwaltung, hier Fachbereich 65.</li> </ul>

	Maßnahmevorschläge und Kurzerläuterung	Erhobener Bedarf und kosteneffiziente Lösungen	Optionale Umsetzungsschritte	Geschätzte Kosten
L	<p><b>Erweiterung um Verweilmöglichkeiten für Bürger:innen</b></p>	<p><b>Bestehende Sitzangebote / (Bierzeltbänke) für ältere Menschen unsicher, unbequem und auch ungenutzt;</b> wackelig und ohne Rücken/Armlehnen für sicheres Setzen /Aufstehen ungeeignet und ohne Polster unbequem.</p> <p>Anschaffung von altentfreundlichen Sitzgarnituren mit Rücken und Armlehne und ggf. Sitzkissen,</p>	<p>Einholung von Angeboten</p>	<p>WiFö, Betreiberkonzept-Entwicklung Dirk Helmke verantw. 15/2 Ute Schimmang</p> <p>ZM holt Konzept von Café Kram, Frau Berger, ein</p> <p>Konzept von Schwarzmarkt sichten, verantw. FB 30. Fb 30. und 15/2</p>
M	<p><b>Erweiterung um Toiletten,</b> Verweilmöglichkeiten für Bürger:innen</p>	<p><b>Mehrfach erbeten</b></p> <p>Standort am C&amp;A Parkplatz oder Mensingbrunnen vorhanden, Toilette am C&amp;A- Parkplatz wird von Ströer betrieben, ist für die Stadt kostenlos</p> <p>Langfristig und absehbar teurer</p> <p>Toiletten bei ehem. Salon5, Hochstraße 25 in Prüfung; alternativ werden ggf. Toilettenwagen optioniert, b) Schaffung einer neuen öffentlichen Toilettenanlage in der Hochstr. 25, ergänzt durch Raum für Materiallagerung (z.B. für Kabelmatten, Bauzaun), Babywickelraum, Aufwärmraum für Markthändler, Abstellstation für E-Bikes, Packstation</p>	<p>Angebote für mobile /feste Lösungen einholen</p>	<p>Angebotsseinholung für alle Markttag durch Fb 65., verantw. Christian Bialluch (analog Kirmes) oder 15/2 verantw. Ute Schimmang</p> <p>Planerstellung Fb 65. verantw. Klaus Müller Sanifair 15/2 verantw. Ute Schimmang</p>
N	<p><b>Nutzen von Synergien mit Top Events des Jahres</b> (Pferdemarkt, Weihnachtsmarkt, Michaelismarkt)</p> <p>Einbindung in das Stadtfest (wie vorbesprochen künftig auf dem Berliner Platz)</p>	<p><b>Organisation durch Marktmanagement:</b></p> <p>Organisation der Verlagerungen oder Einbindungen des Marktes an z.B. 4 Tagen im Jahr, zur Weihnachtsmarkt-Zeit, Komprimierung der Marktstände, um einen Weihnachtsmarkt auf dem Kirchplatz in gegenseitiger Synergie möglich zu machen</p>	<p>Entscheidung ob entsprechendes Management gewünscht</p>	<p>Eventmanagement der Stadt und bestehender Dienstleister für diese Events</p>
O	<p><b>Verbesserung der Infrastruktur,</b> Die Kapazitäten in den vorhandenen Stromkästen sind restlos erschöpft. Für bestehende Händler ist diese Situation nicht attraktiv; neue interessierte und attraktive Händler insbesondere mit Starkstrombedarf müssten sogar abgewiesen werden.</p>	<p><b>kurzfristig</b></p> <p>Ergänzung mit mobilen Stromkästen</p> <p>Ausbau der vorhandenen Strominfrastruktur</p> <p><b>langfristig</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Überplanung des Marktbereiches</li> <li>• Beauftragung durch KIS für ISEK</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Ansprache der ELE</li> <li>• Beauftragung einer Elektrofirma zur Beschaffung mobiler Stromkästen und Anschluss</li> <li>• Verlegung von Anschlusskabeln und Kabelbrücken</li> </ul>	<p>Fb 65. i.V.m. Fa. Falger</p>



Die kompakte Darstellung der zentralen Empfehlungen endet hier.

Sie finden in den Anhängen einzelne detailliertere Ausführungen zur Marktsortierung, zu ggf. notwendigen rechtlichen Prüfungen und zum empfohlenen Anforderungsprofil an einen geeigneten Marktmanagement, das Besucherzahlen tatsächlich erhöht, Events synergetisch nutzt und die Bottroper City mit Menschen aus ganz Bottrop und darüber hinaus belebt

Wir danken Ihnen für Ihr Interesse




**Holger Czeranski**  
holger.czeranski@mediaundevents.de  
Mobil: 0172 / 29 61 65 2



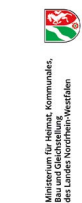
**Prof. Dr. Jens Watenphul**  
watenphul@corporatevalues.de  
Mobil: 0171 / 535 979 1

**Anlage 1**


**1. Bürger:innen (deutsch)**




Gefördert durch:  
Landeshilfslinie  
**Zukunft.  
Innenstadt.**  
Nordrhein-Westfalen.



Ministerium für Heimat, Kommunales,  
Landesentwicklung und Integration  
des Landes Nordrhein-Westfalen



STÄDTEBAU-  
FÖRDERUNG



**Was halten Sie von den folgenden Angebotsweiterungen.**  
Kreuzen Sie bei Interesse die Produkte an, die Sie attraktiv finden (Bitte maximal 3 Kreuze eintragen)

<input type="checkbox"/> Knöpfe	<input type="checkbox"/> Süßwaren (Weingummi etc.)	<input type="checkbox"/> Asia Lebensmittel
<input type="checkbox"/> Kurzwaren	<input type="checkbox"/> Gutscheinkartons	<input type="checkbox"/> Sonstiges: _____
<input type="checkbox"/> Vegetarische/Vegane Produkte?	<input type="checkbox"/> Messerschärfen?	
<input type="checkbox"/> Türkische Lebensmittel?	<input type="checkbox"/> Unterhaltungsangebot für Kinder	
<input type="checkbox"/> Mehr Dips?	<input type="checkbox"/> Unterhaltungsangebot für Jugendliche am Markt	
<input type="checkbox"/> Versteigerungen/Marktschreier?	<input type="checkbox"/> Beratungsangebote zu z. B. Energieeffizienz, Pflegeversicherung	
<input type="checkbox"/> Wild/Geflügel?		

**Was halten Sie von der Idee, den Markt im Anschluss um gesellige Angebote (Getränke, Speisen, Live-Musik) zu erweitern?**  
sehr gut  1  2  3  4  5  6 sehr schlecht  
Gern einen Grund: \_\_\_\_\_

**Was würden Sie sich für dieses gesellige Angebot im Marktviertel wünschen (Bitte maximal 3 Kreuze eintragen)**

<input type="checkbox"/> Bratwurst	<input type="checkbox"/> Kinderunterhaltung	<input type="checkbox"/> Sonstiges: _____
<input type="checkbox"/> Pommes	<input type="checkbox"/> Live-Musik	
<input type="checkbox"/> z. B. Wein, Sekt, Bier	<input type="checkbox"/> Zauberer/Clown	
<input type="checkbox"/> Cocktail, Aperol		

**Wie kommen Sie zum Markt?**  
 Auto  zu Fuß  Sonstiges: \_\_\_\_\_  
 Bus  Fahrrad

**Wo Parken Sie bzw. wo steigen Sie aus?**


**Wie gut können Sie gehen und Ihre Taschen tragen? Nutzen Sie eine Gehhilfe?**  
 Gut/top Fit  OK  Geht So  schlecht/Rollator

**Was würden Sie sich hierzu an Hilfs-Angeboten wünschen?**  
 Lieferservice der Einkäufe nach Hause  Elektrischer Shuttle-Service (Bimmelbahn) für Personen von und zu Parkplätzen oder Haltestellen


Sonstiges: \_\_\_\_\_

**Können Sie sich in der Bottroper Innenstadt einen geeigneteren Marktstandort vorstellen?**  
 Nein ich bin zufrieden  Berliner Platz  Sonstiges: \_\_\_\_\_


**Weitere Anmerkungen, Wünsche oder Kritiken:**  
\_\_\_\_\_




Gefördert durch:  
Landeshilfslinie  
**Zukunft.  
Innenstadt.**  
Nordrhein-Westfalen.



Ministerium für Heimat, Kommunales,  
Landesentwicklung und Integration  
des Landes Nordrhein-Westfalen



STÄDTEBAU-  
FÖRDERUNG



**Anonyme Befragung zum Bottroper Wochenmarkt (Innenstadt) im Namen der Wirtschaftsförderung der Stadt Bottrop**  
Sehr geehrte Damen und Herren,

wir würden uns freuen, wenn Sie sich etwas Zeit für diese Umfrage nehmen würden. Wir als Stadt Bottrop möchten mit Ihrer Hilfe das Marktangebot optimieren. Ihre Daten werden nur für diese Zwecke intern eingesetzt. Die Angabe Ihres Alters und Ihrer Postleitzahl hilft uns dabei das Angebot auf Sie anzupassen. Geben Sie den ausgefüllten Fragebogen direkt unseren Ansprechpartner:innen zurück oder werfen Sie ihn am Stand in die Sammelbox mit der Aufschrift „Markturnfrage“ oder senden Sie uns ein Handyfoto der ausgefüllten Seiten an 0172 2961652. Herzlichen Dank!

Ihr Alter: \_\_\_\_\_ PLZ/Ort: \_\_\_\_\_ Datum: \_\_\_\_\_

**Wenn Sie den Bottroper Wochenmarkt (Innenstadt) kennen, wie bewerten Sie ihn auf einer Skala von 1 (sehr gut) bis 6 (sehr schlecht).**  
 Kenne ich nicht  Warum sind Sie nicht auf dem Markt?  
sehr gut  1  2  3  4  5  6 sehr schlecht

**Was würde diese Bewertung verbessern?**  
\_\_\_\_\_

**Wissen Sie an welchen Tagen und zu welchen Zeiten der Markt in der Bottroper Innenstadt stattfindet?**  
Tag: \_\_\_\_\_ Uhrzeit von - bis: \_\_\_\_\_  
Tag: \_\_\_\_\_ Uhrzeit von - bis: \_\_\_\_\_  
Wie oft besuchen Sie den Markt? \_\_\_\_\_ mal im Monat  
Warum besuchen Sie den Markt? \_\_\_\_\_

**Welche drei Gründe für den Besuch sind Ihnen insgesamt am wichtigsten? Wenn Ihre Gründe nicht dabei sind, ergänzen Sie diese bei „Sonstiges“**

<input type="checkbox"/> Andere Menschen treffen	<input type="checkbox"/> Fleisch	<input type="checkbox"/> Parksituation
<input type="checkbox"/> Örtliche Nähe	<input type="checkbox"/> Fisch	<input type="checkbox"/> Geselligkeit
<input type="checkbox"/> Preis/Leistung	<input type="checkbox"/> Das Flair	<input type="checkbox"/> Sonstiges: _____
<input type="checkbox"/> Obst	<input type="checkbox"/> Regionalität	
<input type="checkbox"/> Gemüse	<input type="checkbox"/> Gesundheit	

**Welche der bestehenden Angebote sind Ihnen am wichtigsten?**  
Kreuzen Sie bitte maximal 5 Produkte an oder ergänzen Sie Produkte unter „Sonstiges“ die Ihnen fehlen. Kommentieren Sie dahinter gerne, wenn Sie etwas ändern wollen.

<input type="checkbox"/> Obst	<input type="checkbox"/> Blumen/Pflanzen	<input type="checkbox"/> Gewürze
<input type="checkbox"/> Gemüse	<input type="checkbox"/> Backwaren	<input type="checkbox"/> Sonstiges: _____
<input type="checkbox"/> Kartoffeln	<input type="checkbox"/> Bekleidung	
<input type="checkbox"/> Eier	<input type="checkbox"/> Fleisch	

**Was fehlt Ihnen als Angebot?**  
\_\_\_\_\_

**Mevcut teklifler arasında hangileri sizin için en önemli? Lütfen en fazla 5 ürünü işaretleyin veya eksik olan ürünleri „Diğer“ başlığı altında ekleyin. Eğer bir şeyi değiştirmek isterseniz, lütfen yorumunuzla belirtin.**

- Düğüneler  Pazarcı (bağırın)  Gençler için eğlence seçenekleri
- Tuhaflıye  Yabani et/ Kümes hayvanları  Enerji verimliliği gibi danışmanlık hizmetleri
- Vegetaryen/Vegan ürünler  Şekerleme (jelbon vb.)  Asya gıdaları
- Türk gıdaları  Hediye kuponları  Diğerleri: \_\_\_\_\_
- Daha fazla dip/sos  Bıçak bileme hizmeti  Çocuklar için eğlence seçenekleri
- Müzayedeler  Çocuklar için eğlence seçenekleri

**Pazardan sonra sosyal etkinlikler (içecekler, yemekler, canlı müzik gibi) sunma fikrini nasıl buluyorsunuz?**

Lütfen iskaledeki puanınızı 1 (çok iyi) ile 6 (çok kötü) arasında işaretleyin ve tercihinizi açıklayın.

çok iyi 1 2 3 4 5 6 çok kötü

**Çarşı bölgesindeki bu sosyal teklif için ne tür tercihte bulunmak istersiniz? (Lütfen en fazla 3 seçenek işaretleyin)**

- kavrulmuş sosis, Pommies  Canlı müzik  Diğerleri: \_\_\_\_\_
- Şarap, Şampanya, Bira, Kokteyl,  Sihirbaz/Palyaço  Küçük sanat (Örneğin, Şiir-Sunumu)
- Aperol  Çocuk eğlence programı

**Pazara nasıl geliyorsunuz?**

- Araba  Yürüyerek  Diğerleri: \_\_\_\_\_
- Otobüs  Bisiklet

**Nerede park ediyorsunuz veya hangi durakta iniyorsunuz?**

**Ne kadar iyi yürüyebiliyorsunuz ve çantaları taşıyabiliyor musunuz? Bir yürüme yardımcınız var mı?**

- Çok iyi  İyi  İdare eder  Kötü/Rollator kullanıyorum

**Bir yardım teklifini kabul eder misiniz?**

- Evet  Eğer evet, hangi tür yardımı kabul edersiniz? \_\_\_\_\_
- Hayır

**Bottrop şehir merkezinde daha uygun bir pazar yeri düşünebiliyor musunuz?**

- Hayır memnunum  Berliner Platz  Diğerleri: \_\_\_\_\_

**Başka herhangi bir yorumunuz, dileğiniz veya eleştiriniz var mı?**

Lütfen anketi doğrudan iade edin veya aynı gün veya bir sonraki pazarda belirtilen kutulara bırakın. Ayrıca doldurulmuş sayfa ların bir fotoğrafını 0172 2961652 numarasına da gönderebilirsiniz. Teşekkür ederiz!

**Bottrop Şehri Ekonomi Geliştirme adına Bottrop Şehir Merkezi Haftalık Pazarı hakkında anonim bir anket.**

Sevgili Bayanlar ve Baylar,

Bu anket için zaman ayırmanızı memnuniyetle karşılarız. Bottrop Şehri olarak, pazar teklifini optimize etmek istiyoruz ve sizin yardımınızla bunu başarmak istiyoruz. Verilerinizi yalnızca bu amaçlar için içsel olarak kullanacağız. Yaşınızı ve posta kodunuzu vermek, teklifimizi size uyarlamamıza yardımcı olacaktır. Doldurulmuş anketi lütfen doğrudan iletişim kişilerinize iade edin veya üzerinde „Pazar Anketi“ yazan toplama kutusuna koyun veya doldurulmuş sayfa ların bir fotoğrafını 0172 2961652 numarasına gönderin. Teşekkür ederiz!

Yaşınız: \_\_\_\_\_ Posta kodu / şehir: \_\_\_\_\_ Tarih: \_\_\_\_\_

**Bottrop haftalık pazarını (şehir içi) biliyorsanız nasıl değerlendiriyorsunuz?**

Lütfen iskaledeki puanınızı 1 (çok iyi) ile 6 (çok kötü) arasında işaretleyin:

tanıyorum neden bu pazarı tercih etmiyorsunuz? \_\_\_\_\_

çok iyi 1 2 3 4 5 6 çok kötü

**Bu değerlendirmeyi nasıl daha beğeneceğiniz hale getirebiliriz?**

**Bottrop şehir içi pazarın hangi günler ve saatlerde olduğunu biliyor musunuz?**

Gün: \_\_\_\_\_ Saat: \_\_\_\_\_

Gün: \_\_\_\_\_ Saat: \_\_\_\_\_

Kaç kez pazardan alışveriş yapıyorsunuz? Ayda \_\_\_\_\_ kere

Ne için pazara gidersiniz? \_\_\_\_\_

**Sizin için ziyaretin en önemli üç nedeni nelerdir? Eğer nedenleriniz listede yoksa, lütfen „Diğer“ bölümünde belirtin.**

- Diğer insanlarla buluşma  Et  Otopark durumu
- Yerel yakınlık  Balık  Sosyal etkileşim
- Fiyat/Kalite  Pazarın atmosferi  Diğerleri: \_\_\_\_\_
- Meyve  Bölgesel ürünler  Sağlık
- Sebze

**Mevcut teklifler arasında hangileri sizin için en önemli? Lütfen en fazla 5 ürünü işaretleyin veya eksik olan ürünleri „Diğer“ başlığı altında ekleyin. Eğer bir şeyi değiştirmek isterseniz, lütfen yorumunuzla belirtin.**


- Meyve  Çiçekler/Bitkiler  Baharatlar
- Sebze  Fırın ürünleri  Diğerleri: \_\_\_\_\_
- Patates  Giyim
- Yumurta  Et

**Hangi teklifin eksik olduğunu düşünüyorsunuz?**

**Anlage 1**

**1. Bürger:innen (english)**

Gefördert durch:



# bottrop.

**What do you think about the following possible offers:**  
If you are interested, tick the products you find attractive (please enter a maximum of 3 ticks)

<input type="checkbox"/> Knobs	<input type="checkbox"/> Sweets	<input type="checkbox"/> Other ideas: _____
<input type="checkbox"/> Haberdashery	<input type="checkbox"/> Voucher-Promotions	_____
<input type="checkbox"/> Vegetarian/Vegan Food	<input type="checkbox"/> Sharpening Knives	_____
<input type="checkbox"/> Turkish food	<input type="checkbox"/> Entertainment for Children	_____
<input type="checkbox"/> More dips	<input type="checkbox"/> Entertainment for our Youth	_____
<input type="checkbox"/> Auctions	<input type="checkbox"/> Advise on Energy-Efficiency or	_____
<input type="checkbox"/> "Barker" (Powerseller)	<input type="checkbox"/> Care-insurances etc	_____
<input type="checkbox"/> Game Meat (deer, rabbit...)	<input type="checkbox"/> Asia Food	_____

**What do you think about the idea to expand the market a bit through some social e.g. gastronomic Offers (Drinks, food, live-music)?**

Very good  1  2  3  4  5  6 Very bad \_\_\_\_\_ Please give a reason: \_\_\_\_\_

**What kind of gastronomic or social offer would you like? (Please choose not more than 3 options)**

<input type="checkbox"/> "Bratwurst" (Sausage), boiled sausage, Fries, Wine, sparkling wine, beer, cocktail, Aperol	<input type="checkbox"/> Live Music	<input type="checkbox"/> Other options: _____
<input type="checkbox"/> Entertainment for children	<input type="checkbox"/> Magician/Clown	_____
	<input type="checkbox"/> Fine Art (e.g. poetry slam...)	_____

**How do you get to the market?**

<input type="checkbox"/> Car	<input type="checkbox"/> I walk	<input type="checkbox"/> Other ways: _____
<input type="checkbox"/> Bus	<input type="checkbox"/> By bike	_____

**Where do you park or where do you get off?**

\_\_\_\_\_

**How easy is it for you to walk – and to carry bags? Do you need a walking aid?**

<input type="checkbox"/> Easy, I'm fit.	<input type="checkbox"/> Ok	<input type="checkbox"/> Not so easy	<input type="checkbox"/> Not so good/use a walking aid.
---	-----------------------------	--------------------------------------	---

**Would you accept some support**

<input type="checkbox"/> yes	<input type="checkbox"/> no
------------------------------	-----------------------------

If yes than what kind of support? \_\_\_\_\_

**Can you imagine a better Place for the market in the City of Bottrop?**

<input type="checkbox"/> No, I'm fine with it	<input type="checkbox"/> Berliner Platz	<input type="checkbox"/> Something else: _____
---	---	--

**Other Comments, Expectations or critics:**

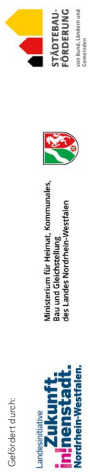
\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

Please hand the questionnaire directly back to our Helpers, put in one of the boxes with the sign "Marktforschung". You can also make a photograph of it and pass it forward to 0172 296 165 1. Thank you!

Gefördert durch:



# bottrop.

**Anonymous Questionnaire concerning the Bottroper Weekly Market in the name of the Bottroper office for economic development**

Dear Ladies and Gentlemen,

we would be pleased if you could take some time to answer this short survey. In the name of our City on with your help we would like to optimize our weekly market offers. Please hand the questionnaires bag to our helpers, put them in one of our boxes signed "Marktforschung". You can also send a Cell-Phone-Foto to 0172 296 165 2. Thank you!

Your Age: \_\_\_\_\_ City/Code: \_\_\_\_\_ Date: \_\_\_\_\_

**Do you know the weekly market ("Wochenmarkt") in Bottrop? How would you judge it on a scale from one (very good) to 6 (very bad).**

I don't know \_\_\_\_\_ Why aren't you on the market? \_\_\_\_\_

Very good  1  2  3  4  5  6 Very bad \_\_\_\_\_

**What would improve this review?!**

\_\_\_\_\_

**Do you know on which days and at what time the markets take place?**

Day: \_\_\_\_\_ Time from - to: \_\_\_\_\_

Day: \_\_\_\_\_ Time from - to: \_\_\_\_\_

How often do you visit the market? \_\_\_\_\_ times a month

Why do you visit the market? \_\_\_\_\_

**Which three reasons for your visit are the most important ones for you? if you do not find your preferred reasons please add the under "Other points".**

<input type="checkbox"/> Meet other people	<input type="checkbox"/> Meat	<input type="checkbox"/> Parking-Situation
<input type="checkbox"/> Local Proximity	<input type="checkbox"/> Fish	<input type="checkbox"/> Socializing
<input type="checkbox"/> Price/Value	<input type="checkbox"/> The Atmosphere	<input type="checkbox"/> Other Points: _____
<input type="checkbox"/> Fruits	<input type="checkbox"/> Regionality	_____
<input type="checkbox"/> Vegetables	<input type="checkbox"/> Health	_____

**Which of the existing offers is most important to you?**

Please tick a maximum of 5 products or add items under "Other" that you are missing. Feel free to comment behind it, if you want to change something.

<input type="checkbox"/> Fruits	<input type="checkbox"/> Flowers	<input type="checkbox"/> Spices
<input type="checkbox"/> Vegetables	<input type="checkbox"/> Bakery	<input type="checkbox"/> Other Points: _____
<input type="checkbox"/> Potatoes	<input type="checkbox"/> Clothes	_____
<input type="checkbox"/> Eggs	<input type="checkbox"/> Meat	_____

**What's the offer you're missing?**


\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_


\_\_\_\_\_

**Anlage 1**


**1. Bürger:innen (kurz und sehr kurz)**




Städtebau-  
Förderung  
des Landes Nordrhein-Westfalen




Ministerium für  
Innen- und  
Stadtentwicklung  
des Landes Nordrhein-Westfalen



Landesinitiative  
**Zukunft  
in Innenstadt**  
Nordrhein-Westfalen



Gefördert durch:



**Anonyme Befragung zum Bottroper Wochenmarkt (Innenstadt) im Namen der Wirtschaftsförderung der Stadt Bottrop**

**Bürger (kurz)**

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir würden uns freuen, wenn Sie sich etwas Zeit für diese Umfrage nehmen würden. Wir als Stadt Bottrop möchten mit Ihrer Hilfe das Marktangebot optimieren. Ihre Daten werden nur für diese Zwecke intern eingesetzt. Die Angabe Ihres Alters und Ihrer Postleitzahl hilft uns dabei das Angebot auf Sie anzupassen. Geben Sie den ausgefüllten Fragebogen direkt unseren Ansprechpartner:innen zurück oder werfen Sie ihn am Stand in die Sammelbox mit der Aufschrift „Marktumfrage“ oder senden Sie uns ein Handyfoto der ausgefüllten Seiten an 0172 2961652. Herzlichen Dank!

Ihr Alter: \_\_\_\_\_ PLZ/Ort: \_\_\_\_\_ Datum: \_\_\_\_\_

Wenn Sie den Bottroper Wochenmarkt (Innenstadt) kennen, wie bewerten Sie ihn auf einer Skala von 1 (sehr gut) bis 6 (sehr schlecht).

Kenne ich nicht    Warum sind Sie nicht auf dem Markt? \_\_\_\_\_

sehr gut  1  2  3  4  5  6  sehr schlecht

Was würde diese Bewertung verbessern? \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

**Welche drei Gründe für den Besuch sind Ihnen insgesamt am wichtigsten?**

\_\_\_\_\_  \_\_\_\_\_  \_\_\_\_\_

**Welche der bestehenden Angebote sind Ihnen am wichtigsten?**

\_\_\_\_\_  \_\_\_\_\_  \_\_\_\_\_

**Was fehlt Ihnen als Angebot?** \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

**Was halten Sie von der Idee, den Markt im Anschluss um gesellige Angebote (Getränke, Speisen, Live-Musik) zu erweitern?**

sehr gut  1  2  3  4  5  6  sehr schlecht    Gern einen Grund: \_\_\_\_\_

**Können Sie sich in der Bottroper Innenstadt einen geeigneteren Marktstandort vorstellen?**


Nein ich bin zufrieden     Berliner Platz     Sonstiges: \_\_\_\_\_

Warum: \_\_\_\_\_


**Weitere Anmerkungen, Wünsche oder Kritiken:** \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_


**Bitte geben Sie den Fragebogen direkt zurück oder werfen diesen am selben Tag oder beim nächsten Markt in die dafür bereitgestellten Boxen. Sie können uns auch ein Handyfoto an 0172 2961652 senden.**




Städtebau-  
Förderung  
des Landes Nordrhein-Westfalen




Ministerium für  
Innen- und  
Stadtentwicklung  
des Landes Nordrhein-Westfalen



Landesinitiative  
**Zukunft  
in Innenstadt**  
Nordrhein-Westfalen



Gefördert durch:



**Anonyme Befragung zum Bottroper Wochenmarkt (Innenstadt) im Namen der Wirtschaftsförderung der Stadt Bottrop**

**Bürger (auch ohne Markterfahrung)**

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir würden uns freuen, wenn Sie sich etwas Zeit für diese Umfrage nehmen würden. Wir als Stadt Bottrop möchten mit Ihrer Hilfe das Marktangebot optimieren. Ihre Daten werden nur für diese Zwecke intern eingesetzt. Die Angabe Ihres Alters und Ihrer Postleitzahl hilft uns dabei das Angebot auf Sie anzupassen. Geben Sie den ausgefüllten Fragebogen direkt unseren Ansprechpartner:innen zurück oder werfen Sie ihn am Stand in die Sammelbox mit der Aufschrift „Marktumfrage“ oder senden Sie uns ein Handyfoto der ausgefüllten Seiten an 0172 2961652. Herzlichen Dank!

Alter (ca.): \_\_\_\_\_ M.:  W.:  D.:  PLZ: \_\_\_\_\_

**Besuchen Sie den Bottroper Markt?**

Ja  Nein

**JA:**

**Was halten Sie von diesem (in Schulnoten)?**

1  2  3  4  5  6

**Wie kommt es zu dieser Bewertung?** \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

**Was würden Sie sich anders wünschen?** \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

**NEIN:**

**Wenn Sie ihn nicht besuchen, woran liegt das?** \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

**Was würden Sie sich wünschen – um ihn zu besuchen?** \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

**Anlage 1**

**2. Markthändler:innen**



**Markthändler**  
**Befragung zum Bottroper Wochenmarkt (Innenstadt) im Namen der Wirtschaftsförderung der Stadt Bottrop**

Sehr geehrte Damen und Herren,  
 wir würden uns freuen, wenn Sie sich etwas Zeit für diese Umfrage nehmen würden. Wir als Stadt Bottrop möchten mit Ihrer Hilfe das Marktangebot optimieren. Geben Sie den ausgefüllten Fragebogen direkt unseren Ansprechpartner:innen zurück, werfen Sie ihn am Stand in die Sammelbox mit der Aufschrift „Markturnfrage“ oder senden Sie uns ein Handyfoto der ausgefüllten Seiten an 0172 2961652. Herzlichen Dank!

Datum: \_\_\_\_\_  
 Ihr Name: \_\_\_\_\_ E-Mail/Telefon: \_\_\_\_\_

Ihr Standangebot: \_\_\_\_\_

**Wie bewerten Sie auf einer Skala von 1 (sehr gut) bis 6 (sehr schlecht):**

Mittwoch-Markt: Marktstandort  Besucherzahl  Infrastruktur  Angebotsvielfalt   
 Samstag-Markt: Marktstandort  Besucherzahl  Infrastruktur  Angebotsvielfalt

**Wann stehen Sie auf dem Bottroper Innenstadt-Markt:**

Mittwoch  Samstag

Ggf. Kommentar: \_\_\_\_\_

**Was finden Sie besonders gut auf dem Bottroper Markt?**

\_\_\_\_\_  
 \_\_\_\_\_

**Was finden Sie nachteilig auf dem Bottroper Markt?**

\_\_\_\_\_  
 \_\_\_\_\_

**Was wären dazu Ihre Änderungsvorschläge?**

\_\_\_\_\_  
 \_\_\_\_\_

**Was glauben Sie warum die Bürger:innen den Bottroper Wochenmarkt besuchen?**

\_\_\_\_\_  
 \_\_\_\_\_

**Was würden Sie neben Ihren Hauptkritiken insgesamt am Bottroper Wochenmarkt verändern?**

(z.B. Produkte, Standort, Parkplatzsituation für Sie und Ihr Personal, für Besucher, einheitliches Flair-Infrastruktur, Bewerbung etc., Karte mit Marktstandorten)

\_\_\_\_\_  
 \_\_\_\_\_

Kennen Sie Angebote anderer Märkte, die Sie empfehlen würden?

\_\_\_\_\_  
 \_\_\_\_\_

Was würde Ihrer Meinung nach die Besucherzahlen erhöhen – bei jüngeren Menschen (18 bis 29 Jahre)

\_\_\_\_\_  
 \_\_\_\_\_

Was würde Ihrer Meinung nach die Besucherzahlen erhöhen – bei Menschen mittleren Alters (30 bis 69 Jahre)

\_\_\_\_\_  
 \_\_\_\_\_

Was würde Ihrer Meinung nach die Besucherzahlen erhöhen – bei älteren Menschen (70 bis 90+ Jahre)

\_\_\_\_\_  
 \_\_\_\_\_

Wir möchten den Markt noch lang erhalten, daher freiwillig:  
 Wie lange haben Sie vor Ihren Stand zu betreiben? Haben Sie eine Nachfolge im Blick?

\_\_\_\_\_  
 \_\_\_\_\_

Suchen Sie jemanden; Ihr Kommentar:

\_\_\_\_\_  
 \_\_\_\_\_

Ihre anderweitigen Kommentare:

\_\_\_\_\_  
 \_\_\_\_\_

Bitte geben Sie den Fragebogen direkt zurück oder werfen diesen am selben Tag oder beim nächsten Markt in die dafür bereitgestellten Boxen. Sie können uns auch ein Handyfoto an 0172 2961652 (SMS/WhatsApp) senden.

Ich erteile hiermit meine Einwilligung zur Verarbeitung der mich betreffenden personenbezogenen Daten für den Zweck der Konzepterstellung für den Bottroper Wochenmarkt.

Unterschrift \_\_\_\_\_

**Anlage 1**



Gefördert durch:  
 Landesinitiative  
**Zukunft  
 in Innenstadt.**  
 Nordrhein-Westfalen.

Ministerium für Heimat, Kommunen,  
 und Städtebau  
 des Landes Nordrhein-Westfalen

**Befragung zum Bottroper Wochenmarkt (Innenstadt) im Namen der Wirtschaftsförderung der Stadt Bottrop**

**Stationärer Handel**

Sehr geehrte Damen und Herren,  
 wir würden uns freuen, wenn Sie sich etwas Zeit für diese Umfrage nehmen würden. Wir als Stadt Bottrop möchten mit Ihrer Hilfe das Marktangebot optimieren. Geben Sie den ausgefüllten Fragebogen direkt unseren Ansprechpartner:innen zurück, werfen Sie ihn am Stand in die Sammelbox mit der Aufschrift „Markturnfrage“ oder senden Sie uns ein Handyfoto der ausgefüllten Seiten an 0172 2961652. Herzlichen Dank!

Ihr Name: \_\_\_\_\_ Datum: \_\_\_\_\_  
 E-Mail/Telefon: \_\_\_\_\_

Ihr Gewerbe: \_\_\_\_\_  
**Was finden Sie besonders gut auf dem Bottroper Markt?**  
 \_\_\_\_\_  
 \_\_\_\_\_

**Was finden Sie nachteilig auf dem Bottroper Markt?**  
 \_\_\_\_\_  
 \_\_\_\_\_

**Was wären dazu Ihre Änderungsvorschläge?**  
 \_\_\_\_\_  
 \_\_\_\_\_

**Was glauben Sie warum die Bürger:innen den Bottroper Wochenmarkt besuchen?**  
 \_\_\_\_\_  
 \_\_\_\_\_

**Was würden Sie neben Ihren Hauptkritiken insgesamt am Bottroper Wochenmarkt verändern?**  
 (z.B. Produkte, Standort, Parkplatzsituation für Sie und Ihr Personal, für Besucher, einheitliches Flair/Infrastruktur, Bewerbung etc., Karte mit Marktstandorten)  
 \_\_\_\_\_  
 \_\_\_\_\_

**Bitte bewerten Sie auf einer Skala von 1 (sehr gut) bis 6 (sehr schlecht) den Markteinfluss auf Ihr Geschäft:**  
 sehr gut 1 2 3 4 5 6 sehr schlecht

Kommentar warum: \_\_\_\_\_  
**Würden Sie sich speziell für Ihr Gewerbe etwas anderes wünschen:**  
 \_\_\_\_\_

Kennen Sie Angebote anderer Märkte, die Sie empfehlen würden?  
 \_\_\_\_\_  
 \_\_\_\_\_

**Was würde Ihrer Meinung nach die Besucherzahlen erhöhen – bei jüngeren Menschen (18 bis 29 Jahre)**  
 \_\_\_\_\_  
 \_\_\_\_\_

**Was würde Ihrer Meinung nach die Besucherzahlen erhöhen – bei Menschen mittleren Alters (30 bis 69 Jahre)**  
 \_\_\_\_\_  
 \_\_\_\_\_

**Was würde Ihrer Meinung nach die Besucherzahlen erhöhen – bei älteren Menschen (70 bis 90+ Jahre)**  
 \_\_\_\_\_  
 \_\_\_\_\_

Ihre anderweitigen Kommentare:  
 \_\_\_\_\_  
 \_\_\_\_\_

**Bitte geben Sie den Fragebogen direkt zurück oder werfen diesen am selben Tag oder beim nächsten Markt in die dafür bereitgestellten Boxen. Sie können uns auch ein Handyfoto an 0172 2961652 (SMS/WhatsApp) senden.**

Ich erteile hiermit meine Einwilligung zur Verarbeitung der mich betreffenden personenbezogenen Daten für den Zweck der Konzepterstellung für den Bottroper Wochenmarkt.

Unterschrift: \_\_\_\_\_

**3. Stationärer Handel**

## Anlage 2

### 1. Empfehlung zur Infrastruktur (basierend auf Vorarbeit der Wirtschaftsförderung)

Bei einer zukünftigen Planung neuer Infrastruktur wäre empfehlenswert, versenkbare oder anderweitig feststehende Zwischenverteilerstellen (z.B. analog Altmarkt/Eingang Hansastraße - Theos Grill) in einzelnen Bereichen (u.a. auf dem Kirchplatz, auf dem Pferdemarkt und in der Hochstraße), insbesondere auch mit 32A- und 63A-Anschlüsse, zu installieren. Dadurch können lange Kabelverlegungswege und Kabelwirrwarr, wie aktuell vorhanden, vermieden werden (siehe Fotos). Das minimiert das allgemeine Unfallrisiko im Marktbereich und erleichtert Besucher:innen die Befahrung mit Rollatoren erheblich.

#### Vorbereitende Arbeiten für die Installation stationärer Verteiler

Da die Auslastung und ungenutzten Kapazitäten der vorhandenen Stromkästen für die Markthändler nicht erfasst waren, fand am 21.06.2023 auf dem Wochenmarkt eine Begehung mit dem Fb 66. , dem Fb. 30, und Amt 15 statt.

Da im Projekttsch entschieden wurde, alle freien oder freiwerdenden Zähler auf die Stadt Bottrop (u.a. auch für die Nutzung bei Veranstaltungen wie Stadtfest oder Weihnachtsmarkt) umzumelden, wurde das vom Fb. 66 am 22.06.2023 bei der EVNG beantragt. Die Ummeldung ist inzwischen erfolgt. Diese „neuen“ Stromquellen konnten bereits zum „Heimat shoppen by night“ am 27.10.2023 genutzt werden.

Um kurzfristig Lösungen am Kirchplatz, insbesondere für Starkstrom anbieten zu können, wurden im Oktober im Auftrag der Wirtschaftsförderung zusätzlich zwei mobile Stromkästen auf Mietbasis durch die Fa. Balgar aufgestellt. Aber als Dauerlösung nicht zu empfehlen.

### 2. Empfehlung optionaler Erweiterungen bzw. Verdichtung, Bewerbung und Ordnung des Marktes

Im Folgenden besprechen wir, möglichst synergetisch gedacht, drei Einflussnahmen am Markt, vorgeschlagen wurden bzw. sich unternehmerisch gedacht aufdrängen:

- Erweiterung der Stände um geeignete Anbieter
- Verdichtung bzw. Verlagerung der Stände (Mehr Händler > Verdichtung)
- Neusortierung bzw. „Sortierung“ der Stände.



- Bewerbung sowie einheitlicheres, schönes Auftreten
- Anforderungsprofil „Marktmanager“

Eine Veränderung kann einerseits eine Zufriedenheit bei den Geschäftsleuten, die nun die Stände vor der Tür haben; andererseits eine Zufriedenheit bei denen auslösen, die auf Stände verzichten müssen.

### **Hier folgen daher möglichst synergetische Vorschläge:**

#### **Erweiterung der Stände um geeignete Anbieter**

Auf Basis unserer Befragungen und Austausch mit den Auftraggeber:innen, dem Stadtrat und weiteren Steakholder des Marktes lässt sich eine Erweiterung des Marktes um gewünschte Stände empfehlen.

Hierzu haben wir einige Wünsche von den Kurzwaren über Dips, Eingemachtes aus Hofläden, günstigere türkische Lebensmittel, fertige sowie warme Mahlzeiten zum Mitnehmen, ggf. Wild, edlere Stoffe, Knöpfe und eben auch der Gastronomie und Unterhaltung aufgenommen. Das könnte ein Marktmanager zeitnah anfragen und mit Bezug auf Gastronomisches auch eine Erweiterung z.B. am Kirchplatz (zwischen Telekom und City Apotheke mit diesen Akteuren erwägen – hier wäre ja bewusst etwas blockweise Distanz geboten). Dann wäre das ewige Thema um die Marktordnung schnell umgangen. Hier könnte auch ein „schöner“ Auftritt mit einheitlichen Hinweisen und Abtrennungen mitgedacht werden. Bessere Speisenangebote können den Übergang zu diesem Bereich abbilden.

Die Suche und Anfrage gezielt gewünschter neuer Anbieter kann bei Interesse über Empfehlungen der aktuellen Marktanbieter laufen, die wir kennen und das auch angeboten haben.

#### **Verdichtung bzw. Verlagerung der Stände**

Zu empfehlen ist die Verdichtung an Stellen, die aktuell „lose“ wirken wie zwischen City Apotheke und Extrablatt/Sparkasse, um älteren Menschen lange Wege zu ersparen. Gleichzeitig ist damit zu rechnen, dass die stationären Händler:innen vor Ort sich beschweren, wenn der Markt vor ihrer Tür verschwindet.

Hier wäre zum einen die Erweiterung um z.B. 3 bis 6 reiner Markt- nicht Gastrostän-

de zu empfehlen, zum anderen ggf. die Ausrichtung, so, dass bestimmte Interessensgruppen beieinander liegen. Die Gastrostände kämen ergänzend hinzu.

Für eine Verlagerung zum Beispiel Richtung unterer Hochstraße werden sich die Geschäftsleute weiter aussprechen. Die Frage ist, wo diese Stände dann fehlen dürfen bzw. ob man tatsächlich so viele Stände neu gewinnen möchte, dass andere Stellen verdichtet und zudem die untere Hochstraße wieder bespielt wird. Das sollte dann mindestens auch mit der gewünschten und von uns beschriebenen Bewerbung einhergehen.

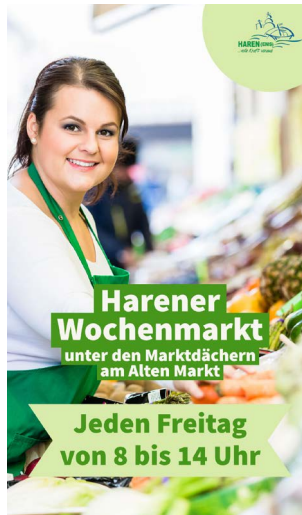
### **Neusortierung bzw. „Sortierung“ der Stände Bewerbung; einheitlicheres, schönes Auftreten**

Die Neusortierung ist teils gewünscht, teils explizit nicht. Das heißt: einzelne Bürger:innen und Marktstandbetreiber empfehlen z.B. alle Gemüsestände nebeneinander zu legen und alle Fleisch- und Käsestände etc., andere empfehlen bewusst die Mischung. Hier empfehlen wir eher auch mit Blick auf die gewünschte Erweiterung auf Unterhaltbares und Gastro lediglich, dass die reinigungsintensiveren Stände (Reinigung durch BEST dort zwingend erforderlich) nicht zu nah dort liegen, wo man mit Geselligkeit anknüpfen möchte, und dass die sehr auf alte Menschen gerichteten Stände nicht unnötig weit auseinanderliegen. Neu hinzukommende Stände sollten an frequentierten Lagen positioniert werden, um ihren Verbleib gemeinsam mit der Bewerbung zu sichern. Neue Stände werden z.B. auf Social Media Kanälen und in der Presse vorgestellt, ebenso wie Events und Motto-Tage (siehe Vorschläge).

Die Bottroper Vereinswelt kann immer wieder für lebendige und sympathisch-authentische Vorträge sorgen, die wiederum Eltern und Bekannte in die Innenstadt lockt über Social Media und Presseberichte, Kontakte und Weiterempfehlungen, digitalen und stationären Werbeanlagen und eben die entscheidenden menschliche Kontakte und Weiterempfehlungen auch über die Stadtgrenze hinaus – beispielhaft so wie der Feierabendmarkt, der Weihnachtsmarkt, Sportfeste oder die Aktionen rund um Bottroper Bier immer wieder gut besucht sind – trotz überschaubarer bzw. einsetzbarer Budgets. Etwas Budget sollte es geben, sonst überlässt man die Stadtbelebung von dieser Seite zu sehr beliebiger Entwicklungen ohne Steuerung und Input.

Ein schöner (auch in der Bewerbung des Wochenmarktes) wiedererkennbarer Schmuck/Brand für den Stand sollte nicht zwingend aufwendig von den Standbetreibern beschafft und eingerichtet werden, er kann z.B. durch einheitliche „Fahnen“ und „Banner“ dargestellt werden, daraus resultieren mehr Einheitlich-

keit und Dynamik und können als Werbeschilder innerhalb der Stadt und in außen liegenden Einkaufsbereichen genutzt werden (Werbeträger bei Südringcenter, Stadtwald, Johannesstraße, Grafenwald, Kirchhellen etc.).



### Anforderungsprofil „Marktmanager“

- Ein werblich und strategisch denkendes Marktmanagement kann viele der benannten Bedarfe begleitend prüfen und die gewünschten Erweiterungen wie neue Standangebote, Gastroerweiterung, deutlich mehr Social Media Impulse, Jugendangebote, Weihnachtsmarkterweiterung, Ortswechsel usw. koordinieren.

Der Marktmanager sollte bestenfalls über Erfahrungen in Organisation, im Eventbereich sowie über Marketing und über ein entsprechendes Netzwerk, welches gewinnbringend für den Wochenmarkt sein sollte, verfügen. Die der Person gestellten Aufgaben müssen nicht zeitlich eingeschränkt, sondern den Anforderungen entsprechend erledigt werden. Eine enge Zusammenarbeit zwischen Marktmeister, Markthändler, stationären Einzelhandel, Behörden sowie ggf. Politik ist nicht nur gewünscht sondern auch erforderlich. Zudem soll die Person als weiterer Ansprechpartner für die Marktbesucher dienen.

## Anlage 3

### Optionale Handlungsempfehlungen je nach städtischen Zielen und Budget

Es wird eine einheitliche visuelle Identität empfohlen. Dies ermöglicht ein geschlossenes und wiedererkennbares Auftreten des Wochenmarktes für die Besucher. Diese können alle Informationen auf einer Webseite aufrufen, anstatt sich durch mehrere Angebote klicken zu müssen. Gleichzeitig ermöglicht die einheitliche Visualisierung eine Wiedererkennbarkeit, wodurch langfristig eine starke Marke geschaffen werden kann, die ein gewünschtes, noch näher zu bestimmendes Image, transportiert.

Hierdurch können auch neue Zielgruppen für die Märkte gewonnen werden. Die Kommunikationsstrategie und das einheitliche Erscheinungsbild sind die Grundlage für alle weiteren Kommunikationsmaßnahmen. Aus diesem Grund sollte dieses Aufgabenpaket zuerst bearbeitet werden, um die folgenden Kommunikationsmaßnahmen stringent umsetzen zu können.

Erste Ideen hierzu sind:

- Thema **“Bezug zur Region“**: Die Marktbesucher möchten auf den Märkten ein Stück Heimat wiederfinden, z.B. Obst und Gemüse aus der Region.
- Thema **“Den Bottroper in die Stadt holen“**: Die Wiederbelebung des Marktplatzes als Ort des sozialen Treffpunktes, auf dem Menschen nicht nur zum Einkaufen zusammenkommen.
- Thema **“Romantik“**: Der Wochenmarkt als romantischer Ort für Singles, um dort vielleicht die große Liebe zu finden.
- Thema **“Barrierefreiheit - Kinder und ältere Menschen einen niedrighschwelligen Zugang ermöglichen“**: Einen Ort schaffen, der für Familien und Kinder, sowie ältere Menschen gleichermaßen attraktiv ist.
- Thema **“Dem Markt ein Gesicht geben“**: Geschichten von und über Händler erzählen. Diese könnten portraitiert werden als Menschen, die unsere Lebensmittel erzeugen und regional vermarkten. Ähnlich tun dies viele Supermarktketten bereits.

Erstellen von:

**Website**

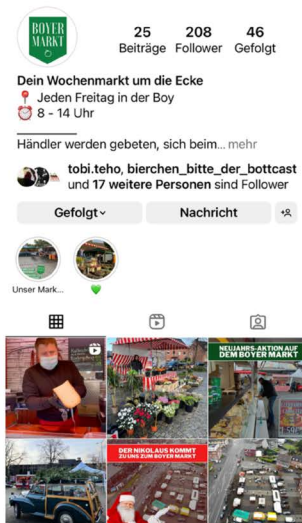
Auf dieser könnten beispielsweise alle Händler mit Fotos und individuellem Profil dargestellt werden, um den Märkten ein Gesicht zu geben. Termine und Aktionen können hierüber sichtbar werden.

**Social-Media Auftritte + Influencer Marketing + freie Marktstände**

Die Website sollte unbedingt von einem umfangreichen Social Media-Angebot begleitet werden. Jüngere Zielgruppen generieren Informationen über Social Media-Plattformen, insbesondere Instagram. Da Social Media besonders gut funktioniert, wenn echte Menschen Geschichten aus dem Leben teilen, könnte auch hier wieder die Händler:innen, aber auch Besuchern:innen und andere Testimonials, den Märkten ein Gesicht geben.

Auch Influencer-Marketing kann ein möglicher Werbekanal sein, um junge Zielgruppen zum Marktbesuch zu motivieren. Hierbei könnten Vorbilder mit großer Reichweite auf den Märkten einkaufen und anschließend ein gesundes Essen kochen.

Neben diesen Ideen könnte Social Media auch genutzt werden, um freie Marktstände zu kommunizieren und neue Händler zu gewinnen. Dies könnte deshalb gut funktionieren, da immer mehr kleinere Händler Social Media-Plattformen zum Vertrieb eigener Waren benutzen.



## Kühlschrank-Leporello

Auch in der realen Welt sollten potentielle Marktbesucher:innen immer wieder an die Möglichkeit auf dem Wochenmarkt einzukaufen, erinnert werden. Eine niedrighschwellige Maßnahme kann hier ein hochwertiger Flyer in Form eines Leporellos sein, welches im Umkreis des Wochenmarktes verteilt wird. Das Leporello kann dann nützliche Informationen wie Marktzeiten, Saisonkalender und die Vorstellung der jeweiligen Händler beinhalten. Im Idealfall wird dieser am Kühlschrank befestigt und erinnert vor jedem Einkauf an die Möglichkeit, auch den Markt nutzen zu können.

## Plakate in Bottrop und umliegenden Städten

Eine weitere Möglichkeit Aufmerksamkeit zu generieren, ist die Nutzung von Plakataflächen im öffentlichen Raum. Diese Plakate sollen eine zielorientierte Message beinhalten und auch Besucher:innen aus anderen Städten zum Besuch des Bottroper Wochenmarktes anregen.



## Wochenmarkt Magazin

Unter dem Stichwort "Content-Marketing" verbirgt sich eine neue Idee der Werbung. Anstatt mit leeren Botschaften zu werben, werden Produkte über ihren Themenkontext vermarktet. Gerne werden dafür u.a. Magazine genutzt. So könnte auch ein Magazin für den Wochenmarkt, z.B. quartalsweise entstehen, welches die spannendsten Marktgeschichten erzählt, Wissen über Produkte vermittelt, Rezepte teilt und Tipps zu gesunder Ernährung gibt.

## Erscheinungsbild Stände und Markt

Eine sehr wirkungsvolle Maßnahme wäre das Branding der Märkte oder sogar der Stände durch entsprechendes Material bzw. die Entwicklung einer starken visuellen Identität (Brand Identity). Hierbei muss zwingend auf die Umsetzbarkeit für die Händler geachtet werden. Aus diesem Grund sollte eine solche Maßnahme nur gemeinsam mit den Händlern entwickelt werden. Denkbar wären hier Girlanden, Fähnchen oder Sonnenschirme (auch als Regenschutz und "Design-Klammer" zwischen den Ständen). Eine auffällige Beschilderung des Wochenmarktes mit Öffnungszeiten wäre sinnvoll. Ggf. könnten Preisschilder an den einzelnen Ständen ein einheitliches Erscheinungsbild bekommen.

Weitere mögliche Maßnahmen:

- PR-Kampagnen
- Entwicklung von Slogans
- Saisonale Aktionen
- Aktionen wie Kochkurse, Modenschauen, Musikfestivals
- Erstellung eines Newsletters

## Abendmarkt

Der Wochenmarkt verlängert sich z.B. an einem Tag im Monat zu einem Nachmittags- und Abendmarkt.

## Stempelkarte

Bonussysteme zur Kundenbindung sind in vielen Branchen nicht mehr wegzudenken. Das größte System in Deutschland, Payback, nutzen aktiv 30 Millionen Menschen. Auch der Wochenmarkt könnte ein Bonussystem einführen, bei dem die Kunden für jeden Einkauf an einem Stand zum Beispiel einen Stempel erhalten. Bei einer bestimmten Anzahl an Stempeln können diese dann gegen Waren oder attraktive Prämien eingetauscht werden.

## Roadshow

Unternehmen sind zunehmend auf der Suche nach authentischen und eventbasierten Vermarktungsmöglichkeiten für ihre Produkte. Der Wochenmarkt könnte Unternehmen durch einer Roadshow für Produktneueinführungen anbieten. Unternehmen

der Lebensmittelindustrie oder des Küchenbedarfs könnten ihre Produkte in einem authentischen Umfeld der richtigen Zielgruppe präsentieren. Im Gegenzug kann Wochenmarkt zusätzliche Einnahmen generieren, mit denen andere Maßnahmen finanziert werden können. Die Roadshow ließe sich auch mit einem Pressetag zusammen denken, an dem Influencer, "Foodies" und Medienvertreter für Lebensmittel/Gourmet eingeladen sind, Besonderheiten und Neuheiten kennenzulernen.

### Familienfreundlicher Wochenmarkt

Für Familien kann ein Wochenmarktbesuch schnell anstrengend werden. Teilweise gibt es zu wenig Platz, um mit Kinderwagen oder Lastenrädern durch die Menschenmenge zu kommen. Beim Anstehen an den Ständen kann den Kindern schnell langweilig werden. Es könnte sich rentieren, die Wochenmärkte familienfreundlicher zu gestalten, indem die Stände auf den Märkten großzügiger platziert werden oder durch Zusatzangebote und Beschäftigungsmöglichkeiten für Kinder wie Bastelecke, Hüpfburg o.ä. geschaffen werden. Es gibt auch Überlegungen zu einer Fast Lane für Familien, mit der diese an den Ständen schneller bedient werden.

### Marktmusik

Es gibt viele Vergleiche zu Wochenmärkten in anderen Ländern. Dort ist vor allem der Bereich um den Markt oft sozialer Treffpunkt mit Cafés, Bars und Restaurants. Die Maßnahme Marktmusik soll in regelmäßigen Abständen, nach Marktschluss Live-Musik anbieten. Dabei könnte ein Dienstleister Getränke ausschenken und zusätzlich Sitzgelegenheiten anbieten. Menschen können nach der Arbeit den Markt als sozialen Treffpunkt nutzen und gleichzeitig ihre Einkäufe im stationären Handel erledigen.

### Probierstand

Um neue Händler für die Märkte zu gewinnen, soll der Probierstand niedrigschwellig den Verkauf von eigenen Produkten auf dem Markt ermöglichen. Damit sollen kleinere Hersteller testen können, ob sich ein dauerhafter Stand auf den Wochenmärkten rentieren könnte. Den neuen Händlern sollte eine Testmöglichkeit ohne Standmiete angeboten werden (bis zu z.B. zwei Mal kostenfrei).



## Lieferservice



Liefersdienste für Lebensmittel sind in Großstädten ein neuer Trend. Aus diesem Grund könnte zusammen mit den Händlern ein Service entwickelt werden, bei dem Nicht-Marktbesucher Produkte bestellen können, die daraufhin - wie früher durch LOUISE - geliefert werden. Aber auch andere Liefermöglichkeiten wären denkbar.

## Kooperationen

Der Innovationsprozess zu den Wochenmärkten hat nicht nur den Fokus, die Wirtschaftlichkeit der Märkte wiederherzustellen, sondern soll dabei auch die soziokulturelle Funktion der Märkte einbeziehen. In diesem Kontext spielen vor allem Kooperationen eine große Rolle. Über den Ausbau dieser können die Märkte zu sozialen Treffpunkten und Orten des gesellschaftlichen Austauschs werden. Gleichzeitig werden durch unterschiedlichste Aktionen neue Zielgruppen und Besuchern:innen auf den Markt aufmerksam, wodurch wiederum die Wirtschaftlichkeit gestärkt werden kann.

- Kooperation mit Einrichtungen in der näheren Umgebung: Kooperationen sollten vor allem mit Organisationen eingegangen werden, die sich in unmittelbarer Nähe des Marktplatzes befinden. Hierbei ist beispielsweise eine Kooperation mit den angrenzenden Kirchen (Martinskirche, St. Cyriakus Kirche) denkbar, die unterschiedliche Programme begleitend zum Markt anbieten könnten. Aber auch soziokulturelle Stadtteilzentren sowie Schulen und Kindergärten, die in den jeweiligen Vierteln verortet sind, könnten unterschiedlichste Aktionen am Rande des Wochenmarktes durchführen. Dabei könnte vor allem ein Jugendbildungsprogramm zur gesunden Ernährung angeboten werden.
- Kooperation mit Stiftungen und Firmen: Stiftungen und manche Firmen wollen einen gesellschaftlichen Zweck erfüllen und sind auf der Suche nach Möglichkeiten ihre Projekte in die Öffentlichkeit zu tragen. Gerade hier würden sich inhaltliche Kooperationen anbieten, die begleitend zu den Märkten stattfinden könnten, wodurch einerseits das Ziel, die Märkte als soziokulturelle Orte zu stärken, erfüllt wird und andererseits neue Zielgruppen auf die Märkte gebracht werden.

- Kooperation mit ToGoodToGo oder Foodsharing: ToGoodToGo ermöglicht es Gastronomen und Lebensmittelerzeugern überschüssige oder kurz vor dem Ablaufdatum stehende Waren über eine App kostengünstig anzubieten. Die App-Nutzer:innen können die Waren dann spontan abholen. Eine Kooperation könnte Lebensmittel, die nicht mehr für den Verkauf geeignet, aber noch genießbar sind, vor der Entsorgung bewahren.

Ein ähnliches Prinzip wäre mit der Initiative Foodsharing umsetzbar, wodurch überschüssige Waren abholen und weiterverteilen werden können. Hierbei werden die Lebensmittel von den Händlern:innen an Foodsharing gespendet.

### Runder Tisch

Der Runde Tisch ist ein einfaches Mittel, um eine vertrauensvolle Kommunikation auf Augenhöhe zwischen den Händlern:innen und der Stadt wieder herzustellen. Einmal pro Monat oder später auch einmal pro Quartal, gibt es auf dem Wochenmarkt einen Runden Tisch, an dem die Händler:innen während der Marktzeiten unkompliziert mit Mitarbeiter:innen von der Stadtverwaltung zusammenkommen können. Zu Beginn wird es hierbei sicher oft um Problemstellungen aus den letzten Jahren gehen. Mit der Zeit und zunehmendem Vertrauen von beiden Parteien kann der Runde Tisch jedoch ein Instrumentarium werden, um gemeinsame Maßnahmen zu planen und umzusetzen. Für den Runden Tisch ist das Erwartungsmanagement und damit einhergehend die Kommunikation der Beteiligten über das Ziel der Gespräche relevant.

### Einführung alternativer Bezahlmethoden

Besonders jüngere Zielgruppen wünschen sich die Einführung von Kartenzahlungen an den Ständen. Aber auch der Marktmeister rechnet die Standmieten aktuell noch mit Bargeld ab. Auch hier könnte ein Kartenzahlungssystem eingeführt werden, welches gleichzeitig Betrug vorbeugt. Ein solches Vorhaben sollte gemeinsam mit den Händlern abgestimmt und angegangen werden. Danach kann es auch als gute Marketingmaßnahme für neue Zielgruppen dienen.

Datum

29.01.2024

Drucksache Nr.

**2024/0039**

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Zuständigkeit
Bezirksvertretung Bottrop-Mitte	11.04.2024	Vorberatung
Bezirksvertretung Bottrop-Kirchhellen	14.05.2024	Vorberatung
Bezirksvertretung Bottrop-Süd	16.05.2024	Vorberatung
Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss	25.06.2024	Vorberatung
Rat der Stadt	02.07.2024	Entscheidung

## Betreff

**Nachbereitung der Schöffenwahl 2023 (Vorbereitung 2028)**

## Beschlussvorschlag

Dem Vorschlag der Verwaltung / des Fachbereiches Recht und Ordnung wird zugestimmt.

## Finanzielle Auswirkungen

Finanzielle Auswirkungen: Keine  
Haushalt im Jahr:  
Produkt und Sachkonto:  
Art der Ausgabe:  
Bedarf:  
Haushaltsansatz:  
zusätzliche Einnahmen:  
einmalige Belastung:  
jährliche Folgekosten:

Erläuterungen zu den finanziellen Auswirkungen:

## Problembeschreibung / Begründung

Im Jahr 2023 wurde die Schöffenwahl in Bottrop durchgeführt. Die Schöffenwahl ist als gesetzliche Aufgabe durch das Gerichtsverfassungsgesetz (GVG) und die jeweilige Ausführungsverordnung des zuständigen Ministeriums geregelt. Für die Stadt Bottrop ist der Fachbereich Recht und Ordnung zuständig, der auch nach Beendigung der Schöffenwahl 2023 eine Evaluation der Schöffenwahl vorgenommen hat. Bisher war es in Bottrop üblich, dass die nach § 36 Abs. 4 GVG verpflichtende doppelte Anzahl der Schöffenwahlvorschläge fast vollständig von Parteien und Organisationen erbracht wurden.

Freie Bewerber konnten daneben zusätzlich in die seitens des Rates zu beschließende Vorschlagliste aufgenommen werden. Freie Bewerber sind die Bewerber, die sich selbstständig über den zuständigen Fachbereich für das Schöffenamts beworben haben. Die Anzahl der freien Bewerber ist bei der Berechnung zur Verteilung eine fiktive, unbekannte Größe.

Im Rahmen der Verpflichtung der Stadt Bottrop muss jedoch mit festen Größen gerechnet werden, um den gesetzlichen Auftrag sicher zu erfüllen. Aktuelle Tendenzen zeigen die Notwendigkeit einer angepassten Vorgehensweise auf.

Parteien und Organisationen obliegt als Stützpfiler der Stadtgesellschaft bislang die Benennungen der Vorschläge für die Vorschlagliste. Die Verteilung der gesetzlich geforderten Anzahl wird auf Basis der aktuellen Sitzverteilung des Rates, zuzüglich einer angemessenen Verteilung auf die bisher zehn größten Organisationen vorgenommen.

Demzufolge werden die berechneten Werte von den Parteien und Organisationen schriftlich eingefordert. Die Verpflichtung zur Meldung seitens der Parteien wird im Rahmen der Verpflichtungen einer demokratisch gewählten Partei im Rat der Stadt Bottrop eingefordert.

Die Auswertung der eingeforderten Meldezahlen für die Schöffenwahl 2023 hat ergeben, dass die von den Parteien zu erbringenden 128 Vorschläge ein Defizit von **-101** Vorschlägen ergeben haben.

Bei den Organisationen der Stadtgesellschaft war es ähnlich. Die zu erbringenden 30 Meldungen haben ein Defizit von **-27** Vorschlägen zu verzeichnen.

Auf Basis dieser Werte wäre die Einhaltung der gesetzlichen Verpflichtung zur Aufstellung der Vorschlagliste nicht möglich gewesen. Auch die tatsächlich zu wählende Anzahl von 80 Schöffen hätte im Jahr 2023 auf Basis dieser Werte nicht erreicht werden können.

Bekanntlich haben sich unerwartet **238** freie Bewerber gemeldet, die in der Gesamtkalkulation zu einem Überschuss von insgesamt **+103** Vorschlägen geführt haben.

Aus Sicht des Fachbereiches Recht und Ordnung sollten Rat und Verwaltung die Tendenzen zur Kenntnis nehmen und sich bereits frühzeitig auf die Herausforderungen der nächsten Schöffenwahl im Jahr 2028 einstellen.

Dazu hat der Fachbereich Recht und Ordnung auf Basis der Tendenzen der letzten Schöffenwahlen und veränderten Beteiligung der Zivilgesellschaft eine Handlungsempfehlung erarbeitet, die zunächst und bis auf Widerruf für die kommenden Schöffenwahlen gelten soll. Eine Auswertung der Schöffenwahl 2028 soll dann den weiteren Ablauf bestimmen.

Ziel der Handlungsempfehlung ist es, die Parteien allgemein von Ihrer Verpflichtung zu entlasten und eine leichter umzusetzende Verteilung der geforderten Meldezahlen zu erreichen.

Die Rechte des Rates auf Wahl der Vertrauenspersonen für den Schöffenwahlausschuss nach § 40 II Gerichtsverfassungsgesetz bleiben unberührt.

Der Fachbereich Recht und Ordnung schlägt die Umsetzung der folgenden Handlungsempfehlung für die folgenden Schöffenwahlen vor:

1.

Rechnerische Verteilung von Schöffenvorschlägen der doppelten Anzahl der zu meldenden Schöffen:innen: (bisher auf Basis der Ratsverteilung / Wahlergebnisse)

		in %	bisher in %
1	Parteien verpflichtend	50	80
2	08 - 12 neu ausgewertete Organisationen verpflichtend	05	18,75
3	Stadtgesellschaft (Unternehmen und Sonstige, nicht verpflichtend)	05	0
4	Freie Bewerber	40	1,25
	<b>Gesamt</b>	<b>100</b>	<b>100</b>

Alle eingeforderten Zahlen sind Mindestzahlen. Die Verpflichtung wird auf die freien Bewerber umgelegt, welches weiterhin verstärkte Bemühungen der Verwaltung hinsichtlich der Bewerbung notwendig macht. Das Risiko, dass Bewerber sich nicht in ausreichender Zahl melden ist begrenzt, da rechnerisch von der doppelten Anzahl an Schöffenbewerbungen ausgegangen wird und Abweichungen nach dem GVG unschädlich sind.

Zugleich kann die Verpflichtung der Parteien nicht weiter reduziert werden, ohne zu riskieren, dass bei ausbleibenden freien Bewerbern die gesetzliche Verpflichtung nicht erfüllt werden kann.

Der Fachbereich Recht und Ordnung bewertet die Zusammenstellung der Organisationen neu, nachdem der Bund der Vertriebenen aus dem Bereich Ihrer Mitglieder keine Vorschläge mehr machen kann, da diese die Altersgrenze bereits erreicht haben. Weiterhin wird eine neue Verteilerliste mit Unternehmen, Vereinen und sonstigen Organisationen der Stadtgesellschaft erstellt. Diese werden dann gezielt angesprochen.

2.

Die im Schöffenwahlausschuss vertretenden Ratsparteien bemühen sich in Anerkennung dieser Handlungsempfehlung und wenn möglich, eine Quote von 50% aus den Reihen der freien Bewerber in das Schöffenamt zu wählen. Der Grundsatz der Wahlfreiheit bleibt dabei unberührt.

3.

Die im Rat vertretenden Parteien bereiten sich jeweils rechtzeitig, im Vorjahr der Schöffenwahl auf diese vor und teilen der Verwaltung auf Anfrage die jeweils mit der Aufgabe betraute zuständige Person mit.

4.

Die Parteien bemühen sich im Vorfeld verstärkt um die Bewerbung der Schöffenwahl im erweiterten Kreise Ihrer Mitglieder und arbeiten verstärkt mit der Verwaltung zusammen. Dazu ist eine verbesserte Kommunikation notwendig. Es wird darauf hingewiesen, dass gemäß der rechtlichen Vorgaben die Meldungen auf den Parteilisten keine Parteimitglieder sein müssen. Dies können z.B. auch Freunde, Bekannte, oder sonstige Kontakte sein, die die kommunizierten Voraussetzungen erfüllen. Die Entscheidung, wer über die Parteiliste gemeldet wird, verbleibt bei der verantwortlichen Partei.

5.

Die Parteien fördern eine angemessene Vorbereitung zur Durchführung der Schöffenwahl für die jeweils gewählten Vertrauenspersonen. Dies bedeutet insbesondere die Durchsicht der Bewerbungen der freien Bewerber zur Meinungsbildung und ordnungsgemäßen Erfüllung der demokratisch legitimierten Aufgabe. Der Fachbereich Recht und Ordnung sorgt diesbezüglich für die Rahmenbedingungen. Die dem Wahlausschuss vorsitzende Richterin des AG Bottrop wird künftig die Mitglieder des Wahlausschusses mit einem vorbereitenden Hinweisschreiben informieren.

6.

Die geänderte Vorgehensweise dient der Entlastung der Parteien unter Berücksichtigung der aktuellen gesetzlichen Gegebenheiten bei gleichzeitiger Sicherstellung des gesetzlichen Auftrages der Stadt Bottrop zur Mitwirkung an der Schöffenwahl.

Tischler

Datum

23.02.2024

Drucksache Nr.

**2024/0105**

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Zuständigkeit
Rat der Stadt	05.03.2024	Entscheidung
Bezirksvertretung Bottrop-Kirchhellen	12.03.2024	Kenntnisnahme
Bezirksvertretung Bottrop-Mitte	11.04.2024	Kenntnisnahme
Bezirksvertretung Bottrop-Süd	16.05.2024	Kenntnisnahme

## Betreff

**Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Ortsteil Bottrop-Stadtmitte im Zusammenhang mit der Veranstaltung „Pferdemarkt“ am Sonntag, den 28. April 2024**

## Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt beschließt die in der Anlage beigefügte Rechtsverordnung.

## Finanzielle Auswirkungen

Finanzielle Auswirkungen: keine

Haushalt im Jahr:

Produkt und Sachkonto:

Art der Ausgabe:

Bedarf:

Haushaltsansatz:

zusätzliche Einnahmen:

einmalige Belastung:

jährliche Folgekosten:

Erläuterungen zu den finanziellen Auswirkungen:

## **Problembeschreibung / Begründung**

Rechtsgrundlage für die Genehmigung von verkaufsoffenen Sonntagen ist das Ladenöffnungsgesetz NRW (LÖG NRW). Durch das Gesetz zum Abbau unnötiger und belastender Vorschriften im Land Nordrhein-Westfalen – Entfesselungspaket I - hat der Gesetzgeber Änderungen im Ladenöffnungsgesetz NRW (LÖG NRW) vorgenommen. Diese Änderungen sind am 30.03.2018 in Kraft treten und sind gemäß §13 Abs.3 LÖG NRW danach zu beachten.

Durch die Neuregelung wollte der Gesetzgeber Rechtsunsicherheiten beseitigen und für die Gemeinden eine rechtssichere Lösung schaffen, eine ausnahmsweise Ladenöffnung an Sonn- und Feiertagen zu genehmigen, sowie zugleich das LÖG NRW insgesamt vereinfachen.

Dazu wurde §6 Abs. 1 LÖG NRW neu gefasst:

*(1) An jährlich höchstens acht, nicht unmittelbar aufeinanderfolgenden Sonn- und Feiertagen dürfen Verkaufsstellen im öffentlichen Interesse ab 13.00 Uhr bis zur Dauer von fünf Stunden geöffnet sein.*

*Ein öffentliches Interesse liegt insbesondere vor, wenn die Öffnung*

- 1. im Zusammenhang mit örtlichen Festen, Märkten, Messen oder ähnlichen Veranstaltungen erfolgt,*
- 2. dem Erhalt, der Stärkung oder der Entwicklung eines vielfältigen stationären Einzelhandelsangebot dient,*
- 3. dem Erhalt, der Stärkung oder der Entwicklung zentraler Versorgungsbereiche dient,*
- 4. der Belebung der Innenstädte, Ortskerne, Stadt- und Ortsteilzentren dient oder*
- 5. die überörtliche Sichtbarkeit der jeweiligen Kommune als attraktiver und lebenswerter Standort insbesondere für den Tourismus und die Freizeitgestaltung, als Wohn- und Gewerbestandort sowie Standort von kulturellen und sportlichen Einrichtungen steigert.*

*Das Vorliegen eines Zusammenhangs im Sinne des Satzes 2 Nummer 1 wird vermutet, wenn die Ladenöffnung in räumlicher Nähe zur örtlichen Veranstaltung sowie am selben Tag erfolgt. Bei Werbemaßnahmen des Veranstalters müssen die jeweiligen Veranstaltungen gemäß Satz 2 Nr. 1 für die Öffnung der Verkaufsstellen im Vordergrund stehen.*

Die zuständige örtliche Ordnungsbehörde wird gemäß §6 Abs. 4 LÖG NRW ermächtigt, diese Tage durch Rechtsverordnungen freizugeben, wobei sich die Freigabe auch auf bestimmte Bezirke, Ortsteile und Handelszweige beschränken kann. Innerhalb einer Gemeinde dürfen insgesamt nicht mehr als 16 (vorher: 11) Sonn- und Feiertage je Kalenderjahr freigegeben werden. Zudem macht das Gesetz – wie bisher - weitere Einschränkungen bezüglich bestimmter Feiertage (z.B. Ostersonntag, Pfingstsonntag), bei denen eine Genehmigung ausgeschlossen wird.

Im Stadtgebiet Bottrop werden vermutlich für das Jahr 2024 insgesamt 5 verkaufsoffene Sonntage freigegeben (Bottrop-Stadtmitte = 3, Bottrop-Kirchhellen = 2).

### **Für den Bereich Bottrop-Stadtmitte:**

am Sonntag, den 28.04.2024, (im Zusammenhang mit der Veranstaltung „Pferdemarkt“)



am Sonntag, den 26.05.2024, (im Zusammenhang mit der Veranstaltung „Stadtfest“)

am Sonntag, den 29.09.2024, (im Zusammenhang mit der Veranstaltung „Michaelismarkt“)

### **Für den Bereich Bottrop-Kirchhellen:**

am Sonntag, den 11.08.2024, (im Zusammenhang mit der Veranstaltung „Kirchhellener Dorffest“)

am Sonntag, den 01.12.2024, (im Zusammenhang mit der Veranstaltung „Kirchhellener Wintertreff“)

### **Allgemeine rechtliche Bewertung nach der Änderung des LÖG NRW:**

Die Entscheidung über eine Genehmigung ist anhand der geänderten Vorschriften des LÖG NRW zu treffen.

Hierbei ist zu berücksichtigen, dass der Landesgesetzgeber den bisher geforderten Anlassbezug für die Genehmigung von verkaufsoffenen Sonntagen gestrichen hat. Das Gesetz sieht nunmehr vor, dass für genehmigte Ladenöffnungen ein öffentliches Interesse vorliegen muss. Für die Beantwortung der Frage, wann ein solches öffentliches Interesse als gegeben angesehen werden kann, hat der Landesgesetzgeber im Rahmen einer Vermutungsregel in § 6 Abs. 1 Satz 2 LÖG NRW verschiedene Sachgründe (siehe vorher Ziffern 1-5) beschrieben, die jeder für sich die Genehmigung eines verkaufsoffenen Sonntages rechtfertigen würden.

Damit sollen typische Konstellationen abgedeckt werden. Die Aufzählung ist nicht abschließend. Durch eine Kumulation der Sachgründe kann im Einzelfall zudem das Gewicht des öffentlichen Interesses verstärkt werden.

Wenngleich der Gesetzgeber den bisher geforderten Anlassbezug abgeschafft hat, ist die Gemeinde im Rahmen einer Güterabwägung (Sonn- und Feiertagsschutz/ Ladenöffnung) weiterhin in einer Prüfungspflicht.

Aufgabe der Gemeinde bleibt es, zu prüfen, ob einer oder auch mehrere der gesetzlichen Sachgründe eine Ladenöffnung an Sonn- und Feiertagen rechtfertigen. Dabei kommt es darauf an, ob bei der Entscheidung über eine Ausnahme vom Sonn- und Feiertagsschutz diese Sachgründe im Vordergrund stehen oder ob ausschließlich oder überwiegend das Konsum- und Erwerbsinteresse der Kunden und/ oder das reine Umsatzinteresse der Ladeninhaber gefördert werden soll.

Zudem ist zu prüfen, ob die sonstigen gesetzlichen Voraussetzungen (z.B. Beachtung der gesetzlich vorgegebenen Höchstanzahl) vorliegen.

### **Einzelfallbewertung der Veranstaltung „Pferdemarkt“**

Vorliegend ist festzustellen, dass sich die beantragte Genehmigung auf den Sachgrund in § 6 Abs. 1 Satz 2 Nummer 1 LÖG NRW bezieht. Die Ladenöffnung soll im Zusammenhang mit dem „Pferdemarkt“ als örtliches Fest stattfinden. Der „Pferdemarkt“ befindet sich derzeit noch im Erlaubnisverfahren.

Um eine Ausnahme des Sonn- und Feiertagsschutzes nach den neuen gesetzlichen Vorschriften („im öffentlichen Interesse“) zu rechtfertigen, muss die öffentliche Wirkung der Veranstaltung

gegenüber der typisch werktäglichen Geschäftigkeit der Ladenöffnung im Vordergrund stehen. Die Ladenöffnung darf nur als Annex der Veranstaltung erscheinen.

Dies wird in der Regel nur dann der Fall sein, wenn die Ladenöffnung auf das Umfeld der Veranstaltung begrenzt ist. Das Gesetz verlangt ausdrücklich, dass die Ladenöffnung in räumlicher Nähe zur örtlichen Veranstaltung sowie am selben Tag erfolgen muss (§ 6 Abs. 1 Satz 3 LÖG NRW).

Aus diesem Grund ist eine Gesamtbetrachtung des „Pferdemarktes“ anzustellen (Charakter, Zuschnitt, Größe).

Im Wesentlichen beinhaltet der „Pferdemarkt“ ein kulturelles Programm auf verschiedenen Plätzen in der Innenstadt.

Der „Pferdemarkt“ nimmt am Sonntag den gesamten Innenstadtbereich in Anspruch und findet sowohl im großen, fußläufigen Bereich der Straßen, als auch auf Veranstaltungsplätzen (Kirchplatz, Altmarkt) statt.

Im Laufe der Jahrzehnte hat sich der „Pferdemarkt“ zu einem lohnenden Ziel auch vieler auswärtiger Besucher entwickelt. Die prognostizierte Besucherzahl von über 20.000 Erwachsenen und Kindern allein am Sonntag ist, angesichts der großen Beliebtheit nicht nur in der Bottroper Bevölkerung, nachvollziehbar. Die voraussichtliche Besucherzahl übersteigt damit deutlich das übliche Besucheraufkommen bei werktäglicher (normaler) Ladenöffnung (Erfahrungswerte). Mit dieser Besucheranzahl wird auch für den „Pferdemarkt“ gerechnet.

Für die Besucher wird an diesem Sonntag somit eine Veranstaltungsfläche geschaffen, die den gesamten fußläufigen Innenstadtbereich abdeckt und die, wenn man alles sehen will, Ansprüche an die körperliche Fitness der Besucher stellt.

Parkflächen und Parkhäuser sind in Stoßzeiten sehr gut besucht, daher empfiehlt es sich, mit öffentlichen Verkehrsmitteln anzureisen. Auch hieran ist zu erkennen, dass der Besucherstrom gegenüber dem alltäglichen Besucheraufkommen in der Innenstadt deutlich höher ist.

Aus Sicht des Fachbereichs Recht und Ordnung prägt die Veranstaltung „Pferdemarkt“ das Stadtbild und den öffentlichen Charakter des Tages. Der ganz überwiegende Teil der Besucher sucht die Innenstadt auf, um an dem umfangreichen Programm des Marktes teilzuhaben und nicht um die Ladengeschäfte aufzusuchen und dort Einkäufe zu erledigen. Der verkaufsoffene Sonntag stellt in jeder Hinsicht (Werbung, Durchführung, Fläche und Angebot) lediglich einen „Annex“ zum „Pferdemarkt“ dar.

Die festgesetzten Marktzeiten liegen am Sonntag von 13.00 Uhr – 20.00 Uhr während die festgesetzten Ladenöffnungszeiten sich von 13.00 Uhr – 18.00 Uhr über einen Zeitraum von 5 Stunden erstrecken.

Die öffentliche Wirkung der Veranstaltung steht gegenüber der Ladenöffnung eindeutig im Vordergrund, was auch durch die flächenmäßige Begrenzung der Ladenöffnung (siehe Lageplan) auf nur einen sehr begrenzten Teil der Innenstadt unterstrichen wird. Dem gesetzlichen Erfordernis nach einer „räumlichen Nähe“ der Ladenöffnung zum Veranstaltungsbereich wird damit entsprochen.

Es liegt somit ein öffentliches Interesse für die Genehmigung der sonntäglichen Ladenöffnung im Zusammenhang mit der Veranstaltung „Pferdemarkt“ vor. Eine Güterabwägung zwischen dem Sonn- und Feiertagsschutz und der gesetzlich geschaffenen Ausnahmemöglichkeit fällt zugunsten der Freigabe der Ladenöffnung aus.

Die Freigabe der Ladenöffnung ab 13.00 Uhr für maximal 5 Stunden erfolgt innerhalb der gesetzlichen Vorgaben. Die Höchstzahl der verkaufsoffenen Sonntage wird nicht überschritten. Auch andere gesetzliche Hinderungsgründe liegen nicht vor.

Insofern sind die Voraussetzungen für eine Genehmigung der Ladenöffnung nach dem LÖG NRW gegeben.

Besonderheit:

Aufgrund der kurzfristigen Beantragung ist eine Vorberatung in den Bezirksvertretungen sowie des Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschusses nicht möglich. Daher wird ausnahmsweise eine Genehmigung durch den Rat ohne vorherige Aussprache beantragt.

Tischler

Anlage(n):

1. Pferdemarkt, Verordnungstext
2. Stadtmitte Lageplan
3. IHK Nord Westfalen vom 23.01.2024
4. Stellungnahme Handwerkskammer
5. Antrag Handelsverband

# **Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Ortsteil Bottrop-Stadtmitte im Zusammenhang mit dem Pferdemarkt am Sonntag, den 28. April 2024**

**vom 05.03.2024**

Aufgrund des § 6 Abs. 1 und 4 des Gesetzes zur Regelung der Ladenöffnungszeiten – LÖG NRW – in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. November 2006 (GV. NRW. S. 516), geändert durch Gesetz vom 22. März 2018 (GV. NRW. S.171), in Kraft getreten am 30. März 2018, in Verbindung mit §§25 ff des Gesetzes über Aufbau und Befugnisse der Ordnungsbehörden - Ordnungsbehördengesetz (OBG) - in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. Mai 1980 (GV. NRW. S. 528), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 23. Juni 2021 (GV. NRW. S. 762), hat der Rat der Stadt für das Gebiet der Stadt Bottrop in seiner Sitzung am 05.03.2024 folgende Verordnung beschlossen:

## **§ 1**

Verkaufsstellen im Teilbereich des Ortsteils Bottrop-Stadtmitte gemäß Lageplan Anlage 1 dürfen im Jahr 2024 nach ordnungsbehördlicher Genehmigung der Veranstaltung „Pferdemarkt“ an folgendem Sonntag in der Zeit von 13.00 Uhr bis 18.00 Uhr geöffnet sein:

am Sonntag, den 28. April 2024 (Veranstaltung: „Pferdemarkt“)

Der beigefügte Lageplan (Teilbereich Ortsteil Bottrop-Stadtmitte, Anlage 1) ist Bestandteil dieser Verordnung.

## **§ 2**

Die in dem Lageplan (Anlage 1) als Grenzen des Teilbereiches markierten Straßen und Straßenteile sind mit ihren unmittelbar anliegenden Grundstücken auf beiden Seiten der Straße in die Verkaufsöffnung einbezogen.

## **§ 3**

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Bottrop, den 05. März 2024

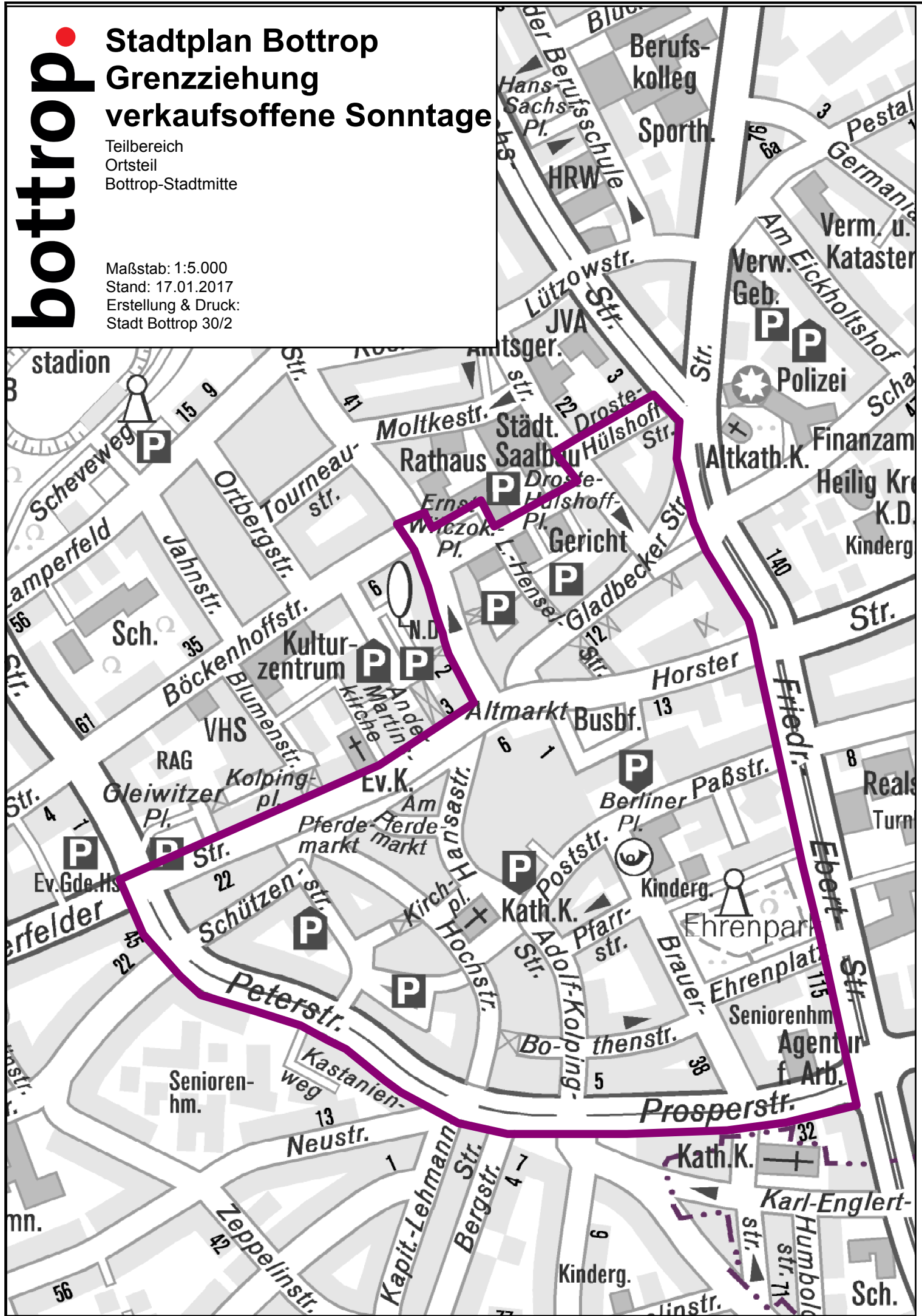
Stadt Bottrop  
als örtliche Ordnungsbehörde

Tischler  
Oberbürgermeister

## Stadtplan Bottrop Grenzziehung verkaufsoffene Sonntage

Teilbereich  
Ortsteil  
Bottrop-Stadtmitte

Maßstab: 1:5.000  
Stand: 17.01.2017  
Erstellung & Druck:  
Stadt Bottrop 30/2



IHK Nord Westfalen | 45877 Gelsenkirchen

Stadt Bottrop  
FB Recht und Ordnung  
z. Hd. Herrn Althammer  
Kirchhellener Straße 21  
46236 Bottrop

Industrie- und Handelskammer  
Nord Westfalen

Rathausplatz 7  
45894 Gelsenkirchen  
[www.ihk.de/nordwestfalen](http://www.ihk.de/nordwestfalen)

Ansprechpartnerin:  
Lena Majnaric

Telefon 0209 388-563  
Telefax 0209 388-8563  
[lena.majnaric@ihk-nordwestfalen.de](mailto:lena.majnaric@ihk-nordwestfalen.de)

23. Januar 2024

Erlass einer Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen  
hier: Anhörung gemäß § 6 Abs. 4 LÖG NRW  
Ihr Schreiben vom 15.01.2024

Sehr geehrter Herr Althammer,

vielen Dank für die Möglichkeit der Anhörung vor Erlass einer ordnungsbehördlichen  
Verordnung der Stadt Bottrop über das Offenhalten von Verkaufsstellen.

In der Stadt Bottrop sind folgende Sonntage, jeweils von 13 bis 18 Uhr, zur Freigabe der  
Ladenöffnungszeiten beantragt:

Innenstadt:

- 28.04.2024, Anlass: „Pferdemarkt“
- 26.05.2024, Anlass: „Stadtfest“
- 29.09.2024, Anlass: „Michaelismarkt“

Kirchhellen:

- 11.08.2024, Anlass: „Kirchhellener Dorffest“
- 01.12.2024, Anlass: „Kirchhellener Wintertreff“

Die IHK Nord Westfalen begrüßt eine Ladenöffnung an Sonn- und Feiertagen im Rahmen  
des Gesetzes als wichtiges Instrument zur Profilbildung der Stadt und als Möglichkeit für  
den stationären Einzelhandel, seine Leistungsfähigkeit und seinen Service zu präsentieren.

Aus Sicht der IHK Nord Westfalen bestehen keine Bedenken gegen die Freigabe der  
Ladenöffnung an dem genannten Sonntag, soweit die Anforderungen des Gesetzes zur  
Regelung der Ladenöffnungszeiten in NRW eingehalten werden. Zur Konkretisierung dieser

Anforderungen verweisen wir auf die aktuelle Rechtsprechung sowie auf die Anwendungshilfe für Kommunen und Handel im Umgang mit § 6 LÖG NRW des Wirtschaftsministeriums NRW: <https://www.wirtschaft.nrw/loeg-nrw-anwendungshilfe>.

Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüße  
gez. Lena Majnaric

Sehr geehrter Herr Althammer,

gegen das geplante Offenhalten von Verkaufsstellen an den aufgeführten Sonntagen werden bei Beachtung der üblichen Vorgaben von Seiten des Handwerks keine Bedenken erhoben.

Freundliche Grüße  
im Auftrag  
Ute Raape-Berghoff

Beratungsförderung, Vermittlungsdienste  
Geschäftsbereich/Stabsstelle/Stabsbereich  
[Titel: Logo HWK Handwerkskammer Münster]  
HANDWERKSKAMMER MÜNSTER  
Bismarckallee 1  
48151 Münster  
T [0251 5203-238](tel:02515203238)  
[ute.raape-berghoff@hwk-muenster.de](mailto:ute.raape-berghoff@hwk-muenster.de)<mailto:[ute.raape-berghoff@hwk-muenster.de](mailto:ute.raape-berghoff@hwk-muenster.de)>  
[www.hwk-muenster.de](http://www.hwk-muenster.de)<<http://www.hwk-muenster.de/>>

Das Handwerk. Die Wirtschaftsmacht. Von nebenan.  
[www.handwerk.de](http://www.handwerk.de)<<http://www.handwerk.de/>>

Sie finden uns auch in den Sozialen Medien  
Facebook<<https://www.facebook.com/HWK.Muenster>> |  
Twitter<[https://twitter.com/i/flow/login?redirect\\_after\\_login=%2Fhwk\\_muenster](https://twitter.com/i/flow/login?redirect_after_login=%2Fhwk_muenster)> |  
Instagram<[https://www.instagram.com/hwk\\_muenster/](https://www.instagram.com/hwk_muenster/)> |  
Youtube<<https://www.youtube.com/user/HWKMuenster1>> |  
LinkedIn<<https://de.linkedin.com/company/handwerkskammer-muenster>>

**Weitere Stellungnahmen (IHK und Handwerkskammer) sind innerhalb der Frist nicht erfolgt.**



Handelsverband NRW · Uhlenbrockstr. 10 · 45894 Gelsenkirchen

Stadt Bottrop  
Herrn Oberbürgermeister  
Bernd Tischler  
Ernst-Wilczok-Platz 1  
46236 Bottrop

## Verkaufsoffene Sonn- und Feiertage 2024

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Tischler,

für das **Kalenderjahr 2024** beantragen wir, die folgenden aufgeführten Sonn- und Feiertage, zur Freigabe als verkaufsoffene Sonn- und Feiertage gemäß § 6 Abs. 1 des Gesetzes zur Regelung der Ladenöffnungszeiten (LÖG NRW) öffnen zu dürfen:

Für die Bottroper-Innenstadt beantragen wir, die Einzelhandelsgeschäfte am

**28. April** - anlässlich des Pferdemarktes,  
**26. Mai** - anlässlich des Stadtfestes,  
**29. September** - anlässlich des Michaelismarktes

in der Zeit von 13:00 bis 18:00 Uhr öffnen zu dürfen.

Für den Standort Bottrop-Kirchhellen beantragen wir, die Einzelhandelsgeschäfte am

**11. August** - anlässlich des Kirchhellener Dorffestes  
**01. Dezember** - anlässlich des Kirchhellener Wintertreffs

in der Zeit von jeweils 13:00 bis 18:00 Uhr öffnen zu dürfen.

Die den jeweiligen Öffnungswünschen zugrundeliegenden Veranstaltungen, sind traditionsreiche Events, die bereits in der Vergangenheit die Grundlage jeweiligen Sonderöffnungszeiten bildeten. Die Erfah-

Gelsenkirchen, 12.01.2024

Markus Richter  
Geschäftsführer

Handelsverband  
Nordrhein-Westfalen  
Westfalen-West

Geschäftsstelle Gelsenkirchen

Uhlenbrockstr. 10  
45894 Gelsenkirchen

Tel.: 0209/17 75 230  
Fax: 0209/17 75 105

richter@ehv-ge.de  
www.ehv-ge.de

Vorsitzende:  
Michael Weiser  
Jan Gerd Borgmann  
Georg Hahne

Geschäftsführer  
Markus Richter  
Dr. Meyer-Rudel

Vereinsregister AG Gelsenkirchen  
VR 20528

Gerichtsstand  
Gelsenkirchen

rungen der Vergangenheit belegen bei allen Veranstaltungen, das enorme öffentliche Interesse der Bevölkerung.

Durch diese Veranstaltungen wurden und werden jeweils Besucherströme ausgelöst, die den üblichen werktäglichen Kundenverkehr am jeweiligen Einkaufsstandort deutlich übersteigen. Hierzu sind in der Vergangenheit, ausgehend von den Passantenfrequenzzählungen der IHK Nordwestfalen, die normale Kundenfrequenz den jeweiligen Besucherprognosen der Veranstaltungen gegenübergestellt worden. Zu den Inhalten der Veranstaltungen und den angestellten Prognoseberechnungen verweisen wir an dieser Stelle daher auf unsere Antragsschreiben früherer Jahre.

Nach der amtlichen Begründung zur Neuregelung des § 6 Abs. 1 Satz 2 Nummer 1 LÖG NRW wird der Verordnungsgeber aber insbesondere von der Prognoseentscheidung zur den Besucherzahlen befreit.

Das Oberverwaltungsgericht Münster hat in seiner Entscheidung vom 17. Juli 2019, Aktenzeichen 4 D 36/19 NE, in einem Normenkontrollverfahren noch einmal bestätigt, dass auf eine Prognoseberechnung verzichtet werden kann und ein öffentliches Interesse für einen verkaufsoffenen Sonntag insbesondere dann vorliegt, wenn die Öffnung im Zusammenhang mit örtlichen Festen, Märkten, Messen und ähnlichen Veranstaltungen erfolgt. Diese Vermutungsregel ist einschlägig, wenn sich die Ladenöffnungsmöglichkeit auf das Umfeld der Veranstaltung bezieht und zeitgleich mit ihr stattfindet. Unter diesem Gesichtspunkt **beantragen wir, die vorgenannten verkaufsoffenen Sonntage, für die gleichen engen räumlichen Abgrenzungen die auch im Kalenderjahr 2023 galten.** Insofern liegt ein öffentliches Interesse für die beantragten verkaufsoffenen Sonntage vor, sodass die Verkaufsstellen in der Zeit von 13:00 bis 18:00 Uhr geöffnet sein dürfen.

Wir hoffen, auf eine antragsgemäße Entscheidung.

Ferner besteht die Möglichkeit einer weiteren Antragstellung für einen verkaufsoffenen Sonntag in der Bottroper-Innenstadt für Dezember 2024 im Rahmen eines Weihnachtsmarktes, Dies kann zum jetzigen Zeitpunkt aber noch nicht valide erfolgen.

Mit freundlichen Grüßen

Handelsverband NRW  
Westfalen-West e.V.

  
Markus Richter  
Geschäftsführer

Datum

23.02.2024

Drucksache Nr.

**2024/0106**

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Zuständigkeit
Bezirksvertretung Bottrop-Kirchhellen	12.03.2024	Kenntnisnahme
Bezirksvertretung Bottrop-Mitte	11.04.2024	Vorberatung
Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss	23.04.2024	Vorberatung
Rat der Stadt	30.04.2024	Entscheidung
Bezirksvertretung Bottrop-Süd	16.05.2024	Kenntnisnahme

## Betreff

**Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Ortsteil Bottrop-Stadtmitte im Zusammenhang mit der Veranstaltung „Stadtfest“ am Sonntag, den 26.Mai 2024**

## Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt beschließt die in der Anlage beigefügte Rechtsverordnung.

## Finanzielle Auswirkungen

Finanzielle Auswirkungen: keine

Haushalt im Jahr:

Produkt und Sachkonto:

Art der Ausgabe:

Bedarf:

Haushaltsansatz:

zusätzliche Einnahmen:

einmalige Belastung:

jährliche Folgekosten:

Erläuterungen zu den finanziellen Auswirkungen:

## **Problembeschreibung / Begründung**

Rechtsgrundlage für die Genehmigung von verkaufsoffenen Sonntagen ist das Ladenöffnungsgesetz NRW (LÖG NRW). Durch das Gesetz zum Abbau unnötiger und belastender Vorschriften im Land Nordrhein-Westfalen – Entfesselungspaket I - hat der Gesetzgeber Änderungen im Ladenöffnungsgesetz NRW (LÖG NRW) vorgenommen. Diese Änderungen sind am 30.03.2018 in Kraft treten und sind gemäß §13 Abs.3 LÖG NRW danach zu beachten.

Durch die Neuregelung wollte der Gesetzgeber Rechtsunsicherheiten beseitigen und für die Gemeinden eine rechtssichere Lösung schaffen, eine ausnahmsweise Ladenöffnung an Sonn- und Feiertagen zu genehmigen, sowie zugleich das LÖG NRW insgesamt vereinfachen.

Dazu wurde §6 Abs. 1 LÖG NRW neu gefasst:

*(1) An jährlich höchstens acht, nicht unmittelbar aufeinanderfolgenden Sonn- und Feiertagen dürfen Verkaufsstellen im öffentlichen Interesse ab 13.00 Uhr bis zur Dauer von fünf Stunden geöffnet sein.*

*Ein öffentliches Interesse liegt insbesondere vor, wenn die Öffnung*

- 1. im Zusammenhang mit örtlichen Festen, Märkten, Messen oder ähnlichen Veranstaltungen erfolgt,*
- 2. dem Erhalt, der Stärkung oder der Entwicklung eines vielfältigen stationären Einzelhandelsangebot dient,*
- 3. dem Erhalt, der Stärkung oder der Entwicklung zentraler Versorgungsbereiche dient,*
- 4. der Belebung der Innenstädte, Ortskerne, Stadt- und Ortsteilzentren dient oder*
- 5. die überörtliche Sichtbarkeit der jeweiligen Kommune als attraktiver und lebenswerter Standort insbesondere für den Tourismus und die Freizeitgestaltung, als Wohn- und Gewerbestandort sowie Standort von kulturellen und sportlichen Einrichtungen steigert.*

*Das Vorliegen eines Zusammenhangs im Sinne des Satzes 2 Nummer 1 wird vermutet, wenn die Ladenöffnung in räumlicher Nähe zur örtlichen Veranstaltung sowie am selben Tag erfolgt. Bei Werbemaßnahmen des Veranstalters müssen die jeweiligen Veranstaltungen gemäß Satz 2 Nr. 1 für die Öffnung der Verkaufsstellen im Vordergrund stehen.*

Die zuständige örtliche Ordnungsbehörde wird gemäß §6 Abs. 4 LÖG NRW ermächtigt, diese Tage durch Rechtsverordnungen freizugeben, wobei sich die Freigabe auch auf bestimmte Bezirke, Ortsteile und Handelszweige beschränken kann. Innerhalb einer Gemeinde dürfen insgesamt nicht mehr als 16 (vorher: 11) Sonn- und Feiertage je Kalenderjahr freigegeben werden. Zudem macht das Gesetz – wie bisher - weitere Einschränkungen bezüglich bestimmter Feiertage (z.B. Ostersonntag, Pfingstsonntag), bei denen eine Genehmigung ausgeschlossen wird.

Im Stadtgebiet Bottrop werden vermutlich für das Jahr 2024 insgesamt 5 verkaufsoffene Sonntage freigegeben (Bottrop-Stadtmitte = 3, Bottrop-Kirchhellen = 2).

### **Für den Bereich Bottrop-Stadtmitte:**

am Sonntag, den 28.04.2024, (im Zusammenhang mit der Veranstaltung „Pferdemarkt“)

am Sonntag, den 26.05.2024, (im Zusammenhang mit der Veranstaltung „Stadtfest“)

am Sonntag, den 29.09.2024, (im Zusammenhang mit der Veranstaltung „Michaelismarkt“)

### **Für den Bereich Bottrop-Kirchhellen:**

am Sonntag, den 11.08.2024, (im Zusammenhang mit der Veranstaltung „Kirchhellener Dorffest“)

am Sonntag, den 01.12.2024, (im Zusammenhang mit der Veranstaltung „Kirchhellener Wintertreff“)

### **Allgemeine rechtliche Bewertung nach der Änderung des LÖG NRW:**

Die Entscheidung über eine Genehmigung ist anhand der geänderten Vorschriften des LÖG NRW zu treffen.

Hierbei ist zu berücksichtigen, dass der Landesgesetzgeber den bisher geforderten Anlassbezug für die Genehmigung von verkaufsoffenen Sonntagen gestrichen hat. Das Gesetz sieht nunmehr vor, dass für genehmigte Ladenöffnungen ein öffentliches Interesse vorliegen muss. Für die Beantwortung der Frage, wann ein solches öffentliches Interesse als gegeben angesehen werden kann, hat der Landesgesetzgeber im Rahmen einer Vermutungsregel in § 6 Abs. 1 Satz 2 LÖG NRW verschiedene Sachgründe (siehe vorher Ziffern 1-5) beschrieben, die jeder für sich die Genehmigung eines verkaufsoffenen Sonntages rechtfertigen würden.

Damit sollen typische Konstellationen abgedeckt werden. Die Aufzählung ist nicht abschließend. Durch eine Kumulation der Sachgründe kann im Einzelfall zudem das Gewicht des öffentlichen Interesses verstärkt werden.

Wenngleich der Gesetzgeber den bisher geforderten Anlassbezug abgeschafft hat, ist die Gemeinde im Rahmen einer Güterabwägung (Sonn- und Feiertagsschutz/ Ladenöffnung) weiterhin in einer Prüfungspflicht.

Aufgabe der Gemeinde bleibt es, zu prüfen, ob einer oder auch mehrere der gesetzlichen Sachgründe eine Ladenöffnung an Sonn- und Feiertagen rechtfertigen. Dabei kommt es darauf an, ob bei der Entscheidung über eine Ausnahme vom Sonn- und Feiertagsschutz diese Sachgründe im Vordergrund stehen oder ob ausschließlich oder überwiegend das Konsum- und Erwerbsinteresse der Kunden und/ oder das reine Umsatzinteresse der Ladeninhaber gefördert werden soll.

Zudem ist zu prüfen, ob die sonstigen gesetzlichen Voraussetzungen (z.B. Beachtung der gesetzlich vorgegebenen Höchstanzahl) vorliegen.

### **Einzelfallbewertung der Veranstaltung „Stadtfest“**

Vorliegend ist festzustellen, dass sich die beantragte Genehmigung auf den Sachgrund in § 6 Abs. 1 Satz 2 Nummer 1 LÖG NRW bezieht. Die Ladenöffnung soll im Zusammenhang mit dem „Stadtfest“ als örtliches Fest stattfinden. Das „Stadtfest“ befindet sich derzeit noch im Erlaubnisverfahren.

Um eine Ausnahme des Sonn- und Feiertagsschutzes nach den neuen gesetzlichen Vorschriften („im öffentlichen Interesse“) zu rechtfertigen, muss die öffentliche Wirkung der Veranstaltung

gegenüber der typisch werktäglichen Geschäftigkeit der Ladenöffnung im Vordergrund stehen. Die Ladenöffnung darf nur als Annex der Veranstaltung erscheinen.

Dies wird in der Regel nur dann der Fall sein, wenn die Ladenöffnung auf das Umfeld der Veranstaltung begrenzt ist. Das Gesetz verlangt ausdrücklich, dass die Ladenöffnung in räumlicher Nähe zur örtlichen Veranstaltung sowie am selben Tag erfolgen muss (§ 6 Abs. 1 Satz 3 LÖG NRW).

Aus diesem Grund ist eine Gesamtbetrachtung des „Stadtfestes“ anzustellen (Charakter, Zuschnitt, Größe).

Im Wesentlichen beinhaltet das „Stadtfest“ ein kulturelles Programm auf verschiedenen Plätzen in der Innenstadt.

Das Stadtfest nimmt am Sonntag den gesamten Innenstadtbereich in Anspruch und findet sowohl im großen, fußläufigen Bereich der Straßen, als auch auf Veranstaltungsplätzen (Kirchplatz, Altmarkt) statt.

Im Laufe der Jahrzehnte hat sich das „Stadtfest“ zu einem lohnenden Ziel auch vieler auswärtiger Besucher entwickelt. Die prognostizierte Besucherzahl von über 20.000 Erwachsenen und Kindern allein am Sonntag ist, angesichts der großen Beliebtheit nicht nur in der Bottroper Bevölkerung, nachvollziehbar. Die voraussichtliche Besucherzahl übersteigt damit deutlich das übliche Besucheraufkommen bei werktäglicher (normaler) Ladenöffnung (Erfahrungswerte). Mit dieser Besucheranzahl wird auch für das „Stadtfest“ gerechnet.

Für die Besucher wird an diesem Sonntag somit eine Veranstaltungsfläche geschaffen, die den gesamten fußläufigen Innenstadtbereich abdeckt und die, wenn man alles sehen will, Ansprüche an die körperliche Fitness der Besucher stellt.

Parkflächen und Parkhäuser sind in Stoßzeiten sehr gut besucht, daher empfiehlt es sich, mit öffentlichen Verkehrsmitteln anzureisen. Auch hieran ist zu erkennen, dass der Besucherstrom gegenüber dem alltäglichen Besucheraufkommen in der Innenstadt deutlich höher ist.

Aus Sicht des Fachbereichs Recht und Ordnung prägt die Veranstaltung „Stadtfest“ das Stadtbild und den öffentlichen Charakter des Tages. Der ganz überwiegende Teil der Besucher sucht die Innenstadt auf, um an dem umfangreichen Programm des Festes teilzuhaben und nicht um die Ladengeschäfte aufzusuchen und dort Einkäufe zu erledigen. Der verkaufsoffene Sonntag stellt in jeder Hinsicht (Werbung, Durchführung, Fläche und Angebot) lediglich einen „Annex“ zum „Stadtfest“ dar.

Die festgesetzten Marktzeiten liegen am Sonntag von 13.00 Uhr – 20.00 Uhr während die festgesetzten Ladenöffnungszeiten sich von 13.00 Uhr – 18.00 Uhr über einen Zeitraum von 5 Stunden erstrecken.

Die öffentliche Wirkung der Veranstaltung steht gegenüber der Ladenöffnung eindeutig im Vordergrund, was auch durch die flächenmäßige Begrenzung der Ladenöffnung (siehe Lageplan) auf nur einen sehr begrenzten Teil der Innenstadt unterstrichen wird. Dem gesetzlichen Erfordernis nach einer „räumlichen Nähe“ der Ladenöffnung zum Veranstaltungsbereich wird damit entsprochen.

Es liegt somit ein öffentliches Interesse für die Genehmigung der sonntäglichen Ladenöffnung im Zusammenhang mit der Veranstaltung „Stadtfest“ vor. Eine Güterabwägung zwischen dem Sonn- und Feiertagsschutz und der gesetzlich geschaffenen Ausnahmemöglichkeit fällt zugunsten der Freigabe der Ladenöffnung aus.

Die Freigabe der Ladenöffnung ab 13.00 Uhr für maximal 5 Stunden erfolgt innerhalb der gesetzlichen Vorgaben. Die Höchstzahl der verkaufsoffenen Sonntage wird nicht überschritten. Auch andere gesetzliche Hinderungsgründe liegen nicht vor.

Insofern sind die Voraussetzungen für eine Genehmigung der Ladenöffnung nach dem LÖG NRW gegeben.

Tischler

Anlage(n):

1. Stadtfest Verordnungstext
2. Stadtmitte-Lageplan
3. IHK Nord Westfalen vom 23.01.2024
4. Stellungnahme Handwerkskammer
5. Antrag Handelsverband

# **Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Ortsteil Bottrop-Stadtmitte im Zusammenhang mit dem Stadtfest am Sonntag, den 26. Mai 2024**

**vom 30.04.2024**

Aufgrund des § 6 Abs. 1 und 4 des Gesetzes zur Regelung der Ladenöffnungszeiten – LÖG NRW – in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. November 2006 (GV. NRW. S. 516), geändert durch Gesetz vom 22. März 2018 (GV. NRW. S.171), in Kraft getreten am 30. März 2018, in Verbindung mit §§25 ff des Gesetzes über Aufbau und Befugnisse der Ordnungsbehörden - Ordnungsbehördengesetz (OBG) - in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. Mai 1980 (GV. NRW. S. 528), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 23. Juni 2021 (GV. NRW. S. 762), hat der Rat der Stadt für das Gebiet der Stadt Bottrop in seiner Sitzung am 30.04.2024 folgende Verordnung beschlossen:

## **§ 1**

Verkaufsstellen im Teilbereich des Ortsteils Bottrop-Stadtmitte gemäß Lageplan Anlage 1 dürfen im Jahr 2024 nach ordnungsbehördlicher Genehmigung der Veranstaltung „Stadtfest“ an folgendem Sonntag in der Zeit von 13.00 Uhr bis 18.00 Uhr geöffnet sein:

am Sonntag, den 26. Mai 2024 (Veranstaltung: „Stadtfest“)

Der beigefügte Lageplan (Teilbereich Ortsteil Bottrop-Stadtmitte, Anlage 1) ist Bestandteil dieser Verordnung.

## **§ 2**

Die in dem Lageplan (Anlage 1) als Grenzen des Teilbereiches markierten Straßen und Straßenteile sind mit ihren unmittelbar anliegenden Grundstücken auf beiden Seiten der Straße in die Verkaufsöffnung einbezogen.

## **§ 3**

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Bottrop, den 30. April 2024

Stadt Bottrop  
als örtliche Ordnungsbehörde

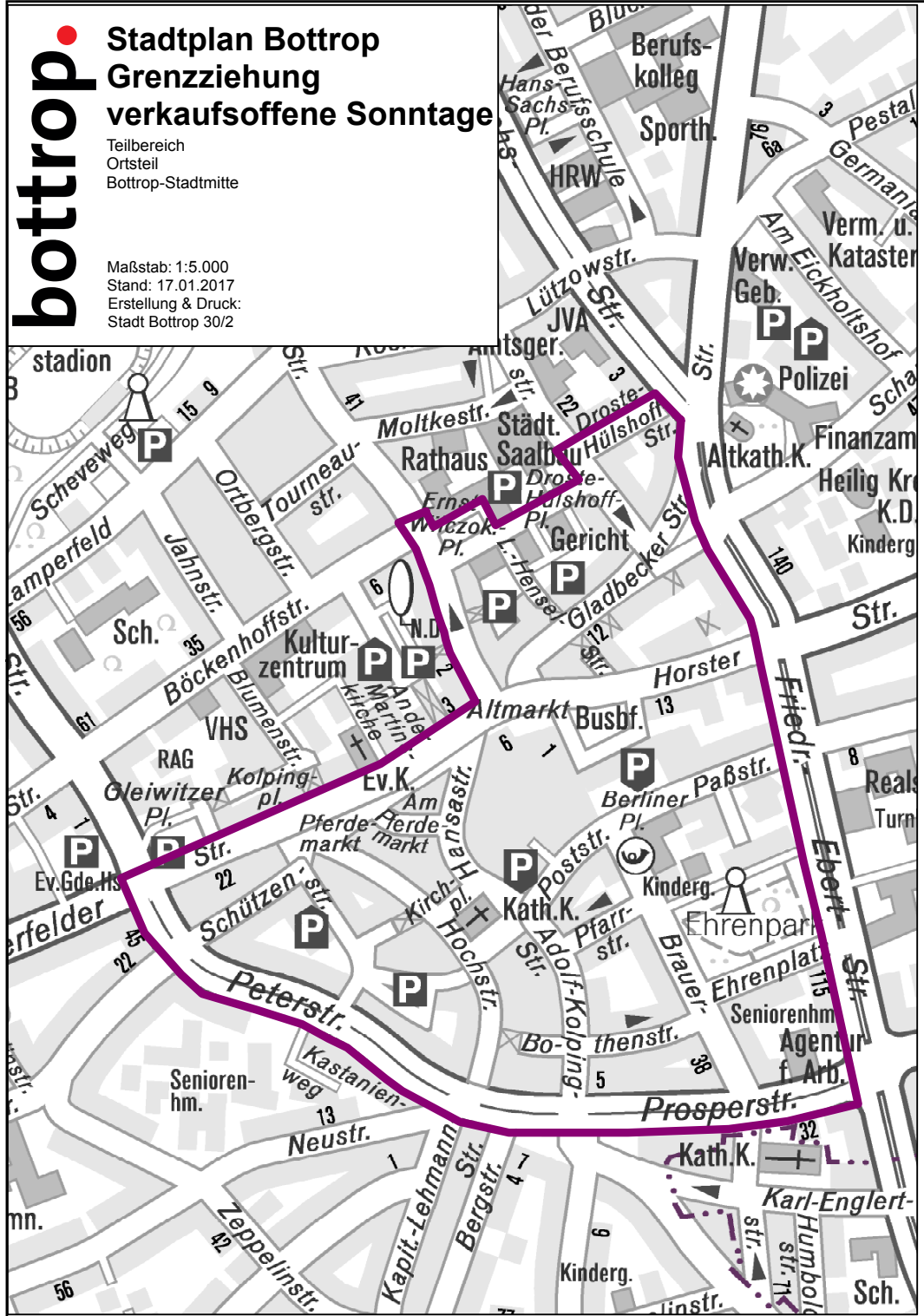
Tischler  
Oberbürgermeister



# **bottrop** ● Stadtplan Bottrop Grenzziehung verkaufsoffene Sonntage

Teilbereich  
Ortsteil  
Bottrop-Stadtmitte

Maßstab: 1:5.000  
Stand: 17.01.2017  
Erstellung & Druck:  
Stadt Bottrop 30/2



IHK Nord Westfalen | 45877 Gelsenkirchen

Stadt Bottrop  
FB Recht und Ordnung  
z. Hd. Herrn Althammer  
Kirchhellener Straße 21  
46236 Bottrop

Industrie- und Handelskammer  
Nord Westfalen

Rathausplatz 7  
45894 Gelsenkirchen  
[www.ihk.de/nordwestfalen](http://www.ihk.de/nordwestfalen)

Ansprechpartnerin:  
Lena Majnaric

Telefon 0209 388-563  
Telefax 0209 388-8563  
[lena.majnaric@ihk-nordwestfalen.de](mailto:lena.majnaric@ihk-nordwestfalen.de)

23. Januar 2024

Erlass einer Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen  
hier: Anhörung gemäß § 6 Abs. 4 LÖG NRW  
Ihr Schreiben vom 15.01.2024

Sehr geehrter Herr Althammer,

vielen Dank für die Möglichkeit der Anhörung vor Erlass einer ordnungsbehördlichen  
Verordnung der Stadt Bottrop über das Offenhalten von Verkaufsstellen.

In der Stadt Bottrop sind folgende Sonntage, jeweils von 13 bis 18 Uhr, zur Freigabe der  
Ladenöffnungszeiten beantragt:

Innenstadt:

- 28.04.2024, Anlass: „Pferdemarkt“
- 26.05.2024, Anlass: „Stadtfest“
- 29.09.2024, Anlass: „Michaelismarkt“

Kirchhellen:

- 11.08.2024, Anlass: „Kirchhellener Dorffest“
- 01.12.2024, Anlass: „Kirchhellener Wintertreff“

Die IHK Nord Westfalen begrüßt eine Ladenöffnung an Sonn- und Feiertagen im Rahmen  
des Gesetzes als wichtiges Instrument zur Profilbildung der Stadt und als Möglichkeit für  
den stationären Einzelhandel, seine Leistungsfähigkeit und seinen Service zu präsentieren.

Aus Sicht der IHK Nord Westfalen bestehen keine Bedenken gegen die Freigabe der  
Ladenöffnung an dem genannten Sonntag, soweit die Anforderungen des Gesetzes zur  
Regelung der Ladenöffnungszeiten in NRW eingehalten werden. Zur Konkretisierung dieser

Anforderungen verweisen wir auf die aktuelle Rechtsprechung sowie auf die Anwendungshilfe für Kommunen und Handel im Umgang mit § 6 LÖG NRW des Wirtschaftsministeriums NRW: <https://www.wirtschaft.nrw/loeg-nrw-anwendungshilfe>.

Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüße  
gez. Lena Majnaric

Sehr geehrter Herr Althammer,

gegen das geplante Offenhalten von Verkaufsstellen an den aufgeführten Sonntagen werden bei Beachtung der üblichen Vorgaben von Seiten des Handwerks keine Bedenken erhoben.

Freundliche Grüße  
im Auftrag  
Ute Raape-Berghoff

Beratungsförderung, Vermittlungsdienste  
Geschäftsbereich/Stabsstelle/Stabsbereich  
[Titel: Logo HWK Handwerkskammer Münster]  
HANDWERKSKAMMER MÜNSTER  
Bismarckallee 1  
48151 Münster  
T [0251 5203-238](tel:02515203238)  
[ute.raape-berghoff@hwk-muenster.de](mailto:ute.raape-berghoff@hwk-muenster.de)<mailto:[ute.raape-berghoff@hwk-muenster.de](mailto:ute.raape-berghoff@hwk-muenster.de)>  
[www.hwk-muenster.de](http://www.hwk-muenster.de)<<http://www.hwk-muenster.de/>>

Das Handwerk. Die Wirtschaftsmacht. Von nebenan.  
[www.handwerk.de](http://www.handwerk.de)<<http://www.handwerk.de/>>

Sie finden uns auch in den Sozialen Medien  
Facebook<<https://www.facebook.com/HWK.Muenster>> |  
Twitter<[https://twitter.com/i/flow/login?redirect\\_after\\_login=%2Fhwk\\_muenster](https://twitter.com/i/flow/login?redirect_after_login=%2Fhwk_muenster)> |  
Instagram<[https://www.instagram.com/hwk\\_muenster/](https://www.instagram.com/hwk_muenster/)> |  
Youtube<<https://www.youtube.com/user/HWKMuenster1>> |  
LinkedIn<<https://de.linkedin.com/company/handwerkskammer-muenster>>

**Weitere Stellungnahmen (IHK und Handwerkskammer) sind innerhalb der Frist nicht erfolgt.**

Handelsverband NRW · Uhlenbrockstr. 10 · 45894 Gelsenkirchen

Stadt Bottrop  
Herrn Oberbürgermeister  
Bernd Tischler  
Ernst-Wilczok-Platz 1  
46236 Bottrop

## Verkaufsoffene Sonn- und Feiertage 2024

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Tischler,

für das **Kalenderjahr 2024** beantragen wir, die folgenden aufgeführten Sonn- und Feiertage, zur Freigabe als verkaufsoffene Sonn- und Feiertage gemäß § 6 Abs. 1 des Gesetzes zur Regelung der Ladenöffnungszeiten (LÖG NRW) öffnen zu dürfen:

Für die Bottroper-Innenstadt beantragen wir, die Einzelhandelsgeschäfte am

**28. April** - anlässlich des Pferdemarktes,  
**26. Mai** - anlässlich des Stadtfestes,  
**29. September** - anlässlich des Michaelismarktes

in der Zeit von 13:00 bis 18:00 Uhr öffnen zu dürfen.

Für den Standort Bottrop-Kirchhellen beantragen wir, die Einzelhandelsgeschäfte am

**11. August** - anlässlich des Kirchhellener Dorffestes  
**01. Dezember** - anlässlich des Kirchhellener Wintertreffs

in der Zeit von jeweils 13:00 bis 18:00 Uhr öffnen zu dürfen.

Die den jeweiligen Öffnungswünschen zugrundeliegenden Veranstaltungen, sind traditionsreiche Events, die bereits in der Vergangenheit die Grundlage jeweiligen Sonderöffnungszeiten bildeten. Die Erfah-

Gelsenkirchen, 12.01.2024

Markus Richter  
Geschäftsführer

Handelsverband  
Nordrhein-Westfalen  
Westfalen-West

Geschäftsstelle Gelsenkirchen

Uhlenbrockstr. 10  
45894 Gelsenkirchen

Tel.: 0209/17 75 230  
Fax: 0209/17 75 105

richter@ehv-ge.de  
www.ehv-ge.de

Vorsitzende:  
Michael Weiser  
Jan Gerd Borgmann  
Georg Hahne

Geschäftsführer  
Markus Richter  
Dr. Meyer-Rudel

Vereinsregister AG Gelsenkirchen  
VR 20528

Gerichtsstand  
Gelsenkirchen

rungen der Vergangenheit belegen bei allen Veranstaltungen, das enorme öffentliche Interesse der Bevölkerung.

Durch diese Veranstaltungen wurden und werden jeweils Besucherströme ausgelöst, die den üblichen werktäglichen Kundenverkehr am jeweiligen Einkaufsstandort deutlich übersteigen. Hierzu sind in der Vergangenheit, ausgehend von den Passantenfrequenzzählungen der IHK Nordwestfalen, die normale Kundenfrequenz den jeweiligen Besucherprognosen der Veranstaltungen gegenübergestellt worden. Zu den Inhalten der Veranstaltungen und den angestellten Prognoseberechnungen verweisen wir an dieser Stelle daher auf unsere Antragsschreiben früherer Jahre.

Nach der amtlichen Begründung zur Neuregelung des § 6 Abs. 1 Satz 2 Nummer 1 LÖG NRW wird der Ordnungsgeber aber insbesondere von der Prognoseentscheidung zur den Besucherzahlen befreit.

Das Oberverwaltungsgericht Münster hat in seiner Entscheidung vom 17. Juli 2019, Aktenzeichen 4 D 36/19 NE, in einem Normenkontrollverfahren noch einmal bestätigt, dass auf eine Prognoseberechnung verzichtet werden kann und ein öffentliches Interesse für einen verkaufsoffenen Sonntag insbesondere dann vorliegt, wenn die Öffnung im Zusammenhang mit örtlichen Festen, Märkten, Messen und ähnlichen Veranstaltungen erfolgt. Diese Vermutungsregel ist einschlägig, wenn sich die Ladenöffnungsmöglichkeit auf das Umfeld der Veranstaltung bezieht und zeitgleich mit ihr stattfindet. Unter diesem Gesichtspunkt **beantragen wir, die vorgenannten verkaufsoffenen Sonntage, für die gleichen engen räumlichen Abgrenzungen die auch im Kalenderjahr 2023 galten.** Insofern liegt ein öffentliches Interesse für die beantragten verkaufsoffenen Sonntage vor, sodass die Verkaufsstellen in der Zeit von 13:00 bis 18:00 Uhr geöffnet sein dürfen.

Wir hoffen, auf eine antragsgemäße Entscheidung.

Ferner besteht die Möglichkeit einer weiteren Antragstellung für einen verkaufsoffenen Sonntag in der Bottroper-Innenstadt für Dezember 2024 im Rahmen eines Weihnachtsmarktes, Dies kann zum jetzigen Zeitpunkt aber noch nicht valide erfolgen.

Mit freundlichen Grüßen

Handelsverband NRW  
Westfalen-West e.V.



Markus Richter  
Geschäftsführer

Datum

23.02.2024

Drucksache Nr.

**2024/0107**

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Zuständigkeit
Bezirksvertretung Bottrop-Kirchhellen	12.03.2024	Kenntnisnahme
Bezirksvertretung Bottrop-Mitte	11.04.2024	Vorberatung
Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss	23.04.2024	Vorberatung
Rat der Stadt	30.04.2024	Entscheidung
Bezirksvertretung Bottrop-Süd	16.05.2024	Kenntnisnahme

## Betreff

**Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Ortsteil Bottrop-Stadtmitte im Zusammenhang mit der Veranstaltung „Michaelismarkt“ am Sonntag, den 29. September 2024**

## Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt beschließt die in der Anlage beigefügte Rechtsverordnung

## Finanzielle Auswirkungen

Finanzielle Auswirkungen: keine

Haushalt im Jahr:

Produkt und Sachkonto:

Art der Ausgabe:

Bedarf:

Haushaltsansatz:

zusätzliche Einnahmen:

einmalige Belastung:

jährliche Folgekosten:

Erläuterungen zu den finanziellen Auswirkungen:

## **Problembeschreibung / Begründung**

Rechtsgrundlage für die Genehmigung von verkaufsoffenen Sonntagen ist das Ladenöffnungsgesetz NRW (LÖG NRW). Durch das Gesetz zum Abbau unnötiger und belastender Vorschriften im Land Nordrhein-Westfalen – Entfesselungspaket I - hat der Gesetzgeber Änderungen im Ladenöffnungsgesetz NRW (LÖG NRW) vorgenommen. Diese Änderungen sind am 30.03.2018 in Kraft treten und sind gemäß §13 Abs.3 LÖG NRW danach zu beachten.

Durch die Neuregelung wollte der Gesetzgeber Rechtsunsicherheiten beseitigen und für die Gemeinden eine rechtssichere Lösung schaffen, eine ausnahmsweise Ladenöffnung an Sonn- und Feiertagen zu genehmigen, sowie zugleich das LÖG NRW insgesamt vereinfachen.

Dazu wurde §6 Abs. 1 LÖG NRW neu gefasst:

*(1) An jährlich höchstens acht, nicht unmittelbar aufeinanderfolgenden Sonn- und Feiertagen dürfen Verkaufsstellen im öffentlichen Interesse ab 13.00 Uhr bis zur Dauer von fünf Stunden geöffnet sein.*

*Ein öffentliches Interesse liegt insbesondere vor, wenn die Öffnung*

- 1. im Zusammenhang mit örtlichen Festen, Märkten, Messen oder ähnlichen Veranstaltungen erfolgt,*
- 2. dem Erhalt, der Stärkung oder der Entwicklung eines vielfältigen stationären Einzelhandelsangebot dient,*
- 3. dem Erhalt, der Stärkung oder der Entwicklung zentraler Versorgungsbereiche dient,*
- 4. der Belebung der Innenstädte, Ortskerne, Stadt- und Ortsteilzentren dient oder*
- 5. die überörtliche Sichtbarkeit der jeweiligen Kommune als attraktiver und lebenswerter Standort insbesondere für den Tourismus und die Freizeitgestaltung, als Wohn- und Gewerbestandort sowie Standort von kulturellen und sportlichen Einrichtungen steigert.*

*Das Vorliegen eines Zusammenhangs im Sinne des Satzes 2 Nummer 1 wird vermutet, wenn die Ladenöffnung in räumlicher Nähe zur örtlichen Veranstaltung sowie am selben Tag erfolgt. Bei Werbemaßnahmen des Veranstalters müssen die jeweiligen Veranstaltungen gemäß Satz 2 Nr. 1 für die Öffnung der Verkaufsstellen im Vordergrund stehen.*

Die zuständige örtliche Ordnungsbehörde wird gemäß §6 Abs. 4 LÖG NRW ermächtigt, diese Tage durch Rechtsverordnungen freizugeben, wobei sich die Freigabe auch auf bestimmte Bezirke, Ortsteile und Handelszweige beschränken kann. Innerhalb einer Gemeinde dürfen insgesamt nicht mehr als 16 (vorher: 11) Sonn- und Feiertage je Kalenderjahr freigegeben werden. Zudem macht das Gesetz – wie bisher - weitere Einschränkungen bezüglich bestimmter Feiertage (z.B. Ostersonntag, Pfingstsonntag), bei denen eine Genehmigung ausgeschlossen wird.

Im Stadtgebiet Bottrop werden vermutlich für das Jahr 2024 insgesamt 5 verkaufsoffene Sonntage freigegeben (Bottrop-Stadtmitte = 3, Bottrop-Kirchhellen = 2).

### **Für den Bereich Bottrop-Stadtmitte:**

am Sonntag, den 28.04.2024, (im Zusammenhang mit der Veranstaltung „Pferdemarkt“)



am Sonntag, den 26.05.2024, (im Zusammenhang mit der Veranstaltung „Stadtfest“)

am Sonntag, den 29.09.2024, (im Zusammenhang mit der Veranstaltung „Michaelismarkt“)

### **Für den Bereich Bottrop-Kirchhellen:**

am Sonntag, den 11.08.2024, (im Zusammenhang mit der Veranstaltung „Kirchhellener Dorffest“)

am Sonntag, den 01.12.2024, (im Zusammenhang mit der Veranstaltung „Kirchhellener Wintertreff“)

### **Allgemeine rechtliche Bewertung nach der Änderung des LÖG NRW:**

Die Entscheidung über eine Genehmigung ist anhand der geänderten Vorschriften des LÖG NRW zu treffen.

Hierbei ist zu berücksichtigen, dass der Landesgesetzgeber den bisher geforderten Anlassbezug für die Genehmigung von verkaufsoffenen Sonntagen gestrichen hat. Das Gesetz sieht nunmehr vor, dass für genehmigte Ladenöffnungen ein öffentliches Interesse vorliegen muss. Für die Beantwortung der Frage, wann ein solches öffentliches Interesse als gegeben angesehen werden kann, hat der Landesgesetzgeber im Rahmen einer Vermutungsregel in § 6 Abs. 1 Satz 2 LÖG NRW verschiedene Sachgründe (siehe vorher Ziffern 1-5) beschrieben, die jeder für sich die Genehmigung eines verkaufsoffenen Sonntages rechtfertigen würden.

Damit sollen typische Konstellationen abgedeckt werden. Die Aufzählung ist nicht abschließend. Durch eine Kumulation der Sachgründe kann im Einzelfall zudem das Gewicht des öffentlichen Interesses verstärkt werden.

Wenngleich der Gesetzgeber den bisher geforderten Anlassbezug abgeschafft hat, ist die Gemeinde im Rahmen einer Güterabwägung (Sonn- und Feiertagsschutz/ Ladenöffnung) weiterhin in einer Prüfungspflicht.

Aufgabe der Gemeinde bleibt es, zu prüfen, ob einer oder auch mehrere der gesetzlichen Sachgründe eine Ladenöffnung an Sonn- und Feiertagen rechtfertigen. Dabei kommt es darauf an, ob bei der Entscheidung über eine Ausnahme vom Sonn- und Feiertagsschutz diese Sachgründe im Vordergrund stehen oder ob ausschließlich oder überwiegend das Konsum- und Erwerbsinteresse der Kunden und/ oder das reine Umsatzinteresse der Ladeninhaber gefördert werden soll.

Zudem ist zu prüfen, ob die sonstigen gesetzlichen Voraussetzungen (z.B. Beachtung der gesetzlich vorgegebenen Höchstanzahl) vorliegen.

### **Einzelfallbewertung der Veranstaltung „Michaelismarkt“**

Vorliegend ist festzustellen, dass sich die beantragte Genehmigung auf den Sachgrund in § 6 Abs. 1 Satz 2 Nummer 1 LÖG NRW bezieht. Die Ladenöffnung soll im Zusammenhang mit dem „Michaelismarkt“ als örtliches Fest stattfinden. Der „Michaelismarkt“ befindet sich derzeit noch im Erlaubnisverfahren.

Um eine Ausnahme des Sonn- und Feiertagsschutzes nach den neuen gesetzlichen Vorschriften („im öffentlichen Interesse“) zu rechtfertigen, muss die öffentliche Wirkung der Veranstaltung

gegenüber der typisch werktäglichen Geschäftigkeit der Ladenöffnung im Vordergrund stehen. Die Ladenöffnung darf nur als Annex der Veranstaltung erscheinen.

Dies wird in der Regel nur dann der Fall sein, wenn die Ladenöffnung auf das Umfeld der Veranstaltung begrenzt ist. Das Gesetz verlangt ausdrücklich, dass die Ladenöffnung in räumlicher Nähe zur örtlichen Veranstaltung sowie am selben Tag erfolgen muss (§ 6 Abs. 1 Satz 3 LÖG NRW).

Aus diesem Grund ist eine Gesamtbetrachtung des „Michaelismarktes“ anzustellen (Charakter, Zuschnitt, Größe).

Im Wesentlichen beinhaltet der „Michaelismarkt“ ein kulturelles Programm auf verschiedenen Plätzen in der Innenstadt.

Der Michaelismarkt nimmt am Sonntag den gesamten Innenstadtbereich in Anspruch und findet sowohl im großen, fußläufigen Bereich der Straßen, als auch auf Veranstaltungsplätzen (Kirchplatz, Altmarkt) statt.

Im Laufe der Jahrzehnte hat sich der „Michaelismarkt“ zu einem lohnenden Ziel auch vieler auswärtiger Besucher entwickelt. Die prognostizierte Besucherzahl von über 20.000 Erwachsenen und Kindern allein am Sonntag ist, angesichts der großen Beliebtheit nicht nur in der Bottroper Bevölkerung, nachvollziehbar. Die voraussichtliche Besucherzahl übersteigt damit deutlich das übliche Besucheraufkommen bei werktäglicher (normaler) Ladenöffnung (Erfahrungswerte). Mit dieser Besucheranzahl wird auch für den „Michaelismarkt“ gerechnet.

Für die Besucher wird an diesem Sonntag somit eine Veranstaltungsfläche geschaffen, die den gesamten fußläufigen Innenstadtbereich abdeckt und die, wenn man alles sehen will, Ansprüche an die körperliche Fitness der Besucher stellt.

Parkflächen und Parkhäuser sind in Stoßzeiten sehr gut besucht, daher empfiehlt es sich, mit öffentlichen Verkehrsmitteln anzureisen. Auch hieran ist zu erkennen, dass der Besucherstrom gegenüber dem alltäglichen Besucheraufkommen in der Innenstadt deutlich höher ist.

Aus Sicht des Fachbereichs Recht und Ordnung prägt die Veranstaltung „Michaelismarkt“ das Stadtbild und den öffentlichen Charakter des Tages. Der ganz überwiegende Teil der Besucher sucht die Innenstadt auf, um an dem umfangreichen Programm des Festes teilzuhaben und nicht um die Ladengeschäfte aufzusuchen und dort Einkäufe zu erledigen. Der verkaufsoffene Sonntag stellt in jeder Hinsicht (Werbung, Durchführung, Fläche und Angebot) lediglich einen „Annex“ zum „Michaelismarkt“ dar.

Die festgesetzten Marktzeiten liegen am Sonntag von 13.00 Uhr – 20.00 Uhr während die festgesetzten Ladenöffnungszeiten sich von 13.00 Uhr – 18.00 Uhr über einen Zeitraum von 5 Stunden erstrecken.

Die öffentliche Wirkung der Veranstaltung steht gegenüber der Ladenöffnung eindeutig im Vordergrund, was auch durch die flächenmäßige Begrenzung der Ladenöffnung (siehe Lageplan) auf nur einen sehr begrenzten Teil der Innenstadt unterstrichen wird. Dem gesetzlichen Erfordernis nach einer „räumlichen Nähe“ der Ladenöffnung zum Veranstaltungsbereich wird damit entsprochen.

Es liegt somit ein öffentliches Interesse für die Genehmigung der sonntäglichen Ladenöffnung im Zusammenhang mit der Veranstaltung „Michaelismarkt“ vor. Eine Güterabwägung zwischen dem Sonn- und Feiertagsschutz und der gesetzlich geschaffenen Ausnahmemöglichkeit fällt zugunsten der Freigabe der Ladenöffnung aus.

Die Freigabe der Ladenöffnung ab 13.00 Uhr für maximal 5 Stunden erfolgt innerhalb der gesetzlichen Vorgaben. Die Höchstzahl der verkaufsoffenen Sonntage wird nicht überschritten. Auch andere gesetzliche Hinderungsgründe liegen nicht vor.

Insofern sind die Voraussetzungen für eine Genehmigung der Ladenöffnung nach dem LÖG NRW gegeben.

Tischler

Anlage(n):

1. Michaelismarkt, Verordnungstext
2. Stadtmitte-Lageplan
3. IHK Nord Westfalen vom 23.01.2024
4. Stellungnahme Handwerkskammer
5. Antrag Handelsverband

**Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Ortsteil Bottrop-  
Stadtmitte im Zusammenhang mit dem Michaelismarkt  
am Sonntag, den 29.09.2024**

**vom 30.04.2024**

Aufgrund des § 6 Abs. 1 und 4 des Gesetzes zur Regelung der Ladenöffnungszeiten – LÖG NRW – in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. November 2006 (GV. NRW. S. 516), geändert durch Gesetz vom 22. März 2018 (GV. NRW. S.171), in Kraft getreten am 30. März 2018, in Verbindung mit §§25 ff des Gesetzes über Aufbau und Befugnisse der Ordnungsbehörden - Ordnungsbehördengesetz (OBG) - in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. Mai 1980 (GV. NRW. S. 528), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 23. Juni 2021 (GV. NRW. S. 762), hat der Rat der Stadt für das Gebiet der Stadt Bottrop in seiner Sitzung am 30.04.2024 folgende Verordnung beschlossen:

**§ 1**

Verkaufsstellen im Teilbereich des Ortsteils Bottrop-Stadtmitte gemäß Lageplan Anlage 1 dürfen im Jahr 2024 nach ordnungsbehördlicher Genehmigung der Veranstaltung „Michaelismarkt“ an folgendem Sonntag in der Zeit von 13.00 Uhr bis 18.00 Uhr geöffnet sein:

am Sonntag, den 29. September 2024 (Veranstaltung: „Michaelismarkt“)

Der beigefügte Lageplan (Teilbereich Ortsteil Bottrop-Stadtmitte, Anlage 1) ist Bestandteil dieser Verordnung.

**§ 2**

Die in dem Lageplan (Anlage 1) als Grenzen des Teilbereiches markierten Straßen und Straßenteile sind mit ihren unmittelbar anliegenden Grundstücken auf beiden Seiten der Straße in die Verkaufsöffnung einbezogen.

**§ 3**

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Bottrop, den 30. April 2024

Stadt Bottrop  
als örtliche Ordnungsbehörde

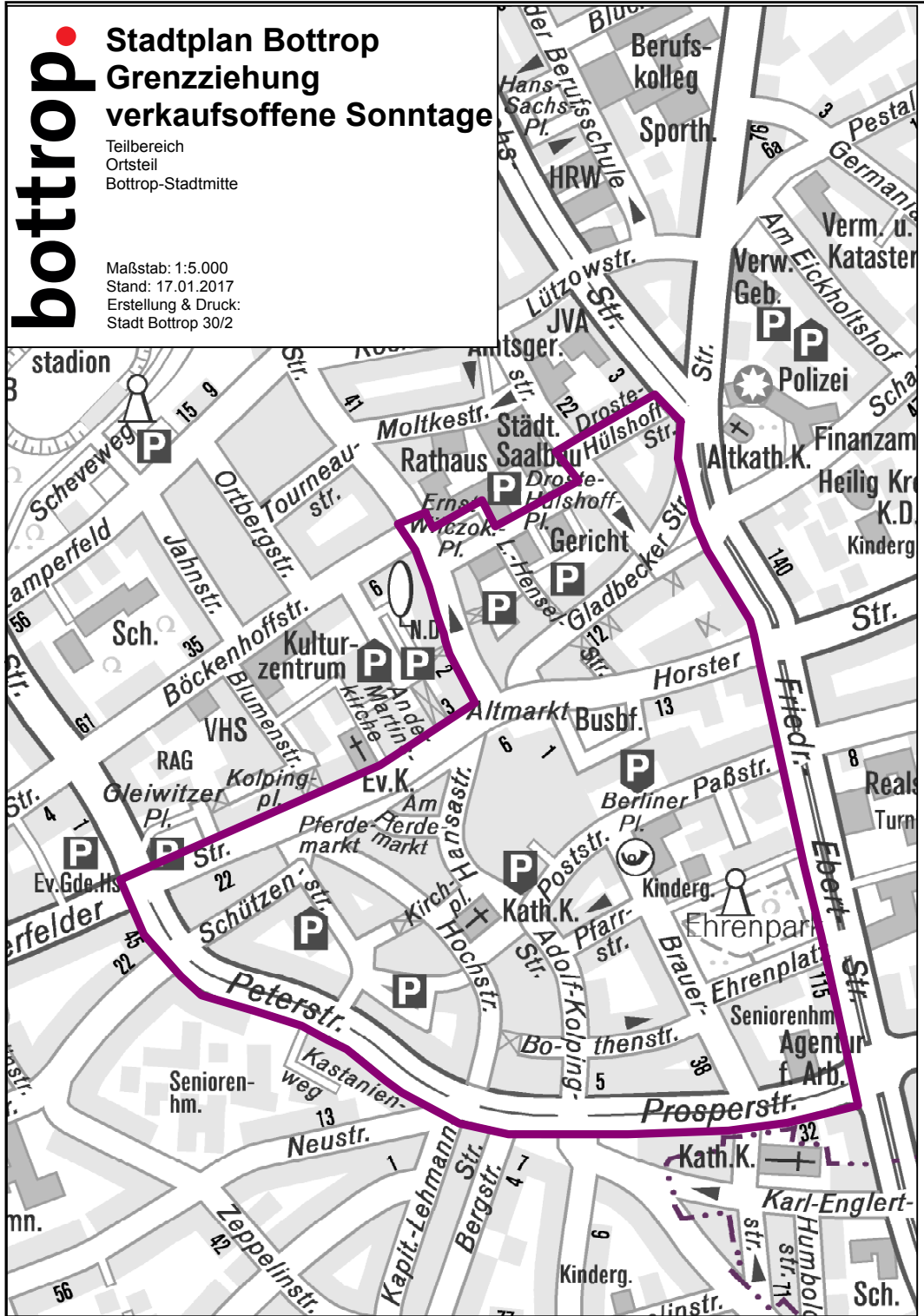
Tischler  
Oberbürgermeister

# bottrop

## Stadtplan Bottrop Grenzziehung verkaufsoffene Sonntage

Teilbereich  
Ortsteil  
Bottrop-Stadtmitte

Maßstab: 1:5.000  
Stand: 17.01.2017  
Erstellung & Druck:  
Stadt Bottrop 30/2



IHK Nord Westfalen | 45877 Gelsenkirchen

Stadt Bottrop  
FB Recht und Ordnung  
z. Hd. Herrn Althammer  
Kirchhellener Straße 21  
46236 Bottrop

Industrie- und Handelskammer  
Nord Westfalen

Rathausplatz 7  
45894 Gelsenkirchen  
[www.ihk.de/nordwestfalen](http://www.ihk.de/nordwestfalen)

Ansprechpartnerin:  
Lena Majnaric

Telefon 0209 388-563  
Telefax 0209 388-8563  
[lena.majnaric@ihk-nordwestfalen.de](mailto:lena.majnaric@ihk-nordwestfalen.de)

23. Januar 2024

Erlass einer Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen  
hier: Anhörung gemäß § 6 Abs. 4 LÖG NRW  
Ihr Schreiben vom 15.01.2024

Sehr geehrter Herr Althammer,

vielen Dank für die Möglichkeit der Anhörung vor Erlass einer ordnungsbehördlichen  
Verordnung der Stadt Bottrop über das Offenhalten von Verkaufsstellen.

In der Stadt Bottrop sind folgende Sonntage, jeweils von 13 bis 18 Uhr, zur Freigabe der  
Ladenöffnungszeiten beantragt:

Innenstadt:

- 28.04.2024, Anlass: „Pferdemarkt“
- 26.05.2024, Anlass: „Stadtfest“
- 29.09.2024, Anlass: „Michaelismarkt“

Kirchhellen:

- 11.08.2024, Anlass: „Kirchhellener Dorffest“
- 01.12.2024, Anlass: „Kirchhellener Wintertreff“

Die IHK Nord Westfalen begrüßt eine Ladenöffnung an Sonn- und Feiertagen im Rahmen  
des Gesetzes als wichtiges Instrument zur Profilbildung der Stadt und als Möglichkeit für  
den stationären Einzelhandel, seine Leistungsfähigkeit und seinen Service zu präsentieren.

Aus Sicht der IHK Nord Westfalen bestehen keine Bedenken gegen die Freigabe der  
Ladenöffnung an dem genannten Sonntag, soweit die Anforderungen des Gesetzes zur  
Regelung der Ladenöffnungszeiten in NRW eingehalten werden. Zur Konkretisierung dieser

Anforderungen verweisen wir auf die aktuelle Rechtsprechung sowie auf die Anwendungshilfe für Kommunen und Handel im Umgang mit § 6 LÖG NRW des Wirtschaftsministeriums NRW: <https://www.wirtschaft.nrw/loeg-nrw-anwendungshilfe>.

Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüße  
gez. Lena Majnaric

Sehr geehrter Herr Althammer,

gegen das geplante Offenhalten von Verkaufsstellen an den aufgeführten Sonntagen werden bei Beachtung der üblichen Vorgaben von Seiten des Handwerks keine Bedenken erhoben.

Freundliche Grüße  
im Auftrag  
Ute Raape-Berghoff

Beratungsförderung, Vermittlungsdienste  
Geschäftsbereich/Stabsstelle/Stabsbereich  
[Titel: Logo HWK Handwerkskammer Münster]  
HANDWERKSKAMMER MÜNSTER  
Bismarckallee 1  
48151 Münster  
T [0251 5203-238](tel:02515203238)  
[ute.raape-berghoff@hwk-muenster.de](mailto:ute.raape-berghoff@hwk-muenster.de)<mailto:[ute.raape-berghoff@hwk-muenster.de](mailto:ute.raape-berghoff@hwk-muenster.de)>  
[www.hwk-muenster.de](http://www.hwk-muenster.de)<[http://www.hwk-muenster.de/](http://www.hwk-muenster.de)>

Das Handwerk. Die Wirtschaftsmacht. Von nebenan.  
[www.handwerk.de](http://www.handwerk.de)<[http://www.handwerk.de/](http://www.handwerk.de)>

Sie finden uns auch in den Sozialen Medien  
Facebook<<https://www.facebook.com/HWK.Muenster>> |  
Twitter<[https://twitter.com/i/flow/login?redirect\\_after\\_login=%2Fhwk\\_muenster](https://twitter.com/i/flow/login?redirect_after_login=%2Fhwk_muenster)> |  
Instagram<[https://www.instagram.com/hwk\\_muenster/](https://www.instagram.com/hwk_muenster/)> |  
Youtube<<https://www.youtube.com/user/HWKMuenster1>> |  
LinkedIn<<https://de.linkedin.com/company/handwerkskammer-muenster>>

**Weitere Stellungnahmen (IHK und Handwerkskammer) sind innerhalb der Frist nicht erfolgt.**



Handelsverband NRW · Uhlenbrockstr. 10 · 45894 Gelsenkirchen

Stadt Bottrop  
Herrn Oberbürgermeister  
Bernd Tischler  
Ernst-Wilczok-Platz 1  
46236 Bottrop

## Verkaufsoffene Sonn- und Feiertage 2024

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Tischler,

für das **Kalenderjahr 2024** beantragen wir, die folgenden aufgeführten Sonn- und Feiertage, zur Freigabe als verkaufsoffene Sonn- und Feiertage gemäß § 6 Abs. 1 des Gesetzes zur Regelung der Ladenöffnungszeiten (LÖG NRW) öffnen zu dürfen:

Für die Bottroper-Innenstadt beantragen wir, die Einzelhandelsgeschäfte am

**28. April** - anlässlich des Pferdemarktes,  
**26. Mai** - anlässlich des Stadtfestes,  
**29. September** - anlässlich des Michaelismarktes

in der Zeit von 13:00 bis 18:00 Uhr öffnen zu dürfen.

Für den Standort Bottrop-Kirchhellen beantragen wir, die Einzelhandelsgeschäfte am

**11. August** - anlässlich des Kirchhellener Dorffestes  
**01. Dezember** - anlässlich des Kirchhellener Wintertreffs

in der Zeit von jeweils 13:00 bis 18:00 Uhr öffnen zu dürfen.

Die den jeweiligen Öffnungswünschen zugrundeliegenden Veranstaltungen, sind traditionsreiche Events, die bereits in der Vergangenheit die Grundlage jeweiligen Sonderöffnungszeiten bildeten. Die Erfah-

Gelsenkirchen, 12.01.2024

Markus Richter  
Geschäftsführer

Handelsverband  
Nordrhein-Westfalen  
Westfalen-West

Geschäftsstelle Gelsenkirchen

Uhlenbrockstr. 10  
45894 Gelsenkirchen

Tel.: 0209/17 75 230  
Fax: 0209/17 75 105

richter@ehv-ge.de  
www.ehv-ge.de

Vorsitzende:  
Michael Weiser  
Jan Gerd Borgmann  
Georg Hahne

Geschäftsführer  
Markus Richter  
Dr. Meyer-Rudel

Vereinsregister AG Gelsenkirchen  
VR 20528

Gerichtsstand  
Gelsenkirchen

rungen der Vergangenheit belegen bei allen Veranstaltungen, das enorme öffentliche Interesse der Bevölkerung.

Durch diese Veranstaltungen wurden und werden jeweils Besucherströme ausgelöst, die den üblichen werktäglichen Kundenverkehr am jeweiligen Einkaufsstandort deutlich übersteigen. Hierzu sind in der Vergangenheit, ausgehend von den Passantenfrequenzzählungen der IHK Nordwestfalen, die normale Kundenfrequenz den jeweiligen Besucherprognosen der Veranstaltungen gegenübergestellt worden. Zu den Inhalten der Veranstaltungen und den angestellten Prognoseberechnungen verweisen wir an dieser Stelle daher auf unsere Antragsschreiben früherer Jahre.

Nach der amtlichen Begründung zur Neuregelung des § 6 Abs. 1 Satz 2 Nummer 1 LÖG NRW wird der Verordnungsgeber aber insbesondere von der Prognoseentscheidung zur den Besucherzahlen befreit.

Das Oberverwaltungsgericht Münster hat in seiner Entscheidung vom 17. Juli 2019, Aktenzeichen 4 D 36/19 NE, in einem Normenkontrollverfahren noch einmal bestätigt, dass auf eine Prognoseberechnung verzichtet werden kann und ein öffentliches Interesse für einen verkaufsoffenen Sonntag insbesondere dann vorliegt, wenn die Öffnung im Zusammenhang mit örtlichen Festen, Märkten, Messen und ähnlichen Veranstaltungen erfolgt. Diese Vermutungsregel ist einschlägig, wenn sich die Ladenöffnungsmöglichkeit auf das Umfeld der Veranstaltung bezieht und zeitgleich mit ihr stattfindet. Unter diesem Gesichtspunkt **beantragen wir, die vorgenannten verkaufsoffenen Sonntage, für die gleichen engen räumlichen Abgrenzungen die auch im Kalenderjahr 2023 galten.** Insofern liegt ein öffentliches Interesse für die beantragten verkaufsoffenen Sonntage vor, sodass die Verkaufsstellen in der Zeit von 13:00 bis 18:00 Uhr geöffnet sein dürfen.

Wir hoffen, auf eine antragsgemäße Entscheidung.

Ferner besteht die Möglichkeit einer weiteren Antragstellung für einen verkaufsoffenen Sonntag in der Bottroper-Innenstadt für Dezember 2024 im Rahmen eines Weihnachtsmarktes, Dies kann zum jetzigen Zeitpunkt aber noch nicht valide erfolgen.

Mit freundlichen Grüßen

Handelsverband NRW  
Westfalen-West e.V.



Markus Richter  
Geschäftsführer

Datum

23.02.2024

Drucksache Nr.

**2024/0108**

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Zuständigkeit
Bezirksvertretung Bottrop-Kirchhellen	12.03.2024	Vorberatung
Bezirksvertretung Bottrop-Mitte	11.04.2024	Kenntnisnahme
Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss	23.04.2024	Vorberatung
Rat der Stadt	30.04.2024	Entscheidung
Bezirksvertretung Bottrop-Süd	16.05.2024	Kenntnisnahme

## Betreff

**Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Ortsteil Bottrop-Stadtmitte im Zusammenhang mit der Veranstaltung „Kirchhellener Dorffest“ am Sonntag, den 11. August 2024**

## Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt beschließt die in der Anlage beigefügte Rechtsverordnung

## Finanzielle Auswirkungen

Finanzielle Auswirkungen: keine

Haushalt im Jahr:

Produkt und Sachkonto:

Art der Ausgabe:

Bedarf:

Haushaltsansatz:

zusätzliche Einnahmen:

einmalige Belastung:

jährliche Folgekosten:

Erläuterungen zu den finanziellen Auswirkungen:

## **Problembeschreibung / Begründung**

Rechtsgrundlage für die Genehmigung von verkaufsoffenen Sonntagen ist das Ladenöffnungsgesetz NRW (LÖG NRW). Durch das Gesetz zum Abbau unnötiger und belastender Vorschriften im Land Nordrhein-Westfalen – Entfesselungspaket I - hat der Gesetzgeber Änderungen im Ladenöffnungsgesetz NRW (LÖG NRW) vorgenommen. Diese Änderungen sind am 30.03.2018 in Kraft treten und sind gemäß §13 Abs.3 LÖG NRW danach zu beachten.

Durch die Neuregelung wollte der Gesetzgeber Rechtsunsicherheiten beseitigen und für die Gemeinden eine rechtssichere Lösung schaffen, eine ausnahmsweise Ladenöffnung an Sonn- und Feiertagen zu genehmigen, sowie zugleich das LÖG NRW insgesamt vereinfachen.

Dazu wurde §6 Abs. 1 LÖG NRW neu gefasst:

*(1) An jährlich höchstens acht, nicht unmittelbar aufeinanderfolgenden Sonn- und Feiertagen dürfen Verkaufsstellen im öffentlichen Interesse ab 13.00 Uhr bis zur Dauer von fünf Stunden geöffnet sein.*

*Ein öffentliches Interesse liegt insbesondere vor, wenn die Öffnung*

- 1. im Zusammenhang mit örtlichen Festen, Märkten, Messen oder ähnlichen Veranstaltungen erfolgt,*
- 2. dem Erhalt, der Stärkung oder der Entwicklung eines vielfältigen stationären Einzelhandelsangebot dient,*
- 3. dem Erhalt, der Stärkung oder der Entwicklung zentraler Versorgungsbereiche dient,*
- 4. der Belebung der Innenstädte, Ortskerne, Stadt- und Ortsteilzentren dient oder*
- 5. die überörtliche Sichtbarkeit der jeweiligen Kommune als attraktiver und lebenswerter Standort insbesondere für den Tourismus und die Freizeitgestaltung, als Wohn- und Gewerbestandort sowie Standort von kulturellen und sportlichen Einrichtungen steigert.*

*Das Vorliegen eines Zusammenhangs im Sinne des Satzes 2 Nummer 1 wird vermutet, wenn die Ladenöffnung in räumlicher Nähe zur örtlichen Veranstaltung sowie am selben Tag erfolgt. Bei Werbemaßnahmen des Veranstalters müssen die jeweiligen Veranstaltungen gemäß Satz 2 Nr. 1 für die Öffnung der Verkaufsstellen im Vordergrund stehen.*

Die zuständige örtliche Ordnungsbehörde wird gemäß §6 Abs. 4 LÖG NRW ermächtigt, diese Tage durch Rechtsverordnungen freizugeben, wobei sich die Freigabe auch auf bestimmte Bezirke, Ortsteile und Handelszweige beschränken kann. Innerhalb einer Gemeinde dürfen insgesamt nicht mehr als 16 (vorher: 11) Sonn- und Feiertage je Kalenderjahr freigegeben werden. Zudem macht das Gesetz – wie bisher - weitere Einschränkungen bezüglich bestimmter Feiertage (z.B. Ostersonntag, Pfingstsonntag), bei denen eine Genehmigung ausgeschlossen wird.

Im Stadtgebiet Bottrop werden vermutlich für das Jahr 2024 insgesamt 5 verkaufsoffene Sonntage freigegeben (Bottrop-Stadtmitte = 3, Bottrop-Kirchhellen = 2).

### **Für den Bereich Bottrop-Stadtmitte:**

am Sonntag, den 28.04.2024, (im Zusammenhang mit der Veranstaltung „Pferdemarkt“)

am Sonntag, den 26.05.2024, (im Zusammenhang mit der Veranstaltung „Stadtfest“)

am Sonntag, den 29.09.2024, (im Zusammenhang mit der Veranstaltung „Michaelismarkt“)

### **Für den Bereich Bottrop-Kirchhellen:**

am Sonntag, den 11.08.2024, (im Zusammenhang mit der Veranstaltung „Kirchhellener Dorffest“)

am Sonntag, den 01.12.2024, (im Zusammenhang mit der Veranstaltung „Kirchhellener Wintertreff“)

### **Allgemeine rechtliche Bewertung nach der Änderung des LÖG NRW:**

Die Entscheidung über eine Genehmigung ist anhand der geänderten Vorschriften des LÖG NRW zu treffen.

Hierbei ist zu berücksichtigen, dass der Landesgesetzgeber den bisher geforderten Anlassbezug für die Genehmigung von verkaufsoffenen Sonntagen gestrichen hat. Das Gesetz sieht nunmehr vor, dass für genehmigte Ladenöffnungen ein öffentliches Interesse vorliegen muss. Für die Beantwortung der Frage, wann ein solches öffentliches Interesse als gegeben angesehen werden kann, hat der Landesgesetzgeber im Rahmen einer Vermutungsregel in § 6 Abs. 1 Satz 2 LÖG NRW verschiedene Sachgründe (siehe vorher Ziffern 1-5) beschrieben, die jeder für sich die Genehmigung eines verkaufsoffenen Sonntages rechtfertigen würden.

Damit sollen typische Konstellationen abgedeckt werden. Die Aufzählung ist nicht abschließend. Durch eine Kumulation der Sachgründe kann im Einzelfall zudem das Gewicht des öffentlichen Interesses verstärkt werden.

Wenngleich der Gesetzgeber den bisher geforderten Anlassbezug abgeschafft hat, ist die Gemeinde im Rahmen einer Güterabwägung (Sonn- und Feiertagsschutz/ Ladenöffnung) weiterhin in einer Prüfungspflicht.

Aufgabe der Gemeinde bleibt es, zu prüfen, ob einer oder auch mehrere der gesetzlichen Sachgründe eine Ladenöffnung an Sonn- und Feiertagen rechtfertigen. Dabei kommt es darauf an, ob bei der Entscheidung über eine Ausnahme vom Sonn- und Feiertagsschutz diese Sachgründe im Vordergrund stehen oder ob ausschließlich oder überwiegend das Konsum- und Erwerbsinteresse der Kunden und/ oder das reine Umsatzinteresse der Ladeninhaber gefördert werden soll.

Zudem ist zu prüfen, ob die sonstigen gesetzlichen Voraussetzungen (z.B. Beachtung der gesetzlich vorgegebenen Höchstanzahl) vorliegen.

### **Einzelfallbewertung der Veranstaltung „Kirchhellener Dorffest“**

Vorliegend ist festzustellen, dass sich die beantragte Genehmigung auf den Sachgrund in § 6 Abs. 1 Satz 2 Nummer 1 LÖG NRW bezieht. Die Ladenöffnung soll im Zusammenhang mit dem „Kirchhellener Dorffest“ als örtliches Fest stattfinden. Das „Kirchhellener Dorffest“ befindet sich derzeit noch im Erlaubnisverfahren.

Um eine Ausnahme des Sonn- und Feiertagsschutzes nach den neuen gesetzlichen Vorschriften („im öffentlichen Interesse“) zu rechtfertigen, muss die öffentliche Wirkung der Veranstaltung

gegenüber der typisch werktäglichen Geschäftigkeit der Ladenöffnung im Vordergrund stehen. Die Ladenöffnung darf nur als Annex der Veranstaltung erscheinen.

Dies wird in der Regel nur dann der Fall sein, wenn die Ladenöffnung auf das Umfeld der Veranstaltung begrenzt ist. Das Gesetz verlangt ausdrücklich, dass die Ladenöffnung in räumlicher Nähe zur örtlichen Veranstaltung sowie am selben Tag erfolgen muss (§ 6 Abs. 1 Satz 3 LÖG NRW).

Aus diesem Grund ist eine Gesamtbetrachtung des „Kirchhellener Dorffestes“ anzustellen (Charakter, Zuschnitt, Größe).

Im Wesentlichen beinhaltet die Veranstaltung“ ein kulturelles Programm auf verschiedenen Plätzen in der Innenstadt von Kirchhellen.

Das Kirchhellener Dorffest nimmt am Sonntag den gesamten Innenstadtbereich von Kirchhellen in Anspruch.

Für die Besucher wird an diesem Sonntag eine Veranstaltungsfläche geschaffen, die den gesamten fußläufigen Innenstadtbereich von Kirchhellen abdeckt.

Parkflächen sind in Stoßzeiten sehr gut besucht, daher empfiehlt es sich, mit öffentlichen Verkehrsmitteln anzureisen. Auch hieran ist zu erkennen, dass der Besucherstrom gegenüber dem alltäglichen Besucheraufkommen in der Kirchhellener-Innenstadt deutlich höher ist.

Aus Sicht des Fachbereichs Recht und Ordnung prägt die Veranstaltung „Kirchhellener Dorffest“ das Stadtbild und den öffentlichen Charakter des Tages. Der ganz überwiegende Teil der Besucher sucht die Innenstadt von Kirchhellen auf, um an dem umfangreichen Programm des Festes teilzuhaben und nicht um die Ladengeschäfte aufzusuchen und dort Einkäufe zu erledigen. Der verkaufsoffene Sonntag stellt in jeder Hinsicht (Werbung, Durchführung, Fläche und Angebot) lediglich einen „Annex“ zum „Michaelismarkt“ dar.

Die festgesetzten Marktzeiten liegen am Sonntag von 13.00 Uhr – 20.00 Uhr während die festgesetzten Ladenöffnungszeiten sich von 13.00 Uhr – 18.00 Uhr über einen Zeitraum von 5 Stunden erstrecken.

Die öffentliche Wirkung der Veranstaltung steht gegenüber der Ladenöffnung eindeutig im Vordergrund, was auch durch die flächenmäßige Begrenzung der Ladenöffnung (siehe Lageplan) auf nur einen sehr begrenzten Teil der Innenstadt unterstrichen wird. Dem gesetzlichen Erfordernis nach einer „räumlichen Nähe“ der Ladenöffnung zum Veranstaltungsbereich wird damit entsprochen.

Es liegt somit ein öffentliches Interesse für die Genehmigung der sonntäglichen Ladenöffnung im Zusammenhang mit der Veranstaltung „Kirchhellener Dorffest“ vor. Eine Güterabwägung zwischen dem Sonn- und Feiertagsschutz und der gesetzlich geschaffenen Ausnahmemöglichkeit fällt zugunsten der Freigabe der Ladenöffnung aus.

Die Freigabe der Ladenöffnung ab 13.00 Uhr für maximal 5 Stunden erfolgt innerhalb der gesetzlichen Vorgaben. Die Höchstzahl der verkaufsoffenen Sonntage wird nicht überschritten. Auch andere gesetzliche Hinderungsgründe liegen nicht vor.

Insofern sind die Voraussetzungen für eine Genehmigung der Ladenöffnung nach dem LÖG NRW gegeben.

Tischler

Anlage(n):

1. Kirchhellener Dorffest, Verordnungstext
2. Kirchhellen-Lageplan
3. IHK Nord Westfalen vom 23.01.2024
4. Stellungnahme Handwerkskammer
5. Antrag Handelsverband

# **Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Ortsteil Bottrop-Kirchhellen im Zusammenhang mit dem Kirchhellener Dorffest am Sonntag, den 11. August 2024**

**vom 30.04.2024**

Aufgrund des § 6 Abs. 1 und 4 des Gesetzes zur Regelung der Ladenöffnungszeiten – LÖG NRW – in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. November 2006 (GV. NRW. S. 516), geändert durch Gesetz vom 22. März 2018 (GV. NRW. S.171), in Kraft getreten am 30. März 2018, in Verbindung mit §§25 ff des Gesetzes über Aufbau und Befugnisse der Ordnungsbehörden - Ordnungsbehördengesetz (OBG) - in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. Mai 1980 (GV. NRW. S. 528), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 23. Juni 2021 (GV. NRW. S. 762), hat der Rat der Stadt für das Gebiet der Stadt Bottrop in seiner Sitzung am 30.04.2024 folgende Verordnung beschlossen:

## **§ 1**

Verkaufsstellen im Teilbereich des Ortsteils Bottrop-Kirchhellen gemäß Lageplan Anlage 1 dürfen im Jahr 2024 nach ordnungsbehördlicher Genehmigung der Veranstaltung „Kirchhellener Dorffest“ an folgendem Sonntag in der Zeit von 13.00 Uhr bis 18.00 Uhr geöffnet sein:

am Sonntag, den 11. August 2024 (Veranstaltung: „Kirchhellener Dorffest“)

Der beigefügte Lageplan (Teilbereich Ortsteil Bottrop-Kirchhellen, Anlage 1) ist Bestandteil dieser Verordnung.

## **§ 2**

Die in dem Lageplan (Anlage 1) als Grenzen des Teilbereiches markierten Straßen und Straßenteile sind mit ihren unmittelbar anliegenden Grundstücken auf beiden Seiten der Straße in die Verkaufsöffnung einbezogen.

## **§ 3**

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Bottrop, den 30. April 2024

Stadt Bottrop  
als örtliche Ordnungsbehörde

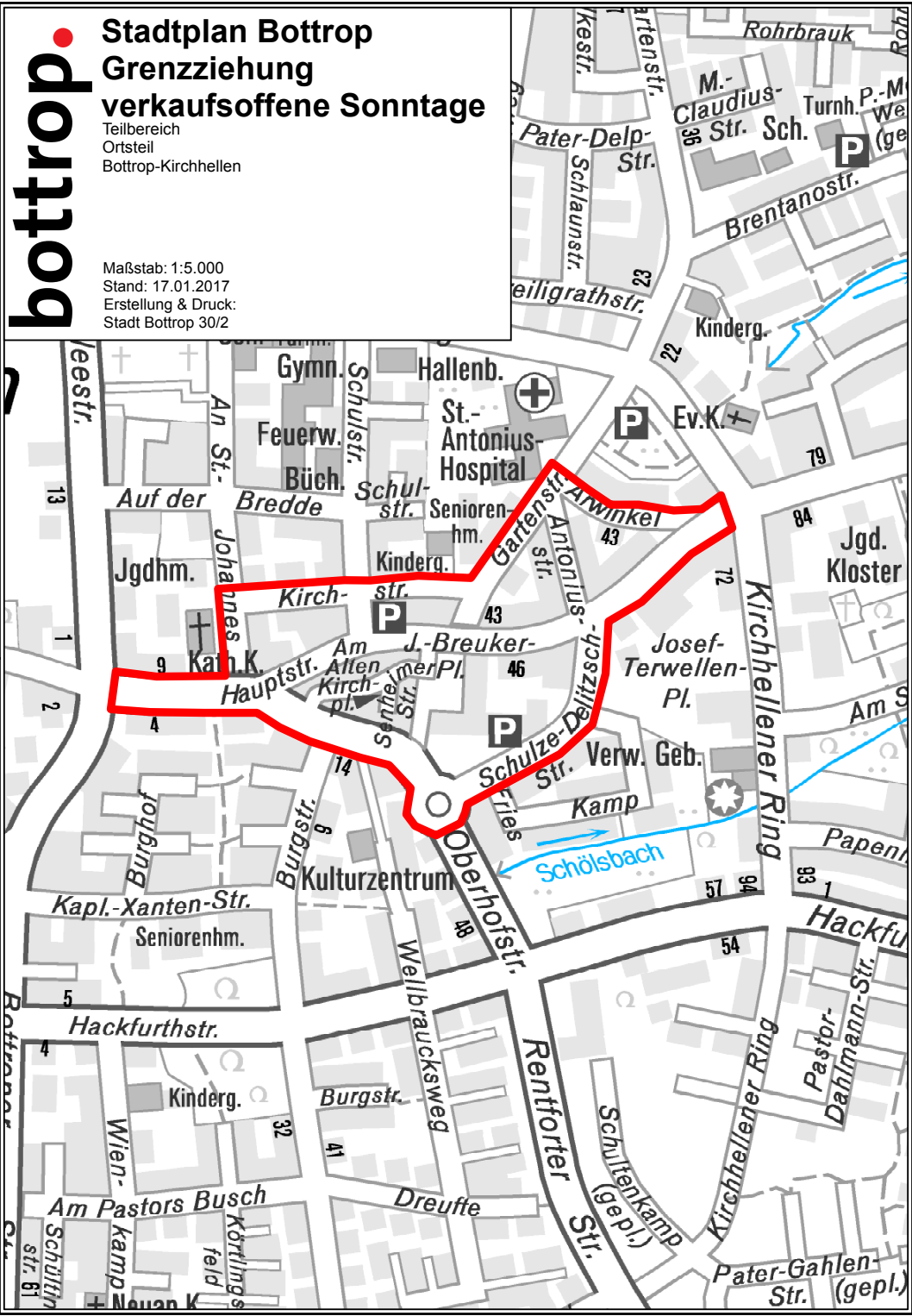
Tischler  
Oberbürgermeister



# **bottrop** • Stadtplan Bottrop Grenzziehung verkaufsoffene Sonntage

Teilbereich  
Ortsteil  
Bottrop-Kirchhellen

Maßstab: 1:5.000  
Stand: 17.01.2017  
Erstellung & Druck:  
Stadt Bottrop 30/2



IHK Nord Westfalen | 45877 Gelsenkirchen

Stadt Bottrop  
FB Recht und Ordnung  
z. Hd. Herrn Althammer  
Kirchhellener Straße 21  
46236 Bottrop

Industrie- und Handelskammer  
Nord Westfalen

Rathausplatz 7  
45894 Gelsenkirchen  
[www.ihk.de/nordwestfalen](http://www.ihk.de/nordwestfalen)

Ansprechpartnerin:  
Lena Majnaric

Telefon 0209 388-563  
Telefax 0209 388-8563  
[lena.majnaric@ihk-nordwestfalen.de](mailto:lena.majnaric@ihk-nordwestfalen.de)

23. Januar 2024

Erlass einer Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen  
hier: Anhörung gemäß § 6 Abs. 4 LÖG NRW  
Ihr Schreiben vom 15.01.2024

Sehr geehrter Herr Althammer,

vielen Dank für die Möglichkeit der Anhörung vor Erlass einer ordnungsbehördlichen  
Verordnung der Stadt Bottrop über das Offenhalten von Verkaufsstellen.

In der Stadt Bottrop sind folgende Sonntage, jeweils von 13 bis 18 Uhr, zur Freigabe der  
Ladenöffnungszeiten beantragt:

Innenstadt:

- 28.04.2024, Anlass: „Pferdemarkt“
- 26.05.2024, Anlass: „Stadtfest“
- 29.09.2024, Anlass: „Michaelismarkt“

Kirchhellen:

- 11.08.2024, Anlass: „Kirchhellener Dorffest“
- 01.12.2024, Anlass: „Kirchhellener Wintertreff“

Die IHK Nord Westfalen begrüßt eine Ladenöffnung an Sonn- und Feiertagen im Rahmen  
des Gesetzes als wichtiges Instrument zur Profilbildung der Stadt und als Möglichkeit für  
den stationären Einzelhandel, seine Leistungsfähigkeit und seinen Service zu präsentieren.

Aus Sicht der IHK Nord Westfalen bestehen keine Bedenken gegen die Freigabe der  
Ladenöffnung an dem genannten Sonntag, soweit die Anforderungen des Gesetzes zur  
Regelung der Ladenöffnungszeiten in NRW eingehalten werden. Zur Konkretisierung dieser

Anforderungen verweisen wir auf die aktuelle Rechtsprechung sowie auf die Anwendungshilfe für Kommunen und Handel im Umgang mit § 6 LÖG NRW des Wirtschaftsministeriums NRW: <https://www.wirtschaft.nrw/loeg-nrw-anwendungshilfe>.

Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüße  
gez. Lena Majnaric

Sehr geehrter Herr Althammer,

gegen das geplante Offenhalten von Verkaufsstellen an den aufgeführten Sonntagen werden bei Beachtung der üblichen Vorgaben von Seiten des Handwerks keine Bedenken erhoben.

Freundliche Grüße  
im Auftrag  
Ute Raape-Berghoff

Beratungsförderung, Vermittlungsdienste  
Geschäftsbereich/Stabsstelle/Stabsbereich  
[Titel: Logo HWK Handwerkskammer Münster]  
HANDWERKSKAMMER MÜNSTER  
Bismarckallee 1  
48151 Münster  
T [0251 5203-238](tel:02515203238)  
[ute.raape-berghoff@hwk-muenster.de](mailto:ute.raape-berghoff@hwk-muenster.de)<mailto:[ute.raape-berghoff@hwk-muenster.de](mailto:ute.raape-berghoff@hwk-muenster.de)>  
[www.hwk-muenster.de](http://www.hwk-muenster.de)<<http://www.hwk-muenster.de/>>

Das Handwerk. Die Wirtschaftsmacht. Von nebenan.  
[www.handwerk.de](http://www.handwerk.de)<<http://www.handwerk.de/>>

Sie finden uns auch in den Sozialen Medien  
Facebook<<https://www.facebook.com/HWK.Muenster>> |  
Twitter<[https://twitter.com/i/flow/login?redirect\\_after\\_login=%2Fhwk\\_muenster](https://twitter.com/i/flow/login?redirect_after_login=%2Fhwk_muenster)> |  
Instagram<[https://www.instagram.com/hwk\\_muenster/](https://www.instagram.com/hwk_muenster/)> |  
Youtube<<https://www.youtube.com/user/HWKMuenster1>> |  
LinkedIn<<https://de.linkedin.com/company/handwerkskammer-muenster>>

**Weitere Stellungnahmen (IHK und Handwerkskammer) sind innerhalb der Frist nicht erfolgt.**

Handelsverband NRW · Uhlenbrockstr. 10 · 45894 Gelsenkirchen

Stadt Bottrop  
Herrn Oberbürgermeister  
Bernd Tischler  
Ernst-Wilczok-Platz 1  
46236 Bottrop

## Verkaufsoffene Sonn- und Feiertage 2024

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Tischler,

für das **Kalenderjahr 2024** beantragen wir, die folgenden aufgeführten Sonn- und Feiertage, zur Freigabe als verkaufsoffene Sonn- und Feiertage gemäß § 6 Abs. 1 des Gesetzes zur Regelung der Ladenöffnungszeiten (LÖG NRW) öffnen zu dürfen:

Für die Bottroper-Innenstadt beantragen wir, die Einzelhandelsgeschäfte am

**28. April** - anlässlich des Pferdemarktes,  
**26. Mai** - anlässlich des Stadtfestes,  
**29. September** - anlässlich des Michaelismarktes

in der Zeit von 13:00 bis 18:00 Uhr öffnen zu dürfen.

Für den Standort Bottrop-Kirchhellen beantragen wir, die Einzelhandelsgeschäfte am

**11. August** - anlässlich des Kirchhellener Dorffestes  
**01. Dezember** - anlässlich des Kirchhellener Wintertreffs

in der Zeit von jeweils 13:00 bis 18:00 Uhr öffnen zu dürfen.

Die den jeweiligen Öffnungswünschen zugrundeliegenden Veranstaltungen, sind traditionsreiche Events, die bereits in der Vergangenheit die Grundlage jeweiligen Sonderöffnungszeiten bildeten. Die Erfah-

Gelsenkirchen, 12.01.2024

Markus Richter  
Geschäftsführer

Handelsverband  
Nordrhein-Westfalen  
Westfalen-West

Geschäftsstelle Gelsenkirchen

Uhlenbrockstr. 10  
45894 Gelsenkirchen

Tel.: 0209/17 75 230  
Fax: 0209/17 75 105

richter@ehv-ge.de  
www.ehv-ge.de

Vorsitzende:  
Michael Weiser  
Jan Gerd Borgmann  
Georg Hahne

Geschäftsführer  
Markus Richter  
Dr. Meyer-Rudel

Vereinsregister AG Gelsenkirchen  
VR 20528

Gerichtsstand  
Gelsenkirchen

rungen der Vergangenheit belegen bei allen Veranstaltungen, das enorme öffentliche Interesse der Bevölkerung.

Durch diese Veranstaltungen wurden und werden jeweils Besucherströme ausgelöst, die den üblichen werktäglichen Kundenverkehr am jeweiligen Einkaufsstandort deutlich übersteigen. Hierzu sind in der Vergangenheit, ausgehend von den Passantenfrequenzzählungen der IHK Nordwestfalen, die normale Kundenfrequenz den jeweiligen Besucherprognosen der Veranstaltungen gegenübergestellt worden. Zu den Inhalten der Veranstaltungen und den angestellten Prognoseberechnungen verweisen wir an dieser Stelle daher auf unsere Antragsschreiben früherer Jahre.

Nach der amtlichen Begründung zur Neuregelung des § 6 Abs. 1 Satz 2 Nummer 1 LÖG NRW wird der Ordnungsgeber aber insbesondere von der Prognoseentscheidung zur den Besucherzahlen befreit.

Das Oberverwaltungsgericht Münster hat in seiner Entscheidung vom 17. Juli 2019, Aktenzeichen 4 D 36/19 NE, in einem Normenkontrollverfahren noch einmal bestätigt, dass auf eine Prognoseberechnung verzichtet werden kann und ein öffentliches Interesse für einen verkaufsoffenen Sonntag insbesondere dann vorliegt, wenn die Öffnung im Zusammenhang mit örtlichen Festen, Märkten, Messen und ähnlichen Veranstaltungen erfolgt. Diese Vermutungsregel ist einschlägig, wenn sich die Ladenöffnungsmöglichkeit auf das Umfeld der Veranstaltung bezieht und zeitgleich mit ihr stattfindet. Unter diesem Gesichtspunkt **beantragen wir, die vorgenannten verkaufsoffenen Sonntage, für die gleichen engen räumlichen Abgrenzungen die auch im Kalenderjahr 2023 galten.** Insofern liegt ein öffentliches Interesse für die beantragten verkaufsoffenen Sonntage vor, sodass die Verkaufsstellen in der Zeit von 13:00 bis 18:00 Uhr geöffnet sein dürfen.

Wir hoffen, auf eine antragsgemäße Entscheidung.

Ferner besteht die Möglichkeit einer weiteren Antragstellung für einen verkaufsoffenen Sonntag in der Bottroper-Innenstadt für Dezember 2024 im Rahmen eines Weihnachtsmarktes, Dies kann zum jetzigen Zeitpunkt aber noch nicht valide erfolgen.

Mit freundlichen Grüßen

Handelsverband NRW  
Westfalen-West e.V.



Markus Richter  
Geschäftsführer

Datum

23.02.2024

Drucksache Nr.

**2024/0109**

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Zuständigkeit
Bezirksvertretung Bottrop-Kirchhellen	12.03.2024	Vorberatung
Bezirksvertretung Bottrop-Mitte	11.04.2024	Kenntnisnahme
Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss	23.04.2024	Vorberatung
Rat der Stadt	30.04.2024	Entscheidung
Bezirksvertretung Bottrop-Süd	16.05.2024	Kenntnisnahme

## Betreff

**Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Ortsteil Bottrop-Stadtmitte im Zusammenhang mit der Veranstaltung „Kirchhellener Wintertreff“ am Sonntag, den 01. Dezember 2024**

## Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt beschließt die in der Anlage beigefügte Rechtsverordnung.

## Finanzielle Auswirkungen

Finanzielle Auswirkungen: keine

Haushalt im Jahr:

Produkt und Sachkonto:

Art der Ausgabe:

Bedarf:

Haushaltsansatz:

zusätzliche Einnahmen:

einmalige Belastung:

jährliche Folgekosten:

Erläuterungen zu den finanziellen Auswirkungen:

## **Problembeschreibung / Begründung**

Rechtsgrundlage für die Genehmigung von verkaufsoffenen Sonntagen ist das Ladenöffnungsgesetz NRW (LÖG NRW). Durch das Gesetz zum Abbau unnötiger und belastender Vorschriften im Land Nordrhein-Westfalen – Entfesselungspaket I - hat der Gesetzgeber Änderungen im Ladenöffnungsgesetz NRW (LÖG NRW) vorgenommen. Diese Änderungen sind am 30.03.2018 in Kraft treten und sind gemäß §13 Abs.3 LÖG NRW danach zu beachten.

Durch die Neuregelung wollte der Gesetzgeber Rechtsunsicherheiten beseitigen und für die Gemeinden eine rechtssichere Lösung schaffen, eine ausnahmsweise Ladenöffnung an Sonn- und Feiertagen zu genehmigen, sowie zugleich das LÖG NRW insgesamt vereinfachen.

Dazu wurde §6 Abs. 1 LÖG NRW neu gefasst:

*(1) An jährlich höchstens acht, nicht unmittelbar aufeinanderfolgenden Sonn- und Feiertagen dürfen Verkaufsstellen im öffentlichen Interesse ab 13.00 Uhr bis zur Dauer von fünf Stunden geöffnet sein.*

*Ein öffentliches Interesse liegt insbesondere vor, wenn die Öffnung*

- 1. im Zusammenhang mit örtlichen Festen, Märkten, Messen oder ähnlichen Veranstaltungen erfolgt,*
- 2. dem Erhalt, der Stärkung oder der Entwicklung eines vielfältigen stationären Einzelhandelsangebot dient,*
- 3. dem Erhalt, der Stärkung oder der Entwicklung zentraler Versorgungsbereiche dient,*
- 4. der Belebung der Innenstädte, Ortskerne, Stadt- und Ortsteilzentren dient oder*
- 5. die überörtliche Sichtbarkeit der jeweiligen Kommune als attraktiver und lebenswerter Standort insbesondere für den Tourismus und die Freizeitgestaltung, als Wohn- und Gewerbestandort sowie Standort von kulturellen und sportlichen Einrichtungen steigert.*

*Das Vorliegen eines Zusammenhangs im Sinne des Satzes 2 Nummer 1 wird vermutet, wenn die Ladenöffnung in räumlicher Nähe zur örtlichen Veranstaltung sowie am selben Tag erfolgt. Bei Werbemaßnahmen des Veranstalters müssen die jeweiligen Veranstaltungen gemäß Satz 2 Nr. 1 für die Öffnung der Verkaufsstellen im Vordergrund stehen.*

Die zuständige örtliche Ordnungsbehörde wird gemäß §6 Abs. 4 LÖG NRW ermächtigt, diese Tage durch Rechtsverordnungen freizugeben, wobei sich die Freigabe auch auf bestimmte Bezirke, Ortsteile und Handelszweige beschränken kann. Innerhalb einer Gemeinde dürfen insgesamt nicht mehr als 16 (vorher: 11) Sonn- und Feiertage je Kalenderjahr freigegeben werden. Zudem macht das Gesetz – wie bisher - weitere Einschränkungen bezüglich bestimmter Feiertage (z.B. Ostersonntag, Pfingstsonntag), bei denen eine Genehmigung ausgeschlossen wird.

Im Stadtgebiet Bottrop werden vermutlich für das Jahr 2024 insgesamt 5 verkaufsoffene Sonntage freigegeben (Bottrop-Stadtmitte = 3, Bottrop-Kirchhellen = 2).

### **Für den Bereich Bottrop-Stadtmitte:**

am Sonntag, den 28.04.2024, (im Zusammenhang mit der Veranstaltung „Pferdemarkt“)



am Sonntag, den 26.05.2024, (im Zusammenhang mit der Veranstaltung „Stadtfest“)

am Sonntag, den 29.09.2024, (im Zusammenhang mit der Veranstaltung „Michaelismarkt“)

### **Für den Bereich Bottrop-Kirchhellen:**

am Sonntag, den 11.08.2024, (im Zusammenhang mit der Veranstaltung „Kirchhellener Dorffest“)

am Sonntag, den 01.12.2024, (im Zusammenhang mit der Veranstaltung „Kirchhellener Wintertreff“)

### **Allgemeine rechtliche Bewertung nach der Änderung des LÖG NRW:**

Die Entscheidung über eine Genehmigung ist anhand der geänderten Vorschriften des LÖG NRW zu treffen.

Hierbei ist zu berücksichtigen, dass der Landesgesetzgeber den bisher geforderten Anlassbezug für die Genehmigung von verkaufsoffenen Sonntagen gestrichen hat. Das Gesetz sieht nunmehr vor, dass für genehmigte Ladenöffnungen ein öffentliches Interesse vorliegen muss. Für die Beantwortung der Frage, wann ein solches öffentliches Interesse als gegeben angesehen werden kann, hat der Landesgesetzgeber im Rahmen einer Vermutungsregel in § 6 Abs. 1 Satz 2 LÖG NRW verschiedene Sachgründe (siehe vorher Ziffern 1-5) beschrieben, die jeder für sich die Genehmigung eines verkaufsoffenen Sonntages rechtfertigen würden.

Damit sollen typische Konstellationen abgedeckt werden. Die Aufzählung ist nicht abschließend. Durch eine Kumulation der Sachgründe kann im Einzelfall zudem das Gewicht des öffentlichen Interesses verstärkt werden.

Wenngleich der Gesetzgeber den bisher geforderten Anlassbezug abgeschafft hat, ist die Gemeinde im Rahmen einer Güterabwägung (Sonn- und Feiertagsschutz/ Ladenöffnung) weiterhin in einer Prüfungspflicht.

Aufgabe der Gemeinde bleibt es, zu prüfen, ob einer oder auch mehrere der gesetzlichen Sachgründe eine Ladenöffnung an Sonn- und Feiertagen rechtfertigen. Dabei kommt es darauf an, ob bei der Entscheidung über eine Ausnahme vom Sonn- und Feiertagsschutz diese Sachgründe im Vordergrund stehen oder ob ausschließlich oder überwiegend das Konsum- und Erwerbsinteresse der Kunden und/ oder das reine Umsatzinteresse der Ladeninhaber gefördert werden soll.

Zudem ist zu prüfen, ob die sonstigen gesetzlichen Voraussetzungen (z.B. Beachtung der gesetzlich vorgegebenen Höchstanzahl) vorliegen.

### **Einzelfallbewertung der Veranstaltung „Kirchhellener Wintertreff“**

Vorliegend ist festzustellen, dass sich die beantragte Genehmigung auf den Sachgrund in § 6 Abs. 1 Satz 2 Nummer 1 LÖG NRW bezieht. Die Ladenöffnung soll im Zusammenhang mit dem „Kirchhellener Wintertreff“ als örtliches Fest stattfinden. Der „Kirchhellener Wintertreff“ befindet sich derzeit noch im Erlaubnisverfahren.

Um eine Ausnahme des Sonn- und Feiertagsschutzes nach den neuen gesetzlichen Vorschriften („im öffentlichen Interesse“) zu rechtfertigen, muss die öffentliche Wirkung der Veranstaltung

gegenüber der typisch werktäglichen Geschäftigkeit der Ladenöffnung im Vordergrund stehen. Die Ladenöffnung darf nur als Annex der Veranstaltung erscheinen.

Dies wird in der Regel nur dann der Fall sein, wenn die Ladenöffnung auf das Umfeld der Veranstaltung begrenzt ist. Das Gesetz verlangt ausdrücklich, dass die Ladenöffnung in räumlicher Nähe zur örtlichen Veranstaltung sowie am selben Tag erfolgen muss (§ 6 Abs. 1 Satz 3 LÖG NRW).

Aus diesem Grund ist eine Gesamtbetrachtung des „Kirchhellener Wintertreffs“ anzustellen (Charakter, Zuschnitt, Größe).

Im Wesentlichen beinhaltet die Veranstaltung“ ein kulturelles Programm auf verschiedenen Plätzen in der Innenstadt von Kirchhellen.

Der Kirchhellener Wintertreff nimmt am Sonntag den gesamten Innenstadtbereich von Kirchhellen in Anspruch.

Für die Besucher wird an diesem Sonntag eine Veranstaltungsfläche geschaffen, die den gesamten fußläufigen Innenstadtbereich von Kirchhellen abdeckt.

Parkflächen sind in Stoßzeiten sehr gut besucht, daher empfiehlt es sich, mit öffentlichen Verkehrsmitteln anzureisen. Auch hieran ist zu erkennen, dass der Besucherstrom gegenüber dem alltäglichen Besucheraufkommen in der Kirchhellener-Innenstadt deutlich höher ist.

Aus Sicht des Fachbereichs Recht und Ordnung prägt die Veranstaltung „Kirchhellener Wintertreff“ das Stadtbild und den öffentlichen Charakter des Tages. Der ganz überwiegende Teil der Besucher sucht die Innenstadt von Kirchhellen auf, um an dem umfangreichen Programm des Festes teilzuhaben und nicht um die Ladengeschäfte aufzusuchen und dort Einkäufe zu erledigen. Der verkaufsoffene Sonntag stellt in jeder Hinsicht (Werbung, Durchführung, Fläche und Angebot) lediglich einen „Annex“ zum „Kirchhellener Wintertreff“ dar.

Die festgesetzten Marktzeiten liegen am Sonntag von 13.00 Uhr – 20.00 Uhr während die festgesetzten Ladenöffnungszeiten sich von 13.00 Uhr – 18.00 Uhr über einen Zeitraum von 5 Stunden erstrecken.

Die öffentliche Wirkung der Veranstaltung steht gegenüber der Ladenöffnung eindeutig im Vordergrund, was auch durch die flächenmäßige Begrenzung der Ladenöffnung (siehe Lageplan) auf nur einen sehr begrenzten Teil der Innenstadt unterstrichen wird. Dem gesetzlichen Erfordernis nach einer „räumlichen Nähe“ der Ladenöffnung zum Veranstaltungsbereich wird damit entsprochen.

Es liegt somit ein öffentliches Interesse für die Genehmigung der sonntäglichen Ladenöffnung im Zusammenhang mit der Veranstaltung „Kirchhellener Wintertreff“ vor. Eine Güterabwägung zwischen dem Sonn- und Feiertagsschutz und der gesetzlich geschaffenen Ausnahmemöglichkeit fällt zugunsten der Freigabe der Ladenöffnung aus.

Die Freigabe der Ladenöffnung ab 13.00 Uhr für maximal 5 Stunden erfolgt innerhalb der gesetzlichen Vorgaben. Die Höchstzahl der verkaufsoffenen Sonntage wird nicht überschritten. Auch andere gesetzliche Hinderungsgründe liegen nicht vor.

Insofern sind die Voraussetzungen für eine Genehmigung der Ladenöffnung nach dem LÖG NRW gegeben.

Tischler

Anlage(n):

1. Kirchhellener Wintertreff, Verordnungstext
2. Kirchhellen-Lageplan
3. IHK Nord Westfalen vom 23.01.2024
4. Stellungnahme Handwerkskammer
5. Antrag Handelsverband

# **Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Ortsteil Bottrop-Kirchhellen im Zusammenhang mit dem Kirchhellener Wintertreff am Sonntag, den 01. Dezember 2024**

**vom 30.04.2024**

Aufgrund des § 6 Abs. 1 und 4 des Gesetzes zur Regelung der Ladenöffnungszeiten – LÖG NRW – in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. November 2006 (GV. NRW. S. 516), geändert durch Gesetz vom 22. März 2018 (GV. NRW. S.171), in Kraft getreten am 30. März 2018, in Verbindung mit §§25 ff des Gesetzes über Aufbau und Befugnisse der Ordnungsbehörden - Ordnungsbehördengesetz (OBG) - in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. Mai 1980 (GV. NRW. S. 528), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 23. Juni 2021 (GV. NRW. S. 762), hat der Rat der Stadt für das Gebiet der Stadt Bottrop in seiner Sitzung am 30.04.2024 folgende Verordnung beschlossen:

## **§ 1**

Verkaufsstellen im Teilbereich des Ortsteils Bottrop-Kirchhellen gemäß Lageplan Anlage 1 dürfen im Jahr 2024 nach ordnungsbehördlicher Genehmigung der Veranstaltung „Kirchhellener Wintertreff“ an folgendem Sonntag in der Zeit von 13.00 Uhr bis 18.00 Uhr geöffnet sein:

am Sonntag, den 01. Dezember 2024 (Veranstaltung: „Kirchhellener Wintertreff“)

Der beigefügte Lageplan (Teilbereich Ortsteil Bottrop-Kirchhellen, Anlage 1) ist Bestandteil dieser Verordnung.

## **§ 2**

Die in dem Lageplan (Anlage 1) als Grenzen des Teilbereiches markierten Straßen und Straßenteile sind mit ihren unmittelbar anliegenden Grundstücken auf beiden Seiten der Straße in die Verkaufsöffnung einbezogen.

## **§ 3**

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Bottrop, den 30. April 2024

Stadt Bottrop  
als örtliche Ordnungsbehörde

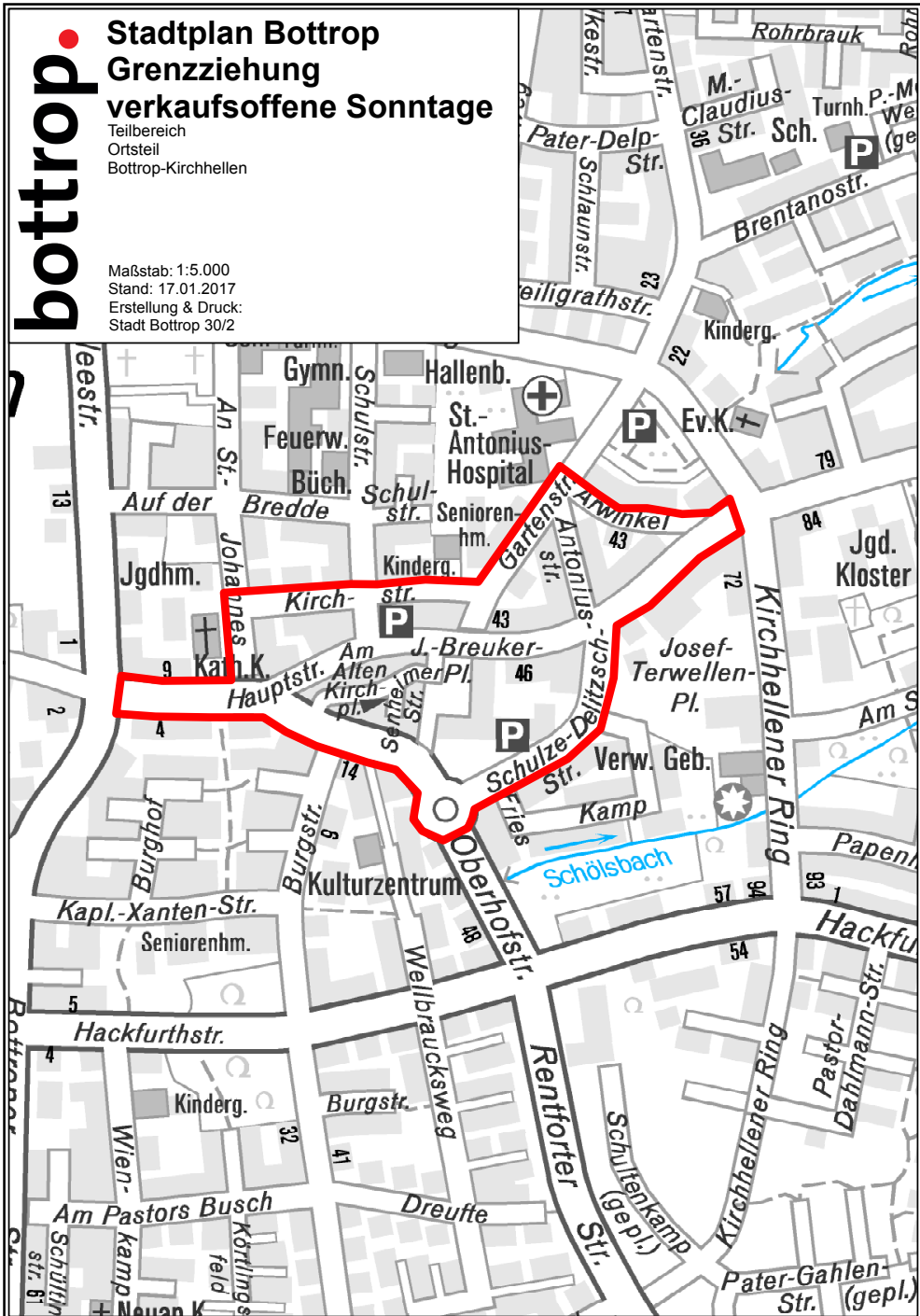
Tischler  
Oberbürgermeister

# bottrop

## Stadtplan Bottrop Grenzziehung verkaufsoffene Sonntage

Teilbereich  
Ortsteil  
Bottrop-Kirchhellen

Maßstab: 1:5.000  
Stand: 17.01.2017  
Erstellung & Druck:  
Stadt Bottrop 30/2



IHK Nord Westfalen | 45877 Gelsenkirchen

Stadt Bottrop  
FB Recht und Ordnung  
z. Hd. Herrn Althammer  
Kirchhellener Straße 21  
46236 Bottrop

Industrie- und Handelskammer  
Nord Westfalen

Rathausplatz 7  
45894 Gelsenkirchen  
[www.ihk.de/nordwestfalen](http://www.ihk.de/nordwestfalen)

Ansprechpartnerin:  
Lena Majnaric

Telefon 0209 388-563  
Telefax 0209 388-8563  
[lena.majnaric@ihk-nordwestfalen.de](mailto:lena.majnaric@ihk-nordwestfalen.de)

23. Januar 2024

Erlass einer Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen  
hier: Anhörung gemäß § 6 Abs. 4 LÖG NRW  
Ihr Schreiben vom 15.01.2024

Sehr geehrter Herr Althammer,

vielen Dank für die Möglichkeit der Anhörung vor Erlass einer ordnungsbehördlichen  
Verordnung der Stadt Bottrop über das Offenhalten von Verkaufsstellen.

In der Stadt Bottrop sind folgende Sonntage, jeweils von 13 bis 18 Uhr, zur Freigabe der  
Ladenöffnungszeiten beantragt:

Innenstadt:

- 28.04.2024, Anlass: „Pferdemarkt“
- 26.05.2024, Anlass: „Stadtfest“
- 29.09.2024, Anlass: „Michaelismarkt“

Kirchhellen:

- 11.08.2024, Anlass: „Kirchhellener Dorffest“
- 01.12.2024, Anlass: „Kirchhellener Wintertreff“

Die IHK Nord Westfalen begrüßt eine Ladenöffnung an Sonn- und Feiertagen im Rahmen  
des Gesetzes als wichtiges Instrument zur Profilbildung der Stadt und als Möglichkeit für  
den stationären Einzelhandel, seine Leistungsfähigkeit und seinen Service zu präsentieren.

Aus Sicht der IHK Nord Westfalen bestehen keine Bedenken gegen die Freigabe der  
Ladenöffnung an dem genannten Sonntag, soweit die Anforderungen des Gesetzes zur  
Regelung der Ladenöffnungszeiten in NRW eingehalten werden. Zur Konkretisierung dieser

Anforderungen verweisen wir auf die aktuelle Rechtsprechung sowie auf die Anwendungshilfe für Kommunen und Handel im Umgang mit § 6 LÖG NRW des Wirtschaftsministeriums NRW: <https://www.wirtschaft.nrw/loeg-nrw-anwendungshilfe>.

Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüße  
gez. Lena Majnaric

Sehr geehrter Herr Althammer,

gegen das geplante Offenhalten von Verkaufsstellen an den aufgeführten Sonntagen werden bei Beachtung der üblichen Vorgaben von Seiten des Handwerks keine Bedenken erhoben.

Freundliche Grüße  
im Auftrag  
Ute Raape-Berghoff

Beratungsförderung, Vermittlungsdienste  
Geschäftsbereich/Stabsstelle/Stabsbereich  
[Titel: Logo HWK Handwerkskammer Münster]  
HANDWERKSKAMMER MÜNSTER  
Bismarckallee 1  
48151 Münster  
T [0251 5203-238](tel:02515203238)  
[ute.raape-berghoff@hwk-muenster.de](mailto:ute.raape-berghoff@hwk-muenster.de)<mailto:[ute.raape-berghoff@hwk-muenster.de](mailto:ute.raape-berghoff@hwk-muenster.de)>  
[www.hwk-muenster.de](http://www.hwk-muenster.de)<<http://www.hwk-muenster.de/>>

Das Handwerk. Die Wirtschaftsmacht. Von nebenan.  
[www.handwerk.de](http://www.handwerk.de)<<http://www.handwerk.de/>>

Sie finden uns auch in den Sozialen Medien  
Facebook<<https://www.facebook.com/HWK.Muenster>> |  
Twitter<[https://twitter.com/i/flow/login?redirect\\_after\\_login=%2Fhwk\\_muenster](https://twitter.com/i/flow/login?redirect_after_login=%2Fhwk_muenster)> |  
Instagram<[https://www.instagram.com/hwk\\_muenster/](https://www.instagram.com/hwk_muenster/)> |  
Youtube<<https://www.youtube.com/user/HWKMuenster1>> |  
LinkedIn<<https://de.linkedin.com/company/handwerkskammer-muenster>>

**Weitere Stellungnahmen (IHK und Handwerkskammer) sind innerhalb der Frist nicht erfolgt.**



Handelsverband NRW · Uhlenbrockstr. 10 · 45894 Gelsenkirchen

Stadt Bottrop  
Herrn Oberbürgermeister  
Bernd Tischler  
Ernst-Wilczok-Platz 1  
46236 Bottrop

## Verkaufsoffene Sonn- und Feiertage 2024

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Tischler,

für das **Kalenderjahr 2024** beantragen wir, die folgenden aufgeführten Sonn- und Feiertage, zur Freigabe als verkaufsoffene Sonn- und Feiertage gemäß § 6 Abs. 1 des Gesetzes zur Regelung der Ladenöffnungszeiten (LÖG NRW) öffnen zu dürfen:

Für die Bottroper-Innenstadt beantragen wir, die Einzelhandelsgeschäfte am

**28. April** - anlässlich des Pferdemarktes,  
**26. Mai** - anlässlich des Stadtfestes,  
**29. September** - anlässlich des Michaelismarktes

in der Zeit von 13:00 bis 18:00 Uhr öffnen zu dürfen.

Für den Standort Bottrop-Kirchhellen beantragen wir, die Einzelhandelsgeschäfte am

**11. August** - anlässlich des Kirchhellener Dorffestes  
**01. Dezember** - anlässlich des Kirchhellener Wintertreffs

in der Zeit von jeweils 13:00 bis 18:00 Uhr öffnen zu dürfen.

Die den jeweiligen Öffnungswünschen zugrundeliegenden Veranstaltungen, sind traditionsreiche Events, die bereits in der Vergangenheit die Grundlage jeweiligen Sonderöffnungszeiten bildeten. Die Erfah-

Gelsenkirchen, 12.01.2024

Markus Richter  
Geschäftsführer

Handelsverband  
Nordrhein-Westfalen  
Westfalen-West

Geschäftsstelle Gelsenkirchen

Uhlenbrockstr. 10  
45894 Gelsenkirchen

Tel.: 0209/17 75 230  
Fax: 0209/17 75 105

richter@ehv-ge.de  
www.ehv-ge.de

Vorsitzende:  
Michael Weiser  
Jan Gerd Borgmann  
Georg Hahne

Geschäftsführer  
Markus Richter  
Dr. Meyer-Rudel

Vereinsregister AG Gelsenkirchen  
VR 20528

Gerichtsstand  
Gelsenkirchen

rungen der Vergangenheit belegen bei allen Veranstaltungen, das enorme öffentliche Interesse der Bevölkerung.

Durch diese Veranstaltungen wurden und werden jeweils Besucherströme ausgelöst, die den üblichen werktäglichen Kundenverkehr am jeweiligen Einkaufsstandort deutlich übersteigen. Hierzu sind in der Vergangenheit, ausgehend von den Passantenfrequenzzählungen der IHK Nordwestfalen, die normale Kundenfrequenz den jeweiligen Besucherprognosen der Veranstaltungen gegenübergestellt worden. Zu den Inhalten der Veranstaltungen und den angestellten Prognoseberechnungen verweisen wir an dieser Stelle daher auf unsere Antragsschreiben früherer Jahre.

Nach der amtlichen Begründung zur Neuregelung des § 6 Abs. 1 Satz 2 Nummer 1 LÖG NRW wird der Ordnungsgeber aber insbesondere von der Prognoseentscheidung zur den Besucherzahlen befreit.

Das Oberverwaltungsgericht Münster hat in seiner Entscheidung vom 17. Juli 2019, Aktenzeichen 4 D 36/19 NE, in einem Normenkontrollverfahren noch einmal bestätigt, dass auf eine Prognoseberechnung verzichtet werden kann und ein öffentliches Interesse für einen verkaufsoffenen Sonntag insbesondere dann vorliegt, wenn die Öffnung im Zusammenhang mit örtlichen Festen, Märkten, Messen und ähnlichen Veranstaltungen erfolgt. Diese Vermutungsregel ist einschlägig, wenn sich die Ladenöffnungsmöglichkeit auf das Umfeld der Veranstaltung bezieht und zeitgleich mit ihr stattfindet. Unter diesem Gesichtspunkt **beantragen wir, die vorgenannten verkaufsoffenen Sonntage, für die gleichen engen räumlichen Abgrenzungen die auch im Kalenderjahr 2023 galten.** Insofern liegt ein öffentliches Interesse für die beantragten verkaufsoffenen Sonntage vor, sodass die Verkaufsstellen in der Zeit von 13:00 bis 18:00 Uhr geöffnet sein dürfen.

Wir hoffen, auf eine antragsgemäße Entscheidung.

Ferner besteht die Möglichkeit einer weiteren Antragstellung für einen verkaufsoffenen Sonntag in der Bottroper-Innenstadt für Dezember 2024 im Rahmen eines Weihnachtsmarktes, Dies kann zum jetzigen Zeitpunkt aber noch nicht valide erfolgen.

Mit freundlichen Grüßen

Handelsverband NRW  
Westfalen-West e.V.



Markus Richter  
Geschäftsführer

Datum

19.02.2024

Drucksache Nr.

**2024/0092**

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Zuständigkeit
Bezirksvertretung Bottrop-Süd	07.03.2024	Kenntnisnahme
Bezirksvertretung Bottrop-Kirchhellen	12.03.2024	Kenntnisnahme
Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Familie	19.03.2024	Kenntnisnahme
Bezirksvertretung Bottrop-Mitte	11.04.2024	Kenntnisnahme
Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss	16.04.2024	Vorberatung
Rat der Stadt	30.04.2024	Entscheidung

## Betreff

**Fonds zur Förderung der Stadtteilarbeit: Änderung der Antragsfristen**

## Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt Bottrop beschließt die erläuterten Änderungen der Richtlinie zur Förderung der Stadtteilarbeit.

## Finanzielle Auswirkungen

Finanzielle Auswirkungen: nein

Haushalt im Jahr:

Produkt und Sachkonto:

Art der Ausgabe:

Bedarf:

Haushaltsansatz:

zusätzliche Einnahmen:

einmalige Belastung:

jährliche Folgekosten:

Erläuterungen zu den finanziellen Auswirkungen:

## Problembeschreibung / Begründung

Mit dem Fonds zur Förderung der Stadtteilarbeit ermöglicht die Stadt Bottrop Privatpersonen, Vereinen und sonstigen Akteuren die Umsetzung von Projekten mit Stadtteilbezug. Folgende Änderungen an der Richtlinie sind notwendig:

Anfang des Jahres wurde die Koordinierungsstelle Integrierte Stadtentwicklung in Fachbereich Stadterneuerung umbenannt und ist in neue Räumlichkeiten gezogen, die Angaben werden in der Richtlinie entsprechend angepasst.

Rückmeldungen der Antragstellenden und Akteure aus den Stadtteilen haben gezeigt, dass die in der Richtlinie festgelegten Fristen (1.10., 1.4.) häufig nicht praktikabel sind. Für Vorhaben in die Schulferien sind die Termine beispielsweise zu knapp oder viel zu großzügig bemessen. Die Fristen sollen daher an die Bedarfe der Stadtteilakteure angepasst werden.

Um zukünftig flexibler agieren zu können soll § 4 *Antragsverfahren* der Richtlinie daher wie folgt geändert werden:

Die Anträge sind in schriftlicher Form an die Geschäftsführung, *Koordinierungsstelle Integrierte Stadtentwicklung, Ernst-Wilczok-Platz 2, Stadt Bottrop, Fachbereich Stadterneuerung, Gleiwitzer Platz 3*, 46236 Bottrop oder unter [stadtteiffonds@bottrop.de](mailto:stadtteiffonds@bottrop.de) mit dem Kennwort „Stadtteilarbeit“ zu richten.

Zur Antragsstellung ist das entsprechende Antragsformular zu nutzen, das bei der Stadt Bottrop unter [www.bottrop.de/quartiersentwicklung](http://www.bottrop.de/quartiersentwicklung) erhältlich ist. *Anträge können zweimal im Jahr eingereicht werden (Antragsfrist: 01.10. und 01.04.). Die Antragsfristen werden durch das Entscheidungsgremium festgelegt und von der Geschäftsführung bekannt gegeben.* Sollte der Verfügungsfonds zu den jeweiligen Fristen nicht ausgeschöpft werden, kann das Entscheidungsgremium weitere Fristen zur Einreichung von Projektanträgen festlegen. Das Entscheidungsgremium tagt mindestens zweimal im Jahr und trifft seine Entscheidungen innerhalb von vier Wochen nach Antragsfrist. Auskünfte zu den Sitzungen erteilt die Geschäftsführung.

Die Geschäftsführung prüft, ob das jeweilige Vorhaben im Rahmen der Richtlinien förderfähig ist. Eine Ablehnung wird begründet und es wird ggf. zur Nachbesserung aufgefordert. Förderfähige Maßnahmen werden dem Entscheidungsgremium vorgelegt. Die Bearbeitung der Anträge erfolgt nach Eingang.

Ein Anspruch auf Bewilligung besteht weder dem Grunde, noch der Höhe nach. Aus der Bewilligung eines Projekts lassen sich auch keine Ansprüche auf die erneute Bewilligung eines weiteren Antrags gleichen Inhalts ableiten. Die Bewilligung oder Ablehnung des Antrages durch das Entscheidungsgremium erfolgt schriftlich ohne Angabe von Gründen. Mit dem Vorhaben darf vor der Bewilligung nicht begonnen werden.

Der nachhaltige Einsatz der aus Fondsmitteln finanzierten Güter muss gesichert sein. Es muss gewährleistet sein, dass die angeschafften Güter auch nach Projektende im Sinne einer positiven Quartiersentwicklung zur Verfügung stehen. Daher können Güter nur unter Einbeziehung eines im Stadtteil etablierten Trägers (z.B. in Kooperation mit einem Verein, einer Institution, einem wohlfahrtsstaatlichen Träger oder einem Quartiersmanagement) angeschafft werden. Ist der Antragsteller nicht mehr im jeweiligen Bottroper Stadtteil tätig, können angeschaffte Güter in das Eigentum der Stadt Bottrop übergehen.

Um einen Überblick über die Vielfalt der geförderten Projekte zu geben, findet sich im Anhang eine Auflistung der im Jahr 2023 bewilligten Anträge.

Tischler

Anlage(n):

1. Anlage 1\_FB 60\_Stadtteilfonds\_geänderte Richtlinie Förderung Stadtteilfonds
2. Anlage 2\_ FB 60\_ Stadtteilfonds\_Projekte 2023

# Richtlinie zur Förderung der Stadtteilarbeit in Bottrop

## Präambel

Im Rahmen der integrierten Stadtentwicklung der letzten Jahre zeigt sich, dass das Stadtquartier als Handlungsraum an Bedeutung gewinnt. In Quartieren spiegeln sich unterschiedliche bauliche, ökologische und soziale Lebenswirklichkeiten der Bewohner wider. Dieser kleinräumige und integrierte Ansatz ist in der 2016 vom Rat verabschiedeten Vision 2030+ der Stadt Bottrop niedergelegt und soll zukünftig die Stadtentwicklung prägen.

Um die soziale Teilhabe und das gesellschaftliche Zusammenleben in den Stadtteilen zu stärken bedarf es auch eines starken sozialen, bürgerschaftlichen oder nachbarschaftlichen Engagements. Um auf der einen Seite das bestehende Engagement zu fördern und auf der anderen Seite neues Engagement in den Stadtteilen zu aktivieren, soll ein Fonds zur Förderung von Stadtteilarbeit eingerichtet werden.

Über die Verwendung der Mittel entscheidet die Geschäftsführung (**Fachbereich Stadterneuerung**) sowie ein dezernatsübergreifendes Entscheidungsgremium. Dieses setzt sich aus den Bezirksbürgermeistern bzw. dessen Stellvertreter\*in sowie je einem Vertreter des Sozialamtes, des Jugendamtes, des Stadtplanungsamtes, des Kulturamtes, der Wirtschaftsförderung sowie des Referats Migration zusammen.

Im Bedarfsfall behält sich das Gremium vor, von anderen Fachbereichen eine schriftliche Stellungnahme einzuholen.

## § 1 Aufgaben und Ziele des Verfügungsfonds

Die Entscheidung des Entscheidungsgremiums über die Gewährung von Mitteln richtet sich nach folgenden Kriterien:

- Das Vorhaben hat einen eindeutigen Bezug zu einem Stadtteil und wirkt dort.
- Das Vorhaben wirkt im Hinblick auf folgende Ziele:
  - Imageverbesserung für das Quartier bzw. den Stadtteil,
  - Förderung der Aktivierung von Bewohner/innen,
  - Förderung von Eigenverantwortung und Selbsthilfe sowie Präventionsansätze,
  - Stärkung von nachbarschaftlichen Kontakten und des Zusammenlebens
  - Entwicklung von identitätsstiftenden Orten im Quartier,
  - Förderung der Integration unterschiedlicher Gruppen im Quartier bzw. im Stadtteil,
  - Belebung des Stadtteils und der Stadtteilkultur,
  - Stärkung ehrenamtlicher Strukturen im Quartier.
- Das Vorhaben hat ein zeitnahes Ergebnis zur Folge.

Die Mittel aus dem Verfügungsfonds sollen nicht die Regelfinanzierung von Projekten und Maßnahmen ersetzen, sondern helfen, neue, zusätzliche Ideen und Aktivitäten zu

realisieren. Eine Einbeziehung privater Sponsorengelder oder anderer privater Mittel in die Finanzierung der Maßnahme sowie Kooperationsprojekte zwischen Institutionen und Gruppen, insbesondere mit bestehenden Quartiersmanagements sind erwünscht.

Die Förderung dient der Umsetzung von kleinteiligen, nicht kommerziellen und sozialen Projekten und Aktivitäten.

## **§ 2 Mittel des Verfügungsfonds**

Jedes Jahr werden Mittel in Höhe von 25.000 EUR für den Stadtteiffonds in den städtischen Haushalt bereitgestellt.

## **§ 3 Geschäftsführung und Entscheidungsgremium**

Die Geschäftsführung ist für die Abwicklung des Antragsverfahrens zuständig und führt eine Vorprüfung der Anträge durch. Die Geschäftsführung wird durch den **Fachbereich Stadterneuerung** betrieben.

Im Entscheidungsgremium sind die Bezirksbürgermeister bzw. dessen Stellvertreter\*in der Bezirke Kirchhellen, Mitte und Süd sowie jeweils ein von der Dienststellenleitung benannter Vertreter des Sozialamtes, des Jugendamtes, des Stadtplanungsamtes, des Kulturamtes, der Wirtschaftsförderung sowie des Referats Migration vertreten.

Das dezernatsübergreifende Entscheidungsgremium trifft Entscheidungen mit einfacher Mehrheit der erschienenen Mitglieder. Die Sitzungen werden durch die Geschäftsführung protokolliert.

Das Entscheidungsgremium kann bei Bedarf Änderungen an der Richtlinie beschließen. Solche Änderungen müssen durch einen Beschluss des Stadtrats innerhalb von drei Monaten bestätigt werden.

Das Entscheidungsgremium wird ab dem 01.10.2019 arbeitsfähig sein und über Anträge entscheiden.

## **§ 4 Antragverfahren**

Die Anträge sind in schriftlicher Form an die Geschäftsführung, **Stadt Bottrop, Fachbereich Stadterneuerung, Gleiwitzer Platz 3, 46236 Bottrop** oder unter [stadtteiffonds@bottrop.de](mailto:stadtteiffonds@bottrop.de) mit dem Kennwort „Stadtteilarbeit“ zu richten.

Zur Antragsstellung ist das entsprechende Antragsformular zu nutzen, das bei der Stadt Bottrop unter [www.bottrop.de/quartiersentwicklung](http://www.bottrop.de/quartiersentwicklung) erhältlich ist. **Die Antragsfristen werden durch das Entscheidungsgremium festgelegt und von der Geschäftsführung bekannt gegeben.** Sollte der Verfügungsfonds zu den jeweiligen Fristen nicht ausgeschöpft werden, kann das Entscheidungsgremium weitere Fristen zur Einreichung von Projektanträgen festlegen. Das Entscheidungsgremium tagt mindestens zweimal im Jahr und trifft seine Entscheidungen innerhalb von vier Wochen nach Antragsfrist. Auskünfte zu den Sitzungen erteilt die Geschäftsführung. Die Geschäftsführung prüft, ob das jeweilige Vorhaben im Rahmen der Richtlinien förderfähig ist. Eine Ablehnung wird begründet und es wird ggf. zur Nachbesserung aufgefordert. Förderfähige Maßnahmen werden dem Entscheidungsgremium vorgelegt. Die Bearbeitung der Anträge erfolgt nach Eingang.

Ein Anspruch auf Bewilligung besteht weder dem Grunde, noch der Höhe nach. Aus der Bewilligung eines Projekts lassen sich auch keine Ansprüche auf die erneute Bewilligung eines weiteren Antrags gleichen Inhalts ableiten. Die Bewilligung oder Ablehnung des Antrages durch das Entscheidungsgremium erfolgt schriftlich ohne Angabe von Gründen.

Mit dem Vorhaben darf vor der Bewilligung nicht begonnen werden.

Der nachhaltige Einsatz der aus Fondsmitteln finanzierten Güter muss gesichert sein. Es muss gewährleistet sein, dass die angeschafften Güter auch nach Projektende im Sinne einer positiven Quartiersentwicklung zur Verfügung stehen. Daher können Güter nur unter Einbeziehung eines im Stadtteil etablierten Trägers (z.B. in Kooperation mit einem Verein, einer Institution, einem wohlfahrtsstaatlichen Träger oder einem Quartiersmanagement) angeschafft werden. Ist der Antragssteller nicht mehr im jeweiligen Bottroper Stadtteil tätig, können angeschaffte Güter in das Eigentum der Stadt Bottrop übergehen.

### **§ 5 Antragsberechtigung**

Antragsberechtigt sind alle Gruppen, Vereine oder sonstige Institutionen, die Projekte in den Stadtteilen anbieten. Nicht förderfähig sind Projekte, die in einem Gebiet durchgeführt werden, wo ein Verfügungsfonds der Städtebauförderung zur Verfügung steht und eine inhaltliche Überschneidung zwischen den Fonds besteht.

Förderfähig sind alle Projekte, die einen Mehrwert für den Stadtteil und die Menschen dort bedeuten und dem Kriterienkatalog unter §1 entsprechen. Nicht zuschussfähig sind solche Projekte, die gegen geltendes Recht oder Bestimmungen oder die gute Sitte verstoßen.

### **§ 6 Mittelgewährung und Abrechnung**

Für Einzelprojekte können Mittel von bis zu 1.500 EUR beantragt werden. Für Kooperationsprojekte siehe unter § 1 können Mittel von bis zu 2.000 EUR beantragt werden.

Die Mittel werden grundsätzlich nachträglich auf Vorlage von Einzelnachweisen/Belegen ausgezahlt. In begründeten Ausnahmen können Mittel im Vorfeld auf Basis eines Kostenvoranschlags bewilligt werden. Die Abrechnung muss innerhalb von 2 Monaten nach Abschluss des Projekts vorgenommen werden.

Für Ausgaben ab 500 EUR sind drei Angebote einzuholen. Vor dem Hintergrund der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit ist das wirtschaftlichste Angebot zu bevorzugen. Werden Mittel für selbstständige Tätigkeiten vergeben, sind hierüber Honorarverträge abzuschließen und bei Mittelabrechnung vorzulegen.

### **§ 7 Inkrafttreten**

Die Richtlinie tritt am **01.05.2024** in Kraft.



## **Anlage 2: 2023 im Rahmen des Stadtteifonds geförderte Projekte**

### **- Förderverein Heinrich-Heine-Gymnasium: Schul-Klima-Konferenz**

Bildung für nachhaltige Entwicklung ist im Alltag der Bottroper Schulen schon lange ein Thema. Vor den Sommerferien fand auf Initiative des Heinrich-Heine-Gymnasiums, des Fachbereichs Umwelt und Grün sowie der Berliner Energieagentur GmbH die 1. Schul-Klima-Konferenz Bottrop statt. Dies unterstützte auch die Stadt Bottrop in ihren Ambitionen auf dem Weg zur Klimastadt 2035. Die Jahrgangsstufen 9 – 12 aller weiterführenden Schulen waren eingeladen.

Mithilfe der Mittel aus dem Stadtteifonds konnte die Durchführung erleichtert werden und z.B. Materialkosten oder Aufwandsentschädigungen sowie Snacks und Getränke für Teilnehmende und Netzwerkpartner bereitgestellt werden.

Bewilligte Förderung: 1.250,00 €

### **- GemeinSinnshaftGarten e.V.: Song-Werkstatt auf Prosper III**

Die Songwerkstatt eröffnet Anwohner\*innen des Quartiers Prosper III die Möglichkeit, mit und ohne musikalische Vorerfahrung Kunst und Kultur zu erleben und diese mitzugestalten.

Zwei Musiker bringen durch das Projekt Musikinteressierte zusammen und kreieren im individuellen Gruppenkontext eigene Stücke oder bauen auf Bekanntem auf. Die Räumlichkeiten des Quartiersbüros Prosper III sowie der Rote Platz im Quartier dienen als niederschwelliger Treffpunkt für wöchentliche Treffen der Teilnehmenden. Zu den Teilnehmenden der Song-Werkstatt zählen Menschen mit deutschem, türkischem, kurdischem, nigerianischem und ukrainischem Hintergrund.

Das Projekt konnte verstetigt werden.

Bewilligte Förderung: 2.000,00 €

### **- AWO Unterbezirk Gelsenkirchen / Bottrop: Spielgeräte für das Bürgerhaus Batenbrock**

Für das Bürgerhaus Batenbrock wurden verschiedene Sport-, Spiel- und Freizeitgeräte angeschafft, diese können durch Besucher\*innen im Bürgerhaus ausgeliehen werden. So kann zu einer Belebung des neugestalteten Volksparks Batenbrock als Treff- und Anlaufpunkt im Quartier beigetragen und das Verantwortungsgefühl und die gesellschaftliche Teilhabe der Bürger\*innen gestärkt werden.

Bewilligte Förderung: 1.489,45 €

### **- Naturschutzbund Bottrop e.V.: Multiplikatorenschulung Klimagärtner\*innen**

Der NABU Bottrop e.V. möchte Menschen dazu befähigen, in ihrem eigenen Lebensumfeld aktiv gegen den Klimawandel zu werden und die Nutzung von Pflanzenkohle im Garten ist ein Baustein dabei. Hierzu wurden in einer Schulung Klimagärtner\*innen ausgebildet, die in ihrem Umfeld als Multiplikatoren wirken und andere Menschen für das Thema klimafreundliches Gärtnern sensibilisieren.

Bewilligte Förderung: 955,00 €

## **Anlage 2: 2023 im Rahmen des Stadtteifonds geförderte Projekte**

### **- Kleingartenverein Am Beckramsberg e.V.: Mülleimer für die öffentliche Anlage**

Auf der öffentlich zugänglichen Fläche des Kleingartenvereins ist in den letzten 4 Jahren durch die ehrenamtliche Mitarbeit der Mitglieder ein kleines Paradies für Bürger und Bürgerinnen aber vor allen Dingen für Kinder geschaffen worden. Dort finden sich ein vereinseigener Spielplatz, ein Tiergehege, ein Trampolin, eine öffentliche Bücherbude, eine Terrassenholzhütte sowie zwei Spielwiesen. Als Folge der vielen täglichen Besucher entsteht viel Müll, den der Verein nicht mehr schafft zu entsorgen.

Mithilfe des Stadtteifonds werden Müllbehälter aufgestellt um einer Vermüllung der Fläche entgegenzuwirken. Bezüglich der laufenden Entsorgungskosten wurde eine Absprache des Vereins mit der Stadt Bottrop getroffen, die diese Kosten übernehmen wird.

Bewilligte Förderung: 1.265,16 €

### **- NaturFreunde Bottrop e.V.: Zelt für den Genussgarten**

Die NaturFreunde Bottrop haben für die verschiedenen Aktivitäten in ihrem Genussgarten (Sommerfest, Kinderfest, Kindermalgruppe, Seniorentreff, Familientreffs, Pflanzentauschbörsen, Hobbymärkte, gebrauchte Spielwarenmärkte, usw.) ein großes Zelt angeschafft, um witterungsunabhängiger zu sein. Das Zelt steht allen Gruppen, die das NaturFreunde-Haus nutzen zur Verfügung.

Bewilligte Förderung: 1.438,88 €

Datum

19.03.2024

Drucksache Nr.

**2024/0150**

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Zuständigkeit
Bezirksvertretung Bottrop-Mitte	11.04.2024	Vorberatung
Ausschuss für Stadtplanung und Umweltschutz	12.04.2024	Entscheidung

## Betreff

**Änderung Nr. 13 des Flächennutzungsplans zur Darstellung einer Wohnbaufläche im Bereich westlich der Tourcoingstraße**

- hier: 1. Ergebnis der frühzeitigen Beteiligung (§ 3 Abs. 1 BauGB und § 4 Abs. 1 BauGB) sowie der Beteiligung der betroffenen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (§ 4 Abs. 2 BauGB)  
2. Billigung des Planentwurfs  
3. Beschluss zur öffentlichen Auslegung

## Beschlussvorschlag

### Rechtsgrundlage:

**§§ 3 und 4 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03. November 2017 (BGBl. I S. 3634), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 03. Juli 2023 (BGBl. 2023 Nr. 176) geändert worden ist**

1. Das Ergebnis der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB sowie die Ergebnisse der Beteiligungen der betroffenen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 und 2 BauGB werden zur Kenntnis genommen.
2. Der Entwurf der Änderung Nr. 13. des Flächennutzungsplans zur Darstellung einer Wohnbaufläche im Bereich westlich der Tourcoingstraße wird einschließlich der zugehörigen Begründung in der als Anlage zu diesem Beschluss genommenen Fassung gebilligt.
3. Der Entwurf zur Änderung Nr. 13. des Flächennutzungsplans ist einschließlich zugehöriger Begründung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen.

## Finanzielle Auswirkungen

Finanzielle Auswirkungen:  
Haushalt im Jahr:  
Produkt und Sachkonto:  
Art der Ausgabe:

ja  
2024

Bedarf: im Haushaltsansatz  
berücksichtigt

Haushaltsansatz:  
zusätzliche Einnahmen:  
einmalige Belastung:  
jährliche Folgekosten:

Erläuterungen zu den finanziellen Auswirkungen:

## **Problembeschreibung / Begründung**

Der Ausschuss für Stadtplanung und Umweltschutz hat in seiner Sitzung am 10.09.2019 die Verfahren zur 13. Änderung des Flächennutzungsplans sowie zur Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 4.13/1 „Tourcoingstraße“ eingeleitet. Ziel der Verfahren ist es, die planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Erschließung und zum Bau eines neuen Wohngebiets westlich der Tourcoingstraße zu schaffen. Nähere Informationen können den entsprechenden Drucksachen (Nrn. 2019/0652 und 2019/0654) entnommen werden.

Im Oktober 2023 wurden die politischen Gremien mit der Drucksache 2023/0434 über den Stand der Planung informiert.

Zudem wurde im November 2023 die Öffentlichkeit im Rahmen einer Bürgerversammlung über den Stand der Planung informiert.

### **1. Ergebnis der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB**

Im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 (1) BauGB sind vier Stellungnahmen von Personen eingereicht worden, die im Umfeld des Plangebietes wohnen (Tourcoingstraße, Bögelsheide und Vienkenstraße). Von Ihnen wurden Bedenken geäußert hinsichtlich einer Zunahme von Verkehrslärm und Müll sowie Nutzungseinschränkungen bzw. Wegfall der heutigen Fuß- und Radwegeverbindung zur Tourcoingstraße. Neben der Zerstörung von Natur und Landschaft sowie einer Verschlechterung der Lebensqualität von Menschen und Tieren, wird die Planung kritisch hinsichtlich des Klimaschutzes gesehen. Der Wegfall von Erholungs- sowie Ackerflächen wird zudem benannt.

Des Weiteren wurden in drei verschiedene Listen Unterschriften gegen eine Bebauung der Fläche gesammelt und bei der Verwaltung eingereicht. Es werden Auswirkungen auf das Klima durch den Wegfall von Freiflächen und Frischluftschneisen befürchtet. Damit verbunden werden Auswirkungen auf die Gesundheit und die Lebensqualität der Menschen gesehen. Ebenso wird von einer Zerstörung von Natur und Landschaft ausgegangen. Es wird befürchtet, dass Tier- und Vogelarten ihren Lebensraum verlieren und Menschen ihr Naherholungsgebiet. In den drei Listen haben insgesamt 997 Personen unterschrieben. Es wurden insgesamt 327 Unterschriften von direkt betroffenen Personen (Am Schlangenholt, Bögelsheide, Bögelstraße, Börenstraße, Bügelstraße, Ernst-Moritz-Arndt-Straße, Stenkhoffstraße, Tourcoingstraße) abgegeben.

Die genannten Stellungnahmen sind der Vorlage als Anlage 1 beigelegt. In den Stellungnahmen wurde in der Regel nicht zwischen der Änderung des Flächennutzungsplans und der Aufstellung des Bebauungsplans unterschieden. Zahlreiche Anregungen sind daher auf Ebene des Flächennutzungsplans nicht relevant, werden aber der Vollständigkeit halber hier dennoch aufgeführt.

Zu den genannten Bedenken nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung (eine ausführliche Stellungnahme erfolgt zum Satzungsbeschluss im Rahmen der Abwägung aller Belange):

- Beeinträchtigung durch Lärm und Müll: Die schalltechnischen Auswirkungen der Planung wurden im Rahmen eines Gutachtens untersucht. Das Gutachten zeigt, dass durch den zusätzlichen Verkehr des Bauvorhabens in einigen Bereichen der Bestandsbebauung eine Zunahme des Lärmimmissionspegels im Plan-Fall bei unter 0,1 dB liegen würde und als akustisch irrelevant eingestuft wird.

Die Müllabfuhr fährt die komplette geplante Erschließungsstraße bis zur Wendeanlage entlang, um den Müll des gesamten Gebietes abzuholen. Die Wendeanlage ist extra dafür konzipiert, dass große Fahrzeuge, wie der Müllwagen

dort wenden können. An den Mehrfamilienhäusern sind Sammelanlagen am Haus vorgesehen, die Bewohner der Einfamilienhäuser haben ihre Mülltonne am Haus stehen und müssen diese am Leerungstag ans Ende des jeweiligen Wohnweges stellen.

- Auswirkungen auf den Fuß- und Radwegeverbindungen: Die öffentliche Verkehrsfläche ist genau wie der heutige bestehende Weg in Nord-Südrichtung geplant. Am Ende der Straße ist eine Wendeanlage vorgesehen von der ein Fuß- und Radweg die bestehende Wegeverbindung erhält. Zudem bietet der geplante Wirtschaftsweg der Entwässerungsmulde am Westrand des Plangebietes eine zusätzliche Wegeverbindung. Diese ist mit einer Breite von 3,5 Meter und einer wassergebundenen Decke als Fuß- und Radweg geeignet und von jedem Wohnweg erreichbar.
- Beeinträchtigung von Umweltbelangen: Die Auswirkungen der Planung auf die verschiedenen Umweltbelange wurden geprüft und das Ergebnis in einem umfangreichen Umweltbericht zusammengefasst. Soweit erforderlich setzt der Bebauungsplan Maßnahmen zur Kompensation der Umweltauswirkungen fest (z.B. Lärmschutzmaßnahmen, Artenschutzmaßnahmen, Maßnahmen zum Ausgleich der Eingriffe in Natur und Landschaft, Dachbegrünung). Einzelheiten können dem Entwurf der Begründung (Anlage 5) und dem darin enthaltenen Umweltbericht entnommen werden.
- Auswirkungen auf geschützte Arten: Aus artenschutzrechtlicher Sicht stellt sich das Vorhaben als unkritisch dar. Im Rahmen eines artenschutzrechtlichen Fachbeitrags wurde das Lebensraumpotential des Plangebietes und des näheren Umfeldes für planungsrelevante und anderweitig schützenswerte Arten analysiert (Vorprüfung – Stufe I) und in einem späteren Schritt durch Kartierungen (Vertiefende Prüfung – Stufe II) verifiziert. Es konnten keine Fortpflanzungs- und Ruhestätten von Vögeln oder Fledermäusen im Eingriffsbereich festgestellt werden. Der Gehölzbestand im Süden des Plangebiets wird durch eine Erhaltungsfestsetzung planerisch gesichert, sodass der Verlust von potenziellen Fortpflanzungs- und Ruhestätten planungsrelevanter Arten sicher auszuschließen ist. Baubedingte oder betriebsbedingte Beeinträchtigungen von Fortpflanzungs- und Ruhestätten in den umliegenden Gehölzen sind unter Berücksichtigung art- und vorhabenspezifischer Kriterien nicht zu erwarten.
- Auswirkungen auf Flächen für Landwirtschaft und Erholung: Der Bebauungsplan sieht eine Umwandlung von Ackerfläche in Wohnbebauung im begrenzten Umfang (50 m Tiefe) vor, zudem soll die an das Plangebiet angrenzende landwirtschaftliche Nutzung im rückwärtigen Bereich erhalten bleiben. Die Planungen sind mit dem Eigentümer dieser Flächen abgestimmt. Des Weiteren wurde die Landwirtschaftskammer NRW um Stellungnahme gebeten. Es wurden keine Bedenken hinsichtlich der angedachten Planungen geäußert.  
Als notwendige Kompensationsmaßnahme ist im Westen des Plangebiets die Realisierung von extensivem Grünland vorgesehen. Die begrünte Entwässerungsmulde bildet den Übergang zwischen diesem Grünland sowie den verbleibenden landwirtschaftlichen Flächen und der geplanten Wohnbebauung. Durch den vorgesehenen Wirtschaftsweg entlang der Entwässerungsmulde wird eine Wegeverbindung geschaffen, die den Anwohnern als Naherholungsraum dienen kann.
- Auswirkungen auf das örtliche Klima: Die Auswirkungen auf das örtliche Klima wurden im Rahmen eines Gutachtens untersucht. Das Gutachten kommt zu dem Ergebnis, dass durch die geplante Bebauung keine signifikante Veränderung in der Kaltluftversorgung und –dynamik hervorgerufen wird. Die Gebäude im Plankonzept weisen eine Ost-West-Ausrichtung auf, um eine bessere Durchlüftung des Plangebietes und der angrenzenden Wohnbebauung zu ermöglichen. Unter Berücksichtigung der mit dem Klimawandel einhergehenden Zunahme der Hitzebelastung wurden im Gutachten Planungsempfehlungen formuliert.

Dementsprechend werden im Plankonzept beispielsweise alle Dachflächen begrünt sowie eine offene Regenwasserableitung/-rückhaltung in Form einer naturnah gestalteten Rasenmulde realisiert. Einzelheiten können dem Entwurf der Begründung (Anlage 5) und dem darin enthaltenen Umweltbericht entnommen werden.

## **2. Ergebnis der Beteiligung der betroffenen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 und Abs. 2 BauGB**

Die betroffenen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden auf der Grundlage einer ersten Plankonzeption mit Schreiben vom 08.11.2019 gemäß § 4 Abs. 1 BauGB um Stellungnahme gebeten. Mit Schreiben vom 19.07.2023 erfolgte auf der Grundlage eines Vorentwurfes der Änderung die Beteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB. Von folgenden Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange liegen Stellungnahmen mit Anregungen oder Bedenken vor:

- Landschaftsverband Westfalen-Lippe Archäologie für Westfalen, Außenstelle Münster
- Bezirksregierung Arnsberg, Abteilung 6 „Bergbau und Energie in NRW“
- Emschergenossenschaft und Lippeverband
- Iqony Fernwärme GmbH

Es wird darauf hingewiesen, dass im südlichen Bereich des Plangebietes Hinweise auf eine unbekannt Siedlung aus der Bronzezeit gefunden wurden. Das weitere Vorgehen ist mit den entsprechenden Stellen abzustimmen. Hinsichtlich der bergbaulichen Verhältnisse im Vorhabensbereich wurde empfohlen, die Feldeseigentümer um Stellungnahmen zu bitten. Hinsichtlich des Niederschlagswassers wurde darauf hingewiesen, dass eine ortsnahe Versickerung, Verrieselung oder direkte Einleitung in ein Gewässer zu gewährleisten ist. Eine Entwässerung im Trennsystem wird als sinnvoll erachtet. Durch den Leitungsträger wird auf Versorgungsleitungen verwiesen.

Die genannten Stellungnahmen sind der Vorlage als Anlage beigelegt.

Zu den vorgetragenen Anregungen und Bedenken nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung (eine ausführliche Stellungnahme erfolgt zum Satzungsbeschluss im Rahmen der Abwägung aller Belange):

- Berücksichtigung von Belangen des Denkmalschutzes: Das weitere Vorgehen wurde mit der verantwortlichen Stelle abgestimmt und ein Hinweis in den Bebauungsplanentwurf aufgenommen.
- Umgang mit bergbaulichen Einwirkungen: Die Feldeseigentümer wurden im weiteren Verfahren beteiligt und um Stellungnahme gebeten. Es bestehen keine Bedenken gegen die Planung.
- Umgang mit dem anfallenden Niederschlagswasser: In einem Bodengutachten wurde die Versickerungsfähigkeit des Bodens überprüft. Aufgrund von ungünstigen kf-Werten ist ausreichende und gesicherte Wasserdurchlässigkeit des Untergrundes, weder für eine dezentrale noch für eine zentrale Regenwasserversickerung sicher gegeben. Daher wurde eine Konzeption der Regenwasserableitung zur Erhöhung des Verdunstungs- und Teilversickerungsanteils erarbeitet. Diese sieht vor, das anfallende Niederschlagswasser über eine offene Regenwasserableitung/ -rückhaltung entlang des Westrands des Baugebietes in Rasenmulden, gedrosselt in den Vorthbach einzuleiten. Ein Trennsystem ist damit vorgesehen.
- Berücksichtigung von Versorgungsleitungen und -flächen: Die vorhandenen Versorgungsleitungen können an ihrer jeweiligen Stelle verbleiben. Die Schutzanweisungen wurden an den Fachbereich Tiefbau weitergeleitet, damit diese bei den Baumaßnahmen Berücksichtigung finden.

### **3. Weiteres Vorgehen**

Der nächste Verfahrensschritt – die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB – soll nun auf der Grundlage des vorgelegten Entwurfs zur Änderung Nr. 13 des Flächennutzungsplans zur Darstellung einer Wohnbaufläche im Bereich westlich der Tourcoingstraße erfolgen.

### **4. Finanzielle Auswirkungen**

Die Durchführung eines Bauleitplanverfahrens hat finanzielle Auswirkungen. Dazu gehören beispielsweise Kosten für die Veröffentlichung von Bekanntmachungen, für die Vervielfältigung und den Versand von Unterlagen im Rahmen der Beteiligungsschritte sowie Personalkosten

Tischler

#### Anlage(n):

1. Stellungnahmen Öffentlichkeit
2. Protokoll Bürgerversammlung
3. Stellungnahmen Behörden und Träger öffentlicher Belange
4. Übersichtsplan
5. Entwurf der Begründung



Stadl Bottrop  
Stadtplanungsamt (61)  
Eingegangen am:  
25. Nov. 2019

61/1	<del>61/2</del>	61/2-UDB
61/3	61/4	b.R.



## Keine Bebauung an der Tourcoingstraße!

### **Mit meiner Unterschrift erhebe ich Einspruch gegen die Änderung des Flächennutzungsplanes sowie gegen die Aufstellung eines Bebauungsplanes an der Tourcoingstraße in Bottrop-Eigen.**

Die westlich der Tourcoingstraße gelegenen landwirtschaftlichen Flächen sollen nicht bebaut werden, denn diese Flächen dienen der Kalt- und Frischluftzufuhr für den dicht bebauten Stadtteil Eigen. Der Rat der Stadt Bottrop hat im Juli 2019 den Klimanotstand ausgerufen und hat sich damit verpflichtet, sämtliche Maßnahmen immer auch auf ihre Auswirkungen auf das Klima hin zu prüfen. In der kürzlich vorgelegten Klimaanalyse für Bottrop wird erklärt, wie wichtig Kalt- und Frischluftschneisen in Zeiten des Klimawandels sind. Ohne diese natürliche Belüftung würden gerade die dicht bebauten Stadtteile an heißen Tagen nicht mehr abkühlen, was eine beträchtliche gesundheitliche Belastung der Menschen mit sich bringen würde.

Darüber hinaus dient das Gebiet der Naherholung für viele Bürgerinnen und Bürger aus den angrenzenden Wohngebieten. Seniorinnen und Senioren, Hundehalter, Fußgänger, Radfahrer und viele mehr nutzen die nahegelegenen Grünflächen im Eigen zur Erholung und zum Durchatmen.

## **Keine Bebauung der Landschaftsschutzfläche**

### **an der Tourcoingstraße!**

Die Landschaftsschutzfläche an der Tourcoingstraße soll mit 70 Wohneinheiten bebaut werden. Die geplante Bebauung soll westlich der Tourcoingstraße und der Bögelsheide bis zum AWO Kindergarten in einer Tiefe von bis zu 40m erfolgen. Dafür müsste die Tourcoingstraße entsprechend verlängert werden.

Die Landschaftsschutzfläche ist Bestandteil des regionalen Grünzugs und eine wichtige Frischluftschneise für den Eigen. Mit dem Klimawandel und dem Anstieg der Temperaturen im Sommer - die Meteorologen sprechen bereits von einer „Heißzeit“ -, werden diese Freiflächen immer wichtiger für die Lebensqualität der Menschen. Die Ackerfläche und der renaturierte Vorthbach sind ein beliebtes Naherholungsgebiet für Spaziergänger. Die Landschaftsschutzfläche ist ein Rückzugsort für viele heimische Tier- und Vogelarten.

**Wir fordern, dass die Landschaftsschutzfläche auch für die Zukunft erhalten bleibt und nicht bebaut wird.**

## **Bitte sammeln auch Sie Unterschriften!**

**Vom 11. bis zum 25. November findet die Offenlegung der Pläne zur Tourcoingstraße im Rathaus statt. Bis dahin wollen wir noch einmal möglichst viele Unterschriften sammeln, und zwar unter diesem GEMEINSAMEN OFFIZIELLEN EINSPRUCH.**

**Werfen Sie die Unterschriftenlisten bitte bei uns Erstunterzeichnern in den Briefkasten. Außerdem liegen am Eigener Markt in mehreren Geschäften Listen aus und freitags ab 10.00 Uhr kann man auch am Infostand der DKP unterschreiben.**

-----

### **Einspruch gegen die Bebauung der Landschaftsschutzfläche an der Tourcoingstraße**

Es ist geplant, die Tourcoingstraße als Stichstraße bis zum Seniorenheim zu verlängern. Entlang der Straße sollen dann 48 Einfamilien-Doppelhaushälften und vier Mehrfamilienhäuser mit insgesamt 80 Wohneinheiten gebaut werden.

Die Landschaftsschutzfläche ist Bestandteil des regionalen Grünzugs und eine wichtige Frischluftschneise für den Eigen. Gegen den Anstieg der Temperaturen im Sommer erfüllt sie eine bedeutende Klimafunktion. Die Randbebauung widerspricht dem Landschaftsplan und gefährdet in Zukunft die Versorgung der Bevölkerung mit kühler Luft.

Die Ackerfläche und der renaturierte Vorthbach sind ein beliebtes Naherholungsgebiet für Spaziergänger. Das Gebiet ist ein natürlicher Lebensraum für heimische Tierarten, unter anderem für Kreuzkröten, Feuersalamander und Fledermäuse. Der Artenschutz ist nicht gewährleistet, aber eine reguläre Umweltverträglichkeitsprüfung ist nicht vorgesehen.

**Wir erheben hiermit Einspruch gegen die Änderung des Flächennutzungsplans westlich der Tourcoingstraße und gegen den Bebauungsplan Nr. 4.13/1 „Tourcoingstraße“.**

Stadt Bottrop  
Stadtplanungsamt  
Frau Wahle / Herr Schüttler  
Luise Hensel Str. 1  
46236 Bottrop

Stadt Bottrop Stadtplanungsamt (61) Eingegangen am:		
20. Nov. 2019		
61/1	<del>61/2</del>	61/2-UDE
61/3	61/4	b.R.

## Stellungnahme zum Bebauungsplan Nr. 4.13/1, Tourcoinstraße

### Planungsstand:

Soweit aus den öffentlich ausgelegten Unterlagen ersichtlich sieht die konkrete Planung der Bebauung vor, den Rad-/Fußweg (KFZ-frei) hinter den Grundstücken der Bögelsheide (südliche Verlängerung der Tourcoinstraße) in eine Zufahrts-Straße zu den Grundstücken der geplanten Bebauung umzuwandeln.

### Bisherige Nutzung des Wegs:

- Teilstück der Route Na`tour (Radeln zu den Naturdenkmälern Bottrops)
- Schulweg und Kindergartenzuwegung (Kindergarten Körnerstraße)
- Verbindung zwischen dem warmen Eigen und dem Vöingholz und damit Anbindung an Grafenwald und Kirchhellen.
- Teilstück einer autoverkehrsfreien Verbindung zwischen warmem und kaltem Eigen.
- Teilstück einer autoverkehrsfreien Verbindung zur Bottroper Innenstadt (und Alternativverbindung Bottrop-Innenstadt – Kirchhellen; s.o.).
- Naherholung der Bottroper Bevölkerung.

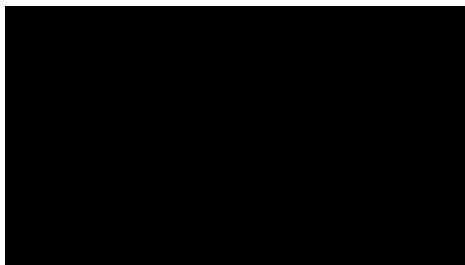
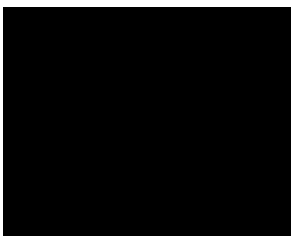
### Nachteile bei Umsetzung der uns bekannten Pläne:

- Während der Bautätigkeiten wird es zu erheblichen Nutzungseinschränkungen bzw. Sperrungen o.g. Weges kommen.
- Nach Fertigstellung der Bebauung und der geplanten Zufahrts-Straße wird der bisherige Vorteil der Autoverkehrsfreiheit aufgegeben.

### Alternativvorschlag zum vorgesehenen Plan für eine Bebauung und die Verkehrsführung:

- Erhaltung des Rad-/Fußwegs als eigenständiger Weg.
- Verlegung der Zufahrtsstraße zur geplanten Bebauung
  - o entweder direkt westlich neben den Weg; ggf. durch Zaun getrennt.
  - o oder auf die Westseite der zur Bebauung vorgesehenen Grundstücke.

Bottrop, 19.11.2019



## Stellungnahme(n) (Stand: 12.12.2019)

Sie betrachten: Tourcoingstraße  
Verfahrensschritt: Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB  
Zeitraum: 11.11.2019 - 25.11.2019

Kontakt:	<b>Name:</b> [REDACTED]
Bürger ID:	13157
Stellungnahme:	<p>Erstellt am: 19.11.2019</p> <p>Stellungnahme zum Bebauungsplan Nr. 4.13/1, Tourcoingstraße Planungsstand: Soweit aus den öffentlich ausgelegten Unterlagen ersichtlich sieht die konkrete Planung der Bebauung vor, den Rad-/Fußweg (KFZ-frei) hinter den Grundstücken der Bögelsheide (südliche Verlängerung der Tourcoingstraße) in eine Zufahrts-Straße zu den Grundstücken der geplanten Bebauung umzuwandeln. Bisherige Nutzung des Wegs:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>- Teilstück der Route Na`tour (Radeln zu den Naturdenkmälern Bottrops)</li><li>- Schulweg und Kindergartenzuwegung (Kindergarten Körnerstraße)</li><li>- Verbindung zwischen dem warmen Eigen und dem Vöingholz und damit Anbindung an Grafenwald und Kirchhellen.</li><li>- Teilstück einer autoverkehrsfreien Verbindung zwischen warmem und kaltem Eigen.</li><li>- Teilstück einer autoverkehrsfreien Verbindung zur Bottroper Innenstadt (und Alternativverbindung Bottrop-Innenstadt – Kirchhellen; s.o.).</li><li>- Naherholung der Bottroper Bevölkerung.</li></ul> <p>Nachteile bei Umsetzung der uns bekannten Pläne:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>- Während der Bautätigkeiten wird es zu erheblichen Nutzungseinschränkungen bzw. Sperrungen o.g. Weges kommen.</li><li>- Nach Fertigstellung der Bebauung und der geplanten Zufahrts-Straße wird der bisherige Vorteil der Autoverkehrsfreiheit aufgegeben.</li></ul> <p>Alternativvorschlag zum vorgesehenen Plan für eine Bebauung und die Verkehrsführung:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>- Erhaltung des Rad-/Fußwegs als eigenständiger Weg.</li><li>- Verlegung der Zufahrtsstraße zur geplanten Bebauung<ul style="list-style-type: none"><li>o entweder direkt westlich neben den Weg; ggf. durch Zaun getrennt.</li><li>o oder auf die Westseite der zur Bebauung vorgesehenen Grundstücke.</li></ul></li></ul> <p>Anhänge: -</p>

Stadtplanungsamt 61/2

Stadt Bottrop Stadtplanungsamt (61) Eingegangen am:		
21. Nov. 2019		
61/1	61/2	61/2-UDP
61/3	61/4	61/5

Bottrop, den 20.11.2019

Betrifft: Konzept / Entwurf zum Bebauungsplan Nr. 413/1 Tourcoingstr. 1

Hier: Frühzeitige Beteiligung / Offenlage  
vom \_\_\_\_\_ bis \_\_\_\_\_

Am heutigen Tag erschien Herr / Frau \_\_\_\_\_

Wohnhaft in \_\_\_\_\_

Nach Erläuterung des Konzeptes / Entwurfes zum Bebauungsplan Nr. 413/1 Tourcoingstr.

Erklärte(n) Herr / Frau Wahle

Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren!

Gegen den Bebauungsplan der Landschaftsschutzfläche Nr. 413/1 Tourcoingstr. haben wir, \_\_\_\_\_ folgende Bedenken, da wir jetzt auf das freie Feld sehen, die frische Luft genießen, die Tiere, die auf dem Feld ansässig sind, beobachten und den Verlauf der Sonne bis zum Untergang beobachten können. Durch eine Bebauung würde uns viel an Wohn- und Lebensqualität genommen, und der Lebensraum für einheimische Tierarten zerstört. Die negativen Seiten wären: Blick auf ein Häusermeer, lautes Verkehrsaufkommen, überfüllte Mülltonnen, lautes Zuschlagen der Garagen und vieles mehr, und eine Zerstörung der Umwelt für viele Generationen.

Meine Frau und ich erheben deshalb Einspruch gegen die Änderung des Flächennutzungsplans und die Bebauung der Landschaftsschutzfläche

21. Nov. 2019

Amt/Fb

## Stellungnahme(n) (Stand: 07.01.2020)

Sie betrachten: Tourcoingstraße  
Verfahrensschritt: Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB  
Zeitraum: 11.11.2019 - 25.11.2019

Kontakt:	<b>Name:</b> [REDACTED]
Bürger ID:	13120
Stellungnahme:	<p>Erstellt am: 11.11.2019</p> <p>Die geplante Bebauung im Landschaftsschutzgebiet, ist im Widerspruch zu den, der Öffentlichkeit vorgegebenen Zielen zum Klimaschutz ( Klimanotstand, Innovation City Ruhr) Deshalb ist es zwingend, vor einer Umwandlung von Landschaftsschutzgebieten, die unverzichtbar für eine Frischluftzufuhr von dicht bebauten Flächen sind, vorhandene Flächen, wie Brachen, oder weniger wertvolle Flächen für die Bebauung vorzuziehen. Auch ist das Wohl der Bevölkerung wichtiger, als die Interessen eines Immobilien Baukonzerns. Diese Naturfläche ist von großem Erholungswert, sie wird von Spaziergängern, Radfahrern, Joggern und Hundebesitzern gerne genutzt. Die zur Zeit gepachtete Fläche ist auch von dem Bauern aus Kirchhellen von Bedeutung. Nach seiner Aussage wird die Ackerfläche immer weniger in Bottrop, bedingt durch die intensive Bebauung in Kirchhellen und Bottrop. Man mag sich garnicht vorstellen, wie Bottrop in vielen Jahren bei diesem Flächenfraß aussieht. Müssen wir nicht auch an nachfolgende Generationen denken? Dieses Bauprojekt ist aus klimapolitischer und moralischer Sicht völlig unmoralisch.</p> <p>Anhänge: -</p>

## Stellungnahme(n) (Stand: 07.01.2020)

Sie betrachten: Änderung des Flächennutzungsplans zur Darstellung einer Wohnbaufläche im Bereich westlich der Tourcoingstraße  
Verfahrensschritt: Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB  
Zeitraum: 11.11.2019 - 25.11.2019

Kontakt:	<b>Name:</b> [REDACTED]
Bürger ID:	13122
Stellungnahme:	<p>Erstellt am: 12.11.2019</p> <p>Nachtrag zu meiner am 11.11.2019, um 21:45 Uhr Stellungnahme:</p> <p>Es ist auch suspekt, dass keine Umweltverträglichkeitsprüfung bei solch einem geplanten Eingriff in die Natur gemacht wurde. ( gefährdete Pflanzen, Insekten und Kleintiere)</p> <p>Aus genannten Gründen lege ich hiermit Einspruch gegen eine Bebauung ein.</p> <p>[REDACTED]</p> <p>Anhänge: -</p>



## **Protokoll Bürgerversammlung Bebauungsplan Nr. 4.13/1 „Tourcoingstraße“**

**Am:** 30.11.2023, 18:30 Uhr

**Ort:** Mensa Willy Brandt-Gesamtschule, Brömerstraße 12, 46240 Bottrop

### **Podium:**

- Klaus Müller, Technischer Beigeordneter
- Oliver Schüttler, Stadtplanungsamt
- Jennifer Wahle, Stadtplanungsamt, Protokollantin
- Rebecca Reiter, Bonava Deutschland GmbH, Projektleitung
- Stefan Crumbach, Bonava Deutschland GmbH, Projektleitung
- Bodo Matjeka, bms Stadtplanung GbR, Bauleitplanung

### **Vertreter der Stadtverwaltung im Plenum:**

- Tilman Christian (68)
- Markus Foitor (66)
- Stefan Lohbeck (66)

### **Vertreter der Bonava im Plenum:**

- Roger Baumgart

**Anzahl der Teilnehmenden:** ca. 30, davon ca. 15 Bürger / Anwohner / Interessierte sowie ca. 15 Mitglieder von ASU / BVM

### **Tagesordnung:**

1. Begrüßung
2. Übersicht über den Stand des Verfahrens
3. Vorstellung des Städtebaulichen Konzeptes
4. Fachgutachten und Fachuntersuchungen
5. Ausblick – Wie geht es weiter?
6. Rückfragen und Anregungen

### **1. Begrüßung**

Herr Müller eröffnet die Bürgerversammlung und begrüßt alle anwesenden Bürgerinnen und Bürger und Mitglieder des ASU und der BVM sowie die Teilnehmer im Podium.

Er erläutert, dass die heutige Veranstaltung der Information der Öffentlichkeit über den Stand der Planungen zum Bebauungsplan Nr. 4.13/1 „Tourcoingstraße“ dient. Hierbei führt Herr Müller aus, dass alle Fragen und Anregungen des heutigen Abends protokolliert und als Bestandteil des Verfahrens dem Rat zur Abwägungen vorgelegt werden.

Anschließend stellt Herr Müller die Mitglieder des Podiums und ihre Funktionen vor und erläutert anhand der dargestellten Tagesordnung den Ablauf der Veranstaltung.

## **2. Übersicht über den Stand des Verfahrens**

Herr Schüttler erläutert den Anwesenden den Stand des Verfahrens zur Aufstellung des Bebauungsplans anhand der gezeigten Folien. Hierbei stellt er u.a. dar, dass parallel zum Bebauungsplan das Verfahren zur Änderung des Flächennutzungsplans zur Darstellung einer Wohnbaufläche westlich der Tourcoingstraße durchgeführt wird.

Weitere Inhalte sind der Präsentation zu entnehmen (siehe Anhang).

## **3. Vorstellung des Städtebaulichen Konzeptes**

Frau Reiter stellt die Bonava als Projektentwickler vor und beschreibt die Zusammensetzung des Projektteams.

Anschließend präsentiert Herr Matjeka das Städtebauliche Konzept anhand der wichtigsten Kennzahlen. Mehrere Folien mit Visualisierungen der Gebäudetypen sollen den Anwesenden einen Eindruck über das Aussehen des zukünftigen Quartiers geben.

Weitere Inhalte sind der Präsentation zu entnehmen (siehe Anhang).

## **4. Fachgutachten und Fachuntersuchungen**

Herr Matjeka erläutert die durchgeführten Gutachten und Fachuntersuchungen, deren Ergebnisse sowie deren Einfluss auf die Planungen.

Weitere Inhalte sind der Präsentation zu entnehmen (siehe Anhang)

## **5. Ausblick – Wie geht es weiter?**

Herr Schüttler erklärt den weiteren Ablauf des Verfahrens zur Aufstellung des Bebauungsplans. So ist vorgesehen die öffentliche Auslegung im Sommer 2024 durchzuführen. Herr Schüttler weist daraufhin, dass bei diesem Beteiligungsschritt erneut Stellungnahmen zur Planung abgegeben werden können, die dann in der Abwägung Berücksichtigung finden. In den 30 Tagen der öffentlichen Auslegung können die Planunterlagen und Gutachten im Internet sowie auch in Papierform im Stadtplanungsamt eingesehen werden, Mitarbeiter des Stadtplanungsamtes stehen für Fragen und Erklärungen zur Verfügung.

Herr Schüttler erläutert den Anwesenden, dass alle im Verfahren eingegangenen Stellungnahmen dem Rat zur Abwägung vorgelegt werden müssen. Dazu werden Abwägungsvorschläge verfasst, die begründet darlegen, ob der jeweiligen Stellungnahme entsprochen oder diese abgewiesen werden soll.

Weitere Inhalte sind der Präsentation zu entnehmen (siehe Anhang).

## 6. Rückfragen und Anregungen

Herr Müller bedankt sich bei den Podiumsmitgliedern für ihre Darstellungen und eröffnet die Fragerunde. Er bittet die Anwesenden, ihre Fragen und Anregungen zu nennen. Folgende Wortmeldungen wurden geäußert:

Herr [REDACTED] weist daraufhin, dass 93 Familien in das Quartier ansiedeln, aber kein Spielplatz in der Planung vorgesehen ist. Die Kinder auf der Straße spielen zu lassen sei zu gefährlich.

- ➔ Frau Reiter erläutert, dass die Planungen keinen öffentlichen Spielplatz vorsehen, aber ein Nachbarschaftstool (ist noch nicht konkretisiert) vorgesehen ist. Zudem wird die Verkehrsfläche als verkehrsberuhigter Bereich geplant, so dass diese als Spielfläche von Kindern genutzt werden kann. Die Parkplätze werden als Parktaschen angelegt, um ein rückwärtiges Ausparken in die Verkehrsfläche, welches eine Gefahr für spielende Kinder bedeuten würde, zu verhindern.
- ➔ Herr Müller ergänzt diese Ausführung mit dem Hinweis, dass das Spielflächenkonzept der Stadt Bottrop einen neuen Spielplatz im Stadtteil Eigen vorsieht. Ein genauer Standort ist allerdings noch nicht entschieden.

Herr [REDACTED] Anwohner Tourcoingstraße, möchte, dass die Fuß- und Radwegeverbindung Richtung Eigen erhalten bleibt und fragt, wem der bestehende Weg gehört und ob nach dem Bau der neuen Straße ein Ersatz als Fuß- und Radweg geschaffen wird, da dies besonders für die älteren Anwohner der Tourcoingstraße mit ihren Rollatoren wichtig ist, um zum Eigener Markt zu kommen

- ➔ Herr Müller erklärt, dass der heutige Weg im Eigentum der Stadt sei und diese der Bonava das Recht einräumt dort zu bauen. Nach Fertigstellung werden die Verkehrsflächen der Stadt wieder übergeben.
- ➔ Herr Matjeka erklärt, dass die öffentliche Verkehrsfläche genau wie der bestehende Weg in Nord-Südrichtung geplant ist und den Weg ersetzt. Am Ende der Straße ist eine Wendeanlage geplant von der ein Fuß- und Radweg die bestehende Wegeverbindung erhält.

Herr [REDACTED] fragt nach, ob die vielen Nutzungsansprüche an die Verkehrsfläche – Erschließung des neuen Wohngebietes, Spielfläche für die Kinder sowie Fuß- und Radverbindung – bei der Planung berücksichtigt wurden.

- ➔ Herr Matjeka weist daraufhin, dass die neue öffentliche Straße als Sackgasse vorgesehen ist und somit kein Durchgangsverkehr auftritt. Zudem fahren dort nur die Anwohner der 93 geplanten Wohneinheiten, was keine großen Verkehrsströme auslöst. Die geplanten Verschwenkungen im Straßenverlauf beruhigen den Verkehr.

- Herr Schüttler erklärt, dass es Richtlinien zum Anlegen von Straßen gibt, damit die Verkehrsflächen hinsichtlich der Nutzungen angemessen geplant werden. Die vorliegende Straßenplanung entspricht diesen Richtlinien. Auch die Erfahrungen aus anderen Wohngebieten, bspw. Schultenkamp / Dorfheide zeigen, dass die geplanten Verkehrsflächen den Nutzungsansprüchen genügen.

Herr [REDACTED] findet, dass die älteren Menschen bei der Planung nicht berücksichtigt wurden und äußert Zweifel an der Sicherheit hinsichtlich der im oberen Abschnitt der Tourcoingstraße vorhandenen Parktaschen, die senkrecht zur Fahrbahn angeordnet sind. Dort könne es beim Ausparken zu gefährlichen Situationen kommen.

- Herr Schüttler erläutert, dass dies noch einmal überprüft wird, um eine Gefährdung durch die Planung auszuschließen.
- Herr Müller bekräftigt diese Aussage, dass die Planungen noch einmal überprüft werden. Zudem weist Herr Müller auf den Wirtschaftsweg der Entwässerungsmulde hin. Diese könnte als sicherer Umgehung der Straße genutzt werden.
- Frau Reiter erläutert, dass dieser Wirtschaftsweg mit seiner Breite von 3,5m und einer wassergebundenen Decke als Fuß- und Radweg geeignet ist und von jedem Stichweg erreichbar ist.

Herr [REDACTED], Anwohner Tourcoingstraße, führt auf, dass aus seiner Sicht alle heutigen Anwohner der Tourcoingstraße nur Nachteile haben. Er und seine Nachbarn genießen die schöne Aussicht und den Sonnenuntergang und er befürchtet, dass durch die Neubauten diese Sicht nun gestört wird bzw. nur noch Häuserwände von den Balkonen aus sichtbar sind. Als weiteren Punkt nennt er die Zunahme von Müll in der Tourcoingstraße. Schon heute ist die Situation schwierig und wird sich durch die neuen Wohneinheiten deutlich verschärfen. Zudem geht Herr [REDACTED] von einer Verschlechterung der Straßenbeläge durch die Zunahme des Verkehrs aus. Die Tourcoingstraße weise schon deutliche Straßenschäden auf, die von der Stadt aber nicht behoben werden. Generell findet er eine Bebauung der Fläche nicht vertretbar. Diese Fläche sei für mindestens 300 Jahre belegt und steht den kommenden Generationen nicht mehr zur Verfügung.

- Die Belichtung der Häuser wird bei der Bauleitplanung berücksichtigt, so Herr Müller. Er weist aber darauf hin, dass es keine Recht auf freie Sicht gibt. Der Hinweis zu den Straßenschäden ist von den anwesenden Vertretern des Tiefbauamtes aufgenommen worden und wird überprüft, um vorhandene Mängel zu beseitigen.
- Herr Matjeka erläutert, dass die Müllentsorgung für das Plangebiet gesichert ist. So ist vorgesehen, dass die Mülltonnen an jedem Haus stehen und diese von den Bewohnern am Leerungstag zum Ende der Wohnwege gebracht werden müssen, damit die Müllabfuhr diese dort leeren kann. An den Mehrfamilienhäusern sind Sammelanlagen am Haus vorgesehen. Die Müllabfuhr fährt

die komplette neue Erschließungsstraße bis zur Wendeanlage entlang, um den Müll des gesamten Gebietes abzuholen. Die Wendeanlage ist extra dafür konzipiert, dass große Fahrzeuge, wie der Müllwagen dort wenden können.

Herr [REDACTED] Bezirksvertreter, regt an, an Stelle einiger Einfamilienhäuser weitere Mehrfamilienhäuser zu bauen, um eine kompaktere Bauweise zu realisieren. Zudem fragt er nach, ob die Einfamilienhäuser alle als Eigentum vorgesehen sind oder diese auch zur Miete angedacht sind.

- ➔ Herr Müller erklärt, dass die Reihenhäuser eine sehr kompakte Bauweise darstellen und die Flächenversiegelung nur geringfügig höher ist, als bei einem Mehrfamilienhaus.
- ➔ Frau Reiter antwortet, dass die Einfamilienhäuser (Reihen-, Doppel- und Einzelhäuser) verkauft werden und nicht zur Miete gedacht sind. Sie weist darauf hin, dass in den Mehrfamilienhäusern 40 Wohneinheiten zur Miete geplant sind. Hierbei sind die nördlichen Mehrfamilienhäuser für den geförderten Wohnungsbau vorgesehen. Ob die Wohnungen der südlichen Mehrfamilienhäuser auch öffentlich gefördert werden, ist noch nicht klar.

Herr Müller ergänzt, dass 25% geförderter Wohnungsbau im Wohnbauflächenkonzept 2016 gefordert ist und dies im Plangebiet umgesetzt wird. Die GBB – Gesellschaft für Bauen und Wohnen Bottrop mbH – ist an der Realisierung dieser Gebäude interessiert, es kommen aber auch andere Interessenten in Frage. In den nördlichen Mehrfamilienhäusern ist ein KiTa-Standort angedacht, da der Bedarf an Betreuungsplätzen im Eigen vorhanden ist und durch das Planvorhaben an der Tourcoingstraße zudem steigt. Die Umsetzung wird derzeit noch überprüft.

Da keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, bedankt sich Herr Müller bei allen Anwesenden und weist noch einmal darauf hin, dass alle Wortmeldungen des heutigen Abends protokolliert wurden und in die Abwägung einfließen. Zudem erläutert er, dass die geplante Offenlage im Sommer 2024 eine weitere Möglichkeit bietet eine Stellungnahme zum Bebauungsplan abzugeben.

Herr Müller schließt die Bürgerversammlung um 19:30 Uhr.

gez.: Jennifer Wahle  
(Protokollantin)

Anhang: Präsentation „Bebauungsplan Nr. 4.13/1 „Tourcoingstraße“ – Bürgerinformation“



**bottrop.**

**Bebauungsplan Nr. 4.13/1  
„Tourcoingstraße“**

**Bürgerinformation  
30.11.2023**

## Agenda

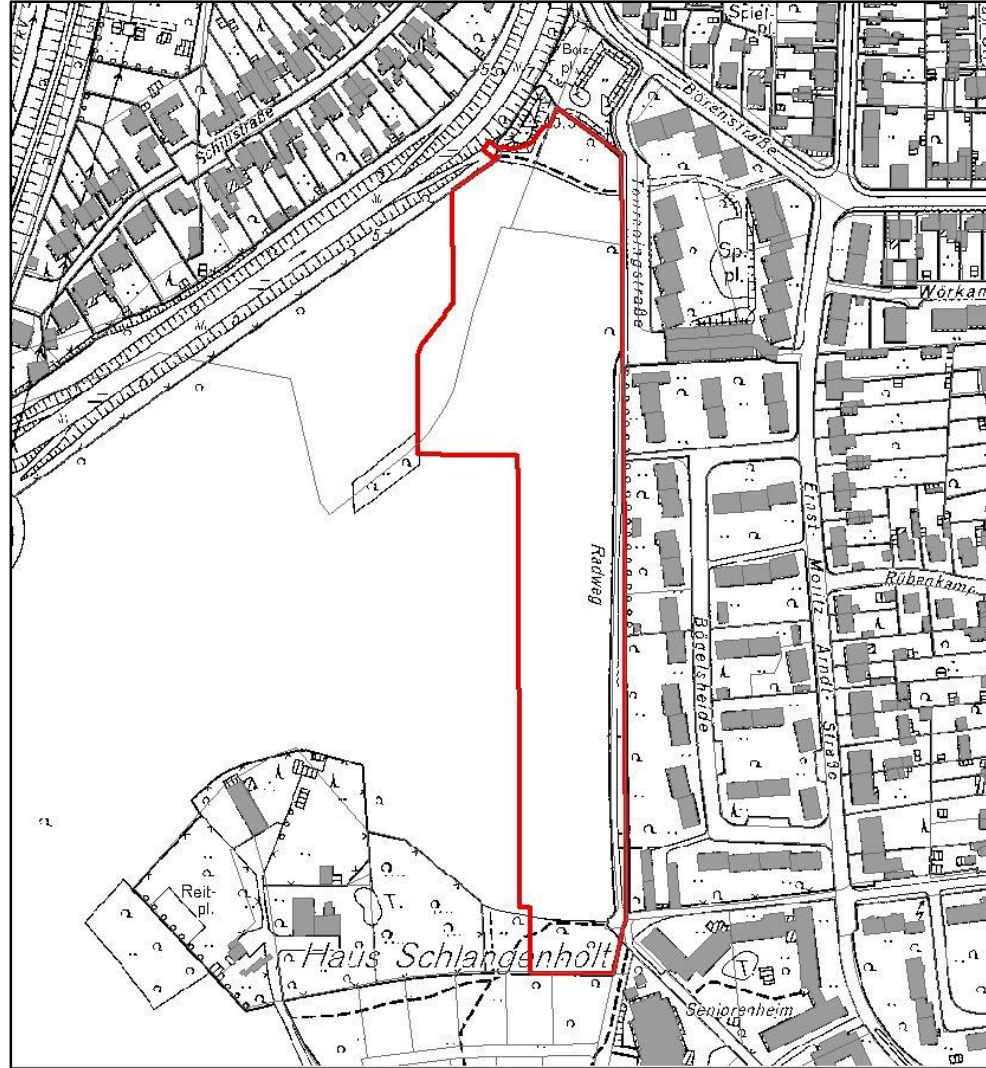
1. Übersicht über den Stand des Verfahrens
2. Vorstellung des Städtebaulichen Konzeptes
3. Fachgutachten und Fachuntersuchungen
4. Ausblick – Wie geht es weiter?
5. Nun sind Sie am Zuge: Rückfragen und Anregungen



**bottrop.**

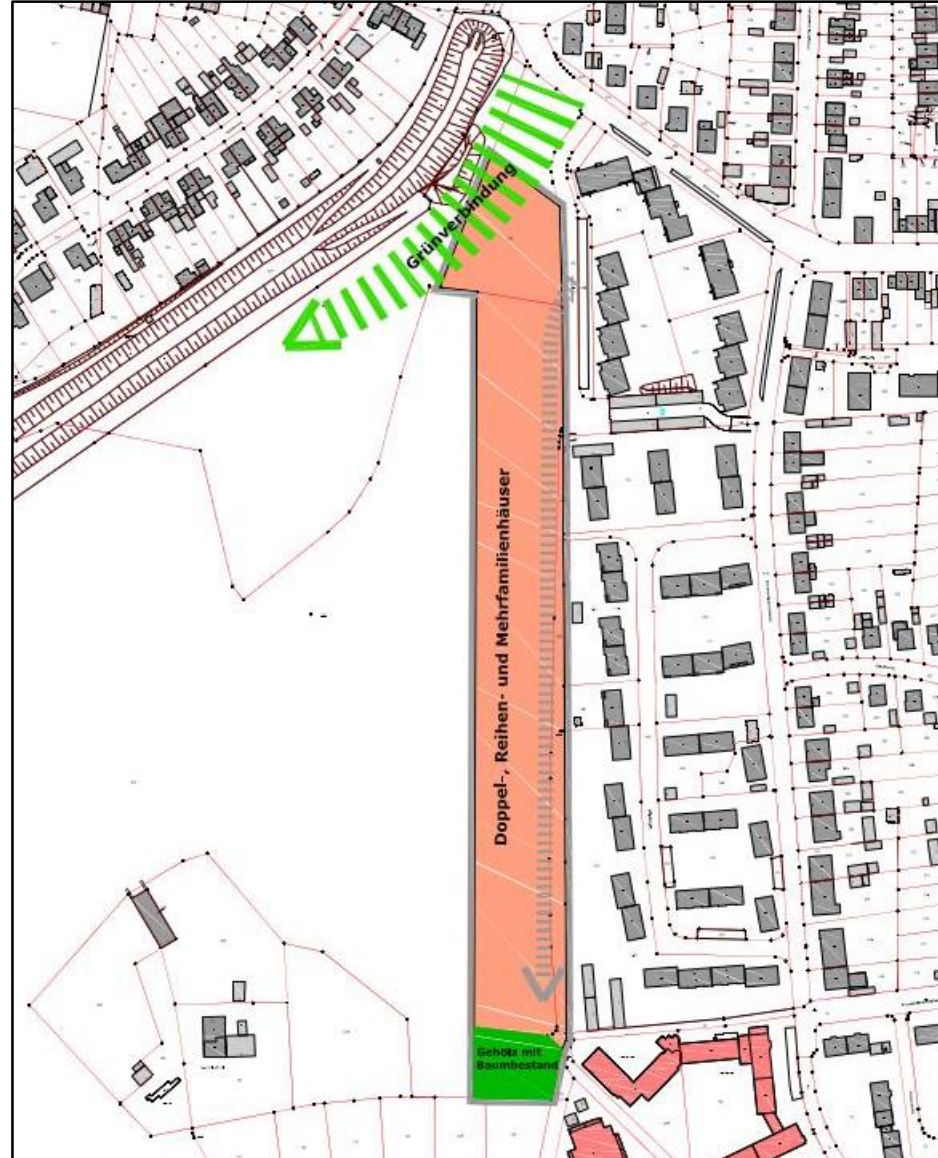
# 1. Übersicht über den Stand des Verfahrens





## Übersicht über den Stand des Verfahrens

- am 10.09.2019 Einleitung des Verfahrens zur Aufstellung des Bebauungsplans
- Fläche wird zur Zeit landwirtschaftlich genutzt
- Der Bereich ist im Flächennutzungsplan als Fläche für die Landwirtschaft dargestellt, daher ist eine Änderung des Flächennutzungsplans erforderlich
- Fläche ist Teil des Wohnbauflächenberichtes 2017
- Ziel: Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum



Plankonzept 2019

## Übersicht über den Stand des Verfahrens

- frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit in der Zeit vom 11.11.2019 bis zum 25.11.2019
- erstes grobes Plankonzept als Grundlage
- etwa 997 Unterschriften und 4 schriftliche Einwendungen gegen die Planung, z.B.:
  - Nutzungseinschränkungen / Wegfall der heutigen Fuß- und Radwegeverbindungen
  - Zunahme von Verkehrslärm und Müll
  - Auswirkungen auf Natur und Klima
  - Zerstörung von Natur und Landschaft
  - Wegfall von Erholungs- und Ackerflächen



*Luftbild 2022 mit Plangebiet*

## Übersicht über den Stand des Verfahrens

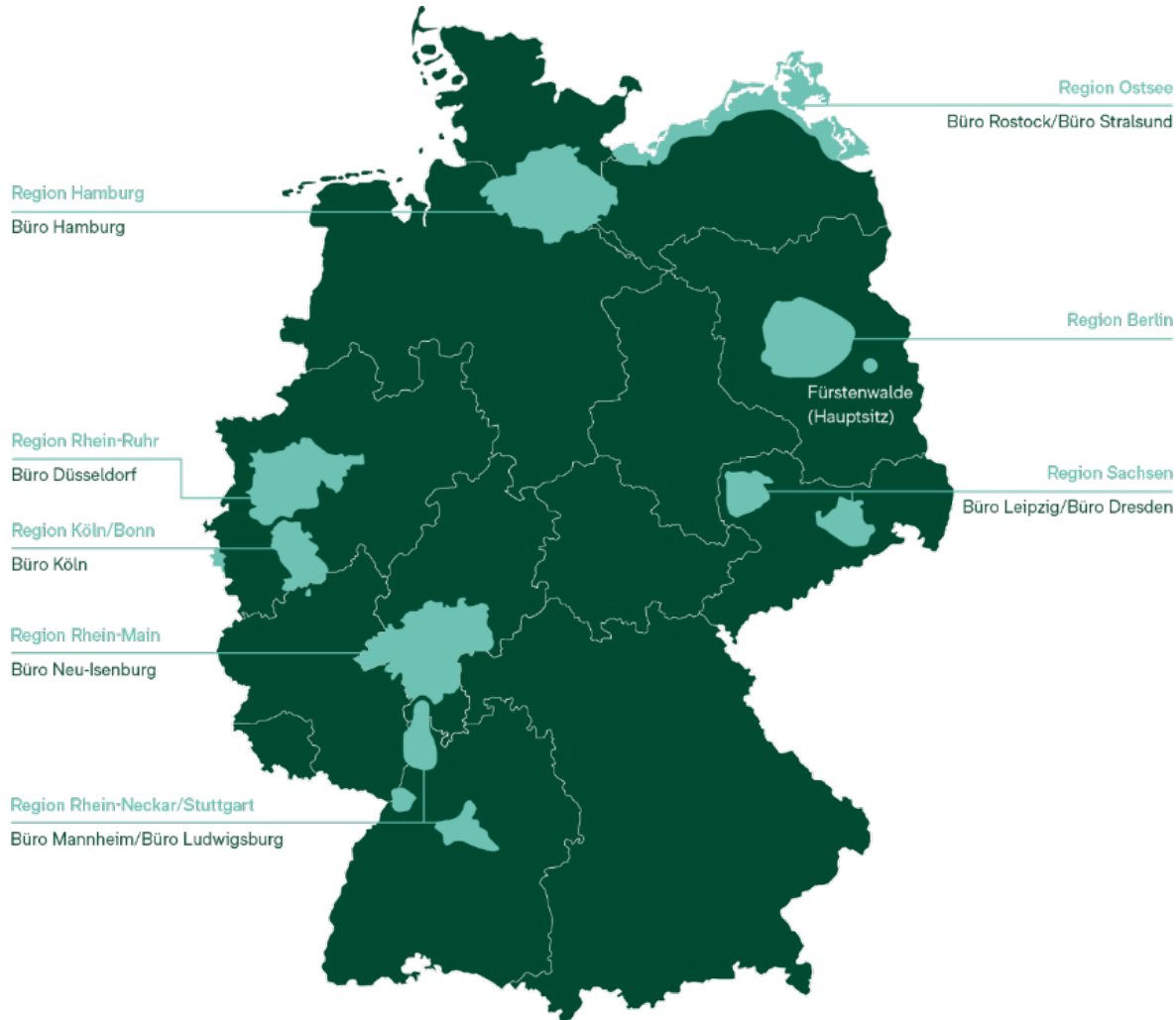
- um die Auswirkungen der Planung beurteilen zu können, wurden Gutachten und Fachplanungen zu folgenden Themen erarbeitet:  
Boden, Verkehr, Lärm, Entwässerung, Klima, Artenschutz, Natur und Landschaft
- Erarbeitung eines städtebaulichen Entwurfs durch die Bonava Deutschland GmbH



**bottrop.**

## **2. Vorstellung des Städtebaulichen Konzeptes**

# BONAVA



## Bonava Deutschland GmbH – Wer wir sind

- Die ca. 1.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sind etwa hälftig am Hauptsitz im brandenburgischen Fürstenwalde/Spree und in den regionalen Büros tätig.
- Als Bauträger und Projektentwickler treibt Bonava in Deutschland jährlich mehr als 150 Wohnbauprojekte voran
- Wir bauen mehr als Häuser und Wohnungen. Wir bauen für viele Menschen ein neues Zuhause und schaffen Wohnumfelder zum Wohlfühlen.

# Projektteam

# bottrop.



# Städtebauliches Konzept - Bebauung

Mehrfamilienhäuser  
(öffentlich gefördert)  
+ ggf. Kita-Standort



Reihenhäuser

Freistehende Häuser

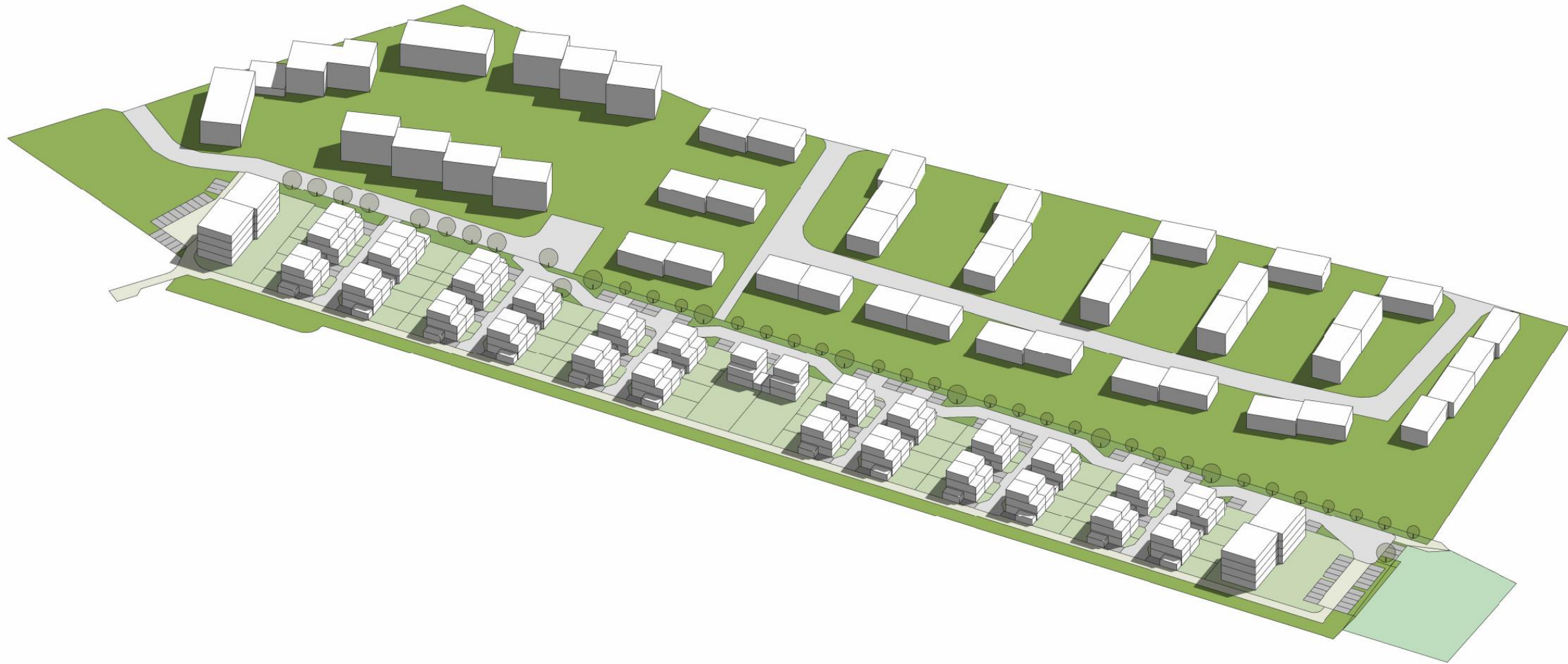
Doppelhaushälften

Mehrfamilienhäuser

*Städtebauliches Konzept*

- 93 Wohneinheiten mit Flachdach und Dachbegrünung
  - 9 Reihenhäuser
  - 42 Doppelhaushälften
  - 2 freistehende Häuser
  - 4 Mehrfamilienhäuser mit jeweils 10 Wohnungen
- Private Stellplätze:
  - 1 Garage plus Stellplatz je Haus
  - 1 Stellplatz je Wohnung
- Öffentliche Stellplätze insgesamt: 53
- Umsetzungsidee Kita im nördlichen Baufeld wird geprüft
- Aktuelle Nord-Süd-Wegeverbindung bleibt bestehen und wird erweitert

# Städtebauliches Konzept



*3D-Modellierung mit Nachbarbebauung*



# Visualisierungen



# Visualisierungen



# Visualisierungen





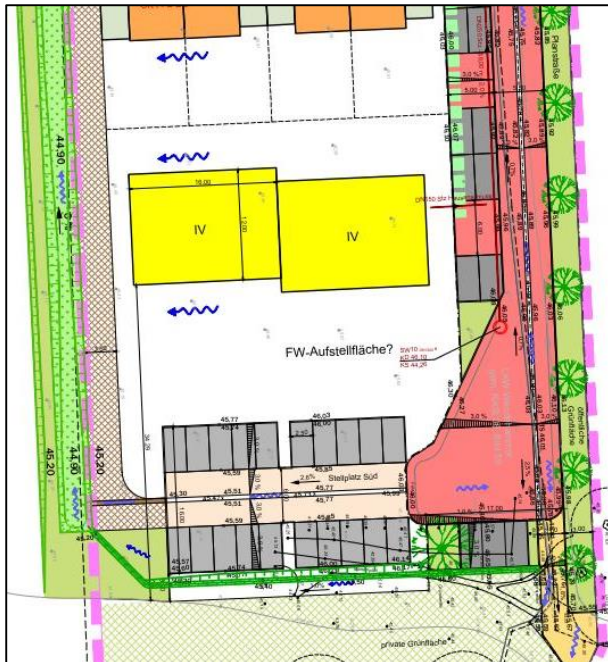
**bottrop.**

### **3. Fachgutachten und Fachuntersuchungen**

# Erschließungs- und Entwässerungsplanung



Erschließungs- und Entwässerungsplan



Südliche Wendemöglichkeit



Anschluss Tourcoingstraße

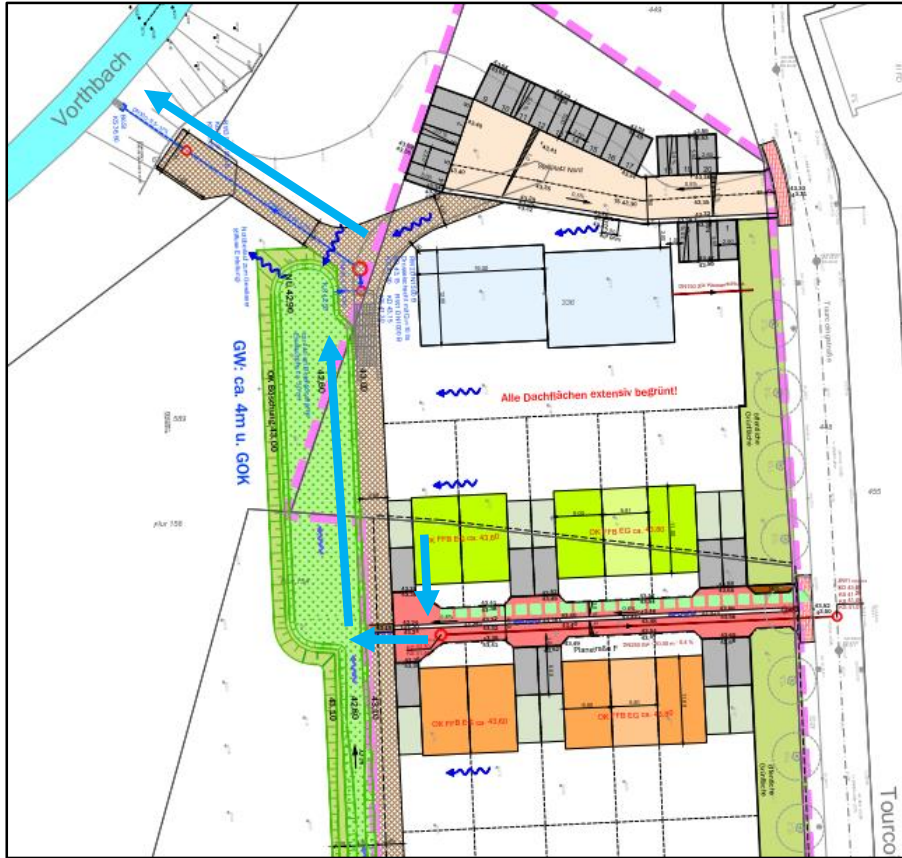
# Erschließungsplanung

- Erschließung über die südliche Verlängerung der Tourcoingstraße, Planstraße endet als Sackgasse in einer Wendeanlage
- Fuß- & Radwegeverbindung zur südlichen Bügelstraße
- Sammelstraße als verkehrsberuhigter Bereich ausgebildet
- Die Verschwenkungen der Straße bieten die Möglichkeit zur Anordnung von öffentlichen Stellplätzen und der Gestaltung mit Bepflanzungen
- 6 öffentliche Stichstraßen ermöglichen die Erschließung der Wohnhäuser

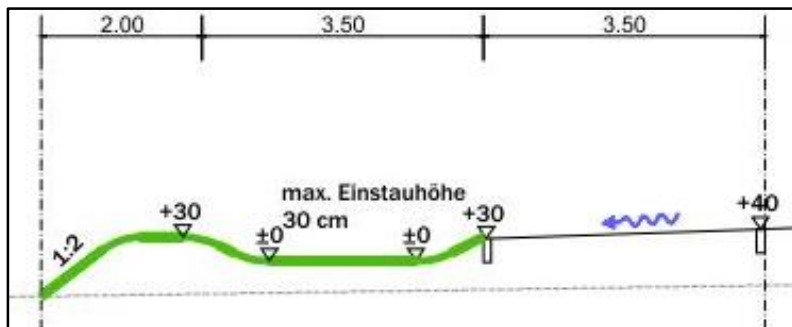
# Entwässerungsplanung

## Oberflächennahes Entwässerungssystem

1. Regenwasser wird in Dachbegrünung aufgefangen und gespeichert / verdunstet
2. Überschüssiges Regenwasser wird mittels eines offenen Entwässerungssystems abgeleitet
3. Regenwasser wird über Mittelrinnen in den Stichstraßen in die Entwässerungsmulde, die westlich entlang des Plangebietes verläuft, geleitet und kann hier sowie im Retentionsbecken verdunsten & versickern
4. Unverdunstetes / unversickertes Regenwasser kann nach Filterung in den Vorthbach eingeleitet werden



Anschluss Vorthbach



Querschnitt Entwässerungsmulde

# Verkehrsuntersuchung

## Vorgehensweise

- Ermittlung der Vorbelastung der umgebenden Verkehrsanlagen und Prognose der neuen Verkehrsbelastungen nach Realisierung des Bauvorhabens (Worst-Case-Annahme)

## Ergebnis

- Die Verkehrsqualität wird mit Wartezeiten unter 10 Sekunden (Stenkhoffstraße / Börenstraße) als sehr gut (Stufe A) & 6 Sekunden (Börenstraße / Tourcoingstraße) als gut (Stufe B) eingestuft
- Es ergeben sich durch die geplante Bebauung **keine** signifikant spürbaren Auswirkungen auf die Leistungsfähigkeit und Verkehrsqualität.
- Der Knotenpunkt wird gutachterlich als **deutlich ausreichend** leistungsfähig eingestuft



Lageplan Verkehrsknotenpunkte

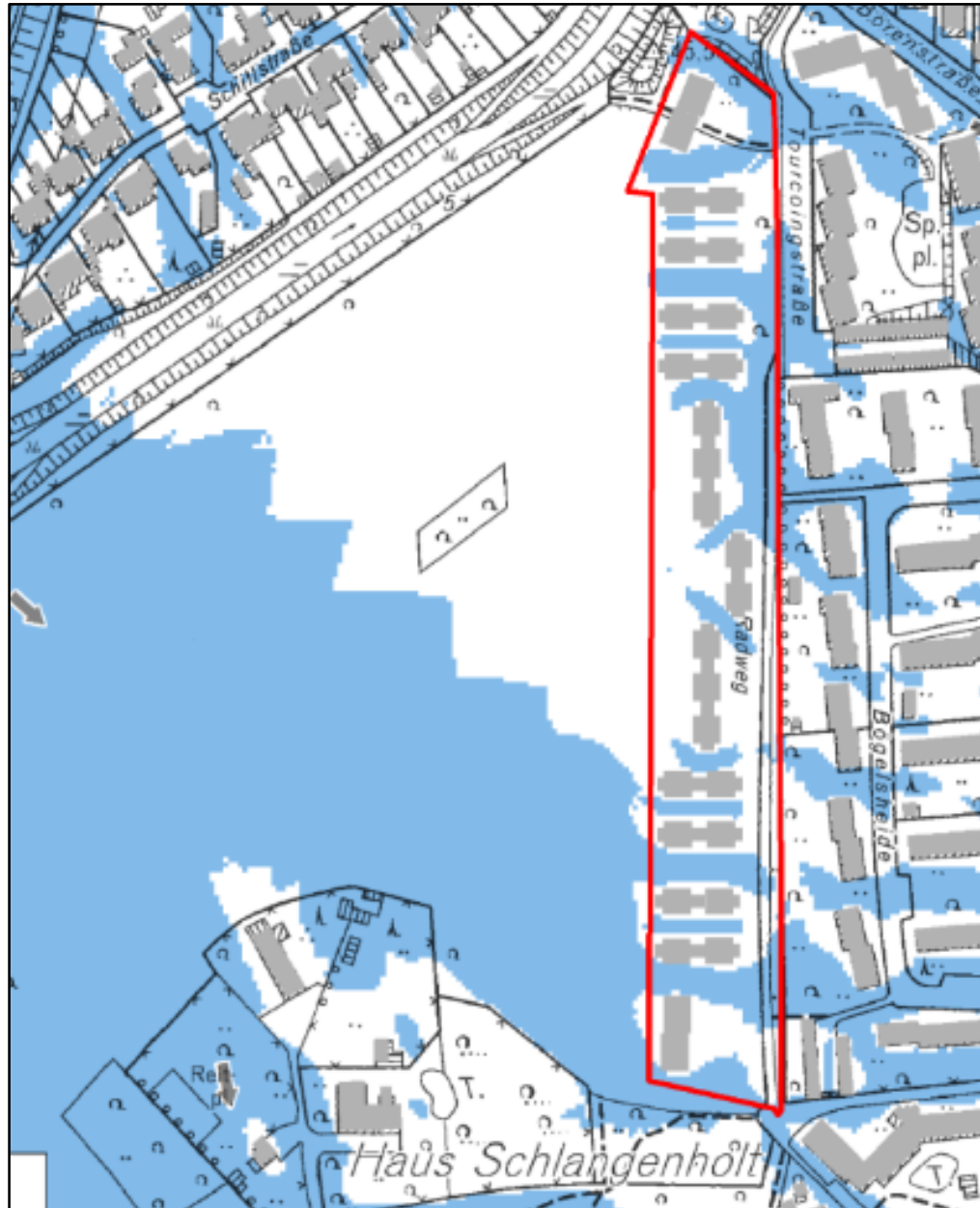


# Schalluntersuchung

- Orientierungswerte für Verkehrslärm im Wohngebiet werden überschritten
- Autobahn A2 ist maßgebliche Schallquelle, mit Umbau werden Schallschutzmaßnahmen umgesetzt
- Passive Lärmschutzmaßnahmen an den neu geplanten Gebäuden werden erforderlich
  - Spezielle Anforderungen an die Schalldämmung der Gebäude
  - Ausrichtung der Außenwohnbereiche (Balkone/Terrassen/Loggien) zur Südseite



Lageplan Schalluntersuchung



Lageplan Frischluftschneisen

# Klimagutachten

## Ergebnis

- vorgesehene Bebauungskonzept verursacht **keine** relevanten Veränderungen in der Kaltluftversorgung und Kaltluftdynamik, es sind gute bioklimatische Verhältnisse gegeben
- Umsetzung der Planungsempfehlungen:
  - Ost-West-Ausrichtung des Plangebietes durch angepasste Anordnung der Häuser
  - Hoher Grünanteil durch Verbot von versiegelten Vorgärten, Ausgleichsflächen, Verkehrsraumbegrünung
  - Begrünung der Dachflächen & Garagen zur Abkühlung der Oberflächen und Speicherung von Niederschlagswasser
  - Helle Farben im Baugebiet zur Vermeidung von Überhitzung der Fassaden
  - Oberflächennahes Entwässerungssystem

# Artenschutz

## Artenschutzprüfung I

- Aktuell intensive landwirtschaftliche Nutzung als Spargelacker
- Umlaufende Spazierwege werden von Spaziergängern mit Hunden (freilaufend) genutzt
- Ergebnis: Gehölze werden nicht mehr überplant -> keine Eingriffe



Nutzung Spargelacker



Legende:  = Plangebiet,  = Untersuchungsraum,  = Erhaltungsfestsetzung

Lageplan Artenschutzgutachten

## Artenschutzprüfung II

- Fortpflanzungs- & Ruhestätten von Vögeln oder Fledermäusen ließen sich im Plangebiet nicht feststellen
- Es entstehen **keine** artenschutzrechtlichen Konflikte durch das Vorhaben
- Durch die Erhaltungsfestsetzung der Gehölzstrukturen kann Verlust von potentiellen Fortpflanzungs- & Ruhestätten ausgeschlossen werden

# Ökologischer Ausgleich

## Landschaftspflegerische Maßnahmen

- Plangebiet hat geringe Biodiversität, die durch die Realisierung der Maßnahmen nicht erheblich betroffen wird
- ökologische Ausgleichsmaßnahmen decken Kompensationsbedarf vollständig ab (Schaffung von ca. 7.000 m<sup>2</sup> Extensivgrünland). **Es gibt keinen verbleibenden Kompensationsbedarf.**
- Niederschlagswasser verbleibt im natürlichen Wasserkreislauf, (Verdunstung & Einleitung in den Vorthbach)
- Erhaltungsfestsetzung für die Baumreihe entlang der Tourcoingstraße
- Ergebnis: Der Bebauungsplan löst für **keines** der Schutzgüter bzw. der Umweltfaktoren erhebliche Konfliktpotenziale aus.



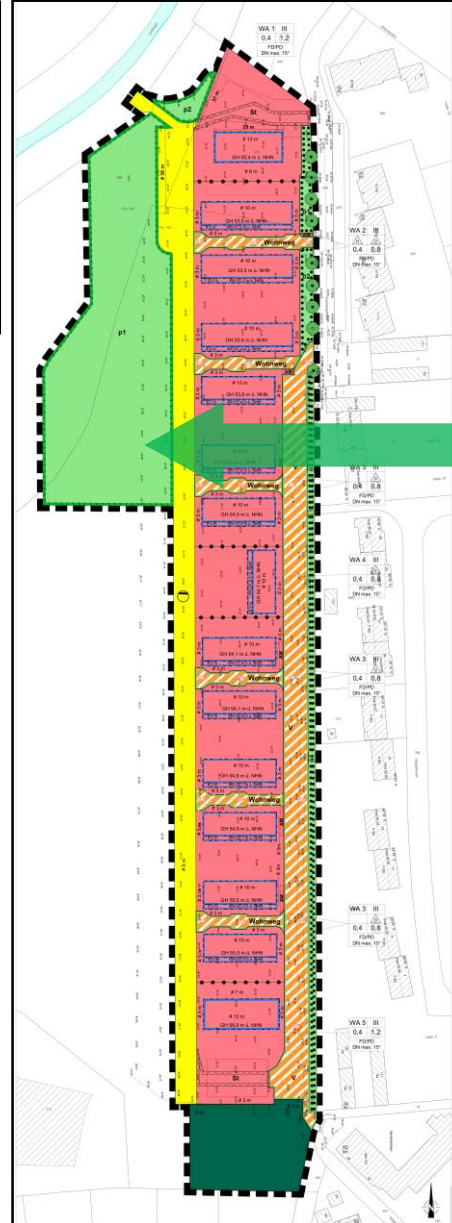
Beispiel ökologische Vielfalt



Beispiel Entwässerungsmulde



Beispiel Gründach



Vorentwurf Bebauungsplan



**bottrop.**

## **4. Ausblick – Wie geht es weiter?**



Vorentwurf Bebauungsplan

## Ausblick – Wie geht es weiter?

- Prüfung der heute vorgebrachten Anregungen
- „Übersetzung“ der städtebaulichen Planung in einen Entwurf für den Bebauungsplan
- Beschluss zur öffentlichen Auslegung
- Öffentliche Auslegung
- Abwägung aller eingegangenen Anregungen und Bedenken und Satzungsbeschluss (durch den Rat der Stadt)
- Bekanntmachung im Stadtspiegel (In-Kraft-Treten des Bebauungsplans / FNPs)



**bottrop.**

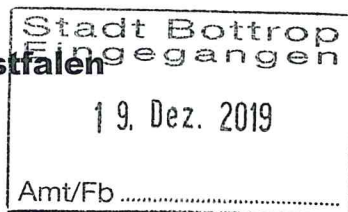
**Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit**



**bottrop.**

**5. Nun sind Sie am Zuge: Rückfragen und Anregungen**





LWL-Archäologie für Westfalen – An den Speichern 7, 48157 Münster



Servicezeiten: Montag-Donnerstag 08:30-12:30 Uhr, 14:00-15:30 Uhr  
Freitag 08:30-12:30 Uhr

Stadt Bottrop  
Stadtplanungsamt  
Verbindliche Bauleitplanung  
Postfach 10 15 54  
46215 Bottrop

Ansprechpartner:  
Dr. Christoph Grünewald

Tel.: 0251 591 8880  
Fax: 0251 591 8805  
E-Mail: christoph.gruenewald@lwl.org

*TB z.k. hü*

07. JAN. 2020

Az.: Gr/Ti/M 1133/19 B

Münster, 13.12.2019

**Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 4.13/1 „Tourcoingstraße“  
Änderung Nr. 13 des Flächennutzungsplanes**

Ihr Schreiben vom 08.11.2019 Az.: ./.

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Sept. 2000 fand im südlichen Bereich der jetzigen Planungsfläche eine archäologische Prospektion durch die LWL-Archäologie für Westfalen statt. Vorausgegangen war eine entsprechende Anfrage der Stadt Bottrop (Schreiben vom 05.08.1999; Az. 61-91-05 0805fu) mit beigefügtem Bericht über eine Boden-anomalie in der Ackerfläche östlich Haus Schlangenholt. Leider erbrachte die Untersuchung keine Klärung der auf Luftbildern deutlich erkennbaren rechteckigen Strukturen.

Allerdings fand sich einem der beiden Suchschnitte eine prähistorische Grube, die zahlreiche Keramikscherben enthielt. Diese Grube ist Hinweis auf eine bis dahin unbekannte Siedlung, deren Reste unter Flur erhalten sind und die nach Ausweis der Keramik in die Bronzezeit (um 1500 v. Chr.) datiert.

Aus diesem Zeithorizont sind bislang wenige Siedlungen bekannt. Sie ist daher bedeutend für die Geschichte der Stadt Bottrop. Die Erforschung der bronzezeitlichen Siedlung kann wertvolle Erkenntnisse erbringen über Kontinuität und Diskontinuität in der Besiedlungsgeschichte, über Siedlungsstruktur und Besiedlungsdichte in Bottrop und darüber hinaus. Daher besteht ein öffentliches Interesse daran, sie als Quelle für zukünftige Forschung dauerhaft zu erhalten. Somit stehen der Planung Gründung des Denkmalschutzes entgegen.

Sofern die Stadt Bottrop in einem Abwägungsprozess zu der Auffassung gelangt, dass das öffentliche Interesse an einer Bebauung höher wiegt als das Interesse an der Erhaltung des Bodendenkmals, könnte die LWL-Archäologie für Westfalen einer Bebauung zustimmen bzw. das Benehmen

zu einer denkmalrechtlichen Erlaubnis herstellen, wenn die Belange der Bodendenkmalpflege durch folgende Auflagen sichergestellt werden:

1. Das Bodendenkmal muss vor Beginn erster Bodeneingriffe in diesem Bereich flächig archäologisch untersucht werden. Die hierzu notwendige Zeit ist einzuräumen (§ 28 DSchG NRW). Die Ausgrabung muss nach den fachlichen Grabungsstandards der LWL-Archäologie für Westfalen (abrufbar unter: [www.lwl-archaeologie.de/archaeologische-denkmalpflege/Service](http://www.lwl-archaeologie.de/archaeologische-denkmalpflege/Service)) durchgeführt werden.
2. Die Kosten der archäologischen Untersuchung werden vom Verursacher getragen (§ 29 DSchG NRW).

Unklarheit besteht zurzeit noch über die genaue Abgrenzung des Bodendenkmals „Bronzezeitliche Siedlung“ (insbesondere nach Norden), da die archäologische Untersuchung des Jahres 2000 primär auf die Klärung des Luftbildbefundes ausgerichtet war.

Es bieten sich nunmehr zwei Vorgehensweisen an:

Falls planungstechnisch erforderlich, kann die Abgrenzung des Bodendenkmals durch ein Suchschnitttraster (Baggerschnitte) geklärt werden (Dauer ca. 3-5 Tage).

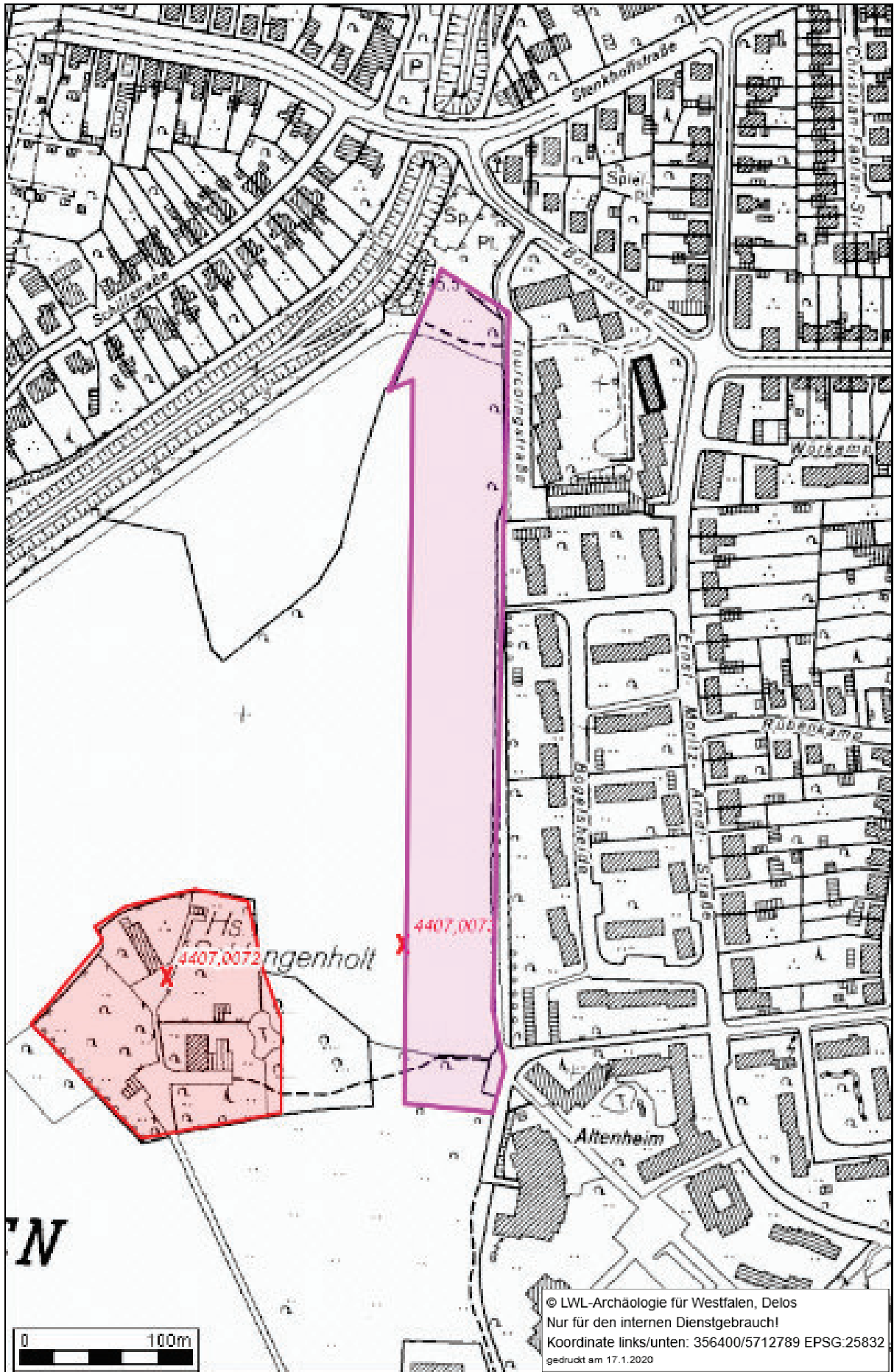
Sollte die Suchschnittprospektion als überflüssig erachtet werden, könnte mit der flächigen Ausgrabung im unmittelbaren Bereich des festgestellten Siedlungsbefundes begonnen werden und die Grabungsfläche von dort je nach Befundlage in nördliche und südliche Richtung ausgeweitet werden. Bei diesem Modell wäre eine Zeit und Kostenkalkulation aber nur ansatzweise möglich.

Mit freundlichen Grüßen

i.A.



(Dr. Grünewald)



© LWL-Archäologie für Westfalen, Delos  
Nur für den internen Dienstgebrauch!  
Koordinate links/unten: 356400/5712789 EPSG:25832  
gedruckt am 17.1.2020



Bezirksregierung Arnsberg • Postfach • 44025 Dortmund  
Stadt Bottrop  
Stadtplanungsamt  
Luise-Hensel-Straße 1  
46236 Bottrop

Stadt Bottrop Stadtplanungsamt (61) Eingegangen am:  25. Nov. 2019		
61/1	<del>61/2</del>	61/2-UDS
61/3	61/4	b.R.

Abteilung 6 Bergbau und  
Energie in NRW

Datum: 21. November 2019  
Seite 1 von 2

Aktenzeichen:  
65.52.1-2019-738  
bei Antwort bitte angeben

Auskunft erteilt:  
Herr Schneider  
peter.schneider@bra.nrw.de  
Telefon: 02931/82-3685  
Fax: 02931/82-3624

Dienstgebäude:  
Goebenstraße 25  
44135 Dortmund

## Änderung Nr. 13 des Flächennutzungsplanes im Bereich westlich der Tourcoinstraße

Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange  
gem. § 4 (1) BauGB

Ihr Schreiben vom 08.11.2019

Sehr geehrter Frau Kleinheins,

zu den bergbaulichen Verhältnissen im Vorhabenbereich erhalten Sie folgende Hinweise und Anregungen:

Die Änderungsfläche liegt teilweise über dem auf Steinkohle verliehenen Bergwerksfeld „Eigen“ im Eigentum der RAG Aktiengesellschaft, Im Welterbe 10 in 45141 Essen sowie überwiegend über dem auf Steinkohle verliehenen Bergwerksfeld „Rheinbaben 3“ im Eigentum der E.ON SE (Anschrift: E.ON SE, Mining Management, Brüsseler Platz 1, 45131 Essen).

Ferner liegt die Planfläche über den Bewilligungsfeldern „Jupiter“ und „Haniel-Gas“. Die Bewilligung gewährt das zeitlich begrenzte Recht zur

Hauptsitz:  
Seibertzstr. 1, 59821 Arnsberg

Telefon: 02931 82-0

poststelle@bra.nrw.de  
www.bra.nrw.de

Servicezeiten:  
Mo-Do 08:30 – 12:00 Uhr  
13:30 – 16:00 Uhr  
Fr 08:30 – 14:00 Uhr

Landeshauptkasse NRW  
bei der Helaba:  
IBAN:  
DE27 3005 0000 0004 0080 17  
BIC: WELADED

Umsatzsteuer ID:  
DE123878675



Aufsuchung und Gewinnung von Kohlenwasserstoffen (hier Grubengas).  
Rechtsinhaberin der Bewilligung „Jupiter“ ist die A-TEC Anlagentechnik  
GmbH, Schmelzer-straße 25 in 47877 Willich, Rechtsinhaberin der  
Bewilligung „Haniel-Gas“ ist die Mingas-Power GmbH, Rüttenscheider  
Str. 1-3 in 45128 Essen.

Abteilung 6 Bergbau und  
Energie in NRW

Seite 2 von 2

Soweit eine entsprechende Abstimmung nicht bereits erfolgt ist,  
empfehle ich, grundsätzlich dem Feldeseigentümer Gelegenheit zur  
Stellungnahme zu geben in Bezug auf mögliche zukünftige bergbauliche  
Planungen, zu bergbaulichen Einwirkungen aus bereits umgegangenem  
Bergbau, zu dort vorliegenden weiteren Informationen bzgl. berg-  
schadensrelevanter Fragestellungen sowie zum Erfordernis von  
Anpassungs- oder Sicherungsmaßnahmen. Die letztgenannte Frage-  
stellung ist grundsätzlich privatrechtlich zwischen Grundeigentümer  
/Vorhabensträger und Bergwerksunternehmer/Feldeseigentümer zu  
regeln.

Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrag

(Peter Schneider)

EMSCHERGENOSSENSCHAFT · Postfach 10 11 61 · 45011 Essen

Stadt Bottrop  
Stadtplanungsamt  
-Verbindliche Bauleitplanung-  
Postfach 10 15 54  
46215 Bottrop

EMSCHERGENOSSENSCHAFT  
Kronprinzenstraße 24, 45128 Essen  
Telefon (02 01) 104 - 0  
Telefax (02 01) 104 - 22 77  
<http://www.emschergenossenschaft.de>

Commerzbank Essen  
IBAN: DE71 3604 0039 0120 0039 00  
BIC: COBADEFFXXX

Sparkasse Essen  
IBAN: DE14 3605 0105 0000 2037 29  
BIC: SPESDE3EXXX

USt-IdNr.: DE 119 823 752

Ihr Zeichen	Ihre Nachricht vom	Unser Zeichen	Bearbeiter	Ruf / E-Mail	Datum
	08.11.2019	12-LI 10 1.224142	Milonas	104-2841 <a href="mailto:planverfahren@eglv.de">planverfahren@eglv.de</a>	02.01.2020

## **Bebauungsplan Nr. 4.13/1 „Tourcoingstraße“, 13. Änderung des FNP**

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu den Verfahren der o.g. Bauleitplanung haben wir keine Anregungen oder Bedenken. Die folgenden Hinweise sollten jedoch beachtet werden:

Bei einer baulichen Neuentwicklung des Gebietes sollten frühzeitig Maßnahmen der wassersensiblen Stadtgestaltung eingeplant werden. Ein Anschluss von Niederschlagswassers an die Mischwasserkanalisation ist zu vermeiden. Auch im Hinblick auf die zu erwartenden Folgen des Klimawandels hinsichtlich der Zunahme von Starkregenereignissen und der Hitzebelastung sollte der Umgang mit dem Regenwasser im Planungsgebiet unbedingt berücksichtigt werden. Für weitere Informationen oder Fragen stehen wir gerne zur Verfügung (Hr. Juchheim 0201 104 3153).

Da sich in unmittelbarer Nähe der Vorthbach befindet, könnte das anfallende Niederschlagswasser, bei Bau eines Trennsystems, in den Vorthbach eingeleitet werden. Sollte dies oder die Versickerung des Niederschlagswassers nicht möglich sein und diese Wassermengen ebenfalls in die Kanalisation abgeleitet werden müssen, ist die Entwässerungsrichtung des Plangebiets zu klären. Gegebenenfalls ändern sich die Zuflussmengen zum genossenschaftlichen Pumpwerk Bottrop-Eigen.

Dann kann nicht ausgeschlossen werden, dass -resultierend aus dieser Maßnahme- Anpassungen am genossenschaftlichen Pumpwerk erforderlich werden. In diesem Fall muss die hydraulische Bemessung des Pumpwerks gemäß DIN EN 752 neu nachgewiesen werden.

Mit freundlichen Grüßen

i.A.



(Walter)

i.A.



(Milonas)

## Stellungnahme(n) (Stand: 04.09.2023)

Sie betrachten: Änderung des Flächennutzungsplans zur Darstellung einer Wohnbaufläche im Bereich westlich der Tourcoingstraße  
Verfahrensschritt: Beteiligung der betroffenen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB  
Zeitraum: 17.07.2023 - 31.08.2023

Behörde: **Iqony Fernwärme GmbH**  
Frist: 31.08.2023  
Stellungnahme: Erstellt von: Mandy Lampe, am: 16.08.2023 , Aktenzeichen: -

Iqony Fernwärme ist hier betroffen (siehe Plan)

Freundliche Grüße  
Mandy Lampe

Anhänge:  
Tourcoingstr (s\_1692172064\_tourcoingstr.pdf)

Nachträge: -  
manuelle Einträge: -





Der Verlauf, die Höhe und die Maße der Fernwärmeleitungen und Kabel (incl. der Rechts- und Linkslage zur Fernwärmetrasse) können vom Lageplan abweichen und sind regelmäßig zu erkunden. Für sie wird keine Gewähr übernommen.



Tourcoingstr  
Bottrop

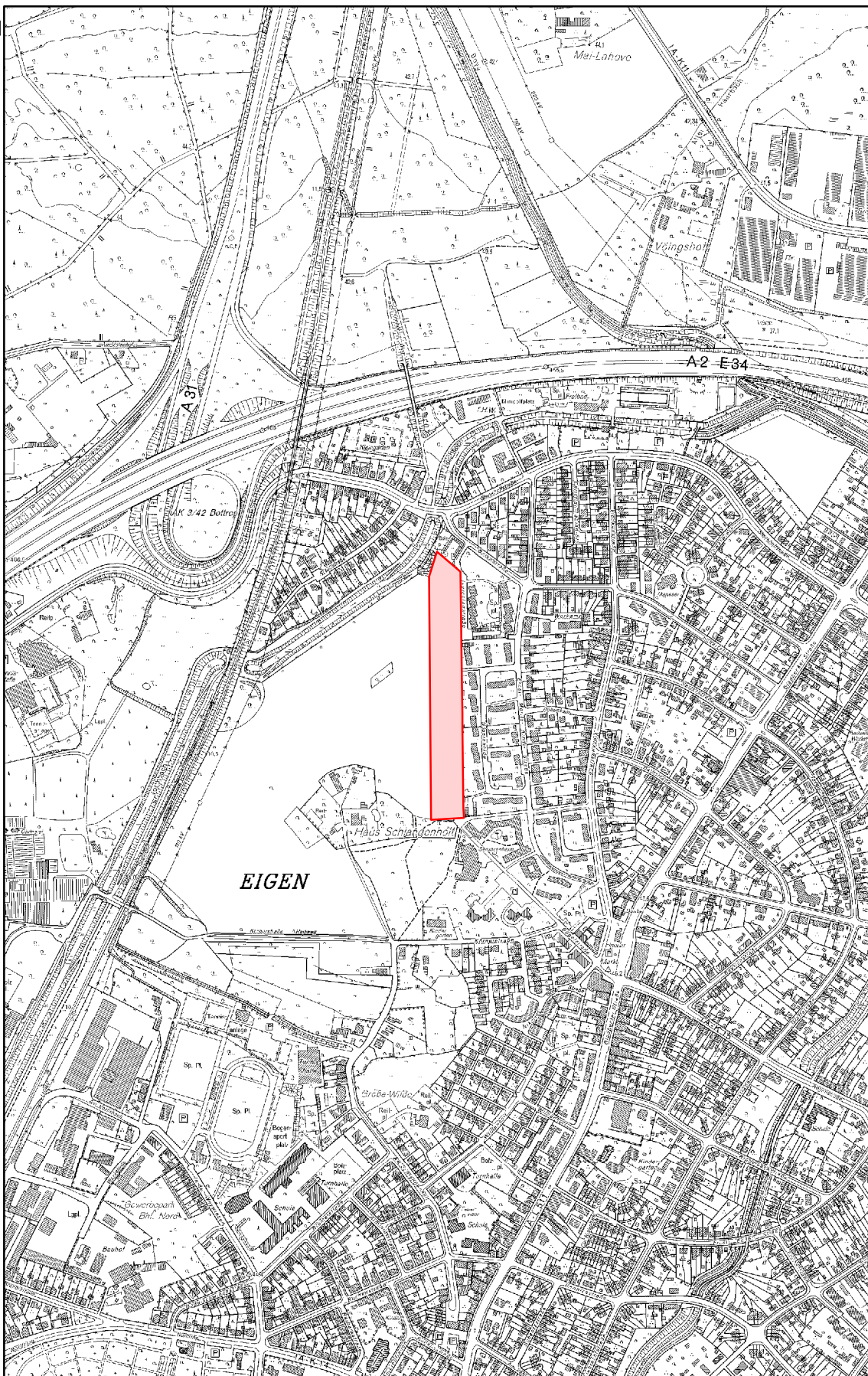


Maßstab 1:500

15.08.2023

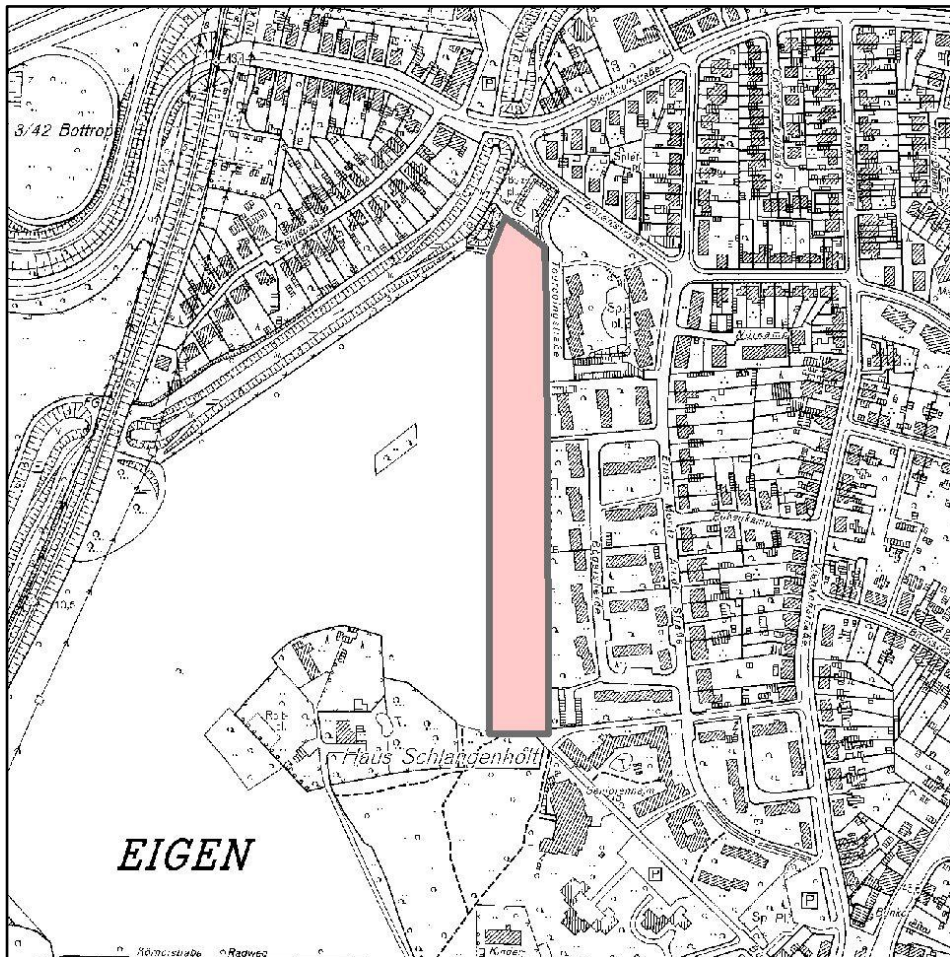
Schederhofstraße 6 45145 Essen

Tel. 0201 / 801-4900  
Fax. 0201 / 801-4888



## Änderung Nr. 13 des Flächennutzungsplans

zur Darstellung einer Wohnbaufläche im Bereich westlich der Tourcoingstraße



## Entwurf der Begründung

Stand März 2024

## **A. Anlass der Änderung und Ziele der städtebaulichen Neuordnung**

## **B. Planungsrechtliche Rahmenbedingungen**

1. Landes- und Regionalplanung
2. Derzeitige Darstellungen im Flächennutzungsplan
3. Landschaftsplan
4. Umweltschutzplan
5. Bundesraumordnungsplan für den Hochwasserschutz (BRPH)

## **C Städtebauliche Situation und vorhandene Nutzungen**

## **D. Geänderte Darstellungen im Flächennutzungsplan**

## **E. Flächenbilanz**

## **F. Umweltbericht**

1. **Einleitung**
  - 1.1 Anlass und Aufgabenstellung, Inhalt und Ziele des Bebauungsplans
  - 1.2 Planerische und rechtliche Grundlagen
2. **Beschreibung und Bewertung der Umweltauswirkungen**
  - 2.1 Beschreibung und Bewertung des derzeitigen Umweltzustands
  - 2.2 Beschreibung der voraussichtlichen Umweltauswirkungen bei Durchführung der Planung

Stand: März 2024  
Seite: 3

- 2.3 Prognose über die Entwicklung des Umweltzustandes bei Nichtdurchführung der Planung (Status-quo-Prognose)
- 2.4 Maßnahmen zur Vermeidung und Minderung negativer Auswirkungen
- 2.5 Eingriffs-Ausgleichsbilanz gemäß Eingriffsregelung nach BNatSchG
- 3. Zusätzliche Angaben**
  - 3.1 Beschreibung der verwendeten Verfahren und Hinweise auf Schwierigkeiten und Defizite
  - 3.2 Allgemein verständliche Zusammenfassung
  - 3.3 Verzeichnisse Umweltbericht

## **G. Planungsgrundlagen**

## **A. Anlass der Änderung und Ziele der städtebaulichen Neuordnung**

Die Bonava GmbH plant an der Tourcoingstraße auf einer landwirtschaftlich genutzten Fläche einen Teilbereich wohnbaulich zu entwickeln. Die Tourcoingstraße ist in diesem Bereich lediglich auf der östlichen Seite mit Wohngebäuden bebaut. Das Plangebiet mit seinen ca. 93 Wohneinheiten soll parallel zur vorhandenen Wohnbebauung, entlang der Westseite der Tourcoingstraße, entstehen.

Die Fläche ist Teil eines Bereichs, der schon geraume Zeit als Potentialfläche für Wohnungsbau im Gespräch ist. Der aktuelle Flächennutzungsplan stellt den Bereich jedoch als Landwirtschaftliche Fläche mit besonderer Klimafunktion dar. Daher bestand Konsens, dass die Fläche nicht großflächig in Wohnbaufläche umgewandelt werden soll. Aufgrund der ökologischen Wertigkeit der Fläche wurden im Vorgang der Planungen, im Jahr 2017, die Rahmenbedingungen für eine wohnbauliche Entwicklung festgelegt. Um die städtebauliche Verträglichkeit zu gewährleisten und um eine gesunde Dichte umzusetzen, ist es beabsichtigt, eine Baufläche von hoher städtebaulicher Qualität zu realisieren sowie Dachbegrünung umzusetzen. Die an das Plangebiet angrenzende landwirtschaftliche Nutzung im rückwärtigen Bereich soll erhalten bleiben. Ein grün gestalteter Geländestreifen bildet den Übergang zur offenen Landschaft.

Im Wohnbauflächenbericht 2017 wurde vorgeschlagen, einen ca. 30 - 40 Meter breiten Streifen (eine Grundstückstiefe) entlang der vorhandenen Straße und des Fuß-/Radweges zu Wohnzwecken zu überplanen. Hintergrund war zum einen die ausdrückliche Bereitschaft des Eigentümers, die Fläche wohnbaulich zu nutzen und zum anderen die städtebauliche Situation entlang der vorhandenen einseitig bebauten Tourcoingstraße.

Im Vorfeld war bereits mit der Regionalplanungsbehörde abgestimmt worden, eine geringfügige Erweiterung des Allgemeinen Siedlungsbereichs im Entwurf des neuen Regionalplans Ruhr zu berücksichtigen, damit eine solche Planung aus dem Regionalplan entwickelt werden kann. Der seit dem 28. Februar 2024 rechtskräftige Regionalplan Ruhr stellt nun eine Erweiterung des Allgemeinen Siedlungsbereiches für einen Streifen westlich der Tourcoingstraße dar.

Der städtebauliche Entwurf der Bonava GmbH sieht die Bebauung in einem ca. 50 Meter tiefen Streifen entlang der Tourcoingstraße und des sich südlich anschließenden Fußwegs parallel zur vorhandenen Bebauung vor. Es sollen ca. 48 Einfamilienhäuser in Form von Doppelhaushälften sowie bis zu vier Mehrfamilienhäuser realisiert werden. Zudem wird eine Kindertagesstätte im Erdgeschoss eines der Mehrfamilienhäuser realisiert, um dem Bedarf an Betreuungsplätzen im Stadtteil entgegenzukommen.

Um die planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Realisierung der Wohnbebauung zu schaffen ist der Flächennutzungsplan zu ändern. Die Änderung betrifft einen Streifen (ca. 50 Meter) entlang der Tourcoingstraße und des Fuß- und Radweges. Parallel zur Änderung des Flächennutzungsplan wird ein Bebauungsplan aufgestellt. Die konkrete städtebauliche Nutzung der Fläche wird im Bebauungsplanverfahren geregelt, ebenso die erforderlichen artenschutzrechtlichen und sonstigen Ausgleichsmaßnahmen.

## B. Bestehende Planungen

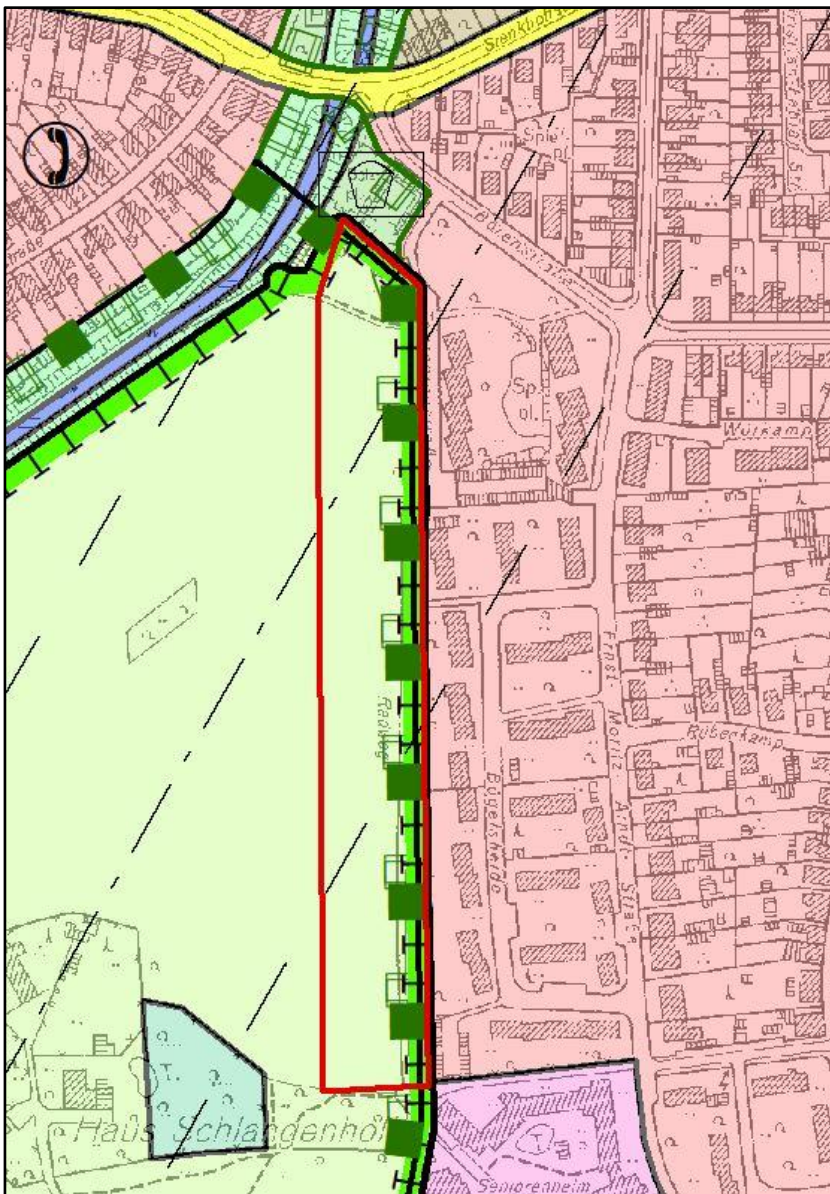
### 1. Landes- und Regionalplanung

Der seit dem 28. Februar 2024 rechtskräftige Regionalplan Ruhr legt das Plangebiet als Allgemeinen Siedlungsbereich fest. Damit sind aus regionalplanerischer Sicht die Voraussetzungen für die angedachte Entwicklung des neuen Baugebiets gegeben.



## 2. Derzeitige Darstellungen im Flächennutzungsplan

Im Flächennutzungsplan (FNP) ist der Bereich als *Fläche für die Landwirtschaft* dargestellt. Er ist als *Suchraum für Flächen zum Ausgleich* ausgewiesen und ist zusätzlich gekennzeichnet als Freiraum, dessen besonderer Klimafunktion gesichert werden soll. Die folgende Abbildung zeigt die heutige Darstellung des Flächennutzungsplans.



Um die planungsrechtliche Voraussetzung für eine wohnbauliche Entwicklung zu schaffen, ist somit eine Änderung des Flächennutzungsplans erforderlich.



### 3. Landschaftsplan

Das Plangebiet liegt im Geltungsbereich des Landschaftsplanes der Stadt Bottrop und ist als Landschaftsschutzgebiet mit dem Entwicklungsziel „Erhalt“ ausgewiesen. Das Planvorhaben widerspricht dem Landschaftsplan und dessen Festsetzungen. Jedoch sieht die Planung die Realisierung von nur einer Bauzeile vor. Die Eingriffe in Natur und Landschaft müssen im Planverfahren bilanziert und durch Ausgleichskonzeptionen und –maßnahmen (Dachbegrünung, Rückhaltung des Regenwassers im Gebiet, Entwicklung und Umsetzung eines Ausgleichskonzeptes für den Offenlandbereich unter Erhalt von extensiver landwirtschaftlicher Nutzung) ausgeglichen werden.

Für solche Fälle enthält das Landesnaturschutzgesetz (LNatSchG NRW) in § 20 Abs. 4 die folgende Regelung:

*„Bei der Aufstellung, Änderung und Ergänzung eines Flächennutzungsplans im Geltungsbereich eines Landschaftsplans treten widersprechende Darstellungen und Festsetzungen des Landschaftsplans mit dem Inkrafttreten des entsprechenden Bebauungsplans oder einer Satzung nach § 34 Absatz 4 Satz 1 Nummer 2 des Baugesetzbuches außer Kraft, soweit der Träger der Landschaftsplanung im Beteiligungsverfahren diesem Flächennutzungsplan nicht widersprochen hat.“*

### 4. Umweltschutzplan

Laut Umweltschutzplan handelt es sich bei dem Plangebiet um eine Fläche für die Freiraumentwicklung. Somit widerspricht der Umweltschutzplan dem Vorhaben, da der Naturraum erhalten bleiben und nicht zerstört werden soll. Jedoch ist eine wohnbauliche Entwicklung in begrenztem Umfang denkbar, wenn die umgebende Freifläche aufgewertet wird. Sie kann dann auch für Ausgleichsmaßnahmen genutzt werden. Vorstellbar ist in diesem Zusammenhang die Entwicklung eines Biotopkonzeptes. Die Möglichkeit einer landwirtschaftlichen Nutzung sollte hierbei erhalten bleiben.

### 5. Bundesraumordnungsplan für den Hochwasserschutz (BRPH)

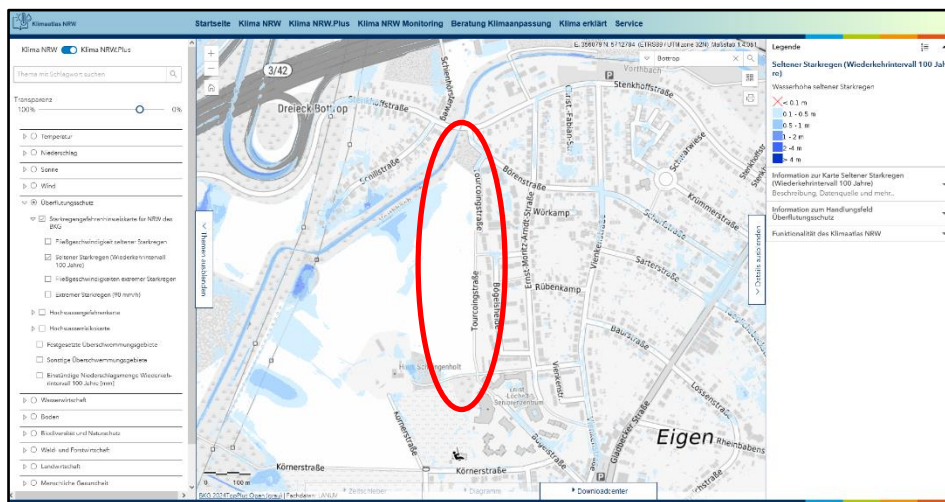
Am 01.09.2021 ist der Bundesraumordnungsplan Hochwasserschutz (BRPH) in Kraft getreten. In der Bauleitplanung sind die Ziele des BRPH zu beachten sowie die Grundsätze zu berücksichtigen. Im Besonderen sind die Risiken von Hochwassern, einschließlich der davon möglicherweise betroffenen empfindlichen und schutzwürdigen Nutzungen (Ziel 1.1.1 BRPH) sowie die Auswirkungen des Klimawandels im Hinblick auf Hochwasserereignisse durch oberirdische Gewässer oder Starkregen (Ziel 1.2.1 BRPH) vorausschauend zu prüfen. Hochwasserminimierende Aspekte sollen berücksichtigt und es soll auf eine weitere Verringerung von Schadenspotenzialen hingewirkt werden (Grundsatz 11.1.1 BRPH).

## Starkregen

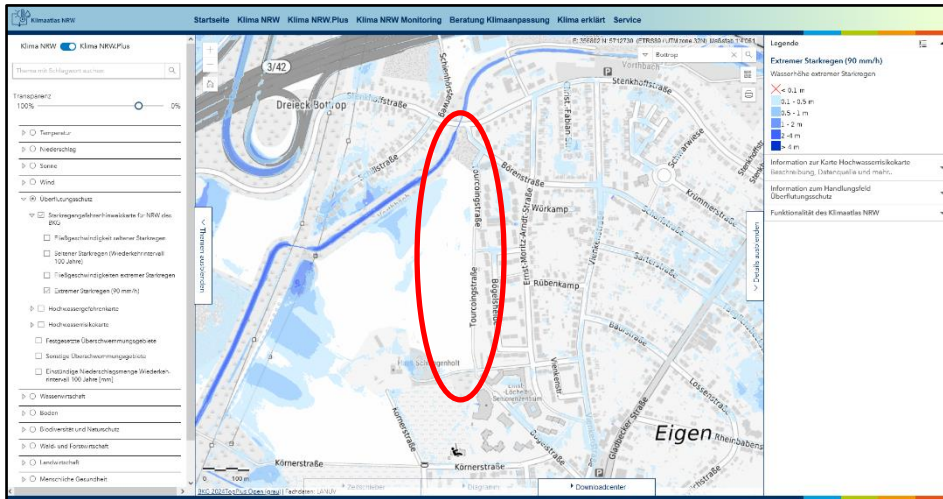
Das Bundesamt für Kartographie und Geodäsie (BKG) hat flächendeckend Starkregenereignisse für ganz NRW berechnen lassen und in einer Starkregenhinweiskarte dargestellt. In der Karte wird zwischen zwei Starkregen-Szenarien unterschieden:

- seltenes Starkregenereignis: 36-50 mm Niederschlag pro Stunde (1 mm Niederschlag entspricht 1 Liter pro m<sup>2</sup>) bei einer Jährlichkeit von 100 Jahren.
- extremes Starkregenereignis: 90 mm Niederschlag pro Stunde (1 mm Niederschlag entspricht 1 Liter pro m<sup>2</sup>).

Aus der Starkregenhinweiskarte (<https://www.klimaatlas.nrw.de/klimaanrw-karte>) ist zu entnehmen, dass das Plangebiet geringfügig von Starkregenereignissen betroffen ist. Es sind Überflutungen von bis 0,50 m in punktuellen Bereichen im nördlichen Plangebiet bei seltenen sowie extremen Ereignissen berechnet. Die folgende Abbildung stellt die Überflutungsbereiche bei „Seltene Starkregen“ mit einem Wiederkehrintervall von 100 Jahren dar.



Die folgende Abbildung zeigt die Überflutungsbereiche im Plangebiet bei „Extremen Starkregen (90mm/h)“ dar.



### Hochwasser

In den Hochwassergefahren- und risikokarten sowie in den Hochwasser-managementplänen (<https://www.klimaatlas.nrw.de/klima-nrw-karte>) ist keine Betroffenheit des Plangebietes vermerkt.

## **C Städtebauliche Situation und vorhandene Nutzungen**

Die Umgebung des Plangebietes ist landwirtschaftlich und wohnbaulich geprägt. Lediglich die Ostseite des Plangebietes ist direkt bebaut. Dort befindet sich Wohnbebauung in Form von Mehrfamilienhäusern in unterschiedlicher Bauweise und Geschossigkeit. Die nördlichen Mehrfamilienhäuser sind in geschlossener Geschossbauweise mit Flachdach errichtet und haben vier Geschosse. Im weiteren Verlauf endet die Tourcoingstraße in einer Wendeanlage. Von dort führt ein Fußweg weiter Richtung Süden. Die sich an diesen Fußweg entlang ziehende Wohnbebauung stellt sich als zweigeschossige Mehrfamilienhäuser mit Satteldach dar, die mit der Gartenseite an das Plangebiet grenzen. Die Erschließung erfolgt über die zum Plangebiet parallel verlaufende Bögelsheide.

Südöstlich des Plangebietes erstreckt sich eine großflächige Seniorenwohnanlage. Die Wohnlage besteht aus mehreren teilweise zusammenhängenden Gebäudeteilen mit bis zu vier Geschossen und Flachdach.

Südwestlich des Plangebietes befindet sich das bäuerliche Anwesen Haus Schlangenholt mit Haupt- und Nebengebäuden mit Satteldach.

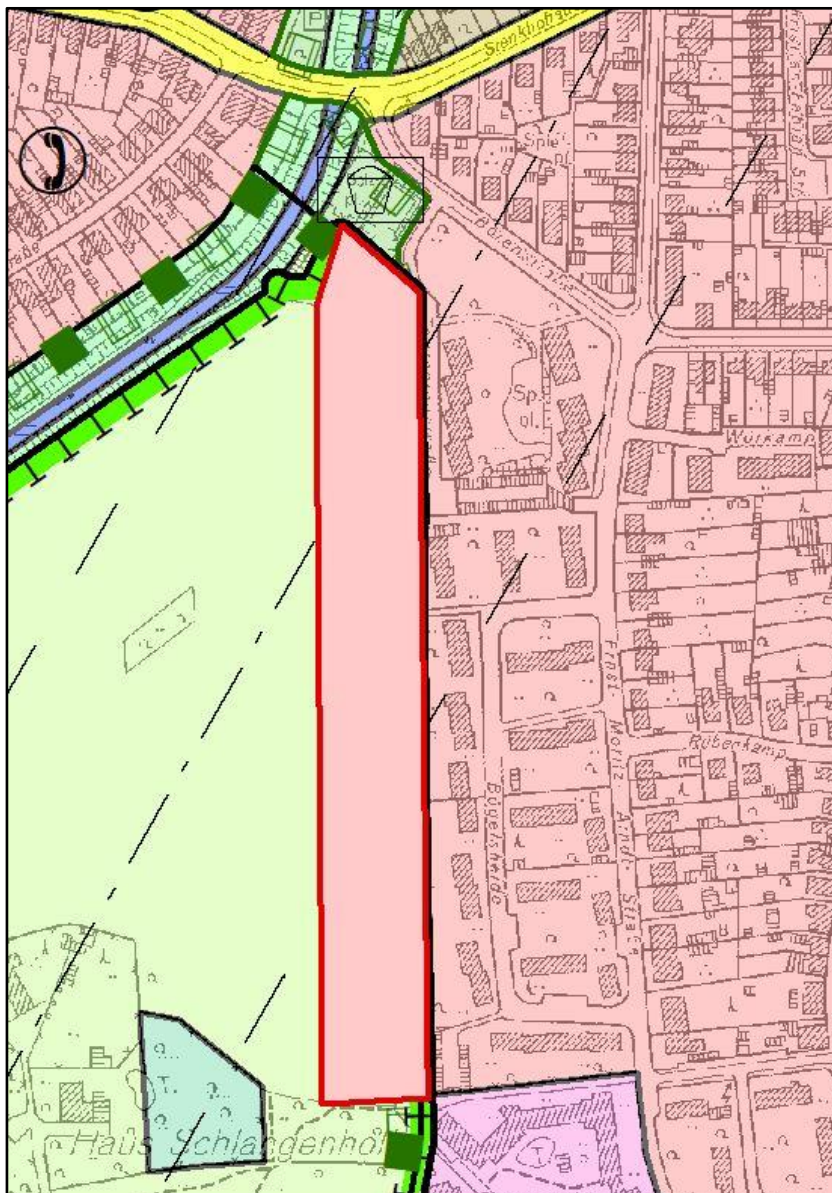
Im Norden des Plangebietes, hinter dem Bachlauf des Vorthbaches, grenzt eine Einfamilienhaussiedlung mit freistehenden Einfamilienhäusern und großen Gartenflächen.

Stand: März 2024  
Seite: 10

Westlich des Plangebietes befinden sich landwirtschaftlich genutzte Flächen. Das Plangebiet selber ist Teil dieser landwirtschaftlich genutzten Fläche.

#### D. Geänderte Darstellungen im Flächennutzungsplan

Künftig soll ein etwa 50 m breiter Streifen entlang des vorhandenen Siedlungsbereichs als Wohnbaufläche dargestellt werden. Die folgende Abbildung zeigt die beabsichtigte neue Darstellung des Flächennutzungsplans.



## E. Flächenbilanz

Größe des Änderungsbereichs		ca. 2,2 ha
<u>heutige</u> Darstellung im FNP	Flächen für die Landwirtschaft	ca. 2,2 ha
<u>geänderte</u> Darstellung im FNP	Wohnbauflächen	ca. 2,2 ha

## F. Umweltbericht

### 1. Einleitung

Der folgende Umweltbericht wurde von dem Büro Kuhlmann & Stucht GbR im Rahmen der Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 4.13/1 erarbeitet. Es handelt sich hierbei um ein Parallelverfahren zur vorliegenden 13. Änderung des Flächennutzungsplans. Durch den räumlichen und inhaltlichen Bezug der beiden Verfahren, lassen sich die Aussagen des Umweltberichtes auch auf die 13. Änderung des Flächennutzungsplans übertragen.

#### 1.1 Anlass und Aufgabenstellung, Inhalt und Ziele des Bebauungsplans

##### 1.1.1 Anlass und Aufgabenstellung

Die Stadt Bottrop betreibt die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 4.13/1 „Tourcoingstraße“ im Ortsteil Bottrop-Eigen, westlich der Tourcoingstraße. Hier soll eine derzeit intensiv landwirtschaftlich genutzte Fläche einer wohnbaulichen Entwicklung zugeführt werden. Es soll eine Mischung aus Mehrfamilienhäusern und Eigenheimen (freistehende Einfamilienhäuser, Doppel- und Reihenhäuser) entstehen. Ergänzend zur Wohnbebauung soll im nördlichen Bereich eine Kindertagesstätte entstehen. Die Tourcoingstraße ist derzeit lediglich auf der östlichen Seite mit Wohnbebauung bebaut.

Die Bonava Deutschland GmbH hat als Bauträger und Projektentwickler die Grundstücke erworben. Um die städtebauliche Verträglichkeit zu gewährleisten und um eine gesunde Dichte umzusetzen, ist es beabsichtigt, entlang der Westseite der Tourcoingstraße, parallel zur vorhandenen Bebauung, eine Baufläche von hoher städtebaulicher Qualität zu realisieren. Der Entwurf der Bonava GmbH sieht Einfamilienhäuser in Form von 9 Reihenhäusern in Gruppen von je 3 Häusern, 42 Doppelhaushälften, 2 freistehende Häuser sowie 4 Mehrfamilienhäuser vor, so dass ca. 93 Wohneinheiten entstehen. Auch soll öffentlich geförderter Wohnungsbau ermöglicht werden. Ergänzend zur Wohnbebauung soll im nördlichen Bereich eine Kindertagesstätte entstehen.

Bei der Aufstellung oder Änderung von Bauleitplänen sind entsprechend Baugesetzbuch die Belange des Umweltschutzes gem. § 1 Abs. 6 Nr. 7 i. V. m. § 1a BauGB und Anlage 1 zu § 2 Abs. 4 besonders zu berücksichtigen. Im Rahmen dieses Umweltberichts werden die zu erwartenden erheblichen Umweltauswirkungen ermittelt, dargelegt und analysiert.

**Abb. 1: Lage des Geltungsbereichs des B-Plans „Tourcoingstraße“  
(M. 1:20.000)**



Quelle: Geobasis NRW

### 1.1.2 Beschreibung des Plangebietes und des Umfeldes

Das Plangebiet ist ca. 37.570 m<sup>2</sup> groß und liegt im Ortsteil Bottrop-Eigen, westlich der Tourcoingstraße. Er umfasst das Flurstück 326 sowie einen Teil des Flurstücks 327 in Flur 154 und das Flurstück 336 und 449 sowie Teile der Flurstücke 589 und 637 in Flur 158 der Gemarkung Bottrop.

Die Umgebung des Plangebietes ist landwirtschaftlich und wohnbaulich geprägt. Lediglich die Ostseite des Plangebietes ist bebaut. So befindet sich auf der östlichen Seite der Tourcoingstraße, entlang des vorgesehenen Plangebietes, Wohnbebauung in Form von Mehrfamilienhäusern in verschiedener Bauweise und Geschossigkeit. Südöstlich des Plangebietes erstreckt sich eine großflächige Seniorenwohnanlage. Südwestlich des Plangebietes befindet sich das bäuerliche Anwesen Haus Schlangenholt mit Haupt- und Nebengebäuden. Im Norden des Plangebietes, hinter dem Bachlauf des Vorthbaches, grenzt eine Einfamilienhaus-Siedlung mit freistehenden Einfamilienhäusern und großen Gartenflächen. Westlich des Plangebietes befinden sich landwirtschaftlich genutzte Flächen.

Das Plangebiet selbst ist Teil einer landwirtschaftlich genutzten Fläche und unbebaut. Im Norden ist es über die Tourcoingstraße an das örtliche Straßennetz angebunden, welche nach Süden in einen Fußweg übergeht. Ein Großteil der Fläche wird als Spargelacker genutzt. Im Norden befindet sich eine brachgefallene Grünanlage bestehend aus einem zugewachsenem Spiel- und Asche-Bolzplatz. Im Süden des Plangebietes befinden sich Gehölze, die im Zuge des Bebauungsplans erhalten werden sollen.

**Abb. 2: Geltungsbereich im Luftbild (M. 1:5.000)**



Quelle: Geobasis NRW (Bildflugdatum 19.07.2022)

### 1.1.3 Gesetzliche Grundlage

Gemäß § 2 Baugesetzbuch Abs. 4 ist bei der Aufstellung von Bauleitplänen für die Belange des Umweltschutzes nach § 1 Abs. 6 Nr. 7 und § 1a eine Umweltprüfung durchzuführen. Aufgabe der Umweltprüfung ist die Ermittlung, Beschreibung und Bewertung der voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen der geplanten Nutzungen und Vorhaben. Die

Umweltprüfung ist unselbständiger Teil im Aufstellungsverfahren. Ihre Ergebnisse sind im Umweltbericht darzustellen, der gesonderter Teil der Begründung der Bauleitpläne ist (vgl. § 2a BauGB). Inhalt und Form des Umweltberichtes regelt die Anlage 1 zu § 2 Abs. 4 und § 2a BauGB.

Schutzgüter zur Erfassung und Bewertung in der Umweltprüfung nach § 1 Abs. 6 Nr. 7 BauGB sind:

- Tiere, Pflanzen und die biologische Vielfalt,
- Fläche, Boden,
- Wasser,
- Luft, Klima,
- Landschaft,
- Erhaltungsziele und Schutzzweck der Natura 2000-Gebiete,
- Menschen und ihre Gesundheit sowie die Bevölkerung insgesamt,
- Kulturgüter und sonstige Sachgüter,
- Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Belangen des Umweltschutzes.

Bei der Ermittlung der Auswirkungen auf die Belange nach § 1 Abs. 6 Nr. 7 sind insbesondere, soweit möglich, solche Auswirkungen in Folge

- des Baus und des Vorhandenseins der geplanten Vorhaben, soweit relevant einschließlich Abrissarbeiten,
- der Nutzung natürlicher Ressourcen, insbesondere Fläche, Boden, Wasser, Tiere, Pflanzen und biol. Vielfalt, wobei soweit möglich die nachhaltige Verfügbarkeit dieser Ressourcen zu berücksichtigen ist,
- der Art und Menge der erzeugten Abfälle und ihrer Beseitigung und Verwertung,
- der Risiken für die menschliche Gesundheit, das kulturelle Erbe oder die Umwelt (z.B. durch Unfälle oder Katastrophen),
- der Kumulierung mit den Auswirkungen von Vorhaben benachbarter Plangebiete unter Berücksichtigung etwaiger bestehender Umweltprobleme in Bezug auf die möglicherweise betroffenen Gebiete mit spezieller Umweltrelevanz oder der Nutzung von natürlichen Ressourcen,
- der Auswirkungen des geplanten Vorhabens auf das Klima (z.B. Art und Ausmaß der Treibhausgasimmissionen) und der Anfälligkeit der geplanten Vorhaben gegenüber den Folgen des Klimawandels,
- der eingesetzten Stoffe und Techniken

zu beschreiben (BauGB Anlage 1. Abs. 2 Satz b (aa bis hh)).



Stand: März 2024  
Seite: 15

Insbesondere sollen die Bauleitpläne eine nachhaltige städtebauliche Entwicklung sichern, welche die sozialen, wirtschaftlichen und umweltschützenden Anforderungen berücksichtigen (§ 1 Abs. 5 BauGB). Ergänzend sieht der Gesetzgeber den sparsamen und schonenden Umgang mit Grund und Boden vor (§ 1a Abs. 2 BauGB).

Weiterhin zu berücksichtigen sind Zielvorgaben anderer Pläne oder Regelungen und Maßnahmen zur Umweltvorsorge. Hinsichtlich der Zielvorgaben anderer Planungen sind in die Prüfung einzustellen Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung (Natura 2000) mit ihren Schutz- und Erhaltungszielen sowie die Darstellungen (bzw. Festsetzungen) von Landschaftsplänen und sonstigen Plänen, insbesondere des Wasser-, Abfall- und Immissionsschutzrechts. Unter dem Stichwort Umweltvorsorge sind die Aspekte „Abfälle und Abwässer“ sowie „erneuerbare Energien sowie die sparsame und effiziente Nutzung von Energie“ darzulegen.

1.1.4 Darstellung der wichtigsten Ziele und Inhalte des Bebauungsplans  
Westlich der Tourcoingstraße ist es vorgesehen in einem ca. 45 Meter tiefen Streifen Wohnbebauung zu realisieren. Der Entwurf der Bonava GmbH sieht ein breites Angebot vor, so dass ca. 93 Wohneinheiten in Form von Reihen-, Doppel- und Einzelhäusern sowie Mehrfamilienhäusern in Geschossbauweise entstehen.

Um die planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Realisierung der Wohnbebauung zu schaffen, soll der Bebauungsplan Nr. 4.13/1 „Tourcoingstraße“ aufgestellt werden. Derzeit wird die Fläche überwiegend landwirtschaftlich genutzt.

Um die städtebauliche Verträglichkeit zu gewährleisten und um eine gesunde Dichte umzusetzen, ist es beabsichtigt, eine Baufläche von hoher städtebaulicher Qualität zu realisieren sowie Dachbegrünung umzusetzen. Die an das Plangebiet angrenzende landwirtschaftliche Nutzung im rückwärtigen Bereich soll erhalten bleiben. Eine Bebauung in zweiter Reihe ist somit nicht vorgesehen. Ein grün gestalteter Geländestreifen bildet den Übergang zur offenen Landschaft.

Es soll eine Mischung aus Mehrfamilienhäusern und Eigenheimen (Einfamilienhäuser, Doppel- oder Reihenhäuser) entstehen. Ergänzend zur Wohnbebauung soll im nördlichen Bereich eine Kindertagesstätte entstehen. Im nördlichsten, der geplanten Allgemeinen Wohngebiete erfolgt die Errichtung eines Gebäudes mit einer Kindertagesstätte im Erdgeschoss und Wohnungen in den Obergeschossen. Der zugeordnete Außenbereich der Kindertagesstätte liegt überwiegend auf der nördlich angrenzenden, privaten Grünfläche. Diese stellt heute einen vor längerer Zeit aufgegebenen Spiel- und Bolzplatz dar. Hierdurch vergrößert sich das Plangebiet zum Aufstellungsbeschluss entsprechend.

Um die verkehrliche Belastung durch Durchfahrtsverkehr zu vermeiden, ist die Tourcoingstraße auch nach dem Ausbau als Sackgasse für den MIV vorgesehen. Lediglich eine Verbindung für den Rad- und Fußverkehr zur Bügelstraße ist angedacht.

## 1.2 Planerische und rechtliche Grundlagen

### 1.2.1 Ziele des Umweltschutzes in Fachgesetzen

Nachfolgend werden relevante Fachgesetze und ihre wesentlichen Ziel-  
aussagen zum Umweltschutz dargestellt.

#### **Baugesetzbuch (BauGB)**

Bei der Aufstellung der Bauleitpläne sind insbesondere zu berücksichtigen die Belange des Umweltschutzes, des Naturschutzes und der Landschaftspflege nach § 1 Abs. 6 Nr. 7, insbesondere

- die Auswirkungen auf Tiere, Pflanzen, Boden, Fläche, Wasser, Luft, Klima und das Wirkungsgefüge (Wechselwirkungen) zwischen ihnen sowie die Landschaft und die biologische Vielfalt
- die Erhaltungsziele und der Schutzzweck der Natura 2000-Gebiete im Sinne des BNatSchG
- umweltbezogene Auswirkungen auf den Menschen und seine Gesundheit sowie die Bevölkerung insgesamt,
- umweltbezogene Auswirkungen auf Kulturgüter und sonstige Sachgüter
- die Vermeidung von Emissionen sowie der sachgerechte Umgang mit Abfällen und Abwässern
- die Nutzung erneuerbarer Energien sowie die sparsame und effiziente Nutzung von Energie
- die Darstellung von Landschaftsplanen sowie von sonstigen Plänen, insbes. des Wasser-, Abfall- und Immissionsschutzrechtes
- die Erhaltung der bestmöglichen Luftqualität in Gebieten, in denen die durch die Rechtsverordnung zur Erfüllung von Rechtsakten der EU festgelegten Immissionsgrenzwerte nicht überschritten werden
- die Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Belangen des Umweltschutzes nach den Buchstaben a-d (Tiere, Pflanzen, Boden, Fläche, Wasser, Luft, Klima, Landschaft, biologische Vielfalt, Menschen und seine Gesundheit sowie die Bevölkerung insgesamt, Kulturgüter und sonstige Sachgüter)
- [...] die Auswirkungen, die aufgrund der Anfälligkeit [...] des Vorhabens für schwere Unfälle oder Katastrophen zu erwarten sind

Bei der Ermittlung der Auswirkungen auf die Belange nach § 1 Abs. 6 Nr. 7 sind insbesondere, soweit möglich, auch die in Anlage 1 Abs. 2 Satz b

genannten Auswirkungen in der Bau- und Betriebsphase zu berücksichtigen (siehe Kap. 1.1.2).

Insbesondere sollen die Bauleitpläne eine nachhaltige städtebauliche Entwicklung sichern, welche die sozialen, wirtschaftlichen und umweltschützenden Anforderungen berücksichtigen (§ 1 Abs. 5). Ergänzend sieht der Gesetzgeber den sparsamen und schonenden Umgang mit Grund und Boden vor (§ 1a Abs. 2).

Weiterhin zu berücksichtigen sind Zielvorgaben anderer Pläne oder Regelungen und Maßnahmen zur Umweltvorsorge. Hinsichtlich der Zielvorgaben anderer Planungen sind in die Prüfung einzustellen Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung (Natura 2000) mit ihren Schutz- und Erhaltungszielen sowie die Darstellungen (bzw. Festsetzungen) von Landschaftsplänen und sonstigen Plänen, insbesondere des Wasser-, Abfall- und Immissionsschutzrechts. Unter dem Stichwort Umweltvorsorge sind die Aspekte „Abfälle und Abwässer“ sowie „erneuerbare Energien sowie die sparsame und effiziente Nutzung von Energie“ darzulegen.

#### **Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) und Landesnaturschutzgesetz (LNatSchG)**

- Natur und Landschaft sind auf Grund ihres eigenen Wertes und als Lebensgrundlagen des Menschen auch in Verantwortung für die künftigen Generationen im besiedelten und unbesiedelten Bereich so zu schützen, zu pflegen, zu entwickeln und, soweit erforderlich, wiederherzustellen, dass
  1. die Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts ,
  2. die Regenerationsfähigkeit und nachhaltige Nutzungsfähigkeit der Naturgüter,
  3. die Tier- und Pflanzenwelt einschließlich ihrer Lebensstätten u. Lebensräume sowie
  4. die Vielfalt, Eigenart und Schönheit sowie der Erholungswert (Menschen) von Natur und Landschaft auf Dauer gesichert sind.

#### **Raumordnungsgesetz (ROG)**

- Natur (Tiere, Pflanzen, biol. Vielfalt) und Landschaft einschließlich Gewässer, Wald und Meeresgebiete sind dauerhaft zu schützen, zu pflegen, zu entwickeln und, soweit erforderlich, möglich und angemessen, wiederherzustellen. Dabei ist den Erfordernissen des Biotopverbundes Rechnung zu tragen. Die Naturgüter, insbesondere Wasser und Boden, sind sparsam und schonend in Anspruch zu nehmen; Grundwasservorkommen sind zu schützen. Beeinträchtigungen des Naturhaushalts sind auszugleichen.
- Bei der Sicherung und Entwicklung der ökologischen Funktionen und landschaftsbezogenen Nutzungen sind auch die jeweiligen Wechselwirkungen zu berücksichtigen. Der Schutz der Allgemeinheit vor Lärm (Menschen) und die Reinhaltung der Luft sind sicherzustellen.

- Die geschichtlichen und kulturellen Zusammenhänge sowie die regionale Zusammengehörigkeit sind zu wahren. Die gewachsenen Kulturlandschaften sind in ihren prägenden Merkmalen sowie mit ihren Kultur- und Naturdenkmälern zu erhalten (Kulturgüter).
- Für Erholung in Natur und Landschaft sowie für Freizeit und Sport (Menschen) sind geeignete Gebiete und Standorte zu sichern.

#### **Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) und zugehörige Verordnungen (16. BImSchV, 18. BImSchV oder 22. BImSchV)**

- Schutz des Menschen, der Tiere und Pflanzen des Bodens, des Wassers, der Atmosphäre (Klima / Luft) sowie der Kultur- und Sachgüter vor schädlichen Umweltauswirkungen durch Immissionen sowie Vorbeugung hinsichtlich des Entstehens von Immissionen (Gefahren, erhebliche Beeinträchtigungen und Belästigungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen, Licht, Wärme, Strahlen u. ähnliche Erscheinungen).

#### **TA Lärm**

- Schutz der Allgemeinheit und der Nachbarschaft vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Geräusche sowie der Vorsorge vor solchen Einwirkungen (Menschen)

#### **DIN 18005, Schallschutz im Städtebau**

- Richtwerte zum Schallschutz als Voraussetzung für gesunde Lebensverhältnisse für die Bevölkerung (Menschen)

#### **Denkmalschutzgesetz Nordrhein-Westfalen (DSchG NRW)**

- Denkmäler sind zu schützen, zu pflegen, sinnvoll zu nutzen und wissenschaftlich zu erforschen. Sie sollen der Öffentlichkeit im Rahmen des Zumutbaren zugänglich gemacht werden (Kulturgüter)
- Bei öffentlichen Planungen und Maßnahmen sind die Belange des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege angemessen zu berücksichtigen (Kulturgüter)

#### **Bundes-Bodenschutzgesetz (BBodSchG)**

- Zweck dieses Gesetzes ist es, nachhaltig die Funktionen des Bodens zu sichern
- oder wiederherzustellen. Hierzu sind schädliche Bodenveränderungen abzuwehren, der Boden und Altlasten sowie hierdurch verursachte Gewässerverunreinigungen zu sanieren und Vorsorge gegen nachteilige Einwirkungen auf den Boden zu treffen.
- Bei Einwirkungen auf den Boden sollen Beeinträchtigungen seiner natürlichen Funktionen sowie seiner Funktion als Archiv der Natur- und Kulturgeschichte (Kulturgüter) soweit wie möglich vermieden werden.

### **Wasserhaushaltsgesetz (WHG)**

- Die Gewässer (Wasser) sind als Bestandteil des Naturhaushalts und als Lebensraum für Tiere und Pflanzen zu sichern. Sie sind so zu bewirtschaften, dass sie dem Wohl der Allgemeinheit (Menschen) und im Einklang mit ihm auch dem Nutzen Einzelner dienen, vermeidbare Beeinträchtigungen ihrer ökologischen Funktionen und der direkt von ihnen abhängenden Landökosysteme und Feuchtgebiete im Hinblick auf deren Wasserhaushalt unterbleiben und damit insgesamt eine nachhaltige Entwicklung gewährleistet wird.
- Dabei sind insbesondere mögliche Verlagerungen von nachteiligen Auswirkungen von einem Schutzgut auf ein anderes zu berücksichtigen; ein hohes Schutzniveau für die Umwelt insgesamt, unter Berücksichtigung der Erfordernisse des Klimaschutzes, ist zu gewährleisten.

### **Landeswassergesetz (LWG)**

- Ziel der Wasserwirtschaft ist es, die Gewässer vor vermeidbaren Beeinträchtigungen zu schützen und eine mit Rücksicht auf den Wasserhaushalt gebotene sparsame Verwendung des Wassers zu erreichen. Die Gewässer sind so zu bewirtschaften, dass sie dem Wohl der Allgemeinheit (Menschen) und im Einklang mit ihm auch dem Nutzen Einzelner dienen. Dies erfordert die Ordnung des Wasserhaushalts als Bestandteil von Natur und Landschaft und als Grundlage für die Wasserversorgung, die Abwasserbeseitigung und andere Gewässernutzungen.

#### 1.2.2 Ziele des Umweltschutzes in Fachplänen

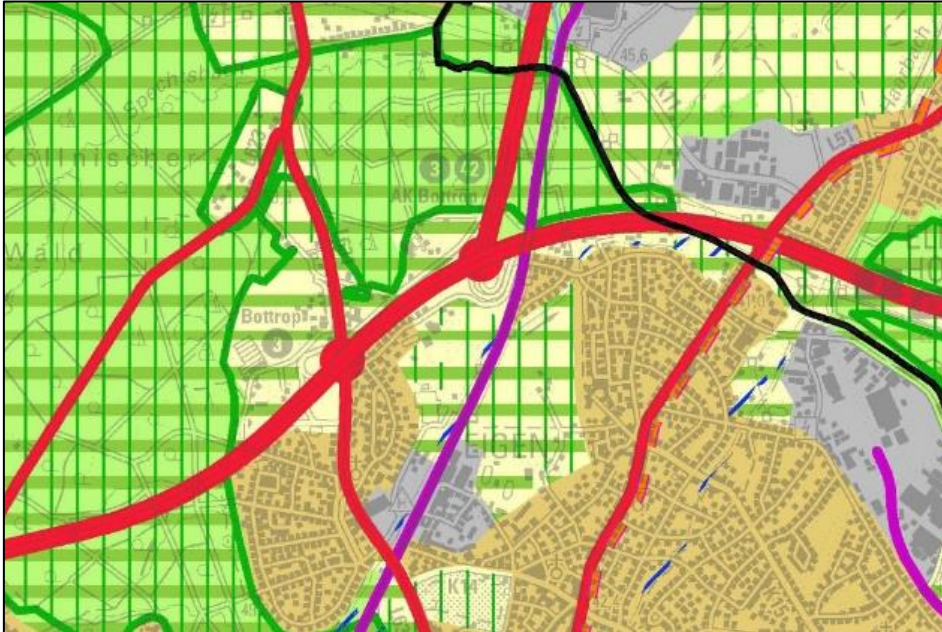
##### **Regionalplan**

Der Regionalplan legt auf der Grundlage des Landesentwicklungsprogramms und des Landesentwicklungsplanes die regionalen Ziele der Raumordnung für die Entwicklung des Regierungsbezirkes und für alle raumbedeutenden Planungen und Maßnahmen fest (§ 19 Abs. 1 Landesplanungsgesetz).

Der seit dem 28. Februar 2024 rechtskräftige Regionalplan Ruhr stellt das Plangebiet als eine Erweiterung des Allgemeinen Siedlungsbereiches für einen Streifen westlich der Tourcoingstraße dar. Damit sind aus regionalplanerischer Sicht die Voraussetzungen für die angedachte Entwicklung des neuen Baugebiets gegeben.

Unmittelbar westlich schließen Bereiche an, die als Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche festgelegt sind. Zudem sind diesen Flächen als Regionale Grünzüge und für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung ausgewiesen.

**Abb. 3: Ausschnitt des Regionalplans Ruhr**



Quelle: RVR (2024)

### **Flächennutzungsplan**

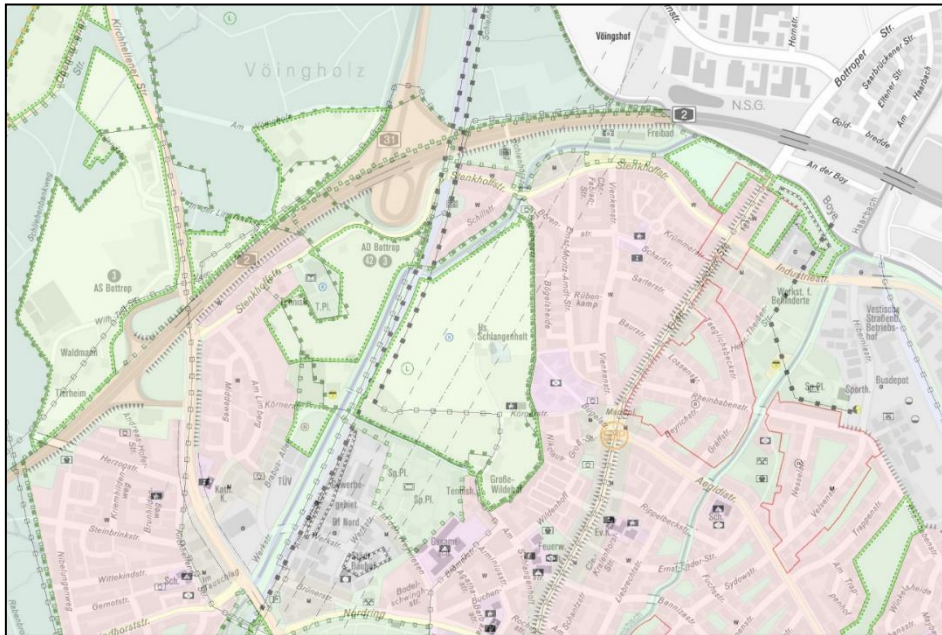
Im wirksamen Flächennutzungsplan der Stadt Bottrop wird das Plangebiet als Fläche für die Landwirtschaft dargestellt. Um die planungsrechtliche Voraussetzung für eine wohnbauliche Entwicklung zu schaffen, ist somit eine Änderung des Flächennutzungsplans erforderlich. Im Norden ist Grünfläche dargestellt.

Westlich der Tourcoingstraße ist Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen. Zudem ist der landwirtschaftlich geprägte Freiraum als „Flächen zum Ausgleich und Suchräume für Flächen zum Ausgleich“ dargestellt.

Die Fläche östlich der Tourcoingstraße ist als Wohnbaufläche ausgewiesen. Südlich davon wird das Grundstück einer Seniorenwohnanlage als Fläche für Gemeinbedarf dargestellt.

Der Ausschuss für Stadtplanung und Umweltschutz der Stadt Bottrop hat in seiner Sitzung am 10.09.2019 aufgrund §§ 1 (8) und 2 (1) Baugesetzbuch (BauGB) beschlossen, die 13. Änderung des Flächennutzungsplans zur Darstellung einer Wohnbaufläche im Bereich westlich der Tourcoingstraße durchzuführen.

**Abb. 4: Ausschnitt des Flächennutzungsplans der Stadt Bottrop**



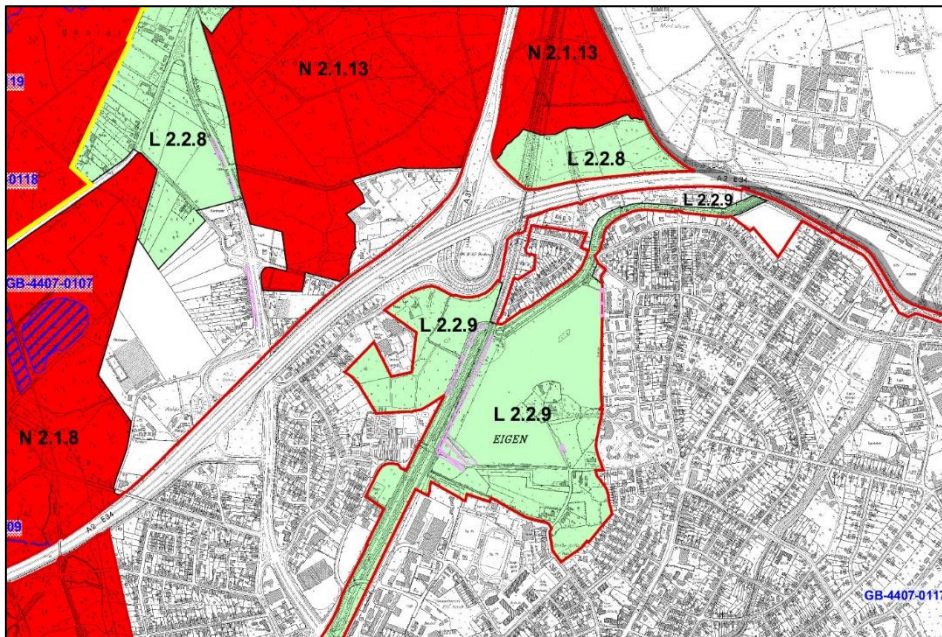
Quelle: Stadt Bottrop ([gis.bottrop.de](http://gis.bottrop.de))

### **Landschaftsplan (LP)**

Das Plangebiet des Bebauungsplanes liegt innerhalb des Geltungsbereiches des Landschaftsplans der Stadt Bottrop (in Kraft getreten am 05.12.2015) und liegt innerhalb des Landschaftsschutzgebietes 2.2.9 „Eigen“ mit dem Entwicklungsziel „Erhaltung einer mit naturnahen Lebensräumen oder sonstigen natürlichen Landschaftselementen reich oder vielfältig ausgestatteten Landschaft“ ausgewiesen.

Die Baumreihe aus Baumhasel an der Westseite der Tourcoingstraße ist als gesetzlich geschützter Landschaftsbestandteil festgesetzt.

**Abb. 5: Ausschnitt der Festsetzungskarte des Landschaftsplans der Stadt Bottrop**



Quelle: Stadt Bottrop (2015)

### **Schutzgebiete und Schutzausweisungen**

- Das Plangebiet innerhalb der nordwestlichen Grenzen des Landschaftsschutzgebietes „Eigen“. Insgesamt besitzt das LSG eine Fläche von 84,7 ha.
- Ca. 2 km westlich des Plangebietes liegt das FFH-Gebiet „Koellnischer Wald“ (DE-4407-302).
- Das nächstgelegene Naturschutzgebiet „Voeingholz“ (BOT-013) liegt nördlich der A 2 in mindestens 500 m Entfernung zum Plangebiet.
- Beidseitig des Vorthbaches erstreckt sich der Biotopverbund besonderer Bedeutung „Gewässersystem der Boye mit Nebenbächen im Bottroper Stadtgebiet“ (VB-MS-4407-053).
- Die Baumreihe an der Westseite der Tourcoingstraße ist als gesetzlich geschützter Landschaftsbestandteil festgesetzt.
- Gemäß der neuen Waldfunktionskarte für Nordrhein-Westfalen weisen die gewässerbegleitenden Gehölze des Vorthbachs sowie der Gehölzbestand im südlichen Bereich des Plangebietes Funktionen für den Lärmschutz- und dem Klimaschutz auf (WALDINFO.NRW).



## 2. Beschreibung und Bewertung der Umweltauswirkungen

### 2.1 Beschreibung und Bewertung des derzeitigen Umweltzustands

#### 2.1.1 Menschen und ihre Gesundheit sowie die Bevölkerung insgesamt

Unter dem Schutzgut „Menschen und ihre Gesundheit sowie die Bevölkerung insgesamt“ ist die Bevölkerung im Allgemeinen und ihre Gesundheit sowie ihr Wohlbefinden zu verstehen. Neben der Sicherung einer menschenwürdigen Umwelt und dem Schutz sowie der Entwicklung der natürlichen Lebensgrundlagen sind als Schutzziele das gesunde Wohnen und die Regenerationsmöglichkeiten zu betrachten. Daraus abgeleitet sind zu berücksichtigen:

- die Wohn-, Wohnumfeldfunktion und Erholungs- bzw. Freizeitfunktion,
- Gesundheit und Wohlbefinden.

#### **Wohnfunktion**

Das Plangebiet besteht zum großen Teil aus einer als Spargelacker genutzten Fläche. An den Geltungsbereich grenzt östlich Wohnbebauung an. Die Bedeutung des Raumes für die Wohnfunktion und die Wohnumfeldfunktion ist derzeit gering, da die Fläche derzeit keinen Nutzen für das Wohnen besitzt.

#### **Erholungsfunktion**

Der landwirtschaftliche Freiraum wird von den Anwohnern der angrenzenden Siedlungen für die Naherholung genutzt. Das Gebiet wird über die Tourcoingstraße östlich des Geltungsbereichs und die Körnerstraße und Bügelstraße im Süden erschlossen. Darüber hinaus bestehen in den Freiflächen zum Teil stark frequentierte Trampelpfade, sodass dem Gebiet eine gewisse landschaftsgebundene Erholungsnutzung angerechnet werden kann. Die Trampelpfade entlang der Äcker haben sich im Laufe der Jahre etabliert und werden hierbei insbesondere von den Anwohnern alltäglich zum Ausführen von Hunden genutzt. Es sind jedoch keine ausgewiesenen Wegeverbindungen, die offiziell dem Zweck der Erholungsnutzung dienen.

Die brachgefallene Grünanlage (Spiel- und Bolzplatz) im Norden des Geltungsbereichs weist keinerlei Freizeit- und Erholungsfunktion mehr für die Anwohner auf. Der Zugang ist mit Bauzäunen abgeriegelt und die Fläche ist im Zuge der Sukzession zugewachsen.

#### **Lärmimmissionen**

In der schalltechnischen Untersuchung zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan (INGENIEUR-BÜRO STÖCKER 2022) wurden für das Bauleitplanverfahren alle relevanten Geräuschquellen innerhalb und außerhalb des Vorhabengebietes erfasst und bewertet:

„Auf das Plangebiet wirken Verkehrslärmimmissionen der umliegenden Straßen, sowie der nördlich gelegenen A 2 und der nordwestlich gelegenen A3 1 ein. Bei freier Schallausbreitung im Plangebiet liegen Beurteilungspegel zwischen 58 dB(A) und 64 dB(A) tags und Beurteilungspegel zwischen 52 dB(A) und 58 dB(A) nachts vor. Die Orientierungswerte der DIN 18005 für Verkehrslärm bei einem Allgemeinen Wohngebiet (55 dB(A) tags und 45 dB(A) nachts) werden tagsüber um bis zu 9 dB und nachts um bis zu 13 dB überschritten. Die größten Überschreitungen werden durch die Autobahnen im Norden des Plangebiets hervorgerufen. Die Orientierungswerte nach Beiblatt 1 zu DIN 18005 (Teil 1) - kurz: Orientierungswerte der DIN 18005 - sind bei der Bauleitplanung heranzuziehen. Ihre Einhaltung oder Unterschreitung wird als wünschenswert erachtet. Gerade in Innenstadtbereichen mit ihren gewachsenen Strukturen sind diese Werte oft nicht einzuhalten. Von diesen Werten kann im Rahmen der Bauleitplanung abgewichen werden, solange die Grenze zur Gesundheitsgefährdung (70 dB(A) am Tag und 60 dB(A) in der Nacht) nicht überschritten wird. Die Grenze zur Gesundheitsgefährdung wird weder tags noch nachts im Plangebiet überschritten.“

**Tab. 1: Orientierungs- und Immissionsrichtwerte für Allgemeine Wohngebiete in dB(A)**

Nutzung	Orientierungswerte DIN 18005 WR Verkehrsgerausche		Immissionsgrenzwerte 16. BImSchV Verkehrslärmverordnung	
	tags	nachts	tags	nachts
Allgemeines Wohngebiet	55 dB(A)	45 dB(A)	59 dB(A)	49 dB(A)

„Die maßgebliche Schallquelle, die auf das Plangebiet einwirkt, ist die nördlich gelegene Autobahn A 2. Zum Schutz des Plangebietes kämen als aktive Schallschutzmaßnahme nur Lärmschutzwände südlich der Autobahn über eine Länge von mehreren Kilometern in Frage. Dies macht aber keinen Sinn, da der Umbau der Anschlussstelle der BAB 2 zur BAB 31 gerade geplant wird diese Lärmschutzwände dann wieder abgerissen werden müssten. In unmittelbarer Nachbarschaft zum Plangebiet liegen schon Bestandsbebauungen, die bei dem Umbau der Autobahn berücksichtigt werden müssen und dazu führen, dass an der Autobahn Lärmschutzmaßnahme umgesetzt werden. Das wird auch im Plangebiet zu geringeren Geräuschimmissionen führen. Da das Planfeststellungsverfahren für diesen Autobahnumbau aber noch nicht begonnen wurde und die Planungen noch nicht abgeschlossen sind, muss für dieses Bebauungsverfahren noch von der lautereren Bestandssituation ausgegangen werden.“

### Schadstoffemissionen

Das Vorhabengebiet liegt im Geltungsbereich des Luftreinhalteplans Ruhrgebiet 2011, Teilplan Nord innerhalb der im Rahmen des Luftreinhalteplans ausgewiesenen Umweltzone.

Zur Bewertung der Luftschadstoffbelastungen wurden die Karten zur Luftreinhaltung der Stadt Bottrop, zur Verfügung gestellt vom Fachbereich Umwelt und Grün (68/2), im Rahmen der frühzeitigen Behördenbeteiligung, ausgewertet. In zwei Karten (Druck vom 16.12.2019) werden die Belastungen mit NO<sub>2</sub> und PM<sub>10</sub> für die umgebenden Straßenzüge dargestellt. Für die Stenkhoffstraße nördlich des Plangebietes, die Gladbecker Straße östlich des Plangebietes und den Nordring im Süden sind NO<sub>2</sub>-Belastungen < 37 µg/m<sup>3</sup> angegeben. Der kritische Wert von > 37 µg/m<sup>3</sup> wird somit unterschritten. Feinstaubbelastungen mit einer Partikelgröße < 10 µm liegen unter 29 µg/m<sup>3</sup>. Die Immissionsgrenzwerte zum Schutz der Gesundheit von 40 µg/m<sup>3</sup> im Jahresmittelwert werden unterschritten. Gesundheitsschädliche Schadstoffbelastungen sind demnach auszuschließen.

#### 2.1.2 Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt

##### Pflanzen

Die reale Vegetation des Geltungsbereichs wurde im Jahr 2022 gemäß der Biotoptypenliste der Stadt Bottrop (Stand 11.2010) aufgenommen und im Februar 2024 im Rahmen der Kita-Planung um das nördliche Grundstück erweitert. Die Vegetation im Bereich des Geltungsbereichs ist vor allem durch intensiv bewirtschafteten Acker (HA) gekennzeichnet. Westlich der Tourcoingstraße befindet sich auf einem Grünstreifen (HH7) eine Baumreihe aus 9 Baumhaseln (BF32) mit einem Kronendurchmesser von ca. 6 m.

**Abb. 6: Blick über den Spargelacker in Richtung Norden (links) und Baumhasel-Reihe westlich der Tourcoingstraße (rechts)**



Östlich an die als Fußweg ausgebaute Tourcoingstraße grenzt eine Strauch- bzw. Baumhecke (BD31, BD52) das Vorhabengebiet von der vorhandenen Wohnbebauung ab. Im Süden des Geltungsbereichs befindet sich ein Gehölzbestand (BS13), vornehmlich aus altem Buchen- und Eichenbestand, dessen Erhalt im Zuge des Bebauungsplans gesichert werden sollen.

**Abb. 7: Baumhecke entlang des Fußweges in Richtung Norden (rechts) und Übergang von dem Spargelacker in den Gehölzbestand (links)**



Nördlich grenzt an den Acker eine Restfläche Grünland (EA21) an, die in Gebüsch und Sträucher (BB) übergeht. In den vorderen Reihen dominiert Brombeere. Die Randbereiche des Ackers werden von Trampelpfaden (HY4) durchschnitten. Durch die Trittbelastung ist die Wiese entlang der Trampelpfade stark beansprucht (EG).

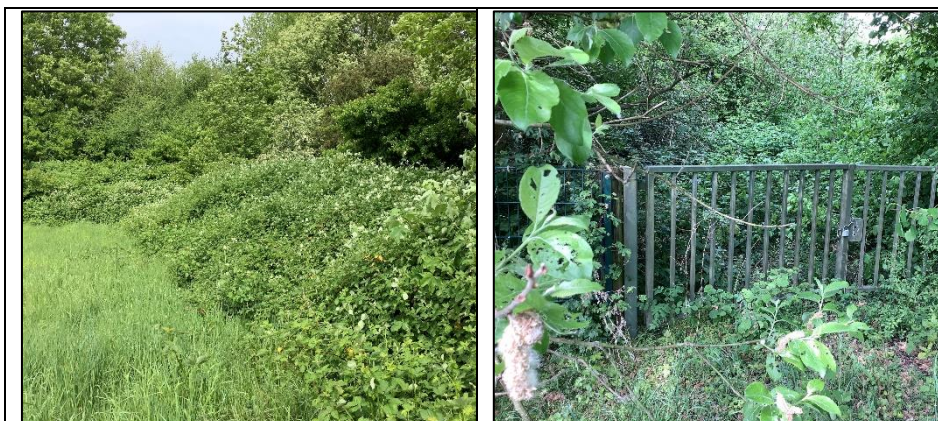
Die Gehölzstrukturen gehen nördlich in eine brachgefallene Grünanlage (HM9) über, die sich aus einem vor längerer Zeit aufgegebenem Spiel- und Bolzplatz zusammensetzt. Mit Gehölzen bestandene Böschungen (BD73) grenzen die Grünanlage von der Landwirtschaft im Süden und von den Straßen Tourcoingstraße im Osten und Börenstraße im Norden ab. Darauf stocken vereinzelt heimische Altbäume (mit starken Baumholz  $\geq 80$  cm). Die Grünfläche unterliegt der Sukzession, sodass junges Gehölz und Brombeere die ehemalige Spielfläche überwachsen. Auch der Asche-Bolzplatz (HU3) ist mit Brombeere überwuchert.

**Abb. 8: Blick über die zugewachsene Grünanlage (links) und Gehölzbestandene Böschung Ecke Börenstraße/Tourcoingstraße(rechts)**



Für die Herstellung der Einleitungsstelle der Entwässerungsanlage in den Vorthbach geht vom Geltungsbereich ein Stich in Richtung Vorthbach ab. Hier sind kleinflächig Gehölzstrukturen betroffen. In diesem Bereich befindet sich bereits eine Zuwegung der Emschergenossenschaft zum Vorthbach, derzeit gesichert mit einem Tor. Aufgrund einer wahrscheinlich unregelmäßigen Nutzung hat hier bereits eine Verbuschung (BB) eingesetzt und erste Gehölze wachsen auf.

**Abb. 9: Übergang Grünland in angrenzende Brombeersträucher (links) und vorhandene Zuwegung (verschlossenes Tor) zum Vorthbach (rechts)**



Folgende Tabelle stellt die Biotypen im Geltungsbereich einschließlich ihrer Bewertung dar:

**Tab. 2: Ausgangszustand des Geltungsbereichs**

Code	Biotoptyp	Wert- summe (SU)	Fläche in m <sup>2</sup>	Wert
BB	Gebüsche, Einzelsträucher, Strauchhecken und Waldränder der Forstflächen	17	468	7.956
BD31	Strauchhecken, standorttypisch, freiwachsend	13	162	2.106
BD52	Baum- und Strauchhecken mit überwiegend standort-typischen Gehölzen, mittleres Baumholz	19	776	14.744
BD73	Baumheckenartige Gehölzstreifen an Straßen mit überwiegend standorttypischen Gehölzen, starkes Baumholz	20	329	6.580
BF32	Baumreihen, -gruppen und <u>Einzelbäume</u> mit überwiegend standorttypischen Gehölzen, mittleres Baumholz (9 St., Kronentraufe 28 m <sup>2</sup> )	13	(252)*	3.276
BS13	Gehölze im Siedlungsbereich mit überwiegend standorttypischen Gehölzen, starkes Baumholz	22	1.667	36.674
EA21	Frischwiesen, stark gedüngt, mäßig trocken bis frisch (intensiv)	11	720	7.920
EG	Trittpioniererrasen	8	360	2.880
HA	Äcker	6	28.868	173.208
HH7	Grasfluren an Dämmen, Böschungen, Straßen- und Wegrändern	12	1.427	17.124
HM9	Brachflächen der Parks, Grünanlagen und Friedhöfe	15	1.092	16.380
HU3	Sport- und Erholungsanlagen mit geringem Versiegelungsgrad, Ascheplatz	1	212	212

*\* Erläuternder Hinweis: Die Eingriffsermittlung und die Berechnung der Kompensationsmaßnahmen erfolgen grundsätzlich zweischichtig. Bei der Eingriffsermittlung werden sowohl die flächenhafte Inanspruchnahme von Biotoptypen als auch die zahlenmäßige Inanspruchnahme von herausragenden Einzelgehölzen erfasst. Bei der Berechnung der Kompensationswerte der Maßnahmen werden ebenfalls die flächenhafte Werterhöhung der Zielbiotoptypen als auch die Anzahl der geplanten Einzelgehölze berechnet.*

### **Tiere**

Im Rahmen der ASP Stufe II (KUHLMANN & STUCHT GBR 2021) wurde eine faunistische Untersuchung durchgeführt. Entsprechend der Vorgaben aus der ASP Stufe I (ILS ESSEN GMBH 2019) wurden im Jahr 2020 die Brutvögel und Fledermausvorkommen kartiert. Neben einer qualitativen Erfassung aller Arten wurden sämtliche planungsrelevante Arten sowie alle auf der aktuellen Roten Liste NRW stehenden Arten auch quantitativ erfasst.

## Vögel

Insgesamt wurden vier Begehungen für die Vogelkartierung durchgeführt. Zusätzlich wurden für die Gruppen der Spechte und Eulen jeweils eine bzw. zwei flächendeckende Kartierung durchgeführt.

Im Untersuchungsraum konnten 32 Vogelarten festgestellt werden. Davon sind allerdings nur 11 Arten im Eingriffsbereich des Plangebiets beobachtet worden. Alle 11 Arten sind als reine Nahrungsgäste anzusehen, die zum Teil auch nur ausnahmsweise dort vorzufinden sind. Lediglich Rabenvögel (Elster, Dohle und Rabenkrähe) sowie Taubenvögel (Ringel-, Haus- und Hohлтаube) halten sich regelmäßig auf dem Spargelacker zur Nahrungsaufnahme auf. Zusätzlich konnten vier Arten beim Überflug beobachtet werden, wobei ein kreisender Weißstorch am Maitermin sicherlich einem im nordwestlichen Ruhrgebiet brütendem Paar zuzuordnen ist.

Im direkten Umfeld der eigentlichen Planungsfläche konnten 23 Brutvogelarten festgestellt werden. Zusätzlich konnten sechs Nahrungsgäste und drei überfliegende Arten festgestellt werden.

Insgesamt handelt es sich bei fast allen Brutvogelarten der Randbereiche um häufige und allgemein verbreitete Arten, die zudem keine Planungsrelevanz besitzen. Lediglich der Star konnte mit drei besetzten Bruthöhlen als gefährdete Art registriert werden. Zwei Bruten wurden in natürlichen Baumhöhlen im Waldstück von Haus Schlangenholtz gefunden, ebenso eine Bruthöhle in der Baumgruppe inmitten des Maisackers.

Bodenbrüter und typische Offenlandarten konnten nicht auf der Fläche und in den Randbereichen festgestellt werden. Ebenso wurden auch keine nahrungssuchenden Mehl- oder Rauchschnalben beobachtet.

**Tab. 3: Liste der im Untersuchungsgebiet nachgewiesenen Vogelarten mit Angaben zu Gefährdung und Planungsrelevanz**

Deutscher Name	Wissenschaftlicher Name	Status im Gebiet	Status im Randgebiet	RL NRW	EHZ NRW (ATL)
Amsel	<i>Turdus merula</i>	NG	B		
Bachstelze	<i>Motacilla alba</i>	NG	B	V	
Blaumeise	<i>Cyanistes caeruleus</i>		B		
Buchfink	<i>Fringilla coelebs</i>	NG	B		
Buntspecht	<i>Dendrocopos major</i>		B		
Eichelhäher	<i>Garrulus glandarius</i>		B		
Elster	<i>Pica pica</i>	NG	B		
Gartenbaumläufer	<i>Certhia brachydactyla</i>		B		

Stand: März 2024  
Seite: 30

Deutscher Name	Wissenschaftlicher Name	Status im Gebiet	Status im Randgebiet	RL NRW	EHZ NRW (ATL)
Gartengrasmäcke	<i>Sylvia borin</i>		B		
Gimpel	<i>Pyrrhula pyrrhula</i>		B		
Grünfink	<i>Chloris chloris</i>	NG	B		
Grünspecht	<i>Picus viridis</i>		NG		
Heckenbraunelle	<i>Prunella modularis</i>		B		
Hohltaube	<i>Columba oenas</i>	NG	NG		
Kanadagans	<i>Branta canadensis</i>	Ü	Ü		
Kleiber	<i>Sitta europaea</i>		B		
Kohlmeise	<i>Parus major</i>		B		
Mauersegler	<i>Apus apus</i>	NG	NG		
<b>Mäusebussard</b>	<b><i>Buteo buteo</i></b>	<b>Ü</b>	<b>Ü</b>		<b>G</b>
Mönchsgrasmücke	<i>Sylvia atricapilla</i>		B		
Nilgans	<i>Alopochen aegyptiaca</i>	Ü	NG		
Rabenkrähe	<i>Corvus corone</i>	NG	NG		
Ringeltaube	<i>Columba palumbus</i>	NG	B		
Rotkehlchen	<i>Erithacus rubecula</i>	NG	B		
Schwanzmeise	<i>Aegithalos caudatus</i>		B		
Singdrossel	<i>Turdus philomelos</i>		B		
<b>Star</b>	<b><i>Sturnus vulgaris</i></b>		<b>B</b>	<b>3</b>	<b>unbek.</b>
Straßentaube	<i>Columba livia</i>	NG	NG		
<b>Weißstorch</b>	<b><i>Ciconia ciconia</i></b>	<b>Ü</b>	<b>Ü</b>		<b>G</b>
Wintergoldhähnchen	<i>Regulus regulus</i>		B		
Zaunkönig	<i>Troglodytes troglodytes</i>		B		
Zilpzalp	<i>Phylloscopus collybita</i>		B		

Status: B – Brutvogel, NG – Nahrungsgast, Ü – Überfliegend

Rote Liste (RL) NRW, nach LANUV/NWO, 2016: 3 – gefährdet, V – Vorwarnliste

Erhaltungszustand (EHZ) NRW der atlantischen Region (ALT) (nur bei planungsrelevanten Arten):

**G** = günstig, **U** = unzureichend, **S** = schlecht, unbek. = unbekannt

**Fettdruck:** Arten, die in NRW als planungsrelevant eingestuft sind



### Fledermäuse

Zur qualitativen Erfassung der im Gebiet vorkommenden Fledermausarten wurde in drei Nächten die Suche mit einem Ultraschalldetektor durchgeführt. Dabei wurden zwei Untersuchungs Nächte in die Wochenstubenzeit gelegt, zudem wurde eine weitere Beobachtungsnacht im September während der Wanderungszeit durchgeführt.

Zusätzlich zur Erfassung der Arten per Ultraschalldetektor konnten in den Dämmerungsstunden auch Sichtbeobachtungen mit in die Kartierungsergebnisse einfließen. Da sich im betroffenen Plangebiet keine Strukturen finden, die als Fortpflanzungs- und Ruhestätten genutzt werden können, fand keine gezielte Suche und Kontrolle potenzieller Quartierstrukturen statt.

Insgesamt konnten auf allen sechs Kartiergängen Fledermäuse beobachtet werden. Dabei handelte es sich um die, auch in Stadtquartieren häufige, Zwergfledermaus. Vereinzelt konnten zudem Rauhautfledermaus und Großer Abendsegler festgestellt werden.

Bis zu drei Exemplare der Zwergfledermaus nutzten den Spargelacker als Jagdraum zwischen dem südlichen Gehölz um das Haus Schlangenholt und den Gehölzstrukturen um den Vorthbach. Zudem wurden einzelne Flüge in und aus dem, östlich angrenzenden, Siedlungsstreifen beobachtet. Als typische Gebäudeart, die menschliche Nähe nicht scheut, ist davon auszugehen, dass sich im angrenzenden Siedlungsbereich mehrere Sommerquartiere befinden.

Großer Abendsegler und Rauhautfledermaus konnten nur am Septembertermin festgestellt werden. Ein längerer Aufenthalt im Gebiet konnte nicht beobachtet werden. Ein Großer Abendsegler flog in einer Höhe von ca. 50 m mehrere große Schleifen über die Ackerflächen. Das einzige Exemplar der Rauhautfledermaus wurde in wenigen Metern Höhe jagend am Gehölzstreifen um den Vorthbach für wenige Minuten beobachtet.

**Tab. 4: Liste der im Untersuchungsgebiet nachgewiesenen Fledermausarten mit Angaben zu Gefährdung und Planungsrelevanz**

Deutscher Name	Wissenschaftlicher Name	Status im Gebiet	Status im Randgebiet	RL NRW	EHZ NRW (ATL)
Großer Abendsegler	<i>Nyctalus noctula</i>	NG	NG	V	G
Rauhautfledermaus	<i>Pipistrellus nathusii</i>	NG	NG		U
Zwergfledermaus	<i>Pipistrellus pipistrellus</i>	NG	NG/SQ		G

Stand: März 2024  
Seite: 32

---

Status: NG – Nahrungsgast, SQ – Sommerquartier

---

Rote Liste (RL) NRW, nach LANUV/NWO, 2016: 3 – gefährdet, V – Vorwarnliste

---

Erhaltungszustand (EHZ) NRW der atlantischen Region (ALT) (nur bei planungsrelevanten Arten):

**G** = günstig, **U** = unzureichend, **S** = schlecht, unbek. = unbekannt

---

### Amphibien und Reptilien

Das Plangebiet weist keine Strukturen auf, die essenzielle Lebensräume für Reptilien oder Amphibien darstellen. Geeignete Laichgewässer für Amphibien sind im Plangebiet und dessen Umfeld nicht vorhanden.

### Ergänzung

Im Zuge der Kita-Planung, welche Anfang 2024 in den Bebauungsplan aufgenommen wurde, wurden nochmals Änderungen am Geltungsbereich vorgenommen. Für die Außenanlage der Kita wurde das nördlich angrenzende Grundstück – die bachgefallene Grünanlage – mit in den Geltungsbereich integriert. Da hierfür im Vorfeld keine artenschutzrechtliche Betrachtung erfolgt ist, wurde der Bereich im Februar 2024 zur Prüfung der Habitateignung für planungsrelevante Arten begangen. Dabei wurde der Gehölzbestand auf Horste und Höhlen-bäume geprüft. Im Ergebnis kann keine besondere artenschutzrechtliche Bedeutung festgestellt werden. Es konnten keine Horst- oder Höhlenbäume festgestellt werden. Insgesamt stellt der Bereich einen allgemeinen (Teil-)lebensraum für die im Siedlungsbereich üblichen, ubiquitären Arten dar.

#### 2.1.3 Fläche

Die Ressource Fläche ist ein begehrtes aber zugleich begrenztes und nicht vermehrbares Gut, das diversen Nutzungsansprüchen ausgesetzt ist. Unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit strebt die Bundesrepublik Deutschland einen sparsamen Umgang mit Freiflächen an. Der Flächenverbrauch für Siedlungs- und Verkehrsflächen soll bis 2030 auf weniger als 30 ha pro Tag beschränkt werden (BUNDESREGIERUNG 2016).

Die derzeitige Flächennutzung im Plangebiet wird primär durch landwirtschaftliche Nutzung bestimmt. Von der insgesamt 37.570 m<sup>2</sup> großen Fläche des Geltungsbereichs unterstehen rund 28.868 m<sup>2</sup> der landwirtschaftlichen Nutzung. 940 m<sup>2</sup> werden als befestigte Wegefläche genutzt. Auf ca. 4.500 m<sup>2</sup> Fläche des Geltungsbereichs stocken Gehölze.

#### 2.1.4 Boden

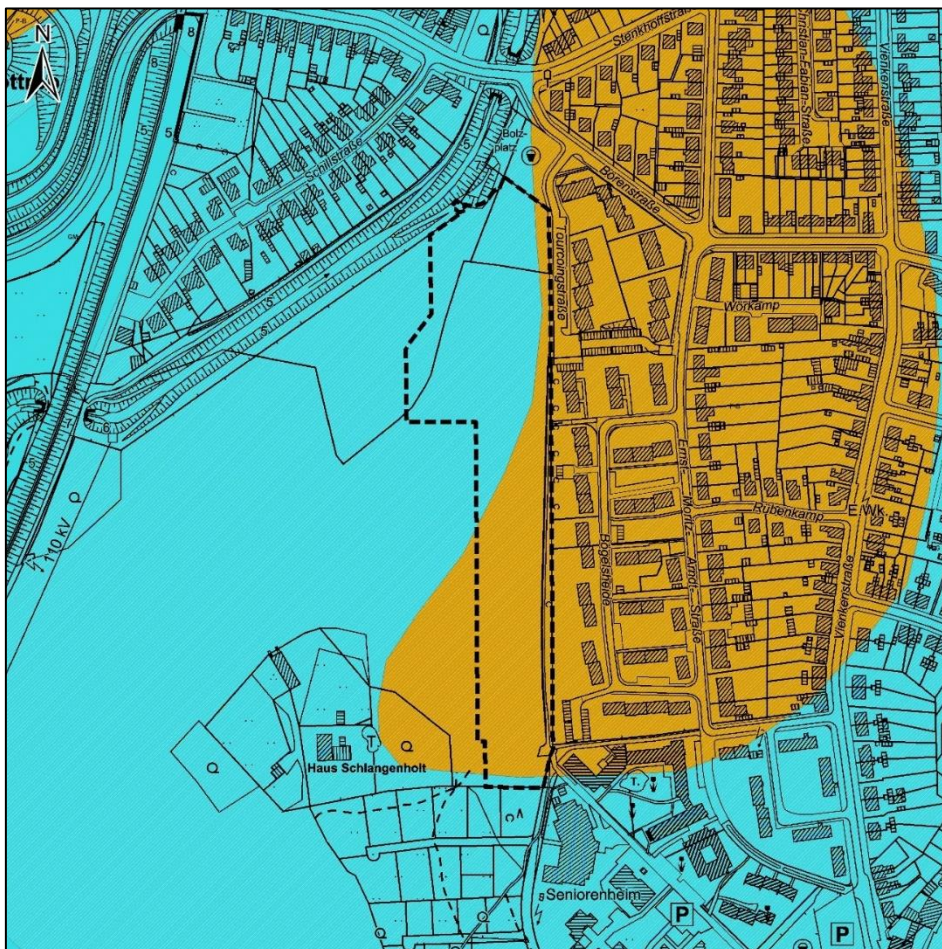
Der Boden besitzt unterschiedliche Funktionen für den Naturhaushalt, insbesondere als Lebensgrundlage und Lebensraum für Menschen, Tiere, Pflanzen sowie Bodenorganismen. Darüber hinaus sind seine Wasser- und Nährstoffkreisläufe, seine Filter-, Puffer-, und Stoffumwandlungseigenschaften, seine damit verbundene Grundwasserschutzfunktion und seine Funktion als Archiv der Natur- und Kulturgeschichte zu schützen.

Die wesentlichsten und bewertungsrelevantesten Funktionen sind:

- die Lebensraumfunktion,
- die Speicher- und Reglerfunktion,
- die natürliche Ertragsfähigkeit,
- sowie die Funktion als Archiv der Natur- und Kulturgeschichte.

Der im Norden des Plangebietes vorherrschende Podsol-Gley pG8 (stellenweise Gley) sowie die im Süden des Plangebietes vorherrschende Podsol-Braunerde pB81 entwickelte sich auf Flugsand des Jungpleistozän bis Holozän.

**Abb. 9: Darstellung der Bodentypen im Geltungsbereich (BK50)**



In dem Gutachten zur Baugrundsituation (ALTHOFF & LANG GBR 2018) wurden folgende Bodenschichten mittels Rammsondierungen angesprochen:

**Tab. 5: Zusammensetzung des Untergrundes (ALTHOFF & LANG  
GBR 2018)**

Schicht	ca. Tiefe unter jeweiliger GOK [m]	Zusammensetzung (Bohrgutansprache)
01	0,00 bis -0,10; -1,00	<b>Auffüllung / Anstehendes umgelagert</b> (häufig als Schichtlücke – fließender Übergang in Schicht 02:) Sand (vornehmlich Mittel- bis Feinsand), schwach bis stark schluffig, teilweise schwach feinkiesig, anthropogene Fremdbestandteile (Ziegelbruch, Mörtel, Aschereste, Schlackereeste) in Mengen < 10 Vol.-%, dunkelbraun bis braun, rollig, erdfeucht bis feucht. Nahe der Geländeoberkante (ca. oberste 0,35 m deutlich humos mit Wurzeln und Pflanzenresten – Schicht 01)
02	0,00; -1,00 bis -5,00; -7,00 (Endteufen)	<b>Anstehendes / Anstehendes umgelagert</b> (quartäre, z. T. schluffige Flugsande des Oligozäns bis Holozäns, unterlagert von verwitterten kretazischen sandig-schluffigen Ablagerungen): Sand (vornehmlich Mittel- bis Feinsand), schwach bis stark schluffig, teilweise auch Schluff und Ton, sandig, hellbraun/ braun/ grünlich braun bis bräunlich grau, rollig, bindig, erdfeucht bis feucht (im Niveau bzw. unterhalb von Schichtwasserkörpern auch nass). Nahe der Geländeoberkante (ca. oberste 0,35 m deutlich humos mit Wurzeln und Pflanzenresten – Schicht 02)

### Schutzwürdige Böden

Der Geologische Dienst NRW weist keine schützenswerten Böden im Geltungsbereich aus (Daten gemäß Auskunftssystem BK50, Geoportal.NRW).

### Altlasten

Das Plangebiet wird nicht als Verdachtsfläche im Altlastenkataster der Stadt Bottrop geführt. Im Frühjahr 2018 haben die Arenbergischen Gesellschaften ein Gutachten zur Baugrundsituation inkl. abfalltechnischer Deklaration und orientierender Erstbewertung gemäß Bundesbodenschutzverordnung in Auftrag gegeben, um die Bodensituation für eine mögliche wohnbauliche Entwicklung zu klären. Es wurden keine Altlasten oder schädliche Bodenveränderungen im Bereich des Baufeldes gefunden.

In der bisherigen Bodenuntersuchung wurde die Fläche für die Kita noch nicht berücksichtigt. Nach Rücksprache mit der Unteren Bodenschutzbehörde befinden sich im Bereich der geplanten Außenanlage mutmaßlich zwei bodenschutzrelevante Strukturen - ein Erdwall aus Auffüllungsmaterialien in unterschiedlichen Zusammensetzungen bezüglich Material und

Menge und ein ehemaliger Bolzplatz mit unbekanntem Aufbau. Eine entsprechende bodenhygienische Untersuchung wird vor Rechtskraft des B-Plans durchgeführt. Abhängig vom Ergebnis der Bodenuntersuchung ist die Entsorgung/der Ausbau und/oder die Überdeckung mit BM-0 gem. Ersatzbaustoff durchzuführen.

#### 2.1.5 Wasser

Oberflächengewässer (Fließ- und Stillgewässer) sind im Plangebiet nicht vorhanden. Nördlich bzw. westlich des Plangebietes verläuft der Vorthbach - ein „sandgeprägtes Fließgewässer der Sander und sandigen Aufschüttungen“ (Fließgewässertypologie NRW) - der von Südwesten nach Nordosten in die Boye außerhalb des Plangebietes entwässert.

Das Plangebiet liegt innerhalb des Grundwasserkörpers „Münsterländische Oberkreide“ (DE\_GB\_DENW\_277\_03). Der Grundwasserkörper liegt im Südwesten des Münsterländer Kreide-Beckens und zeichnet sich aus einer sehr geringen bis mäßigen Durchlässigkeit und einer geringen Ergiebigkeit aus. Der mengenmäßige Zustand ist als gut, der chemische Zustand ist aufgrund der Überschreitung der Schwellenwerte von BTEX und Sulphat nach Anlage 2 GrwV als schlecht bewertet (BFG WEB VIEWER). Er setzt sich aus zwei isolierten Teilkörpern zusammen. Der in diesem Fall betrachtete westliche Teilkörper wird im Westen und Südwesten größtenteils von der hier bis zu ca. 45 m mächtigen Bottrop-Formation, einem überwiegend schluffigen Mergel aufgebaut sowie von den darunter folgenden, etwa 55 m mächtigen Osterfeld-Schichten (Fein- bis Mittelsand mit Schluff). Letztere bilden einen wichtigen Grundwasserleiter und das 2. Stockwerk. Das Grundwasser strömt im Bereich des westlichen Teilkörpers von einer im Süden gelegenen, etwa halbkreisförmig verlaufenden Grundwasserscheide in sämtliche Richtungen, zur Emscher und deren Nebenläufen, im östlichen Teilkörper generell in südliche Richtung, überwiegend zur Emscher. Bei rund 26 % der Fläche liegt das Grundwasser weniger als 2 m unter Gelände. Vielfach liegen die Flurabstände zwischen 2 und 5 m, vereinzelt, besonders im Südwesten bis zu 20 m. Der natürliche Grundwasserspiegel wurde durch Senkungseinflüsse des untertägigen Steinkohlebergbaus sowie durch Verlegen der Vorfluter und deren Umfunktionierung als offene Abwasserkanäle stark verändert (ELWAS-WEB).

Ganz im Norden ragt das Vorhabengebiet in den Grundwasserkörper „Niederung der Emscher“ (DEGB\_DENW\_277\_05). Der Poren-Grundwasserleiter aus Sand, z. T. Kies und Schluff ist mäßig durchlässig und ergiebig. Die wasserwirtschaftliche Bedeutung ist gering (ELWAS-WEB). Der mengenmäßige Zustand ist als gut, der chemische Zustand als schlecht bewertet (BfG Web Viewer).

### **Schutzausweisungen**

Der Geltungsbereich liegt nicht innerhalb von Wasserschutz- oder Überschwemmungsgebieten.

#### 2.1.6 Luft und Klima

##### **Klima**

Die Stadt Bottrop wird makroklimatisch dem Klimabereich „Nordwest-Deutschland“ zugeordnet, welcher sich von der Nordseeküste bis zu den Südseiten von Eifel und Westerwald sowie bis zur Ostseite des Sauerlandes erstreckt. Durch die Lage im Westwindgürtel und die relative Nähe zum Atlantik ist das Klima in diesem Teil Deutschlands maritim beeinflusst. Dies äußert sich im Allgemeinen durch kühle Sommer und milde Winter. Allerdings können sich gelegentlich auch längere Hochdruckphasen mit kontinentalem Einfluss durchsetzen. Diese kontinentalen Hochdruckwetterlagen mit schwachen östlichen bis südöstlichen Winden führen im Sommer zu heißen, trockenen Phasen und sind im Winter hingegen mit anhaltenden Kälteperioden verbunden. Grundsätzlich dominieren im nordwestdeutschen Klimabereich jedoch südwestliche Windrichtungen. Regionalklimatisch liegt Bottrop im Übergangsbereich der Klimabezirke „Niederrheinisches Tiefland“ und „Münsterland“ (RVR 2019).

Im Plangebiet herrschen durchschnittliche Lufttemperatur von 11 °C. Der heißeste Monat im Jahr ist mit durchschnittlich 19,3 °C der Juli. Der Januar ist mit durchschnittlich 3,4 °C der kälteste Monat im Jahr. Im Jahresverlauf fallen durchschnittlich 822,3 mm Niederschlag (alle Zahlen bezogen auf die Klimanormalperiode 1991-2020) (KLIMAATLAS NRW).

Entsprechend der Klimaanalysekarte der Stadt Bottrop (Stand 2019) ist der überwiegende Teil des Plangebietes als Freilandklima gekennzeichnet. Das Freilandklima entwickelt sich über landwirtschaftlich genutzten Flächen. Es zeichnet sich durch gute Austauschverhältnisse und stark ausgeprägte Tagesgänge der Lufttemperatur mit deutlich niedrigeren nächtlichen Lufttemperaturen aus. Dadurch stellen diese Flächen potenzielle Ausgleichsräume dar, die bei entsprechenden Wetterlagen eine klimatisch entlastende Funktion für die Siedlungsräume einnehmen können.

Der südliche und der nördliche Teil des Plangebietes sind als Waldklimatop ausgewiesen. Das Waldklima ist durch eine Verlagerung der Strahlungsumsätze auf das Kronendachniveau und einer daraus folgenden Dämpfung aller Klimaelemente im Stammraum (Bestandsklima) gekennzeichnet. Aufgrund der Filterfunktion stellen Wälder bedeutende Frischluftentstehungsgebiete dar.

Klimatope beschreiben Gebiete, die aufgrund identischer Flächennutzung ähnliche mikroklimatische Ausprägungen aufweisen. In den Darstellungen der räumlichen Verteilung der Klimatope werden diese scharf vonei-

Stand: März 2024  
Seite: 37

einander abgegrenzt. In Wirklichkeit sind die Übergänge zwischen den Klimatopen fließend und nicht statisch. Die östlich angrenzenden Siedlungsbereiche sind dem Stadtrandklima zugeordnet, daher ist das Plangebiet durch seine Lage im Übergang von Siedlungs- und Freiraumbereich gekennzeichnet. Die überwiegend locker bebauten und gut durchgrüneten Siedlungsstrukturen verändern das Mikroklima nur geringfügig (geringere Extremwerte für Temperatur und Feuchte, Dämpfung der Windgeschwindigkeit, sehr geringe Temperaturerhöhung und günstige Strahlungsbedingungen).

Die Klimaanalyse weist für das Plangebiet eine hohe Kaltluftproduktionsrate aus ( $\geq 16\text{m}^3/\text{m}^2/\text{h}$ ). Der Kaltluftvolumenstrom weist eine mittlere Bedeutung ( $> 500 - 1000\text{m}^3/\text{s}$ ) auf, während der Kaltluftvolumenstrom aus den westlich angrenzenden Freiflächen eine hohe Bedeutung ( $> 1.000\text{m}^3/\text{s}$ ) verzeichnet. Aufgrund topographisch bedingter, fehlender Kaltluft- und Flurwinddynamik auf den Flächen, ist der Luftaustausch in den angrenzenden Siedlungs- bzw. Lasträum jedoch begrenzt.

Die Aussagen der gesamtstädtischen Klimaanalyse (RVR 2019) werden in dem Klimagutachten (Lohmeyer GmbH 2020) aufgegriffen und die Auswirkungen des geplanten Bauvorhabens auf die lokalen klimatischen Verhältnisse (Kaltluftgeschehen, bioklimatische/thermische Umgebungsbedingungen) untersucht und bewertet.

Die Ergebnisse der Simulationsrechnungen für den Istfall zeigen, dass sich im Untersuchungsgebiet während windschwacher Strahlungsächte Kaltluftsysteme ausbilden. Aufgrund der geringen Geländeneigungen sind die bodennahen Strömungsgeschwindigkeiten im Untersuchungsgebiet meistens nur schwach. Das Fehlen einer Luftleitbahn verhindert, dass eine effektive Frischluftzufuhr vom Umland bis zum Plangebiet stattfindet. Die Kaltluftvolumenströme im Plangebiet weisen daher nur geringe Intensitäten auf und können aufgrund fehlender Kaltluftneubildung und der flachen Topographie nicht weit in die benachbarten Wohnsiedlungen eindringen.

Größere Kaltluftmengen fließen über die Ackerflächen südwestlich am Plangebiet vorbei. Hier liegt die Volumenstromdichte teilweise über  $5\text{m}^2/\text{s}$ . Nördlich des Plangebietes wird dieser Kaltluftströmung durch die nordwestlich angrenzende Bestandsbebauung an der Schillstraße und der Stenkhoffstraße stark abgeschwächt, so dass im nördlichen Bereich des Plangebietes keine bioklimatische relevante Kaltluftzufuhr auftritt. Im südlichen Bereich treten schwache Kaltluftströmungen auf, über die kühlere Luft aus nordwestlicher Richtung in die angrenzenden Wohngebiete eindringen kann. Die positive thermische Ausgleichsfunktion ist aber aufgrund des fehlenden Antriebs (flaches Gelände) und der daher geringen Kaltluftdynamik stark eingeschränkt.

## Luft

Das Vorhabengebiet liegt im Geltungsbereich des Luftreinhalteplans Ruhrgebiet 2011, Teil-plan Nord. Das Vorhabengebiet liegt innerhalb der im Rahmen des Luftreinhalteplans ausgewiesenen Umweltzone.

Zur Bewertung der Luftschadstoffbelastungen wurden die Karten zur Luftreinhalteplanung der Stadt Bottrop, zur Verfügung gestellt vom Fachbereich Umwelt und Grün (68/2) im Rahmen der frühzeitigen Behördenbeteiligung, ausgewertet. In zwei Karten (Druck vom 16.12.2019) werden die Belastungen mit NO<sub>2</sub> und PM<sub>10</sub> für die umgebenden Straßenzüge dargestellt. Für die Stenkhoffstraße nördlich des Plangebietes, die Gladbecker Straße östlich des Plangebietes und den Nordring im Süden sind NO<sub>2</sub>-Belastungen < 37 µg/m<sup>3</sup> angegeben. Der kritische Wert von > 37 µg/m<sup>3</sup> wird somit unterschritten. Feinstaubbelastungen mit einer Partikelgröße < 10 µm liegen unter 29 µg/m<sup>3</sup>. Die Immissionsgrenzwerte zum Schutz der Gesundheit von 40 µg/m<sup>3</sup> im Jahresmittelwert werden unterschritten.

### 2.1.7 Landschaft

Naturräumlich betrachtet liegt Bottrop im Übergangsbereich der beiden Großlandschaften „Niederrheinisches Tiefland“ und „Westfälische Tieflandsbucht“. Das Plangebiet kann der naturräumlichen Haupteinheit „Emscherland“ zugeordnet werden. Das LANUV ordnet das Plangebiet dem Landschaftsraum „Boyplatten“ (LR-IIIa-099) zu. Die Boyplatten stellen eine auffallende Ausbuchtung im Nordwesten der Emschertalung dar, die sich von der flachen Talwasserscheide bei Kirchhellen bis an die Emscherniederung im Süden Bottrops erstreckt.

Das Landschaftsbild wird von der landwirtschaftlichen Nutzung sowie der östlich angrenzenden Siedlung geprägt. Das Vorhabengebiet liegt am Rande des Landschaftsschutzgebietes „Eigen“. Es erstreckt sich beidseitig des Vorhabens und umfasst unter anderem den früheren Adelssitz Haus Schlangenholt mit kleinem Feldgehölz und gut strukturierten Hofgehölzen innerhalb von Grünland- und Ackerflächen, wie auch die Ackerfläche im Vorhabengebiet. Insgesamt besitzt das LSG eine Fläche von 84,7 ha.

Der Landschaftsraum Schlangenholt stellt ein Relikt der kleinbäuerlichen Kulturlandschaft dar und enthält entsprechende landschaftsprägende Strukturen (z. B. Offenlandbereiche in Kombination mit Feldgehölzen und Baumhecken, Haus Schlangenholt), die prägend für das Landschaftsbild sind. Die strukturreiche Kulturlandschaft ist vor allem südlich des Plangebietes zu finden, während der Freiraum im Bereich des Vorhabengebietes vergleichsweise strukturarm erscheint. Der Spargelacker mit der typischen Plastikfolienabdeckung und der daran anschließende Maisacker weisen keine besondere Eigenart oder Landschaftsqualität auf.



### 2.1.8 Kultur- und sonstige Sachgüter

Der Adelssitz Haus Schlangenholt ist Kulturdenkmal (Mkz.4407,72).

Das Haus Schlangenholt ist als Baudenkmal ausgewiesen. Es befindet sich ca. 100 m südwestlich des Plangebietes und liegt somit in der unmittelbaren Nachbarschaft zur geplanten Neu-bebauung.

Im südwestlichen Randbereich des Plangebietes ist der Fund einer prähistorischen Grube mit Keramikscherben verzeichnet.

### 2.1.9 Wechselwirkungen

Auch das BauGB fordert den integrativen Prüfansatz des UVPG, der die einzelnen Umweltfaktoren einschließlich der Wechselwirkungen zu berücksichtigen hat.

Im Geltungsbereich konnten keine besonders zu berücksichtigenden Wechselbeziehungen zwischen einzelnen Schutzgütern identifiziert werden. Auch konnten keine besonderen räumlichen Wechselwirkungen und -beziehungen zwischen den Teilflächen des Geltungsbereichs oder zwischen dem Geltungsbereich und seinem Umfeld festgestellt werden.

## 2.2 Beschreibung der voraussichtlichen Umweltauswirkungen bei Durchführung der Planung

Die nachfolgende Erfassung und Beschreibung der anlage-, bau- und betriebsbedingten Umweltauswirkungen orientiert sich an den Belangen des § 1 Abs. 6 Nr. 7 a-j sowie den zusätzlichen Angaben gemäß Punkt 2b aus Anlage 1 zu § 2 Abs. 4 BauGB.

### 2.2.1 Menschen und Ihre Gesundheit, Bevölkerung insgesamt

#### **Wohnfunktion**

Durch den Neubau eines Wohnquartiers und der Schaffung von attraktivem Wohnraum verbessert sich die Wohnfunktion, da die bisherige Bedeutung des Geltungsbereichs aufgrund er fehlenden Wohnfunktion als nachrangig zu bewerten ist.

Ergänzend zur Wohnbebauung soll im nördlichen Bereich eine Kindertagesstätte entstehen, sodass einer bedarfsgerechten Versorgung mit Betreuungsplätzen im Wohnbereich Eigen Rechnung getragen wird.

#### **Verkehrslärm**

Das Schallgutachten (Ingenieurbüro Stöcker 2022) stellt fest, dass es durch den Verkehrslärm der A 2, A3 1 und der umliegenden Straßen bereits erhebliche Vorbelastungen im Geltungsbereich zu verzeichnen sind.

Durch das geplante Bauvorhaben kommt es zu Verkehrsbelastungsänderungen auf den umliegenden Straßen. Diese Verkehrsbelastungsänderungen bewirken Änderungen der Verkehrslärmsituation in der Nachbarschaft. Um diese einschätzen zu können, werden die berechneten Beurteilungspegel anhand der DIN 18005, hilfsweise der 16. BImSchV und in Relation zum kritischen Toleranzwert von 70 dB(A) tags und 60 dB(A) nachts, ab dem geprüft werden muss, ob die Schwelle der Zumutbarkeit erreicht ist (Gesundheitsgefährdung), beurteilt.

Im Plangebiet wird eine öffentlich gewidmete Straße errichtet. Der Neubau Erschließungsstraße bzw. die wesentliche Änderung der Erschließungsstraße durch zusätzlichen Bau eines Fahrstreifens werden auf das Einhalten der Grenzwerte der 16. BImSchV überprüft.

Zur Beurteilung des Stellplatzlärms der Anwohnerstellplätze werden hilfsweise die Immissionsrichtwerte der TA Lärm herangezogen. Bei der Prognose des Stellplatzlärms durch die Anwohnerparkplätze werden zusätzlich kurzzeitige Geräuschspitzen durch Türeenschlagen und beschleunigte Ab- bzw. Vorbeifahrten betrachtet. In Anlehnung an die TA Lärm wird angestrebt, dass durch diese einzelnen kurzzeitige Geräuschspitzen die zulässigen Immissionsrichtwerte möglichst nicht um mehr als 30 dB(A) am Tage und 20 dB(A) in der Nacht überschritten werden.

**Tab. 6: Orientierungs- und Immissionsrichtwerte für Allgemeine Wohngebiete in dB(A)**

Immissionsgrenzwerte Allgemeine Wohngebiete	Tag dB(A)	Nacht dB(A)
Orientierungswerte DIN 18005 Verkehrslärm	55	45
Immissionsgrenzwerte 16. BIm- SchV Verkehrslärm	59	49
Immissionsrichtwerte TA Lärm Gewerbelärm	55	40

#### Beurteilung Verkehrslärm im Plangebiet nach DIN 18005

Die bei einer Umsetzung des städtebaulichen Konzepts Tagsüber liegen die Beurteilungspegel zwischen 48 dB(A) und 65 dB(A), in der Nachtzeit zwischen 42 dB(A) und 59 dB(A).

Gemäß DIN 18005 ist bei Beurteilungspegeln über 45 dB(A) ist selbst bei nur teilweise geöffneten Fenstern ungestörter Schlaf häufig nicht mehr möglich.

Bei einer Umsetzung des städtebaulichen Entwurfs würden die Orientierungswerte der DIN 18005 für Verkehrslärm tagsüber um bis zu 10 dB und in der lautesten Nachtstunde um bis zu 14 dB überschritten.

Der Schutz der Innenräume durch aktive Schallschutzmaßnahmen würde große Wand-/Wallhöhen in Höhe des zu schützenden Geschosses erfordern, damit eine Einhaltung der Orientierungswerte gerade der höher gelegenen Geschosse ebenfalls gegeben ist. Entsprechende Schutzeinrichtungen können aufgrund der notwendigen Dimensionierung ausgeschlossen werden. Zur Gewährleistung eines ausreichenden Schutzes der Innenräume vor Verkehrslärm sind daher im B-Plangebiet passive Schallschutzmaßnahmen erforderlich.

Außenwohnbereiche werden i.d.R. nur während des Tageszeitraums genutzt und entsprechend beurteilt. Bei Beurteilungspegeln von  $> 62$  dB(A) ist davon auszugehen, dass in den Außenwohnbereichen unzumutbare Störungen der Kommunikation und der Erholung vorliegen. Beurteilungspegel  $> 62$  dB(A) treten im nördlichen Plangebiet in auf.

Wird der städtebauliche Entwurf wie geplant umgesetzt, liegen in den Garten/Terrassenbereichen, abgesehen von den beiden nördlichen Mehrfamilienhäusern, durchgängig Beurteilungspegel  $\leq 62$  dB(A) vor. Der Orientierungswert der DIN 18005 von 55 dB(A) am Tag wird jedoch fast in allen Garten/Terrassenbereichen überschritten.

#### Beurteilung Verkehrslärm Planstraße nach 16. BImSchV

An den bestehenden Wohngebäuden werden Beurteilungspegel von max. 49 dB(A) am Tag und 39 dB(A) in der Nacht durch die Straßen im Plangebiet prognostiziert. Die Immissionsgrenzwerte der 16. BImSchV für ein Wohngebiet von 59 dB(A) am Tag und 49 dB(A) in der Nacht werden um mind. 10 dB tags und nachts unterschritten.

#### Verkehrslärmänderung im öffentlichen Straßenraum

Durch den zusätzlichen Verkehr des Bauvorhabens nehmen die Lärmimmissionspegel im Plan-Fall am meisten im unmittelbaren Umfeld des Plangebiets an der Tourcoingstraße 1 tags um bis zu 1,8 dB und nachts um bis zu 0,8 dB zu. An den Immissionsorten, an welchen die Schwelle zur Gesundheitsgefährdung (70 dB(A) am Tag und/oder 60 dB(A) in der Nacht) erreicht oder bereits überschritten ist, liegt die Zunahme durch das Plangebiet in der jeweiligen Beurteilungszeit bei unter 0,1 dB und wird als akustisch irrelevant eingestuft.

#### Anwohnerparken

Die Geräusche durch das Anwohnerparken wurden bei einer Umsetzung des städtebaulichen Entwurfs für die Stellplatzanlagen der Mehrfamilienhäuser untersucht. Dabei wurden die Schallimmissionen an den maßgeblichen Immissionsorten sowohl an den Bestands- als auch den Plangebäuden berechnet. Für die Beurteilung werden hilfsweise die Immissionsrichtwerte der TA Lärm herangezogen.

Die Immissionsrichte für ein Allgemeines Wohngebiet (WA) nach TA Lärm betragen 55 dB(A) am Tag und 40 dB(A) in der lautesten Nachtstunde.

Die Immissionsrichtwerte werden an nahezu allen Immissionsorten eingehalten. Lediglich im Erdgeschoss des nördlichen Einfamilienhauses an der Nordfassade kann es im östlichen Bereich der Nordfassade zu leichten Überschreitungen des Immissionsrichtwertes nachts von 1 dB kommen.

Bei der Benutzung der Stellplätze können einzelne kurzzeitige Geräuschspitzen insbesondere durch Türeenschlagen oder Abfahrten/Vorbeifahrten hervorgerufen werden. Zur Berechnung der hieraus entstehenden Spitzenpegel wurden das Türeenschlagen mit einem Emissionspegel LWA = 97,5 dB(A) sowie beschleunigte Abfahrten mit einem Emissionspegel LWA = 92,5 dB(A) angesetzt.

Zur Beurteilung der Spitzenpegel wird hilfsweise das Spitzenpegelkriterium der TA Lärm für Mischgebiete (MI) herangezogen. Das Spitzenpegelkriterium besagt, dass kurzzeitige Geräuschspitzen die zulässigen Immissionsrichtwerte nicht um mehr als 30 dB(A) am Tage und 20 dB(A) in der Nacht überschreiten dürfen. Ausgehend von einem Immissionsrichtwert für Mischgebiete von 60 dB(A) am Tag und 45 dB(A) in der Nacht ergeben sich maximal zulässige Spitzenpegel von 90 dB(A) am Tag und 65 dB(A) in der Nacht.

Die Berechnungen zeigen, dass durch die Verschiebung der Stellplätze Richtung Norden an dem nördlichen Mehrfamilienhaus das Spitzenpegelkriterium der TA Lärm an der Nordfassade um bis zu 3,7 dB überschritten wird. Am Immissionsort I004 im Plangebiet wird das herangezogene Spitzenpegelkriterium der TA Lärm für Mischgebiete in der Nachtzeit um 0,3 dB überschritten. Die Stellplätze dienen ausschließlich den Bewohnern der Mehrfamilienhäuser. Damit sind die betroffenen Bewohner gleichzeitig die Geräuschverursacher. An der Nordfassade ist aufgrund der vorherrschenden Verkehrslärmbelastung passiver Schallschutz notwendig, der auch gegen die Geräusche der hauseigenen Stellplätze ausreichenden Schallschutz bewirkt.

#### Besucherparken

Die Berechnungsergebnisse der Schallimmissionen der insgesamt 53 Besucherstellplätze sind in den Ergebnissen der der Lärmpegel des zusätzlichen Verkehrs ausgehend von der Planstraße enthalten. Dort ist schon nachgewiesen, dass an den Bestandsgebäuden die Immissionsgrenzwerte der 16. BImSchV eingehalten werden. Auch an den Plangebäuden werden die Grenzwerte der 16. BImSchV eingehalten.

#### **Erholungsfunktion**

Hinsichtlich der Erholungsfunktion kommt es zu keinen wesentlichen Änderungen. Mit der Umsetzung des Vorhabens ist der Ausbau und die Verlängerung der Tourcoingstraße nach Süden verbunden. Im Bereich zwischen Tourcoingstraße und Bügelstraße besteht bisher lediglich eine Fuß- bzw. Radwegverbindung. Diese Verbindungsachse wird bei den

Stand: März 2024  
Seite: 43

Ausbauplanungen erhalten und als Verkehrsfläche mit der Zweckbestimmung „verkehrsberuhigter Bereich“ festgesetzt. Die Planstraße endet als Sackgasse in einer Wendeanlage. Über einen Fuß- und Radweg besteht darüber hinaus eine Verbindung zur Bügelstraße. Ziel ist es, weiterhin die Durchwegung für den Fuß- und Radverkehr sicherzustellen und gleichzeitig den Durchgangsverkehr für den motorisierten Verkehr zu unterbinden.

Die bestehenden Sichtbeziehungen in die Landschaft von der Tourcoingstraße und dem Fußweg wird durch den Bau des Wohngebietes jedoch eingeschränkt.

Bestehende Trampelpfade, ausgehend von der Tourcoingstraße über die Felder, werden vermutlich durch die geplante Bebauung unterbunden. Es ist jedoch davon auszugehen, dass sich aufgrund des Nutzungsdrucks der Anwohner kurz- bis mittelfristig neue Wege etablieren werden.

Die seit längerer Zeit brachgefallene Spiel- und Sportanlage im Norden wird als Außenanlage der Kita umgenutzt.

#### 2.2.2 Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt

##### **Pflanzen**

Auf Grundlage der Planzeichnung des Bebauungsplans 4.13/1 „Tourcoingstraße“ wurde der Zustand des Geltungsbereichs gemäß den Festsetzungen bewertet. Die Festsetzungen des Bebauungsplans führen im Geltungsbereich zu einem Verlust bislang vorhandener Biotopstrukturen. Dabei handelt es sich Großteils um intensiv genutzte landwirtschaftliche Flächen - überwiegend Spargelacker und eine kleinere Restfläche Mähwiese im Norden. Zudem werden kleinflächig Gehölzstrukturen in den Randbereichen des Geltungsbereichs tangiert.

Das Waldstück im Süden (BS13) ist in den Geltungsbereich integriert. Die Festsetzungen des Bebauungsplans sehen den Erhalt der Bäume vor. Durch zusätzliche Anpflanzung von standorttypischen Gebüschern und Einzelsträuchern (BB) ist ein Waldrand auszubilden. Eingriffe finden in diesem Bereich nicht statt.

Die brachgefallene Grünfläche im Norden wird als Außenanlage (HJ200) der Kita umgenutzt. Der alte Baumbestand (BD73) auf den Böschungen entlang der Börenstraße im Norden und der Tourcoingstraße im Osten wird durch eine Erhaltungsfestsetzung gesichert.

Ebenso erhalten bleibt die als Landschaftsbestandteil geschützte Baumreihe (BF32) aus Baumhasel westlich der Tourcoingstraße. Hier gehen durch die verkehrliche Erschließung drei Bäume verloren, die an anderer Stelle innerhalb dieser Baumreihe ersetzt werden. Insgesamt werden als

Ausgleich für die betroffenen Straßenbäume entlang der Tourcoingstraße fünf Bäume gepflanzt.

Zudem werden in dem Straßenraum der öffentlichen Verkehrsflächen (HY1) 8 Straßenbäume (BF32) gepflanzt. Die öffentlichen Grünflächen sind als Grasfluren (HH7) mit einzelnen, standorttypischen Gehölzen oder Sträuchern auszubilden.

Für die Festsetzung Allgemeiner Wohngebiete sind entsprechend der Grundflächenzahl (GRZ) bebaute oder versiegelte Bereiche (HN2100) und Gartenflächen (HJ200) anzunehmen. Die Dachflächen der Wohngebäude, Garagen und Carports sind zu mindestens 80 % extensiv zu begrünen.

Die Flächen für die Abwasserbeseitigung des Niederschlagswassers sehen eine begrünte Mulde (FN) vor in der das Regenwasser der versiegelten Flächen geleitet wird. Vor Einleitung in den in den Vorthbach wird es in einem Retentionsbodenfilterbecken gereinigt. Als Unterhaltungsweg der Entwässerungsanlage ist ein max. 3,5 m breiter Weg mit wassergebundener Wegedecke oder Rasengittersteine vorgesehen (HY1).

Aufgrund der räumlichen Nähe in den Geltungsbereich integriert, ist die naturschutzrechtliche Ausgleichsmaßnahme. Im Nordwesten wird eine bisher intensiv landwirtschaftlich genutzte Fläche in ein extensives Grünland (EA11) umgewandelt (Kap. 2.5). Die nördlich angrenzende Gehölzstrukturen (BB) werden dadurch nicht tangiert.

Der Zustand des Geltungsbereichs gemäß den Festsetzungen des Bebauungsplans stellt sich demnach folgendermaßen dar:

**Tab. 7: Zustand des Geltungsbereichs gemäß den Festsetzungen**

Code	Biotoptyp	Wertsumme (SU)	Fläche in m <sup>2</sup>	Wert
HH7	<b>Öffentliche Grünflächen</b> Grasfluren an Dämmen, Böschungen, Straßen- und Wegrändern	12	1.321	15.852
HY1	<b>Verkehrsflächen</b> befestigte Flächen des Straßen- und Luftverkehrs	-	4.795	0
HN2100	<b>Wohnfläche WA2-5 (GRZ 0,4 Überschreitung bis 0,6)</b>	0	(13.676 )	0
HJ200	60% Bebaute oder hoch versiegelte Flächen 40% Ziergärten, geringer Laubholzanteil, geringer Nadelholzanteil	5	8.206 5.470	27.350

Code	Biotoptyp	Wert- summe (SU)	Fläche in m <sup>2</sup>	Wert
	<b>Wohnfläche WA1 (GRZ 0,5 Überschreitung bis 0,8)</b>		(2.308)	
HN2100		0	1.846	0
HJ200	80% Bebaute oder hoch versiegelte Flächen 20% Ziergärten, geringer Laubholzanteil, ge- ringer Nadelholzanteil	5	462	2.310
	<b>Begrünte Dachfläche (WA1-WA5)*<sup>1</sup></b>	3	(3.100)	9.300
	<b>Flächen für Abwasserbeseitigung</b>			
FN	Gräben	15	2.699	40.485
HY1	befestigte Flächen (Unterhaltungsweg 3,5 m breit)	-	1.533	0
	<b>Private Grünfläche - Kita-Außengelände</b>			
HJ200	Ziergärten, geringer Laubholzanteil, geringer Nadelholzanteil	5	1.081	5.405
BD73	Baumheckenartige Gehölzstreifen an Straßen mit überwiegend standorttypischen Gehölzen, starkes Baumholz ( <b>Erhalt</b> )	20	329	6.580
	<b>Baumpflanzungen</b>	13	(364)*	4.732
BF32	Baumreihen, -gruppen und <u>Einzelbäume</u> mit überwiegend standorttypischen Gehölzen, mittleres Baumholz (ca. 13 St., Kronentraufe 28 m <sup>2</sup> )			
	<b>Erhalt von Einzelbäumen</b>	13	(168)*	2.184
BF32	Baumreihen, -gruppen und <u>Einzelbäume</u> mit überwiegend standorttypischen Gehölzen, mittleres Baumholz (6 St., Kronentraufe 28 m <sup>2</sup> )			

\* Erläuternder Hinweis: Die Eingriffsermittlung und die Berechnung der Kompensationsmaßnahmen erfolgen grundsätzlich zweischichtig. Bei der Eingriffsermittlung werden sowohl die flächenhafte Inanspruchnahme von Biotoptypen als auch die zahlenmäßige Inanspruchnahme von herausragenden Einzelgehölzen erfasst. Bei der Berechnung der Kompensationswerte der Maßnahmen werden ebenfalls die flächenhafte Werterhöhung der Zielbiotoptypen als auch die Anzahl der geplanten Einzelgehölze berechnet.

\*<sup>1</sup> Der Biotoptypenschlüssel der Stadt Bottrop beinhaltet keinen entsprechenden Biotoptyp für die extensive Dachbegrünung. Daher wurde für die geplanten begrünten Retentionsdächer vorbehaltlich ein Biotopwert von 3 Punkten angenommen (in Annäherung an den Biotoptyp HD4 - Gleisanlagen und Verladerampen).

## Tiere

Durch die Umsetzung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans gehen Biotopstrukturen im Vorhabengebiet verloren, die einen Teillebensraum für die Tierwelt darstellen können. Die Biotopstrukturen weisen jedoch keine besondere Wertigkeit oder essenzielle Habitats auf. Es handelt sich

lediglich um Nahrungshabitate, welche aufgrund der überwiegend intensiv landwirtschaftlichen Nutzung als Spargelacker keinen besonderen ökologischen Wert aufweisen.

Durch die erforderliche Rodung von Gehölzen im Randbereich des Geltungsbereichs können potenzielle Fortpflanzungs- und Ruhestätten von Vögeln oder Fledermäusen betroffen sein. Im Rahmen der faunistischen Begehungen im Jahr 2020 und der artenschutzrechtlichen Bewertung der brachgefallenen Grünfläche 2024 konnten keine Hinweise auf Fortpflanzungs- und Ruhestätten von planungsrelevanten Arten im Geltungsbereich festgestellt werden, sodass eine Betroffenheit von planungsrelevanten Vogelarten ausgeschlossen wurde. Eine Betroffenheit von Fledermäusen wurde in der Artenschutzprüfung ebenfalls ausgeschlossen, da keine Höhlenbäume im Eingriffsbereich festgestellt wurden.

Während der Begehung wurden typische „Allerweltsarten“ gesichtet wie Amsel, Kohlmeise, Rotkehlchen, Elster etc. Ein Brutvorkommen dieser weit verbreiteten Vogelarten in den Randbereichen und angrenzenden Gehölzstrukturen ist nicht auszuschließen. Bei diesen landesweit ungefährdeten, ubiquitären Vogelarten sind allerdings grundsätzlich keine populationsrelevanten Beeinträchtigungen zu erwarten. Das gesetzlich festgelegte Rodungsverbot während der Brut- und Aufzuchtzeiten vom 1. März bis zum 30. September vermeidet die Tötung und Verletzung aller europäischer Vogelarten.

### **Artenschutz**

In einer eigenständigen Artenschutzprüfung (KUHLMANN & STUCHT 2021) wurde auf Grundlage faunistischer Untersuchungen aus dem Jahr 2020 geprüft, ob durch die Aufstellung des Bebauungsplans artenschutzrechtliche Verbotstatbestände entsprechend den Bestimmungen des § 44 Abs. 1 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) ausgelöst werden können.

Im Rahmen der faunistischen Begehungen konnten keine Fortpflanzungs- und Ruhestätten von Vögeln oder Fledermäusen im Eingriffsbereich festgestellt werden. Der Gehölzbestand im Süden des Plangebiets wird durch eine Erhaltungsfestsetzung planerisch gesichert, sodass der Verlust von potenziellen Fortpflanzungs- und Ruhestätten planungsrelevanter Arten sicher auszuschließen ist. Baubedingte oder betriebsbedingte Beeinträchtigungen von Fortpflanzungs- und Ruhestätten in den umliegenden Gehölzen sind unter Berücksichtigung art- und vorhabenspezifischer Kriterien nicht zu erwarten.

Die Umsetzung des Bebauungsplans 4.13/1 "Tourcoingstraße" lässt keine Konflikte mit dem Artenschutz erwarten.

Es ist sichergestellt, dass

- keine Tiere verletzt oder getötet werden (entspr. § 44 (1) Nr. 1 BNatSchG),



- keine Tiere während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten so gestört werden, dass sich der Erhaltungszustand der lokalen Population verschlechtert (entspr. § 44 (1) Nr. 2 BNatSchG),
- keine Fortpflanzungs- oder Ruhestätten aus der Natur entnommen, beschädigt oder zerstört werden, ohne dass deren ökologische Funktion im räumlichen Zusammenhang erhalten bleibt (entspr. § 44 (1) Nr. 3 i.V.m. § 44 (5) BNatSchG).

Bei landesweit ungefährdeten ubiquitären Arten wie Amsel, Singdrossel, Buchfink, Blaumeise usw. sind grundsätzlich keine populationsrelevanten Beeinträchtigungen zu erwarten. Daher wurden diese Arten im Rahmen der vorliegenden artenschutzrechtlichen Prüfung nicht weiter betrachtet.

Bei einer Rodung von Gehölzen ist der bundeseinheitlich festgelegte Zeitraum für Baumschnitt und Fällarbeiten (§ 39 Abs. 5 BNatSchG) zwischen 01.10. und 28.02. einzuhalten.

#### **Natur 2000-Gebiete**

Für das ca. 2 km westlich des Plangebietes liegt das FFH-Gebiet „Koellnicher Wald“ (DE-4407-302) kann eine Betroffenheit aufgrund der Entfernung ausgeschlossen werden. Auswirkungen auf die Erhaltungsziele und den Schutzzweck sind nicht gegeben. Vogelschutzgebiete (VSG) sind ebenso nicht betroffen.

#### **Sonstige Schutzgebiete**

Der Geltungsbereich liegt Großteils innerhalb des Landschaftsschutzgebietes „Eigen“, sodass für die Umsetzung eine Befreiung nach § 67 BNatSchG von den Verboten der Schutzgebietsverordnung erforderlich ist.

Im Vorhabengebiet befindet sich mit der Baumhaselreihe entlang der Tourcoingstraße ein geschützter Landschaftsbestandteil. Die Bäume werden soweit möglich erhalten und während der Bauzeit entsprechend der ZTV-Baumpflege (FLL), der DIN 18.920 (Schutz von Bäumen, Pflanzbeständen und Vegetationsflächen bei Baumaßnahmen) und der RAS LP-4 (Richtlinie für die Anlage von Straßen – Teil Landschaftsgestaltung, Abschnitt 4: Schutz von Bäumen und Sträuchern im Bereich von Baustellen) geschützt. Drei Bäume sind durch das Bauvorhaben betroffen. Für den Verlust werden an anderer Stelle in der Baumreihe fünf Ersatzbäume gepflanzt.

Sonstige Schutzgebiete i. S. des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG), des Landesnaturschutzgesetzes (LNatSchG NRW) sowie des Wasserhaushaltgesetzes (WHG) und des Landeswassergesetzes (LWG) sind innerhalb des Bebauungsplanes nicht vorhanden.

### 2.2.3 Fläche

Durch das geplante Vorhaben wird überwiegend unbebaute Fläche überplant. Als unbebaute Fläche besitzt sie Entwicklungspotenzial für Natur und Landschaft. Allerdings ist nicht ersichtlich, dass dieses Potenzial bei Nichtdurchführung der Planung genutzt wird. Vielmehr würde die bisherige intensive landwirtschaftliche Nutzung weitergeführt.

Durch die Aufstellung des Bebauungsplans wird eine 37.570 m<sup>2</sup> große Fläche überplant, mit dem Ziel einer Umnutzung der Fläche. Bisher gibt der derzeit rechtskräftige Flächennutzungsplan Landwirtschaft vor. Mit der 13. Flächennutzungsplan Änderung wird der Fläche einer Wohnnutzung zugeführt.

16.380 m<sup>2</sup> Fläche wird überbaut und versiegelt. Insgesamt 21.190 m<sup>2</sup> bleiben unbebaut und werden begrünt (Grün- und Gartenflächen) bzw. bleiben in Ihrem Bestand erhalten. Eine ca. 7.950 m<sup>2</sup> große Fläche innerhalb des Geltungsbereichs bleibt als landwirtschaftliche Fläche bestehen. Auf der ökologischen Ausgleichsfläche, derzeit überwiegend ackerbaulich genutzt, wird extensives Grünland entwickelt.

Aufgrund der angrenzenden Wohnbebauung und vorhandenen Erschließungsstraße ergibt sich eine gewisse Eignung für die Umwandlung zur Wohnnutzung. Dennoch wird – wenn auch nur randlich – Freiraum in Anspruch genommen. Darüber zeigt sich durch die Darstellung als „Fläche zum Ausgleich und Suchräume für Flächen zum Ausgleich“ im Flächennutzungsplan ein Entwicklungspotenzial für Natur und Landschaft, dass durch die Überbauung verringert wird.

### 2.2.4 Boden

Hinsichtlich des Schutzgutes Boden führen die im Rahmen der Baumaßnahme erforderlichen Abgrabungen, Überbauungen und Versiegelungen zu einem vollständigen Funktionsverlust des Bodens. Bei den betroffenen Böden handelt es sich um nicht schutzwürdige Bodentypen.

Für Verkehrsflächen werden ca. 4.795 m<sup>2</sup> Boden versiegelt. Im Bebauungsplan werden Allgemeine Wohngebiete mit Grundflächenzahlen von 0,4 festgesetzt. Darüber hinaus ist in allgemeinen Wohngebieten laut § 19 BauNVO eine Überschreitung, u. a. durch Nebenanlagen, bis 0,6 zulässig. Im Bereich des Allgemeinen Wohngebietes WA1 wird eine GRZ 0,5 mit Überschreitung durch Nebenanlagen im Sinne des § 14 BauNVO bis zu einer GRZ von 0,8 festgesetzt. In diesem Bereich ist die Errichtung von Mehrfamilienhäusern mit einer Kindertagesstätte als ein größeres Gebäude vorgesehen. Unter Berücksichtigung der zulässigen Überschreitung wird in den Allgemeinen Wohngebieten (WA) ein maximaler Versiegelungs-anteil von ca. 10.052 m<sup>2</sup> angenommen. Hinzu kommt die Versiegelung von Boden für die verkehrliche Erschließung. Insgesamt werden ca. 16.380 m<sup>2</sup> Boden überbaut und versiegelt.

Neben der anlagebedingten Inanspruchnahme durch Überbauung und Versiegelung von Boden, sind auch baubedingte Wirkungen zu berücksichtigen (wie z. B. Verkehrsbelastungen durch Baufahrzeuge und Baumaterialianlieferung sowie Flächenbeanspruchungen für Baustraßen, Lagerflächen und Kranstandorte), die zu einer Beeinträchtigung der Bodenfunktionen führen können.

Insbesondere die zur ökologischen Kompensation vorgesehene Ausgleichsfläche sollte diesbezüglich geschont werden, um nachhaltige Beeinträchtigungen zu vermeiden. Die ökologische Ausgleichsmaßnahme im Geltungsbereich, die Extensivierung von Landwirtschaft bzw. Schaffung von extensiv genutztem Grünland, wirkt sich positiv auf den Boden aus. Regelmäßige Eingriffe in den Boden durch mechanische Bodenbearbeitung und der Eintrag von Pestiziden und Düngemittel bleiben aus, sodass eine ungestörte Bodenentwicklung und damit die Naturnähe des Bodens nachhaltig gefördert wird.

#### 2.2.5 Wasser

**Fließgewässer** sind von den Festsetzungen des Bebauungsplans nicht direkt betroffen. Es ist vorgesehen, das geplante Wohngebiet im Trennsystem über ein Schmutz- und Regenwasserkanalnetz zu entwässern. Das Regenwasser von den befestigten öffentlichen Verkehrsflächen sowie der privaten Baugrundstücke wird nach Aufbereitung in einem Retentionsbodenfilterbecken in den Vorthbach geleitet.

Die bPLAN Ingenieurgesellschaft GbR aus Essen hat dazu eine Konzeption der Regenwasserableitung zur Erhöhung des Verdunstungs- und Teilversickerungsanteils entwickelt:

- Offene Regenwasserableitung/ -rückhaltung entlang des Westrands des Baugebietes in Rasenmulden (öffentlich).
- Angrenzender 3,5 m breiter Unterhaltungsweg (öffentlich).
- Naturnaher Retentionsbodenfilter im Nordwesten (öffentlich).
- Gedrosselte Einleitung ins Gewässer (10 l/s).

Die gedrosselte Einleitung in den Vorthbach (10 l/s) wurde mit der Emshergenossenschaft und der Unteren Wasserbehörde vorab besprochen, eine wasserrechtliche Erlaubnis wird in Aussicht gestellt.

#### Überflutungsschutz

Die geplante Grünmulde dient gleichzeitig als Notwasserweg für den Überflutungsschutz. Nach Starkregen kann hier über einen längeren Zeitraum die Retention und Verdunstung erfolgen. Bei Überlauf ist die Ableitung des Regenwassers in den Vorthbach vorgesehen.

### **Abwasser**

Das anfallende Schmutzwasser wird in das städtische Kanalnetz in der Tourcoingstraße eingeleitet. Die Ergänzung des Netzes erfolgt durch Kanäle in den festgesetzten öffentlichen Straßen.

### **Grundwasser**

Das Plangebiet weist keine bedeutsamen Funktionen für den Grundwasserhaushalt auf und lässt damit keine besonderen Risiken für die Grundwasserfunktion und ihre Nutzung durch den Menschen erwarten. Die Festsetzung als Wohnbaufläche führt bei nachfolgender Umsetzung der Planung zu einer umfangreichen Versiegelung, die aufgrund des erhöhten Oberflächenabflusses die potenzielle Grundwasserneubildungsrate verringert.

Hinsichtlich der Planung von Versickerungsanlagen für das anfallende Niederschlagswasser im Plangebiet, ist eine ausreichende Durchlässigkeit der Böden nicht vorzuweisen. Eine Versickerung im Plangebiet ist gemäß dem Bodengutachten nicht zu realisieren. Über die offene Regenwasserableitung in einer Rasenmulde wird die Teilversickerung gefördert.

#### **2.2.6 Luft und Klima/Klimaschutz und Klimafolgenanpassung**

Neben den Auswirkungen des Vorhabens auf lufthygienische und mikroklimatische Ausgleichsfunktionen und -beziehungen werden auch die Anfälligkeit des Vorhabens auf die heute schon eintretenden Folgen des Klimawandels sowie daraus abzuleitende Maßnahmen zur Klimafolgenanpassung und Klimaschutzmaßnahmen betrachtet.

Im Plangebiet und der Umgebung ist die nächtliche Kaltluftdynamik nur schwach ausgeprägt – es fehlen durchgängige Fischluft- bzw. Kaltluftleitbahnen. Das Klimagutachten (LOHMEYER 2020) zeigt, dass bedeutende Strukturen für den klimatischen oder lufthygienischen Ausgleich im Geltungsbereich des Bebauungsplans nicht betroffen sind. Dennoch gehen mit der Versiegelung von Freiflächen allgemeinen klimarelevante Funktionen verloren.

Heute bereits zeigen sich insbesondere im urbanen dicht besiedelten Ballungsraum Auswirkungen des Klimawandels sowohl auf die Temperaturverhältnisse und -amplituden in den Städten als auch auf den Wasserhaushalt. Exemplarisch zu nennen sind an dieser Stelle urbane Sturzflutereignisse im Zuge extremer Niederschläge oder der Effekt der städtischen Wärmeinseln.

Das Plangebiet befindet sich in einem Übergangsbereich von Siedlungs- und Freiraum, sodass eine Anfälligkeit gegenüber den oben genannten Klimawandelfolgen nur bedingt gegeben ist. Hinzu kommt eine Reihe an Maßnahmen der Klimaanpassung, die im Rahmen der Planung verfolgt

und berücksichtigt werden, sodass eine erhebliche Betroffenheit klimatischer oder lufthygienischer Funktionen auszuschließen ist:  
Reduktion/Milderung städtischer Hitzeinseln durch:

- Gebäudeanordnung, Vorgaben zur hellen farblichen Gestaltung (Fassaden und sonst. Oberflächen),
- extensive Dachbegrünungen,
- Anlage offener Wasserflächen,
- Baumpflanzungen, Pflanzungen unter Berücksichtigung der Luftströmung,
- Schaffung weiterer öffentlicher Grünflächen.

Dezentrale Niederschlagswasserretention und -ableitung zur Abmilderung der Folgen von urbanen Sturzfluten im Zuge von vermehrt auftretenden Starkregenereignissen durch:

- Offene oberflächliche Niederschlagswasserableitung,
- Schaffung von Versickerungs- und Retentionsflächen

Das geplante Wohngebiet befindet sich am Siedlungsrand mit guter Durchlüftungssituation. Ein spürbarer Aufheizeffekt infolge der Bebauung kann ausgeschlossen werden. Das Klimagutachten kommt zu dem Ergebnis, dass eine bauliche Umsetzung der Planung keine bioklimatisch relevanten Veränderungen der Frischluftzufuhr in den an das Plangebiet angrenzenden Wohngebieten bewirkt.

#### 2.2.7 Landschaft

Das Vorhabengebiet liegt am Rande des Landschaftsschutzgebietes „Eigen“. Durch die Wohnbebauung sind rund 34.390 m<sup>2</sup> des LSG beansprucht (inkl. 7.950 m<sup>2</sup> Ausgleichsfläche und ca. 1.880 m<sup>2</sup> Erhaltungsfestsetzung), sodass eine Befreiung von den Schutzgebietsvorschriften bei der Unteren Naturschutzbehörde zu stellen ist.

Im Plangebiet gehen keine landschaftsbildprägenden Strukturen verloren. Die westlich der Tourcoingstraße gelegene Baumreihe, die als geschützter Landschaftsbestandteil (GLB) festgesetzt ist, bleibt - abgesehen von drei Bäumen, die an anderer Stelle innerhalb der Baumreihe ersetzt werden - erhalten. Auch die weiteren prägenden Gehölzstrukturen im und um das Plangebiet bleiben erhalten.

Die Gehölzstrukturen innerhalb des brachgefallenen Spiel- und Bolzplatzes können aufgrund unterschiedlicher Geländehöhen und Bodenaufschüttungen nicht erhalten werden. Auf den umgrenzenden Böschungen entlang der Börenstraße im Norden und der Tourcoingstr im Osten wird der alte Baumbestand in die Planung integriert, sodass sich das neue Kita-Außengelände gut in das bestehende Ortsbild einfügen wird.

Stand: März 2024  
Seite: 52

Der Geltungsbereich liegt im Landschaftsraum Schlangenholt, der ein Relikt der kleinbäuerlichen Kulturlandschaft im urbanen Bottrop darstellt. Insbesondere die südlich gelegenen Bereiche des Freiraums (südlich des Haus Schlangenholt) weisen entsprechende landschaftsprägende und abwechslungsreiche Strukturen auf, während der nördliche Freiraum im Bereich des Geltungsbereichs aufgrund der intensiven landwirtschaftlichen Nutzung (Spargel- und Maisacker) weniger strukturreich und landschaftsprägend ausgestattet ist. Dennoch führt die Erweiterung des Siedlungsbereiches in die offene Landschaft hinein zu einer Beeinträchtigung des Landschaftsbildes bzw. zu einer Verkleinerung des charakteristischen Landschaftsraums, sodass das geplante Wohngebiet unbedingt entsprechend einzugrünen, landschaftlich ansprechend zu gestalten und einzubinden ist.

#### 2.2.8 Kultur- und sonstige Sachgüter

Im südwestlichen Randbereich des Plangebietes ist der Fund einer prähistorischen Grube mit Keramikscherben verzeichnet. Der LWL - Archäologie für Westfalen, Außenstelle Münster schreibt hierzu folgendes in einer Stellungnahme:

Im September 2000 fand im südlichen Bereich der jetzigen Planungsfläche eine archäologische Prospektion durch die LWL-Archäologie für Westfalen statt. Vorausgegangen war eine entsprechende Anfrage der Stadt Bottrop mit beigefügtem Bericht über eine Boden-anomalie in der Ackerfläche östlich Haus Schlangenholt. Leider erbrachte die Untersuchung keine Klärung der auf Luftbildern deutlich erkennbaren rechteckigen Strukturen.

Allerdings fand sich in einem der beiden Suchschnitte eine prähistorische Grube, die zahlreiche Keramikscherben enthielt. Diese Grube ist Hinweis auf eine bis dahin unbekannte Siedlung, deren Reste unter Flur erhalten sind und die nach Ausweis der Keramik in die Bronzezeit (um 1500 v. Chr.) datiert. Aus diesem Zeithorizont sind bislang wenige Siedlungen bekannt. Sie ist daher bedeutend für die Geschichte der Stadt Bottrop. Die Erforschung der bronzezeitlichen Siedlung kann wertvolle Erkenntnisse erbringen über Kontinuität und Diskontinuität in der Besiedlungsgeschichte, über Siedlungsstruktur und Besiedlungsdichte in Bottrop und darüber hinaus.

Das Bodendenkmal muss vor Beginn erster Bodeneingriffe in diesem Bereich flächig archäologisch untersucht werden. Die hierzu notwendige Zeit ist einzuräumen (§ 26 DSchG NRW). Diesbezüglich ist im Sommer 2024 eine archäologische Prospektion vorgesehen.

#### 2.2.9 Wechselwirkungen

Auch das BauGB fordert den integrativen Prüfansatz des UVPG, der die einzelnen Umweltfaktoren einschließlich der Wechselwirkungen zu berücksichtigen hat.

Im Geltungsbereich konnten keine besonders zu berücksichtigenden Wechselbeziehungen zwischen einzelnen Schutzgütern identifiziert werden. Auch konnten keine besonderen räumlichen Wechselwirkungen und -beziehungen zwischen den Teilflächen des Geltungsbereichs oder zwischen dem Geltungsbereich und seinem Umfeld festgestellt werden.

#### 2.2.10 Erzeugte Abfälle/Abwässer sowie deren sachgerechte Beseitigung/ Verwertung

Während der Bautätigkeit fallen die für solche Vorhaben üblichen Abfälle in Form von Bodenaushub, Bauschutt, Verpackungsmaterialien und nur bauzeitig benötigten Baumaterialien an. Nach Fertigstellung erzeugt das Wohngebiet die üblichen Arten von Abfällen (Restmüll, Wertstoffe wie Altpapier, Kunststoffe, Altglas, etc.). Diese werden nach den gängigen Vorschriften und Richtlinien durch einen örtlichen Entsorgungsbetrieb entsorgt.

#### 2.2.11 Nutzung natürlicher Ressourcen

Die Umsetzung des Bebauungsplans ist mit der Nutzung natürlicher Ressourcen verbunden. Nähere Angaben sind den entsprechenden Kapiteln zu den Auswirkungen auf die einzelnen Umweltfaktoren Fläche, Boden, Wasser, Tiere, Pflanzen, biol. Vielfalt, Luft, Klima und Landschaft (Kap. 2.2.1 bis 2.2.5) zu entnehmen.

#### 2.2.12 Nutzung erneuerbarer Energien sowie sparsame/effiziente Energienutzung

Die Nutzung erneuerbarer Energien und ein sparsamer und effizienter Energieeinsatz bleiben den Bauherren im Rahmen der Vorgaben des Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz (EE-WärmeG) vorbehalten und können auf Ebene der verbindlichen Bauleitplanung festgesetzt werden. Eine dahingehende Festsetzung im Rahmen des Bebauungsplans erfolgt nicht, jedoch werden die Gebäude nach aktuellem Stand der Technik energieeffizient ausgeführt.

#### 2.2.13 Risiken für Umwelt, Gesundheit und kulturelles Erbe durch Anfälligkeit des Vorhabens für Unfälle bzw. Katastrophen

Das Vorhabengebiet befindet sich außerhalb von Achtungsabständen zu Störfallbetrieben. Aus diesem Grund liegt keine Gefährdung des Vorhabengebietes durch einen Störfallbetrieb vor und es sind keine Maßnahmen erforderlich.

Das Vorhaben lässt bei Unfällen/Katastrophen keine besonderen Risiken für die menschliche Gesundheit erwarten. Im Umfeld befinden sich keine Betriebe, von denen Gefahrenpotenziale ausgehen, die auf die Wohnbebauung einwirken können.

Das Vorhabengebiet liegt außerhalb von Erdbebenzonen und nicht im Bereich von Überschwemmungsgebieten.

#### 2.2.14 Kumulative Wirkungen geplanter benachbarter Vorhaben

Kumulative Wirkungen sind an dieser Stelle auszuschließen, da im direkten Umfeld nach derzeitigem Kenntnisstand keine weiteren Planungen vorliegen.

#### 2.3 Prognose über die Entwicklung des Umweltzustandes bei Nichtdurchführung der Planung (Status-quo-Prognose)

Bei Nichtdurchführung des Vorhabens, wie sie die Festsetzungen des Bebauungsplans vorsehen, sind keine Änderungen innerhalb des Geltungsbereichs zu erwarten. Die Fläche wird weiterhin größtenteils landwirtschaftlich genutzt.

#### 2.4 Maßnahmen zur Vermeidung und Minderung negativer Auswirkungen

##### **Bauzeitenregelung**

Die Rodung und der Rückschnitt von Gehölzen ist Februar zum Schutz der Brutvögel entsprechend § 39 BNatSchG zwischen dem 1. Oktober bis zum 28. durchzuführen.

##### **Erhalt von Einzelbäumen und Gehölzen**

Die Baumreihe westlich der Tourcoingstraße und der alte Baumbestand im Süden des Geltungsbereichs sind zu erhalten. Der Erhalt vermeidet den Verlust von ökologisch wertgeben-dem, landschaftsbildprägendem Gehölzbestand.

##### **Vegetationsschutz während der Bauzeit**

Im Zuge von Bautätigkeiten sind die in der Planzeichnung des LBP (Karte 2 - Zustand des Geltungsbereichs gemäß Planung) als zu erhaltend festgesetzten Bäume sowie an den Geltungsbereich angrenzende Gehölzbestände einschließlich ihrer Kronen- und Wurzelbereiche entsprechend der ZTV-Baumpflege (FLL), der DIN 18.920 (Schutz von Bäumen, Pflanzbeständen und Vegetationsflächen bei Baumaßnahmen) und der RAS LP-4 (Richtlinie für die Anlage von Straßen – Teil Landschaftsgestaltung, Abschnitt 4: Schutz von Bäumen und Sträuchern im Bereich von Baustellen) zu schützen. Ein möglicherweise erforderlicher Rückschnitt von Gehölzen ist schonend vorzunehmen unter Einhaltung des Rodungszeitraums.



### **Bodenschutz auf der Ausgleichsfläche**

Baubedingte Wirkungen auf der ökologischen Ausgleichsfläche, die zu einer Beeinträchtigung der Bodenfunktionen führen können (z. B. durch Flächen zur Baustelleneinrichtung, Lagerplätze etc.), sind zu vermeiden (Bautabufläche).

### **Dachbegrünung**

Zur Verminderung des Versiegelungsgrads sind die Dachflächen der Wohngebäude sowie der Dächer von Garagen und Carports zu begrünen. Die Mindeststärke des Schichtaufbaus beträgt 12 cm. Es sind standortgerechte bodendeckende Pflanzen bzw. arten- sowie blütenreiches Saat- und Pflanzengut regionaler Herkunft zu verwenden. Die Pflanzenauswahl ist auf das Substrat abzustimmen. Für die Etablierung und den langfristigen Erhalt der Begrünung, bei immer häufigeren und länger währenden Hitze- und Trockenperioden, ist die Bewässerung zu berücksichtigen.

Die geplanten Gründächer bilden Retentionsraum, können anfallendes Niederschlagswasser zurückhalten und Verdunstung fördern. Grün- und Retentionsdächer wirken sich durch eine höhere Verdunstungsleistung positiv auf das Mikroklima aus und können nachteilige klimatische Auswirkungen vermindern. Die Verwendung arten- und blütenreicher Saatgutmischungen kann einen Beitrag zur Biodiversität leisten.

### **Grüngestaltung des Wohngebietes**

Die landschaftsgerechte Eingrünung des Wohnquartiers vermindert die Auswirkungen auf das Landschaftsbild, den Verlust bestehender Biotopstrukturen und die stadtklimatischen Auswirkungen der Bebauung. Die ausgewiesenen Grünflächen sind dauerhaft mit einer strukturreichen Mischvegetation aus standortgerechten Bäumen, Sträuchern, Hecken, Bodendeckern, Stauden und oder Gräsern zu begrünen.

### **Offen geführte Entwässerungsanlage**

Die offen geführte Ableitung von Niederschlagswasser in begrüneten Mulden fördert die Verdunstung und wirkt kühlend auf die Umgebung. Die Rückhalte- und Versickerungsfunktion leistet einen wichtigen Beitrag zur Klimaanpassung bzw. -resilienz vor dem Hintergrund häufiger werdender Extremwetterereignisse. Die Entwässerungsmulde wird mit Landschaftsrasen eingesät. Zusätzlich sind entlang des Randbereiches ca. 15-20 Pflanzgruppen aus autochthonen Gehölzen in variierenden Abständen anzulegen. Jede Pflanzgruppe besteht aus jeweils einem Solitärgehölz und zwei Sträuchern.

Für die Solitärgehölze sind folgende Arten und Qualitäten zu verwenden:

- Feld-Ahorn (*Acer campestre*), Hochstamm, 3xv, StU 18/20 cm
- Eberesche (*Sorbus aucuparia*), Hochstamm, 3xv, StU 18/20 cm
- Schwarz-Erle (*Alnus glutinosa*), Hochstamm, 3xv, StU 18/20 cm
- Hain-Buche (*Carpinus betulus*), Hochstamm, 3xv, StU 18/20 cm
- Gemeine Esche (*Fraxinus excelsior*), Hochstamm, 3xv, StU 18/20 cm

Für die Strauchpflanzungen sind folgende Arten und Qualitäten zu verwenden:

- Ohr-Weide (*Salix aurita*), verpflanzter Strauch, 3xv, 60/100 cm
- Pfaffenhütchen (*Euonymus europaeus*), verpflanzter Strauch, 3xv, 100/150 cm
- Eingriffeliger Weißdorn (*Crataegus monogyna*), verpflanzter Strauch, 3xv, 100/150 cm
- Zweigriffeliger Weißdorn (*Crataegus laevigata*), verpflanzter Strauch, 3xv, 125/150 cm
- Hundsrose (*Rosa canina*), verpflanzter Strauch, 3xv, 100/150 cm
- Schlehe (*Prunus spinosa*), verpflanzter Strauch, 3xv, 100/150 cm
- Feld-Ahorn (*Acer campestre*), verpflanzter Strauch, 3xv, 125/150 cm

#### **Immissionsschutz - Passive Schallschutzmaßnahmen**

Zur Gewährleistung eines ausreichenden Schutzes der Innenräume vor Verkehrslärm sind im Vorhabengebiet passive Schallschutzmaßnahmen erforderlich. Basis für die im Baugenehmigungsverfahren konkret auszuweisenden Schallschutzmaßnahmen ist die DIN 4109.

Im Plangebiet sind aufgrund des in der Nachtzeit (22:00 bis 6:00 Uhr) vorliegenden Beurteilungspegels  $L_r > 50$  dB(A) schallgedämmte Lüftungssysteme für Schlaf- und Kinderzimmer einzubauen. Auf die schallgedämmten Lüftungssysteme kann verzichtet werden, wenn vor einem Fenster eines betroffenen Raumes durch Lärmschutzmaßnahmen ein Beurteilungspegel  $\leq 50$  dB(A) erreicht werden kann.

In den Allgemeinen Wohngebieten WA 1 und WA 2 sind zum Schutz vor Lärm Balkone/Loggien/(Dach-)Terrassen an den Nordseiten der Gebäude unzulässig, wenn eine Wohnung nur über einen Außenwohnbereich verfügt. Verfügt eine Wohnung über mehr als einen Außenwohnbereich, muss mindestens ein Außenwohnbereich an der Süd-, West- oder Ostseiten der Gebäude errichtet werden. Wird durch andere Lärmschutzmaßnahmen im Bereich von Balkonen/Loggien/(Dach-)Terrassen ein Beurteilungspegel  $\leq 62$  dB(A) erreicht, kann von dieser Festsetzung abgewichen werden.

#### **2.5 Eingriffs-Ausgleichsbilanz gemäß Eingriffsregelung nach BNatSchG**

Die Eingriffsregelung ist ein Instrument zur Umsetzung der Ziele und Grundsätze des Naturschutzes und der Landschaftspflege, die in den §§ 14-17 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG, zuletzt geändert am 15.09.2017) als Rahmenbestimmung und in den §§ 30-33 Landesnaturschutzgesetz NRW (LNatSchG vom 24.11.2016) als verbindliche landesrechtliche Bestimmung verankert ist. Als Eingriffe in Natur und Landschaft im Sinne der beiden o. g. Gesetze gelten „Veränderungen der Gestalt oder der Nutzung von Grundflächen (oder des mit der belebten Boden-

schicht in Verbindung stehenden Grundwasserspiegels), die die Leistungs- (und Funktions-)fähigkeit des Naturhaushaltes oder das Landschaftsbild erheblich und nachhaltig beeinträchtigen können“ (§ 14 Abs. 1 BNatSchG).

Über § 1a (3) des Baugesetzbuches (BauGB) ist die Eingriffsregelung gemäß Bundesnaturschutzgesetz mit dem Baurecht und der Bauleitplanung verknüpft.

Der Verursacher ist gemäß § 15 Abs. 1 BNatSchG zu verpflichten, vermeidbare Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft zu unterlassen. Weiter ist der Verursacher zu verpflichten, unvermeidbare Beeinträchtigungen innerhalb einer von der zuständigen Behörde zu bestimmenden Pflicht durch Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege vorrangig auszugleichen (Ausgleichsmaßnahmen) oder in sonstiger Weise zu kompensieren (Ersatzmaßnahmen). Ausgeglichen ist eine Beeinträchtigung, wenn und sobald die beeinträchtigten Funktionen des Naturhaushalts wiederhergestellt sind und das Landschaftsbild landschaftsgerecht wiederhergestellt oder neugestaltet ist. In sonstiger Weise kompensiert ist eine Beeinträchtigung, wenn und sobald die beeinträchtigten Funktionen des Naturhaushalts in der betroffenen naturräumlichen Region in gleichwertiger Weise ersetzt sind oder das Landschaftsbild landschaftsgerecht neugestaltet ist.

Die textlichen Festsetzungen bilden die Basis für die Eingriffs- und Ausgleichsbilanzierung, die den Geltungsbereich des Bebauungsplans umfasst. Die Identifizierung und Benennung der Biotoptypen im Rahmen der Eingriffsermittlung erfolgt nach dem Biotoptypenschlüssel der Stadt Bottrop.

Die Ermittlung des Eingriffs erfolgt gesondert im Landschaftspflegerischen Begleitplan (KUHLMANN & STUCHT 2024).

#### 2.5.1 Eingriffe in Natur und Landschaft

Die Festsetzungen des Bebauungsplans führen im Geltungsbereich zu einem Verlust bislang vorhandener Biotopstrukturen und damit verbunden zu einer Neuversiegelung bisher unversiegelter Fläche. Bei den von der Umsetzung des Vorhabens betroffenen Vegetationsstrukturen handelt es sich größtenteils um intensiv landwirtschaftlich genutzte Flächen und im geringen Umfang Gehölzstrukturen.

Die folgende Tabelle stellt die Ermittlung des Kompensationsbedarfs dar. Dieser ergibt sich aus der Differenz des Ausgangszustands (Tab. 2) der Flächen innerhalb des Geltungsbereichs und des Zustands gemäß den Festsetzungen (Tab. 7).

**Tab. 8: Gesamtbilanz des Vorhabens**

	<b>Flächenwert</b>
Gesamtflächenwert des Ausgangszustandes	289.609
Gesamtflächenwert gemäß Festsetzungen	289.609
<b>Differenz</b>	<b>0</b>

Bei Umsetzung des Bebauungsplans ergibt sich durch die Integration der naturschutzrechtlichen Ausgleichsmaßnahme in den Geltungsbereich kein verbleibender Kompensationsbedarf.

#### 2.5.2 Maßnahmen zum Ausgleich nicht vermeidbarer Eingriffe

Gemäß § 1a Abs. 3 BauGB sind die Vermeidung und der Ausgleich voraussichtlicher erheblicher Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes und der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes (Eingriffsregelung nach BNatSchG) in der Abwägung nach § 1 Abs. 7 zu berücksichtigen.

#### **Anpflanzung von Sträuchern und Bäumen**

Innerhalb der Fläche für Wald sind die standorttypischen Gehölze und das starke Baumholz zu erhalten. Durch Anpflanzung von standorttypischen Gebüschern und Einzelsträuchern ist ein Waldrand auszubilden. Dies schafft eine Abgrenzung und Abschirmung zwischen dem Siedlungsraum und dem alten Gehölzbestand. Es sind standortgerechte Arten wie nachfolgend aufgezählt mit folgender Pflanzqualität anzupflanzen: verpflanzte Sträucher (vStr), 3-5 Grundtriebe, 60-100 cm.

- *Cornus sanguinea* - Roter Hartriegel
- *Corylus avellana* - Haselnuss
- *Frangula alnus* - Faulbaum
- *Lonicera xylosteum* - Heckenkirsche
- *Prunus spinosa* - Schlehe
- *Rosa canina* - Hundsrose
- *Sambucus nigra* - Schwarzer Holunder
- *Viburnum opulus* - Gewöhnlicher Schneeball

Im Geltungsbereich werden mindestens 13 Bäume gepflanzt. Fünf Bäume werden entlang der Tourcoingstraße für den Ersatz der drei Bäume innerhalb der Baumreihe gepflanzt. Als Baumart ist Baumhasel (*Corylus colurna*) mit folgender Pflanzqualitäten zu verwenden: Hochstamm; Stammumfang mindestens 18-20 cm; mindestens 3-mal verpflanzt.

Innerhalb der öffentlichen Verkehrsflächen sind zudem 8 Straßenbäume zu pflanzen. Es sind standorttypische Gehölze in folgender Qualität zu pflanzen: Hochstamm; Stammumfang mindestens 18-20 cm; mindestens 3-mal verpflanzt. Als Baumarten bietet es sich an Baumhasel aufzunehmen oder heimische, klimaangepasste Arten zu wählen, die mit Trocken-, Hitzestress und Salzeintrag zurechtkommen. In der Tab. 9 sind einige Baumarten genannt, die gemäß GALK-Straßenbaumliste als geeignet eingestuft sind.

**Tab. 9: Baumartenliste**

Deutscher und botanischer Name	Klimatische Ansprüche*	Bemerkungen*
Feldahorn <i>Acer campestre</i>	Wärme liebend, verträgt selbst an kalkhaltigen Südhängen große Trockenheit, sehr frosthart	eiförmige, unregelmäßige, im Alter mehr rundliche Krone, verträgt trockene Böden und hohen Versiegelungsgrad, guter Bodenbefestiger für Ufer bzw. Hanglagen, Bienenweide
Spitzahorn <i>Acer platanoides</i>	sehr frosthart, hitze- und trockenheitsverträglich, windfest	rundliche, dicht geschlossene Krone, blüht vor dem Blattaustrieb, sehr frosthart, empfindlich gegen Bodenverdichtung und Streusalz, Honigttauabsonderung, Bienenweide
Kornelkirsche <i>Cornus mas</i>	frosthart, hitzeverträglich, trockenheitsverträglich, windfest	kleinkronige, sehr zeitig blühende Bäume, für enge Straßenräume und Kübelpflanzung geeignet, Stämme mit abblätternder Borke, anspruchslos, nicht frostempfindlich, stadtklimafest, Bienenweide, Fruchtfall beachten, Lichtraumprofil beachten
Baumhasel <i>Corylus colurna</i>	Stadtklimafest	regelmäßige, breit-kegelförmige Krone; anspruchslos, stadtklimafest, in manchen Jahren starker Fruchtfall, Bienenweide
Stieleiche <i>Quercus robur</i>	frosthart, wärmeliebend, große Amplitude	breit kegelförmige Krone, weit ausladend, lang haftendes, langsam verrottendes Laub, Pflanzung nicht vor Dezember, verträgt Überschwemmungen, reagiert auf Grundwasserabsenkung mit Wipfeldürre, frosthart, Bienenweide
Mehlbeere <i>Sorbus aria</i>	wärmeliebend, stadtklimafest, windfest	gleichmäßig aufgebaute kegelförmige Krone, im Alter breiter und lockerer, langsamwüchsig, Lichtraumprofil beachten, Bienenweide

Die Artenliste kann durch weitere heimische Arten unter Berücksichtigung der Standortgegebenheiten erweitert werden. Die beschriebenen Pflanzungen sind dauerhaft zu erhalten und zu pflegen und bei Verlust zu ersetzen.

#### Ausführung der Anpflanzung

Gehölzstreifen und Hecken in der Landschaft sollten eine große Vielfalt aufweisen und daher aus mehreren Arten der o. g. Pflanzenliste zusammengesetzt sein. Vor Anpflanzung ist die ggf. vorhandene Vegetationsdecke zu entfernen und der Boden vorzubereiten (ggf. verfestigten Boden lockern). Es wird empfohlen, die Sträucher einer Gehölzart in Gruppen von drei bis fünf Sträuchern zu pflanzen. Hochstämme müssen generell mit Holzpfählen fachgerecht gegen Wind gesichert werden. Bei den Pflanzarbeiten ist die DIN 18916 "Vegetationstechnik im Landschaftsbau-Pflanzen und Pflanzarbeiten" zu berücksichtigen.

#### Fertigstellungs- und Entwicklungspflege

Die Fertigstellungspflege beginnt unmittelbar nach der Pflanzung und endet mit der Abnahme. Sie hat zum Ziel, einen Zustand zu erreichen, der bei der anschließenden Entwicklungspflege eine gesicherte Weiterentwicklung der Gehölze ermöglicht. Die Entwicklungspflege dient der Erzielung eines funktionsfähigen Zustandes und soll die Weiterentwicklung der Pflanzung sicherstellen. Für die Ausführung der Pflegearbeiten gelten die Vorgaben der DIN 18919 "Vegetationstechnik im Landschaftsbau - Instandhaltungsleistungen für die Entwicklung und Unterhaltung von Vegetation (Entwicklungs- und Unterhaltungspflege)". Empfohlene Pflegemaßnahmen sind dabei u. a.:

- ausreichende, tiefgründige, umfassende und nachhaltige Wässerung
- ggf. Startdüngung (nach Bedarf)
- Bodenlockerung außerhalb des Ballens
- Entfernung von störendem Fremdbewuchs
- kontinuierliche Überprüfung der Baumböcke und Anbindungen auf ihre Funktionsfähigkeit
- Nachpflanzung ausgefallener Pflanzen
- ggf. Rückschnitt von Gehölzen, Erziehungschnitt von Bäumen bei Bedarf
- ggf. Schädlingsbekämpfung
- Kontrolle der Be- und Entwässerungseinrichtungen

Der Zeitraum für die Entwicklungspflege umfasst 5 Jahre. Bei Verlusten größer 10 % der Gesamtstückzahl (Sträucher) sind Nachpflanzungen vorzunehmen; bei kleineren Ausfällen ist keine Nachpflanzung nötig, da sich Lücken von allein ausfüllen. Wachsen die Einzelbäume nicht an, ist die Anpflanzung zu wiederholen.

### **Umwandlung von intensiv genutztem Acker in Extensivgrünland**

In den Geltungsbereich des Bebauungsplans integriert, ist im Nordwesten, unmittelbar an den Eingriffsbereich angrenzend, eine Fläche für den naturschutzrechtlichen Ausgleich vorgesehen. Auf einer insgesamt 7.950 m<sup>2</sup> großen landwirtschaftlich genutzten Fläche wird extensiv genutztes Grünland hergestellt. Bislang wird die Fläche großteils ackerbaulich genutzt (Spargel-, Maisacker). Im nördlichen Bereich besteht eine als Mähwiese genutzte Restfläche.

#### Beschreibung der Entwicklung und Pflege:

- Für die Einsaat ist Regiosaatgut (autochthones d. h. gebietseigenes Saatgut) aus dem Ursprungsgebiet 2 (Westdeutsches Tiefland mit Unterem Weserbergland) zu verwenden. Die Auswahl der Saatgutmischung und Artenzusammensetzung ist an die Standortgegebenheiten anzupassen.
- Ein Einsatz von Pflanzenschutzmitteln sowie eine Düngung (mineralische Stickstoffdüngung, Gülle) sind nicht erlaubt. Beim Auftreten unerwünschter Vegetationsbestände (z. B. invasive Arten, Neophyten) können in Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde entsprechende Gegenmaßnahmen ergriffen werden.
- Die Pflege erfolgt durch eine zweischürige Mahd (erste Mahd ab Mitte Juni, zweite Mahd ab Anfang September). Das Mahdgut ist vollständig aufzunehmen und abzufahren. Ein Mulchen sowie ein Pflegeumbruch sind nicht zulässig.
- Weitere Hinweise:
- Die Umsetzung der Maßnahme ist in den ersten fünf Jahren nach Ansaat durch ein vegetationskundliches Monitoring zu begleiten. Die Ergebnisse des Monitorings sowie sich daraus ergebende Maßnahmenempfehlungen sind in einem jährlichen Bericht festzuhalten und der Unteren Naturschutzbehörde zur Verfügung zu stellen.
- Vor dem Hintergrund des hohen Nutzungsdrucks im Umfeld des Plangebietes können ggf. weitere Maßnahmen zur Sicherstellung der ökologischen Qualität und Funktion erforderlich werden (z. B. Hinweisschilder, Abzäunung).

### **3. Zusätzliche Angaben**

#### **3.1 Beschreibung der verwendeten Verfahren und Hinweise auf Schwierigkeiten und Defizite**

Die Erarbeitung des Umweltberichts zum Bebauungsplan 4.13/1 erfolgte auf der Grundlage vorliegender Unterlagen, einer Bestandsaufnahme und Biotoptypenkartierung des Geltungsbereichs und einer artenschutzrechtlichen Prüfung. Die Bewertung der Schutzgut-ausprägungen und -funktio-

Stand: März 2024  
Seite: 62

onen sowie die Bewertung der zu erwartenden Umweltauswirkungen erfolgt verbal argumentativ. Im Einzelnen wurden nachfolgende Unterlagen und Gutachten für den Umweltbericht herangezogen:

- Begründung zum Bebauungsplan 4.13/1 „Tourcoingstraße“, Teil 1: Städtebaulicher Teil (BMS STADTPLANUNG, Stand Februar 2024)
- Planzeichnung zum Bebauungsplan 4.13/1 „Tourcoingstraße“ (BMS STADTPLANUNG, Stand Februar 2024)
- Artenschutzprüfung zum Bebauungsplan 4.13/1 „Tourcoingstraße“ (KUHLMANN & STUCHT 2021)
- Landschaftspflegerischer Begleitplan zum Bebauungsplan 4.13/1 „Tourcoingstraße“ (KUHLMANN & STUCHT 2024)
- Klimagutachten zum B-Plan Nr. 4.13/1 „Tourcoingstraße“ in Bottrop (LOHMEYER 2020)
- Gutachten zur Baugrundsituation - Baufeld westlich Tourcoingstraße, 46240 Bottrop (ALT-HOFF & LANGE GBR 2018)
- Schallschutzgutachten zum B-Plan Nr. 4.13/1 „Tourcoingstraße“ in Bottrop (INGENIEURBÜRO STÖCKER, Stand 30.09.2022)

Die zur Verfügung stehenden Daten waren dem Planungsstand entsprechend vollständig, der Zeitrahmen ausreichend, Schwierigkeiten oder Defizite bei der Erstellung des Umweltberichtes zum Bebauungsplan und bei der Bewertung der zu erwartenden Umweltauswirkungen waren nicht zu verzeichnen.

### 3.2 Allgemein verständliche Zusammenfassung

Die Bonava GmbH verfolgt das Ziel, entlang der Westseite der Tourcoingstraße, parallel zur vorhandenen Bebauung, eine Bauzeile von hoher städtebaulicher Qualität zu realisieren. Auf einem ca. 45 m tiefen Streifen, der derzeit Teil eines Spargelackers ist, sollen ca. 93 Wohneinheiten in Form von Doppel- und Reihenhäusern sowie Mehrfamilienhäusern in Geschossbauweise entstehen. Ergänzend zur Wohnbebauung soll im nördlichen Bereich eine Kindertagesstätte entstehen. Eine Bebauung in zweiter Reihe ist nicht vorgesehen, um auf dem verbleibenden Teil der Fläche die landwirtschaftliche Nutzung zu erhalten.

Für die Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen strebt die Stadt Bottrop die Aufstellung des Bebauungsplans 4.13/1 „Tourcoingstraße“ an.

Im Rahmen des Umweltberichtes erfolgt eine Umweltfolgenabschätzung für die vorgesehene Aufstellung des Bebauungsplans. Erfasst und bewer-



tet werden gemäß § 2 Abs. 3 BauGB den die Belange des Umweltschutzes, des Naturschutzes und der Landschaftspflege nach. § 1 Abs. 6 Nr. 7 i.V.m. Anlage 1. Abs. 2 Satz b (aa bis hh).

Die nachfolgende Tabelle stellt die Funktionen und das durch den Bebauungsplan zu erwartende Konfliktpotenzial zusammenfassend dar.

**Tab. 10: Zusammenfassung der wesentlichen umwelterheblichen Auswirkungen**

Belange des Umweltschutzes	Beschreibung der Auswirkungen
Menschen und Ihre Gesundheit, Bevölkerung insgesamt,	Für das Schutzgut sind keine erheblichen nachteiligen Auswirkungen zu erwarten. Durch die Schaffung neuen Wohnraums erhöht sich die Wohnfunktion. Ergänzend zur Wohnbebauung soll im nördlichen Bereich eine Kindertagesstätte entstehen, sodass einer bedarfsgerechten Versorgung mit Betreuungsplätzen im Wohnbereich Eigen Rechnung getragen wird. Für Anwohner, die bisher den angrenzenden Freiraum entlang der Tourcoingstraße zur Naherholung nutzen, bleibt die vorhandene Wegeverbindungen über die Tourcoingstraße und den Fußweg bestehen. Jedoch ändert sich die Sichtbeziehung zwischen Siedlung und Freiraum durch die neue Bauzeile. Trampelpfade, die bisher über die Felder führen, werden durch die Bebauung vermutlich unterbunden. Es ist jedoch davon auszugehen, dass sich aufgrund des Nutzungsdrucks der Anwohner kurz- bis mittelfristig neue Wege etablieren werden.
Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt	Durch das Vorhaben im Geltungsbereich geht, mit Ausnahme der zu erhaltenden Gehölze, die vorhandene Vegetation verloren. Der Verlust von überwiegend geringwertigeren Biotopen stellt jedoch keine erhebliche Umwelteinwirkung dar. Aufgrund der großflächigen landwirtschaftlichen Nutzung im Geltungsbereich ist die Biodiversität nicht erheblich betroffen. Der Kompensationsbedarf durch den Verlust der Biotopstrukturen wird durch die ökologische Ausgleichsmaßnahme (Schaffung von Extensivgrünland) im Nordwesten des Geltungsbereichs vollständig kompensiert. Im Rahmen der faunistischen Untersuchungen wurde kein besonderes Arteninventar im Vorhabengebiet festgestellt. Fortpflanzungs- und Ruhestätten von Vögeln und Fledermäusen, die vom Vorhaben betroffen sein könnten, wurden nicht festgestellt. Das Vorhabengebiet wird als Nahrungshabitat genutzt und stellt lediglich einen Teillebensraum dar, der auch nach Umsetzung des Vorhabens den Tieren erhalten bleibt. Für Amphibien und Reptilien besitzt der Geltungsbereich keine Bedeutung.
Fläche	Das Vorhaben führt zu einer Umnutzung landwirtschaftlicher Flächen als Wohngebiet. Abzüglich der ökologischen Ausgleichsmaßnahme und der Erhaltungsmaßnahmen werden ca. 27.580 m <sup>2</sup> Fläche einer neuen Nutzung zugeführt.
Boden	Durch das Vorhaben werden keine schutzwürdigen Böden beansprucht, sodass sich keine erhebliche Betroffenheit ergibt. Dennoch resultieren aus der umfangreichen Überplanung der Verlust und die Beeinträchtigung allgemeiner Bodenfunktionen. Insgesamt werden 16.380 m <sup>2</sup> Boden überbaut und versiegelt.

Belange des Umweltschutzes	Beschreibung der Auswirkungen
Wasser	<p>Fließgewässer sind nicht direkt betroffen. Allerdings wird das Niederschlagswasser des Wohngebietes nach Reinigung im Retentionsbodenfilterbecken in den Vorthbach gedrosselt (10 l/s) eingeleitet. Eine erhebliche Betroffenheit ergibt sich daraus nicht.</p> <p>Durch die Neuversiegelung von Boden verringert sich die Versickerungs- und Grundwasserneubildungsrate. Durch die Retentionsfunktion der Gründächer und die Ableitung des Niederschlagswassers in die Rasenmulde und das Retentionsbodenfilterbecken, können die Auswirkungen vermindert werden, indem das Wasser von dort aus teilweise verdunstet und versickern kann und dem natürlichen Wasserkreislauf erhalten bleibt.</p> <p>Das anfallende Schmutzwasser wird in das städtische Kanalnetz in der Tourcoingstraße eingeleitet.</p>
Luft, Klima (inkl. Klimaschutz und -anpassung)	<p>Das Klimagutachten (LOHMEYER 2020) zeigt, dass bedeutsame Strukturen für den klimatischen oder lufthygienischen Ausgleich im Geltungsbereich des Bebauungsplans nicht betroffen sind. Die nächtliche Kaltluftdynamik ist nur schwach ausgeprägt – es fehlen durchgängige Fischluft- bzw. Kaltluftleitbahnen. Dennoch gehen mit der Versiegelung von Freiflächen allgemeinen klimarelevante Funktionen verloren.</p> <p>Die Auswirkungen können mit einer Reihe an Maßnahmen der Klimaanpassung vermindert werden (Gebäudeanordnung, Dachbegrünung, offene Entwässerungsanlage, Begrünung und Baumpflanzung).</p>
Landschaft	<p>Der Freiraum im Bereich des Geltungsbereichs ist aufgrund der intensiven landwirtschaftlichen Nutzung (Spargel- und Maisacker) weniger strukturreich und landschaftsprägend ausgestattet als der südliche angrenzende Teil der Kulturlandschaft Schlangenholt. Es gehen keine landschaftsbildprägenden Strukturen verloren. Dennoch führt die Erweiterung des Siedlungsbereiches in die offene Landschaft hinein zu einer Beeinträchtigung des Landschaftsbildes bzw. der Sichtbeziehungen in den Freiraum. Durch eine landschaftsgerechte Eingrünung können die Auswirkungen vermindert werden.</p>
Kultur- und sonstige Sachgüter	<p>Im räumlichen Geltungsbereich des Bebauungsplanes ist bei Bodeneingriffen mit archäologischen Bodenfunden zu rechnen. Im südwestlichen Randbereich des Plangebietes ist der Fund einer prähistorischen Grube mit Keramikscherben verzeichnet. Das Bodendenkmal muss vor Beginn erster Bodeneingriffe in diesem Bereich flächig archäologisch untersucht werden. Diesbezüglich ist im Sommer 2024 eine archäologische Prospektion geplant..</p>

Belange des Umweltschutzes	Beschreibung der Auswirkungen
Emissionen und Immissionen	<p>Das Schallgutachten (Ingenieurbüro Stöcker 2022) stellt fest, dass es durch den Verkehrslärm der A 2, A 31 und der umliegenden Straßen bereits erhebliche Vorbelastungen im Geltungsbereich zu verzeichnen sind.</p> <p>Bei einer Umsetzung des städtebaulichen Entwurfs würden die Orientierungswerte der DIN 18005 für Verkehrslärm im Vorhabengebiet tagsüber um bis zu 10 dB und in der lautesten Nachtstunde um bis zu 14 dB überschritten. Daher sind passive Schallschutzmaßnahmen umzusetzen.</p> <p>An den bestehenden Wohngebäuden werden Beurteilungspegel von max. 49 dB(A) am Tag und 39 dB(A) in der Nacht durch die Straßen im Plangebiet prognostiziert. Die Immissionsgrenzwerte der 16. BImSchV für ein Wohngebiet von 59 dB(A) am Tag und 49 dB(A) in der Nacht werden um mind. 10 dB tags und nachts unterschritten.</p>
Anfälligkeit gegenüber Unfällen/Katastrophen	<p>Das Vorhaben lässt bei Unfällen/Katastrophen keine besonderen Risiken für die menschliche Gesundheit, das kulturelle Erbe oder die Umwelt erwarten.</p> <p>Im Umfeld befinden sich keine Betriebe, von denen Gefahrenpotenziale ausgehen.</p>

Der Umweltbericht kommt zu dem Ergebnis, dass der Bebauungsplan für keines der Schutzgüter bzw. der Umweltfaktoren erhebliche Konfliktpotenziale auslöst.

### 3.3 Verzeichnisse Umweltbericht

#### Literatur- und Quellenverzeichnis

ALTHOFF & LANGE GBR, 2018: Gutachten zur Baugrundsituation inkl. Abfalltechnischer Deklaration und orientierender Erstbewertung gemäß Bundesbodenschutzverordnung – Baufeld westlich Tourcoingstraße, 46240 Bottrop, Köln.

BAUGB, 2017: Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 03. November 2017 (BGBl. I S. 3634), in der derzeit gültigen Fassung.

BEZIRKSREGIERUNG MÜNSTER, 2003: Regionalplan der Bezirksregierung Münster, Teilabschnitt Emscher-Lippe.

BEZIRKSREGIERUNG MÜNSTER, 2011: Luftreinhalteplan Ruhrgebiet 2011, Teilplan Nord, Münster.

BMS STADTPLANUNG GBR, 2024: Begründung zum Bebauungsplan Nr. 4.13/1 „Tourcoingstraße“ (Stand Februar 2024), Mülheim an der Ruhr.

BMS STADTPLANUNG GBR, 2024: Planzeichnung zum Bebauungsplan Nr. 4.13/1 „Tourcoingstraße“ (Stand Februar 2024), Mülheim an der Ruhr.

Stand: März 2024  
Seite: 66

BNATSCHG, 2009: Bundesnaturschutzgesetz vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), in der derzeit gültigen Fassung.

GEOLOGISCHER DIENST NRW, 2018: Informationssystem Bodenkarte - Auskunftssystem BK50. Die Karte der schutzwürdigen Böden von NRW 1:50.000, 3. Auflage. Krefeld.

INGENIEURBÜRO STÖCKER, 2022: Schallschutzgutachten zum Bebauungsplan Nr. 4.13/1 „Tourcoingstraße“ Bottrop, Haltern am See.

LANDESAMT FÜR NATUR, UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ NRW (LANUV), 2021: Infosystem Geschützte Arten in Nordrhein-Westfalen, Recklinghausen.

LNATSCHG NRW, 2016: Gesetz zum Schutz der Natur in Nordrhein-Westfalen (Landesnaturschutzgesetz – LNatSchG NRW) in der Fassung vom 15. November 2016 (GV. NRW. S. 934), in der derzeit gültigen Fassung.

LOHMEYER GMBH, 2020: Klimagutachten zum Bebauungsplan Nr. 4.13/1 „Tourcoingstraße“, Dorsten.

KUHLMANN & STUCHT, 2021: Artenschutzprüfung (ASP) Stufe II zum Bebauungsplan Nr. 4.13/1 „Tourcoingstraße“, Bochum.

KUHLMANN & STUCHT, 2024: Landschaftspflegerischer Begleitplan (LBP) zum Bebauungsplan Nr. 4.13/1 „Tourcoingstraße“, Bochum.

MINISTERIUM FÜR STÄDTEBAU UND WOHNEN, KULTUR UND SPORT (MSWKS) & MINISTERIUM FÜR UMWELT UND NATURSCHUTZ, LANDWIRTSCHAFT UND VERBRAUCHERSCHUTZ (MUNLV), 2001: Ausgleich von Eingriffen in Natur und Landschaft, Gemeindliches Ausgleichskonzept: Ausgleichsplanung, Ausgleichspool, Ökokonto, Arbeitshilfe für die Bauleitplanung.

REGIONALVERBAND RUHR (RVR), 2021: Regionalplan Ruhr für das Verbandsgebiet des Regionalverbandes Ruhr, Entwurfssfassung Juli 2021.

REGIONALVERBAND RUHR (RVR), 2019: Klimaanalyse der Stadt Bottrop, Essen.

STADT BOTTROP, 2004: Flächennutzungsplan der Stadt Bottrop, Bottrop.

STADT BOTTROP, 2010: Biotop- und Nutzungstypen – Wertigkeit der Biotoptypen (Stand 11.2010), Bottrop.

STADT BOTTROP, 2015: Landschaftsplan Fortschreibung der Stadt Bottrop, Bottrop.

UVPG, 2021: Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. März 2021 (BGBl. I S. 540), in der derzeit gültigen Fassung.

Unter Verwendung von Sach- und Grafikdaten des Landes NRW:

- ELWAS-WEB (Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen)
- GEOportal.NRW (Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen)
- Geschützte Arten in NRW (Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen)
- Klimaatlas NRW (Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen)
- Landschaftsinformationssammlung NRW (LINFOS) (Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen)
- Waldinfo.NRW (Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen)

### **Tabellenverzeichnis**

- Tab. 1: Orientierungs- und Immissionsrichtwerte für Allgemeine Wohngebiete in dB(A)
- Tab. 2: Ausgangszustand des Geltungsbereichs
- Tab. 3: Liste der im Untersuchungsgebiet nachgewiesenen Vogelarten mit Angaben zu Gefährdung und Planungsrelevanz
- Tab. 4: Liste der im Untersuchungsgebiet nachgewiesenen Fledermausarten mit Angaben zu Gefährdung und Planungsrelevanz
- Tab. 5: Zusammensetzung des Untergrundes (ALTHOFF & LANG GBR 2018)
- Tab. 6: Orientierungs- und Immissionsrichtwerte für Allgemeine Wohngebiete in dB(A)
- Tab. 7: Zustand des Geltungsbereichs gemäß den Festsetzungen
- Tab. 8: Gesamtbilanz des Vorhabens
- Tab. 9: Baumartenliste
- Tab. 10: Zusammenfassung der wesentlichen umwelterheblichen Auswirkungen

## Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Lage des Geltungsbereichs des B-Plans „Tourcoingstraße“ (M. 1:15.000)

Abb. 2: Geltungsbereich im Luftbild (M. 1:5.000)

Abb. 3: Ausschnitt des Regionalplans Emscher-Lippe der Bezirksregierung Münster (links) und des Regionalplans Ruhr (Entwurfsstand Juli 2021) (rechts)

Abb. 4: Ausschnitt des Flächennutzungsplans der Stadt Bottrop

Abb. 5: Ausschnitt der Festsetzungskarte des Landschaftsplans der Stadt Bottrop

Abb. 6: Blick über den Spargelacker in Richtung Norden (links) und Baumhasel-Reihe westlich der Tourcoingstraße (rechts)

Abb. 7: Baumhecke entlang des Fußweges in Richtung Norden (rechts) und Übergang von dem Spargelacker in den Gehölzbestand (links)

Abb. 8: Übergang Grünland in angrenzende Brombeersträucher (links) und vorhandene Zuwegung (verschlossenes Tor) zum Vorthbach (rechts)

Abb. 9: Darstellung der Bodentypen im Geltungsbereich (BK50)

## J. Planungsgrundlagen

- „Baugebiet Tourcoingstraße, Bottrop, Entwurfs- und Genehmigungsplanung, abwasser- und verkehrstechnische Erschließung“, bPLAN Ingenieurgesellschaft, 01.02.2024, Essen
- Plan „Erschließungsmaßnahme Nr. B-Plan 4.13/1 Baugebiet Tourcoingstraße, Bottrop, Genehmigungsplanung gemäß § 8, 9, 10 WHG für die gedrosselte Einleitung in den Vorthbach“, bPLAN Ingenieurgesellschaft, Februar 2024, Essen
- „Gutachten zur Baugrundsituation inkl. Abfalltechnischer Deklaration und orientierender Erstbewertung gemäß Bundesbodenschutzverordnung, Baufeld westlich Tourcoingstraße, 46240 Bottrop, Althoff & Lang GbR, Mai 2018, Köln
- „Projekt Tourcoingstraße in Bottrop“, Verkehrsgutachten, Blanke Ambrosius, Januar 2021, Bochum
- „Schallschutzgutachten B-Plan Nr. 4.13/1 „Tourcoingstraße“ Bottrop“ (Bericht Nr.: B14530), IST Ingenieurbüro Stöcker, September 2022, Haltern am See
- „Bebauungsplan Nr. 4.13/1 „Tourcoingstraße“ in Bottrop – Klimagutachten“, Lohmeyer GmbH, Juni 2020, Fürstenwalde
- „Bebauungsplan „Tourcoingstraße“ -Artenschutzprüfung Stufe I-, ILS Essen GmbH, 2019, Essen
- „Artenschutzprüfung (ASP) Stufe II zum Bebauungsplan Nr. 4.13/1 „Tourcoingstraße“, Stadt Bottrop“, Kuhlmann & Stucht GbR Landschaftsplanung - Umweltplanung, April 2021, Bochum
- "Ergänzung zur ASP zum Bebauungsplan Nr. 4.13/1 "Tourcoingstraße", Stadt Bottrop“, Kuhlmann & Stucht GbR Landschaftsplanung - Umweltplanung, Februar 2024, Bochum
- Landschaftspflegerischer Begleitplan zum Bebauungsplan Nr. 4.13/1 „Tourcoingstraße“, Kuhlmann & Stucht GbR, Februar 2024, Bochum

Datum

19.03.2024

Drucksache Nr.

**2024/0151**

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Zuständigkeit
Bezirksvertretung Bottrop-Mitte	11.04.2024	Vorberatung
Ausschuss für Stadtplanung und Umweltschutz	12.04.2024	Entscheidung

## Betreff

### **Bebauungsplan Nr. 4.13/1 „Tourcoingstraße“**

- hier: **1. Ergebnis der frühzeitigen Beteiligung (§ 3 Abs. 1 BauGB und § 4 Abs. 1 BauGB) sowie der Beteiligung der betroffenen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (§ 4 Abs. 2 BauGB)**  
**2. Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses vom 10.09.2019**  
**3. Aufstellungsbeschluss**  
**4. Billigung des Planentwurfs**  
**5. Beschluss zur öffentlichen Auslegung**

## Beschlussvorschlag

### Rechtsgrundlage:

**§§ 3 und 4 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03. November 2017 (BGBl. I S. 3634), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 03. Juli 2023 (BGBl. 2023 Nr. 176) geändert worden ist**

1. Das Ergebnis der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB sowie die Ergebnisse der Beteiligungen der betroffenen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 und 2 BauGB werden zur Kenntnis genommen.
2. Der vom Ausschuss für Stadtplanung und Umweltschutz in seiner Sitzung am 10.09.2019 gefasste Beschluss, westlich der Tourcoingstraße, für den Bereich des Flurstückes 336 sowie für einen Streifen des Flurstückes 327 den Bebauungsplan Nr. 4.13/1 „Tourcoingstraße“ aufzustellen, wird aufgehoben.
3. Westlich der Tourcoingstraße, für den Bereich der Flurstücke 336, 449 und Teile der Flurstücke 589 und 637 der Flur 158, Gemarkung Bottrop sowie das Flurstück 326 und Teile des Flurstückes 327 der Flur 154, Gemarkung Bottrop, ist der Bebauungsplan Nr. 4.13/1 „Tourcoingstraße“ aufzustellen. Der Geltungsbereich ist in dem zu diesem Beschluss gehörenden Übersichtsplan gekennzeichnet.
4. Der Entwurf zum Bebauungsplan Nr. 4.13/1 „Tourcoingstraße“ wird einschließlich der zugehörigen Begründung in der als Anlage zu diesem Beschluss genommenen Fassung gebilligt.
5. Der Entwurf zum Bebauungsplan Nr. 4.13/1 „Tourcoingstraße“ ist einschließlich zugehöriger Begründung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen.



## Finanzielle Auswirkungen

Finanzielle Auswirkungen: ja  
Haushalt im Jahr: 2024  
Produkt und Sachkonto:  
Art der Ausgabe:  
Bedarf: im Haushaltsansatz  
berücksichtigt  
  
Haushaltsansatz:  
zusätzliche Einnahmen:  
einmalige Belastung:  
jährliche Folgekosten:

Erläuterungen zu den finanziellen Auswirkungen:

## **Problembeschreibung / Begründung**

Der Ausschuss für Stadtplanung und Umweltschutz hat in seiner Sitzung am 10.09.2019 die Verfahren zur 13. Änderung des Flächennutzungsplans sowie zur Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 4.13/1 „Tourcoingstraße“ eingeleitet. Ziel der Verfahren ist es, die planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Erschließung und zum Bau eines neuen Wohngebiets westlich der Tourcoingstraße zu schaffen. Nähere Informationen können den entsprechenden Drucksachen (Nrn. 2019/0652 und 2019/0654) entnommen werden.

Im Oktober 2023 wurden die politischen Gremien mit der Drucksache 2023/0434 über den Stand der Planung informiert.

Zudem wurde im November 2023 die Öffentlichkeit im Rahmen einer Bürgerversammlung über den Stand der Planung informiert.

### **1. Ergebnis der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB**

Im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 (1) BauGB sind vier Stellungnahmen von Personen eingereicht worden, die im Umfeld des Plangebietes wohnen (Tourcoingstraße, Bögelsheide und Vienkenstraße). Von Ihnen wurden Bedenken geäußert hinsichtlich einer Zunahme von Verkehrslärm und Müll sowie Nutzungseinschränkungen bzw. Wegfall der heutigen Fuß- und Radwegeverbindung zur Tourcoingstraße. Neben der Zerstörung von Natur und Landschaft sowie einer Verschlechterung der Lebensqualität von Menschen und Tieren, wird die Planung kritisch hinsichtlich des Klimaschutzes gesehen. Der Wegfall von Erholungs- sowie Ackerflächen wird zudem benannt.

Des Weiteren wurden in drei verschiedene Listen Unterschriften gegen eine Bebauung der Fläche gesammelt und bei der Verwaltung eingereicht. Es werden Auswirkungen auf das Klima durch den Wegfall von Freiflächen und Frischluftschneisen befürchtet. Damit verbunden werden Auswirkungen auf die Gesundheit und die Lebensqualität der Menschen gesehen. Ebenso wird von einer Zerstörung von Natur und Landschaft ausgegangen. Es wird befürchtet, dass Tier- und Vogelarten ihren Lebensraum verlieren und Menschen ihr Naherholungsgebiet. In den drei Listen haben insgesamt 997 Personen unterschrieben. Es wurden insgesamt 327 Unterschriften von direkt betroffenen Personen (Am Schlangenholt, Bögelsheide, Bögelstraße, Börenstraße, Bügelstraße, Ernst-Moritz-Arndt-Straße, Stenkhoffstraße, Tourcoingstraße) abgegeben.

Die genannten Stellungnahmen sind der Vorlage als Anlage 1 beigelegt.

Zu den genannten Bedenken nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung (eine ausführliche Stellungnahme erfolgt zum Satzungsbeschluss im Rahmen der Abwägung aller Belange):

- Beeinträchtigung durch Lärm und Müll: Die schalltechnischen Auswirkungen der Planung wurden im Rahmen eines Gutachtens untersucht. Das Gutachten zeigt, dass durch den zusätzlichen Verkehr des Bauvorhabens in einigen Bereichen der Bestandsbebauung eine Zunahme des Lärmimmissionspegels im Plan-Fall bei unter 0,1 dB liegen würde und als akustisch irrelevant eingestuft wird.  
Die Müllabfuhr fährt die komplette geplante Erschließungsstraße bis zur Wendeanlage entlang, um den Müll des gesamten Gebietes abzuholen. Die Wendeanlage ist extra dafür konzipiert, dass große Fahrzeuge, wie der Müllwagen dort wenden können. An den Mehrfamilienhäusern sind Sammelanlagen am Haus vorgesehen, die Bewohner der Einfamilienhäuser haben ihre Mülltonne am Haus stehen und müssen diese am Leerungstag ans Ende des jeweiligen Wohnweges stellen.
- Auswirkungen auf den Fuß- und Radwegeverbindungen: Die öffentliche

Verkehrsfläche ist genau wie der heutige bestehende Weg in Nord-Südrichtung geplant. Am Ende der Straße ist eine Wendeanlage vorgesehen von der ein Fuß- und Radweg die bestehende Wegeverbindung erhält. Zudem bietet der geplante Wirtschaftsweg der Entwässerungsmulde am Westrand des Plangebietes eine zusätzliche Wegeverbindung. Diese ist mit einer Breite von 3,5 Meter und einer wassergebundenen Decke als Fuß- und Radweg geeignet und von jedem Wohnweg erreichbar.

- Beeinträchtigung von Umweltbelangen: Die Auswirkungen der Planung auf die verschiedenen Umweltbelange wurden geprüft und das Ergebnis in einem umfangreichen Umweltbericht zusammengefasst. Soweit erforderlich setzt der Bebauungsplan Maßnahmen zur Kompensation der Umweltauswirkungen fest (z.B. Lärmschutzmaßnahmen, Artenschutzmaßnahmen, Maßnahmen zum Ausgleich der Eingriffe in Natur und Landschaft, Dachbegrünung). Einzelheiten können dem Entwurf der Begründung (Anlage 6) und dem darin enthaltenen Umweltbericht entnommen werden.
- Auswirkungen auf geschützte Arten: Aus artenschutzrechtlicher Sicht stellt sich das Vorhaben als unkritisch dar. Im Rahmen eines artenschutzrechtlichen Fachbeitrags wurde das Lebensraumpotential des Plangebietes und des näheren Umfeldes für planungsrelevante und anderweitig schützenswerte Arten analysiert (Vorprüfung – Stufe I) und in einem späteren Schritt durch Kartierungen (Vertiefende Prüfung – Stufe II) verifiziert. Es konnten keine Fortpflanzungs- und Ruhestätten von Vögeln oder Fledermäusen im Eingriffsbereich festgestellt werden. Der Gehölzbestand im Süden des Plangebiets wird durch eine Erhaltungsfestsetzung planerisch gesichert, sodass der Verlust von potenziellen Fortpflanzungs- und Ruhestätten planungsrelevanter Arten sicher auszuschließen ist. Baubedingte oder betriebsbedingte Beeinträchtigungen von Fortpflanzungs- und Ruhestätten in den umliegenden Gehölzen sind unter Berücksichtigung art- und vorhabenspezifischer Kriterien nicht zu erwarten.
- Auswirkungen auf Flächen für Landwirtschaft und Erholung: Der Bebauungsplan sieht eine Umwandlung von Ackerfläche in Wohnbebauung im begrenzten Umfang (50 m Tiefe) vor, zudem soll die an das Plangebiet angrenzende landwirtschaftliche Nutzung im rückwärtigen Bereich erhalten bleiben. Die Planungen sind mit dem Eigentümer dieser Flächen abgestimmt. Des Weiteren wurde die Landwirtschaftskammer NRW um Stellungnahme gebeten. Es wurden keine Bedenken hinsichtlich der angedachten Planungen geäußert.  
Als notwendige Kompensationsmaßnahme ist im Westen des Plangebiets die Realisierung von extensivem Grünland vorgesehen. Die begrünte Entwässerungsmulde bildet den Übergang zwischen diesem Grünland sowie den verbleibenden landwirtschaftlichen Flächen und der geplanten Wohnbebauung. Durch den vorgesehenen Wirtschaftsweg entlang der Entwässerungsmulde wird eine Wegeverbindung geschaffen, die den Anwohnern als Naherholungsraum dienen kann.
- Auswirkungen auf das örtliche Klima: Die Auswirkungen auf das örtliche Klima wurden im Rahmen eines Gutachtens untersucht. Das Gutachten kommt zu dem Ergebnis, dass durch die geplante Bebauung keine signifikante Veränderung in der Kaltluftversorgung und –dynamik hervorgerufen wird. Die Gebäude im Plankonzept weisen eine Ost-West-Ausrichtung auf, um eine bessere Durchlüftung des Plangebietes und der angrenzenden Wohnbebauung zu ermöglichen. Unter Berücksichtigung der mit dem Klimawandel einhergehenden Zunahme der Hitzebelastung wurden im Gutachten Planungsempfehlungen formuliert. Dementsprechend werden im Plankonzept beispielsweise alle Dachflächen begrünt sowie eine offene Regenwasserableitung/-rückhaltung in Form einer naturnah gestalteten Rasenmulde realisiert. Einzelheiten können dem Entwurf der Begründung (Anlage 6) und dem darin enthaltenen Umweltbericht entnommen werden.

Am 30.11.2023 wurde der Stand der Planungen zum Bebauungsplan Nr. 4.13/1 „Tourcoingstraße“ im Rahmen einer öffentlichen Informationsveranstaltung vorgestellt. Den Teilnehmenden wurde das städtebauliche Konzept erläutert sowie die Zwischenergebnisse aus den verschiedenen Fachgutachten, die für den Bebauungsplan erforderlich sind, dargelegt. Es haben etwa 30 Personen an der Veranstaltung teilgenommen. Sie hatten die Möglichkeit, Fragen zu stellen und Anregungen oder Bedenken zu äußern.

Das Protokoll der Informationsveranstaltung ist der Vorlage als Anlage 2 beigelegt.

## **2. Ergebnis der Beteiligung der betroffenen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 und Abs. 2 BauGB**

Die betroffenen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden auf der Grundlage einer ersten Plankonzeption mit Schreiben vom 08.11.2019 gemäß § 4 Abs. 1 BauGB um Stellungnahme gebeten. Mit Schreiben vom 19.07.2023 erfolgte auf der Grundlage eines Vorentwurfes des Bebauungsplans die Beteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB. Von folgenden Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange liegen Stellungnahmen mit Anregungen oder Bedenken vor:

- Landschaftsverband Westfalen-Lippe Archäologie für Westfalen, Außenstelle Münster
- Bezirksregierung Arnsberg, Abteilung 6 „Bergbau und Energie in NRW“
- Bezirksregierung Münster, Dezernat 54 Wasserwirtschaft“
- Emscher Genossenschaft und Lippeverband
- ELE - Emscher Lippe Energie GmbH
- Iqony Fernwärme GmbH
- RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH

Es wird darauf hingewiesen, dass im südlichen Bereich des Plangebiets Hinweise auf eine unbekannt Siedlung aus der Bronzezeit gefunden wurden. Das weitere Vorgehen ist mit den entsprechenden Stellen abzustimmen. Mit bergbaulichen Einwirkungen ist nicht zu rechnen, dennoch sollten die Feldeseigentümer hinsichtlich erforderlicher Anpassungs- und Sicherungsmaßnahmen um Stellungnahmen gebeten werden. Hinsichtlich des Niederschlagswassers wurde darauf hingewiesen, dass eine ortsnahe Versickerung, Verrieselung oder direkte Einleitung in ein Gewässer zu gewährleisten ist. Zudem ist die Fließrichtung des Abwassers zur Mischwassersbehandlungsanlage darzustellen, damit die Aufnahme des zusätzlichen Abwassers vom System gewährleistet werden kann. Eine Entwässerung im Trennsystem wird als sinnvoll erachtet. In Hinblick auf den Klimawandel wird empfohlen, Klimaanpassungsmaßnahmen bei der Planung zu berücksichtigen, beispielsweise Dach- und Fassadenbegrünung, Schaffung von offenen Wasserflächen etc. Des Weiteren ist für die geplante Inanspruchnahme von Grundstücksteilflächen zur Realisierung der Niederschlagseinleitung in den Vorthbach ein Gestattungsvertrag mit dem Grundstückseigentümer zu schließen. Durch die Leitungsträger wird auf Versorgungsleitungen verwiesen. Es sind Schutzanweisungen und teils auch Schutzstreifenbereiche zu beachten. Eine zusätzliche Versorgungsfläche für eine geplante Transformatorenstation ist vorzusehen.

Die genannten Stellungnahmen sind der Vorlage als Anlage beigelegt.

Zu den vorgetragenen Anregungen und Bedenken nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung (eine ausführliche Stellungnahme erfolgt zum Satzungsbeschluss im Rahmen der Abwägung aller Belange):

- Berücksichtigung von Belangen des Denkmalschutzes: Das weitere Vorgehen wurde mit der verantwortlichen Stelle abgestimmt und ein Hinweis in den Bebauungsplanentwurf aufgenommen.
- Umgang mit bergbaulichen Einwirkungen: Die Feldeseigentümer wurden im Verfahren beteiligt und um Stellungnahme gebeten. Es bestehen keine Bedenken gegen die Planung.
- Umgang mit dem anfallenden Niederschlagswasser: In einem Bodengutachten wurde die Versickerungsfähigkeit des Bodens überprüft. Aufgrund von ungünstigen kf-Werten ist eine ausreichende und gesicherte Wasserdurchlässigkeit des Untergrundes, weder für eine dezentrale noch für eine zentrale Regenwasserversickerung sicher gegeben. Daher wurde eine Konzeption der Regenwasserableitung zur Erhöhung des Verdunstungs- und Teilversickerungsanteils erarbeitet. Diese sieht vor, das anfallende Niederschlagswasser über eine offene Regenwasserableitung/ -rückhaltung entlang des Westrands des Baugebietes in Rasenmulden, gedrosselt in den Vorthbach einzuleiten. Ein Trennsystem ist damit vorgesehen. Um die notwendige Einleitung in den Vorthbach realisieren zu können, wurde der Grundstückseigentümer informiert. Derzeit finden Abstimmungen zum Abschluss eines Gestattungsvertrags zwischen dem Grundstückseigentümer und dem Vorhabenträger statt.
- Berücksichtigung von Versorgungsleitungen und –flächen: Die vorhandenen Versorgungsleitungen können an ihrer jeweiligen Stelle verbleiben. Die Schutzanweisungen wurden an den Fachbereich Tiefbau weitergeleitet, damit diese bei den Baumaßnahmen Berücksichtigung finden.  
Um die notwendige Versorgungsfläche für eine geplante Transformatorenstation zu berücksichtigen, wurde im Bebauungsplan eine textliche Festsetzung eingefügt.

Im Rahmen der Erarbeitung des Vorentwurfs zum Bebauungsplan wurden die für die Bauleitplanung erforderlichen Gutachten und Fachplanungen durch die Bonava beauftragt. Im Folgenden sind die wichtigsten Zwischenergebnisse zusammengefasst:

### **Verkehrsgutachten**

Im Rahmen des Verkehrsgutachtens wurden die verkehrlichen Auswirkungen des Bauvorhabens sowie die Kapazität und die Verkehrsqualität der angrenzenden Knotenpunkte untersucht. Es zeigte sich, dass alle untersuchten Knotenpunkte in der Lage sind, die zukünftigen Verkehrsbelastungen ohne Probleme abzuwickeln. Das Bauvorhaben wird die allgemeine Verkehrssituation und die Wohnqualität im Ortsteil nicht spürbar beeinträchtigen. Die Verkehrserschließung des Bauvorhabens ist gewährleistet.

### **Lärmgutachten**

Das Gutachten zeigt auf, dass der Planbereich durch den Verkehrslärm der nördlich gelegenen Autobahnen belastet ist. Die Grenze der Gesundheitsgefährdung wird nicht überschritten. Mit dem vom Land NRW angekündigten Umbau des Autobahndreiecks Bottrop (A 2 und A 31) geht eine Lärmsanierung in den betroffenen Abschnitten einher. Hierdurch wird es mittel- bis langfristig zu einer Entlastung im Plangebiet kommen. Da das Planfeststellungsverfahren für den Autobahnumbau aber noch nicht begonnen wurde und die Planungen noch nicht abgeschlossen sind, muss für dieses Bebauungsplanverfahren noch von der lautereren Bestandssituation ausgegangen werden.

Zur Gewährleistung eines ausreichenden Schutzes der Innenräume vor Verkehrslärm sind daher im Plangebiet passive Schallschutzmaßnahmen festgesetzt. Zudem sind die Mehrfamilienhäuser im Norden so ausgerichtet, dass ruhige Gartenbereiche und Balkone im Süden der Gebäude entstehen.

Durch den zusätzlichen Verkehr des Bauvorhabens nehmen die Lärmimmissionspegel im Plan-Fall am meisten im unmittelbaren Umfeld des Plangebiets an der

Tourcoingstraße Nr. 1 zu. An den Immissionsorten, an welchen die Schwelle zur Gesundheitsgefährdung in der oben beschriebenen lautereren Bestandssituation erreicht oder überschritten ist, liegt die Zunahme durch das Plangebiet bei unter 0,1 dB und wird als akustisch irrelevant eingestuft. Durch die geplante Lärmsanierung an der Autobahn wird es mittel- bis langfristig zu einer Entlastung im Plangebiet kommen.

### ***Klimagutachten***

Das Gutachten kommt zu dem Ergebnis, dass das vorgesehene Bebauungskonzept keine relevanten Veränderungen in der Kaltluftversorgung und -dynamik im Bereich der angrenzenden Wohnsiedlungen hervorruft. Unter Berücksichtigung der mit dem Klimawandel einhergehenden Zunahme der Hitzebelastung empfiehlt das Gutachten, die formulierten Planungsempfehlungen zu berücksichtigen. Dementsprechend werden im Planungskonzept beispielsweise alle Dachflächen begrünt sowie eine offene Regenwasserableitung/-rückhaltung in Form einer naturnah gestalteten Rasenmulde realisiert. Des Weiteren sind die Gebäude für eine bessere Durchlüftung nach Ost-West ausgerichtet.

### ***Bodengutachten***

In den durchgeführten Bodenuntersuchungen gab es keine Hinweise auf Altlasten oder schädlichen Bodenveränderungen. Eine Gefährdung der Schutzgüter Mensch und Grundwasser ist auf Basis der Untersuchungsergebnisse im Plangebiet auszuschließen.

Bei den Untersuchungen zur Versickerungsfähigkeit der Böden zeigte sich, dass die vorhandene hydraulische Durchlässigkeit hinsichtlich einer Versickerung des Niederschlagswassers nicht ausreichend vorhanden ist und die Böden im Plangebiet als schwach durchlässig oder schlechter zu bewerten sind. Somit sind die Voraussetzungen weder für eine dezentrale noch für eine zentrale Regenwasserversickerung sicher gegeben.

### ***Entwässerungsplanung***

Es ist vorgesehen, das geplante Wohngebiet im Trennsystem über ein Schmutz- und Regenwassernetz zu entwässern. Das anfallende Schmutzwasser wird in das städtische Kanalnetz in der Tourcoingstraße eingeleitet. Die Ergänzung des Netzes erfolgt durch Kanäle in den festgesetzten öffentlichen Straßen.

Das anfallende Niederschlagswasser kann aufgrund einer schlechten Durchlässigkeit der Böden (siehe Abschnitt Bodengutachten) nicht versickert werden.

Daher wurde eine Konzeption der Regenwasserableitung zur Erhöhung des Verdunstungs- und Teilversickerungsanteils mit folgenden Elementen entwickelt:

- Offene Regenwasserableitung/-rückhaltung entlang des Weststrands des Baugebietes in Rasenmulden
- Angrenzender 3,5 m breiter Unterhaltungsweg
- Naturnaher Retentionsbodenfilter im Nordwesten
- Gedrosselte Einleitung in den Vorthbach.

Die gedrosselte Einleitung in den Vorthbach wurde mit der Emschergenossenschaft und der Unteren Wasserbehörde vorab besprochen, eine wasserrechtliche Erlaubnis wurde in Aussicht gestellt.

Die geplante Grünmulde dient gleichzeitig als Notwasserweg für den Überflutungsschutz. Nach Starkregen kann hier über einen längeren Zeitraum die Retention und Verdunstung erfolgen. Bei Überlauf ist die Ableitung des Regenwassers in den Vorthbach vorgesehen.

### ***Artenschutzrechtliche Prüfung***

Aus artenschutzrechtlicher Sicht stellt sich das Vorhaben als unkritisch dar. Im Rahmen der faunistischen Begehungen konnten keine Fortpflanzungs- und Ruhestätten von Vögeln oder Fledermäusen im Eingriffsbereich festgestellt werden. Der Gehölzbestand im Süden des Plangebiets wird durch eine Erhaltungsfestsetzung

planerisch gesichert, sodass der Verlust von potenziellen Fortpflanzungs- und Ruhestätten planungsrelevanter Arten sicher auszuschließen ist. Baubedingte oder betriebsbedingte Beeinträchtigungen von Fortpflanzungs- und Ruhestätten in den umliegenden Gehölzen sind unter Berücksichtigung art- und vorhabenspezifischer Kriterien nicht zu erwarten.

Durch das Vorhaben entstehen keine artenschutzrechtlichen Konflikte im Sinne einer Auslösung der Verbotstatbestände des § 44 BNatSchG. Vermeidungs- oder vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen sind nicht zu treffen.

### ***Landschaftspflegerischer Begleitplan***

Durch das Vorhaben kommt es zu Eingriffen in Natur und Landschaft. Entsprechend sind verschiedene Kompensationsmaßnahmen umzusetzen. Eine rechnerische Ermittlung von Eingriff und Ausgleich erfolgt nach der Bewertungsmethode der Stadt Bottrop. In der Gesamtbilanz ergibt sich nach Gegenüberstellung des Gesamtflächenwertes des Ausgangszustandes zum Gesamtflächenwert gemäß der Planung ein vollständiger Ausgleich.

Gesamtflächenwert des Ausgangszustandes	289.609
Gesamtflächenwert gemäß Festsetzungen	289.609

Als Ausgleichsmaßnahme wird die Umwandlung von ca. 7.950 m<sup>2</sup> intensiv genutzter Ackerfläche in extensiv genutztes Grünland vorgeschlagen und im Bebauungsplan festgesetzt. Die Fläche grenzt unmittelbar westlich an das geplante Wohngebiet. Hierdurch vergrößert sich das Plangebiet zum Aufstellungsbeschluss entsprechend. Der ökologische Ausgleich kann vollständig innerhalb des Plangebietes sichergestellt werden.

### ***Fazit und städtebauliches Konzept***

Die vorliegenden Gutachten und Untersuchungen zeigen, dass das geplante Wohngebiet ohne wesentliche Beeinträchtigung von Umweltbelangen gebaut werden kann.

Die vorgesehenen Planungen wurden hinsichtlich der eingegangenen Stellungnahmen aus den durchgeführten Beteiligungen sowie hinsichtlich der Erkenntnisse und Ergebnisse der Gutachten und Untersuchungen angepasst. Folgendes Planungskonzept ist nun vorgesehen:

Der Entwurf der Bonava GmbH sieht ca. 93 Wohneinheiten in Form von 9 Reihenhäusern, 42 Doppelhaushälften, 2 freistehenden Häusern sowie 4 Mehrfamilienhäusern vor. Die Einfamilienhäuser werden mit drei Vollgeschossen und begrüntem Flachdach, ohne weiteres Staffelgeschoss, errichtet und sind in Stichstraßen mit 8 bis 10 Gebäudeeinheiten angeordnet. Die Mehrfamilienhäuser, die im nördlichen und südlichen Bereich des Plangebiets vorgesehen sind, werden zum Teil öffentlich gefördert und orientieren sich mit 4 Vollgeschossen (ohne weiteres Staffelgeschoss) an der vorhandenen gegenüberliegenden Bebauung. Zudem ist eine Kindertagesstätte im Erdgeschoss der Mehrfamilienhäuser im Norden geplant, um dem Bedarf an Betreuungsplätzen im Stadtteil entgegenzukommen. Dafür wurde der Geltungsbereich des Bebauungsplans nach Norden erweitert, um das Baufeld für die Kita im Erdgeschoss zu vergrößern und den Außenbereich auf dem angrenzenden Grundstück realisieren zu können.

Die bestehende Tourcoingstraße wird Richtung Süden weitergeführt und endet als Sackgasse in einer Wendeanlage. Die „Wohnwege“ gehen als Stiche von dieser Haupterschließungsstraße ab. Von dort aus gibt es eine Verbindung für Fuß- und Radverkehr in Richtung Bügelstraße und Ernst-Moritz-Arndt-Straße. Die neu geplante Sackgasse ist mit deutlichen Verschwenkungen ausgebildet, was dem Charakter einer ruhigen, verkehrsberuhigten Anliegerstraße entspricht. Die öffentlichen Stellplätze sind in Parktaschen angeordnet. Hierdurch wird das direkte Zurücksetzen in den

Verkehrsraum verhindert, was zur Verkehrssicherheit beitragen soll. Der Straßenraum wird durch Baumpflanzungen ergänzt. Zwischen dem Verkehrsraum der Sackgasse und den östlichen Bestandswohngrundstücken ist die Anlage eines 3 m breiten Grünstreifens vorgesehen. Entlang der Tourcoingstraße stehen straßenbegleitend 8 kleinkronige Bäume. Diese sollen innerhalb eines ca. 5 m breiten Grünstreifens erhalten werden. Durch die Weiterführung der Tourcoingstraße entfällt ein Baum der in der Baumreihe durch Neupflanzung ersetzt wird.

Neben den Stellplätzen der geplanten Wohneinheiten, die auf den jeweiligen Grundstücken vorgesehen sind, werden 53 öffentliche Stellplätze im Straßenraum untergebracht.

### **3. Erweiterung des Geltungsbereichs des Bebauungsplans**

Zum Zeitpunkt der Einleitung des Planverfahrens waren die notwendigen Flächen für die Eingriffs- und Ausgleichsbilanzierung noch nicht bekannt und somit auch nicht Bestandteil des Geltungsbereiches. Zudem wurde durch die Beteiligung der Fachdienststellen der Bedarf an Betreuungsplätzen im Stadtteil Eigen bekannt und somit ein Standort für eine Kindertagesstätte in die Planungen mit aufgenommen, deren Außenbereichsfläche den Geltungsbereich im Norden erweitert. Daher soll das Plangebiet entsprechend vergrößert werden. Aus formalen Gründen ist es dazu erforderlich, zunächst den Aufstellungsbeschluss vom 10.09.2019 aufzuheben (siehe Übersichtsplan Anlage 4) und anschließend für den vergrößerten Geltungsbereich (siehe Übersichtsplan Anlage 5) einen neuen Aufstellungsbeschluss zu fassen.

### **4. Weiteres Vorgehen**

Der nächste Verfahrensschritt – die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB – soll nun auf der Grundlage des vorgelegten Entwurfs zum Bebauungsplan Nr. 4.13/1 „Tourcoingstraße“ erfolgen.

### **5. Finanzielle Auswirkungen**

Die Durchführung eines Bauleitplanverfahrens hat finanzielle Auswirkungen. Dazu gehören beispielsweise Kosten für die Veröffentlichung von Bekanntmachungen, für die Vervielfältigung und den Versand von Unterlagen im Rahmen der Beteiligungsschritte sowie Personalkosten.

Tischler

#### Anlage(n):

1. Stellungnahmen Öffentlichkeit
2. Protokoll Bürgerversammlung
3. Stellungnahmen Behörden und TÖB
4. Übersichtsplan Aufhebung Aufstellungsbeschluss
5. Übersichtsplan Neufassung Aufstellungsbeschluss
6. Entwurf der Begründung
7. Checkliste nachhaltige und klimagerechte Wohngebiete



Stadt Bottrop  
Stadtplanungsamt (61)  
Eingegangen am:  
25. Nov. 2019

61/1	<del>61/2</del>	61/2-UDB
61/3	61/4	b.R.



## Keine Bebauung an der Tourcoingstraße!

### **Mit meiner Unterschrift erhebe ich Einspruch gegen die Änderung des Flächennutzungsplanes sowie gegen die Aufstellung eines Bebauungsplanes an der Tourcoingstraße in Bottrop-Eigen.**

Die westlich der Tourcoingstraße gelegenen landwirtschaftlichen Flächen sollen nicht bebaut werden, denn diese Flächen dienen der Kalt- und Frischluftzufuhr für den dicht bebauten Stadtteil Eigen. Der Rat der Stadt Bottrop hat im Juli 2019 den Klimanotstand ausgerufen und hat sich damit verpflichtet, sämtliche Maßnahmen immer auch auf ihre Auswirkungen auf das Klima hin zu prüfen. In der kürzlich vorgelegten Klimaanalyse für Bottrop wird erklärt, wie wichtig Kalt- und Frischluftschneisen in Zeiten des Klimawandels sind. Ohne diese natürliche Belüftung würden gerade die dicht bebauten Stadtteile an heißen Tagen nicht mehr abkühlen, was eine beträchtliche gesundheitliche Belastung der Menschen mit sich bringen würde.

Darüber hinaus dient das Gebiet der Naherholung für viele Bürgerinnen und Bürger aus den angrenzenden Wohngebieten. Seniorinnen und Senioren, Hundehalter, Fußgänger, Radfahrer und viele mehr nutzen die nahegelegenen Grünflächen im Eigen zur Erholung und zum Durchatmen.

## **Keine Bebauung der Landschaftsschutzfläche**

### **an der Tourcoingstraße!**

Die Landschaftsschutzfläche an der Tourcoingstraße soll mit 70 Wohneinheiten bebaut werden. Die geplante Bebauung soll westlich der Tourcoingstraße und der Bögelsheide bis zum AWO Kindergarten in einer Tiefe von bis zu 40m erfolgen. Dafür müsste die Tourcoingstraße entsprechend verlängert werden.

Die Landschaftsschutzfläche ist Bestandteil des regionalen Grünzugs und eine wichtige Frischluftschneise für den Eigen. Mit dem Klimawandel und dem Anstieg der Temperaturen im Sommer - die Meteorologen sprechen bereits von einer „Heißzeit“ -, werden diese Freiflächen immer wichtiger für die Lebensqualität der Menschen. Die Ackerfläche und der renaturierte Vorthbach sind ein beliebtes Naherholungsgebiet für Spaziergänger. Die Landschaftsschutzfläche ist ein Rückzugsort für viele heimische Tier- und Vogelarten.

**Wir fordern, dass die Landschaftsschutzfläche auch für die Zukunft erhalten bleibt und nicht bebaut wird.**

## **Bitte sammeln auch Sie Unterschriften!**

**Vom 11. bis zum 25. November findet die Offenlegung der Pläne zur Tourcoingstraße im Rathaus statt. Bis dahin wollen wir noch einmal möglichst viele Unterschriften sammeln, und zwar unter diesem GEMEINSAMEN OFFIZIELLEN EINSPRUCH.**

**Werfen Sie die Unterschriftenlisten bitte bei uns Erstunterzeichnern in den Briefkasten. Außerdem liegen am Eigener Markt in mehreren Geschäften Listen aus und freitags ab 10.00 Uhr kann man auch am Infostand der DKP unterschreiben.**

-----

### **Einspruch gegen die Bebauung der Landschaftsschutzfläche an der Tourcoingstraße**

Es ist geplant, die Tourcoingstraße als Stichstraße bis zum Seniorenheim zu verlängern. Entlang der Straße sollen dann 48 Einfamilien-Doppelhaushälften und vier Mehrfamilienhäuser mit insgesamt 80 Wohneinheiten gebaut werden.

Die Landschaftsschutzfläche ist Bestandteil des regionalen Grünzugs und eine wichtige Frischluftschneise für den Eigen. Gegen den Anstieg der Temperaturen im Sommer erfüllt sie eine bedeutende Klimafunktion. Die Randbebauung widerspricht dem Landschaftsplan und gefährdet in Zukunft die Versorgung der Bevölkerung mit kühler Luft.

Die Ackerfläche und der renaturierte Vorthbach sind ein beliebtes Naherholungsgebiet für Spaziergänger. Das Gebiet ist ein natürlicher Lebensraum für heimische Tierarten, unter anderem für Kreuzkröten, Feuersalamander und Fledermäuse. Der Artenschutz ist nicht gewährleistet, aber eine reguläre Umweltverträglichkeitsprüfung ist nicht vorgesehen.

**Wir erheben hiermit Einspruch gegen die Änderung des Flächennutzungsplans westlich der Tourcoingstraße und gegen den Bebauungsplan Nr. 4.13/1 „Tourcoingstraße“.**

Stadt Bottrop  
Stadtplanungsamt  
Frau Wahle / Herr Schüttler  
Luise Hensel Str. 1  
46236 Bottrop

Stadt Bottrop Stadtplanungsamt (61) Eingegangen am:		
20. Nov. 2019		
61/1	<del>61/2</del>	61/2-UDE
61/3	61/4	b.R.

## Stellungnahme zum Bebauungsplan Nr. 4.13/1, Tourcoinstraße

### Planungsstand:

Soweit aus den öffentlich ausgelegten Unterlagen ersichtlich sieht die konkrete Planung der Bebauung vor, den Rad-/Fußweg (KFZ-frei) hinter den Grundstücken der Bögelsheide (südliche Verlängerung der Tourcoinstraße) in eine Zufahrts-Straße zu den Grundstücken der geplanten Bebauung umzuwandeln.

### Bisherige Nutzung des Wegs:

- Teilstück der Route Na`tour (Radeln zu den Naturdenkmälern Bottrops)
- Schulweg und Kindergartenzuwegung (Kindergarten Körnerstraße)
- Verbindung zwischen dem warmen Eigen und dem Vöingholz und damit Anbindung an Grafenwald und Kirchhellen.
- Teilstück einer autoverkehrsfreien Verbindung zwischen warmem und kaltem Eigen.
- Teilstück einer autoverkehrsfreien Verbindung zur Bottroper Innenstadt (und Alternativverbindung Bottrop-Innenstadt – Kirchhellen; s.o.).
- Naherholung der Bottroper Bevölkerung.

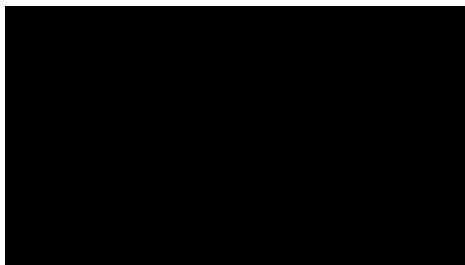
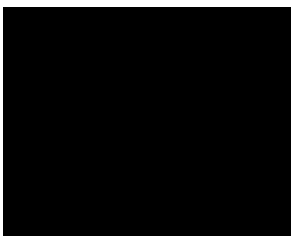
### Nachteile bei Umsetzung der uns bekannten Pläne:

- Während der Bautätigkeiten wird es zu erheblichen Nutzungseinschränkungen bzw. Sperrungen o.g. Weges kommen.
- Nach Fertigstellung der Bebauung und der geplanten Zufahrts-Straße wird der bisherige Vorteil der Autoverkehrsfreiheit aufgegeben.

### Alternativvorschlag zum vorgesehenen Plan für eine Bebauung und die Verkehrsführung:

- Erhaltung des Rad-/Fußwegs als eigenständiger Weg.
- Verlegung der Zufahrtsstraße zur geplanten Bebauung
  - o entweder direkt westlich neben den Weg; ggf. durch Zaun getrennt.
  - o oder auf die Westseite der zur Bebauung vorgesehenen Grundstücke.

Bottrop, 19.11.2019



## Stellungnahme(n) (Stand: 12.12.2019)

Sie betrachten: Tourcoingstraße  
Verfahrensschritt: Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB  
Zeitraum: 11.11.2019 - 25.11.2019

Kontakt:	<b>Name:</b> [REDACTED]
Bürger ID:	13157
Stellungnahme:	<p>Erstellt am: 19.11.2019</p> <p>Stellungnahme zum Bebauungsplan Nr. 4.13/1, Tourcoingstraße Planungsstand: Soweit aus den öffentlich ausgelegten Unterlagen ersichtlich sieht die konkrete Planung der Bebauung vor, den Rad-/Fußweg (KFZ-frei) hinter den Grundstücken der Bögelsheide (südliche Verlängerung der Tourcoingstraße) in eine Zufahrts-Straße zu den Grundstücken der geplanten Bebauung umzuwandeln. Bisherige Nutzung des Wegs:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>- Teilstück der Route Na`tour (Radeln zu den Naturdenkmälern Bottrops)</li><li>- Schulweg und Kindergartenzuwegung (Kindergarten Körnerstraße)</li><li>- Verbindung zwischen dem warmen Eigen und dem Vöingholz und damit Anbindung an Grafenwald und Kirchhellen.</li><li>- Teilstück einer autoverkehrsfreien Verbindung zwischen warmem und kaltem Eigen.</li><li>- Teilstück einer autoverkehrsfreien Verbindung zur Bottroper Innenstadt (und Alternativverbindung Bottrop-Innenstadt – Kirchhellen; s.o.).</li><li>- Naherholung der Bottroper Bevölkerung.</li></ul> <p>Nachteile bei Umsetzung der uns bekannten Pläne:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>- Während der Bautätigkeiten wird es zu erheblichen Nutzungseinschränkungen bzw. Sperrungen o.g. Weges kommen.</li><li>- Nach Fertigstellung der Bebauung und der geplanten Zufahrts-Straße wird der bisherige Vorteil der Autoverkehrsfreiheit aufgegeben.</li></ul> <p>Alternativvorschlag zum vorgesehenen Plan für eine Bebauung und die Verkehrsführung:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>- Erhaltung des Rad-/Fußwegs als eigenständiger Weg.</li><li>- Verlegung der Zufahrtsstraße zur geplanten Bebauung<ul style="list-style-type: none"><li>o entweder direkt westlich neben den Weg; ggf. durch Zaun getrennt.</li><li>o oder auf die Westseite der zur Bebauung vorgesehenen Grundstücke.</li></ul></li></ul> <p>Anhänge: -</p>

Stadtplanungsamt 61/2

Stadt Bottrop  
Stadtplanungsamt (61)  
Eingegangen am:

21. Nov. 2019

Bottrop, den 20.11.2019

Betrifft: Konzept / Entwurf zum Bebauungsplan Nr. 413/1 Tourcoingstr. 1

Hier: Frühzeitige Beteiligung / Offenlage

vom \_\_\_\_\_ bis \_\_\_\_\_

Am heutigen Tag erschien Herr / Frau \_\_\_\_\_

Wohnhaft in \_\_\_\_\_

Nach Erläuterung des Konzeptes / Entwurfes zum Bebauungsplan Nr. 413/1 Tourcoingstr.

Erklärte(n) Herr / Frau \_\_\_\_\_

Wahle

Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren!  
Gegen den Bebauungsplan der Landschaftsschutzfläche  
Nr. 413/1 Tourcoingstr. haben wir, \_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_ folgende Bedenken, da wir jetzt auf  
das freie Feld sehen, die frische Luft genießen,  
die Tiere, die auf dem Feld ansässig sind,  
beobachten und den Verlauf der Sonne bis zum  
Untergang beobachten können. Durch eine Bebauung  
würde uns viel an Wohn- und Lebensqualität  
genommen, und der Lebensraum für einheimische  
Tiersorten zerstört. Die negativen Seiten wären  
Blick auf ein Häusermeer, lautes Verkehrsauf-  
kommen, überfüllte Mülltonnen, lautes  
Zuschlagen der Garagen und vieles mehr,  
und eine Zerstörung der Umwelt für  
viele Generationen.  
Meine Frau und ich erheben deshalb  
Einspruch gegen die Änderung des Flächen-  
nutzungsplans und die Bebauung der  
Landschaftsschutzfläche

21. Nov. 2019

Amt/Fb

## Stellungnahme(n) (Stand: 07.01.2020)

Sie betrachten: Tourcoingstraße  
Verfahrensschritt: Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB  
Zeitraum: 11.11.2019 - 25.11.2019

Kontakt:	<b>Name:</b> [REDACTED]
Bürger ID:	13120
Stellungnahme:	<p>Erstellt am: 11.11.2019</p> <p>Die geplante Bebauung im Landschaftsschutzgebiet, ist im Widerspruch zu den, der Öffentlichkeit vorgegebenen Zielen zum Klimaschutz ( Klimanotstand, Innovation City Ruhr) Deshalb ist es zwingend, vor einer Umwandlung von Landschaftsschutzgebieten, die unverzichtbar für eine Frischluftzufuhr von dicht bebauten Flächen sind, vorhandene Flächen, wie Brachen, oder weniger wertvolle Flächen für die Bebauung vorzuziehen. Auch ist das Wohl der Bevölkerung wichtiger, als die Interessen eines Immobilien Baukonzerns. Diese Naturfläche ist von großem Erholungswert, sie wird von Spaziergängern, Radfahrern, Joggern und Hundebesitzern gerne genutzt. Die zur Zeit gepachtete Fläche ist auch von dem Bauern aus Kirchhellen von Bedeutung. Nach seiner Aussage wird die Ackerfläche immer weniger in Bottrop, bedingt durch die intensive Bebauung in Kirchhellen und Bottrop. Man mag sich garnicht vorstellen, wie Bottrop in vielen Jahren bei diesem Flächenfraß aussieht. Müssen wir nicht auch an nachfolgende Generationen denken? Dieses Bauprojekt ist aus klimapolitischer und moralischer Sicht völlig unmoralisch.</p> <p>Anhänge: -</p>

## Stellungnahme(n) (Stand: 07.01.2020)

Sie betrachten: Änderung des Flächennutzungsplans zur Darstellung einer Wohnbaufläche im Bereich westlich der Tourcoingstraße  
Verfahrensschritt: Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB  
Zeitraum: 11.11.2019 - 25.11.2019

Kontakt:	<b>Name:</b> [REDACTED]
Bürger ID:	13122
Stellungnahme:	<p>Erstellt am: 12.11.2019</p> <p>Nachtrag zu meiner am 11.11.2019, um 21:45 Uhr Stellungnahme:</p> <p>Es ist auch suspekt, dass keine Umweltverträglichkeitsprüfung bei solch einem geplanten Eingriff in die Natur gemacht wurde. ( gefährdete Pflanzen, Insekten und Kleintiere)</p> <p>Aus genannten Gründen lege ich hiermit Einspruch gegen eine Bebauung ein.</p> <p>[REDACTED]</p> <p>Anhänge: -</p>



## **Protokoll Bürgerversammlung Bebauungsplan Nr. 4.13/1 „Tourcoingstraße“**

**Am:** 30.11.2023, 18:30 Uhr

**Ort:** Mensa Willy Brandt-Gesamtschule, Brömerstraße 12, 46240 Bottrop

### **Podium:**

- Klaus Müller, Technischer Beigeordneter
- Oliver Schüttler, Stadtplanungsamt
- Jennifer Wahle, Stadtplanungsamt, Protokollantin
- Rebecca Reiter, Bonava Deutschland GmbH, Projektleitung
- Stefan Crumbach, Bonava Deutschland GmbH, Projektleitung
- Bodo Matjeka, bms Stadtplanung GbR, Bauleitplanung

### **Vertreter der Stadtverwaltung im Plenum:**

- Tilman Christian (68)
- Markus Foitor (66)
- Stefan Lohbeck (66)

### **Vertreter der Bonava im Plenum:**

- Roger Baumgart

**Anzahl der Teilnehmenden:** ca. 30, davon ca. 15 Bürger / Anwohner / Interessierte sowie ca. 15 Mitglieder von ASU / BVM

### **Tagesordnung:**

1. Begrüßung
2. Übersicht über den Stand des Verfahrens
3. Vorstellung des Städtebaulichen Konzeptes
4. Fachgutachten und Fachuntersuchungen
5. Ausblick – Wie geht es weiter?
6. Rückfragen und Anregungen

### **1. Begrüßung**

Herr Müller eröffnet die Bürgerversammlung und begrüßt alle anwesenden Bürgerinnen und Bürger und Mitglieder des ASU und der BVM sowie die Teilnehmer im Podium.

Er erläutert, dass die heutige Veranstaltung der Information der Öffentlichkeit über den Stand der Planungen zum Bebauungsplan Nr. 4.13/1 „Tourcoingstraße“ dient. Hierbei führt Herr Müller aus, dass alle Fragen und Anregungen des heutigen Abends protokolliert und als Bestandteil des Verfahrens dem Rat zur Abwägungen vorgelegt werden.

Anschließend stellt Herr Müller die Mitglieder des Podiums und ihre Funktionen vor und erläutert anhand der dargestellten Tagesordnung den Ablauf der Veranstaltung.

## **2. Übersicht über den Stand des Verfahrens**

Herr Schüttler erläutert den Anwesenden den Stand des Verfahrens zur Aufstellung des Bebauungsplans anhand der gezeigten Folien. Hierbei stellt er u.a. dar, dass parallel zum Bebauungsplan das Verfahren zur Änderung des Flächennutzungsplans zur Darstellung einer Wohnbaufläche westlich der Tourcoingstraße durchgeführt wird.

Weitere Inhalte sind der Präsentation zu entnehmen (siehe Anhang).

## **3. Vorstellung des Städtebaulichen Konzeptes**

Frau Reiter stellt die Bonava als Projektentwickler vor und beschreibt die Zusammensetzung des Projektteams.

Anschließend präsentiert Herr Matjeka das Städtebauliche Konzept anhand der wichtigsten Kennzahlen. Mehrere Folien mit Visualisierungen der Gebäudetypen sollen den Anwesenden einen Eindruck über das Aussehen des zukünftigen Quartiers geben.

Weitere Inhalte sind der Präsentation zu entnehmen (siehe Anhang).

## **4. Fachgutachten und Fachuntersuchungen**

Herr Matjeka erläutert die durchgeführten Gutachten und Fachuntersuchungen, deren Ergebnisse sowie deren Einfluss auf die Planungen.

Weitere Inhalte sind der Präsentation zu entnehmen (siehe Anhang)

## **5. Ausblick – Wie geht es weiter?**

Herr Schüttler erklärt den weiteren Ablauf des Verfahrens zur Aufstellung des Bebauungsplans. So ist vorgesehen die öffentliche Auslegung im Sommer 2024 durchzuführen. Herr Schüttler weist daraufhin, dass bei diesem Beteiligungsschritt erneut Stellungnahmen zur Planung abgegeben werden können, die dann in der Abwägung Berücksichtigung finden. In den 30 Tagen der öffentlichen Auslegung können die Planunterlagen und Gutachten im Internet sowie auch in Papierform im Stadtplanungsamt eingesehen werden, Mitarbeiter des Stadtplanungsamtes stehen für Fragen und Erklärungen zur Verfügung.

Herr Schüttler erläutert den Anwesenden, dass alle im Verfahren eingegangenen Stellungnahmen dem Rat zur Abwägung vorgelegt werden müssen. Dazu werden Abwägungsvorschläge verfasst, die begründet darlegen, ob der jeweiligen Stellungnahme entsprochen oder diese abgewiesen werden soll.

Weitere Inhalte sind der Präsentation zu entnehmen (siehe Anhang).

## 6. Rückfragen und Anregungen

Herr Müller bedankt sich bei den Podiumsmitgliedern für ihre Darstellungen und eröffnet die Fragerunde. Er bittet die Anwesenden, ihre Fragen und Anregungen zu nennen. Folgende Wortmeldungen wurden geäußert:

Herr [REDACTED] weist daraufhin, dass 93 Familien in das Quartier ansiedeln, aber kein Spielplatz in der Planung vorgesehen ist. Die Kinder auf der Straße spielen zu lassen sei zu gefährlich.

- ➔ Frau Reiter erläutert, dass die Planungen keinen öffentlichen Spielplatz vorsehen, aber ein Nachbarschaftstool (ist noch nicht konkretisiert) vorgesehen ist. Zudem wird die Verkehrsfläche als verkehrsberuhigter Bereich geplant, so dass diese als Spielfläche von Kindern genutzt werden kann. Die Parkplätze werden als Parktaschen angelegt, um ein rückwärtiges Ausparken in die Verkehrsfläche, welches eine Gefahr für spielende Kinder bedeuten würde, zu verhindern.
- ➔ Herr Müller ergänzt diese Ausführung mit dem Hinweis, dass das Spielflächenkonzept der Stadt Bottrop einen neuen Spielplatz im Stadtteil Eigen vorsieht. Ein genauer Standort ist allerdings noch nicht entschieden.

Herr [REDACTED] Anwohner Tourcoingstraße, möchte, dass die Fuß- und Radwegeverbindung Richtung Eigen erhalten bleibt und fragt, wem der bestehende Weg gehört und ob nach dem Bau der neuen Straße ein Ersatz als Fuß- und Radweg geschaffen wird, da dies besonders für die älteren Anwohner der Tourcoingstraße mit ihren Rollatoren wichtig ist, um zum Eigener Markt zu kommen

- ➔ Herr Müller erklärt, dass der heutige Weg im Eigentum der Stadt sei und diese der Bonava das Recht einräumt dort zu bauen. Nach Fertigstellung werden die Verkehrsflächen der Stadt wieder übergeben.
- ➔ Herr Matjeka erklärt, dass die öffentliche Verkehrsfläche genau wie der bestehende Weg in Nord-Südrichtung geplant ist und den Weg ersetzt. Am Ende der Straße ist eine Wendeanlage geplant von der ein Fuß- und Radweg die bestehende Wegeverbindung erhält.

Herr [REDACTED] fragt nach, ob die vielen Nutzungsansprüche an die Verkehrsfläche – Erschließung des neuen Wohngebietes, Spielfläche für die Kinder sowie Fuß- und Radverbindung – bei der Planung berücksichtigt wurden.

- ➔ Herr Matjeka weist daraufhin, dass die neue öffentliche Straße als Sackgasse vorgesehen ist und somit kein Durchgangsverkehr auftritt. Zudem fahren dort nur die Anwohner der 93 geplanten Wohneinheiten, was keine großen Verkehrsströme auslöst. Die geplanten Verschwenkungen im Straßenverlauf beruhigen den Verkehr.

- Herr Schüttler erklärt, dass es Richtlinien zum Anlegen von Straßen gibt, damit die Verkehrsflächen hinsichtlich der Nutzungen angemessen geplant werden. Die vorliegende Straßenplanung entspricht diesen Richtlinien. Auch die Erfahrungen aus anderen Wohngebieten, bspw. Schultenkamp / Dorfheide zeigen, dass die geplanten Verkehrsflächen den Nutzungsansprüchen genügen.

Herr [REDACTED] findet, dass die älteren Menschen bei der Planung nicht berücksichtigt wurden und äußert Zweifel an der Sicherheit hinsichtlich der im oberen Abschnitt der Tourcoingstraße vorhandenen Parktaschen, die senkrecht zur Fahrbahn angeordnet sind. Dort könne es beim Ausparken zu gefährlichen Situationen kommen.

- Herr Schüttler erläutert, dass dies noch einmal überprüft wird, um eine Gefährdung durch die Planung auszuschließen.
- Herr Müller bekräftigt diese Aussage, dass die Planungen noch einmal überprüft werden. Zudem weist Herr Müller auf den Wirtschaftsweg der Entwässerungsmulde hin. Diese könnte als sicherer Umgehung der Straße genutzt werden.
- Frau Reiter erläutert, dass dieser Wirtschaftsweg mit seiner Breite von 3,5m und einer wassergebundenen Decke als Fuß- und Radweg geeignet ist und von jedem Stichweg erreichbar ist.

Herr [REDACTED], Anwohner Tourcoingstraße, führt auf, dass aus seiner Sicht alle heutigen Anwohner der Tourcoingstraße nur Nachteile haben. Er und seine Nachbarn genießen die schöne Aussicht und den Sonnenuntergang und er befürchtet, dass durch die Neubauten diese Sicht nun gestört wird bzw. nur noch Hauswände von den Balkonen aus sichtbar sind. Als weiteren Punkt nennt er die Zunahme von Müll in der Tourcoingstraße. Schon heute ist die Situation schwierig und wird sich durch die neuen Wohneinheiten deutlich verschärfen. Zudem geht Herr [REDACTED] von einer Verschlechterung der Straßenbeläge durch die Zunahme des Verkehrs aus. Die Tourcoingstraße weise schon deutliche Straßenschäden auf, die von der Stadt aber nicht behoben werden. Generell findet er eine Bebauung der Fläche nicht vertretbar. Diese Fläche sei für mindestens 300 Jahre belegt und stehe den kommenden Generationen nicht mehr zur Verfügung.

- Die Belichtung der Häuser wird bei der Bauleitplanung berücksichtigt, so Herr Müller. Er weist aber darauf hin, dass es keine Recht auf freie Sicht gibt. Der Hinweis zu den Straßenschäden ist von den anwesenden Vertretern des Tiefbauamtes aufgenommen worden und wird überprüft, um vorhandene Mängel zu beseitigen.
- Herr Matjeka erläutert, dass die Müllentsorgung für das Plangebiet gesichert ist. So ist vorgesehen, dass die Mülltonnen an jedem Haus stehen und diese von den Bewohnern am Leerungstag zum Ende der Wohnwege gebracht werden müssen, damit die Müllabfuhr diese dort leeren kann. An den Mehrfamilienhäusern sind Sammelanlagen am Haus vorgesehen. Die Müllabfuhr fährt

die komplette neue Erschließungsstraße bis zur Wendeanlage entlang, um den Müll des gesamten Gebietes abzuholen. Die Wendeanlage ist extra dafür konzipiert, dass große Fahrzeuge, wie der Müllwagen dort wenden können.

Herr [REDACTED] Bezirksvertreter, regt an, an Stelle einiger Einfamilienhäuser weitere Mehrfamilienhäuser zu bauen, um eine kompaktere Bauweise zu realisieren. Zudem fragt er nach, ob die Einfamilienhäuser alle als Eigentum vorgesehen sind oder diese auch zur Miete angedacht sind.

- ➔ Herr Müller erklärt, dass die Reihenhäuser eine sehr kompakte Bauweise darstellen und die Flächenversiegelung nur geringfügig höher ist, als bei einem Mehrfamilienhaus.
- ➔ Frau Reiter antwortet, dass die Einfamilienhäuser (Reihen-, Doppel- und Einzelhäuser) verkauft werden und nicht zur Miete gedacht sind. Sie weist darauf hin, dass in den Mehrfamilienhäusern 40 Wohneinheiten zur Miete geplant sind. Hierbei sind die nördlichen Mehrfamilienhäuser für den geförderten Wohnungsbau vorgesehen. Ob die Wohnungen der südlichen Mehrfamilienhäuser auch öffentlich gefördert werden, ist noch nicht klar.

Herr Müller ergänzt, dass 25% geförderter Wohnungsbau im Wohnbauflächenkonzept 2016 gefordert ist und dies im Plangebiet umgesetzt wird. Die GBB – Gesellschaft für Bauen und Wohnen Bottrop mbH – ist an der Realisierung dieser Gebäude interessiert, es kommen aber auch andere Interessenten in Frage. In den nördlichen Mehrfamilienhäusern ist ein KiTa-Standort angedacht, da der Bedarf an Betreuungsplätzen im Eigen vorhanden ist und durch das Planvorhaben an der Tourcoingstraße zudem steigt. Die Umsetzung wird derzeit noch überprüft.

Da keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, bedankt sich Herr Müller bei allen Anwesenden und weist noch einmal darauf hin, dass alle Wortmeldungen des heutigen Abends protokolliert wurden und in die Abwägung einfließen. Zudem erläutert er, dass die geplante Offenlage im Sommer 2024 eine weitere Möglichkeit bietet eine Stellungnahme zum Bebauungsplan abzugeben.

Herr Müller schließt die Bürgerversammlung um 19:30 Uhr.

gez.: Jennifer Wahle  
(Protokollantin)

Anhang: Präsentation „Bebauungsplan Nr. 4.13/1 „Tourcoingstraße“ – Bürgerinformation“



**bottrop.**

**Bebauungsplan Nr. 4.13/1  
„Tourcoingstraße“**

**Bürgerinformation  
30.11.2023**

## Agenda

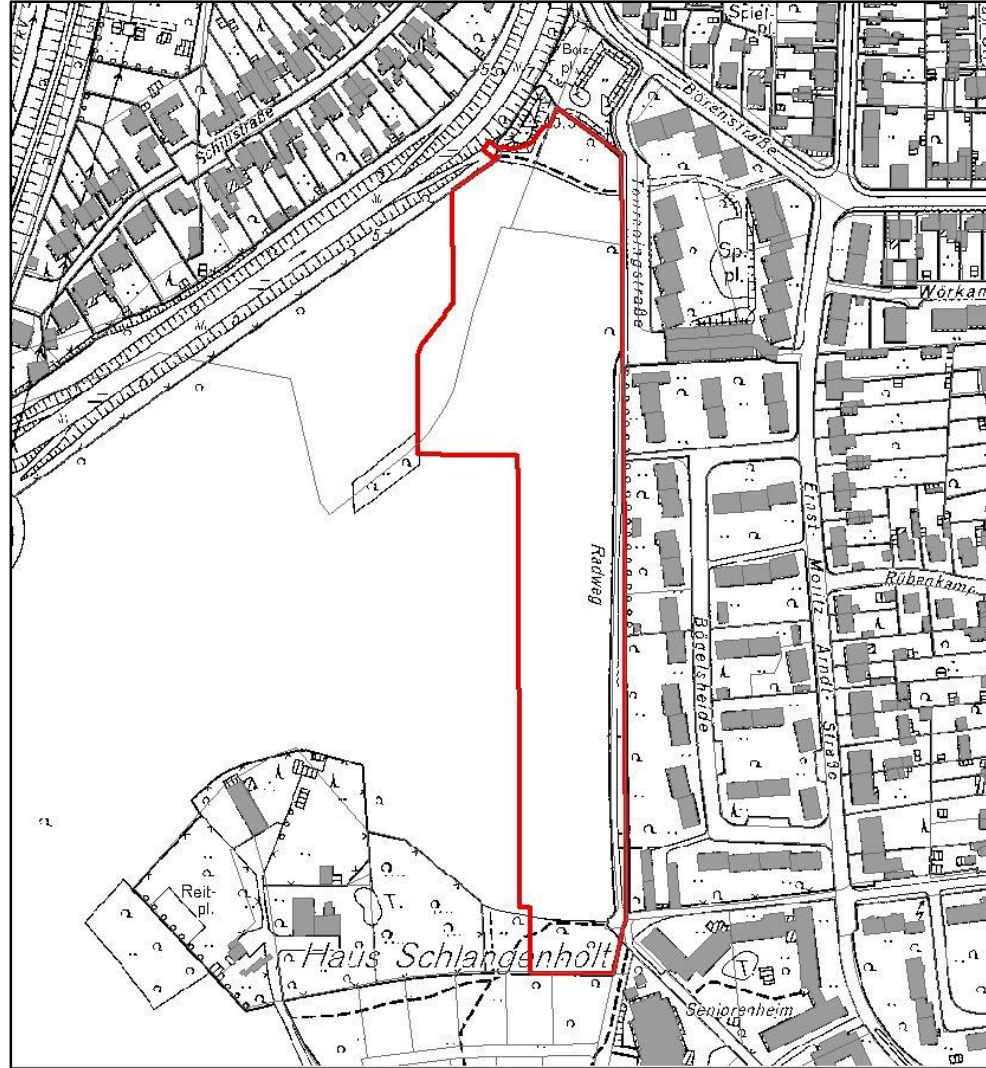
1. Übersicht über den Stand des Verfahrens
2. Vorstellung des Städtebaulichen Konzeptes
3. Fachgutachten und Fachuntersuchungen
4. Ausblick – Wie geht es weiter?
5. Nun sind Sie am Zuge: Rückfragen und Anregungen



**bottrop.**

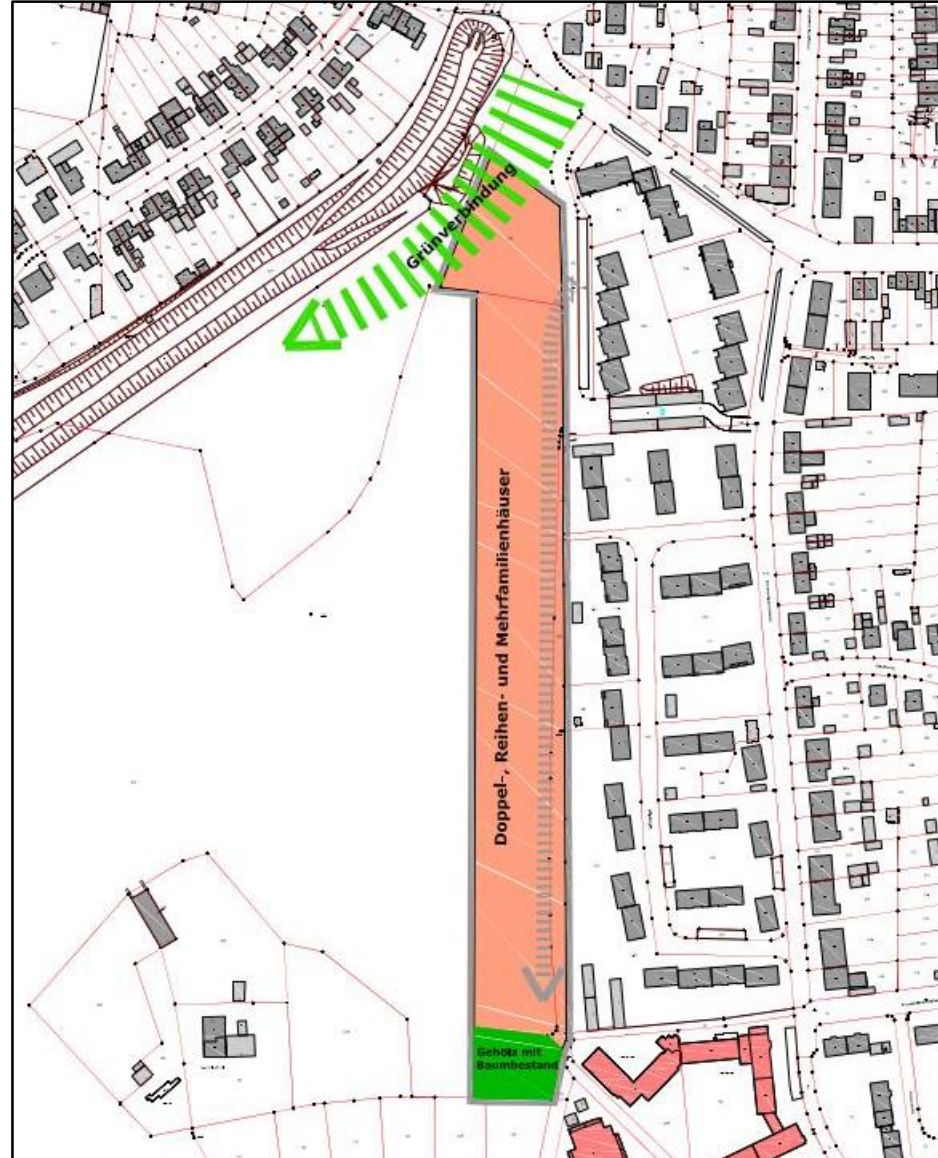
# 1. Übersicht über den Stand des Verfahrens





## Übersicht über den Stand des Verfahrens

- am 10.09.2019 Einleitung des Verfahrens zur Aufstellung des Bebauungsplans
- Fläche wird zur Zeit landwirtschaftlich genutzt
- Der Bereich ist im Flächennutzungsplan als Fläche für die Landwirtschaft dargestellt, daher ist eine Änderung des Flächennutzungsplans erforderlich
- Fläche ist Teil des Wohnbauflächenberichtes 2017
- Ziel: Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum



Plankonzept 2019

## Übersicht über den Stand des Verfahrens

- frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit in der Zeit vom 11.11.2019 bis zum 25.11.2019
- erstes grobes Plankonzept als Grundlage
- etwa 997 Unterschriften und 4 schriftliche Einwendungen gegen die Planung, z.B.:
  - Nutzungseinschränkungen / Wegfall der heutigen Fuß- und Radwegeverbindungen
  - Zunahme von Verkehrslärm und Müll
  - Auswirkungen auf Natur und Klima
  - Zerstörung von Natur und Landschaft
  - Wegfall von Erholungs- und Ackerflächen



*Luftbild 2022 mit Plangebiet*

## Übersicht über den Stand des Verfahrens

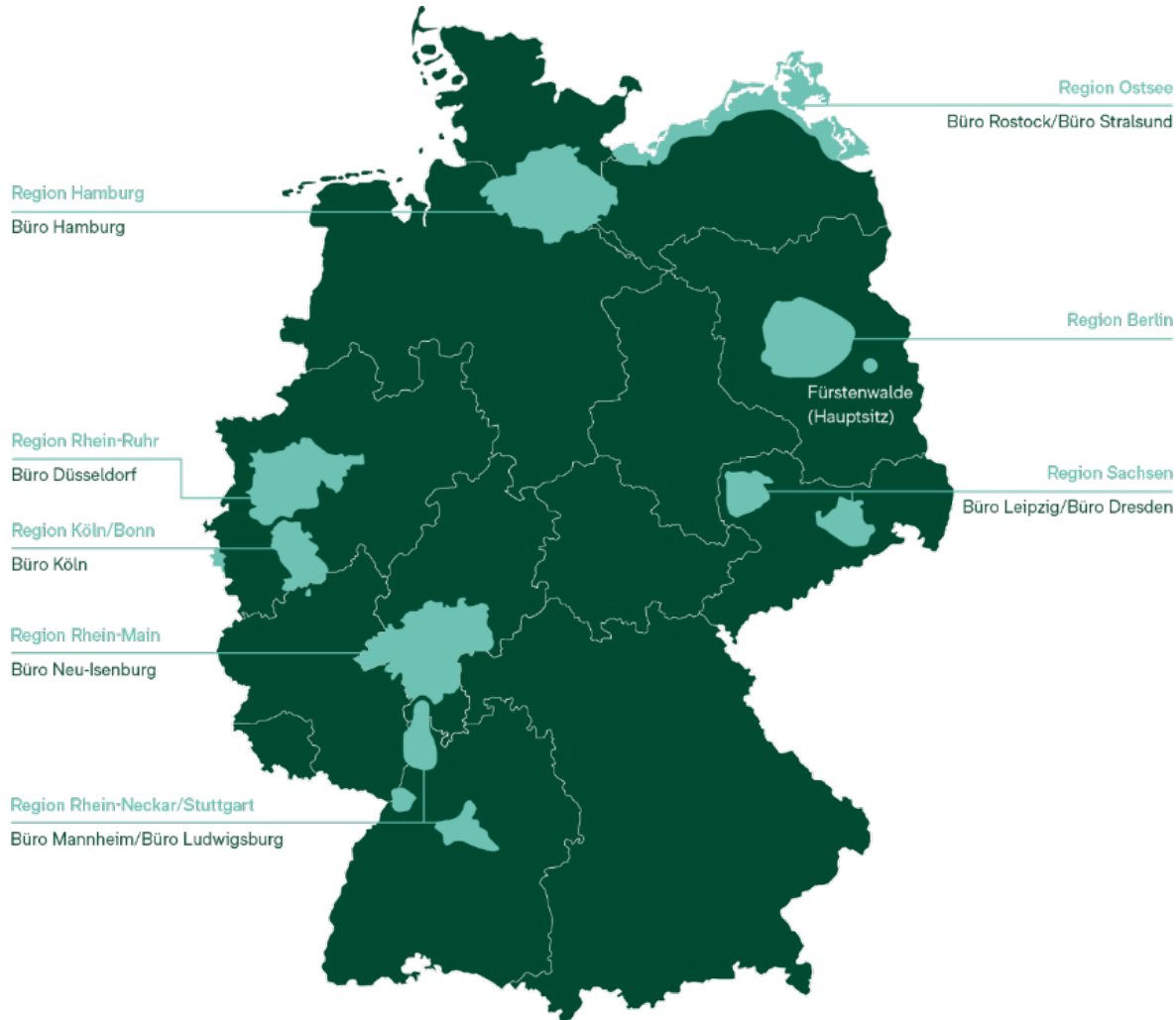
- um die Auswirkungen der Planung beurteilen zu können, wurden Gutachten und Fachplanungen zu folgenden Themen erarbeitet:  
Boden, Verkehr, Lärm, Entwässerung, Klima, Artenschutz, Natur und Landschaft
- Erarbeitung eines städtebaulichen Entwurfs durch die Bonava Deutschland GmbH



**bottrop.**

## **2. Vorstellung des Städtebaulichen Konzeptes**

# BONAVA



## Bonava Deutschland GmbH – Wer wir sind

- Die ca. 1.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sind etwa hälftig am Hauptsitz im brandenburgischen Fürstenwalde/Spree und in den regionalen Büros tätig.
- Als Bauträger und Projektentwickler treibt Bonava in Deutschland jährlich mehr als 150 Wohnbauprojekte voran
- Wir bauen mehr als Häuser und Wohnungen. Wir bauen für viele Menschen ein neues Zuhause und schaffen Wohnumfelder zum Wohlfühlen.

# Projektteam

# bottrop.



Mehrfamilienhäuser  
(öffentlich gefördert)  
+ ggf. Kita-Standort



Reihenhäuser

Freistehende Häuser

Doppelhaushälften

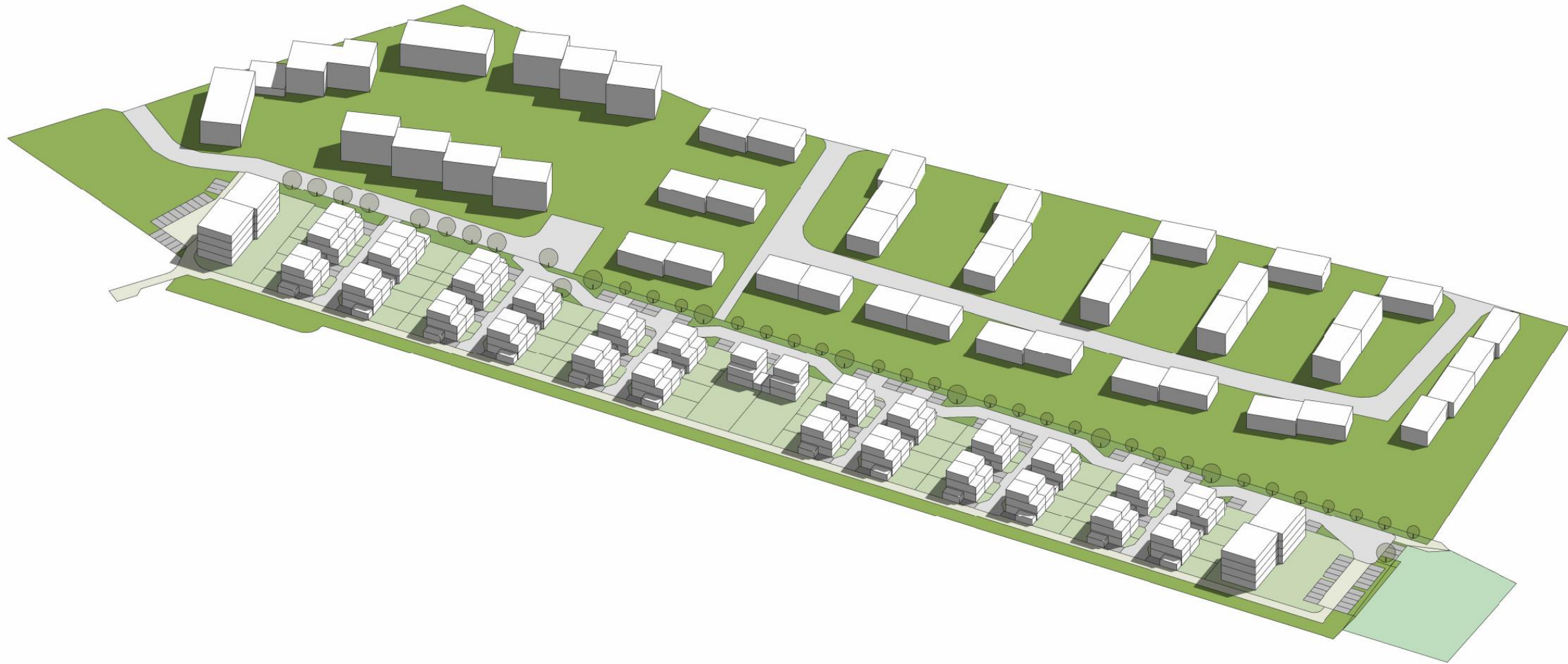
Mehrfamilienhäuser

Städtebauliches Konzept

## Städtebauliches Konzept - Bebauung

- 93 Wohneinheiten mit Flachdach und Dachbegrünung
  - 9 Reihenhäuser
  - 42 Doppelhaushälften
  - 2 freistehende Häuser
  - 4 Mehrfamilienhäuser mit jeweils 10 Wohnungen
- Private Stellplätze:
  - 1 Garage plus Stellplatz je Haus
  - 1 Stellplatz je Wohnung
- Öffentliche Stellplätze insgesamt: 53
- Umsetzungsidee Kita im nördlichen Baufeld wird geprüft
- Aktuelle Nord-Süd-Wegeverbindung bleibt bestehen und wird erweitert

# Städtebauliches Konzept



*3D-Modellierung mit Nachbarbebauung*



# Visualisierungen



# Visualisierungen



# Visualisierungen





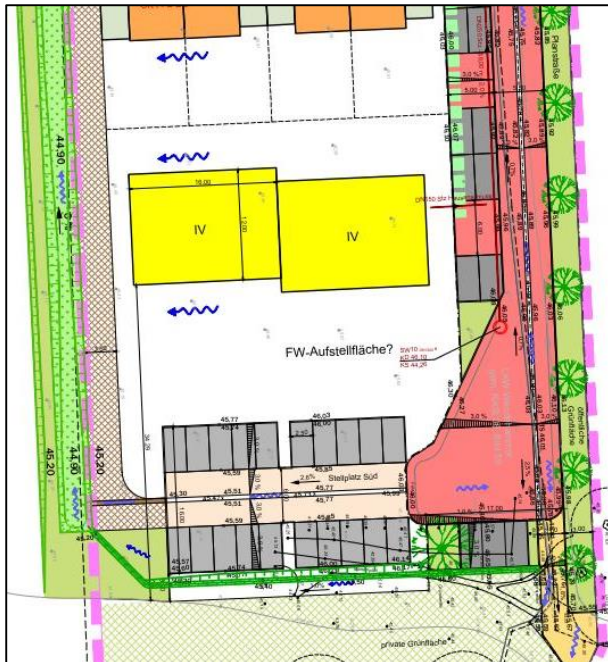
**bottrop.**

### **3. Fachgutachten und Fachuntersuchungen**

# Erschließungs- und Entwässerungsplanung



Erschließungs- und Entwässerungsplan



Südliche Wendemöglichkeit



Anschluss Tourcoingstraße

# Erschließungsplanung

- Erschließung über die südliche Verlängerung der Tourcoingstraße, Planstraße endet als Sackgasse in einer Wendeanlage
- Fuß- & Radwegeverbindung zur südlichen Bügelstraße
- Sammelstraße als verkehrsberuhigter Bereich ausgebildet
- Die Verschwenkungen der Straße bieten die Möglichkeit zur Anordnung von öffentlichen Stellplätzen und der Gestaltung mit Bepflanzungen
- 6 öffentliche Stichstraßen ermöglichen die Erschließung der Wohnhäuser

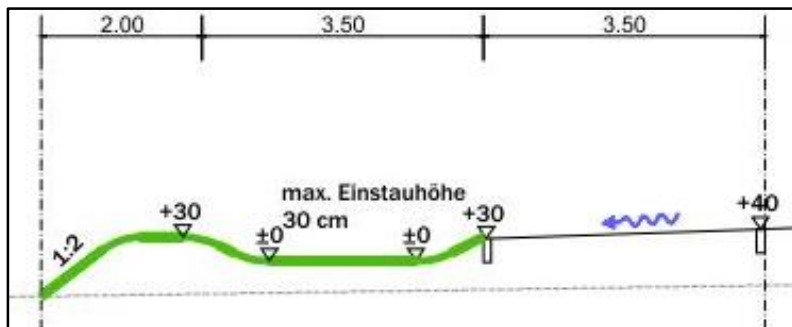
# Entwässerungsplanung

## Oberflächennahes Entwässerungssystem

1. Regenwasser wird in Dachbegrünung aufgefangen und gespeichert / verdunstet
2. Überschüssiges Regenwasser wird mittels eines offenen Entwässerungssystems abgeleitet
3. Regenwasser wird über Mittelrinnen in den Stichstraßen in die Entwässerungsmulde, die westlich entlang des Plangebietes verläuft, geleitet und kann hier sowie im Retentionsbecken verdunsten & versickern
4. Unverdunstetes / unversickertes Regenwasser kann nach Filterung in den Vorthbach eingeleitet werden



Anschluss Vorthbach



Querschnitt Entwässerungsmulde

# Verkehrsuntersuchung

## Vorgehensweise

- Ermittlung der Vorbelastung der umgebenden Verkehrsanlagen und Prognose der neuen Verkehrsbelastungen nach Realisierung des Bauvorhabens (Worst-Case-Annahme)

## Ergebnis

- Die Verkehrsqualität wird mit Wartezeiten unter 10 Sekunden (Stenkhoffstraße / Börenstraße) als sehr gut (Stufe A) & 6 Sekunden (Börenstraße / Tourcoingstraße) als gut (Stufe B) eingestuft
- Es ergeben sich durch die geplante Bebauung **keine** signifikant spürbaren Auswirkungen auf die Leistungsfähigkeit und Verkehrsqualität.
- Der Knotenpunkt wird gutachterlich als **deutlich ausreichend** leistungsfähig eingestuft



Lageplan Verkehrsknotenpunkte

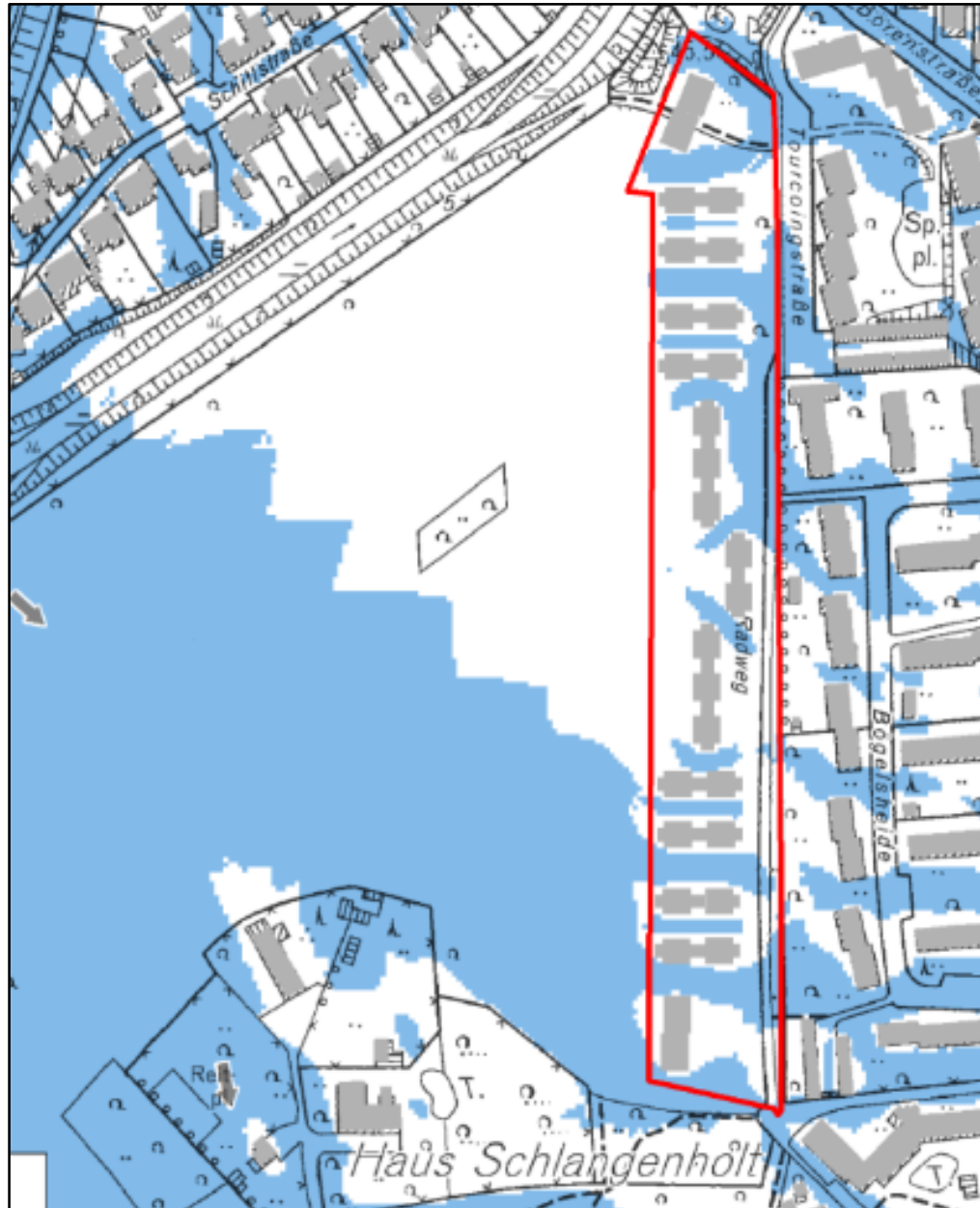


# Schalluntersuchung

- Orientierungswerte für Verkehrslärm im Wohngebiet werden überschritten
- Autobahn A2 ist maßgebliche Schallquelle, mit Umbau werden Schallschutzmaßnahmen umgesetzt
- Passive Lärmschutzmaßnahmen an den neu geplanten Gebäuden werden erforderlich
  - Spezielle Anforderungen an die Schalldämmung der Gebäude
  - Ausrichtung der Außenwohnbereiche (Balkone/Terrassen/Loggien) zur Südseite



Lageplan Schalluntersuchung



Lageplan Frischluftschneisen

# Klimagutachten

## Ergebnis

- vorgesehene Bebauungskonzept verursacht **keine** relevanten Veränderungen in der Kaltluftversorgung und Kaltluftdynamik, es sind gute bioklimatische Verhältnisse gegeben
- Umsetzung der Planungsempfehlungen:
  - Ost-West-Ausrichtung des Plangebietes durch angepasste Anordnung der Häuser
  - Hoher Grünanteil durch Verbot von versiegelten Vorgärten, Ausgleichsflächen, Verkehrsraumbegrünung
  - Begrünung der Dachflächen & Garagen zur Abkühlung der Oberflächen und Speicherung von Niederschlagswasser
  - Helle Farben im Baugebiet zur Vermeidung von Überhitzung der Fassaden
  - Oberflächennahes Entwässerungssystem

# Artenschutz

## Artenschutzprüfung I

- Aktuell intensive landwirtschaftliche Nutzung als Spargelacker
- Umlaufende Spazierwege werden von Spaziergängern mit Hunden (freilaufend) genutzt
- Ergebnis: Gehölze werden nicht mehr überplant -> keine Eingriffe



Nutzung Spargelacker



Legende: = Plangebiet, = Untersuchungsraum, = Erhaltungsfestsetzung

Lageplan Artenschutzgutachten

## Artenschutzprüfung II

- Fortpflanzungs- & Ruhestätten von Vögeln oder Fledermäusen ließen sich im Plangebiet nicht feststellen
- Es entstehen **keine** artenschutzrechtlichen Konflikte durch das Vorhaben
- Durch die Erhaltungsfestsetzung der Gehölzstrukturen kann Verlust von potentiellen Fortpflanzungs- & Ruhestätten ausgeschlossen werden

# Ökologischer Ausgleich

## Landschaftspflegerische Maßnahmen

- Plangebiet hat geringe Biodiversität, die durch die Realisierung der Maßnahmen nicht erheblich betroffen wird
- ökologische Ausgleichsmaßnahmen decken Kompensationsbedarf vollständig ab (Schaffung von ca. 7.000 m<sup>2</sup> Extensivgrünland). **Es gibt keinen verbleibenden Kompensationsbedarf.**
- Niederschlagswasser verbleibt im natürlichen Wasserkreislauf, (Verdunstung & Einleitung in den Vorthbach)
- Erhaltungsfestsetzung für die Baumreihe entlang der Tourcoingstraße
- Ergebnis: Der Bebauungsplan löst für **keines** der Schutzgüter bzw. der Umweltfaktoren erhebliche Konfliktpotenziale aus.



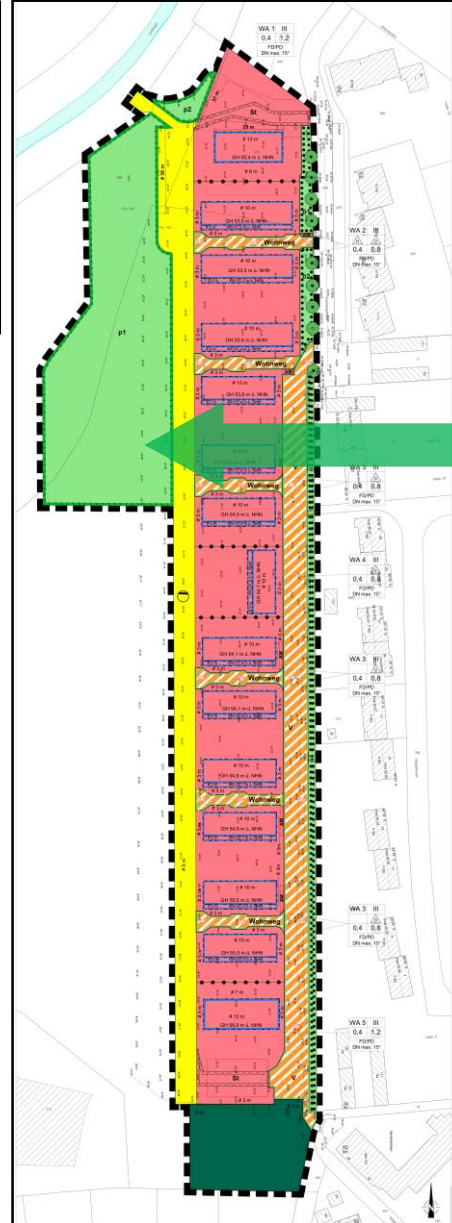
Beispiel ökologische Vielfalt



Beispiel Entwässerungsmulde



Beispiel Gründach



Vorentwurf Bebauungsplan



**bottrop.**

## **4. Ausblick – Wie geht es weiter?**



Vorentwurf Bebauungsplan

## Ausblick – Wie geht es weiter?

- Prüfung der heute vorgebrachten Anregungen
- „Übersetzung“ der städtebaulichen Planung in einen Entwurf für den Bebauungsplan
- Beschluss zur öffentlichen Auslegung
- Öffentliche Auslegung
- Abwägung aller eingegangenen Anregungen und Bedenken und Satzungsbeschluss (durch den Rat der Stadt)
- Bekanntmachung im Stadtspiegel (In-Kraft-Treten des Bebauungsplans / FNPs)



**bottrop.**

**Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit**



**bottrop.**

**5. Nun sind Sie am Zuge: Rückfragen und Anregungen**





Bezirksregierung Münster • 48128 Münster

Stadt Bottrop  
Stadtplanungsamt  
Stadtentwicklung u. -planung  
Luise-Hensel-Str. 1

46236 Bottrop

### **Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 4.13/1 "Tourcoingstraße"**

Beteiligung der betroffenen Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) Baugesetzbuch

Ihr Schreiben vom 19.07.2023 (Frau Jennifer Wahle), Az../.

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Dezernat 54 –Wasserwirtschaft– der Bezirksregierung Münster hat die Planunterlagen zu dem oben genannten Vorhaben aus wasserwirtschaftlicher Sicht geprüft.

Von dem Vorhaben werden Belange des Dezernates 54 berührt, jedoch keine Bedenken vorgebracht.

Hinweise:

- **Bereich Wasserentnahmen, -schutzgebiete, -versorgung; Grundwasser (Dezernat 54.2)**

Um zu verhindern, dass aufgrund der Niederschlagswasserableitung des Dachflächenwassers Schwermetalle in das Grundwasser/Gewässer eingetragen werden, sollte im Bebauungsplan festgesetzt werden, dass keine Dacheindeckungen aus unbeschichtetem Metall verwendet werden darf.

Auskunft dazu erteilt Frau Hänsch, Telefon 0251/3483.

- **Bereich Kommunale Abwasserbeseitigung (Dezernat 54.4)**

25. August 2023

Seite 1 von 2

Aktenzeichen:

54.13.03-231/2023.0230

Auskunft erteilt:

Monika Blanke

Durchwahl:

+49 (0)251 411-1330

Telefax:

+49 (0)251 411-2651

Raum: R-104

E-Mail:

dez54

@brms.nrw.de

**Bitte verwenden Sie ausschließlich die Post- und Lieferanschrift:**

Bezirksregierung Münster  
48128 Münster

Dienstgebäude:

Nevinghoff 22

48147 Münster

Telefon: +49 (0)251 411-0

Telefax: +49 (0)251 411-82525

Poststelle@brms.nrw.de

www.brms.nrw.de

Öffentliche Verkehrsmittel:

Vom Hbf Buslinie 17

Bis Haltestelle „Stadtpark

Wienburg“

Mit der DB Richtung

Gronau oder Rheine

bis Haltepunkt „Zentrum Nord“

Grünes Umweltschutztelefon:

+49 (0)251 411 - 3300

Konto der Landeshauptkasse:

Landesbank Hessen-  
Thüringen (Helaba)

IBAN : DE59 3005 0000 0001  
6835 15

BIC: WELADEDXXX

Gläubiger-ID

DE59ZZZ00000094452





In der Kanalnetzanzeige zum geplanten Gebiet ist darzustellen, welchen genauen Fließweg das Abwasser bis zur Mischwasserbehandlungsanlage nehmen wird und ob das System hydraulisch in der Lage ist, das zusätzliche Abwasser aufzunehmen.

Auskunft dazu erteilt Herr Lichtenberg, Telefon 0251/411-3244.

Mit freundlichen Grüßen  
im Auftrag

gez. Monika Blanke

## Stellungnahme(n) (Stand: 01.09.2023)

Sie betrachten: Tourcoingstraße  
Verfahrensschritt: Beteiligung der betroffenen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB  
Zeitraum: 17.07.2023 - 31.08.2023

Behörde: **ELE Verteilnetz GmbH - (Dienstleister für Stadtwerke Gelsenkirchen und Emscher Lippe Energie GmbH)**

Frist: 31.08.2023

Stellungnahme: Erstellt von: Gudrun Rodenbach, am: 28.08.2023 , Aktenzeichen: Bottrop Bebauungsplan Nr. 4.13/1 Tourcoingstraße

Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 4.13/1 "Tourcoingstraße" in Bottrop  
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange

Ihr Schreiben/Mail vom 19.07.2023

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Emscher Lippe Energie GmbH (ELE) ist Eigentümerin des Strom- und Gasnetzes in Bottrop, das durch die ELE Verteilnetz GmbH (EVNG), als Tochterunternehmen der ELE, betrieben wird. Im Namen dieses Unternehmens geben wir folgende Stellungnahme ab:

Den vorgenannten Bebauungsplan haben wir eingesehen und dagegen keine Bedenken.

Zur Stromversorgung der geplanten Wohnbebauung wird die Aufstellung einer neuen Transformatorenstation notwendig. Dazu wird eine Fläche von ca. 5m x 7m benötigt. Ein genauer Standort kann derzeit noch nicht festgelegt werden. Wir bitten um frühzeitige Rücksprache bei konkreten Baumaßnahmen.

Die zugehörigen Leitungstrassen werden innerhalb der öffentlichen Verkehrsflächen verlegt.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen selbstverständlich zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

i. A. Gudrun Rodenbach

ELE Verteilnetz GmbH  
Asset Management und Betriebssicherheit  
Ebertstraße 30, 45879 Gelsenkirchen  
T intern 2108  
T extern +49 209 165-2108  
F +49 209 165-2438

Geschäftsführer: Wolfgang Boris Pateisky, Michael Ortmann

Sitz der Gesellschaft: Gelsenkirchen  
Eingetragen beim Amtsgericht Gelsenkirchen  
Handelsregister-Nr. HR B 8405  
USt-IdNr. DE 814616379

Anhänge: -

Nachträge: -

manuelle Einträge: -

EMSCHERGENOSSENSCHAFT · Postfach 10 11 61 · 45011 Essen

Stadt Bottrop  
Stadtplanungsamt  
-Verbindliche Bauleitplanung-  
Postfach 10 15 54  
46215 Bottrop

EMSCHERGENOSSENSCHAFT  
Kronprinzenstraße 24, 45128 Essen  
Telefon (02 01) 104 - 0  
Telefax (02 01) 104 - 22 77  
<http://www.emschergenossenschaft.de>

Commerzbank Essen  
IBAN: DE71 3604 0039 0120 0039 00  
BIC: COBADEFFXXX

Sparkasse Essen  
IBAN: DE14 3605 0105 0000 2037 29  
BIC: SPESDE3EXXX

USt-IdNr.: DE 119 823 752

Ihr Zeichen	Ihre Nachricht vom	Unser Zeichen	Bearbeiter	Ruf / E-Mail	Datum
	08.11.2019	12-LI 10 1.224142	Milonas	104-2841 planverfahren@eglv.de	02.01.2020

## **Bebauungsplan Nr. 4.13/1 „Tourcoingstraße“, 13. Änderung des FNP**

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu den Verfahren der o.g. Bauleitplanung haben wir keine Anregungen oder Bedenken. Die folgenden Hinweise sollten jedoch beachtet werden:

Bei einer baulichen Neuentwicklung des Gebietes sollten frühzeitig Maßnahmen der wassersensiblen Stadtgestaltung eingeplant werden. Ein Anschluss von Niederschlagswassers an die Mischwasserkanalisation ist zu vermeiden. Auch im Hinblick auf die zu erwartenden Folgen des Klimawandels hinsichtlich der Zunahme von Starkregenereignissen und der Hitzebelastung sollte der Umgang mit dem Regenwasser im Planungsgebiet unbedingt berücksichtigt werden. Für weitere Informationen oder Fragen stehen wir gerne zur Verfügung (Hr. Juchheim 0201 104 3153).

Da sich in unmittelbarer Nähe der Vorthbach befindet, könnte das anfallende Niederschlagswasser, bei Bau eines Trennsystems, in den Vorthbach eingeleitet werden. Sollte dies oder die Versickerung des Niederschlagswassers nicht möglich sein und diese Wassermengen ebenfalls in die Kanalisation abgeleitet werden müssen, ist die Entwässerungsrichtung des Plangebiets zu klären. Gegebenenfalls ändern sich die Zuflussmengen zum genossenschaftlichen Pumpwerk Bottrop-Eigen.

Dann kann nicht ausgeschlossen werden, dass -resultierend aus dieser Maßnahme- Anpassungen am genossenschaftlichen Pumpwerk erforderlich werden. In diesem Fall muss die hydraulische Bemessung des Pumpwerks gemäß DIN EN 752 neu nachgewiesen werden.

Mit freundlichen Grüßen

i.A.



(Walter)

i.A.



(Milonas)

Stadt Bottrop  
Amt 61  
Postfach 10 15 54  
46215 Bottrop



**EGLV**

## **Bebauungsplan Nr. 4.13/1 „Tourcoingstraße“**

### **hier: Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB**

Sehr geehrte Damen und Herren,

gegen die o. g. Bebauungsplanung bestehen unsererseits keine Bedenken. Die nachfolgenden Hinweise sind im weiteren Verfahren zu beachten.

#### **Hinweise**

##### Entwässerung

Das Gebiet soll im Trennsystem erschlossen werden. Das anfallende Niederschlagswasser soll in den Vorthbach eingeleitet und das Schmutzwasser an die Mischwasserkanalisation angeschlossen werden. Bei 93 geplanten Wohneinheiten und unter der Annahme von 4 Personen je Wohneinheit und einem Wasserverbrauch von 140 l/(E\*d) ergibt sich ein zusätzlicher Schmutzwasser-Anfall im Tagesmittel von 0,6 l/s. Sollte aus irgendwelchen Gründen die Ableitung des Niederschlagswassers in den Vorthbach nicht möglich sein, sieht die Gemengelage jedoch anders aus und es ist dann dringend erforderlich, Rücksprache mit der Emschergenossenschaft bzgl. der Leistungsfähigkeit des Pumpwerks zu halten.

Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass – resultierend aus dieser Maßnahme – sich die Zuflussmengen zum genossenschaftlichen Pumpwerk Bottrop-Eigen erhöhen und dadurch Anpassungen am genossenschaftlichen Pumpwerk erforderlich werden. Die Entwässerungsrichtung des Plangebiets ist zu klären und die hydraulische Bemessung des Pumpwerks muss gemäß DIN EN 752 neu nachgewiesen werden.

Die bauliche Einleitung des Niederschlagswassers in den Vorthbach ist mit uns abzustimmen.

---

#### **Emschergenossenschaft**

Datum 24.08.2023  
Ihr Schreiben vom: 19.07.2023  
Unser Zeichen: 11-LI 10  
Ansprechpartner/in  
Christian Hemprich  
T +49 (0) 201 104-2453  
F +49 (0) 201 104-2938  
planverfahren@eglv.de

Kronprinzenstraße 24  
45128 Essen  
T +49 (0) 201 104 - 0  
F +49 (0) 201 104 - 22 77

Commerzbank Essen  
IBAN DE71 3604 0039  
0120 0039 00  
BIC COBADEFFXXX

Sparkasse Essen  
IBAN DE14 3605 0105  
0000 2037 29  
BIC SPESDE33EXXX

USt-IdNr. DE 119 823 752

Vorsitzender des  
Genossenschaftsrates  
Dr. Frank Dudda

Vorstand  
Prof. Dr. Uli Paetzel  
(Vorsitzender)  
Dr. Frank Obenaus  
Dr. Dorothea Voss

eglv.de 

---

## Klima

Mit der Zukunftsinitiative Klima.Werk ist eine vertiefte Planungskoooperation in der Region angestoßen worden, in deren Rahmen Themen wie die Klimawandelanpassung und der Überflutungsschutz bei Starkregen in allen planerischen Belangen bestmöglich berücksichtigt werden sollen. Klimawandelanpassung ist ein wichtiges Zukunftsthema.

Wir empfehlen deshalb, bei einer baulichen Neuentwicklung des Gebietes Maßnahmen der Klimawandelanpassung in der Planung frühzeitig zu verankern. Das Niederschlagswasser sollte zur Verminderung der Hitzebelastung durch geeignete Maßnahmen möglichst lange im Planungsgebiet gehalten werden (Prinzip Schwammstadt). Dazu können Maßnahmen wie die Schaffung von offenen Wasserflächen, verdunstungssteigernde Begrünungsmaßnahmen (Baumrigolen), Dach- und Fassadenbegrünung und die Begrünung von befestigten Stellplätzen Beitrag leisten. Diese Maßnahmen können auch weitgehend unabhängig von der Versickerungsleistung des Bodens umgesetzt werden. Wir verweisen auch auf die Anforderungen des Arbeitsblattes DWA A 102, nach dem der Wasserhaushalt im Planungszustand dem des unbebauten Referenzzustands möglichst nahekommen soll.

## Gestattungsvertrag

Für die geplante Inanspruchnahme von Grundstücksteilflächen der Emschergenossenschaft im Rahmen der Niederschlagswasser-Einleitung in den Vorthbach wäre ein Gestattungsvertrag zu schließen.

Die Antragsunterlagen

- Übersichtsplan
- Lageplan 1:1.000
- digitaler Lageplan als dwg- oder shapedatei

sind der Abteilung 11-LI-20, Frau Kagerer ([kagerer.kristina@eglv.de](mailto:kagerer.kristina@eglv.de)) zu übersenden.

Mit freundlichen Grüßen

i. A.



(Walter)

i. A.



(Hemprich)

## Stellungnahme(n) (Stand: 01.09.2023)

Sie betrachten: Tourcoingstraße  
Verfahrensschritt: Beteiligung der betroffenen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB  
Zeitraum: 17.07.2023 - 31.08.2023

Behörde: **Iqony Fernwärme GmbH**  
Frist: 31.08.2023  
Stellungnahme: Erstellt von: Mandy Lampe, am: 16.08.2023 , Aktenzeichen: -

Iqony Fernwärme ist hier betroffen (siehe Plan).

Freundliche Grüße  
Mandy Lampe

Anhänge:  
Tourcoingstr (s\_1692172005\_tourcoingstr.pdf)

Nachträge: -  
manuelle Einträge: -





Der Verlauf, die Höhe und die Maße der Fernwärmeleitungen und Kabel (incl. der Rechts- und Linkslage zur Fernwärmetrasse) können vom Lageplan abweichen und sind regelmäßig zu erkunden. Für sie wird keine Gewähr übernommen.



Tourcoingstr  
Bottrop

Maßstab 1:500

15.08.2023

Schederhofstraße 6 45145 Essen



Tel. 0201 / 801-4900  
Fax. 0201 / 801-4888

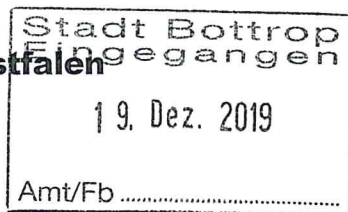


Der Verlauf, die Höhe und die Maße der Fernwärmeleitungen und Kabel (incl. der Rechts- und Linkslage zur Fernwärmetrasse) können vom Lageplan abweichen und sind regelmäßig zu erkunden. Für sie wird keine Gewähr übernommen.



Tourcoingstr  
Bottrop





LWL-Archäologie für Westfalen – An den Speichern 7, 48157 Münster



Servicezeiten: Montag-Donnerstag 08:30-12:30 Uhr, 14:00-15:30 Uhr  
Freitag 08:30-12:30 Uhr

Stadt Bottrop  
Stadtplanungsamt  
Verbindliche Bauleitplanung  
Postfach 10 15 54  
46215 Bottrop

Ansprechpartner:  
Dr. Christoph Grünewald

Tel.: 0251 591 8880  
Fax: 0251 591 8805  
E-Mail: christoph.gruenewald@lwl.org

*TB z.k. hü*

07. JAN. 2020

Az.: Gr/Ti/M 1133/19 B

Münster, 13.12.2019

**Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 4.13/1 „Tourcoingstraße“  
Änderung Nr. 13 des Flächennutzungsplanes**

Ihr Schreiben vom 08.11.2019 Az.: ./.

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Sept. 2000 fand im südlichen Bereich der jetzigen Planungsfläche eine archäologische Prospektion durch die LWL-Archäologie für Westfalen statt. Vorausgegangen war eine entsprechende Anfrage der Stadt Bottrop (Schreiben vom 05.08.1999; Az. 61-91-05 0805fu) mit beigefügtem Bericht über eine Boden-anomalie in der Ackerfläche östlich Haus Schlangenholt. Leider erbrachte die Untersuchung keine Klärung der auf Luftbildern deutlich erkennbaren rechteckigen Strukturen.

Allerdings fand sich einem der beiden Suchschnitte eine prähistorische Grube, die zahlreiche Keramikscherben enthielt. Diese Grube ist Hinweis auf eine bis dahin unbekannte Siedlung, deren Reste unter Flur erhalten sind und die nach Ausweis der Keramik in die Bronzezeit (um 1500 v. Chr.) datiert.

Aus diesem Zeithorizont sind bislang wenige Siedlungen bekannt. Sie ist daher bedeutend für die Geschichte der Stadt Bottrop. Die Erforschung der bronzezeitlichen Siedlung kann wertvolle Erkenntnisse erbringen über Kontinuität und Diskontinuität in der Besiedlungsgeschichte, über Siedlungsstruktur und Besiedlungsdichte in Bottrop und darüber hinaus. Daher besteht ein öffentliches Interesse daran, sie als Quelle für zukünftige Forschung dauerhaft zu erhalten. Somit stehen der Planung Gründung des Denkmalschutzes entgegen.

Sofern die Stadt Bottrop in einem Abwägungsprozess zu der Auffassung gelangt, dass das öffentliche Interesse an einer Bebauung höher wiegt als das Interesse an der Erhaltung des Bodendenkmals, könnte die LWL-Archäologie für Westfalen einer Bebauung zustimmen bzw. das Benehmen

zu einer denkmalrechtlichen Erlaubnis herstellen, wenn die Belange der Bodendenkmalpflege durch folgende Auflagen sichergestellt werden:

1. Das Bodendenkmal muss vor Beginn erster Bodeneingriffe in diesem Bereich flächig archäologisch untersucht werden. Die hierzu notwendige Zeit ist einzuräumen (§ 28 DSchG NRW). Die Ausgrabung muss nach den fachlichen Grabungsstandards der LWL-Archäologie für Westfalen (abrufbar unter: [www.lwl-archaeologie.de/archaeologische-denkmalpflege/Service](http://www.lwl-archaeologie.de/archaeologische-denkmalpflege/Service)) durchgeführt werden.
2. Die Kosten der archäologischen Untersuchung werden vom Verursacher getragen (§ 29 DSchG NRW).

Unklarheit besteht zurzeit noch über die genaue Abgrenzung des Bodendenkmals „Bronzezeitliche Siedlung“ (insbesondere nach Norden), da die archäologische Untersuchung des Jahres 2000 primär auf die Klärung des Luftbildbefundes ausgerichtet war.

Es bieten sich nunmehr zwei Vorgehensweisen an:

Falls planungstechnisch erforderlich, kann die Abgrenzung des Bodendenkmals durch ein Suchschnitttraster (Baggerschnitte) geklärt werden (Dauer ca. 3-5 Tage).

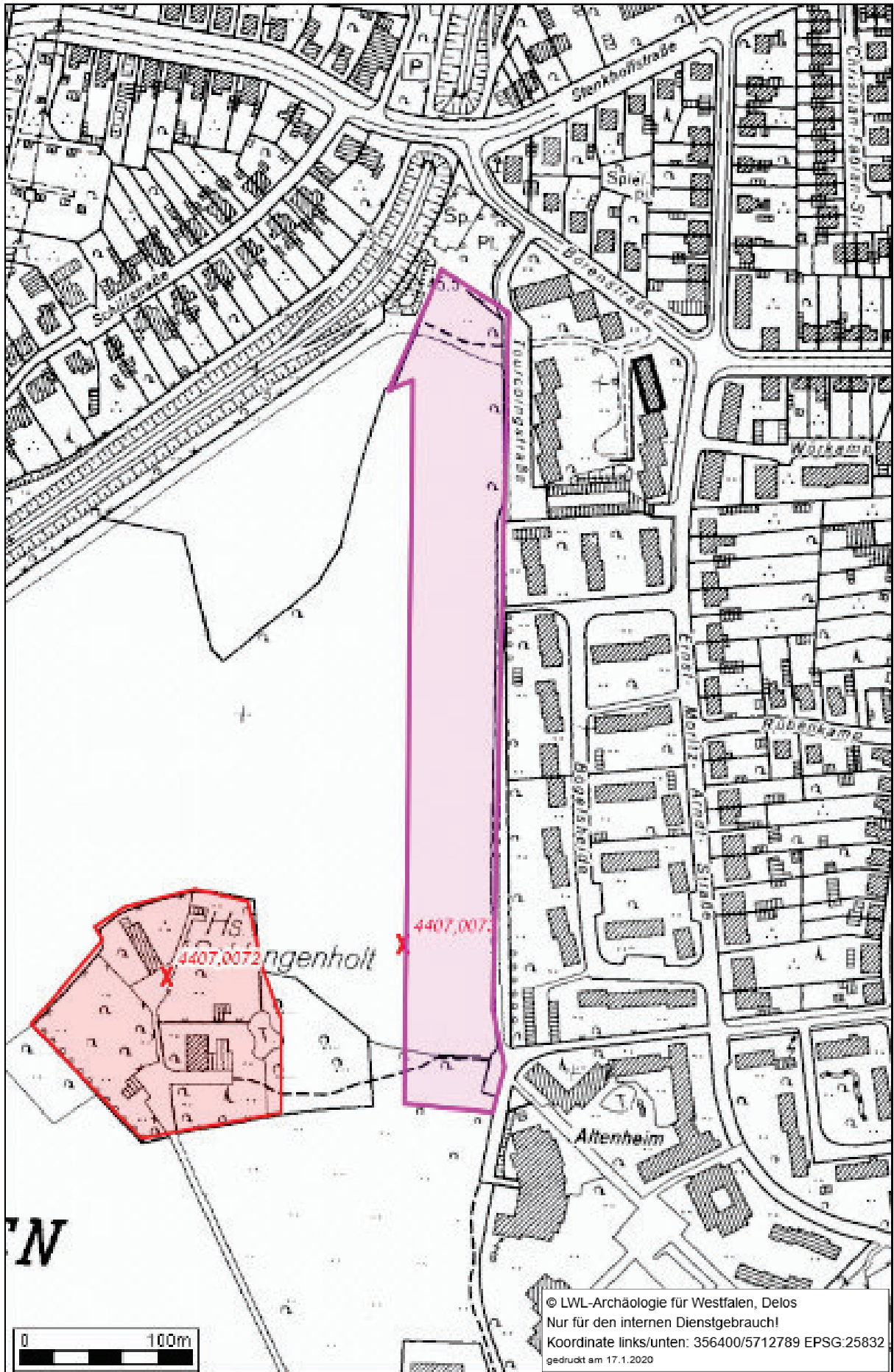
Sollte die Suchschnittprospektion als überflüssig erachtet werden, könnte mit der flächigen Ausgrabung im unmittelbaren Bereich des festgestellten Siedlungsbefundes begonnen werden und die Grabungsfläche von dort je nach Befundlage in nördliche und südliche Richtung ausgeweitet werden. Bei diesem Modell wäre eine Zeit und Kostenkalkulation aber nur ansatzweise möglich.

Mit freundlichen Grüßen

i.A.



(Dr. Grünewald)



## Stellungnahme(n) (Stand: 01.09.2023)

Sie betrachten: Tourcoingstraße  
Verfahrensschritt: Beteiligung der betroffenen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB  
Zeitraum: 17.07.2023 - 31.08.2023

Behörde: **LWL - Archäologie für Westfalen, Außenstelle Münster**  
Frist: 31.08.2023  
Stellungnahme: Erstellt von: Uwe Brieke, am: 21.08.2023 , Aktenzeichen: Pe/Br/M 858/23 B

Sehr geehrte Damen und Herren,

unsere Stellungnahme vom 13.12.2019, Az.: Gr/Ti/M 1133/23 B hat weiterhin Bestand.

"Sehr geehrte Damen und Herren,

im Sept. 2000 fand im südlichen Bereich der jetzigen Planungsfläche eine archäologische Prospektion durch die LWL-Archäologie für Westfalen statt. Vorausgegangen war eine entsprechende Anfrage der Stadt Bottrop (Schreiben vom 05.08.1999; Az. 61-91-05 0805fu) mit beigefügtem Bericht über eine Boden-anomalie in der Ackerfläche östlich Haus Schlangenholt.

Leider erbrachte die Untersuchung keine Klärung der auf Luftbildern deutlich erkennbaren rechteckigen Strukturen.

Allerdings fand sich in einem der beiden Suchschnitte eine prähistorische Grube, die zahlreiche Keramikscherben enthielt. Diese Grube ist Hinweis auf eine bis dahin unbekannte Siedlung, deren Reste unter Flur erhalten sind und die nach Ausweis der Keramik in die Bronzezeit (um 1500 v. Chr.) datiert. Aus diesem Zeithorizont sind bislang wenige Siedlungen bekannt. Sie ist daher bedeutend für die Geschichte der Stadt Bottrop. Die Erforschung der bronzezeitlichen Siedlung kann wertvolle Erkenntnisse erbringen über Kontinuität und Diskontinuität in der Besiedlungsgeschichte, über Siedlungsstruktur und Besiedlungsdichte in Bottrop und darüber hinaus. Daher besteht ein öffentliches Interesse daran, sie als Quelle für zukünftige Forschung dauerhaft zu erhalten. Somit stehen der Planung Gründung des Denkmalschutzes entgegen.

Sofern die Stadt Bottrop in einem Abwägungsprozess zu der Auffassung gelangt, dass das öffentliche Interesse an einer Bebauung höher wiegt als das Interesse an der Erhaltung des Bodendenkmals, könnte die LWL-Archäologie für Westfalen einer Bebauung zustimmen bzw. das Benehmen zu einer denkmalrechtlichen Erlaubnis herstellen, wenn die Belange der Bodendenkmalpflege durch folgende Auflagen sichergestellt werden:

1. Das Bodendenkmal muss vor Beginn erster Bodeneingriffe in diesem Bereich flächig archäologisch untersucht werden. Die hierzu notwendige Zeit ist einzuräumen (§ 26 DSchG NRW). Die Ausgrabung muss nach den fachlichen Grabungsstandards der LWL-Archäologie für Westfalen (abrufbar unter: [www.lwl-archaeologie.de/archaeologische-denkmalpflege/Service](http://www.lwl-archaeologie.de/archaeologische-denkmalpflege/Service)) durchgeführt werden.
2. Die Kosten der archäologischen Untersuchung werden vom Verursacher getragen (§ 27 DSchG NRW).

Unklarheit besteht zurzeit noch über die genaue Abgrenzung des Bodendenkmals „Bronzezeitliche Siedlung“ (insbesondere nach Norden), da die archäologische Untersuchung des Jahres 2000 primär auf die Klärung des Luftbildbefundes ausgerichtet war.

Es bieten sich nunmehr zwei Vorgehensweisen an:

Falls planungstechnisch erforderlich, kann die Abgrenzung des Bodendenkmals durch ein Suchschnitttraster (Baggerschnitte) geklärt werden (Dauer ca. 3-5 Tage).

Sollte die Suchschnittprospektion als überflüssig erachtet werden, könnte mit der flächigen Ausgrabung im unmittelbaren Bereich des festgestellten Siedlungsbefundes begonnen werden und die Grabungsfläche von dort je nach Befundlage in nördliche und südliche Richtung ausgeweitet werden. Bei diesem Modell wäre eine Zeit und Kostenkalkulation aber nur ansatzweise möglich."

Mit freundlichen Grüßen  
i. A.

Dr. Sandra Peternek

Anhänge: -

Nachträge: -

manuelle Einträge: -

RWW mbH · Am Schloß Broich 1–3 · 45479 Mülheim an der Ruhr

Stadt Bottrop  
Amt 61  
Frau Jennifer Wahle  
Postfach 10 15 54  
46215 Bottrop

#### Netze

Ihre Zeichen	
Ihre Nachricht	vom 19.7.23
Unsere Zeichen	RN23-0450
Name	Christa Ueffing
Telefon	0208 4433 414
Telefax	0208 4433 445
E-Mail	vl-na@rww.de

Mülheim an der Ruhr, 28. August 2023

### **Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 4.13/1 "Tourcoingstraße"**

Sehr geehrte Frau Wahle,

vielen Dank für Ihre Anfrage. Gern teilen wir Ihnen mit, dass wir gegen die genannte Maßnahme keine grundsätzlichen Bedenken haben. Wir gehen davon aus, dass unsere vorhandenen Anlagen in ihrer jetzigen Lage verbleiben können. Wir haben für Sie zwei Planausschnitte mit den eingezeichneten Linienführungen unserer vorhandenen Versorgungsleitungen vorbereitet. Die Lage und Tiefe der in den Planunterlagen eingetragenen Wasserrohrleitungen und Kabel kann von der tatsächlichen Lage und Tiefe abweichen. Hausanschlussleitungen sind in unserem Versorgungsgebiet Eigentum der jeweiligen Grundstückseigentümer. Unser Service Point Gladbeck, Tel. 02043 92030, kann Ihnen gern nach Terminvereinbarung die Lage der Leitungen in der Örtlichkeit anzeigen. RWW haftet nicht für unrichtige Planunterlagen.

Wichtig ist bei Baumaßnahmen die Schutzanweisung für erdverlegte Anlagen der RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft, die bei Arbeiten im Bereich unserer Anlagen unbedingt zu beachten ist. Diese Anweisung liegt Ihnen vor. Bei Bedarf können wir Ihnen gern weitere Exemplare zur Verfügung stellen.

Wir gehen davon aus, dass die Belange unserer vorhandenen und geplanten Anlagen berücksichtigt werden. So bitten wir bei geplanten Pflanzen und Baumstandorten die geltenden technischen Regelungen zu beachten. Grundsätzlich sind die Trassen von unterirdischen Versorgungsleitungen von Bäumen frei zu halten. Bitte beachten Sie dazu das Technische Merkblatt des DVGW GW 125 (Bäume, unterirdische Leitungen und Kanäle).

Wir bitten um rechtzeitige Abstimmung mit unserem zuständigen Service-Point oder mit unserer Abteilung Netzplanung.

**RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH**

Am Schloß Broich 1–3 · 45479 Mülheim an der Ruhr · T +49 208 4433-1 · rww.de

**Vorsitzende des Aufsichtsrates** Dr. Stephan Küppers · **Geschäftsführung** Dr. Franz-Josef Schulte

**Sitz der Gesellschaft** Mülheim an der Ruhr · Eingetragen beim Amtsgericht Duisburg · Handelsregister-Nr. HRB 14235

**Bankverbindung** Commerzbank Mülheim an der Ruhr · BIC COBADEFFXXX · IBAN DE63 3624 0045 0763 7655 00

Gläubiger-IdNr. DE57ZZZ00000075282 · Steuer-Nr.: 120/5750/0393 · USt-IdNr. DE120348279



Für Rückfragen steht Ihnen unser Mitarbeiter der Abteilung Netzplanung Herr Marco Fockenberg, Tel. 0208 4433 512, gern zur Verfügung.

Freundliche Grüße

RWW Rheinisch-Westfälische  
Wasserwerksgesellschaft mbH



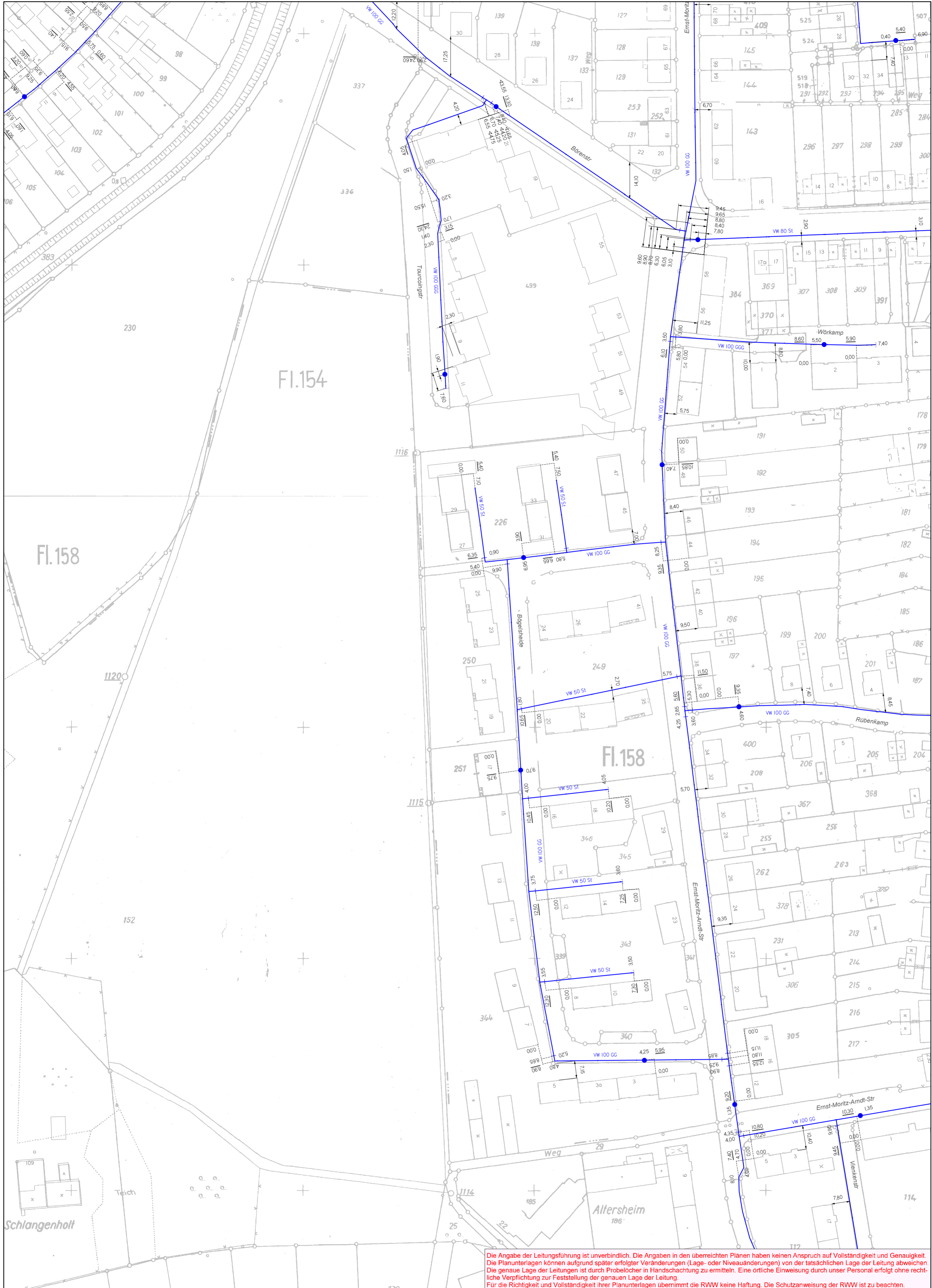
i.V. Dietmar Kude



i.V. Detlev Klumbis

**Anlage**

Zwei Planausschnitt PA23-1996



Die Angabe der Leitungsführung ist unverbindlich. Die Angaben in den überreichten Plänen haben keinen Anspruch auf Vollständigkeit und Genauigkeit. Die Planunterlagen können aufgrund später erfolgter Veränderungen (Lage- oder Niveauänderungen) von der tatsächlichen Lage der Leitung abweichen. Die genaue Lage der Leitungen ist durch Probelöcher in Handschachtung zu ermitteln. Eine örtliche Einweisung durch unser Personal erfolgt ohne rechtliche Verpflichtung zur Feststellung der genauen Lage der Leitung. Für die Richtigkeit und Vollständigkeit ihrer Planunterlagen übernimmt die RWW keine Haftung. Die Schutzanweisung der RWW ist zu beachten.

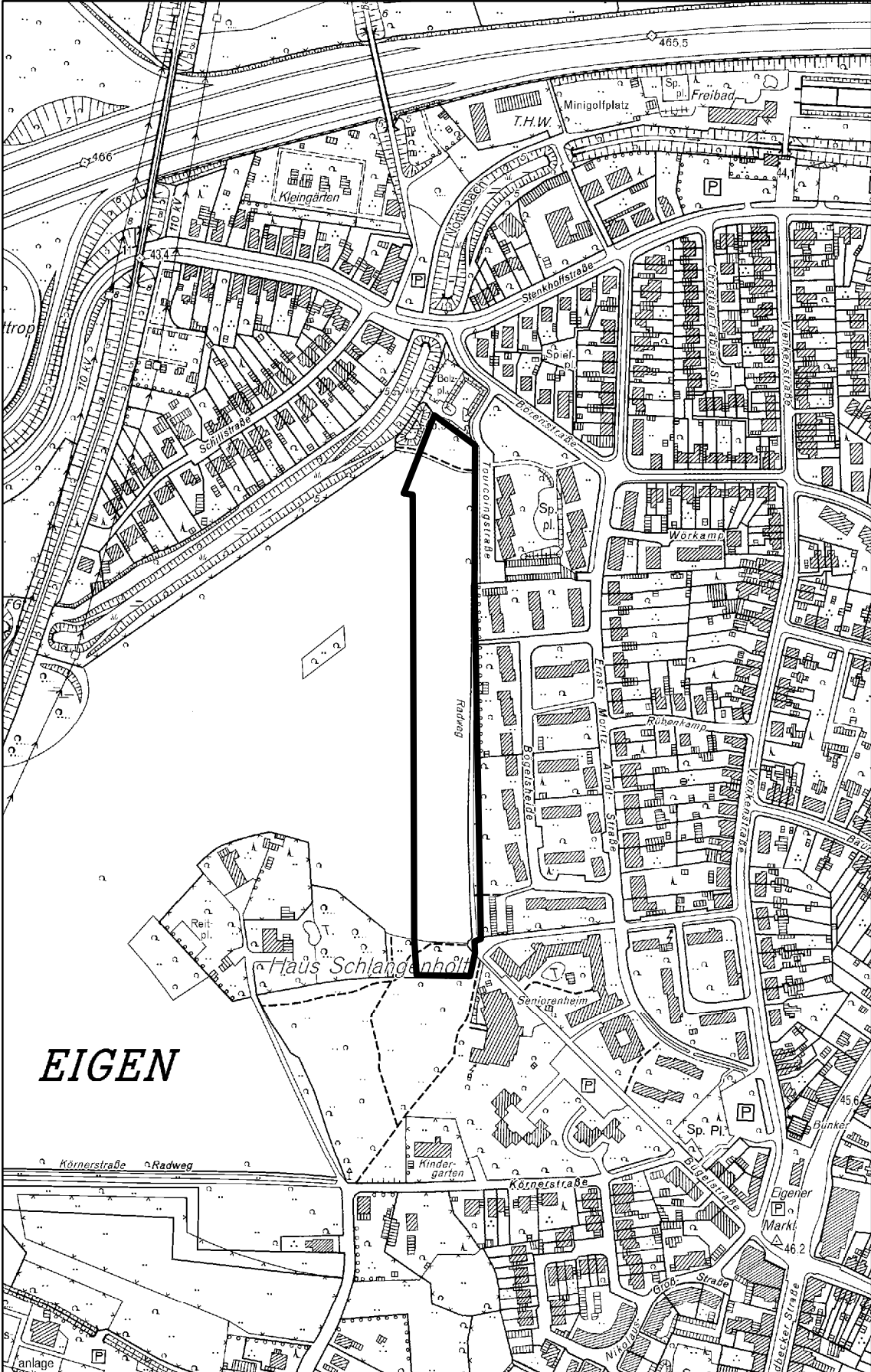


Die Angabe der Leitungsführung ist unverbindlich. Die Angaben in den überzeichneten Plänen haben keinen Anspruch auf Vollständigkeit und Genauigkeit. Die Planunterlagen können aufgrund später erfolgter Veränderungen (Lage- oder Niveauänderungen) von der tatsächlichen Lage der Leitung abweichen. Die genaue Lage der Leitungen ist durch Probeführen in Handzeichnung zu ermitteln. Eine örtliche Erweiterung durch unser Personal erfolgt ohne rechtliche Verpflichtung auf Festlegung der genauen Lage der Leitung. Für die Richtigkeit und Vollständigkeit ihrer Planunterlagen übernimmt die RWW eine Haftung. Die Schutzansprüche der RWW sind zu beachten.

**Bebauungsplan Nr. 4.13/1 "Tourcoingstraße"**

Übersichtsplan Aufhebung Aufstellungsbeschluss vom 10.09.2019

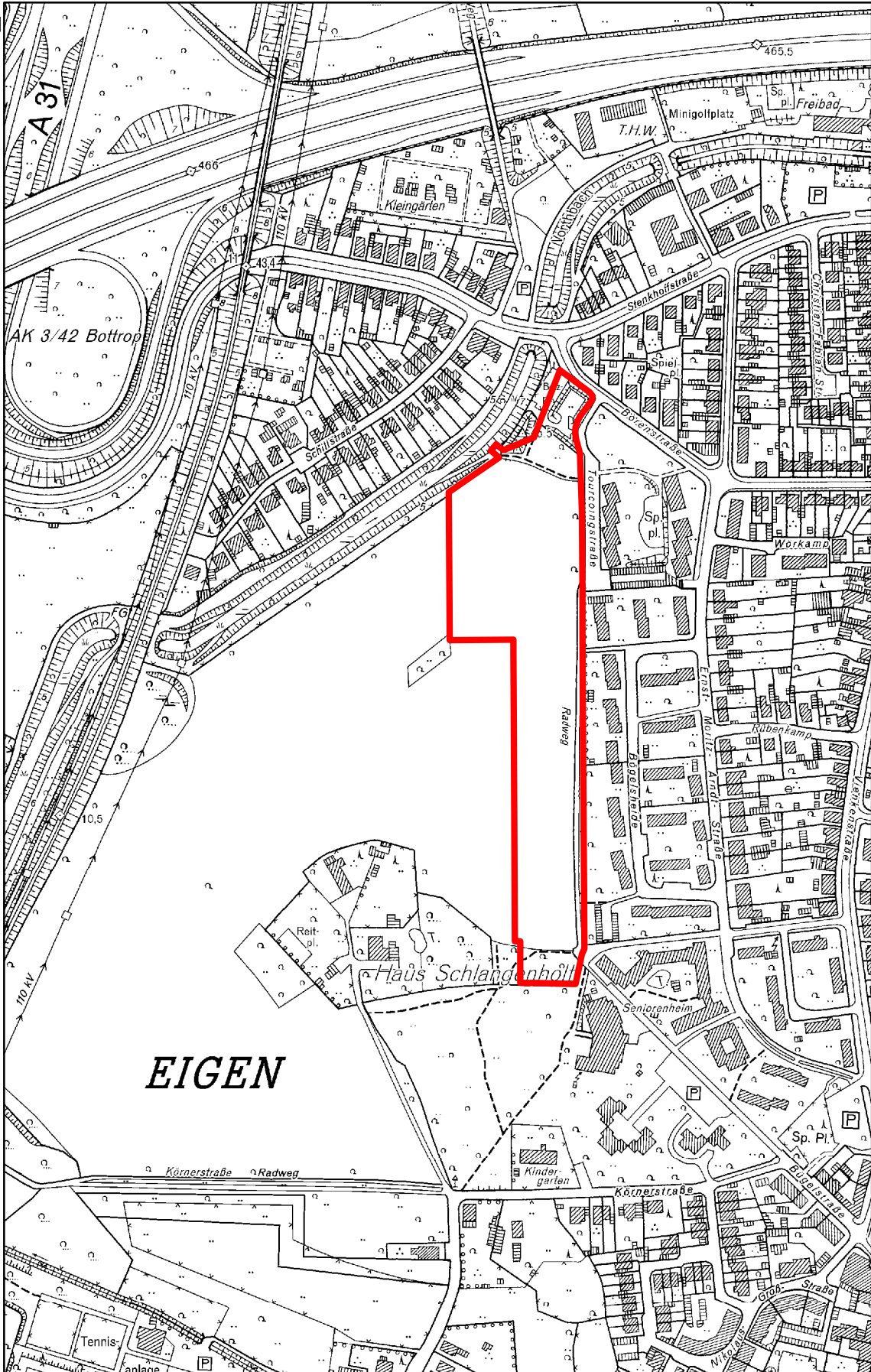
Maßstab 1 : 5.000



**Bebauungsplan Nr. 4.13/1 "Tourcoingstraße"**

Übersichtsplan

Maßstab 1 : 5.000



# Bebauungsplan Nr. 4.13/1 „Tourcoingstraße“



## Entwurf der Begründung

Stand März 2024

## **A. Anlass und Ziele der Planung**

## **B. Räumlicher Geltungsbereich**

## **C. Planungsrechtliche Situation**

1. Landes- und Regionalplanung
2. Flächennutzungsplan
3. Landschaftsplan
4. Umweltleitplan
5. Bundesraumordnungsplan für den Hochwasserschutz (BRPH)

## **D. Beschreibung des Bestandes**

1. Städtebauliche Situation
2. Verkehr
3. Umwelt
4. Technische Infrastruktur (Ver- und Entsorgung)
5. Denkmalschutz und Denkmalpflege
6. Altlasten

## **E. Städtebauliche Konzeption, verkehrliche und schalltechnische Auswirkungen, Entwässerung, Kompensationsbedarf, Artenschutz, Klima**

1. Städtebauliche Konzeption
2. Verkehrliche Auswirkungen
3. Schalltechnische Auswirkungen
4. Entwässerung
5. Ermittlung des Kompensationsbedarfs
6. Artenschutz
7. Klima

## **F. Planinhalte - Begründung der Festsetzungen im Einzelnen**

### **1. Planungsrechtliche Festsetzungen**

- 1.1 Art der baulichen Nutzung
- 1.2 Maß der baulichen Nutzung / Maximale Zahl der Wohneinheiten
- 1.3 Überbaubare Grundstücksfläche, Bauweise und Stellung baulicher Anlagen
- 1.4 Zulässigkeit von Stellplätzen und Garagen
- 1.5 Verkehrsflächen
- 1.6 Ver- und Entsorgung
- 1.7 Geh-, Fahr- und Leitungsrechte zu Gunsten der Stadt Bottrop
- 1.8 Grünflächen, Ausgleichs- und Pflanzmaßnahmen
- 1.9 Immissionsschutz

### **2. Bauordnungsrechtliche und gestalterische Festsetzungen**

- 2.1 Vorgarten
- 2.2 Einfriedungen
- 2.3 Doppelhäuser und Haugruppen
- 2.4 Dachform, Dachneigung und Material

### **3. Hinweise**

- 3.1 Denkmalschutz und Denkmalpflege
- 3.2 Kampfmittel
- 3.3 Bodenverunreinigungen
- 3.4 Vogelschutzzeiten
- 3.5 Ausführung, Entwicklung und Pflege bei den Pflanzmaßnahmen



## **G. Bodenordnung**

## **H. Planungsstatistik**

## **I. Umweltbericht**

### **1. Einleitung**

- 1.1 Anlass und Aufgabenstellung, Inhalt und Ziele des Bebauungsplans
- 1.2 Planerische und rechtliche Grundlagen

### **2. Beschreibung und Bewertung der Umweltauswirkungen**

- 2.1 Beschreibung und Bewertung des derzeitigen Umweltzustands
- 2.2 Beschreibung der voraussichtlichen Umweltauswirkungen bei Durchführung der Planung
- 2.3 Prognose über die Entwicklung des Umweltzustandes bei Nichtdurchführung der Planung (Status-quo-Prognose)
- 2.4 Maßnahmen zur Vermeidung und Minderung negativer Auswirkungen
- 2.5 Eingriffs-Ausgleichsbilanz gemäß Eingriffsregelung nach BNatSchG

### **3. Zusätzliche Angaben**

- 3.1 Beschreibung der verwendeten Verfahren und Hinweise auf Schwierigkeiten und Defizite
- 3.2 Allgemein verständliche Zusammenfassung
- 3.3 Verzeichnisse Umweltbericht

## **J. Planungsgrundlagen**

Stand: März 2024  
Seite: 5

## A. Anlass und Ziele der Planung

Die Bonava GmbH plant an der Tourcoingstraße einen Teil einer landwirtschaftlich genutzten Fläche wohnbaulich zu entwickeln. Die Tourcoingstraße ist in diesem Bereich lediglich auf der östlichen Seite mit Wohnbebauung bebaut. Das Plangebiet mit seinen ca. 93 Wohneinheiten soll parallel zur vorhandenen Wohnbebauung, entlang der Westseite der Tourcoingstraße, entstehen.

Die Fläche ist Teil eines Bereichs, der schon geraume Zeit als Potentialfläche für Wohnungsbau im Gespräch ist. Der aktuelle Flächennutzungsplan stellt den Bereich jedoch als Landwirtschaftliche Fläche mit besonderer Klimafunktion dar. Daher bestand Konsens, dass die Fläche nicht großflächig in Wohnbaufläche umgewandelt werden soll. Aufgrund der ökologischen Wertigkeit der Fläche wurden im Vorgang der Planungen, im Jahr 2017, die Rahmenbedingungen für eine wohnbauliche Entwicklung festgelegt.

Um die städtebauliche Verträglichkeit zu gewährleisten und um eine gesunde Dichte umzusetzen, ist es beabsichtigt, eine Baufläche von hoher städtebaulicher Qualität zu realisieren sowie Dachbegrünung umzusetzen.

Die an das Plangebiet angrenzende landwirtschaftliche Nutzung im rückwärtigen Bereich soll erhalten bleiben. Ein grün gestalteter Geländestreifen bildet den Übergang zur offenen Landschaft. Diese Grünfläche wird als ökologische Ausgleichsfläche in den Bebauungsplan aufgenommen.

Es soll eine Mischung aus Mehrfamilienhäusern und Eigenheimen (freistehende Einfamilienhäuser, Doppel- und Reihenhäuser) entstehen. Die Fläche ist Teil des Wohnbauflächenkonzepts 2025. Gemäß dem Wohnbauflächenkonzept soll ein Anteil von 25% geförderter Wohnungsbau umgesetzt werden. Durch die Errichtung der Kindertagesstätte kann sich dieser Anteil verringern.

Im nördlichsten, der geplanten Allgemeinen Wohngebiete erfolgt die Errichtung eines Gebäudes mit einer Kindertagesstätte im Erdgeschoss und Wohnungen in den Obergeschossen. Der zugeordnete Außenbereich der Kindertagesstätte liegt überwiegend auf der nördlich angrenzenden, privaten Grünfläche. Diese stellt heute einen vor längerer Zeit aufgegebenen Spiel- und Bolzplatz dar.

Um die verkehrliche Belastung durch Durchfahrtsverkehr zu vermeiden, ist die Tourcoingstraße auch nach dem Ausbau als Sackgasse für den Kfz-Verkehr vorgesehen. Lediglich eine Verbindung für den Rad- und Fußverkehr zur Bügelstraße ist angedacht.

Stand: März 2024

Seite: 6

Um die planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Realisierung der Wohnbebauung zu schaffen, soll der Bebauungsplan Nr. 4.13/1 „Tourcoingstraße“ aufgestellt werden. Zudem ist der Flächennutzungsplan zu ändern. Die Änderung des Flächennutzungsplanes wird parallel zum Bebauungsplanverfahren durchgeführt.

Die durch den Vorhabenträger zu erbringenden Planungsleistungen und Regelungen zur Erschließung und zum Ausgleich werden in einem noch abzuschließenden städtebaulichen Vertrag geregelt.

Stand: März 2024

Seite: 7

## B. Räumlicher Geltungsbereich

Das Plangebiet liegt im Ortsteil Bottrop-Eigen, westlich der Tourcoingstraße in der Gemarkung Bottrop. Es umfasst das Flurstück 326 sowie einen Teil des Flurstücks 327 in Flur 154 und die Flurstücke 336 und 449 sowie Teile der Flurstücke 589 und 637 in Flur 158. Die Lage kann dem nachfolgenden Übersichtsplan entnommen werden, wobei der räumliche Geltungsbereich in der Plankarte dargestellt ist.



Quelle: Geobasis NRW (Liegenschaftskarte NRW)

Stand: März 2024

Seite: 8

## C. Planungsrechtliche Situation

### 1. Landes- und Regionalplanung

Der seit dem 28. Februar 2024 rechtskräftige Regionalplan Ruhr legt das Plangebiet als Allgemeinen Siedlungsbereich fest. Damit sind aus regionalplanerischer Sicht die Voraussetzungen für die angedachte Entwicklung des neuen Baugebiets gegeben.

Unmittelbar westlich schließen Bereiche an, die als Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche festgelegt sind. Zudem sind diesen Flächen als Regionale Grünzüge und für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung ausgewiesen.

### 2. Flächennutzungsplan

Im Flächennutzungsplan (FNP) ist der Bereich als Fläche für die Landwirtschaft dargestellt. Um die planungsrechtliche Voraussetzung für eine wohnbauliche Entwicklung zu schaffen, ist somit eine Änderung des Flächennutzungsplans erforderlich. Im Norden ist Grünfläche dargestellt.

Westlich der Tourcoingstraße ist Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen. Zudem ist der landwirtschaftlich geprägte Freiraum als „Flächen zum Ausgleich und Suchräume für Flächen zum Ausgleich“ dargestellt. Die Fläche östlich der Tourcoingstraße ist als Wohnbaufläche ausgewiesen. Südlich davon wird das Grundstück einer Seniorenwohnanlage als Fläche für Gemeinbedarf dargestellt.

Der Ausschuss für Stadtplanung und Umweltschutz der Stadt Bottrop hat in seiner Sitzung am 10.09.2019 aufgrund §§ 1 (8) und 2 (1) Baugesetzbuch (BauGB) beschlossen, die 13. Änderung des Flächennutzungsplans zur Darstellung einer Wohnbaufläche im Bereich westlich der Tourcoingstraße durchzuführen.

### 3. Landschaftsplan

Das Plangebiet des Bebauungsplanes liegt innerhalb des Geltungsbereiches des Landschaftsplans der Stadt Bottrop (in Kraft getreten am 05.12.2015) und liegt innerhalb des Landschaftsschutzgebietes 2.2.9 „Eigen“ mit dem Entwicklungsziel „Erhaltung einer mit naturnahen Lebensräumen oder sonstigen natürlichen Landschaftselementen reich oder vielfältig ausgestatteten Landschaft“. Das Planvorhaben widerspricht dem Landschaftsplan und deren Festsetzungen. Jedoch sieht die Planung die Realisierung von nur einem schmalen Baubereich vor. Die Eingriffe in Natur und Landschaft werden im Planverfahren bilanziert und durch Ausgleichskonzeptionen und -maßnahmen, wie Dachbegrünung, Rückhaltung des Regenwassers im Gebiet, Entwicklung und Umsetzung eines

Stand: März 2024

Seite: 9

Ausgleichskonzeptes für den Offenlandbereich unter Erhalt von extensiver landwirtschaftlicher Nutzung ausgeglichen werden.

Die Baumreihe aus Baumhasel an der Westseite der Tourcoingstraße ist als gesetzlich geschützter Landschaftsbestandteil festgesetzt.

Für solche Fälle enthält das Landesnaturschutzgesetz (LNatSchG NRW) in § 20 Abs. 4 die folgende Regelung:

*„Bei der Aufstellung, Änderung und Ergänzung eines Flächennutzungsplans im Geltungsbereich eines Landschaftsplans treten widersprechende Darstellungen und Festsetzungen des Landschaftsplans mit dem Inkrafttreten des entsprechenden Bebauungsplans oder einer Satzung nach § 34 Absatz 4 Satz 1 Nummer 2 des Baugesetzbuches außer Kraft, soweit der Träger der Landschaftsplanung im Beteiligungsverfahren diesem Flächennutzungsplan nicht widersprochen hat.“*

#### **4. Umweltschutzplan**

Laut Umweltschutzplan handelt es sich bei dem Plangebiet um eine Fläche für die Freiraumentwicklung. Somit widerspricht der Umweltschutzplan dem Vorhaben, da der Naturraum erhalten bleiben und nicht zerstört werden soll. Jedoch ist eine wohnbauliche Entwicklung in begrenztem Umfang denkbar, wenn die umgebende Freifläche aufgewertet wird. Sie kann dann auch für Ausgleichsmaßnahmen genutzt werden. Vorstellbar ist in diesem Zusammenhang die Entwicklung eines Biotopkonzepts. Die Möglichkeit einer landwirtschaftlichen Nutzung sollte hierbei erhalten bleiben. Die Zuständigkeiten hinsichtlich der Entwicklung und Pflege sind in diesem Zusammenhang zu klären.

#### **5. Bundesraumordnungsplan für den Hochwasserschutz (BRPH)**

Am 01.09.2021 ist der Bundesraumordnungsplan Hochwasserschutz (BRPH) in Kraft getreten. In der Bauleitplanung sind die Ziele des BRPH zu beachten sowie die Grundsätze zu berücksichtigen. Im Besonderen sind die Risiken von Hochwassern, einschließlich der davon möglicherweise betroffenen empfindlichen und schutzwürdigen Nutzungen (Ziel 1.1.1 BRPH) sowie die Auswirkungen des Klimawandels im Hinblick auf Hochwasserereignisse durch oberirdische Gewässer oder Starkregen (Ziel 1.2.1 BRPH) vorausschauend zu prüfen. Hochwasserminimierende Aspekte sollen berücksichtigt und es soll auf eine weitere Verringerung von Schadenspotenzialen hingewirkt werden (Grundsatz 11.1.1 BRPH).

##### Starkregen

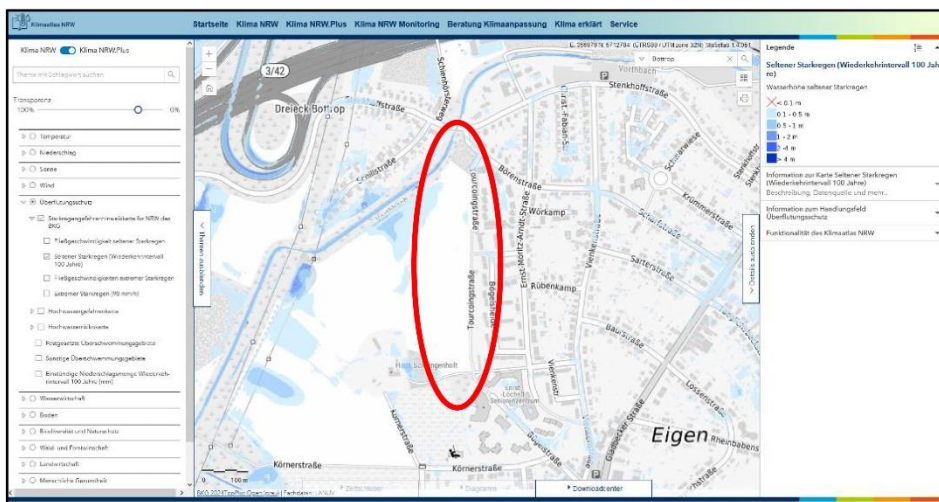
Das Bundesamt für Kartographie und Geodäsie (BKG) hat flächendeckend Starkregenereignisse für ganz NRW berechnen lassen und in einer Starkregenhinweiskarte dargestellt. In der Karte wird zwischen zwei Starkregen-Szenarien unterschieden:

Stand: März 2024

Seite: 10

- seltenes Starkregenereignis: 36-50 mm Niederschlag pro Stunde (1 mm Niederschlag entspricht 1 Liter pro m<sup>2</sup>) bei einer Jährlichkeit von 100 Jahren.
- extremes Starkregenereignis: 90 mm Niederschlag pro Stunde (1 mm Niederschlag entspricht 1 Liter pro m<sup>2</sup>).

Aus der Starkregenhinweiskarte (<https://www.klimaatlas.nrw.de/klimanrw-karte>) ist zu entnehmen, dass das Plangebiet geringfügig von Starkregenereignissen betroffen ist. Es sind Überflutungen von bis 0,50 m in punktuellen Bereichen im nördlichen Plangebiet bei seltenen sowie extremen Ereignissen berechnet. Die folgende Abbildung stellt die Überflutungsgebiete bei „Seltene Starkregen“ mit einem Wiederkehrintervall von 100 Jahren dar.



Die folgende Abbildung zeigt die Überflutungsgebiete im Plangebiet bei „Extremen Starkregen (90mm/h)“ dar.



Stand: März 2024

Seite: 11

### Hochwasser

In den Hochwassergefahren- und risikokarten sowie in den Hochwasser-managementplänen (<https://www.klimaatlas.nrw.de/klima-nrw-karte>) ist keine Betroffenheit des Plangebietes vermerkt.



Stand: März 2024

Seite: 12

## D Beschreibung des Bestandes

### 1. Städtebauliche Situation

Die Umgebung des Plangebietes ist landwirtschaftlich und wohnbaulich geprägt. Lediglich die Ostseite des Plangebietes ist direkt bebaut. So befindet sich auf der östlichen Seite der Tourcoingstraße, entlang des vorgesehenen Plangebietes, Wohnbebauung in Form von Mehrfamilienhäusern in verschiedener Bauweise und Geschossigkeit. Die nördlichen Mehrfamilienhäuser (Tourcoingstraße 5 bis 11) sind in geschlossener Geschossbauweise mit Flachdach errichtet und haben vier Geschosse. Im weiteren Verlauf endet die Tourcoingstraße in einer Wendeanlage und es führt ein Fußweg Richtung Süden. Die sich an diesen Fußweg entlang ziehende Wohnbebauung (Bögelsheide 7 bis 29) stellt sich als zweigeschossige Mehrfamilienhäuser mit Satteldach dar, die mit der Gartenseite zum Plangebiet stehen. Die Erschließung dieser Häuser erfolgt über die zum Plangebiet parallel verlaufende Bögelsheide.

Südöstlich des Plangebietes erstreckt sich eine großflächige Seniorenwohnanlage an der Ernst-Moritz-Arndt-Straße sowie Bügelstraße. Die Wohnanlage besteht aus mehreren, teilweise zusammenhängenden Gebäudeteilen mit bis zu vier Geschossen und Flachdach. Südwestlich des Plangebietes befindet sich das bäuerliche Anwesen Haus Schlangenholt mit Haupt- und Nebengebäuden mit Satteldach. Im Norden des Plangebietes, hinter dem Bachlauf des Vorthbaches, grenzt eine Einfamilienhaussiedlung mit freistehenden Einfamilienhäusern mit Satteldach und großen Gartenflächen. Westlich des Plangebietes befinden sich landwirtschaftlich genutzte Flächen. Innerhalb des an das Plangebiet im Nordwesten angrenzenden Flurstücks 637 verläuft der Vorthbach mit begleitendem Grünstreifen.

Der überwiegende Teil des Plangebietes ist Teil einer landwirtschaftlich genutzten Fläche und unbebaut. Diese wird größten Teils seit Jahren intensiv als Spargelacker mit entsprechenden Plastikabdeckungen bewirtschaftet und weist bis auf schmale randliche Streifen keinen anderen Bewuchs auf.

Im Süden ist aufgrund der Eigentumsverhältnisse eine kleine Waldfläche in das Plangebiet einbezogen, die so erhalten bleiben soll.

Das Flurstück 449 im Norden wurde in der Vergangenheit als Spiel- und Bolzplatz genutzt. Es sind noch Teile eines befestigten Bolzplatzes mit Zaunanlage und Aufschüttungen, die der Abschirmung der Anlagen dienten, vorhanden. Allerdings liegt diese Nutzung schon einige Jahre zurück, so dass die Fläche, insbesondere die vorhandenen Aufschüttungen durch einen größeren Baumbestand geprägt ist.

Stand: März 2024

Seite: 13

## 2. Verkehr

Das Plangebiet ist über die Tourcoingstraße an das örtliche Straßennetz angebunden. Die Tourcoingstraße endet in einer Wendeanlage auf Höhe des Hauses 11. Richtung Süden, entlang des vorgesehenen Plangebietes verläuft ein Fußweg. Ein Ausbau der Tourcoingstraße in Richtung Süden ist für die Erschließung des gesamten Plangebietes notwendig.

Die Bushaltestelle „Börenstraße“ befindet sich etwa 100 m vom nördlichen Plangebiet entfernt und bietet eine direkte Verbindung zum ZOB. Die Bushaltestelle „Eigen Markt“ liegt etwa 370 Meter von dem südlichen Bereich des Plangebietes entfernt.

## 3. Umwelt

Das Plangebiet stellt sich überwiegend als unbebaute, landwirtschaftliche Fläche dar, die als Spargelfeld genutzt wird. Im Norden befindet sich eine brachgefallene Grünanlage bestehend aus einem Spiel- und Asche-Bolzplatz. Mit Gehölzen bestandene Böschungen grenzen die Grünanlage von der Landwirtschaft im Süden und von den Straßen Tourcoingstraße im Osten und Börenstraße im Norden ab. Darauf stocken vereinzelt heimische Altbäume. Junges Gehölz und Brombeere überwachsen die ehemalige Spielfläche und den Asche-Bolzplatz. Im Süden des Plangebietes befindet sich ein Gehölz mit altem Baumbestand, das in ein kleines Waldstück am Haus Schlangenholt im Westen mündet und an eine extensiv genutzte Grünfläche mit eingestreuten Gehölzen grenzt. Nördlich bzw. nordwestlich des Plangebietes verläuft der Vorthbach, der von Südwesten nach Nordosten in die Boye außerhalb des Plangebietes entwässert. Der Vorthbach wird von dichten Baumhecken eingefasst und liegt deutlich im Gelände eingeschnitten. Im Osten der Fläche verlaufen die Gärten der angrenzenden Wohnbebauung der Straße Bögelsheide. Baumhecken, Kleingehölze und ein kleines Waldstück trennen das Plangebiet von diesen Gärten und der Wohnbebauung. Das Gehölz mit dem alten Baumbestand bildet mit dem Waldstück von Haus Schlangenholt, der Grünfläche und den Baumhecken und Kleingehölz an der Tourcoingstraße eine Grünverbindung.

Das Plangebiet befindet sich in einem Freilandklimabereich und weist eine klimatisch ausgeglichene Temperaturzone auf. Die Fläche liegt im Lastraum des direkt angrenzenden Stadtrandklimabereichs. Da das Gebiet am Rand von Grünvernetzungsflächen liegt, sollte die Versiegelung so weit wie möglich reduziert werden. Maßnahmen wie die Begrünung von Dächern und Vorgärten sowie oberflächlich abgeführtes Regenwasser werden die Folgen für das Stadtklima mindern.

Im Plangebiet sind Podsol-Gleyböden vorhanden.

Stand: März 2024

Seite: 14

Die Fläche besitzt eine außerordentlich hohe naturschutzfachliche und klimaökologische Bedeutung. Die Eingriffe in Natur und Landschaft müssen im Planverfahren bilanziert und durch Ausgleichskonzeptionen und -maßnahmen (z.B. Dachbegrünung, Rückhaltung des Regenwassers im Gebiet, Entwicklung und Umsetzung eines Ausgleichskonzeptes für den Offenlandbereich unter Erhalt von extensiver landwirtschaftlicher Nutzung) ausgeglichen werden.

#### **4. Technische Infrastruktur (Ver- und Entsorgung)**

Anlagen zur Ver- und Entsorgung sind im Bereich der Tourcoingstraße vorhanden. Beim Ausbau der Tourcoingstraße Richtung Süden müssen die vorhandenen Ver- und Entsorgungsanlagen ebenfalls erweitert werden. Die Beseitigung des Niederschlagswassers ist im Plangebiet zu regeln.

#### **5. Denkmalschutz und Denkmalpflege**

Im Plangebiet befinden sich keine denkmalwerten baulichen oder sonstigen Anlagen.

Im südwestlichen Randbereich des Plangebietes ist der Fund einer prähistorischen Grube mit Keramikscherben verzeichnet. Im räumlichen Geltungsbereich des Bebauungsplanes ist daher bei Bodeneingriffen mit archäologischen Bodenfunden zu rechnen.

Das Haus Schlangenholt ist als Baudenkmal ausgewiesen. Es befindet sich ca. 100 m südwestlich des Plangebietes.

#### **6. Altlasten**

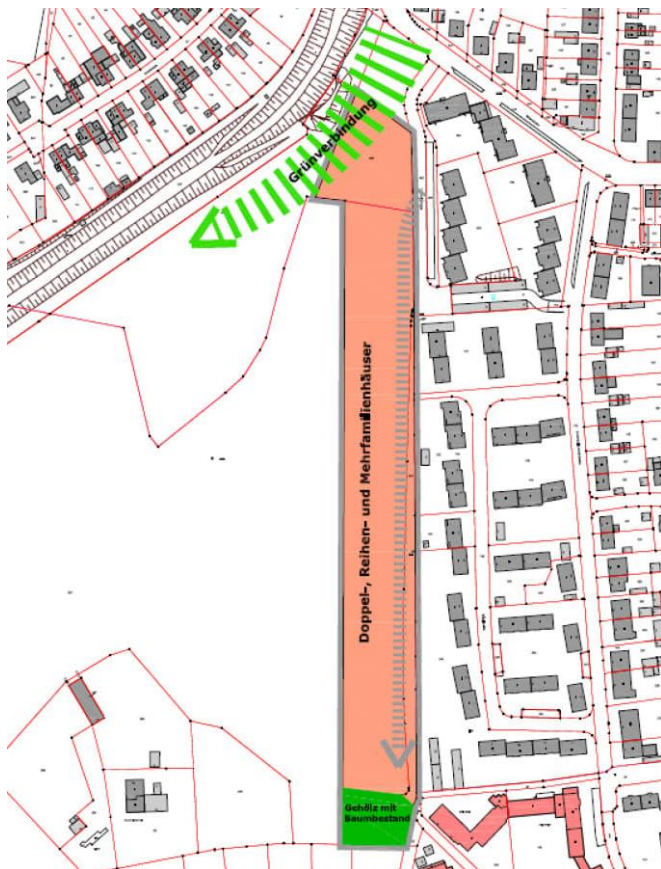
Das Plangebiet wird nicht als Verdachtsfläche im Altlastenkataster der Stadt Bottrop geführt.

Stand: März 2024  
Seite: 15

## E. Städtebauliche Konzeption, verkehrliche und schalltechnische Auswirkungen, Entwässerung, Kompensationsbedarf, Artenschutz, Klima

### 1. Städtebauliche Konzeption

Westlich der Tourcoingstraße ist es vorgesehen in einem ca. 50 Meter tiefen Streifen Wohnbebauung in Form von Einzel-, Reihen- und Doppelhäusern sowie Mehrfamilienhäusern zu realisieren. Die Erschließung des Plangebietes erfolgt über eine Anbindung an die bestehende Tourcoingstraße in Richtung Süden. Diese Verlängerung verläuft parallel zur Bestandsbebauung und wird einseitig bebaut. Eine Grünverbindung entlang des Vorthbachs soll im Nordwesten entstehen. Der Baumbestand im Süden des Plangebietes ist Bestandteil des Geltungsbereiches, da er planungsrechtlich gesichert werden soll.



Die Abbildung der städtebaulichen Grundkonzeption ist aus der Kurzbeurteilung zum Aufstellungsbeschluss entnommen. Die Zielsetzung der wohnbaulichen Entwicklung, der Stärkung der Grünverbindung und dem

Stand: März 2024

Seite: 16

Erhalt der südlichen Bäume bleiben erhalten und werden durch die Aufnahmen der angrenzenden Versickerungsanlage und der Ausgleichsfläche weiterentwickelt.

Erschließungsplanung<sup>1</sup>.Lage der ökologischen Ausgleichsfläche<sup>2</sup>

<sup>1</sup> „Baugebiet Tourcoingstraße, Bottrop, Entwurfs- und Genehmigungsplanung, abwasser- und verkehrstechnische Erschließung“, bPLAN Ingenieurgesellschaft, 01.02.2024, Essen

<sup>2</sup> Landschaftspflegerischer Begleitplan Karte 2 – Zustand, Kuhlmann&Stucht, Februar 2024, Bochum

Stand: März 2024  
Seite: 17

Der Entwurf der Bonava GmbH sieht ein breites Angebot vor, so dass ca. 93 Wohneinheiten in Form von Reihen-, Doppel- und Einzelhäusern sowie Mehrfamilienhäusern in Geschossbauweise entstehen. Im städtebaulichen Konzept (s. o. Karte Erschließungsplanung) ist die geplante Aufteilung der Baugrundstücke dargestellt.

Es sollen Einfamilienhäuser in Form von 9 Reihenhäusern in Gruppen von je 3 Häusern, 42 Doppelhaushälften, 2 freistehende Häuser sowie 4 Mehrfamilienhäuser realisiert werden.

Die Mehrfamilienhäuser, die im nördlichen und südlichen Bereich der Tourcoingstraße geplant sind, orientieren sich mit 4 Vollgeschossen (ohne weiteres Staffelgeschoss) an der vorhandenen gegenüberliegenden Bebauung. Dabei sollen jeweils im Norden bzw. Süden maximal 20 Geschosswohnungen entstehen. Das nördliche Mehrfamilienhaus soll im Erdgeschossbereich eine Kindertagesstätte aufnehmen, so dass hier eine Grundfläche des Gebäudes von ca. 1.100 m<sup>2</sup> entsteht. Ein Teilbereich der Grundfläche wird mit 3 Wohngeschossen aufgestockt. Als Freibereich der Kindertagesstätte steht das angrenzende, nördliche Eckgrundstück Börnenstraße / Tourcoingstraße zur Verfügung.

Die Einfamilienhäuser werden mit drei Vollgeschossen und begrüntem Flachdach, ebenfalls ohne weiteres Staffelgeschoss, errichtet und sind in Stichstraßen mit 8 bis 10 Gebäudeeinheiten angeordnet. Die Höhen der Einfamilienhäuser liegen deutlich unterhalb der Mehrfamilienhäuser

Als Sackgasse wird die bestehende Tourcoingstraße Richtung Süden weitergeführt. Die „Wohnwege“ gehen als Stiche von dieser Haupteerschließungsstraße ab, die in einem Wendehammer endet. Es gibt eine Verbindung für Fuß- und Radverkehr an die Bügelstraße und Ernst-Moritz-Arndt-Straße. Die neu geplante Sackgasse ist mit deutlichen Verschwenkungen ausgebildet, was dem Charakter einer ruhigen, verkehrsberuhigten Anliegerstraße entspricht. Die öffentlichen Stellplätze sind in Parktaschen angeordnet. Hierdurch wird das direkte Zurücksetzen in den Verkehrsraum verhindert, was zur Verkehrssicherheit beitragen soll. Der Straßenraum wird durch Baumpflanzungen ergänzt. Zwischen Verkehrsraum der Sackgasse und den östlichen Bestandswohngrundstücken ist die Anlage eines 3 m breiten Grünstreifens vorgesehen.

Entlang der Tourcoingstraße stehen 8 kleinkronige Bäume straßenbegleitend. Durch die Weiterführung der Tourcoingstraße und die Anlage der Erschließungsstiche bzw. Zufahrten entfallen drei Bäume in der Baumreihe, die durch Neupflanzungen ersetzt werden. Die Bäume sollen zukünftig innerhalb eines ca. 5 m breiten Grünstreifens erhalten werden. Ergänzt wird die Reihe durch drei weitere Bäume auf dem nördlichen Grundstück.

Neben den Stellplätzen der geplanten Wohneinheiten, die auf den jeweiligen Grundstücken vorgesehen sind, werden ca. 53 öffentliche Stellplätze im Straßenraum untergebracht.

Stand: März 2024

Seite: 18

## 2. Verkehrliche Auswirkungen

Das Ingenieurbüro für Verkehrs- und Infrastrukturplanung Blanke Ambrosius hat die verkehrlichen Auswirkungen der Planung untersucht und kommt zu folgendem Ergebnis:

*„In der Stadt Bottrop ist auf einer Fläche westlich der Tourcoingstraße die Entwicklung einer ergänzenden Wohnbebauung geplant. Die Kfz-seitige Anbindung der verschiedenen Stellplatzanlagen soll über eine neue Straßenanbindung an die Tourcoingstraße und im weiteren Verlauf über die Börenstraße und Stenkhoffstraße erfolgen.*

*Im Zuge des Genehmigungsverfahrens ist der Nachweis einer angemessenen Verkehrserschließung zu erbringen. Hierzu ist die Vorbelastung der umgebenden Verkehrsanlagen zu ermitteln und mit den Neuverkehren des geplanten Bauvorhabens zu maßgebenden Prognose-Verkehrsbelastungen zu überlagern. Auf der Basis der Prognose-Frequenzen ist dann die Leistungsfähigkeit und Verkehrsqualität der unmittelbar betroffenen Knotenpunkte zu bewerten. Weiterhin sind die Verkehrsdaten als Eingangsgrößen für ein Lärmgutachten aufzubereiten.*

*(...)*

*Für die Überprüfung der Leistungsfähigkeit des Knotenpunktes Stenkhoffstraße / Börenstraße wird die bestehende Vorfahrtregelung mit jeweils kombinierten Fahrspuren in allen Zufahrten zugrunde gelegt.*

*In der Betrachtung der Einzelströme ergeben sich in allen wartepflichtigen Verkehrsströmen mit mittleren Wartezeiten deutlich unterhalb von 10 sec/Fz nur sehr geringe Werte. Die Mehrzahl der ein- und abbiegenden Verkehrsteilnehmer kann den Knotenpunkt nahezu ungehindert passieren. Die Verkehrsqualität in diesen Verkehrsströmen ist sowohl in der Analyse als auch in der Prognose als sehr gut (Stufe A) zu bezeichnen.*

*In allen wartepflichtigen Einzelströmen wird der Schwellenwert einer akzeptablen Verkehrsqualität von 45 sec mittlerer Wartezeit pro Fahrzeug sehr deutlich unterschritten.*

*Die Betrachtung der jeweils kombinierten Fahrspuren als Mischströme weist in der Prognose gegenüber der bestehenden Verkehrssituation (Analyse) nur geringe Zunahmen der mittleren Wartezeiten auf.*

*Die Kapazitätsreserven liegen in der Prognose in der Zufahrt Börenstraße bei mehr als 520 Fz/h und in der östlichen Zufahrt Stenkhoffstraße bei mehr als 1.500 Fz/h.*

*In der Zufahrt Börenstraße bleibt die Staulänge mit 6 m und in der östlichen Zufahrt Stenkhoffstraße mit 7 m in den Lastfällen Analyse und Prognose unverändert.*

*Bedingt durch die geplante Wohnbauflächenentwicklung ergeben sich keine signifikant spürbaren Auswirkungen auf die Leistungsfähigkeit und Verkehrsqualität gegenüber der bestehenden Verkehrssituation.*

*Der Knotenpunkt Stenkhoffstraße / Börenstraße ist auch unter den Prognose-Verkehrsbelastungen im vorhandenen Ausbauzustand mit der bestehenden Vorfahrtregelung als deutlich ausreichend leistungsfähig einzustufen.*

Stand: März 2024  
Seite: 19

*Für die Überprüfung der Leistungsfähigkeit des Knotenpunktes Börenstraße / Tourcoingstraße wird die bestehende Regelungsart „rechts vor links“ zugrunde gelegt.*

*Die größte mittlere Wartezeit in einer der Zufahrten liegt in der Analyse in der Morgen- und Nachmittagspitze bei maximal ca. 4 sec/Fz. Durch die geplante Wohnbauflächenentwicklung werden sich die Kfz-Frequenzen am Knotenpunkt zwangsläufig erhöhen. Dies hat jedoch nur geringe und kaum spürbare Auswirkungen auf die Wartezeiten, die in der Prognose in den Spitzenstunden auf ca. 6 sec/Fz ansteigen.*

*Die Verkehrsqualität ist in beiden betrachteten Spitzenstunden am Morgen und am Nachmittag sowohl in der Analyse als auch in der Prognose zumindest als gut (Stufe B) zu bezeichnen.*

*Der Knotenpunkt Börenstraße / Tourcoingstraße ist demnach auch unter den Prognose-Verkehrsbelastungen mit der bestehenden Regelungsart „rechts vor links“ als deutlich ausreichend leistungsfähig einzustufen. Bedingt durch die geplante Wohnbauflächenentwicklung wird sich die Verkehrssituation gegenüber dem Bestand nicht signifikant verändern.*

*Zusammengefasst und abschließend ergeben sich aus verkehrsgutachterlicher Sicht unter Berücksichtigung der zugrunde gelegten Berechnungsannahmen keine Bedenken gegen die geplante Entwicklung einer Wohnbebauung mit maximal 120 Wohneinheiten am Standort Tourcoingstraße in Bottrop.<sup>3</sup>*

Bei der Untersuchung wurden die betroffenen Knotenpunkte im Bestand durch Zählung betrachtet, wobei hinsichtlich der verkehrlichen Auswirkungen die Kfz-Frequenzen gegenüber den Analyse-Zählwerten um 10% erhöht angesetzt und somit im Hinblick auf die Bewertung der Leistungsfähigkeit vergleichsweise ungünstige Berechnungsannahmen zugrunde gelegt wurden. Bei der Betrachtung der Auswirkungen der Planung wurde ebenfalls als worst-case-Annahme für das Gesamtgebiet eine erhöhte Anzahl von 120 Wohneinheiten zugrunde gelegt (geplant sind ca. 93 Wohnungen).

Weitere Ausführungen sind der Verkehrsuntersuchung zu entnehmen.

Das Gutachten berücksichtigt allerdings nicht die Errichtung der Kindertagesstätte, die insbesondere Verkehrsbelastungen in der morgendlichen Spitzenstunde und in der Mittagszeit verursacht. Diese werden durch Mitarbeitende und durch den Bring- und Abholverkehr verursacht.

Aus Sicht der Stadt ist durch die Errichtung der Kindertagesstätte nicht mit einer wesentlichen Verschlechterung der prognostizierten Verkehrsbelastung zu rechnen, so dass auf die Erweiterung des Gutachtens verzichtet wird. Diesbezüglich wird begründet: Bisher liegt die zu erwartende Belastung in der Mittagszeit deutlich unterhalb der Spitzenstunden. Die Ergebnisse in den Spitzenstunden prognostizieren bisher keine deutliche

<sup>3</sup> „Projekt Tourcoingstraße in Bottrop“, Verkehrsgutachten, Blanke Ambrosius, Januar 2021, Bochum



Stand: März 2024  
Seite: 20

Verschlechterung der Verkehrsqualität (sehr gut und gut). Zudem wurde die Untersuchung mit einem deutlichen Spielraum gerechnet (worst-case-Annahme)

### 3. Schalltechnische Auswirkungen

Das Plangebiet ist durch den Verkehrslärm der Autobahn BAB 2/31 belastet. Die schalltechnischen Orientierungswerte der DIN 18005 für Allgemeine Wohngebiete werden überschritten.

Im Rahmen einer schalltechnischen Untersuchung ist daher die Betrachtung des vorhandenen Verkehrslärms (Straßenverkehr) notwendig. Des Weiteren sind die Auswirkungen des Planvorhabens durch den Straßenneubau und die geplanten Stellplatzanlagen zu betrachten. Es wurde ein Gutachten<sup>4</sup> erarbeitet, dessen Ergebnisse in den Bebauungsplan eingegangen sind.

Das Gutachten kommt in seiner Zusammenfassung (Bericht ab Seite 6) zu folgendem Ergebnis:

*„Auf das Plangebiet wirken Verkehrslärmimmissionen der umliegenden Straßen, sowie der nördlich gelegenen A2 und der nordwestlich gelegenen A31 ein. Bei freier Schallausbreitung im Plangebiet liegen Beurteilungspegel zwischen 59 dB(A) und 64 dB(A) tags und Beurteilungspegel zwischen 52 dB(A) und 58 dB(A) nachts vor. Die Orientierungswerte der DIN 18005 für Verkehrslärm bei einem Allgemeinen Wohngebiet (55 dB(A) tags und 45 dB(A) nachts) werden tagsüber um bis zu 9 dB und nachts um bis zu 13 dB überschritten. Die Grenze zur Gesundheitsgefährdung (70 dB(A) am Tag und 60 dB(A) in der Nacht) wird weder tags noch nachts im Plangebiet überschritten.“*

*Die maßgebliche Schallquelle, die auf das Plangebiet einwirkt, ist die nördlich gelegene Autobahn A 2. Zum Schutz des Plangebietes kämen als aktive Schallschutzmaßnahme nur Lärmschutzwände südlich der Autobahn über eine Länge von mehreren Kilometern in Frage. Dies macht aber keinen Sinn, da der Umbau der Anschlussstelle der BAB 2 zur BAB 31 gerade geplant wird diese Lärmschutzwände dann wieder abgerissen werden müssten. In unmittelbarer Nachbarschaft zum Plangebiet liegen schon Bestandsbebauungen, die bei dem Umbau der Autobahn berücksichtigt werden müssen und dazu führen, dass an der Autobahn Lärmschutzmaßnahme umgesetzt werden. Das wird auch im Plangebiet zu geringeren Geräuschemissionen führen. Da das Planfeststellungsverfahren für diesen Autobahnumbau aber noch nicht begonnen wurde und die Planungen noch nicht abgeschlossen sind, muss für dieses Bebauungsplanverfahren noch von der lautereren Bestandssituation ausgegangen werden.*

<sup>4</sup> „Schallschutzgutachten B-Plan Nr. 4.13/1 „Tourcoingstraße“ Bottrop“ (Bericht Nr.: B14530), IST Ingenieurbüro Stöcker, September 2022, Haltern am See

Stand: März 2024  
Seite: 21

*Der Schutz der Innenräume durch aktive Schallschutzmaßnahmen würde große Wand /Wallhöhen in Höhe des zu schützenden Geschosses erfordern, damit eine Einhaltung der Orientierungswerte gerade der höher gelegenen Geschosse ebenfalls gegeben ist. Entsprechende Schutzeinrichtungen können aufgrund der notwendigen Dimensionierung ausgeschlossen werden.*

*Zur Gewährleistung eines ausreichenden Schutzes der Innenräume vor Verkehrslärm sind daher im B-Plangebiet passive Schallschutzmaßnahmen erforderlich. Basis für die im Baugenehmigungsverfahren konkret auszuweisenden Schallschutzmaßnahmen ist die DIN 4109 (s. Karte 25 und 26).*

*Im gesamten Plangebiet treten bei freier Schallausbreitung nachts Außengeräuschpegel > 50 dB(A) auf. Im Plangebiet werden schalldämmende, eventuell fensterunabhängige Lüftungseinrichtungen erforderlich, sofern die Außengeräuschpegel vor den Fassaden nicht z.B. durch Abschirmungen durch Gebäude auf unter 50 dB(A) reduziert werden können.*

*Im nördlichen Plangebiet (s. Karte 27) treten tagsüber Beurteilungspegel > 62 dB(A) auf, bei denen davon auszugehen ist, dass in Außenwohnbereichen unzumutbare Störungen der Kommunikation und der Erholung vorliegen. Daher wird in diesem Bereich („Lärmschutzzone A“) vorgeschlagen, dass Außenwohnbereiche dort nicht an den Nordseiten der Gebäude (lärmszugewandte Seite) realisiert werden sollen.*

*In der Karte 13 sind die Flächen gleicher Beurteilungspegel bei einer Bebauung des Plangebiets mit dem städtebaulichen Entwurf in Höhe ebenerdiger Außenwohnbereiche (2 m über Grund) abgebildet. Außenwohnbereiche werden i.d.R. nur während des Tageszeitraums genutzt und entsprechend beurteilt. Wird der städtebauliche Entwurf wie geplant umgesetzt, liegen in den Garten/Terrassenbereichen, abgesehen von den beiden nördlichen Mehrfamilienhäusern, durchgängig Beurteilungspegel  $\leq$  62 dB(A) vor. Der Orientierungswert der DIN 18005 von 55 dB(A) am Tag wird jedoch fast in allen Garten/Terrassenbereichen überschritten.*

*An den bestehenden Wohngebäuden werden Beurteilungspegel von max. 49 dB(A) am Tag und 39 dB(A) in der Nacht durch die Straßen im Plangebiet prognostiziert. Die Immissionsgrenzwerte der 16. BImSchV für ein Wohngebiet von 59 dB(A) am Tag und 49 dB(A) in der Nacht werden um mind. 10 dB tags und nachts unterschritten.*

*Durch den zusätzlichen Verkehr des Bauvorhabens nehmen die Lärmimmissionspegel im Plan-Fall am meisten im unmittelbaren Umfeld des Plangebiets an der Tourcoingstraße 1 tags um bis zu 1,44 dB und nachts um bis zu 0,23 dB zu. An den Immissionsorten, an welchen die Schwelle zur Gesundheitsgefährdung (70 dB(A) am Tag und/oder 60 dB(A) in der Nacht) erreicht oder bereits überschritten ist, liegt die Zunahme durch das*

Stand: März 2024  
Seite: 22

*Plangebiet in der jeweiligen Beurteilungszeit bei unter 0,1 dB und wird als akustisch irrelevant eingestuft.*

*Für die geplanten 53 Einfamilienhäusern wird je ein Pkw-Stellplatz in unmittelbarer Nähe geschaffen. Es kann davon ausgegangen werden, dass durch diese keine schädlichen Umwelteinwirkungen durch Geräusche hervorgerufen werden und die entstehenden Geräusche als sozialadäquat einzustufen sind. Die Lärmemissionen dieser Stellplätze werden daher nicht prognostiziert.*

*Für die vier Mehrfamilienhäuser (zwei im Norden und zwei im Süden des Plangebiets) wird je eine Stellplatzanlage mit 20 Pkw-Stellplätzen im Norden und im Süden errichtet. Durch die Benutzung der Anwohnerparkplätze werden die Immissionsrichtwerte der TA Lärm für Allgemeine Wohngebiete (WA) an fast allen Immissionsorten eingehalten. Lediglich im Erdgeschoss des nördlichen Einfamilienhauses an der Nordfassade kann es im östlichen Bereich der Nordfassade zu leichten Überschreitungen des Immissionsrichtwertes nachts von 1 dB kommen. Die Stellplätze wurden in möglichst großem Abstand zu dem Plangebäude geplant, um die Geräuscheinwirkungen zu minimieren. Eine Verschiebung der Stellplätze in Richtung des Plangebäudes und die Ausführung der Stellplätze als Garagen oder Carports ist hier nicht möglich, da dann die Feuerwehr über diese Hindernisse hinweg das Gebäude nicht mehr ansteigern kann. Deshalb wird hier die Lage der Stellplätze im nördlichen Grundstücksbereich unter Berücksichtigung des Brandschutzes als akustisch optimale Lösung gesehen.“*

Das Gutachten zeigt auf, dass der Planbereich durch den Verkehrslärm der Autobahnen belastet ist. Die Grenze der Gesundheitsgefährdung wird nicht überschritten. Mit dem vom Land NRW angekündigten Umbau des Autobahndreiecks Bottrop (A A2 und A 31)<sup>5</sup> geht eine Lärmsanierung in den betroffenen Abschnitten einher. Hierdurch wird es mittel- bis langfristig zu einer Entlastung im Plangebiet kommen. Der Bebauungsplan reagiert dennoch auf die derzeitige Belastung, indem er verschiedene textliche Festsetzungen trifft, die das Gutachten vorschlägt.

Weitere Ausführungen sind dem Schallschutzgutachten zu entnehmen.

#### **4. Entwässerung**

Es ist vorgesehen, das geplante Wohngebiet im Trennsystem über ein Schmutz- und Regenwassernetz zu entwässern.

---

<sup>5</sup> Der Zeitplan sieht den Baubeginn für Ende 2026 und die Fertigstellung des neuen Autobahndreiecks für 2029/2030 vor: <https://www.autobahn.de/die-autobahn/projekte/detail/a2-a31-umbau-autobahndreieck-bottrop>, Essen

Stand: März 2024

Seite: 23

### Schmutzwasser

Das anfallende Schmutzwasser wird in das städtische Kanalnetz in der Tourcoingstraße eingeleitet. Die Ergänzung des Netzes erfolgt durch Kanäle in den festgesetzten öffentlichen Straßen.

### Regenwasser

In einem Bodengutachten wurde die Möglichkeit zur Versickerung des Regenwassers geprüft. Den Ergebnissen der Untersuchungen zu Folge lassen sich nur ungünstige kf-Werte ableiten, so dass die Böden als schwach durchlässig oder schlechter bewertet wurden. Somit ist eine ausreichende und gesicherte Wasserdurchlässigkeit des Untergrundes, weder für eine dezentrale noch für eine zentrale Regenwasserversickerung sicher gegeben. Einzelheiten sind den Untersuchungen zu entnehmen.<sup>6</sup>

Die bPLAN Ingenieurgesellschaft GbR aus Essen hat daher eine Konzeption der Regenwasserableitung zur Erhöhung des Verdunstungs- und Teilversickerungsanteils mit folgenden Elementen entwickelt:

- Offene Regenwasserableitung/ -rückhaltung entlang des Westrands des Baugebietes in Rasenmulden (öffentlich).
- Angrenzender 3,5 m breiter Unterhaltungsweg (öffentlich).
- Naturnaher Retentionsbodenfilter im Nordwesten (öffentlich).
- Gedrosselte Einleitung ins Gewässer (10 l/s).

Nach den Berechnungen ergeben sich insgesamt 12.000 m<sup>2</sup> bebaute/ befestigte Fläche, von der das Niederschlagswasser in die westlich des Baugebietes geplante Grünmulde und damit gedrosselt (auf 10 l/s) in den Vortrbach abgeleitet wird.

Für die offene Ableitung des Niederschlagswassers auf den privaten Einfamilienhausgrundstücken in Richtung Mittelrinne der öffentlichen Straße ist eine Pflasterrinne geplant. Alternativ kann auch ein Formstein eingebaut werden.

Die Weiterleitung des Wassers im öffentlichen Bereich, also von der Straßenbegrenzungslinie bis zur Mittelrinne der Straße, kann aus technischer Sicht aufgrund der geringen Abflussmenge „diffus“ über das Regelpflaster der Straße erfolgen. Alternativ könnte ca. alle 6 m bzw. 12 m ein Muldenstein eingebaut werden. Durch die muldenförmige Ausbildung des Steins würden regelmäßige, ausgeprägte Stolperkanten in der öffentlichen Straße quer zur Längsachse vermieden.

---

<sup>6</sup> „Gutachten zur Baugrundsituation inkl. Abfalltechnischer Deklaration und orientierender Erstbewertung gemäß Bundesbodenschutzverordnung, Baufeld westlich Tourcoingstraße, 46240 Bottrop, Althoff & Lang GbR, Mai 2018, Köln  
„Erschließungsmaßnahme Nr. B-Plan 4.13/1 Baugebiet Tourcoingstraße, Bottrop, Genehmigungsplanung gemäß § 8, 9, 10 WHG für die gedrosselte Einleitung in den Vortrbach“, bPLAN Ingenieurgesellschaft, Februar 2024, Essen

Stand: März 2024  
Seite: 24

Die gedrosselte Einleitung in den Vorthbach wurde mit der Emschergenossenschaft und der Unteren Wasserbehörde vorab abgestimmt. Der wasserrechtliche Einleitungsantrag wird jedoch zu einem späteren Zeitpunkt seitens der Stadt gestellt.

Aufgrund des großen Höhenunterschieds zwischen dem nordwestlichen Baugebietsniveau und der Gewässersohle des Vorthbaches von ca. 7 m sollte das Niederschlagswasser ab dem Drosselbauwerk bis 2 m zur Einleitungsstelle in einer Rohrleitung DN 300 geführt werden und wird dann mittels Wasserbausteinen zum Gewässer weitergeführt. Für diese Leitung besteht eine Reinigungs- und Inspektionsmöglichkeit von dem geplanten, anfahrbaren Schacht DN 1000 am Drosselbauwerk aus.

Das Regenwasser von den befestigten öffentlichen Verkehrsflächen sowie der privaten Baugrundstücke wird somit gemeinsam über das o.g. System geleitet.

Der Bebauungsplan setzt entsprechend an der westlichen Plangebietsgrenze eine Fläche für die Abwasserbeseitigung; Anlagen, Einrichtungen und sonstige Maßnahmen, die dem Klimawandel entgegenwirken (§ 9 Absatz 1 Nummer 14 und Absatz 6 BauGB) fest.

#### Überflutungsschutz

Die geplante Grünmulde dient gleichzeitig als Notwasserweg für den Überflutungsschutz. Nach Starkregen kann hier über einen längeren Zeitraum die Retention und Verdunstung erfolgen. Bei Überlauf ist die Ableitung des Regenwassers in den Vorthbach vorgesehen.

### 5. Ermittlung des Kompensationsbedarfs

Um die Belange von Natur und Landschaft sachgemäß in die Abwägung einstellen zu können, wurde zu diesem Bebauungsplan durch das Büro Kuhlmann & Stucht GbR aus Bochum im Rahmen des Umweltberichtes ein Landschaftspflegerischer Begleitplan erstellt.<sup>7</sup> Nach der Biotoptypenliste der Stadt Bottrop (Stand 11.2010) erfolgte die Zuordnung der Flächen zu Biotoptypen im Bestand und in der Planung. Demnach ergibt sich eine Eingriffsbilanz.

In der Gesamtbilanz ergibt sich nach Gegenüberstellung des Gesamtflächenwertes des Ausgangszustandes zum Gesamtflächenwert gemäß der Planung kein verbleibender Kompensationsbedarf.

Bei der Bewertung des Planzustandes wurde die Anlage der im Bebauungsplan festgesetzten extensiven Dachbegrünung berücksichtigt.

<sup>7</sup> Landschaftspflegerischer Begleitplan zum Bebauungsplan Nr. 4.13/1 „Tourcoingstraße“, Kuhlmann & Stucht GbR, Februar 2024, Bochum

Stand: März 2024  
Seite: 25

Die Aufnahme der begrünten Retentionsdächer versteht sich auch als Anreiz für Investoren und private Bauherren zur Durchführung einer solchen Maßnahme. Dies erscheint sinnvoll, da begrünte Retentionsdächer generell den Anteil von Grünflächen erhöht, das Mikroklima positiv beeinflusst, die Verdunstung von Regenwasser begünstigt und die Ableitung von Regenwasser verringert wird.

Als Ausgleichsmaßnahme wird die Umwandlung von ca. 7.950 m<sup>2</sup> intensiv genutzter Ackerfläche in extensiv genutztes Grünland vorgeschlagen und im Bebauungsplan festgesetzt. Unmittelbar benachbart zum geplanten Wohngebiet wird auf den Flurstücken 589 der Flur 158 und 327 der Flur 154 eine Ackerfläche in dieser Größe in das Planverfahren eingebracht.

Im Ergebnis kann innerhalb des Plangebietes der vollständige ökologische Ausgleich der Planung sichergestellt werden. Es sind weder externe Ausgleichsmaßnahmen, noch die Beanspruchung von Maßnahmen aus dem Ökopool der Stadt Bottrop notwendig.

Die genaue Eingriffs-/Ausgleichsbilanzierung sowie weitere Einzelheiten sind dem landschaftspflegerischen Begleitplan und dem Umweltbericht zu entnehmen.

## 6. Artenschutz

Die artenschutzrechtlichen Belange wurden durch das Büro Kuhlmann & Stucht GbR aus Bochum im Rahmen eines Fachbeitrags geprüft:

*„Die Notwendigkeit zur Durchführung einer Artenschutzprüfung (ASP) im Rahmen von Planungsverfahren oder bei der Zulassung von Vorhaben ergibt sich aus den unmittelbar geltenden Regelungen des § 44 Abs. 1 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) i.V.m. §§ 44 Abs. 5 und 6 und 45 Abs. 7 BNatSchG. Damit sind die entsprechenden Artenschutzbestimmungen der FFH-Richtlinie (FFH-RL) (Art. 12, 13 und 16 FFH-RL) und der Vogelschutzrichtlinie (V-RL) (Art. 5, 9 und 13 V-RL) in nationales Recht umgesetzt worden.*

*Im Jahr 2019 wurde bereits eine Artenschutzprüfung Stufe I (ILS ESSEN GMBH 2019) erstellt, mit dem Ergebnis, dass eine Auslösung artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände gem. § 44 Abs. 1 BNatSchG für einige der planungsrelevanten Tierarten zutreffen könnten, sodass eine vertiefende Betrachtung der potenziell betroffenen Arten in Stufe II erforderlich wird.*

*Da sich die Aufstellung des B-Plans in einem fortlaufenden Planungsprozess befindet, haben seitdem Anpassungen am städtebaulichen Konzept stattgefunden. So war zum damaligen Zeitpunkt der Erarbeitung der ASP Stufe I die Überplanung des südlichen Gehölzbestandes vorgesehen. In*

Stand: März 2024

Seite: 26

*dem aktuellen Entwurf sind die Gehölze zwar noch Bestandteil des Geltungsbereichs, hier wird jedoch lediglich eine planungsrechtliche Sicherung festgesetzt, sodass im Gehölzbestand keine Eingriffe erfolgen.*

*Die Erhaltungsfestsetzung des Gehölzbestands hat zur Folge, dass die Annahme des Verlusts von potenziellen Quartieren von Vögeln und Fledermäusen durch die Rodung dieser Gehölze und die daraus resultierenden artenschutzrechtlichen Konflikte in der ASP Stufe I heute nicht mehr bestehen und im Rahmen der ASP Stufe II nicht weiter zu betrachten sind.*

*Auf Grundlage des aktuellen Entwurfs und der faunistischen Erhebungen aus dem Jahr 2020 wird in der vorliegenden Artenschutzprüfung Stufe II geprüft, ob durch die Aufstellung des Bebauungsplans artenschutzrechtliche Verbotstatbestände entsprechend den Bestimmungen des § 44 Abs. 1 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) ausgelöst werden können.“*

In seiner abschließenden Beurteilung kommt die Untersuchung zu folgendem Ergebnis:

*„Die Umsetzung des Bebauungsplans 4.13/1 "Tourcoingstraße" lässt keine Konflikte mit dem Artenschutz erwarten.*

*Es ist sichergestellt, dass*

- keine Tiere verletzt oder getötet werden (entspr. § 44 (1) Nr. 1 BNatSchG),*
- keine Tiere während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten so gestört werden, dass sich der Erhaltungszustand der lokalen Population verschlechtert (entspr. § 44 (1) Nr. 2 BNatSchG),*
- keine Fortpflanzungs- oder Ruhestätten aus der Natur entnommen, beschädigt oder zerstört werden, ohne dass deren ökologische Funktion im räumlichen Zusammenhang erhalten bleibt (entspr. § 44 (1) Nr. 3 i.V.m. § 44 (5) BNatSchG).*

*Bei landesweit ungefährdeten ubiquitären Arten wie Amsel, Singdrossel, Buchfink, Blaumeise usw. sind grundsätzlich keine populationsrelevanten Beeinträchtigungen zu erwarten. Daher wurden diese Arten im Rahmen der vorliegenden artenschutzrechtlichen Prüfung nicht weiter betrachtet.*

*Bei einer Rodung von Gehölzen ist der bundeseinheitlich festgelegte Zeitraum für Baumschnitt und Fällarbeiten (§ 39 Abs. 5 BNatSchG) zwischen 01.10. und 28.02. einzuhalten.“*

Durch die Erweiterung des nördlichen Planbereichs um das Flurstück 449, das als zugeordneter Außenbereich der geplanten Kindertagesstätte genutzt werden soll, wurde die Ergänzung der bisherigen Artenschutzprüfung notwendig. Im Fazit wird festgestellt:

Stand: März 2024  
Seite: 27

*„Im Ergebnis kann keine besondere artenschutzrechtliche Bedeutung festgestellt werden. Es konnten keine Horst- oder Höhlenbäume festgestellt werden. Insgesamt stellt der Bereich einen allgemeinen (Teil-) Lebensraum für die im Siedlungsbereich üblichen, ubiquitären Arten dar.*

*Während der Begehung wurden typische „Allerweltsarten“ gesichtet wie Amsel, Kohlmeise, Rotkehlchen, Elster etc. Ein Brutvorkommen dieser weit verbreiteten Vogelarten ist nicht auszuschließen. Bei diesen landesweit ungefährdeten, ubiquitären Vogelarten sind allerdings grundsätzlich keine populationsrelevanten Beeinträchtigungen zu erwarten. Das gesetzlich festgelegte Rodungsverbot während der Brut- und Aufzuchtzeiten vom 1. März bis zum 30. September vermeidet die Tötung und Verletzung aller europäischer Vogelarten.*

*Die artenschutzrechtliche Beurteilung der Erweiterungsfläche entspricht dem Ergebnis des Artenschutzgutachtens (Kuhlmann & Stucht 2021), sodass auf eine Überarbeitung verzichtet werden kann. Es ist sichergestellt, dass keine artenschutzrechtliche Verbotstatbestände entsprechend den Bestimmungen des § 44 Abs. 1 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) ausgelöst werden können.“*

Weitere Einzelheiten sind dem Artenschutzrechtlichen Fachbeitrag<sup>8</sup> und der Ergänzung zur Artenschutzprüfung<sup>9</sup> zu entnehmen.

## 7. Klima

Um die Auswirkungen des geplanten Bauvorhabens auf die lokalen klimatischen Verhältnisse (Kaltluftgeschehen, bioklimatische/thermische Umgebungsbedingungen) zu untersuchen und zu bewerten sowie Planungsempfehlungen zur Optimierung der lokalklimatischen Umgebungsbedingungen zu erarbeiten, wurde ein Klimagutachten erarbeitet<sup>10</sup>.

Das Gutachten kommt in seiner Zusammenfassung (Bericht ab Seite 3) zu folgendem Ergebnis:

*„Die Ergebnisse der Simulationsrechnungen für den Istfall zeigen, dass sich im Untersuchungsgebiet während windschwacher Strahlungsnächte Kaltluftsysteme ausbilden. Aufgrund der geringen Geländeneigungen sind die bodennahen Strömungsgeschwindigkeiten im Untersuchungsgebiet meistens nur schwach. Das Fehlen einer Luftleitbahn verhindert, dass eine effektive Frischluftzufuhr vom Umland bis zum Plangebiet stattfindet. Die Kaltluftvolumenströme im Plangebiet weisen daher nur geringe Inten-*

<sup>8</sup> „Artenschutzprüfung (ASP) Stufe II zum Bebauungsplan Nr. 4.13/1 „Tourcoingstraße“, Stadt Bottrop“, Kuhlmann & Stucht GbR Landschaftsplanung - Umweltplanung, April 2021, Bochum

<sup>9</sup> "Ergänzung zur ASP zum Bebauungsplan Nr. 4.13/1 "Tourcoingstraße", Stadt Bottrop“, Kuhlmann & Stucht GbR Landschaftsplanung - Umweltplanung, Februar 2024, Bochum

<sup>10</sup> „Bebauungsplan Nr. 4.13/1 „Tourcoingstraße“ in Bottrop – Klimagutachten“, Lohmeyer GmbH, Juni 2020, Fürstenwalde



Stand: März 2024  
Seite: 28

*sitäten auf und können aufgrund fehlender Kaltluftneubildung und der flachen Topographie nicht weit in die benachbarten Wohnsiedlungen eindringen.*

*Das vorgesehene Bebauungskonzept verursacht keine relevanten Veränderungen in der Kaltluftversorgung und -dynamik im Bereich der angrenzenden Wohnsiedlungen und kann daher unseres Erachtens realisiert werden.*

*Bei der weiteren Planung und der sich hieran anschließenden baulichen Umsetzung, sollten aber unter Berücksichtigung der mit dem Klimawandel einhergehenden Zunahme der Hitzebelastung die im Kapitel 5 formulierten Planungsempfehlungen möglichst umfänglich beachtet und umgesetzt werden.“*

Das Gutachten listet im Bericht ab Seite 19 die folgenden Planungsempfehlungen auf. Die Empfehlungen des Gutachtens konnten weitgehend im städtebaulichen Konzept und im Bebauungsplan umgesetzt werden. Um die Anpassungen des städtebaulichen Konzeptes und die Festsetzungen im Bebauungsplan darzustellen, werden diese nach den jeweiligen Empfehlungen erläutert.

*„Unter Berücksichtigung der zukünftig zunehmenden Wärmebelastung sollten bei den textlichen Festsetzungen des Bebauungsplans folgende Hinweise geprüft und weitestgehend berücksichtigt werden:“*

- *„Grundsätzlich ist ein hoher Grünflächenanteil anzustreben. Vegetationsreiche Gärten mit einem geringen Versiegelungsgrad als lokale Kaltluftproduktionsfläche tragen zu einem besseren Stadtklima bei.“*

Das städtebauliche Konzept / der Bebauungsplan sieht im zentralen Bereich eine aufgelockerte Bebauung durch Einfamilienhäuser mit Gartenbereichen vor. Die Orientierungswerte der Baunutzungsverordnung zum Maß der baulichen Nutzung werden in der Gesamtbetrachtung eingehalten und im Bereich der freistehenden Einfamilienhäuser auch deutlich unterschritten. Nicht überbaute bzw. nicht versiegelte Grundstücksbereiche sind gärtnerisch zu gestalten. So genannte Steingärten sind unzulässig. Innerhalb des Vorgartens sind nur Zuwegungen, Anlagen für Müllcontainer, Abstellflächen für Müllcontainer, Zufahrten zu Garagen bzw. Aufstellflächen unmittelbar vor den Garagen zulässig. Entlang der Tourcoingstraße befinden sich schmale öffentliche Grünflächen. Es sind eine große naturnah gestaltete Anlage zur Entwässerung und eine große ökologische Ausgleichsfläche geplant.

- *„Die Freiflächen südwestlich des Plangebietes sind aufgrund ihrer wichtigen Funktion als Frischluft- und Kaltluftleitbahn unbedingt festzuschreiben. Zur Verbesserung der thermischen Ausgleichsfunktion ist hier ein möglichst hoher Baumanteil anzustreben.“*

Die südliche Freifläche innerhalb des Plangebietes wird als Wald gesichert und durch Pflanzmaßnahmen ergänzt.

Stand: März 2024

Seite: 29

- *„Um eine bessere Durchlüftung zu gewährleisten, sollten alle Plangebäude nach Ost-West ausgerichtet sein. Dies betrifft vor allem die mittleren und südlichen Plangebäude.“*

Die städtebauliche Konzeption wurde entsprechend für das gesamte Plangebiet angepasst. Gebäude und Gebäudereihen sind nun nach Ost-West ausgerichtet.

- *„Durch eine Begrünung der Dachflächen und der Fassaden wird die Aufheizung der Oberflächen verringert. Hierdurch werden die Lufterwärmung und die Wärmespeicherung in den Bauteilen gemindert. Dies wirkt sich ganztagig positiv auf die Wärmebelastung im Außenbereich aus und verbessert den thermischen Komfort im Inneren der Gebäude. Eine Dachbegrünung leistet auch einen Beitrag zum Hochwasserschutz, da hierdurch Niederschlagswasser gespeichert wird.“*

Es wird das Flach- und das Pultdach mit geringer Neigung sowie die Dachbegrünung festgesetzt. Eine Begrünung von Fassaden ist zulässig, wird allerdings nicht zwingend festgesetzt.

- *„Oberflächen von Verkehrsflächen sollten möglichst teildurchlässig gestaltet werden, um eine Versickerung von Niederschlagswasser zu ermöglichen.“*

Der Boden im Plangebiet lässt eine Versickerung nicht zu. Auf Festsetzungen zu den Oberflächen von Straßen und Wege wird daher verzichtet. Dem Bebauungsplan liegt eine umfangreiche Entwässerungskonzeption mit einer großen, naturnahen Anlage zur Ableitung von Regenwasser in den nahegelegenen Vorfluter zugrunde.

- *„Um Raumerwärmungen in den geplanten Gebäuden zu vermeiden, sind wirksame Maßnahmen für den sommerlichen Wärmeschutz vorzusehen. Hierzu sollte der Fensterflächenanteil auf ein sinnvolles Maß beschränkt werden. Zusätzlich sind Glasflächen an den West-, Ost-, und Südfassaden mit beweglichen Sonnenschutzanlagen auszustatten.“*

Der Aspekt betrifft den Bebauungsplan nicht, wird allerdings im Rahmen der Haustypenplanung durch den Investor berücksichtigt.

- *„Für Außenwände und Bodenbeläge im Außenbereich sind möglichst helle Farben zu favorisieren, um eine starke Überhitzung der Oberflächen und eine starke Wärmespeicherung in den Baustoffen zu vermeiden.“*

Festsetzungen werden im Bebauungsplan nicht aufgenommen. Allerdings werden die Einfamilienhäuser durch den Investor errichtet. Ein entsprechendes Farbkonzept wird umgesetzt.

- *„Aufgrund der positiven thermischen Wirkungen von Bäumen (Verschattung, Verdunstung) sind Baumpflanzungen im Plangebiet vorzusehen. Um Beeinträchtigungen der Frischluftzufuhr aufgrund des Strömungswiderstands der Baumkronen zu vermeiden,*

Stand: März 2024

Seite: 30

*sollten im Bereich von Straßen und im Bereich der oben genannten Luftleitbahn Baumarten mit höheren und aufgelockerten Baumkronen bevorzugt werden. Zusätzlich sind Arten zu favorisieren, die an die zunehmende Wärmebelastung angepasst sind.“*

Der Bebauungsplan trifft auf der Grundlage des landschaftspflegerischen Begleitplans, der die genannten Aspekte berücksichtigt, Festsetzung zu Bepflanzungen.

- *„Parkähnliche Strukturen oder Plätze können im Plangebiet als lokale „Klimaoasen“ wirken. Dieser Effekt kann durch Wasserflächen oder Brunnen zur Abkühlung verstärkt werden.“*

Der Bebauungsplan setzt verschiedene Grünflächen, eine große naturnahe Entwässerungsanlage und eine begrünte Ausgleichsfläche fest.

Weitere Ausführungen sind dem Klimagutachten zu entnehmen.

## F. Planinhalte - Begründung der Festsetzungen im Einzelnen

### 1. Planungsrechtliche Festsetzungen

#### 1.1 Art der baulichen Nutzung

Entsprechend der städtebaulichen Konzeption und in Anlehnung an die bestehende Nutzungsstruktur in der Umgebung werden im Plangebiet Allgemeine Wohngebiete festgesetzt. Zulässig sind alle nach § 4 Abs. 2 BauNVO allgemein zulässigen Nutzungen. Ausnahmsweise zulässig sind sonstige nicht störende Gewerbebetriebe nach § 4 Abs. 3 Nr. 2 BauNVO. Um Störungen zu vermeiden, werden jedoch Betriebe des Beherbergungsgewerbes, Anlagen für Verwaltungen, Gartenbaubetriebe und Tankstellen nach § 4 Abs. 3 Nr. 1 und 3 bis 5 BauNVO ausgeschlossen. Diese Nutzungen unterstützen nicht die Zielsetzung zur Schaffung des geplanten Wohngebiets. Die ausgeschlossenen Nutzungen sind dazu geeignet, eine ungewünschte Verkehrsbelastung auszulösen. Auch wenn diese Nutzungen generell in Allgemeinen Wohngebieten verträglich sind, wird in diesem Fall ein Ausschluss insbesondere aufgrund der Erschließungssituation vorgenommen. Für das geplante Quartier ist lediglich ein Verkehrsanschluss mit einer Sackgasse vorgesehen, der von der Tourcoingstraße ausgeht. Die ausgeschlossenen Nutzungen würden somit ihren Zielverkehr in das Quartier hineinziehen, was nicht gewollt ist. Mit dem Ausschluss soll eine verträgliche Ausgestaltung der Allgemeinen Wohngebiete unterstützt werden. Zudem ist vorgesehen, verschiedene Wohnungsangebote in Form von freistehenden Einfamilienhäusern, Doppel- und Reihenhäuser sowie Geschosswohnungen zu erreichen. Auch soll öffentlich geförderter Wohnungsbau ermöglicht werden. Die geplante Kindertagesstätte kann in dem nördlichen Allgemeinen Wohngebiet realisiert werden, wobei die Freiflächen der Kindertagesstätte in der nördlich angrenzenden privaten Grünfläche liegen sollen. Insbesondere Gartenbaubetriebe nehmen hingegen große Flächen in Anspruch, die dann nicht dem Wohnungsbau und der Kindertagesstätte zur Verfügung stehen.

Die ausgeschlossenen Nutzungen sind in Gebieten außerhalb des Plangebietes zulässig. Die allgemeine Zweckbestimmung eines Allgemeinen Wohngebietes bleibt trotz der Ausschlüsse weiterhin gewahrt.

#### 1.2 Maß der baulichen Nutzung / Maximale Zahl der Wohneinheiten

##### Grundflächenzahl (GRZ) und Geschossflächenzahl (GFZ)

Es werden eine GRZ 0,4 und eine GFZ 0,8 in den Allgemeinen Wohngebieten WA2, WA3 und WA4 festgesetzt. Im Allgemeinen Wohngebiet WA5 gilt die GRZ 0,4 und GFZ 1,2.

Stand: März 2024

Seite: 32

Die festgesetzten Werte entsprechen den Orientierungswerten des § 17 BauNVO für Allgemeine Wohngebiete.

Darüber hinaus ist in Allgemeinen Wohngebieten laut § 19 BauNVO eine Überschreitung, u.a. durch Nebenanlagen, bis 0,6 zulässig. Mit den Festsetzungen der GRZ und der GFZ werden die Orientierungswerte eingehalten, so dass davon ausgegangen werden kann, dass die allgemeinen Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse nicht beeinträchtigt und nachteilige Auswirkungen auf die Umwelt vermieden werden.

Überschreitungen können im Bebauungsplan festgesetzt werden, wenn die zuvor genannten Kriterien eingehalten oder die Überschreitungen keine negativen Auswirkungen haben und durch andere Maßnahmen ausgeglichen werden.

Im Bereich des Allgemeinen Wohngebietes WA1 wird eine GRZ 0,5 mit Überschreitung durch Nebenanlagen im Sinne des § 14 BauNVO bis zu einer GRZ von 0,8 festgesetzt. In diesem Bereich ist die Errichtung von Mehrfamilienhäusern mit einer Kindertagesstätte als ein größeres Gebäude vorgesehen. Das Gebäude soll im gesamten Erdgeschoss die Kita aufnehmen, im südlichen Teilbereich werden drei weitere Obergeschosse zu Wohnzwecken genutzt.

Die Überschreitung wird mit der Errichtung der Kindertagesstätte begründet, die ebenerdig vorgesehen ist und eine Grundfläche von ca. 1.100 m<sup>2</sup> aufweisen soll. Nur ein geringer Teil der von der Kindertagesstätte benötigten Freifläche soll innerhalb des Allgemeinen Wohngebietes WA1 realisiert werden, so dass es zur geplanten baulichen Verdichtung kommt. Der größere Freibereich der Kita wird auf der nördlich angrenzenden privaten Grünfläche „p3“ eingerichtet. Somit wurde auf die Erweiterung des Allgemeinen Wohngebietes und gleichzeitiger auf die Einhaltung des Orientierungswertes der BauNVO zugunsten der privaten Grünfläche verzichtet. Die Grünfläche stellt den Ausgleich zur höheren Verdichtung dar.

In den Allgemeinen Wohngebieten WA 2 ist die Überschreitung der GRZ zulässig, wenn es sich um Mittelhäuser (d.h. Gebäude von Hausgruppen ohne seitlichen Grenzabstand) handelt. Zulässig ist eine Überschreitung für die Hauptanlagen bis GRZ 0,5. Darüber hinaus darf die GRZ für Baugrundstücke von Mittelhäusern durch Stellplätze und ihre Zufahrten sowie Nebenanlagen im Sinne des § 14 BauNVO (z.B. Wege, Abstellflächen und -anlagen für Müllcontainer) bis zur GRZ 0,7 überschritten werden.

Diese Festsetzung wird mit dem Ziel zur Errichtung von kompakten Reihenhäusern begründet, wie im städtebaulichen Entwurf dargestellt. Die Errichtung relativ schmaler Mittelhäuser macht eine entsprechende Baudichte notwendig. In der Gesamtbetrachtung des jeweiligen Baugebietes wird diese höhere Baudichte wieder ausgeglichen. Nach einer Berechnung der GRZ ergibt sich beispielsweise in der nördlichen Häuserreihe im WA 2 (s. o. städtebaulicher Entwurf) für die geplanten Grundstücke folgende Situation:

Stand: März 2024

Seite: 33

	GRZ1 (BauNVO 0,4), Hauptanlage ohne Nebenanlagen	GRZ2 (BauNVO 0,6), Hauptanlage mit Nebenanlagen
Grundstück westliches Doppelhaus 1	0,39	0,59
Grundstück westliches Doppelhaus 2	0,38	0,57
Grundstück westliches Endhaus	0,38	0,57
Grundstück Mittelhaus	0,44	0,67
Grundstück östliches Endhaus	0,33	0,49
Nördliche Reihe gesamt	0,38	0,58

Durch die Planung von Einfamilienhäusern in den WA 2 steht jeder Wohneinheit eine Gartenfläche und ein nach Süden, Westen oder Osten ausgerichteter Außenwohnbereich (Balkone/Loggien/(Dach-) Terrassen) zur Verfügung. Im Plangebiet sind mehrere kleinere öffentliche Grünflächen und eine private Grünfläche vorgesehen, die das Wohngebiet auflockern und begrünen. Darüber hinaus grenzt das Plangebiet unmittelbar an großflächige Freibereiche. Die landwirtschaftlichen Flächen tragen durch die gute Belüftung und geringe Aufheizung zu gesunden Wohn- und Arbeitsverhältnissen bei.

Ziel der Festsetzung ist dem Gebot des sparsamen Umgangs mit Grund und Boden zu entsprechen, wie ihn § 1a BauGB fordert, da Flächenverbrauch an anderer Stelle vermieden wird.

#### Zahl der Vollgeschosse und Höhe baulicher Anlagen

Die maximale Zahl der Vollgeschosse ist für die Wohngebiete WA 1 und WA 5, in denen die Errichtung der Mehrfamilienhäuser vorgesehen ist, auf vier festgesetzt. Alle weiteren Baugebiete sind auf drei Vollgeschosse beschränkt. In Kombination mit der Festsetzung der maximalen Höhen baulicher Anlagen ergibt sich in allen Wohngebieten allerdings, dass keine weiteren Staffelgeschosse realisiert werden können. Die Lenkung der baulichen Höhe und damit die Lenkung des Erscheinungsbildes der Gebäude erfolgt somit insbesondere durch die Höhenfestsetzungen. Ziel ist es, eine harmonische Höhenentwicklung zu der umgebenden Bestandsbebauung zu erreichen.

Aus dieser Zielsetzung ergibt sich im Allgemeinen WA1 auch eine Staffelung der Festsetzungen der Zahl der Geschosse und Gebäudehöhen. Innerhalb des WA1 ist die Errichtung einer ebenerdigen Kindertagesstätte mit einer innerhalb des Plangebietes sehr großen Grundfläche von ca. 1.100 m<sup>2</sup> vorgesehen. Der nördliche Bereich der Kindertagesstätte ist daher lediglich eingeschossig zu errichten. Lediglich im südlichen Bereich der überbaubaren Flächen sollen drei weitere Wohngeschosse möglich sein.

Stand: März 2024

Seite: 34

Grundlage für die Bemessung der zulässigen Höhen baulicher und sonstiger Anlagen sind absolute Bezugshöhen in Metern über Normalhöhen-null (NHN). Die Höhe der Mehrfamilienhäuser in den Allgemeinen Wohngebieten WA 1 und WA 5 orientiert sich an den nördlichen, gegenüberliegenden Mehrfamilienhäusern (Tourcoingstraße 5 bis 11) und an den südlich gelegenen Häusern einer Seniorenwohnanlage an der Ernst-Moritz-Arndt-Straße sowie Bügelstraße, die jeweils vier Geschosse und überwiegend Flachdach aufweisen. Die übrige Bestandsbebauung, wie z.B. Bögelsheide 7 bis 29 stellt sich als zweigeschossige Häuser mit Satteldach dar. Die geplanten Einfamilienhäuser in den Allgemeinen Wohngebieten WA 2 bis WA 4 werden entsprechend mit drei Vollgeschossen ohne zusätzliches Dachgeschoss und mit begrüntem Flachdach errichtet.

Der Bebauungsplan setzt fest:

- Die Gebäudehöhe (GH) ist bei Flachdächern und Pultdächern (FD / PD) definiert als die Oberkante Attika.
- Die festgesetzten maximalen Gebäudehöhen dürfen durch technische Aufbauten, Fahrstuhlüberfahrten und Anlagen zur regenerativen Energiegewinnung um bis zu 1,5 m überschritten werden.

Es handelt sich um ein topographisch abschüssiges Gelände. Von Süden nach Norden fällt das Gelände um ca. 3 m ab. Um die technische Erschließung sicherzustellen (Abfluss des Schmutz- und Niederschlagswassers) wird die Erschließungsplanung an diesen Höhenverlauf angepasst. Deutliche Höhenversprünge sollen vermieden werden. Im Bebauungsplan wurden die geplanten Ausbauhöhen der Straßen als Hinweis aufgenommen. Aufbauend hierauf setzt der Bebauungsplan die maximale Gebäudehöhen jeweils für die einzelnen Baufelder fest (GH in m ü. NHN). Ziel der Festsetzungen ist die Schaffung eines homogenen Stadtquartiers. So wird beispielsweise die maximale Gebäudehöhe im südlichen Baufeld des WA 2 auf 53,6 m ü. NHN festgesetzt, was auch mit der gegenüber liegenden Bestandsbebauung Bögelsheide 27 und 29 korrespondiert. Diese Gebäude weisen eine Traufhöhe von ca. 50,6 m ü. NHN und eine Firsthöhe von 54,6 m ü. NHN auf.

Aufgrund der Empfehlungen des Schallschutzgutachtens setzt der Bebauungsplan darüber hinaus innerhalb der jeweiligen überbaubaren Grundstücksflächen unterschiedliche maximale Wandhöhen in m ü. NHN fest.

- In den Allgemeinen Wohngebieten WA 2 bis WA 5 gelten in den überbaubaren Grundstücksflächen maximale Wandhöhen. Bei der Berechnung der Wandhöhe sind Brüstungen für Balkone und Dachterrassen mitzurechnen.

Die Festsetzungen stellen sicher, dass jeweils eine bauliche Abstufung der Gebäude in Richtung Süden bzw. Westen vorgenommen wird. Hintergrund ist, dass das Plangebiet durch den Verkehrslärm der nördlich gelegenen A2 und der nordwestlich gelegenen A31 belastet wird. Ziel der

Stand: März 2024

Seite: 35

Festsetzung ist es, ruhige Außenwohnbereiche auf der jeweils lärmabgewandten Gebäudeseite zu schaffen. Die somit niedrigen Gebäudeteile sollen Balkone und Dachterrassen aufnehmen. Zur weiteren Absicherung trifft der Bebauungsplan ergänzende Festsetzungen zum Immissionsschutz nach § 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB (s. u.). Demnach sind in den besonders belasteten Allgemeinen Wohngebieten WA 1 und WA 2 mindestens ein Außenwohnbereich (Balkon/Loggia/(Dach-) Terrasse) an der Süd-, West- oder Ostseiten der Gebäude zu errichten.

#### Maximale Zahl der Wohneinheiten

Der Bebauungsplan trifft die Festsetzung, dass in den Allgemeinen Wohngebieten WA 2 bis WA 4 maximal eine Wohnung je Wohngebäude zulässig ist.

Ziel des Bebauungsplans ist die Umsetzung des vom Investor vorgelegten und mit der Stadt abgestimmten städtebaulichen Konzeptes zur Schaffung eines Wohnquartiers als Abschluss der baulichen Entwicklung zum westlich gelegenen Freibereich. In Abstufung zur bestehenden, östlich gelegenen Mehrfamilienhausbebauung soll der größere Planbereich einen Einfamilienhauscharakter bekommen. Dieser stellt mit seinen Gartenflächen einen aufgelockerten Übergang zum Freibereich dar.

Gleichzeitig stellt das Konzept die Grundlage der Erschließungsplanung und der Betrachtung zum Schallschutz dar. Wie dargelegt, sollen ruhigere Außenwohnbereiche geschaffen werden. In diesem Zusammenhang steht auch die Festsetzung der Wohneinheiten, die die Schaffung von Einliegerwohnungen ohne Außenwohnbereich verhindern soll.

#### 1.3 Überbaubare Grundstücksfläche, Bauweise und Stellung baulicher Anlagen

Die überbaubaren Grundstücksflächen werden durch Baugrenzen festgesetzt. Hierbei wird der städtebauliche Entwurf zugrunde gelegt.

Innerhalb der Allgemeinen Wohngebiete soll eine kammartige bauliche Struktur entstehen, die die Gebäude mit Ausnahme der beiden freistehenden Einfamilienhäuser in Ost-West-Richtung anordnet. Daher sind die überbaubaren Flächen als Baufelder jeweils südlich und nördlich der Stichstraßen angeordnet. Die überbaubaren Flächen sind jeweils als durchgehende Streifen konzipiert, um die Grundkonzeption des städtebaulichen Entwurfs umzusetzen und gleichzeitig einen gewissen individuellen Spielraum bei der Grundrissgestaltung zu belassen. Hierdurch soll auch die Vermarktbarkeit der Grundstücke verbessert und eine zeitnahe Realisierung der Planung unterstützt werden.

Die Bautiefe der überbaubaren Grundstücksflächen wird aus dem städtebaulichen Entwurf des Investors abgeleitet und beträgt in den Allgemeinen Wohngebieten WA 2 bis WA 4 jeweils 12 m. Hier sollen Gebäudereihen mit Reihen-, Doppel- und Einzelhäusern entstehen. Entsprechend



Stand: März 2024

Seite: 36

setzt der Bebauungsplan für diese WA die Bauweise auf Hausgruppen und / oder Einzel- und Doppelhäuser fest.

Für den Bereich der geplanten Mehrfamilienhäuser im WA 5 weist das Baufeld eine Tiefe von 13 m auf.

Innerhalb des WA1 ist die Errichtung einer Kindertagesstätte vorgesehen. Über den 13 m tiefen Bereich der überbaubaren Grundstücksfläche mit viergeschossiger Bauweise hinaus, entwickelt sich daher noch ein weiterer Bereich, in dem lediglich eine eingeschossige Bebauung zulässig ist. In den WA1 und WA5 wird auf die Festsetzung der Bauweise verzichtet.

Die Struktur der nach Ost-West ausgerichteten Baufelder wurde gewählt, um eine möglichst gute Durchlüftung des Plangebiets und der östlich angrenzenden Baugrundstücke zu gewährleisten. Damit wird die Empfehlung des Klimagutachtens umgesetzt.

In den Allgemeinen Wohngebieten WA 1 und WA 5 gilt, dass die südlichen Baugrenzen durch Balkone um maximal 2 m überschritten werden dürfen. In den Allgemeinen Wohngebieten WA 2 bis WA 4 gilt, dass die rückwärtigen, von den Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung mit der Zweckbestimmung „Wohnweg“ und „Verkehrsberuhigter Bereich“ abgewandten Baugrenzen durch Terrassen um 4,5 m überschritten werden dürfen. Ziel der Festsetzungen ist eine zukunftsfähige und attraktive Ausstattung der Gebäude zu ermöglichen.

Nebenanlagen i. S. des § 14 Abs. 1 BauNVO sind auf den nicht überbaubaren Grundstücksflächen nur zulässig, wenn der umbaute Raum 15 m<sup>3</sup> nicht überschreitet.

Eine Überschreitung der Baugrenzen ist durch Terrassenüberdachungen bis maximal 4,5 m zulässig. Durch diese Festsetzung soll die Überformung von Gartenflächen durch Nebenanlagen verhindert werden.

Nebenanlagen i. S. des § 14 Abs. 2 BauNVO sind auf den nicht überbaubaren Grundstücksflächen generell zulässig. Hierdurch soll ein dezentrales Energiekonzept, beispielsweise mit kleineren Verteilstationen für Fernwärme, ermöglicht werden.

#### 1.4 Zulässigkeit von Stellplätzen und Garagen

In den Allgemeinen Wohngebieten WA 1 und WA 5 sind Stellplätze, Garagen und Carports nur innerhalb der für sie festgesetzten Flächen (GA/Ca/St) und innerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche zulässig. Tiefgaragen sind nur innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen zulässig.

In den Allgemeinen Wohngebieten WA 2 bis WA 4 sind Stellplätze, Garagen und Carports nur in den seitlichen Abstandsflächen der Wohngebäude zulässig. Zusätzlich dürfen sie die hintere Gebäudekante nur um maximal 3 m überschreiten.

Stand: März 2024

Seite: 37

Diese Festsetzungen sind aus dem städtebaulichen Konzept abgeleitet. Ziel ist es, dem geplanten Wohnquartier ein geordnetes und hochwertiges Erscheinungsbild zu geben und beispielsweise eine ungeordnete Überformung der privaten Flächen durch Garagen und Stellplätze zu verhindern.

In den Allgemeinen Wohngebieten sind Dächer von Garagen und Carports als Flachdach zu realisieren. Diese Festsetzung soll die Dachbegrünung dieser baulichen Anlagen sicherstellen und stehen im Zusammenhang mit den weiteren Begrünungs- und Ausgleichsmaßnahmen. Ziel ist die Reduzierung des Regenwasserabflusses und kleinteilige ökologische Aufwertung des Plangebietes.

#### 1.5 Verkehrsflächen

Die verkehrliche Erschließung erfolgt über die Verlängerung der Tourcoingstraße in Richtung Süden. Die Planstraße endet als Sackgasse in einer Wendeanlage. Über einen Fuß- und Radweg besteht darüber hinaus eine Verbindung zur Bügelstraße. Ziel ist es, weiterhin die Durchwegung für den Fuß- und Radverkehr sicherzustellen und gleichzeitig den Durchgangsverkehr für den motorisierten Verkehr zu unterbinden.

Der Bebauungsplan setzt diese Sammelstraße als Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung mit der Zweckbestimmung „verkehrsberuhigter Bereich“ fest. Innerhalb der Straße ist die versetzte Anordnung von öffentlichen Stellplätzen vorgesehen, so dass der Verlauf der Fahrbahn durch entsprechende Verschwenke verkehrsberuhigt ist. Hierdurch können ebenso innerhalb des Straßenraums Bepflanzungen vorgenommen werden. Innerhalb dieser festgesetzten öffentlichen Verkehrsfläche können etwa 53 öffentliche Besucherstellplätze für das gesamte Plangebiet angeordnet werden.

Die Verkehrsfläche verläuft 3 m parallel zur östlichen Flurstücksgrenze und damit parallel zu den benachbarten Wohngrundstücken. Der 3 m breite Streifen ist als öffentliche Grünfläche festgesetzt. Hierdurch ist ein gewisser Abstand zum Baubestand gegeben. Es werden Festsetzungen zur Bepflanzung getroffen.

Kammförmig gehen von der in Nord-Süd-Richtung verlaufenden Haupterschließung einschließlich der Tourcoingstraße einzelne Wohnwege ab. Diese erschließen beidseitig je vier oder fünf Einfamilienhäuser. Der Bebauungsplan setzt öffentliche Verkehrsflächen mit der Zweckbestimmung „Wohnweg“ fest.

Die Festsetzung ermöglicht einen sehr sparsamen Umgang mit der Fläche und damit eine Reduzierung der Versiegelung.

Darüber hinaus setzt der Bebauungsplan fest, dass innerhalb der Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung mit der Zweckbestimmung

Stand: März 2024

Seite: 38

„Wohnweg“ zur Entwässerung von Niederschlagswasser Mittelrinnen anzulegen sind. Diese nehmen das Niederschlagswasser von den Verkehrsflächen und den privaten Dachflächen auf und leiten es zur westlichen Fläche für die Abwasserbeseitigung. Die Mittelrinnen für das Niederschlagswasser sind Bestandteil der öffentlichen Straßen.

Ziel der Festsetzung ist die Umsetzung des Entwässerungskonzeptes mit einer Zuleitung der Niederschlagswasser zur westlichen Regenwasserrückhaltung. Hierbei wird das private Regenwasser über die öffentlichen Straßen geleitet und damit ein erheblicher Mehraufwand, beispielsweise durch Verlegung zusätzlicher Abwasserrohre, vermieden.

#### 1.6 Ver- und Entsorgung

Anlagen der Ver- und Entsorgung sind für den Planbereich zum Teil noch zu schaffen. Die Ver- und Entsorgungsleitungen können innerhalb der öffentlichen Verkehrsflächen untergebracht werden. Im Hinblick darauf, dass der anstehende Untergrund keine ausreichende Versickerung zulässt, ist beabsichtigt, das Niederschlagswasser offen über Mittelrinnen im Verkehrsraum in die geplante Grünmulde zu leiten, die wiederum das Wasser verzögert in den westlich gelegenen Vorthbach ableitet.

Die Fläche der Grünmulde verläuft in einer Breite von 9 m über die gesamte Nord-Süd-Ausdehnung des Plangebietes, am westlichen Rand der Allgemeinen Wohngebiete. Als Aufteilung ist ein ca. 3,5 m breiter Unterhaltungsweg aus Schotterrassen oder wassergebundener Wegedecke, eine etwa 3,5 m breite, naturnah gestaltete Mulde zur oberirdischen Retention, Verdunstung und Ableitung des Regenwassers sowie ein ca. 2 m breiter und begrünter Damm zur Einfassung der Mulde vorgesehen. In der Mulde erfolgt die Bepflanzung mit Landschaftsrasen, auf dem Damm ist an einzelnen Standorten die Pflanzung von Gehölzen möglich. In Längsrichtung sind in regelmäßigen Abständen Dammschüttungen aus Kies zur Drosselung des Abflusses vorgesehen. Im Norden weitet sich die Mulde zu einer ca. 300 m<sup>2</sup> großen Retentionsfläche mit naturnahen Retentionsbodenfiltern auf. Über einen Drosselschacht und eine Rohrleitung erfolgt die Ableitung des Niederschlagswassers in den Vorthbach.

Die Fläche dient zudem als Überflutungsfläche. Im Rahmen der nachgelagerten Genehmigungsplanung ist ein Überflutungsnachweis über das gesamte Baugebiet für ein 30-jährliches Regenereignis zu führen.

Der Bebauungsplan setzt die Grünmulde insgesamt als Flächen für die Abwasserbeseitigung; Anlagen, Einrichtungen und sonstige Maßnahmen, die dem Klimawandel entgegenwirken (§ 9 Absatz 1 Nummer 14 und Absatz 6 BauGB) fest. Zweckbestimmung ist die naturnahe Versickerung und Ableitung von Niederschlagswasser und Überflutungsfläche.

#### 1.7 Geh-, Fahr- und Leitungsrechte zu Gunsten der Stadt Bottrop

Zur Erschließung bzw. Unterhaltung der festgesetzten Flächen für die Abwasserbeseitigung, Anlagen, Einrichtungen und sonstige Maßnahmen,

Stand: März 2024

Seite: 39

die dem Klimawandel entgegenwirken (§ 9 Absatz 1 Nummer 14 und Absatz 6 BauGB) wird jeweils im Norden und Süden ein Anschluss zwischen der Entwässerungsanlage und der öffentlichen Verkehrsfläche benötigt. Ziel ist es, die Befahrung der Entwässerungsanlage durch entsprechende Fahrzeuge der städtischen Betriebe zu gewährleisten.

Darüber hinaus wird im südlichen Planbereich das Regenwasser von den öffentlichen Verkehrsflächen der Planstraße in die Entwässerungsanlage geleitet. Ziel ist somit die Sicherstellung der Regenwasserbeseitigung.

Um Unterhaltungsmaßnahmen durchzuführen, dienen diese Flächen zudem als Zuwegungen zu den festgesetzten Flächen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (ökologische Ausgleichsflächen).

Der Bebauungsplan setzt entsprechend in den Allgemeinen Wohngebieten WA 1 und WA 5 jeweils eine mit Geh- und Fahrrechten zu Gunsten der Stadt Bottrop zu belastenden Fläche fest.

Diese Flächen werden über die geplanten Stellplatzzufahrten gelegt, so dass es zu keinen funktionalen Einschränkungen der Allgemeinen Wohngebiete kommt.

### 1.8 Grünflächen, Ausgleichs- und Pflanzmaßnahmen

Der Bebauungsplan trifft grünplanerische Festsetzungen. Diese leiten sich aus dem landschaftspflegerischen Fachbeitrag und dem Umweltbericht ab. Ziel der grünplanerischen Festsetzungen ist insbesondere der ökologische Ausgleich der Planung. Nach den Ergebnissen der ökologischen Bilanzberechnung liegt damit durch die Planung kein rechnerisches Wertpunkte-Defizit vor. Die unten genannten Kompensationsmaßnahmen sind zu 64,2 % den festgesetzten Allgemeinen Wohngebieten, zu 19,4 % den öffentlichen Verkehrsflächen und zu 16,4 % der Fläche für die Abwasserbeseitigung zugeordnet.

Die festgesetzten öffentlichen Grünflächen "ö1" bis "ö4" stellen die Straßen begleitende Grünflächen entlang der Tourcoingstraße und ihrer Verlängerung dar. Diese Grünflächen haben die Zweckbestimmung: Ökologischer Ausgleich und stadtgestalterische Aufwertung.

Die festgesetzten privaten Grünflächen "p1" und "p2" haben die Zweckbestimmung: Ökologischer Ausgleich. Bei diesen Flächen handelt es sich um heutige, intensiv genutzte Ackerflächen, die in extensives Grünland umgewandelt werden.

Im nördlichen Planbereich wird die private Grünfläche „p3“ festgesetzt. Diese dient als Außen- bzw. Freibereich der im angrenzenden Allgemeinen Wohngebiet WA1 geplanten Kindertagesstätte. Diese Fläche wurde schon in der Vergangenheit als Spielplatz und Bolzplatz ausgebaut. Diese Nutzungen liegen allerdings schon Jahre zurück. Auf den Aufschüttungen entlang der Börenstraße und Tourcoingstraße hat sich ein Gehölz- und Baumbestand entwickelt, der durch eine entsprechende Festsetzung zum

Stand: März 2024

Seite: 40

Erhalt gesichert wird. Ziel der Festsetzung ist es, die heute brachliegende Fläche wieder einer sinnvollen und aus Sicht der Stadt verträglichen Freiflächennutzung zuzuführen und gleichzeitig einen großen Teil des prägenden Bewuchses entlang der Straßen zu erhalten.

Darüber hinaus ist es Ziel, eine grüngestalterische Aufwertung des Plangebiets zu erreichen.

Hierfür werden weitere Maßnahmen festgesetzt:

- Durch die öffentlichen Grünflächen entlang der Tourcoingstraße und ihrer geplanten Verlängerung soll der Straßenraum grün eingefasst werden und der Übergang zu den bestehenden Wohngrundstücken aufgewertet werden.
- Die Baumreihe an der Tourcoingstraße soll erhalten bleiben. Aufgrund der Erschließungssituation entfallen drei Bäume, die durch Neupflanzung innerhalb der Reihe ersetzt werden und damit das bisherige Erscheinungsbild erhält. Zwei weitere Baumpflanzungen nördlich der Baumreihe ergänzen diese.
- Es sind 8 zusätzliche Straßenbäume innerhalb der festgesetzten Verkehrsfläche zu pflanzen.
- Die Flächen für die Abwasserbeseitigung definiert den westlichen Plangebietsrand zur landwirtschaftlich genutzten Freifläche. Mit seiner naturnahen Gestaltung wird ein grüner Siedlungsabschluss definiert.
- Im nordwestlichen Planbereich wird durch die Umwandlung von intensiv genutzten Ackerflächen in extensiv genutztes Grünland eine ökologische Ausgleichsfläche geschaffen. Diese schließt an die schon durch Gehölzstrukturen geprägten Bereiche am Vorthbach an und bietet so eine deutliche Erweiterung bzw. Verbesserung der vorhandenen Grünstrukturen.
- Der vorhandene Wald im Süden bleibt erhalten und wird durch arrondierende Maßnahmen ergänzt.
- Es sind nur Flachdächer oder flach geneigte Dächer zulässig (s.u. Bauordnungsrechtliche und gestalterische Festsetzungen), deren Flächen zu begrünen sind. Dächer von Garagen und Carports sind ebenso zu begrünen.
- Die nicht überbauten bzw. nicht versiegelten Grundstücksbereiche in den Allgemeinen Wohngebieten sind zu bepflanzen.

Entsprechend der o.g. Konzeption trifft der Bebauungsplan Festsetzungen gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB Grünflächen, § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB, Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden Natur und Landschaft, gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen) und gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 25b BauGB Flächen mit Bindungen für Bepflanzungen und die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen.

Darüber hinaus enthält der Bebauungsplan nicht abschließende Pflanzlisten mit Bäumen und Sträuchern.

### 1.9 Immissionsschutz

Das Plangebiet ist durch den Verkehrslärm der Autobahn BAB 2/31 belastet. Die schalltechnischen Orientierungswerte der DIN 18005 für Allgemeine Wohngebiete werden überschritten. Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens wurde ein Schallschutzgutachten erstellt, dessen Empfehlungen u. a. durch die textlichen Festsetzungen umgesetzt werden.

Im Ergebnis stellt das Gutachten fest, dass der Bebauungsplan Nr. 4.13/1 unter Berücksichtigung bestimmter Lärmschutzmaßnahmen realisiert werden kann. Erläuterungen zum Immissionsschutz sind dem Gutachten und dem Punkt E. 3. „Schalltechnische Auswirkungen“ dieser Begründung (s. o.) zu entnehmen.

Der Bebauungsplan trifft folgende Festsetzungen:

*Im gesamten Plangebiet sind zum Schutz vor Verkehrslärm passive Lärmschutzmaßnahmen erforderlich. Es sind die Anforderungen an die Luftschalldämmung gemäß der DIN4109-1:2018-01, Tabelle 7 zu erfüllen. Das gesamte, bewertete Schalldämm-Maß  $R'_{w,ges}$  von Außenbauteilen ist nach der Formel 6 der DIN4109-1:2018-01 (Schallschutz im Hochbau Mindestanforderungen) zu berechnen:  $R'_{w,ges} = L_a = K_{Raumart}$  - Dabei ist:*

*$K_{Raumart} = 25$  dB für Aufenthaltsräume in Wohnungen, Übernachtungsräume in Beherbergungsstätten, Unterrichtsräume und Ähnliches;*

*$K_{Raumart} = 25$  dB für Büroräume und Ähnliches;*

*$L_a$  der maßgebliche Außenlärmpegel nach DIN 4109-2:2018-01, 4.5.5, wie im Bebauungsplan dargestellt. Zwischen zwei Punkten ist der höhere Wert maßgeblich.*

*Mindestens einzuhalten sind:*

*$R'_{w,ges} = L_a = 30$  dB für Aufenthaltsräume in Wohnungen, Übernachtungsräume in Beherbergungsstätten, Unterrichtsräume, Büroräume und Ähnliches.*

*Ausnahmen von diesen Festsetzungen können in Abstimmung mit den zuständigen Fachbehörden zugelassen werden, soweit durch einen anerkannten Sachverständigen nachgewiesen wird, dass geringere Maßnahmen als die oben aufgeführten ausreichen.*

*Quelle: DIN 4109 Schallschutz im Hochbau - Teil 1: Mindestanforderungen, Ausgabe Januar 2018 (DIN4109-1:2018-01), DIN 4109 Schallschutz im Hochbau - Teil 2: Rechnerische Nachweise der Erfüllung der Anforderungen, Ausgabe Januar 2018 (DIN4109-2:2018-01).*

*Im Plangebiet sind aufgrund des in der Nachtzeit (22:00 bis 6:00 Uhr) vorliegenden Beurteilungspegels  $L_r > 50$  dB(A) schallge-*

Stand: März 2024

Seite: 42

dämmte Lüftungssysteme für Schlaf- und Kinderzimmer einzubauen. Auf die schallgedämmten Lüftungssysteme kann verzichtet werden, wenn vor einem Fenster eines betroffenen Raumes durch Lärmschutzmaßnahmen ein Beurteilungspegel  $\leq 50$  dB(A) erreicht werden kann.

In den Allgemeinen Wohngebieten WA 1 und WA 2 sind zum Schutz vor Lärm Balkone/Loggien/(Dach-)Terrassen an den Nordseiten der Gebäude unzulässig, wenn eine Wohnung nur über einen Außenwohnbereich verfügt. Verfügt eine Wohnung über mehr als einen Außenwohnbereich, muss mindestens ein Außenwohnbereich an der Süd-, West- oder Ostseiten der Gebäude errichtet werden. Wird durch andere Lärmschutzmaßnahmen im Bereich von Balkonen/Loggien/(Dach-)Terrassen ein Beurteilungspegel  $\leq 62$  dB(A) erreicht, kann von dieser Festsetzung abgewichen werden.

Im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens sowie in Verfahren, nach denen Vorhaben von der Genehmigung (gemäß BauO NRW) freigestellt sind, ist als Bestandteil der Bauvorlagen vom Bauherrn/Antragsteller auf den Einzelfall abgestellt der Nachweis der konkret erforderlichen Schallschutzmaßnahmen auf der Grundlage der DIN 4109 zu erbringen.

Zugänglichkeit der Normen und Richtlinienblätter: Die DIN 4109 kann bei der Stadt Bottrop, Fachbereich 68 - Umwelt und Grün, während der Dienststunden eingesehen oder kostenpflichtig beim Beuth Verlag, 10772 Berlin, bezogen werden.

Durch die vom Land NRW angekündigte Lärmsanierung der Autobahnen kommt es mittel- bis langfristig zur Entlastung der bestehenden Bebauung und des gesamten Quartiers. Diese Perspektive unterstützt die Ziele einer wohnbaulichen Entwicklung im Planbereich, wurde bei der gutachterlichen Betrachtung allerdings nicht berücksichtigt.

Die vom Gutachter vorgeschlagenen Lärmschutzmaßnahmen werden im Bebauungsplan umgesetzt. Ziel der Festsetzungen ist es, die schalltechnische Belastung auf die Bauvorhaben zu reduzieren bzw. ruhige Außenbereiche zu ermöglichen.

Ein verträgliches Nebeneinander mit der bestehenden Nutzung ist nach den Aussagen des Gutachtens auch ohne weitere Maßnahmen gewährleistet.

## **2. Bauordnungsrechtliche und gestalterische Festsetzungen**

Der Bebauungsplan trifft bauordnungsrechtliche und gestalterische Festsetzungen gemäß § 9 (4) BauGB in Verbindung mit § 89 Bauordnung NRW (BauO NRW). Diese Festsetzungen stellen sicher, dass das neue Wohnquartier einen in einigen Aspekten einheitlichen Gestaltungsrahmen

erhält, ohne andererseits die möglichst weitreichende Entfaltungsmöglichkeit für die späteren Bewohner unangemessen zu beschneiden.

Ziel der Festsetzung ist es, insbesondere zu den öffentlichen Verkehrsflächen hin ein geordnetes städtebauliches Erscheinungsbild zu erreichen.

## 2.1 Vorgarten

Die Festsetzungen betreffen die Vorgartenbereiche der Wohngrundstücke. Durch die aufgeführten Nebenanlagen kann hier ein sehr ungeordneter Eindruck entstehen, der durch die Regelung vermieden werden soll. Die Anlage von so genannten Steingärten soll aus gestalterischen und ökologischen Gründen vermieden werden. Zudem soll der Anteil an versiegelter Fläche so gering wie möglich gehalten werden.

Der Bebauungsplan trifft folgende Festsetzungen:

*In den Allgemeinen Wohngebieten WA 2 bis WA 4 gilt: Vorgarten beschreibt den Bereich zwischen der festgesetzten, der Erschließung des Gebäudes dienenden Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung mit den Zweckbestimmungen „Wohnweg“ sowie „Verkehrsberuhigter Bereich“ und der vorderen Baugrenze.*

*Stein-/ Kies-/ und Splitschüttungen sind im Vorgarten unzulässig (so genannte Steingärten). Schüttungen, die dem Gebäudeschutz dienen (z.B. Kiesrigolen), sind hiervon ausgenommen.*

*Innerhalb des Vorgartens sind Garagen und Stellplätze unzulässig. Zuwegungen, Anlagen für Müllcontainer, Abstellflächen für Müllcontainer, Zufahrten zu Garagen bzw. Aufstellflächen unmittelbar vor den Garagen sind zulässig.*

*In den Vorgärten ist nur die Verwendung von offenporigen, wasserdurchlässigen Materialien zulässig. Dies gilt auch innerhalb des Bodenaufbaus. Wasserdurchlässige Sperrschichten wie z.B. Abdichtbahnen sind unzulässig.*

*Innerhalb der Vorgartenflächen sind Abgrabungen unzulässig und Lichtschächte nur bis zu einer Tiefe von max. 1 m – gemessen von der Gebäudevorderseite- zulässig.*

## 2.2 Einfriedungen

Einfriedungen prägen deutlich das städtebauliche Erscheinungsbild eines Wohnquartiers. Hohe und feste Anlagen wirken eher abweisend, Mauern, Holzwände können stadtgestalterisch sehr unattraktiv wirken.

Zudem vermindert die Eingrünung des Wohnquartiers u.a. durch Hecken den Verlust bestehender Biotopstrukturen und die stadtklimatischen Auswirkungen der Bebauung.

Ziel ist es auch, eine einheitliche, dem Quartier formgebende Gestaltung zu ermöglichen.



Um dem Sicherheitsbedürfnis der späteren Bewohnerinnen und Bewohnern zu entsprechen, sind Zäune in Kombination mit Hecken zulässig.

Der Bebauungsplan trifft folgende Festsetzungen:

*Einfriedungen des Vorgartens sind bis zu einer Höhe von 1,2 m nur als Hecken zulässig. Andere Arten von Einfriedungen sind nicht zulässig.*

*Außerhalb des Vorgartenbereichs sind Einfriedungen nur als Hecken, auch in Verbindung mit offenen innenliegenden Drahtzäunen, bis zu einer Höhe von 2,0 m zulässig.*

*Hecken sind standortgerecht, aus Laub tragenden Sträuchern anzulegen.*

### 2.3 Doppelhäuser und Hausgruppen

Ziel der Festsetzung ist es, bei zusammenhängenden Gebäuden ein geordnetes und einheitliches Erscheinungsbild zu erreichen.

Der Bebauungsplan trifft folgende Festsetzungen:

*Die Dächer von zusammenhängenden Doppelhäusern und Hausgruppen sind mit gleicher Dachform auszuführen.*

*Die Fassaden von zusammenhängenden Doppelhäusern und Hausgruppen sind einheitlich, mit gleichem Material und gleicher Farbgebung auszuführen.*

### 2.4 Dachform, Dachneigung und Material

Ziel der Festsetzung ist es ebenso, ein geordnetes und einheitliches Erscheinungsbild im neuen Quartier zu erreichen. Darüber hinaus soll die Festlegung auf Flachdächer und flach geneigte Dächer die Begrünung der Dachflächen sichergestellt werden – s. o. F 1.8 Ausgleichs- und Pflanzmaßnahmen.

Um zu verhindern, dass aufgrund der Niederschlagswasserableitung des Dachflächenwassers Schwermetalle in das Grundwasser/ Gewässer eingetragen werden, wird im Bebauungsplan festgesetzt, dass keine Dacheindeckungen aus unbeschichtetem Metall verwendet werden darf.

Der Bebauungsplan trifft folgende Festsetzungen:

*Als Dachformen sind in allen Allgemeinen Wohngebieten ausschließlich das Flachdach oder das Pultdach zulässig.*

*Flach geneigte Dächer sind bis zu einer Dachneigung von maximal 15° zulässig.*

*Dacheindeckungen aus unbeschichtetem Metall sind unzulässig.*

### 3. Hinweise

#### 3.1 Denkmalschutz und Denkmalpflege

Im Südwestlichen Randbereich des Plangebietes ist der Fund einer prähistorischen Grube mit Keramikscherben verzeichnet.

Im räumlichen Geltungsbereich des Bebauungsplanes ist bei Bodeneingriffen mit archäologischen Bodenfunden zu rechnen. Erste Erdbewegungen sind zwei Wochen vor Beginn der LWL-Archäologie für Westfalen - Außenstelle Münster - An den Speichern 7, 48157 Münster schriftlich mitzuteilen. Der LWL-Archäologie für Westfalen - Außenstelle Münster oder der Stadt Bottrop als Untere Denkmalsbehörde sind Bodendenkmäler (kulturgeschichtliche Bodenfunde, aber auch Veränderungen und Verfärbungen in der natürlichen Bodenbeschaffenheit, Fossilien) unverzüglich zu melden. ihre Lage im Gelände darf nicht verändert werden (§§ 15 und 16 DSchG). Der LWL-Archäologie für Westfalen oder ihren Beauftragten ist das Betreten des betroffenen Grundstücks zu gestatten, um ggf. archäologische Untersuchungen durchführen zu können (§ 28 DSchG NRW). Die dafür benötigten Flächen sind für die Dauer der Untersuchungen freizuhalten

#### 3.2 Kampfmittel

Der Kampfmittelräumdienst hat zum Bebauungsplan wie folgt Stellung genommen:

*Der Antrag wurde auf der Basis der zurzeit vorhandenen Unterlagen geprüft. Dabei wurde festgestellt, dass keine unmittelbare Kampfmittelgefährdung vorliegt. Wegen erkennbarer Kriegsbeeinflussung (teilweise Bombardierung, Fläche mit Beschuss, s. Anlage) kann eine – derzeit nicht erkennbare – Kampfmittelbelastung der beantragten Fläche nicht gänzlich ausgeschlossen werden. Dies betrifft die Allgemeinen Wohngebiete WA1 und WA2 sowie die nördlichen Bereiche der privaten Grünflächen p1 und p2 sowie den nördlichen Bereich der Fläche für Abwasserbeseitigung.*

*Es sind folgende Maßnahmen erforderlich:*

- *Sondieren der zu bebauenden Flächen und Baugruben, sowie die Anwendung des Merkblatts der Bezirksregierung Arnsberg im Bereich der Bombardierung*
- *Sondieren der Fläche mit Beschuss, falls diese nach dem zweiten Weltkrieg nicht überbaut wurde*

*Die Durchführung aller bodeneingreifenden Baumaßnahmen muss mit der gebotenen Vorsicht erfolgen, da ein Kampfmittelvorkommen nicht völlig ausgeschlossen werden kann.*

*Sofern der Verdacht auf Kampfmittel aufkommt, ist die Arbeit sofort einzustellen und der Kampfmittelräumdienst über den Fachbereich Sicherheit und Ordnung (30/2) zu verständigen.*

Stand: März 2024

Seite: 46

Diese Stellungnahme wurde als Hinweis in den Bebauungsplan aufgenommen.

### 3.3 Bodenverunreinigungen

Bisher liegen keine Hinweise auf das Vorhandensein von Bodenverunreinigungen vor. Werden bei Bauarbeiten Boden-, Grundwasserverunreinigungen und / oder geruchliche Auffälligkeiten festgestellt, so sind die Arbeiten unverzüglich einzustellen und die Untere Bodenschutzbehörde der Stadt Bottrop einzuschalten. Die Untere Bodenschutzbehörde der Stadt Bottrop entscheidet über das weitere Vorgehen.

### 3.4 Vogelschutzzeiten

Rodungs- oder Fällarbeiten sind nur außerhalb der Vogelschutzzeit (Vogelschutzzeit: 01. März bis 30. September) vorzunehmen. Gemäß § 39 (5) Nr. 2 BNatSchG ist es verboten, Bäume, die in Haus- und Kleingärten, auf Rasensportanlagen, in Parkanlagen, auf Friedhöfen und auf Flächen für den Erwerbsgartenbau stehen, sowie Hecken, lebende Zäune, Gebüsche und andere Gehölze in der Zeit vom 01. März bis zum 30. September abzuschneiden oder auf den Stock zu setzen.

### 3.5 Ausführung, Entwicklung und Pflege bei den Pflanzmaßnahmen

Im Zusammenhang mit den getroffenen Festsetzungen der ökologischen Ausgleichsmaßnahmen, der Pflanzmaßnahmen und Maßnahmen zur Erhaltung von Pflanzungen (s. o. F, 1.8 Ausgleichs- und Pflanzmaßnahmen) gibt der Bebauungsplan verschiedene Hinweise.

Diese betreffen die Ausführung der Anpflanzung sowie die Fertigstellungs- und Entwicklungspflege.

## G. Bodenordnung

Bodenordnerische Maßnahmen (Umlegung) sind auf Grund der Eigentumsstruktur nicht erforderlich.

## H. Planungsstatistik

Größe des Plangebiets	ca.	37.550 m <sup>2</sup>
davon: Allgemeine Wohngebiete	ca.	15.980 m <sup>2</sup>
Öffentliche Verkehrsfläche	ca.	4.750 m <sup>2</sup>
Öffentliche Grünflächen		1.320 m <sup>2</sup>
Private Grünfläche	ca.	9.380 m <sup>2</sup>
Fläche Abwasserbeseitigung	ca.	4.240 m <sup>2</sup>
Waldfläche	ca.	1.830 m <sup>2</sup>
Anzahl der Wohneinheiten	ca.	93

# I Umweltbericht

## 1. Einleitung

Der folgende Umweltbericht wurde von dem Büro Kuhlmann & Stucht GbR erarbeitet

### 1.1 Anlass und Aufgabenstellung, Inhalt und Ziele des Bebauungsplans

#### 1.1.1 Anlass und Aufgabenstellung

Die Stadt Bottrop betreibt die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 4.13/1 „Tourcoingstraße“ im Ortsteil Bottrop-Eigen, westlich der Tourcoingstraße. Hier soll eine derzeit intensiv landwirtschaftlich genutzte Fläche einer wohnbaulichen Entwicklung zugeführt werden. Es soll eine Mischung aus Mehrfamilienhäusern und Eigenheimen (freistehende Einfamilienhäuser, Doppel- und Reihenhäuser) entstehen. Ergänzend zur Wohnbebauung soll im nördlichen Bereich eine Kindertagesstätte entstehen. Die Tourcoingstraße ist derzeit lediglich auf der östlichen Seite mit Wohnbebauung bebaut.

Die Bonava Deutschland GmbH hat als Bauträger und Projektentwickler die Grundstücke erworben. Um die städtebauliche Verträglichkeit zu gewährleisten und um eine gesunde Dichte umzusetzen, ist es beabsichtigt, entlang der Westseite der Tourcoingstraße, parallel zur vorhandenen Bebauung, eine Baufläche von hoher städtebaulicher Qualität zu realisieren. Der Entwurf der Bonava GmbH sieht Einfamilienhäuser in Form von 9 Reihenhäusern in Gruppen von je 3 Häusern, 42 Doppelhaushälften, 2 freistehende Häuser sowie 4 Mehrfamilienhäuser vor, so dass ca. 93 Wohneinheiten entstehen. Auch soll öffentlich geförderter Wohnungsbau ermöglicht werden. Ergänzend zur Wohnbebauung soll im nördlichen Bereich eine Kindertagesstätte entstehen.

Bei der Aufstellung oder Änderung von Bauleitplänen sind entsprechend Baugesetzbuch die Belange des Umweltschutzes gem. § 1 Abs. 6 Nr. 7 i. V. m. § 1a BauGB und Anlage 1 zu § 2 Abs. 4 besonders zu berücksichtigen. Im Rahmen dieses Umweltberichts werden die zu erwartenden erheblichen Umweltauswirkungen ermittelt, dargelegt und analysiert.

Stand: März 2024

Seite: 49

**Abb. 1: Lage des Geltungsbereichs des B-Plans „Tourcoingstraße“  
(M. 1:20.000)**



Quelle: Geobasis NRW

### 1.1.2 Beschreibung des Plangebietes und des Umfeldes

Das Plangebiet ist ca. 37.570 m<sup>2</sup> groß und liegt im Ortsteil Bottrop-Eigen, westlich der Tourcoingstraße. Er umfasst das Flurstück 326 sowie einen Teil des Flurstücks 327 in Flur 154 und das Flurstück 336 und 449 sowie Teile der Flurstücke 589 und 637 in Flur 158 der Gemarkung Bottrop.

Die Umgebung des Plangebietes ist landwirtschaftlich und wohnbaulich geprägt. Lediglich die Ostseite des Plangebietes ist bebaut. So befindet sich auf der östlichen Seite der Tourcoingstraße, entlang des vorgesehenen Plangebietes, Wohnbebauung in Form von Mehrfamilienhäusern in verschiedener Bauweise und Geschossigkeit. Südöstlich des Plangebietes erstreckt sich eine großflächige Seniorenwohnanlage. Südwestlich des Plangebietes befindet sich das bäuerliche Anwesen Haus Schlangenholt mit Haupt- und Nebengebäuden. Im Norden des Plangebietes, hinter dem Bachlauf des Vorthbaches, grenzt eine Einfamilienhaus-Siedlung mit freistehenden Einfamilienhäusern und großen Gartenflächen. Westlich des Plangebietes befinden sich landwirtschaftlich genutzte Flächen.

Das Plangebiet selbst ist Teil einer landwirtschaftlich genutzten Fläche und unbebaut. Im Norden ist es über die Tourcoingstraße an das örtliche Straßennetz angebunden, welche nach Süden in einen Fußweg übergeht. Ein Großteil der Fläche wird als Spargelacker genutzt. Im Norden befindet

Stand: März 2024

Seite: 50

sich eine brachgefallene Grünanlage bestehend aus einem zugewachsenem Spiel- und Asche-Bolzplatz. Im Süden des Plangebietes befinden sich Gehölze, die im Zuge des Bebauungsplans erhalten werden sollen.

**Abb. 2: Geltungsbereich im Luftbild (M. 1:5.000)**



Quelle: Geobasis NRW (Bildflugdatum 19.07.2022)

### 1.1.3 Gesetzliche Grundlage

Gemäß § 2 Baugesetzbuch Abs. 4 ist bei der Aufstellung von Bauleitplänen für die Belange des Umweltschutzes nach § 1 Abs. 6 Nr. 7 und § 1a eine Umweltprüfung durchzuführen. Aufgabe der Umweltprüfung ist die Ermittlung, Beschreibung und Bewertung der voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen der geplanten Nutzungen und Vorhaben. Die Umweltprüfung ist unselbständiger Teil im Aufstellungsverfahren. Ihre Ergebnisse sind im Umweltbericht darzustellen, der gesonderter Teil der Begründung der Bauleitpläne ist (vgl. § 2a BauGB). Inhalt und Form des Umweltberichtes regelt die Anlage 1 zu § 2 Abs. 4 und § 2a BauGB.

Stand: März 2024

Seite: 51

Schutzgüter zur Erfassung und Bewertung in der Umweltprüfung nach § 1 Abs. 6 Nr. 7 BauGB sind:

- Tiere, Pflanzen und die biologische Vielfalt,
- Fläche, Boden,
- Wasser,
- Luft, Klima,
- Landschaft,
- Erhaltungsziele und Schutzzweck der Natura 2000-Gebiete,
- Menschen und ihre Gesundheit sowie die Bevölkerung insgesamt,
- Kulturgüter und sonstige Sachgüter,
- Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Belangen des Umweltschutzes.

Bei der Ermittlung der Auswirkungen auf die Belange nach § 1 Abs. 6 Nr. 7 sind insbesondere, soweit möglich, solche Auswirkungen in Folge

- des Baus und des Vorhandenseins der geplanten Vorhaben, soweit relevant einschließlich Abrissarbeiten,
- der Nutzung natürlicher Ressourcen, insbesondere Fläche, Boden, Wasser, Tiere, Pflanzen und biol. Vielfalt, wobei soweit möglich die nachhaltige Verfügbarkeit dieser Ressourcen zu berücksichtigen ist,
- der Art und Menge der erzeugten Abfälle und ihrer Beseitigung und Verwertung,
- der Risiken für die menschliche Gesundheit, das kulturelle Erbe oder die Umwelt (z.B. durch Unfälle oder Katastrophen),
- der Kumulierung mit den Auswirkungen von Vorhaben benachbarter Plangebiete unter Berücksichtigung etwaiger bestehender Umweltprobleme in Bezug auf die möglicherweise betroffenen Gebiete mit spezieller Umweltrelevanz oder der Nutzung von natürlichen Ressourcen,
- der Auswirkungen des geplanten Vorhabens auf das Klima (z.B. Art und Ausmaß der Treibhausgasimmissionen) und der Anfälligkeit der geplanten Vorhaben gegenüber den Folgen des Klimawandels,
- der eingesetzten Stoffe und Techniken

zu beschreiben (BauGB Anlage 1. Abs. 2 Satz b (aa bis hh)).

Insbesondere sollen die Bauleitpläne eine nachhaltige städtebauliche Entwicklung sichern, welche die sozialen, wirtschaftlichen und umweltschützenden Anforderungen berücksichtigen (§ 1 Abs. 5 BauGB). Ergänzend sieht der Gesetzgeber den sparsamen und schonenden Umgang mit Grund und Boden vor (§ 1a Abs. 2 BauGB).



Stand: März 2024

Seite: 52

Weiterhin zu berücksichtigen sind Zielvorgaben anderer Pläne oder Regelungen und Maßnahmen zur Umweltvorsorge. Hinsichtlich der Zielvorgaben anderer Planungen sind in die Prüfung einzustellen Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung (Natura 2000) mit ihren Schutz- und Erhaltungszielen sowie die Darstellungen (bzw. Festsetzungen) von Landschaftsplänen und sonstigen Plänen, insbesondere des Wasser-, Abfall- und Immissionsschutzrechts. Unter dem Stichwort Umweltvorsorge sind die Aspekte „Abfälle und Abwässer“ sowie „erneuerbare Energien sowie die sparsame und effiziente Nutzung von Energie“ darzulegen.

#### 1.1.4 Darstellung der wichtigsten Ziele und Inhalte des Bebauungsplans

Westlich der Tourcoingstraße ist es vorgesehen in einem ca. 45 Meter tiefen Streifen Wohnbebauung zu realisieren. Der Entwurf der Bonava GmbH sieht ein breites Angebot vor, so dass ca. 93 Wohneinheiten in Form von Reihen-, Doppel- und Einzelhäusern sowie Mehrfamilienhäusern in Geschossbauweise entstehen.

Um die planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Realisierung der Wohnbebauung zu schaffen, soll der Bebauungsplan Nr. 4.13/1 „Tourcoingstraße“ aufgestellt werden. Derzeit wird die Fläche überwiegend landwirtschaftlich genutzt.

Um die städtebauliche Verträglichkeit zu gewährleisten und um eine gesunde Dichte umzusetzen, ist es beabsichtigt, eine Baufläche von hoher städtebaulicher Qualität zu realisieren sowie Dachbegrünung umzusetzen. Die an das Plangebiet angrenzende landwirtschaftliche Nutzung im rückwärtigen Bereich soll erhalten bleiben. Eine Bebauung in zweiter Reihe ist somit nicht vorgesehen. Ein grün gestalteter Geländestreifen bildet den Übergang zur offenen Landschaft.

Es soll eine Mischung aus Mehrfamilienhäusern und Eigenheimen (Einfamilienhäuser, Doppel- oder Reihenhäuser) entstehen. Ergänzend zur Wohnbebauung soll im nördlichen Bereich eine Kindertagesstätte entstehen. Im nördlichsten, der geplanten Allgemeinen Wohngebiete erfolgt die Errichtung eines Gebäudes mit einer Kindertagesstätte im Erdgeschoss und Wohnungen in den Obergeschossen. Der zugeordnete Außenbereich der Kindertagesstätte liegt überwiegend auf der nördlich angrenzenden, privaten Grünfläche. Diese stellt heute einen vor längerer Zeit aufgegebenen Spiel- und Bolzplatz dar. Hierdurch vergrößert sich das Plangebiet zum Aufstellungsbeschluss entsprechend.

Um die verkehrliche Belastung durch Durchfahrtsverkehr zu vermeiden, ist die Tourcoingstraße auch nach dem Ausbau als Sackgasse für den MIV vorgesehen. Lediglich eine Verbindung für den Rad- und Fußverkehr zur Bügelstraße ist angedacht.

Stand: März 2024

Seite: 53

## 1.2 Planerische und rechtliche Grundlagen

### 1.2.1 Ziele des Umweltschutzes in Fachgesetzen

Nachfolgend werden relevante Fachgesetze und ihre wesentlichen Ziel-aussagen zum Umweltschutz dargestellt.

#### **Baugesetzbuch (BauGB)**

Bei der Aufstellung der Bauleitpläne sind insbesondere zu berücksichtigen die Belange des Umweltschutzes, des Naturschutzes und der Landschaftspflege nach § 1 Abs. 6 Nr. 7, insbesondere

- die Auswirkungen auf Tiere, Pflanzen, Boden, Fläche, Wasser, Luft, Klima und das Wirkungsgefüge (Wechselwirkungen) zwischen ihnen sowie die Landschaft und die biologische Vielfalt
- die Erhaltungsziele und der Schutzzweck der Natura 2000-Gebiete im Sinne des BNatSchG
- umweltbezogene Auswirkungen auf den Menschen und seine Gesundheit sowie die Bevölkerung insgesamt,
- umweltbezogene Auswirkungen auf Kulturgüter und sonstige Sachgüter
- die Vermeidung von Emissionen sowie der sachgerechte Umgang mit Abfällen und Abwässern
- die Nutzung erneuerbarer Energien sowie die sparsame und effiziente Nutzung von Energie
- die Darstellung von Landschaftsplanen sowie von sonstigen Plänen, insbes. des Wasser-, Abfall- und Immissionsschutzrechtes
- die Erhaltung der bestmöglichen Luftqualität in Gebieten, in denen die durch die Rechtsverordnung zur Erfüllung von Rechtsakten der EU festgelegten Immissionsgrenzwerte nicht überschritten werden
- die Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Belangen des Umweltschutzes nach den Buchstaben a-d (Tiere, Pflanzen, Boden, Fläche, Wasser, Luft, Klima, Landschaft, biologische Vielfalt, Menschen und seine Gesundheit sowie die Bevölkerung insgesamt, Kulturgüter und sonstige Sachgüter)
- [...] die Auswirkungen, die aufgrund der Anfälligkeit [...] des Vorhabens für schwere Unfälle oder Katastrophen zu erwarten sind

Bei der Ermittlung der Auswirkungen auf die Belange nach § 1 Abs. 6 Nr. 7 sind insbesondere, soweit möglich, auch die in Anlage 1 Abs. 2 Satz b genannten Auswirkungen in der Bau- und Betriebsphase zu berücksichtigen (siehe Kap. 1.1.2).

Stand: März 2024

Seite: 54

Insbesondere sollen die Bauleitpläne eine nachhaltige städtebauliche Entwicklung sichern, welche die sozialen, wirtschaftlichen und umweltschützenden Anforderungen berücksichtigen (§ 1 Abs. 5). Ergänzend sieht der Gesetzgeber den sparsamen und schonenden Umgang mit Grund und Boden vor (§ 1a Abs. 2).

Weiterhin zu berücksichtigen sind Zielvorgaben anderer Pläne oder Regelungen und Maßnahmen zur Umweltvorsorge. Hinsichtlich der Zielvorgaben anderer Planungen sind in die Prüfung einzustellen Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung (Natura 2000) mit ihren Schutz- und Erhaltungszielen sowie die Darstellungen (bzw. Festsetzungen) von Landschaftsplänen und sonstigen Plänen, insbesondere des Wasser-, Abfall- und Immissionsschutzrechts. Unter dem Stichwort Umweltvorsorge sind die Aspekte „Abfälle und Abwässer“ sowie „erneuerbare Energien sowie die sparsame und effiziente Nutzung von Energie“ darzulegen.

#### **Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) und Landesnaturschutzgesetz (LNatSchG)**

- Natur und Landschaft sind auf Grund ihres eigenen Wertes und als Lebensgrundlagen des Menschen auch in Verantwortung für die künftigen Generationen im besiedelten und unbesiedelten Bereich so zu schützen, zu pflegen, zu entwickeln und, soweit erforderlich, wiederherzustellen, dass
  1. die Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts ,
  2. die Regenerationsfähigkeit und nachhaltige Nutzungsfähigkeit der Naturgüter,
  3. die Tier- und Pflanzenwelt einschließlich ihrer Lebensstätten u. Lebensräume sowie
  4. die Vielfalt, Eigenart und Schönheit sowie der Erholungswert (Menschen) von Natur und Landschaft auf Dauer gesichert sind.

#### **Raumordnungsgesetz (ROG)**

- Natur (Tiere, Pflanzen, biol. Vielfalt) und Landschaft einschließlich Gewässer, Wald und Meeresgebiete sind dauerhaft zu schützen, zu pflegen, zu entwickeln und, soweit erforderlich, möglich und angemessen, wiederherzustellen. Dabei ist den Erfordernissen des Biotopverbundes Rechnung zu tragen. Die Naturgüter, insbesondere Wasser und Boden, sind sparsam und schonend in Anspruch zu nehmen; Grundwasservorkommen sind zu schützen. Beeinträchtigungen des Naturhaushalts sind auszugleichen.
- Bei der Sicherung und Entwicklung der ökologischen Funktionen und landschaftsbezogenen Nutzungen sind auch die jeweiligen Wechselwirkungen zu berücksichtigen. Der Schutz der Allgemeinheit vor Lärm (Menschen) und die Reinhaltung der Luft sind sicherzustellen.

Stand: März 2024

Seite: 55

- Die geschichtlichen und kulturellen Zusammenhänge sowie die regionale Zusammengehörigkeit sind zu wahren. Die gewachsenen Kulturlandschaften sind in ihren prägenden Merkmalen sowie mit ihren Kultur- und Naturdenkmälern zu erhalten (Kulturgüter).
- Für Erholung in Natur und Landschaft sowie für Freizeit und Sport (Menschen) sind geeignete Gebiete und Standorte zu sichern.

#### **Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) und zugehörige Verordnungen (16. BImSchV, 18. BImSchV oder 22. BImSchV)**

- Schutz des Menschen, der Tiere und Pflanzen des Bodens, des Wassers, der Atmosphäre (Klima / Luft) sowie der Kultur- und Sachgüter vor schädlichen Umweltauswirkungen durch Immissionen sowie Vorbeugung hinsichtlich des Entstehens von Immissionen (Gefahren, erhebliche Beeinträchtigungen und Belästigungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen, Licht, Wärme, Strahlen u. ähnliche Erscheinungen).

#### **TA Lärm**

- Schutz der Allgemeinheit und der Nachbarschaft vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Geräusche sowie der Vorsorge vor solchen Einwirkungen (Menschen)

#### **DIN 18005, Schallschutz im Städtebau**

- Richtwerte zum Schallschutz als Voraussetzung für gesunde Lebensverhältnisse für die Bevölkerung (Menschen)

#### **Denkmalschutzgesetz Nordrhein-Westfalen (DSchG NRW)**

- Denkmäler sind zu schützen, zu pflegen, sinnvoll zu nutzen und wissenschaftlich zu erforschen. Sie sollen der Öffentlichkeit im Rahmen des Zumutbaren zugänglich gemacht werden (Kulturgüter)
- Bei öffentlichen Planungen und Maßnahmen sind die Belange des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege angemessen zu berücksichtigen (Kulturgüter)

#### **Bundes-Bodenschutzgesetz (BBodSchG)**

- Zweck dieses Gesetzes ist es, nachhaltig die Funktionen des Bodens zu sichern
- oder wiederherzustellen. Hierzu sind schädliche Bodenveränderungen abzuwehren, der Boden und Altlasten sowie hierdurch verursachte Gewässerverunreinigungen zu sanieren und Vorsorge gegen nachteilige Einwirkungen auf den Boden zu treffen.
- Bei Einwirkungen auf den Boden sollen Beeinträchtigungen seiner natürlichen Funktionen sowie seiner Funktion als Archiv der Natur- und Kulturgeschichte (Kulturgüter) soweit wie möglich vermieden werden.

Stand: März 2024  
Seite: 56

### **Wasserhaushaltsgesetz (WHG)**

- Die Gewässer (Wasser) sind als Bestandteil des Naturhaushalts und als Lebensraum für Tiere und Pflanzen zu sichern. Sie sind so zu bewirtschaften, dass sie dem Wohl der Allgemeinheit (Menschen) und im Einklang mit ihm auch dem Nutzen Einzelner dienen, vermeidbare Beeinträchtigungen ihrer ökologischen Funktionen und der direkt von ihnen abhängenden Landökosysteme und Feuchtgebiete im Hinblick auf deren Wasserhaushalt unterbleiben und damit insgesamt eine nachhaltige Entwicklung gewährleistet wird.
- Dabei sind insbesondere mögliche Verlagerungen von nachteiligen Auswirkungen von einem Schutzgut auf ein anderes zu berücksichtigen; ein hohes Schutzniveau für die Umwelt insgesamt, unter Berücksichtigung der Erfordernisse des Klimaschutzes, ist zu gewährleisten.

### **Landeswassergesetz (LWG)**

- Ziel der Wasserwirtschaft ist es, die Gewässer vor vermeidbaren Beeinträchtigungen zu schützen und eine mit Rücksicht auf den Wasserhaushalt gebotene sparsame Verwendung des Wassers zu erreichen. Die Gewässer sind so zu bewirtschaften, dass sie dem Wohl der Allgemeinheit (Menschen) und im Einklang mit ihm auch dem Nutzen Einzelner dienen. Dies erfordert die Ordnung des Wasserhaushalts als Bestandteil von Natur und Landschaft und als Grundlage für die Wasserversorgung, die Abwasserbeseitigung und andere Gewässernutzungen.

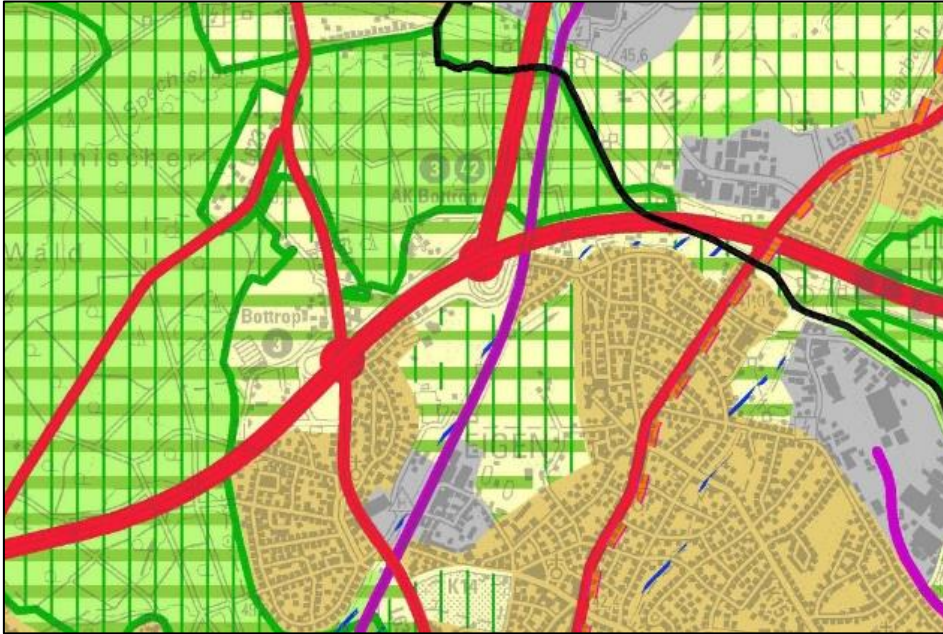
#### 1.2.2 Ziele des Umweltschutzes in Fachplänen

##### **Regionalplan**

Der Regionalplan legt auf der Grundlage des Landesentwicklungsprogramms und des Landesentwicklungsplanes die regionalen Ziele der Raumordnung für die Entwicklung des Regierungsbezirkes und für alle raumbedeutenden Planungen und Maßnahmen fest (§ 19 Abs. 1 Landesplanungsgesetz).

Der seit dem 28. Februar 2024 rechtskräftige Regionalplan Ruhr stellt das Plangebiet als Allgemeinen Siedlungsbereich dar. Damit sind aus regionalplanerischer Sicht die Voraussetzungen für die angedachte Entwicklung des neuen Baugebiets gegeben.

Unmittelbar westlich schließen Bereiche an, die als Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche festgelegt sind. Zudem sind diesen Flächen als Regionale Grünzüge und für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung ausgewiesen.

**Abb. 3: Ausschnitt des Regionalplans Ruhr**

Quelle: RVR (2024)

### Flächennutzungsplan

Im wirksamen Flächennutzungsplan der Stadt Bottrop wird das Plangebiet als Fläche für die Landwirtschaft dargestellt. Um die planungsrechtliche Voraussetzung für eine wohnbauliche Entwicklung zu schaffen, ist somit eine Änderung des Flächennutzungsplans erforderlich. Im Norden ist Grünfläche dargestellt.

Westlich der Tourcoingstraße ist Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen. Zudem ist der landwirtschaftlich geprägte Freiraum als „Flächen zum Ausgleich und Suchräume für Flächen zum Ausgleich“ dargestellt.

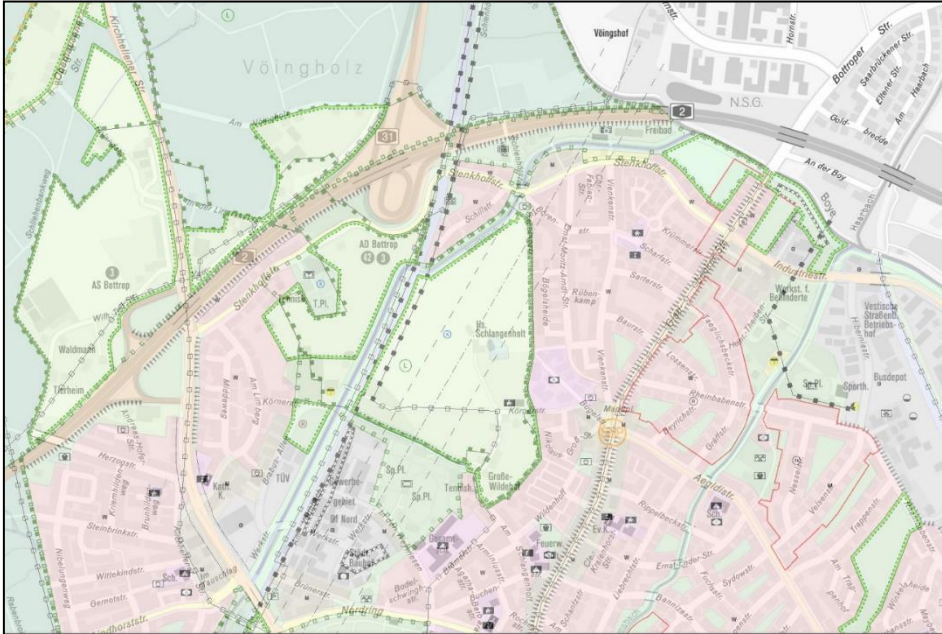
Die Fläche östlich der Tourcoingstraße ist als Wohnbaufläche ausgewiesen. Südlich davon wird das Grundstück einer Seniorenwohnanlage als Fläche für Gemeinbedarf dargestellt.

Der Ausschuss für Stadtplanung und Umweltschutz der Stadt Bottrop hat in seiner Sitzung am 10.09.2019 aufgrund §§ 1 (8) und 2 (1) Baugesetzbuch (BauGB) beschlossen, die 13. Änderung des Flächennutzungsplans zur Darstellung einer Wohnbaufläche im Bereich westlich der Tourcoingstraße durchzuführen.

Stand: März 2024

Seite: 58

Abb. 4: Ausschnitt des Flächennutzungsplans der Stadt Bottrop



Quelle: Stadt Bottrop (gis.bottrop.de)

### Landschaftsplan (LP)

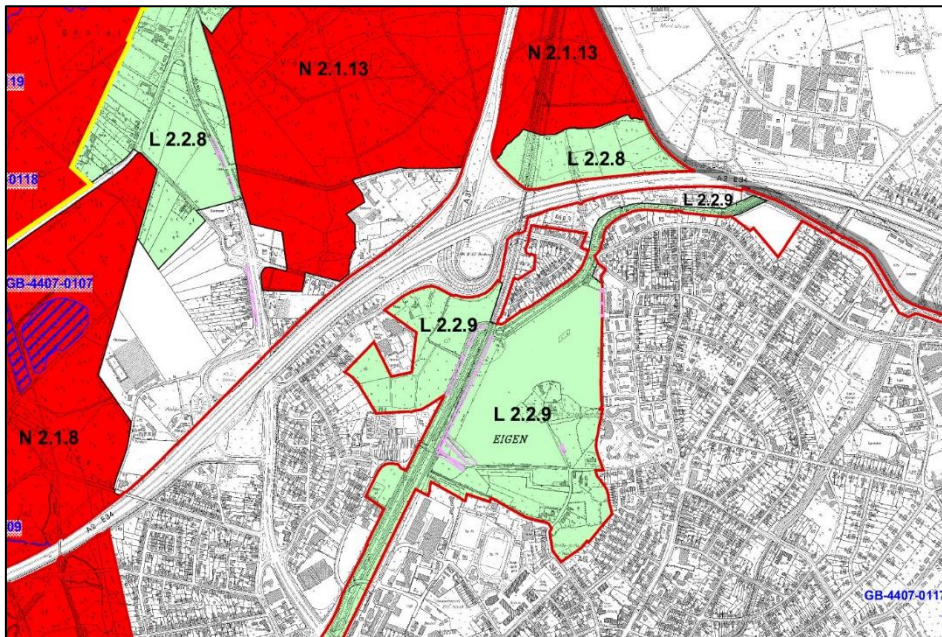
Das Plangebiet des Bebauungsplanes liegt innerhalb des Geltungsbereiches des Landschaftsplans der Stadt Bottrop (in Kraft getreten am 05.12.2015) und liegt innerhalb des Landschaftsschutzgebietes 2.2.9 „Eigen“ mit dem Entwicklungsziel „Erhaltung einer mit naturnahen Lebensräumen oder sonstigen natürlichen Landschaftselementen reich oder vielfältig ausgestatteten Landschaft“ ausgewiesen.

Die Baumreihe aus Baumhasel an der Westseite der Tourcoingstraße ist als gesetzlich geschützter Landschaftsbestandteil festgesetzt.

Stand: März 2024

Seite: 59

**Abb. 5: Ausschnitt der Festsetzungskarte des Landschaftsplans der Stadt Bottrop**



Quelle: Stadt Bottrop (2015)

### Schutzgebiete und Schutzausweisungen

- Das Plangebiet innerhalb der nordwestlichen Grenzen des Landschaftsschutzgebietes „Eigen“. Insgesamt besitzt das LSG eine Fläche von 84,7 ha.
- Ca. 2 km westlich des Plangebietes liegt das FFH-Gebiet „Koellnischer Wald“ (DE-4407-302).
- Das nächstgelegene Naturschutzgebiet „Voeingholz“ (BOT-013) liegt nördlich der A 2 in mindestens 500 m Entfernung zum Plangebiet.
- Beidseitig des Vorthbaches erstreckt sich der Biotopverbund besonderer Bedeutung „Gewässersystem der Boye mit Nebenbächen im Bottroper Stadtgebiet“ (VB-MS-4407-053).
- Die Baumreihe an der Westseite der Tourcoingstraße ist als gesetzlich geschützter Landschaftsbestandteil festgesetzt.
- Gemäß der neuen Waldfunktionskarte für Nordrhein-Westfalen weisen die gewässerbegleitenden Gehölze des Vorthbachs sowie der Gehölzbestand im südlichen Bereich des Plangebietes Funktionen für den Lärmschutz- und dem Klimaschutz auf (WALDINFO.NRW).



Stand: März 2024

Seite: 60

## 2. Beschreibung und Bewertung der Umweltauswirkungen

### 2.1 Beschreibung und Bewertung des derzeitigen Umweltzustands

#### 2.1.1 Menschen und ihre Gesundheit sowie die Bevölkerung insgesamt

Unter dem Schutzgut „Menschen und ihre Gesundheit sowie die Bevölkerung insgesamt“ ist die Bevölkerung im Allgemeinen und ihre Gesundheit sowie ihr Wohlbefinden zu verstehen. Neben der Sicherung einer menschenwürdigen Umwelt und dem Schutz sowie der Entwicklung der natürlichen Lebensgrundlagen sind als Schutzziele das gesunde Wohnen und die Regenerationsmöglichkeiten zu betrachten. Daraus abgeleitet sind zu berücksichtigen:

- die Wohn-, Wohnumfeldfunktion und Erholungs- bzw. Freizeitfunktion,
- Gesundheit und Wohlbefinden.

#### **Wohnfunktion**

Das Plangebiet besteht zum großen Teil aus einer als Spargelacker genutzten Fläche. An den Geltungsbereich grenzt östlich Wohnbebauung an. Die Bedeutung des Raumes für die Wohnfunktion und die Wohnumfeldfunktion ist derzeit gering, da die Fläche derzeit keinen Nutzen für das Wohnen besitzt.

#### **Erholungsfunktion**

Der landwirtschaftliche Freiraum wird von den Anwohnern der angrenzenden Siedlungen für die Naherholung genutzt. Das Gebiet wird über die Tourcoingstraße östlich des Geltungsbereichs und die Körnerstraße und Bügelstraße im Süden erschlossen. Darüber hinaus bestehen in den Freiflächen zum Teil stark frequentierte Trampelpfade, sodass dem Gebiet eine gewisse landschaftsgebundene Erholungsnutzung angerechnet werden kann. Die Trampelpfade entlang der Äcker haben sich im Laufe der Jahre etabliert und werden hierbei insbesondere von den Anwohnern alltäglich zum Ausführen von Hunden genutzt. Es sind jedoch keine ausgewiesenen Wegeverbindungen, die offiziell dem Zweck der Erholungsnutzung dienen.

Die brachgefallene Grünanlage (Spiel- und Bolzplatz) im Norden des Geltungsbereichs weist keinerlei Freizeit- und Erholungsfunktion mehr für die Anwohner auf. Der Zugang ist mit Bauzäunen abgeriegelt und die Fläche ist im Zuge der Sukzession zugewachsen.

#### **Lärmimmissionen**

In der schalltechnischen Untersuchung zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan (INGENIEUR-BÜRO STÖCKER 2022) wurden für das Bauleitplanverfahren alle relevanten Geräuschquellen innerhalb und außerhalb des Vorhabengebietes erfasst und bewertet:

Stand: März 2024

Seite: 61

„Auf das Plangebiet wirken Verkehrslärmimmissionen der umliegenden Straßen, sowie der nördlich gelegenen A 2 und der nordwestlich gelegenen A3 1 ein. Bei freier Schallausbreitung im Plangebiet liegen Beurteilungspegel zwischen 58 dB(A) und 64 dB(A) tags und Beurteilungspegel zwischen 52 dB(A) und 58 dB(A) nachts vor. Die Orientierungswerte der DIN 18005 für Verkehrslärm bei einem Allgemeinen Wohngebiet (55 dB(A) tags und 45 dB(A) nachts) werden tagsüber um bis zu 9 dB und nachts um bis zu 13 dB überschritten. Die größten Überschreitungen werden durch die Autobahnen im Norden des Plangebiets hervorgerufen. Die Orientierungswerte nach Beiblatt 1 zu DIN 18005 (Teil 1) - kurz: Orientierungswerte der DIN 18005 - sind bei der Bauleitplanung heranzuziehen. Ihre Einhaltung oder Unterschreitung wird als wünschenswert erachtet. Gerade in Innenstadtbereichen mit ihren gewachsenen Strukturen sind diese Werte oft nicht einzuhalten. Von diesen Werten kann im Rahmen der Bauleitplanung abgewichen werden, solange die Grenze zur Gesundheitsgefährdung (70 dB(A) am Tag und 60 dB(A) in der Nacht) nicht überschritten wird. Die Grenze zur Gesundheitsgefährdung wird weder tags noch nachts im Plangebiet überschritten.“

**Tab. 1: Orientierungs- und Immissionsrichtwerte für Allgemeine Wohngebiete in dB(A)**

Nutzung	Orientierungswerte DIN 18005 WR Verkehrsgerausche		Immissionsgrenzwerte 16. BImSchV Verkehrslärmverordnung	
	tags	nachts	tags	nachts
Allgemeines Wohngebiet	55 dB(A)	45 dB(A)	59 dB(A)	49 dB(A)

„Die maßgebliche Schallquelle, die auf das Plangebiet einwirkt, ist die nördlich gelegene Autobahn A 2. Zum Schutz des Plangebietes kämen als aktive Schallschutzmaßnahme nur Lärmschutzwände südlich der Autobahn über eine Länge von mehreren Kilometern in Frage. Dies macht aber keinen Sinn, da der Umbau der Anschlussstelle der BAB 2 zur BAB 31 gerade geplant wird diese Lärmschutzwände dann wieder abgerissen werden müssten. In unmittelbarer Nachbarschaft zum Plangebiet liegen schon Bestandsbebauungen, die bei dem Umbau der Autobahn berücksichtigt werden müssen und dazu führen, dass an der Autobahn Lärmschutzmaßnahme umgesetzt werden. Das wird auch im Plangebiet zu geringeren Geräuschemissionen führen. Da das Planfeststellungsverfahren für diesen Autobahnumbau aber noch nicht begonnen wurde und die Planungen noch nicht abgeschlossen sind, muss für dieses Bebauungsverfahren noch von der lautereren Bestandssituation ausgegangen werden.“

Stand: März 2024

Seite: 62

### Schadstoffemissionen

Das Vorhabengebiet liegt im Geltungsbereich des Luftreinhalteplans Ruhrgebiet 2011, Teilplan Nord innerhalb der im Rahmen des Luftreinhalteplans ausgewiesenen Umweltzone.

Zur Bewertung der Luftschadstoffbelastungen wurden die Karten zur Luftreinhaltung der Stadt Bottrop, zur Verfügung gestellt vom Fachbereich Umwelt und Grün (68/2), im Rahmen der frühzeitigen Behördenbeteiligung, ausgewertet. In zwei Karten (Druck vom 16.12.2019) werden die Belastungen mit NO<sub>2</sub> und PM<sub>10</sub> für die umgebenden Straßenzüge dargestellt. Für die Stenkhoffstraße nördlich des Plangebietes, die Gladbecker Straße östlich des Plangebietes und den Nordring im Süden sind NO<sub>2</sub>-Belastungen < 37 µg/m<sup>3</sup> angegeben. Der kritische Wert von > 37 µg/m<sup>3</sup> wird somit unterschritten. Feinstaubbelastungen mit einer Partikelgröße < 10 µm liegen unter 29 µg/m<sup>3</sup>. Die Immissionsgrenzwerte zum Schutz der Gesundheit von 40 µg/m<sup>3</sup> im Jahresmittelwert werden unterschritten. Gesundheitsschädliche Schadstoffbelastungen sind demnach auszuschließen.

#### 2.1.2 Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt

##### Pflanzen

Die reale Vegetation des Geltungsbereichs wurde im Jahr 2022 gemäß der Biotoptypenliste der Stadt Bottrop (Stand 11.2010) aufgenommen und im Februar 2024 im Rahmen der Kita-Planung um das nördliche Grundstück erweitert. Die Vegetation im Bereich des Geltungsbereichs ist vor allem durch intensiv bewirtschafteten Acker (HA) gekennzeichnet. Westlich der Tourcoingstraße befindet sich auf einem Grünstreifen (HH7) eine Baumreihe aus 9 Baumhaseln (BF32) mit einem Kronendurchmesser von ca. 6 m.

**Abb. 6: Blick über den Spargelacker in Richtung Norden (links) und Baumhasel-Reihe westlich der Tourcoingstraße (rechts)**



Stand: März 2024  
Seite: 63

Östlich an die als Fußweg ausgebaute Tourcoingstraße grenzt eine Strauch- bzw. Baumhecke (BD31, BD52) das Vorhabengebiet von der vorhandenen Wohnbebauung ab. Im Süden des Geltungsbereichs befindet sich ein Gehölzbestand (BS13), vornehmlich aus altem Buchen- und Eichenbestand, dessen Erhalt im Zuge des Bebauungsplans gesichert werden sollen.

**Abb. 7: Baumhecke entlang des Fußweges in Richtung Norden (rechts) und Übergang von dem Spargelacker in den Gehölzbestand (links)**



Nördlich grenzt an den Acker eine Restfläche Grünland (EA21) an, die in Gebüsch und Sträucher (BB) übergeht. In den vorderen Reihen dominiert Brombeere. Die Randbereiche des Ackers werden von Trampelpfaden (HY4) durchschnitten. Durch die Trittbelastung ist die Wiese entlang der Trampelpfade stark beansprucht (EG).

Die Gehölzstrukturen gehen nördlich in eine brachgefallene Grünanlage (HM9) über, die sich aus einem vor längerer Zeit aufgegebenem Spiel- und Bolzplatz zusammensetzt. Mit Gehölzen bestandene Böschungen (BD73) grenzen die Grünanlage von der Landwirtschaft im Süden und von den Straßen Tourcoingstraße im Osten und Börenstraße im Norden ab. Darauf stocken vereinzelt heimische Altbäume (mit starken Baumholz  $\geq 80$  cm). Die Grünfläche unterliegt der Sukzession, sodass junges Gehölz und Brombeere die ehemalige Spielfläche überwachsen. Auch der Asche-Bolzplatz (HU3) ist mit Brombeere überwuchert.

Stand: März 2024

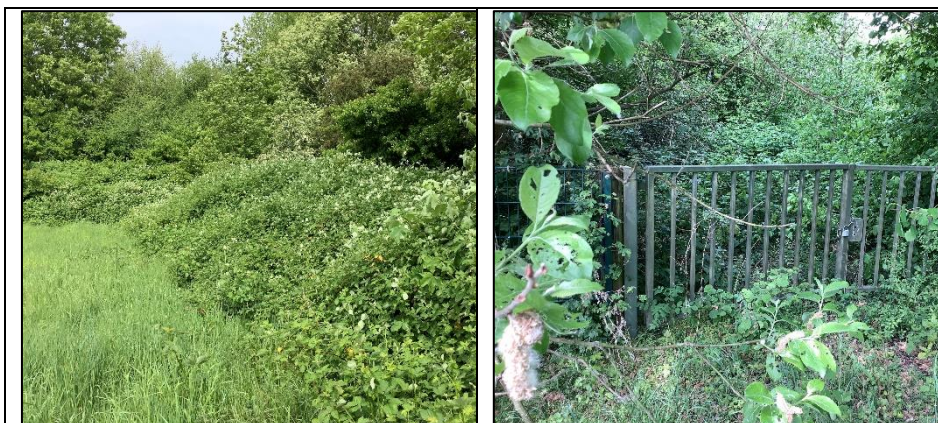
Seite: 64

**Abb. 8: Blick über die zugewachsene Grünanlage (links) und Gehölzbestandene Böschung Ecke Börenstraße/Tourcoingstraße(rechts)**



Für die Herstellung der Einleitungsstelle der Entwässerungsanlage in den Vorthbach geht vom Geltungsbereich ein Stich in Richtung Vorthbach ab. Hier sind kleinflächig Gehölzstrukturen betroffen. In diesem Bereich befindet sich bereits eine Zuwegung der Emschergenossenschaft zum Vorthbach, derzeit gesichert mit einem Tor. Aufgrund einer wahrscheinlich unregelmäßigen Nutzung hat hier bereits eine Verbuschung (BB) eingesetzt und erste Gehölze wachsen auf.

**Abb. 9: Übergang Grünland in angrenzende Brombeersträucher (links) und vorhandene Zuwegung (verschlossenes Tor) zum Vorthbach (rechts)**



Folgende Tabelle stellt die Biotoptypen im Geltungsbereich einschließlich ihrer Bewertung dar:

Stand: März 2024

Seite: 65

**Tab. 2: Ausgangszustand des Geltungsbereichs**

Code	Biotoptyp	Wertsumme (SU)	Fläche in m <sup>2</sup>	Wert
BB	Gebüsche, Einzelsträucher, Strauchhecken und Waldränder der Forstflächen	17	468	7.956
BD31	Strauchhecken, standorttypisch, freiwachsend	13	162	2.106
BD52	Baum- und Strauchhecken mit überwiegend standort-typischen Gehölzen, mittleres Baumholz	19	776	14.744
BD73	Baumheckenartige Gehölzstreifen an Straßen mit überwiegend standorttypischen Gehölzen, starkes Baumholz	20	329	6.580
BF32	Baumreihen, -gruppen und <u>Einzelbäume</u> mit überwiegend standorttypischen Gehölzen, mittleres Baumholz (9 St., Kronentraufe 28 m <sup>2</sup> )	13	(252)*	3.276
BS13	Gehölze im Siedlungsbereich mit überwiegend standorttypischen Gehölzen, starkes Baumholz	22	1.667	36.674
EA21	Frischwiesen, stark gedüngt, mäßig trocken bis frisch (intensiv)	11	720	7.920
EG	Trittpioniererrasen	8	360	2.880
HA	Äcker	6	28.868	173.208
HH7	Grasfluren an Dämmen, Böschungen, Straßen- und Wegrändern	12	1.427	17.124
HM9	Brachflächen der Parks, Grünanlagen und Friedhöfe	15	1.092	16.380
HU3	Sport- und Erholungsanlagen mit geringem Versiegelungsgrad, Ascheplatz	1	212	212

*\* Erläuternder Hinweis: Die Eingriffsermittlung und die Berechnung der Kompensationsmaßnahmen erfolgen grundsätzlich zweischichtig. Bei der Eingriffsermittlung werden sowohl die flächenhafte Inanspruchnahme von Biotoptypen als auch die zahlenmäßige Inanspruchnahme von herausragenden Einzelgehölzen erfasst. Bei der Berechnung der Kompensationswerte der Maßnahmen werden ebenfalls die flächenhafte Werterhöhung der Zielbiotoptypen als auch die Anzahl der geplanten Einzelgehölze berechnet.*

### Tiere

Im Rahmen der ASP Stufe II (KUHLMANN & STUCHT GBR 2021) wurde eine faunistische Untersuchung durchgeführt. Entsprechend der Vorgaben aus der ASP Stufe I (ILS ESSEN GMBH 2019) wurden im Jahr 2020 die Brutvögel und Fledermausvorkommen kartiert. Neben einer qualitativen Erfassung aller Arten wurden sämtliche planungsrelevante Arten sowie alle auf der aktuellen Roten Liste NRW stehenden Arten auch quantitativ erfasst.

Stand: März 2024

Seite: 66

## Vögel

Insgesamt wurden vier Begehungen für die Vogelkartierung durchgeführt. Zusätzlich wurden für die Gruppen der Spechte und Eulen jeweils eine bzw. zwei flächendeckende Kartierung durchgeführt.

Im Untersuchungsraum konnten 32 Vogelarten festgestellt werden. Davon sind allerdings nur 11 Arten im Eingriffsbereich des Plangebiets beobachtet worden. Alle 11 Arten sind als reine Nahrungsgäste anzusehen, die zum Teil auch nur ausnahmsweise dort vorzufinden sind. Lediglich Rabenvögel (Elster, Dohle und Rabenkrähe) sowie Taubenvögel (Ringel-, Haus- und Hohltaube) halten sich regelmäßig auf dem Spargelacker zur Nahrungsaufnahme auf. Zusätzlich konnten vier Arten beim Überflug beobachtet werden, wobei ein kreisender Weißstorch am Maitermin sicherlich einem im nordwestlichen Ruhrgebiet brütendem Paar zuzuordnen ist.

Im direkten Umfeld der eigentlichen Planungsfläche konnten 23 Brutvogelarten festgestellt werden. Zusätzlich konnten sechs Nahrungsgäste und drei überfliegende Arten festgestellt werden.

Insgesamt handelt es sich bei fast allen Brutvogelarten der Randbereiche um häufige und allgemein verbreitete Arten, die zudem keine Planungsrelevanz besitzen. Lediglich der Star konnte mit drei besetzten Bruthöhlen als gefährdete Art registriert werden. Zwei Bruten wurden in natürlichen Baumhöhlen im Waldstück von Haus Schlangenholtz gefunden, ebenso eine Bruthöhle in der Baumgruppe inmitten des Maisackers.

Bodenbrüter und typische Offenlandarten konnten nicht auf der Fläche und in den Randbereichen festgestellt werden. Ebenso wurden auch keine nahrungssuchenden Mehl- oder Rauchschnalben beobachtet.

**Tab. 3: Liste der im Untersuchungsgebiet nachgewiesenen Vogelarten mit Angaben zu Gefährdung und Planungsrelevanz**

Deutscher Name	Wissenschaftlicher Name	Status im Gebiet	Status im Randgebiet	RL NRW	EHZ NRW (ATL)
Amsel	<i>Turdus merula</i>	NG	B		
Bachstelze	<i>Motacilla alba</i>	NG	B	V	
Blaumeise	<i>Cyanistes caeruleus</i>		B		
Buchfink	<i>Fringilla coelebs</i>	NG	B		
Buntspecht	<i>Dendrocopos major</i>		B		
Eichelhäher	<i>Garrulus glandarius</i>		B		
Elster	<i>Pica pica</i>	NG	B		
Gartenbaumläufer	<i>Certhia brachyactyla</i>		B		

Stand: März 2024

Seite: 67

Deutscher Name	Wissenschaftlicher Name	Status im Gebiet	Status im Randgebiet	RL NRW	EHZ NRW (ATL)
Gartengrasmäcke	<i>Sylvia borin</i>		B		
Gimpel	<i>Pyrrhula pyrrhula</i>		B		
Grünfink	<i>Chloris chloris</i>	NG	B		
Grünspecht	<i>Picus viridis</i>		NG		
Heckenbraunelle	<i>Prunella modularis</i>		B		
Hohltaube	<i>Columba oenas</i>	NG	NG		
Kanadagans	<i>Branta canadensis</i>	Ü	Ü		
Kleiber	<i>Sitta europaea</i>		B		
Kohlmeise	<i>Parus major</i>		B		
Mauersegler	<i>Apus apus</i>	NG	NG		
<b>Mäusebussard</b>	<b><i>Buteo buteo</i></b>	<b>Ü</b>	<b>Ü</b>		<b>G</b>
Mönchsgrasmücke	<i>Sylvia atricapilla</i>		B		
Nilgans	<i>Alopochen aegyptiaca</i>	Ü	NG		
Rabenkrähe	<i>Corvus corone</i>	NG	NG		
Ringeltaube	<i>Columba palumbus</i>	NG	B		
Rotkehlchen	<i>Erithacus rubecula</i>	NG	B		
Schwanzmeise	<i>Aegithalos caudatus</i>		B		
Singdrossel	<i>Turdus philomelos</i>		B		
<b>Star</b>	<b><i>Sturnus vulgaris</i></b>		<b>B</b>	<b>3</b>	<b>unbek.</b>
Straßentaube	<i>Columba livia</i>	NG	NG		
<b>Weißstorch</b>	<b><i>Ciconia ciconia</i></b>	<b>Ü</b>	<b>Ü</b>		<b>G</b>
Wintergoldhähnchen	<i>Regulus regulus</i>		B		
Zaunkönig	<i>Troglodytes troglodytes</i>		B		
Zilpzalp	<i>Phylloscopus collybita</i>		B		

---

 Status: B – Brutvogel, NG – Nahrungsgast, Ü – Überfliegend
 

---

 Rote Liste (RL) NRW, nach LANUV/NWO, 2016: 3 – gefährdet, V – Vorwarnliste
 

---

 Erhaltungszustand (EHZ) NRW der atlantischen Region (ALT) (nur bei planungsrelevanten Arten):
 

---

**G** = günstig, **U** = unzureichend, **S** = schlecht, unbek. = unbekannt
 

---

**Fettdruck:** Arten, die in NRW als planungsrelevant eingestuft sind
 

---



Stand: März 2024

Seite: 68

### Fledermäuse

Zur qualitativen Erfassung der im Gebiet vorkommenden Fledermausarten wurde in drei Nächten die Suche mit einem Ultraschalldetektor durchgeführt. Dabei wurden zwei Untersuchungs Nächte in die Wochenstubenzeit gelegt, zudem wurde eine weitere Beobachtungsnacht im September während der Wanderungszeit durchgeführt.

Zusätzlich zur Erfassung der Arten per Ultraschalldetektor konnten in den Dämmerungsstunden auch Sichtbeobachtungen mit in die Kartierungsergebnisse einfließen. Da sich im betroffenen Plangebiet keine Strukturen finden, die als Fortpflanzungs- und Ruhestätten genutzt werden können, fand keine gezielte Suche und Kontrolle potenzieller Quartierstrukturen statt.

Insgesamt konnten auf allen sechs Kartiergängen Fledermäuse beobachtet werden. Dabei handelte es sich um die, auch in Stadtquartieren häufige, Zwergfledermaus. Vereinzelt konnten zudem Rauhautfledermaus und Großer Abendsegler festgestellt werden.

Bis zu drei Exemplare der Zwergfledermaus nutzten den Spargelacker als Jagdraum zwischen dem südlichen Gehölz um das Haus Schlangenholt und den Gehölzstrukturen um den Vorthbach. Zudem wurden einzelne Flüge in und aus dem, östlich angrenzenden, Siedlungsstreifen beobachtet. Als typische Gebäudeart, die menschliche Nähe nicht scheut, ist davon auszugehen, dass sich im angrenzenden Siedlungsbereich mehrere Sommerquartiere befinden.

Großer Abendsegler und Rauhautfledermaus konnten nur am Septembertermin festgestellt werden. Ein längerer Aufenthalt im Gebiet konnte nicht beobachtet werden. Ein Großer Abendsegler flog in einer Höhe von ca. 50 m mehrere große Schleifen über die Ackerflächen. Das einzige Exemplar der Rauhautfledermaus wurde in wenigen Metern Höhe jagend am Gehölzstreifen um den Vorthbach für wenige Minuten beobachtet.

**Tab. 4: Liste der im Untersuchungsgebiet nachgewiesenen Fledermausarten mit Angaben zu Gefährdung und Planungsrelevanz**

Deutscher Name	Wissenschaftlicher Name	Status im Gebiet	Status im Randgebiet	RL NRW	EHZ NRW (ATL)
Großer Abendsegler	<i>Nyctalus noctula</i>	NG	NG	V	G
Rauhautfledermaus	<i>Pipistrellus nathusii</i>	NG	NG		U
Zwergfledermaus	<i>Pipistrellus pipistrellus</i>	NG	NG/SQ		G

Stand: März 2024

Seite: 69

---

 Status: NG – Nahrungsgast, SQ – Sommerquartier
 

---

Rote Liste (RL) NRW, nach LANUV/NWO, 2016: 3 – gefährdet, V – Vorwarnliste

---

 Erhaltungszustand (EHZ) NRW der atlantischen Region (ALT) (nur bei planungsrelevanten Arten):
 

---

 G = günstig, U = unzureichend, S = schlecht, unbek. = unbekannt
 

---

### Amphibien und Reptilien

Das Plangebiet weist keine Strukturen auf, die essenzielle Lebensräume für Reptilien oder Amphibien darstellen. Geeignete Laichgewässer für Amphibien sind im Plangebiet und dessen Umfeld nicht vorhanden.

### Ergänzung

Im Zuge der Kita-Planung, welche Anfang 2024 in den Bebauungsplan aufgenommen wurde, wurden nochmals Änderungen am Geltungsbereich vorgenommen. Für die Außenanlage der Kita wurde das nördlich angrenzende Grundstück – die bachgefallene Grünanlage – mit in den Geltungsbereich integriert. Da hierfür im Vorfeld keine artenschutzrechtliche Betrachtung erfolgt ist, wurde der Bereich im Februar 2024 zur Prüfung der Habitateignung für planungsrelevante Arten begangen. Dabei wurde der Gehölzbestand auf Horste und Höhlen-bäume geprüft. Im Ergebnis kann keine besondere artenschutzrechtliche Bedeutung festgestellt werden. Es konnten keine Horst- oder Höhlenbäume festgestellt werden. Insgesamt stellt der Bereich einen allgemeinen (Teil-)lebensraum für die im Siedlungsbereich üblichen, ubiquitären Arten dar.

#### 2.1.3 Fläche

Die Ressource Fläche ist ein begehrtes aber zugleich begrenztes und nicht vermehrbares Gut, das diversen Nutzungsansprüchen ausgesetzt ist. Unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit strebt die Bundesrepublik Deutschland einen sparsamen Umgang mit Freiflächen an. Der Flächenverbrauch für Siedlungs- und Verkehrsflächen soll bis 2030 auf weniger als 30 ha pro Tag beschränkt werden (BUNDESREGIERUNG 2016).

Die derzeitige Flächennutzung im Plangebiet wird primär durch landwirtschaftliche Nutzung bestimmt. Von der insgesamt 37.570 m<sup>2</sup> großen Fläche des Geltungsbereichs unterstehen rund 28.868 m<sup>2</sup> der landwirtschaftlichen Nutzung. 940 m<sup>2</sup> werden als befestigte Wegefläche genutzt. Auf ca. 4.500 m<sup>2</sup> Fläche des Geltungsbereichs stocken Gehölze.

#### 2.1.4 Boden

Der Boden besitzt unterschiedliche Funktionen für den Naturhaushalt, insbesondere als Lebensgrundlage und Lebensraum für Menschen, Tiere, Pflanzen sowie Bodenorganismen. Darüber hinaus sind seine Wasser- und Nährstoffkreisläufe, seine Filter-, Puffer-, und Stoffumwandlungseigenschaften, seine damit verbundene Grundwasserschutzfunktion und seine Funktion als Archiv der Natur- und Kulturgeschichte zu schützen.

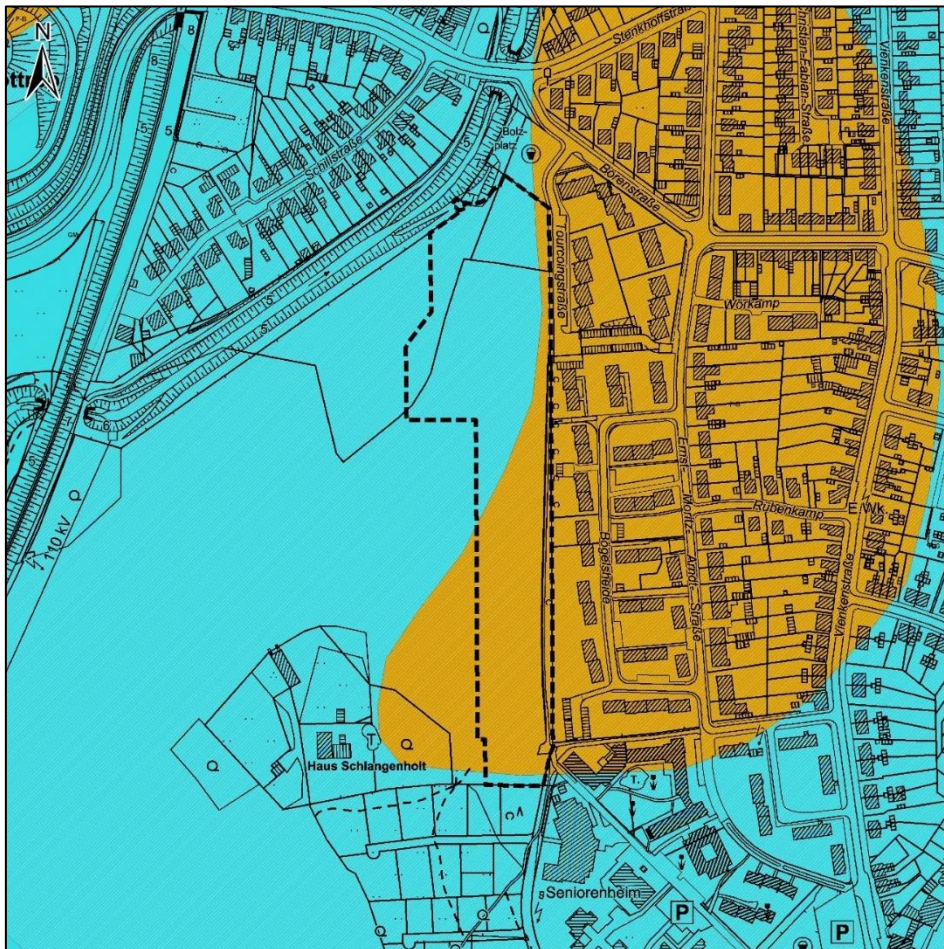
Stand: März 2024  
Seite: 70

Die wesentlichsten und bewertungsrelevantesten Funktionen sind:

- die Lebensraumfunktion,
- die Speicher- und Reglerfunktion,
- die natürliche Ertragsfähigkeit,
- sowie die Funktion als Archiv der Natur- und Kulturgeschichte.

Der im Norden des Plangebietes vorherrschende Podsol-Gley pG8 (stellenweise Gley) sowie die im Süden des Plangebietes vorherrschende Podsol-Braunerde pB81 entwickelte sich auf Flugsand des Jungpleistozän bis Holozän.

**Abb. 9: Darstellung der Bodentypen im Geltungsbereich (BK50)**



In dem Gutachten zur Baugrundsituation (ALTHOFF & LANG GBR 2018) wurden folgende Bodenschichten mittels Rammsondierungen angesprochen:

Stand: März 2024

Seite: 71

**Tab. 5: Zusammensetzung des Untergrundes (ALTHOFF & LANG GBR 2018)**

Schicht	ca. Tiefe unter jeweiliger GOK [m]	Zusammensetzung (Bohrgutansprache)
01	0,00 bis -0,10; -1,00	<p><b>Auffüllung / Anstehendes umgelagert</b> (häufig als Schichtlücke – fließender Übergang in Schicht 02:)</p> <p>Sand (vornehmlich Mittel- bis Feinsand), schwach bis stark schluffig, teilweise schwach feinkiesig, anthropogene Fremdbestandteile (Ziegelbruch, Mörtel, Aschereste, Schlackereste) in Mengen &lt; 10 Vol.-%, dunkelbraun bis braun, rollig, erdfeucht bis feucht.</p> <p>Nahe der Geländeoberkante (ca. oberste 0,35 m deutlich humos mit Wurzeln und Pflanzenresten – Schicht 01)</p>
02	0,00; -1,00 bis -5,00; -7,00 (Endteufen)	<p><b>Anstehendes / Anstehendes umgelagert</b> (quartäre, z. T. schluffige Flugsande des Oligozäns bis Holozäns, unterlagert von verwitterten kretazischen sandig-schluffigen Ablagerungen):</p> <p>Sand (vornehmlich Mittel- bis Feinsand), schwach bis stark schluffig, teilweise auch Schluff und Ton, sandig, hellbraun/ braun/ grünlich braun bis bräunlich grau, rollig, bindig, erdfeucht bis feucht (im Niveau bzw. unterhalb von Schichtwasserkörpern auch nass).</p> <p>Nahe der Geländeoberkante (ca. oberste 0,35 m deutlich humos mit Wurzeln und Pflanzenresten – Schicht 02)</p>

**Schutzwürdige Böden**

Der Geologische Dienst NRW weist keine schützenswerten Böden im Geltungsbereich aus (Daten gemäß Auskunftssystem BK50, Geportal.NRW).

**Altlasten**

Das Plangebiet wird nicht als Verdachtsfläche im Altlastenkataster der Stadt Bottrop geführt. Im Frühjahr 2018 haben die Arenbergischen Gesellschaften ein Gutachten zur Baugrundsituation inkl. abfalltechnischer Deklaration und orientierender Erstbewertung gemäß Bundesbodenschutzverordnung in Auftrag gegeben, um die Bodensituation für eine mögliche wohnbauliche Entwicklung zu klären. Es wurden keine Altlasten oder schädliche Bodenveränderungen im Bereich des Baufeldes gefunden.

In der bisherigen Bodenuntersuchung wurde die Fläche für die Kita noch nicht berücksichtigt. Nach Rücksprache mit der Unteren Bodenschutzbehörde befinden sich im Bereich der geplanten Außenanlage mutmaßlich zwei bodenschutzrelevante Strukturen - ein Erdwall aus Auffüllungsmaterialien in unterschiedlichen Zusammensetzungen bezüglich Material und

Stand: März 2024  
Seite: 72

Menge und ein ehemaliger Bolzplatz mit unbekanntem Aufbau. Eine entsprechende bodenhygienische Untersuchung wird vor Rechtskraft des B-Plans durchgeführt. Abhängig vom Ergebnis der Bodenuntersuchung ist die Entsorgung/der Ausbau und/oder die Überdeckung mit BM-0 gem. Ersatzbaustoff durchzuführen.

#### 2.1.5 Wasser

Oberflächengewässer (Fließ- und Stillgewässer) sind im Plangebiet nicht vorhanden. Nördlich bzw. westlich des Plangebietes verläuft der Vorthbach - ein „sandgeprägtes Fließgewässer der Sander und sandigen Aufschüttungen“ (Fließgewässertypologie NRW) - der von Südwesten nach Nordosten in die Boye außerhalb des Plangebietes entwässert.

Das Plangebiet liegt innerhalb des Grundwasserkörpers „Münsterländische Oberkreide“ (DE\_GB\_DENW\_277\_03). Der Grundwasserkörper liegt im Südwesten des Münsterländer Kreide-Beckens und zeichnet sich aus einer sehr geringen bis mäßigen Durchlässigkeit und einer geringen Ergiebigkeit aus. Der mengenmäßige Zustand ist als gut, der chemische Zustand ist aufgrund der Überschreitung der Schwellenwerte von BTEX und Sulphat nach Anlage 2 GrwV als schlecht bewertet (BFG WEB VIEWER). Er setzt sich aus zwei isolierten Teilkörpern zusammen. Der in diesem Fall betrachtete westliche Teilkörper wird im Westen und Südwesten größtenteils von der hier bis zu ca. 45 m mächtigen Bottrop-Formation, einem überwiegend schluffigen Mergel aufgebaut sowie von den darunter folgenden, etwa 55 m mächtigen Osterfeld-Schichten (Fein- bis Mittelsand mit Schluff). Letztere bilden einen wichtigen Grundwasserleiter und das 2. Stockwerk. Das Grundwasser strömt im Bereich des westlichen Teilkörpers von einer im Süden gelegenen, etwa halbkreisförmig verlaufenden Grundwasserscheide in sämtliche Richtungen, zur Emscher und deren Nebenläufen, im östlichen Teilkörper generell in südliche Richtung, überwiegend zur Emscher. Bei rund 26 % der Fläche liegt das Grundwasser weniger als 2 m unter Gelände. Vielfach liegen die Flurabstände zwischen 2 und 5 m, vereinzelt, besonders im Südwesten bis zu 20 m. Der natürliche Grundwasserspiegel wurde durch Senkungseinflüsse des untertägigen Steinkohlebergbaus sowie durch Verlegen der Vorfluter und deren Umfunktionierung als offene Abwasserkanäle stark verändert (ELWAS-WEB).

Ganz im Norden ragt das Vorhabengebiet in den Grundwasserkörper „Niederung der Emscher“ (DEGB\_DENW\_277\_05). Der Poren-Grundwasserleiter aus Sand, z. T. Kies und Schluff ist mäßig durchlässig und ergiebig. Die wasserwirtschaftliche Bedeutung ist gering (ELWAS-WEB). Der mengenmäßige Zustand ist als gut, der chemische Zustand als schlecht bewertet (BfG Web Viewer).

Stand: März 2024

Seite: 73

### Schutzausweisungen

Der Geltungsbereich liegt nicht innerhalb von Wasserschutz- oder Überschwemmungsgebieten.

#### 2.1.6 Luft und Klima

##### Klima

Die Stadt Bottrop wird makroklimatisch dem Klimabereich „Nordwest-Deutschland“ zugeordnet, welcher sich von der Nordseeküste bis zu den Südseiten von Eifel und Westerwald sowie bis zur Ostseite des Sauerlandes erstreckt. Durch die Lage im Westwindgürtel und die relative Nähe zum Atlantik ist das Klima in diesem Teil Deutschlands maritim beeinflusst. Dies äußert sich im Allgemeinen durch kühle Sommer und milde Winter. Allerdings können sich gelegentlich auch längere Hochdruckphasen mit kontinentalem Einfluss durchsetzen. Diese kontinentalen Hochdruckwetterlagen mit schwachen östlichen bis südöstlichen Winden führen im Sommer zu heißen, trockenen Phasen und sind im Winter hingegen mit anhaltenden Kälteperioden verbunden. Grundsätzlich dominieren im nordwestdeutschen Klimabereich jedoch südwestliche Windrichtungen. Regionalklimatisch liegt Bottrop im Übergangsbereich der Klimabezirke „Niederrheinisches Tiefland“ und „Münsterland“ (RVR 2019).

Im Plangebiet herrschen durchschnittliche Lufttemperatur von 11 °C. Der heißeste Monat im Jahr ist mit durchschnittlich 19,3 °C der Juli. Der Januar ist mit durchschnittlich 3,4 °C der kälteste Monat im Jahr. Im Jahresverlauf fallen durchschnittlich 822,3 mm Niederschlag (alle Zahlen bezogen auf die Klimanormalperiode 1991-2020) (KLIMAATLAS NRW).

Entsprechend der Klimaanalysekarte der Stadt Bottrop (Stand 2019) ist der überwiegende Teil des Plangebietes als Freilandklima gekennzeichnet. Das Freilandklima entwickelt sich über landwirtschaftlich genutzten Flächen. Es zeichnet sich durch gute Austauschverhältnisse und stark ausgeprägte Tagesgänge der Lufttemperatur mit deutlich niedrigeren nächtlichen Lufttemperaturen aus. Dadurch stellen diese Flächen potenzielle Ausgleichsräume dar, die bei entsprechenden Wetterlagen eine klimatisch entlastende Funktion für die Siedlungsräume einnehmen können.

Der südliche und der nördliche Teil des Plangebietes sind als Waldklimatop ausgewiesen. Das Waldklima ist durch eine Verlagerung der Strahlungsumsätze auf das Kronendachniveau und einer daraus folgenden Dämpfung aller Klimaelemente im Stammraum (Bestandsklima) gekennzeichnet. Aufgrund der Filterfunktion stellen Wälder bedeutende Frischluftentstehungsgebiete dar.

Klimatope beschreiben Gebiete, die aufgrund identischer Flächennutzung ähnliche mikroklimatische Ausprägungen aufweisen. In den Darstellungen der räumlichen Verteilung der Klimatope werden diese scharf vonei-

Stand: März 2024  
Seite: 74

einander abgegrenzt. In Wirklichkeit sind die Übergänge zwischen den Klimatopen fließend und nicht statisch. Die östlich angrenzenden Siedlungsbereiche sind dem Stadtrandklima zugeordnet, daher ist das Plangebiet durch seine Lage im Übergang von Siedlungs- und Freiraumbereich gekennzeichnet. Die überwiegend locker bebauten und gut durchgrüneten Siedlungsstrukturen verändern das Mikroklima nur geringfügig (geringere Extremwerte für Temperatur und Feuchte, Dämpfung der Windgeschwindigkeit, sehr geringe Temperaturerhöhung und günstige Strahlungsbedingungen).

Die Klimaanalyse weist für das Plangebiet eine hohe Kaltluftproduktionsrate aus ( $\geq 16\text{m}^3/\text{m}^2/\text{h}$ ). Der Kaltluftvolumenstrom weist eine mittlere Bedeutung ( $> 500 - 1000\text{m}^3/\text{s}$ ) auf, während der Kaltluftvolumenstrom aus den westlich angrenzenden Freiflächen eine hohe Bedeutung ( $> 1.000\text{m}^3/\text{s}$ ) verzeichnet. Aufgrund topographisch bedingter, fehlender Kaltluft- und Flurwinddynamik auf den Flächen, ist der Luftaustausch in den angrenzenden Siedlungs- bzw. Lastraum jedoch begrenzt.

Die Aussagen der gesamtstädtischen Klimaanalyse (RVR 2019) werden in dem Klimagutachten (Lohmeyer GmbH 2020) aufgegriffen und die Auswirkungen des geplanten Bauvorhabens auf die lokalen klimatischen Verhältnisse (Kaltluftgeschehen, bioklimatische/thermische Umgebungsbedingungen) untersucht und bewertet.

Die Ergebnisse der Simulationsrechnungen für den Istfall zeigen, dass sich im Untersuchungsgebiet während windschwacher Strahlungsächte Kaltluftsysteme ausbilden. Aufgrund der geringen Geländeneigungen sind die bodennahen Strömungsgeschwindigkeiten im Untersuchungsgebiet meistens nur schwach. Das Fehlen einer Luftleitbahn verhindert, dass eine effektive Frischluftzufuhr vom Umland bis zum Plangebiet stattfindet. Die Kaltluftvolumenströme im Plangebiet weisen daher nur geringe Intensitäten auf und können aufgrund fehlender Kaltluftneubildung und der flachen Topographie nicht weit in die benachbarten Wohnsiedlungen eindringen.

Größere Kaltluftmengen fließen über die Ackerflächen südwestlich am Plangebiet vorbei. Hier liegt die Volumenstromdichte teilweise über  $5\text{m}^2/\text{s}$ . Nördlich des Plangebietes wird dieser Kaltluftströmung durch die nordwestlich angrenzende Bestandsbebauung an der Schillstraße und der Stenhoffstraße stark abgeschwächt, so dass im nördlichen Bereich des Plangebietes keine bioklimatische relevante Kaltluftzufuhr auftritt. Im südlichen Bereich treten schwache Kaltluftströmungen auf, über die kühlere Luft aus nordwestlicher Richtung in die angrenzenden Wohngebiete eindringen kann. Die positive thermische Ausgleichsfunktion ist aber aufgrund des fehlenden Antriebs (flaches Gelände) und der daher geringen Kaltluftdynamik stark eingeschränkt.

Stand: März 2024  
Seite: 75

## Luft

Das Vorhabengebiet liegt im Geltungsbereich des Luftreinhalteplans Ruhrgebiet 2011, Teil-plan Nord. Das Vorhabengebiet liegt innerhalb der im Rahmen des Luftreinhalteplans ausgewiesenen Umweltzone.

Zur Bewertung der Luftschadstoffbelastungen wurden die Karten zur Luftreinhalteplanung der Stadt Bottrop, zur Verfügung gestellt vom Fachbereich Umwelt und Grün (68/2) im Rahmen der frühzeitigen Behördenbeteiligung, ausgewertet. In zwei Karten (Druck vom 16.12.2019) werden die Belastungen mit NO<sub>2</sub> und PM<sub>10</sub> für die umgebenden Straßenzüge dargestellt. Für die Stenkhoffstraße nördlich des Plangebietes, die Gladbecker Straße östlich des Plangebietes und den Nordring im Süden sind NO<sub>2</sub>-Belastungen < 37 µg/m<sup>3</sup> angegeben. Der kritische Wert von > 37 µg/m<sup>3</sup> wird somit unterschritten. Feinstaubbelastungen mit einer Partikelgröße < 10 µm liegen unter 29 µg/m<sup>3</sup>. Die Immissionsgrenzwerte zum Schutz der Gesundheit von 40 µg/m<sup>3</sup> im Jahresmittelwert werden unterschritten.

### 2.1.7 Landschaft

Naturräumlich betrachtet liegt Bottrop im Übergangsbereich der beiden Großlandschaften „Niederrheinisches Tiefland“ und „Westfälische Tieflandsbucht“. Das Plangebiet kann der naturräumlichen Haupteinheit „Emscherland“ zugeordnet werden. Das LANUV ordnet das Plangebiet dem Landschaftsraum „Boyplatten“ (LR-IIIa-099) zu. Die Boyplatten stellen eine auffallende Ausbuchtung im Nordwesten der Emschertalung dar, die sich von der flachen Talwasserscheide bei Kirchhellen bis an die Emscherniederung im Süden Bottrops erstreckt.

Das Landschaftsbild wird von der landwirtschaftlichen Nutzung sowie der östlich angrenzenden Siedlung geprägt. Das Vorhabengebiet liegt am Rande des Landschaftsschutzgebietes „Eigen“. Es erstreckt sich beidseitig des Vorhabens und umfasst unter anderem den früheren Adelssitz Haus Schlangenholt mit kleinem Feldgehölz und gut strukturierten Hofgehölzen innerhalb von Grünland- und Ackerflächen, wie auch die Ackerfläche im Vorhabengebiet. Insgesamt besitzt das LSG eine Fläche von 84,7 ha.

Der Landschaftsraum Schlangenholt stellt ein Relikt der kleinbäuerlichen Kulturlandschaft dar und enthält entsprechende landschaftsprägende Strukturen (z. B. Offenlandbereiche in Kombination mit Feldgehölzen und Baumhecken, Haus Schlangenholt), die prägend für das Landschaftsbild sind. Die strukturreiche Kulturlandschaft ist vor allem südlich des Plangebietes zu finden, während der Freiraum im Bereich des Vorhabengebietes vergleichsweise strukturarm erscheint. Der Spargelacker mit der typischen Plastikfolienabdeckung und der daran anschließende Maisacker weisen keine besondere Eigenart oder Landschaftsqualität auf.



Stand: März 2024  
Seite: 76

### 2.1.8 Kultur- und sonstige Sachgüter

Der Adelssitz Haus Schlangenholt ist Kulturdenkmal (Mkz.4407,72).

Das Haus Schlangenholt ist als Baudenkmal ausgewiesen. Es befindet sich ca. 100 m südwestlich des Plangebietes und liegt somit in der unmittelbaren Nachbarschaft zur geplanten Neu-bebauung.

Im südwestlichen Randbereich des Plangebietes ist der Fund einer prähistorischen Grube mit Keramikscherben verzeichnet.

### 2.1.9 Wechselwirkungen

Auch das BauGB fordert den integrativen Prüfansatz des UVPG, der die einzelnen Umweltfaktoren einschließlich der Wechselwirkungen zu berücksichtigen hat.

Im Geltungsbereich konnten keine besonders zu berücksichtigenden Wechselbeziehungen zwischen einzelnen Schutzgütern identifiziert werden. Auch konnten keine besonderen räumlichen Wechselwirkungen und -beziehungen zwischen den Teilflächen des Geltungsbereichs oder zwischen dem Geltungsbereich und seinem Umfeld festgestellt werden.

## 2.2 Beschreibung der voraussichtlichen Umweltauswirkungen bei Durchführung der Planung

Die nachfolgende Erfassung und Beschreibung der anlage-, bau- und betriebsbedingten Umweltauswirkungen orientiert sich an den Belangen des § 1 Abs. 6 Nr. 7 a-j sowie den zusätzlichen Angaben gemäß Punkt 2b aus Anlage 1 zu § 2 Abs. 4 BauGB.

### 2.2.1 Menschen und Ihre Gesundheit, Bevölkerung insgesamt

#### **Wohnfunktion**

Durch den Neubau eines Wohnquartiers und der Schaffung von attraktivem Wohnraum verbessert sich die Wohnfunktion, da die bisherige Bedeutung des Geltungsbereichs aufgrund er fehlenden Wohnfunktion als nachrangig zu bewerten ist.

Ergänzend zur Wohnbebauung soll im nördlichen Bereich eine Kindertagesstätte entstehen, sodass einer bedarfsgerechten Versorgung mit Betreuungsplätzen im Wohnbereich Eigen Rechnung getragen wird.

#### **Verkehrslärm**

Das Schallgutachten (Ingenieurbüro Stöcker 2022) stellt fest, dass es durch den Verkehrslärm der A 2, A3 1 und der umliegenden Straßen bereits erhebliche Vorbelastungen im Geltungsbereich zu verzeichnen sind.

Stand: März 2024

Seite: 77

Durch das geplante Bauvorhaben kommt es zu Verkehrsbelastungsänderungen auf den umliegenden Straßen. Diese Verkehrsbelastungsänderungen bewirken Änderungen der Verkehrslärmsituation in der Nachbarschaft. Um diese einschätzen zu können, werden die berechneten Beurteilungspegel anhand der DIN 18005, hilfsweise der 16. BImSchV und in Relation zum kritischen Toleranzwert von 70 dB(A) tags und 60 dB(A) nachts, ab dem geprüft werden muss, ob die Schwelle der Zumutbarkeit erreicht ist (Gesundheitsgefährdung), beurteilt.

Im Plangebiet wird eine öffentlich gewidmete Straße errichtet. Der Neubau Erschließungsstraße bzw. die wesentliche Änderung der Erschließungsstraße durch zusätzlichen Bau eines Fahrstreifens werden auf das Einhalten der Grenzwerte der 16. BImSchV überprüft.

Zur Beurteilung des Stellplatzlärms der Anwohnerstellplätze werden hilfsweise die Immissionsrichtwerte der TA Lärm herangezogen. Bei der Prognose des Stellplatzlärms durch die Anwohnerparkplätze werden zusätzlich kurzzeitige Geräuschspitzen durch Türeenschlagen und beschleunigte Ab- bzw. Vorbeifahrten betrachtet. In Anlehnung an die TA Lärm wird angestrebt, dass durch diese einzelnen kurzzeitige Geräuschspitzen die zulässigen Immissionsrichtwerte möglichst nicht um mehr als 30 dB(A) am Tage und 20 dB(A) in der Nacht überschritten werden.

**Tab. 6: Orientierungs- und Immissionsrichtwerte für Allgemeine Wohngebiete in dB(A)**

Immissionsgrenzwerte Allgemeine Wohngebiete	Tag dB(A)	Nacht dB(A)
Orientierungswerte DIN 18005 Verkehrslärm	55	45
Immissionsgrenzwerte 16. BIm- SchV Verkehrslärm	59	49
Immissionsrichtwerte TA Lärm Gewerbelärm	55	40

#### Beurteilung Verkehrslärm im Plangebiet nach DIN 18005

Die bei einer Umsetzung des städtebaulichen Konzepts Tagsüber liegen die Beurteilungspegel zwischen 48 dB(A) und 65 dB(A), in der Nachtzeit zwischen 42 dB(A) und 59 dB(A).

Gemäß DIN 18005 ist bei Beurteilungspegeln über 45 dB(A) ist selbst bei nur teilweise geöffneten Fenstern ungestörter Schlaf häufig nicht mehr möglich.

Bei einer Umsetzung des städtebaulichen Entwurfs würden die Orientierungswerte der DIN 18005 für Verkehrslärm tagsüber um bis zu 10 dB und in der lautesten Nachtstunde um bis zu 14 dB überschritten.

Stand: März 2024

Seite: 78

Der Schutz der Innenräume durch aktive Schallschutzmaßnahmen würde große Wand-/Wallhöhen in Höhe des zu schützenden Geschosses erfordern, damit eine Einhaltung der Orientierungswerte gerade der höher gelegenen Geschosse ebenfalls gegeben ist. Entsprechende Schutzeinrichtungen können aufgrund der notwendigen Dimensionierung ausgeschlossen werden. Zur Gewährleistung eines ausreichenden Schutzes der Innenräume vor Verkehrslärm sind daher im B-Plangebiet passive Schallschutzmaßnahmen erforderlich.

Außenwohnbereiche werden i.d.R. nur während des Tageszeitraums genutzt und entsprechend beurteilt. Bei Beurteilungspegeln von  $> 62$  dB(A) ist davon auszugehen, dass in den Außenwohnbereichen unzumutbare Störungen der Kommunikation und der Erholung vorliegen. Beurteilungspegel  $> 62$  dB(A) treten im nördlichen Plangebiet in auf.

Wird der städtebauliche Entwurf wie geplant umgesetzt, liegen in den Garten/Terrassenbereichen, abgesehen von den beiden nördlichen Mehrfamilienhäusern, durchgängig Beurteilungspegel  $\leq 62$  dB(A) vor. Der Orientierungswert der DIN 18005 von 55 dB(A) am Tag wird jedoch fast in allen Garten/Terrassenbereichen überschritten.

#### Beurteilung Verkehrslärm Planstraße nach 16. BImSchV

An den bestehenden Wohngebäuden werden Beurteilungspegel von max. 49 dB(A) am Tag und 39 dB(A) in der Nacht durch die Straßen im Plangebiet prognostiziert. Die Immissionsgrenzwerte der 16. BImSchV für ein Wohngebiet von 59 dB(A) am Tag und 49 dB(A) in der Nacht werden um mind. 10 dB tags und nachts unterschritten.

#### Verkehrslärmänderung im öffentlichen Straßenraum

Durch den zusätzlichen Verkehr des Bauvorhabens nehmen die Lärmimmissionspegel im Plan-Fall am meisten im unmittelbaren Umfeld des Plangebiets an der Tourcoingstraße 1 tags um bis zu 1,8 dB und nachts um bis zu 0,8 dB zu. An den Immissionsorten, an welchen die Schwelle zur Gesundheitsgefährdung (70 dB(A) am Tag und/oder 60 dB(A) in der Nacht) erreicht oder bereits überschritten ist, liegt die Zunahme durch das Plangebiet in der jeweiligen Beurteilungszeit bei unter 0,1 dB und wird als akustisch irrelevant eingestuft.

#### Anwohnerparken

Die Geräusche durch das Anwohnerparken wurden bei einer Umsetzung des städtebaulichen Entwurfs für die Stellplatzanlagen der Mehrfamilienhäuser untersucht. Dabei wurden die Schallimmissionen an den maßgeblichen Immissionsorten sowohl an den Bestands- als auch den Plangebäuden berechnet. Für die Beurteilung werden hilfsweise die Immissionsrichtwerte der TA Lärm herangezogen.

Die Immissionsrichte für ein Allgemeines Wohngebiet (WA) nach TA Lärm betragen 55 dB(A) am Tag und 40 dB(A) in der lautesten Nachtstunde.

Stand: März 2024

Seite: 79

Die Immissionsrichtwerte werden an nahezu allen Immissionsorten eingehalten. Lediglich im Erdgeschoss des nördlichen Einfamilienhauses an der Nordfassade kann es im östlichen Bereich der Nordfassade zu leichten Überschreitungen des Immissionsrichtwertes nachts von 1 dB kommen.

Bei der Benutzung der Stellplätze können einzelne kurzzeitige Geräuschspitzen insbesondere durch Türeenschlagen oder Abfahrten/Vorbeifahrten hervorgerufen werden. Zur Berechnung der hieraus entstehenden Spitzenpegel wurden das Türeenschlagen mit einem Emissionspegel LWA = 97,5 dB(A) sowie beschleunigte Abfahrten mit einem Emissionspegel LWA = 92,5 dB(A) angesetzt.

Zur Beurteilung der Spitzenpegel wird hilfsweise das Spitzenpegelkriterium der TA Lärm für Mischgebiete (MI) herangezogen. Das Spitzenpegelkriterium besagt, dass kurzzeitige Geräuschspitzen die zulässigen Immissionsrichtwerte nicht um mehr als 30 dB(A) am Tage und 20 dB(A) in der Nacht überschreiten dürfen. Ausgehend von einem Immissionsrichtwert für Mischgebiete von 60 dB(A) am Tag und 45 dB(A) in der Nacht ergeben sich maximal zulässige Spitzenpegel von 90 dB(A) am Tag und 65 dB(A) in der Nacht.

Die Berechnungen zeigen, dass durch die Verschiebung der Stellplätze Richtung Norden an dem nördlichen Mehrfamilienhaus das Spitzenpegelkriterium der TA Lärm an der Nordfassade um bis zu 3,7 dB überschritten wird. Am Immissionsort I004 im Plangebiet wird das herangezogene Spitzenpegelkriterium der TA Lärm für Mischgebiete in der Nachtzeit um 0,3 dB überschritten. Die Stellplätze dienen ausschließlich den Bewohnern der Mehrfamilienhäuser. Damit sind die betroffenen Bewohner gleichzeitig die Geräuschverursacher. An der Nordfassade ist aufgrund der vorherrschenden Verkehrslärmbelastung passiver Schallschutz notwendig, der auch gegen die Geräusche der hauseigenen Stellplätze ausreichenden Schallschutz bewirkt.

#### Besucherparken

Die Berechnungsergebnisse der Schallimmissionen der insgesamt 53 Besucherstellplätze sind in den Ergebnissen der der Lärmpegel des zusätzlichen Verkehrs ausgehend von der Planstraße enthalten. Dort ist schon nachgewiesen, dass an den Bestandsgebäuden die Immissionsgrenzwerte der 16. BImSchV eingehalten werden. Auch an den Plangebäuden werden die Grenzwerte der 16. BImSchV eingehalten.

#### **Erholungsfunktion**

Hinsichtlich der Erholungsfunktion kommt es zu keinen wesentlichen Änderungen. Mit der Umsetzung des Vorhabens ist der Ausbau und die Verlängerung der Tourcoingstraße nach Süden verbunden. Im Bereich zwischen Tourcoingstraße und Bügelstraße besteht bisher lediglich eine Fuß- bzw. Radwegverbindung. Diese Verbindungssachse wird bei den

Stand: März 2024  
Seite: 80

Ausbauplanungen erhalten und als Verkehrsfläche mit der Zweckbestimmung „verkehrsberuhigter Bereich“ festgesetzt. Die Planstraße endet als Sackgasse in einer Wendeanlage. Über einen Fuß- und Radweg besteht darüber hinaus eine Verbindung zur Bügelstraße. Ziel ist es, weiterhin die Durchwegung für den Fuß- und Radverkehr sicherzustellen und gleichzeitig den Durchgangsverkehr für den motorisierten Verkehr zu unterbinden.

Die bestehenden Sichtbeziehungen in die Landschaft von der Tourcoingstraße und dem Fußweg wird durch den Bau des Wohngebietes jedoch eingeschränkt.

Bestehende Trampelpfade, ausgehend von der Tourcoingstraße über die Felder, werden vermutlich durch die geplante Bebauung unterbunden. Es ist jedoch davon auszugehen, dass sich aufgrund des Nutzungsdrucks der Anwohner kurz- bis mittelfristig neue Wege etablieren werden.

Die seit längerer Zeit brachgefallene Spiel- und Sportanlage im Norden wird als Außenanlage der Kita umgenutzt.

#### 2.2.2 Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt

##### **Pflanzen**

Auf Grundlage der Planzeichnung des Bebauungsplans 4.13/1 „Tourcoingstraße“ wurde der Zustand des Geltungsbereichs gemäß den Festsetzungen bewertet. Die Festsetzungen des Bebauungsplans führen im Geltungsbereich zu einem Verlust bislang vorhandener Biotopstrukturen. Dabei handelt es sich Großteils um intensiv genutzte landwirtschaftliche Flächen - überwiegend Spargelacker und eine kleinere Restfläche Mähwiese im Norden. Zudem werden kleinflächig Gehölzstrukturen in den Randbereichen des Geltungsbereichs tangiert.

Das Waldstück im Süden (BS13) ist in den Geltungsbereich integriert. Die Festsetzungen des Bebauungsplans sehen den Erhalt der Bäume vor. Durch zusätzliche Anpflanzung von standorttypischen Gebüschern und Einzelsträuchern (BB) ist ein Waldrand auszubilden. Eingriffe finden in diesem Bereich nicht statt.

Die brachgefallene Grünfläche im Norden wird als Außenanlage (HJ200) der Kita umgenutzt. Der alte Baumbestand (BD73) auf den Böschungen entlang der Börenstraße im Norden und der Tourcoingstraße im Osten wird durch eine Erhaltungsfestsetzung gesichert.

Ebenso erhalten bleibt die als Landschaftsbestandteil geschützte Baumreihe (BF32) aus Baumhasel westlich der Tourcoingstraße. Hier gehen durch die verkehrliche Erschließung drei Bäume verloren, die an anderer Stelle innerhalb dieser Baumreihe ersetzt werden. Insgesamt werden als

Stand: März 2024

Seite: 81

Ausgleich für die betroffenen Straßenbäume entlang der Tourcoingstraße fünf Bäume gepflanzt.

Zudem werden in dem Straßenraum der öffentlichen Verkehrsflächen (HY1) 8 Straßenbäume (BF32) gepflanzt. Die öffentlichen Grünflächen sind als Grasfluren (HH7) mit einzelnen, standorttypischen Gehölzen oder Sträuchern auszubilden.

Für die Festsetzung Allgemeiner Wohngebiete sind entsprechend der Grundflächenzahl (GRZ) bebaute oder versiegelte Bereiche (HN2100) und Gartenflächen (HJ200) anzunehmen. Die Dachflächen der Wohngebäude, Garagen und Carports sind zu mindestens 80 % extensiv zu begrünen.

Die Flächen für die Abwasserbeseitigung des Niederschlagswassers sehen eine begrünte Mulde (FN) vor in der das Regenwasser der versiegelten Flächen geleitet wird. Vor Einleitung in den in den Vorthbach wird es in einem Retentionsbodenfilterbecken gereinigt. Als Unterhaltungsweg der Entwässerungsanlage ist ein max. 3,5 m breiter Weg mit wassergebundener Wegedecke oder Rasengittersteine vorgesehen (HY1).

Aufgrund der räumlichen Nähe in den Geltungsbereich integriert, ist die naturschutzrechtliche Ausgleichsmaßnahme. Im Nordwesten wird eine bisher intensiv landwirtschaftlich genutzte Fläche in ein extensives Grünland (EA11) umgewandelt (Kap. 2.5). Die nördlich angrenzende Gehölzstrukturen (BB) werden dadurch nicht tangiert.

Der Zustand des Geltungsbereichs gemäß den Festsetzungen des Bebauungsplans stellt sich demnach folgendermaßen dar:

**Tab. 7: Zustand des Geltungsbereichs gemäß den Festsetzungen**

Code	Biotoptyp	Wertsumme (SU)	Fläche in m <sup>2</sup>	Wert
HH7	<b>Öffentliche Grünflächen</b> Grasfluren an Dämmen, Böschungen, Straßen- und Wegrändern	12	1.321	15.852
HY1	<b>Verkehrsflächen</b> befestigte Flächen des Straßen- und Luftverkehrs	-	4.795	0
HN2100	<b>Wohnfläche WA2-5 (GRZ 0,4 Überschreitung bis 0,6)</b>	0	(13.676)	0
HJ200	60% Bebaute oder hoch versiegelte Flächen 40% Ziergärten, geringer Laubholzanteil, geringer Nadelholzanteil	5	8.206 5.470	27.350

Stand: März 2024

Seite: 82

Code	Biotoptyp	Wert- summe (SU)	Fläche in m <sup>2</sup>	Wert
HN2100	<b>Wohnfläche WA1 (GRZ 0,5 Überschreitung bis 0,8)</b>	0	(2.308) 1.846	0
HJ200	80% Bebaute oder hoch versiegelte Flächen 20% Ziergärten, geringer Laubholzanteil, geringer Nadelholzanteil	5	462	2.310
<b>Begrünte Dachfläche (WA1-WA5)*1</b>		3	(3.100)	9.300
<b>Flächen für Abwasserbeseitigung</b>				
FN	Gräben	15	2.699	40.485
HY1	befestigte Flächen (Unterhaltungsweg 3,5 m breit)	-	1.533	0
<b>Private Grünfläche - Kita-Außengelände</b>				
HJ200	Ziergärten, geringer Laubholzanteil, geringer Nadelholzanteil	5	1.081	5.405
BD73	Baumheckenartige Gehölzstreifen an Straßen mit überwiegend standorttypischen Gehölzen, starkes Baumholz ( <b>Erhalt</b> )	20	329	6.580
<b>Baumpflanzungen</b>				
BF32	Baumreihen, -gruppen und <u>Einzelbäume</u> mit überwiegend standorttypischen Gehölzen, mittleres Baumholz (ca. 13 St., Kronentraufe 28 m <sup>2</sup> )	13	(364)*	4.732
<b>Erhalt von Einzelbäumen</b>				
BF32	Baumreihen, -gruppen und <u>Einzelbäume</u> mit überwiegend standorttypischen Gehölzen, mittleres Baumholz (6 St., Kronentraufe 28 m <sup>2</sup> )	13	(168)*	2.184

\* Erläuternder Hinweis: Die Eingriffsermittlung und die Berechnung der Kompensationsmaßnahmen erfolgen grundsätzlich zweischichtig. Bei der Eingriffsermittlung werden sowohl die flächenhafte Inanspruchnahme von Biotoptypen als auch die zahlenmäßige Inanspruchnahme von herausragenden Einzelgehölzen erfasst. Bei der Berechnung der Kompensationswerte der Maßnahmen werden ebenfalls die flächenhafte Werterhöhung der Zielbiotoptypen als auch die Anzahl der geplanten Einzelgehölze berechnet.

\*1 Der Biotoptypenschlüssel der Stadt Bottrop beinhaltet keinen entsprechenden Biotoptyp für die extensive Dachbegrünung. Daher wurde für die geplanten begrünten Retentionsdächer vorbehaltlich ein Biotopwert von 3 Punkten angenommen (in Annäherung an den Biotoptyp HD4 - Gleisanlagen und Verladerampen).

## Tiere

Durch die Umsetzung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans gehen Biotopstrukturen im Vorhabengebiet verloren, die einen Teillebensraum für die Tierwelt darstellen können. Die Biotopstrukturen weisen jedoch keine besondere Wertigkeit oder essenzielle Habitats auf. Es handelt sich

Stand: März 2024

Seite: 83

lediglich um Nahrungshabitate, welche aufgrund der überwiegend intensiv landwirtschaftlichen Nutzung als Spargelacker keinen besonderen ökologischen Wert aufweisen.

Durch die erforderliche Rodung von Gehölzen im Randbereich des Geltungsbereichs können potenzielle Fortpflanzungs- und Ruhestätten von Vögeln oder Fledermäusen betroffen sein. Im Rahmen der faunistischen Begehungen im Jahr 2020 und der artenschutzrechtlichen Bewertung der brachgefallenen Grünfläche 2024 konnten keine Hinweise auf Fortpflanzungs- und Ruhestätten von planungsrelevanten Arten im Geltungsbereich festgestellt werden, sodass eine Betroffenheit von planungsrelevanten Vogelarten ausgeschlossen wurde. Eine Betroffenheit von Fledermäusen wurde in der Artenschutzprüfung ebenfalls ausgeschlossen, da keine Höhlenbäume im Eingriffsbereich festgestellt wurden.

Während der Begehung wurden typische „Allerweltsarten“ gesichtet wie Amsel, Kohlmeise, Rotkehlchen, Elster etc. Ein Brutvorkommen dieser weit verbreiteten Vogelarten in den Randbereichen und angrenzenden Gehölzstrukturen ist nicht auszuschließen. Bei diesen landesweit ungefährdeten, ubiquitären Vogelarten sind allerdings grundsätzlich keine populationsrelevanten Beeinträchtigungen zu erwarten. Das gesetzlich festgelegte Rodungsverbot während der Brut- und Aufzuchtzeiten vom 1. März bis zum 30. September vermeidet die Tötung und Verletzung aller europäischer Vogelarten.

### **Artenschutz**

In einer eigenständigen Artenschutzprüfung (KUHLMANN & STUCHT 2021) wurde auf Grundlage faunistischer Untersuchungen aus dem Jahr 2020 geprüft, ob durch die Aufstellung des Bebauungsplans artenschutzrechtliche Verbotstatbestände entsprechend den Bestimmungen des § 44 Abs. 1 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) ausgelöst werden können.

Im Rahmen der faunistischen Begehungen konnten keine Fortpflanzungs- und Ruhestätten von Vögeln oder Fledermäusen im Eingriffsbereich festgestellt werden. Der Gehölzbestand im Süden des Plangebiets wird durch eine Erhaltungsfestsetzung planerisch gesichert, sodass der Verlust von potenziellen Fortpflanzungs- und Ruhestätten planungsrelevanter Arten sicher auszuschließen ist. Baubedingte oder betriebsbedingte Beeinträchtigungen von Fortpflanzungs- und Ruhestätten in den umliegenden Gehölzen sind unter Berücksichtigung art- und vorhabenspezifischer Kriterien nicht zu erwarten.

Die Umsetzung des Bebauungsplans 4.13/1 "Tourcoingstraße" lässt keine Konflikte mit dem Artenschutz erwarten.

Es ist sichergestellt, dass

- keine Tiere verletzt oder getötet werden (entspr. § 44 (1) Nr. 1 BNatSchG),



Stand: März 2024

Seite: 84

- keine Tiere während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten so gestört werden, dass sich der Erhaltungszustand der lokalen Population verschlechtert (entspr. § 44 (1) Nr. 2 BNatSchG),
- keine Fortpflanzungs- oder Ruhestätten aus der Natur entnommen, beschädigt oder zerstört werden, ohne dass deren ökologische Funktion im räumlichen Zusammenhang erhalten bleibt (entspr. § 44 (1) Nr. 3 i.V.m. § 44 (5) BNatSchG).

Bei landesweit ungefährdeten ubiquitären Arten wie Amsel, Singdrossel, Buchfink, Blaumeise usw. sind grundsätzlich keine populationsrelevanten Beeinträchtigungen zu erwarten. Daher wurden diese Arten im Rahmen der vorliegenden artenschutzrechtlichen Prüfung nicht weiter betrachtet.

Bei einer Rodung von Gehölzen ist der bundeseinheitlich festgelegte Zeitraum für Baumschnitt und Fällarbeiten (§ 39 Abs. 5 BNatSchG) zwischen 01.10. und 28.02. einzuhalten.

#### **Natur 2000-Gebiete**

Für das ca. 2 km westlich des Plangebietes liegt das FFH-Gebiet „Koellnicher Wald“ (DE-4407-302) kann eine Betroffenheit aufgrund der Entfernung ausgeschlossen werden. Auswirkungen auf die Erhaltungsziele und den Schutzzweck sind nicht gegeben. Vogelschutzgebiete (VSG) sind ebenso nicht betroffen.

#### **Sonstige Schutzgebiete**

Der Geltungsbereich liegt Großteils innerhalb des Landschaftsschutzgebietes „Eigen“, sodass für die Umsetzung eine Befreiung nach § 67 BNatSchG von den Verboten der Schutzgebietsverordnung erforderlich ist.

Im Vorhabengebiet befindet sich mit der Baumhaselreihe entlang der Tourcoingstraße ein geschützter Landschaftsbestandteil. Die Bäume werden soweit möglich erhalten und während der Bauzeit entsprechend der ZTV-Baumpflege (FLL), der DIN 18.920 (Schutz von Bäumen, Pflanzbeständen und Vegetationsflächen bei Baumaßnahmen) und der RAS LP-4 (Richtlinie für die Anlage von Straßen – Teil Landschaftsgestaltung, Abschnitt 4: Schutz von Bäumen und Sträuchern im Bereich von Baustellen) geschützt. Drei Bäume sind durch das Bauvorhaben betroffen. Für den Verlust werden an anderer Stelle in der Baumreihe fünf Ersatzbäume gepflanzt.

Sonstige Schutzgebiete i. S. des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG), des Landesnaturschutzgesetzes (LNatSchG NRW) sowie des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) und des Landeswassergesetzes (LWG) sind innerhalb des Bebauungsplanes nicht vorhanden.

Stand: März 2024

Seite: 85

### 2.2.3 Fläche

Durch das geplante Vorhaben wird überwiegend unbebaute Fläche überplant. Als unbebaute Fläche besitzt sie Entwicklungspotenzial für Natur und Landschaft. Allerdings ist nicht ersichtlich, dass dieses Potenzial bei Nichtdurchführung der Planung genutzt wird. Vielmehr würde die bisherige intensive landwirtschaftliche Nutzung weitergeführt.

Durch die Aufstellung des Bebauungsplans wird eine 37.570 m<sup>2</sup> große Fläche überplant, mit dem Ziel einer Umnutzung der Fläche. Bisher gibt der derzeit rechtskräftige Flächennutzungsplan Landwirtschaft vor. Mit der 13. Flächennutzungsplan Änderung wird der Fläche einer Wohnnutzung zugeführt.

16.380 m<sup>2</sup> Fläche wird überbaut und versiegelt. Insgesamt 21.190 m<sup>2</sup> bleiben unbebaut und werden begrünt (Grün- und Gartenflächen) bzw. bleiben in Ihrem Bestand erhalten. Eine ca. 7.950 m<sup>2</sup> große Fläche innerhalb des Geltungsbereichs bleibt als landwirtschaftliche Fläche bestehen. Auf der ökologischen Ausgleichsfläche, derzeit überwiegend ackerbaulich genutzt, wird extensives Grünland entwickelt.

Aufgrund der angrenzenden Wohnbebauung und vorhandenen Erschließungsstraße ergibt sich eine gewisse Eignung für die Umwandlung zur Wohnnutzung. Dennoch wird – wenn auch nur randlich – Freiraum in Anspruch genommen. Darüber zeigt sich durch die Darstellung als „Fläche zum Ausgleich und Suchräume für Flächen zum Ausgleich“ im Flächennutzungsplan ein Entwicklungspotenzial für Natur und Landschaft, dass durch die Überbauung verringert wird.

### 2.2.4 Boden

Hinsichtlich des Schutzgutes Boden führen die im Rahmen der Baumaßnahme erforderlichen Abgrabungen, Überbauungen und Versiegelungen zu einem vollständigen Funktionsverlust des Bodens. Bei den betroffenen Böden handelt es sich um nicht schutzwürdige Bodentypen.

Für Verkehrsflächen werden ca. 4.795 m<sup>2</sup> Boden versiegelt. Im Bebauungsplan werden Allgemeine Wohngebiete mit Grundflächenzahlen von 0,4 festgesetzt. Darüber hinaus ist in allgemeinen Wohngebieten laut § 19 BauNVO eine Überschreitung, u. a. durch Nebenanlagen, bis 0,6 zulässig. Im Bereich des Allgemeinen Wohngebietes WA1 wird eine GRZ 0,5 mit Überschreitung durch Nebenanlagen im Sinne des § 14 BauNVO bis zu einer GRZ von 0,8 festgesetzt. In diesem Bereich ist die Errichtung von Mehrfamilienhäusern mit einer Kindertagesstätte als ein größeres Gebäude vorgesehen. Unter Berücksichtigung der zulässigen Überschreitung wird in den Allgemeinen Wohngebieten (WA) ein maximaler Versiegelungs-anteil von ca. 10.052 m<sup>2</sup> angenommen. Hinzu kommt die Versiegelung von Boden für die verkehrliche Erschließung. Insgesamt werden ca. 16.380 m<sup>2</sup> Boden überbaut und versiegelt.

Stand: März 2024

Seite: 86

Neben der anlagebedingten Inanspruchnahme durch Überbauung und Versiegelung von Boden, sind auch baubedingte Wirkungen zu berücksichtigen (wie z. B. Verkehrsbelastungen durch Baufahrzeuge und Baumaterialianlieferung sowie Flächenbeanspruchungen für Baustraßen, Lagerflächen und Kranstandorte), die zu einer Beeinträchtigung der Bodenfunktionen führen können.

Insbesondere die zur ökologischen Kompensation vorgesehene Ausgleichsfläche sollte diesbezüglich geschont werden, um nachhaltige Beeinträchtigungen zu vermeiden. Die ökologische Ausgleichsmaßnahme im Geltungsbereich, die Extensivierung von Landwirtschaft bzw. Schaffung von extensiv genutztem Grünland, wirkt sich positiv auf den Boden aus. Regelmäßige Eingriffe in den Boden durch mechanische Bodenbearbeitung und der Eintrag von Pestiziden und Düngemittel bleiben aus, sodass eine ungestörte Bodenentwicklung und damit die Naturnähe des Bodens nachhaltig gefördert wird.

#### 2.2.5 Wasser

**Fließgewässer** sind von den Festsetzungen des Bebauungsplans nicht direkt betroffen. Es ist vorgesehen, das geplante Wohngebiet im Trennsystem über ein Schmutz- und Regenwasserkanalnetz zu entwässern. Das Regenwasser von den befestigten öffentlichen Verkehrsflächen sowie der privaten Baugrundstücke wird nach Aufbereitung in einem Retentionsbodenfilterbecken in den Vorthbach geleitet.

Die bPLAN Ingenieurgesellschaft GbR aus Essen hat dazu eine Konzeption der Regenwasserableitung zur Erhöhung des Verdunstungs- und Teilversickerungsanteils entwickelt:

- Offene Regenwasserableitung/ -rückhaltung entlang des Westrands des Baugebietes in Rasenmulden (öffentlich).
- Angrenzender 3,5 m breiter Unterhaltungsweg (öffentlich).
- Naturnaher Retentionsbodenfilter im Nordwesten (öffentlich).
- Gedrosselte Einleitung ins Gewässer (10 l/s).

Die gedrosselte Einleitung in den Vorthbach (10 l/s) wurde mit der Emshergenossenschaft und der Unteren Wasserbehörde vorab besprochen, eine wasserrechtliche Erlaubnis wird in Aussicht gestellt.

#### Überflutungsschutz

Die geplante Grünmulde dient gleichzeitig als Notwasserweg für den Überflutungsschutz. Nach Starkregen kann hier über einen längeren Zeitraum die Retention und Verdunstung erfolgen. Bei Überlauf ist die Ableitung des Regenwassers in den Vorthbach vorgesehen.

Stand: März 2024

Seite: 87

**Abwasser**

Das anfallende Schmutzwasser wird in das städtische Kanalnetz in der Tourcoingstraße eingeleitet. Die Ergänzung des Netzes erfolgt durch Kanäle in den festgesetzten öffentlichen Straßen.

**Grundwasser**

Das Plangebiet weist keine bedeutsamen Funktionen für den Grundwasserhaushalt auf und lässt damit keine besonderen Risiken für die Grundwasserfunktion und ihre Nutzung durch den Menschen erwarten. Die Festsetzung als Wohnbaufläche führt bei nachfolgender Umsetzung der Planung zu einer umfangreichen Versiegelung, die aufgrund des erhöhten Oberflächenabflusses die potenzielle Grundwasserneubildungsrate verringert.

Hinsichtlich der Planung von Versickerungsanlagen für das anfallende Niederschlagswasser im Plangebiet, ist eine ausreichende Durchlässigkeit der Böden nicht vorzuweisen. Eine Versickerung im Plangebiet ist gemäß dem Bodengutachten nicht zu realisieren. Über die offene Regenwasserableitung in einer Rasenmulde wird die Teilversickerung gefördert.

**2.2.6 Luft und Klima/Klimaschutz und Klimafolgenanpassung**

Neben den Auswirkungen des Vorhabens auf lufthygienische und mikroklimatische Ausgleichsfunktionen und -beziehungen werden auch die Anfälligkeit des Vorhabens auf die heute schon eintretenden Folgen des Klimawandels sowie daraus abzuleitende Maßnahmen zur Klimafolgenanpassung und Klimaschutzmaßnahmen betrachtet.

Im Plangebiet und der Umgebung ist die nächtliche Kaltluftdynamik nur schwach ausgeprägt – es fehlen durchgängige Fischluft- bzw. Kaltluftleitbahnen. Das Klimagutachten (LOHMEYER 2020) zeigt, dass bedeutende Strukturen für den klimatischen oder lufthygienischen Ausgleich im Geltungsbereich des Bebauungsplans nicht betroffen sind. Dennoch gehen mit der Versiegelung von Freiflächen allgemeinen klimarelevante Funktionen verloren.

Heute bereits zeigen sich insbesondere im urbanen dicht besiedelten Ballungsraum Auswirkungen des Klimawandels sowohl auf die Temperaturverhältnisse und -amplituden in den Städten als auch auf den Wasserhaushalt. Exemplarisch zu nennen sind an dieser Stelle urbane Sturzflutereignisse im Zuge extremer Niederschläge oder der Effekt der städtischen Wärmeinseln.

Das Plangebiet befindet sich in einem Übergangsbereich von Siedlungs- und Freiraum, sodass eine Anfälligkeit gegenüber den oben genannten Klimawandelfolgen nur bedingt gegeben ist. Hinzu kommt eine Reihe an Maßnahmen der Klimaanpassung, die im Rahmen der Planung verfolgt

Stand: März 2024

Seite: 88

und berücksichtigt werden, sodass eine erhebliche Betroffenheit klimatischer oder lufthygienischer Funktionen auszuschließen ist:  
Reduktion/Milderung städtischer Hitzeinseln durch:

- Gebäudeanordnung, Vorgaben zur hellen farblichen Gestaltung (Fassaden und sonst. Oberflächen),
- extensive Dachbegrünungen,
- Anlage offener Wasserflächen,
- Baumpflanzungen, Pflanzungen unter Berücksichtigung der Luftströmung,
- Schaffung weiterer öffentlicher Grünflächen.

Dezentrale Niederschlagswasserretention und -ableitung zur Abmilderung der Folgen von urbanen Sturzfluten im Zuge von vermehrt auftretenden Starkregenereignissen durch:

- Offene oberflächliche Niederschlagswasserableitung,
- Schaffung von Versickerungs- und Retentionsflächen

Das geplante Wohngebiet befindet sich am Siedlungsrand mit guter Durchlüftungssituation. Ein spürbarer Aufheizeffekt infolge der Bebauung kann ausgeschlossen werden. Das Klimagutachten kommt zu dem Ergebnis, dass eine bauliche Umsetzung der Planung keine bioklimatisch relevanten Veränderungen der Frischluftzufuhr in den an das Plangebiet angrenzenden Wohngebieten bewirkt.

#### 2.2.7 Landschaft

Das Vorhabengebiet liegt am Rande des Landschaftsschutzgebietes „Eigen“. Durch die Wohnbebauung sind rund 34.390 m<sup>2</sup> des LSG beansprucht (inkl. 7.950 m<sup>2</sup> Ausgleichsfläche und ca. 1.880 m<sup>2</sup> Erhaltungsfestsetzung), sodass eine Befreiung von den Schutzgebietsvorschriften bei der Unteren Naturschutzbehörde zu stellen ist.

Im Plangebiet gehen keine landschaftsbildprägenden Strukturen verloren. Die westlich der Tourcoingstraße gelegene Baumreihe, die als geschützter Landschaftsbestandteil (GLB) festgesetzt ist, bleibt - abgesehen von drei Bäumen, die an anderer Stelle innerhalb der Baumreihe ersetzt werden - erhalten. Auch die weiteren prägenden Gehölzstrukturen im und um das Plangebiet bleiben erhalten.

Die Gehölzstrukturen innerhalb des brachgefallenen Spiel- und Bolzplatzes können aufgrund unterschiedlicher Geländehöhen und Bodenaufschüttungen nicht erhalten werden. Auf den umgrenzenden Böschungen entlang der Börenstraße im Norden und der Tourcoingstr im Osten wird der alte Baumbestand in die Planung integriert, sodass sich das neue Kita-Außengelände gut in das bestehende Ortsbild einfügen wird.

Stand: März 2024

Seite: 89

Der Geltungsbereich liegt im Landschaftsraum Schlangenholt, der ein Relikt der kleinbäuerlichen Kulturlandschaft im urbanen Bottrop darstellt. Insbesondere die südlich gelegenen Bereiche des Freiraums (südlich des Haus Schlangenholt) weisen entsprechende landschaftsprägende und abwechslungsreiche Strukturen auf, während der nördliche Freiraum im Bereich des Geltungsbereichs aufgrund der intensiven landwirtschaftlichen Nutzung (Spargel- und Maisacker) weniger strukturreich und landschaftsprägend ausgestattet ist. Dennoch führt die Erweiterung des Siedlungsbereiches in die offene Landschaft hinein zu einer Beeinträchtigung des Landschaftsbildes bzw. zu einer Verkleinerung des charakteristischen Landschaftsraums, sodass das geplante Wohngebiet unbedingt entsprechend einzugrünen, landschaftlich ansprechend zu gestalten und einzubinden ist.

#### 2.2.8 Kultur- und sonstige Sachgüter

Im südwestlichen Randbereich des Plangebietes ist der Fund einer prähistorischen Grube mit Keramikscherben verzeichnet. Der LWL - Archäologie für Westfalen, Außenstelle Münster schreibt hierzu folgendes in einer Stellungnahme:

Im September 2000 fand im südlichen Bereich der jetzigen Planungsfläche eine archäologische Prospektion durch die LWL-Archäologie für Westfalen statt. Vorausgegangen war eine entsprechende Anfrage der Stadt Bottrop mit beigefügtem Bericht über eine Boden-anomalie in der Ackerfläche östlich Haus Schlangenholt. Leider erbrachte die Untersuchung keine Klärung der auf Luftbildern deutlich erkennbaren rechteckigen Strukturen.

Allerdings fand sich in einem der beiden Suchschnitte eine prähistorische Grube, die zahlreiche Keramikscherben enthielt. Diese Grube ist Hinweis auf eine bis dahin unbekannte Siedlung, deren Reste unter Flur erhalten sind und die nach Ausweis der Keramik in die Bronzezeit (um 1500 v. Chr.) datiert. Aus diesem Zeithorizont sind bislang wenige Siedlungen bekannt. Sie ist daher bedeutend für die Geschichte der Stadt Bottrop. Die Erforschung der bronzezeitlichen Siedlung kann wertvolle Erkenntnisse erbringen über Kontinuität und Diskontinuität in der Besiedlungsgeschichte, über Siedlungsstruktur und Besiedlungsdichte in Bottrop und darüber hinaus.

Das Bodendenkmal muss vor Beginn erster Bodeneingriffe in diesem Bereich flächig archäologisch untersucht werden. Die hierzu notwendige Zeit ist einzuräumen (§ 26 DSchG NRW). Diesbezüglich ist im Sommer 2024 eine archäologische Prospektion vorgesehen.

Stand: März 2024

Seite: 90

### 2.2.9 Wechselwirkungen

Auch das BauGB fordert den integrativen Prüfansatz des UVPG, der die einzelnen Umweltfaktoren einschließlich der Wechselwirkungen zu berücksichtigen hat.

Im Geltungsbereich konnten keine besonders zu berücksichtigenden Wechselbeziehungen zwischen einzelnen Schutzgütern identifiziert werden. Auch konnten keine besonderen räumlichen Wechselwirkungen und -beziehungen zwischen den Teilflächen des Geltungsbereichs oder zwischen dem Geltungsbereich und seinem Umfeld festgestellt werden.

### 2.2.10 Erzeugte Abfälle/Abwässer sowie deren sachgerechte Beseitigung/ Verwertung

Während der Bautätigkeit fallen die für solche Vorhaben üblichen Abfälle in Form von Bodenaushub, Bauschutt, Verpackungsmaterialien und nur bauzeitig benötigten Baumaterialien an. Nach Fertigstellung erzeugt das Wohngebiet die üblichen Arten von Abfällen (Restmüll, Wertstoffe wie Altpapier, Kunststoffe, Altglas, etc.). Diese werden nach den gängigen Vorschriften und Richtlinien durch einen örtlichen Entsorgungsbetrieb entsorgt.

### 2.2.11 Nutzung natürlicher Ressourcen

Die Umsetzung des Bebauungsplans ist mit der Nutzung natürlicher Ressourcen verbunden. Nähere Angaben sind den entsprechenden Kapiteln zu den Auswirkungen auf die einzelnen Umweltfaktoren Fläche, Boden, Wasser, Tiere, Pflanzen, biol. Vielfalt, Luft, Klima und Landschaft (Kap. 2.2.1 bis 2.2.5) zu entnehmen.

### 2.2.12 Nutzung erneuerbarer Energien sowie sparsame/effiziente Energienutzung

Die Nutzung erneuerbarer Energien und ein sparsamer und effizienter Energieeinsatz bleiben den Bauherren im Rahmen der Vorgaben des Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz (EE-WärmeG) vorbehalten und können auf Ebene der verbindlichen Bauleitplanung festgesetzt werden. Eine dahingehende Festsetzung im Rahmen des Bebauungsplans erfolgt nicht, jedoch werden die Gebäude nach aktuellem Stand der Technik energieeffizient ausgeführt.

### 2.2.13 Risiken für Umwelt, Gesundheit und kulturelles Erbe durch Anfälligkeit des Vorhabens für Unfälle bzw. Katastrophen

Das Vorhabengebiet befindet sich außerhalb von Achtungsabständen zu Störfallbetrieben. Aus diesem Grund liegt keine Gefährdung des Vorhabengebietes durch einen Störfallbetrieb vor und es sind keine Maßnahmen erforderlich.

Stand: März 2024

Seite: 91

Das Vorhaben lässt bei Unfällen/Katastrophen keine besonderen Risiken für die menschliche Gesundheit erwarten. Im Umfeld befinden sich keine Betriebe, von denen Gefahrenpotenziale ausgehen, die auf die Wohnbebauung einwirken können.

Das Vorhabengebiet liegt außerhalb von Erdbebenzonen und nicht im Bereich von Überschwemmungsgebieten.

#### 2.2.14 Kumulative Wirkungen geplanter benachbarter Vorhaben

Kumulative Wirkungen sind an dieser Stelle auszuschließen, da im direkten Umfeld nach derzeitigem Kenntnisstand keine weiteren Planungen vorliegen.

#### 2.3 Prognose über die Entwicklung des Umweltzustandes bei Nichtdurchführung der Planung (Status-quo-Prognose)

Bei Nichtdurchführung des Vorhabens, wie sie die Festsetzungen des Bebauungsplans vorsehen, sind keine Änderungen innerhalb des Geltungsbereichs zu erwarten. Die Fläche wird weiterhin größtenteils landwirtschaftlich genutzt.

#### 2.4 Maßnahmen zur Vermeidung und Minderung negativer Auswirkungen

##### **Bauzeitenregelung**

Die Rodung und der Rückschnitt von Gehölzen ist Februar zum Schutz der Brutvögel entsprechend § 39 BNatSchG zwischen dem 1. Oktober bis zum 28. durchzuführen.

##### **Erhalt von Einzelbäumen und Gehölzen**

Die Baumreihe westlich der Tourcoingstraße und der alte Baumbestand im Süden des Geltungsbereichs sind zu erhalten. Der Erhalt vermeidet den Verlust von ökologisch wertgeben-dem, landschaftsbildprägendem Gehölzbestand.

##### **Vegetationsschutz während der Bauzeit**

Im Zuge von Bautätigkeiten sind die in der Planzeichnung des LBP (Karte 2 - Zustand des Geltungsbereichs gemäß Planung) als zu erhaltend festgesetzten Bäume sowie an den Geltungsbereich angrenzende Gehölzbestände einschließlich ihrer Kronen- und Wurzelbereiche entsprechend der ZTV-Baumpflege (FLL), der DIN 18.920 (Schutz von Bäumen, Pflanzbeständen und Vegetationsflächen bei Baumaßnahmen) und der RAS LP-4 (Richtlinie für die Anlage von Straßen – Teil Landschaftsgestaltung, Abschnitt 4: Schutz von Bäumen und Sträuchern im Bereich von Baustellen) zu schützen. Ein möglicherweise erforderlicher Rückschnitt von Gehölzen ist schonend vorzunehmen unter Einhaltung des Rodungszeitraums.



Stand: März 2024

Seite: 92

### **Bodenschutz auf der Ausgleichsfläche**

Baubedingte Wirkungen auf der ökologischen Ausgleichsfläche, die zu einer Beeinträchtigung der Bodenfunktionen führen können (z. B. durch Flächen zur Baustelleneinrichtung, Lagerplätze etc.), sind zu vermeiden (Bautabufläche).

### **Dachbegrünung**

Zur Verminderung des Versiegelungsgrads sind die Dachflächen der Wohngebäude sowie der Dächer von Garagen und Carports zu begrünen. Die Mindeststärke des Schichtaufbaus beträgt 12 cm. Es sind standortgerechte bodendeckende Pflanzen bzw. arten- sowie blütenreiches Saat- und Pflanzengut regionaler Herkunft zu verwenden. Die Pflanzenauswahl ist auf das Substrat abzustimmen. Für die Etablierung und den langfristigen Erhalt der Begrünung, bei immer häufigeren und länger währenden Hitze- und Trockenperioden, ist die Bewässerung zu berücksichtigen.

Die geplanten Gründächer bilden Retentionsraum, können anfallendes Niederschlagswasser zurückhalten und Verdunstung fördern. Grün- und Retentionsdächer wirken sich durch eine höhere Verdunstungsleistung positiv auf das Mikroklima aus und können nachteilige klimatische Auswirkungen vermindern. Die Verwendung arten- und blütenreicher Saatgutmischungen kann einen Beitrag zur Biodiversität leisten.

### **Grüngestaltung des Wohngebietes**

Die landschaftsgerechte Eingrünung des Wohnquartiers vermindert die Auswirkungen auf das Landschaftsbild, den Verlust bestehender Biotopstrukturen und die stadtklimatischen Auswirkungen der Bebauung. Die ausgewiesenen Grünflächen sind dauerhaft mit einer strukturreichen Mischvegetation aus standortgerechten Bäumen, Sträuchern, Hecken, Bodendeckern, Stauden und oder Gräsern zu begrünen.

### **Offen geführte Entwässerungsanlage**

Die offen geführte Ableitung von Niederschlagswasser in begrüneten Mulden fördert die Verdunstung und wirkt kühlend auf die Umgebung. Die Rückhalte- und Versickerungsfunktion leistet einen wichtigen Beitrag zur Klimaanpassung bzw. -resilienz vor dem Hintergrund häufiger werdender Extremwetterereignisse. Die Entwässerungsmulde wird mit Landschaftsrasen eingesät. Zusätzlich sind entlang des Randbereiches ca. 15-20 Pflanzgruppen aus autochthonen Gehölzen in variierenden Abständen anzulegen. Jede Pflanzgruppe besteht aus jeweils einem Solitärgehölz und zwei Sträuchern.

Für die Solitärgehölze sind folgende Arten und Qualitäten zu verwenden:

- Feld-Ahorn (*Acer campestre*), Hochstamm, 3xv, StU 18/20 cm
- Eberesche (*Sorbus aucuparia*), Hochstamm, 3xv, StU 18/20 cm
- Schwarz-Erle (*Alnus glutinosa*), Hochstamm, 3xv, StU 18/20 cm
- Hain-Buche (*Carpinus betulus*), Hochstamm, 3xv, StU 18/20 cm
- Gemeine Esche (*Fraxinus excelsior*), Hochstamm, 3xv, StU 18/20 cm

Stand: März 2024

Seite: 93

Für die Strauchpflanzungen sind folgende Arten und Qualitäten zu verwenden:

- Ohr-Weide (*Salix aurita*), verpflanzter Strauch, 3xv, 60/100 cm
- Pfaffenhütchen (*Euonymus europaeus*), verpflanzter Strauch, 3xv, 100/150 cm
- Eingriffeliger Weißdorn (*Crataegus monogyna*), verpflanzter Strauch, 3xv, 100/150 cm
- Zweigriffeliger Weißdorn (*Crataegus laevigata*), verpflanzter Strauch, 3xv, 125/150 cm
- Hundsrose (*Rosa canina*), verpflanzter Strauch, 3xv, 100/150 cm
- Schlehe (*Prunus spinosa*), verpflanzter Strauch, 3xv, 100/150 cm
- Feld-Ahorn (*Acer campestre*), verpflanzter Strauch, 3xv, 125/150 cm

### **Immissionsschutz - Passive Schallschutzmaßnahmen**

Zur Gewährleistung eines ausreichenden Schutzes der Innenräume vor Verkehrslärm sind im Vorhabengebiet passive Schallschutzmaßnahmen erforderlich. Basis für die im Baugenehmigungsverfahren konkret auszuweisenden Schallschutzmaßnahmen ist die DIN 4109.

Im Plangebiet sind aufgrund des in der Nachtzeit (22:00 bis 6:00 Uhr) vorliegenden Beurteilungspegels  $L_r > 50$  dB(A) schallgedämmte Lüftungssysteme für Schlaf- und Kinderzimmer einzubauen. Auf die schallgedämmten Lüftungssysteme kann verzichtet werden, wenn vor einem Fenster eines betroffenen Raumes durch Lärmschutzmaßnahmen ein Beurteilungspegel  $\leq 50$  dB(A) erreicht werden kann.

In den Allgemeinen Wohngebieten WA 1 und WA 2 sind zum Schutz vor Lärm Balkone/Loggien/(Dach-)Terrassen an den Nordseiten der Gebäude unzulässig, wenn eine Wohnung nur über einen Außenwohnbereich verfügt. Verfügt eine Wohnung über mehr als einen Außenwohnbereich, muss mindestens ein Außenwohnbereich an der Süd-, West- oder Ostseiten der Gebäude errichtet werden. Wird durch andere Lärmschutzmaßnahmen im Bereich von Balkonen/Loggien/(Dach-)Terrassen ein Beurteilungspegel  $\leq 62$  dB(A) erreicht, kann von dieser Festsetzung abgewichen werden.

### **2.5 Eingriffs-Ausgleichsbilanz gemäß Eingriffsregelung nach BNatSchG**

Die Eingriffsregelung ist ein Instrument zur Umsetzung der Ziele und Grundsätze des Naturschutzes und der Landschaftspflege, die in den §§ 14-17 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG, zuletzt geändert am 15.09.2017) als Rahmenbestimmung und in den §§ 30-33 Landesnaturschutzgesetz NRW (LNatSchG vom 24.11.2016) als verbindliche landesrechtliche Bestimmung verankert ist. Als Eingriffe in Natur und Landschaft im Sinne der beiden o. g. Gesetze gelten „Veränderungen der Gestalt oder der Nutzung von Grundflächen (oder des mit der belebten Boden-

Stand: März 2024

Seite: 94

schicht in Verbindung stehenden Grundwasserspiegels), die die Leistungs- (und Funktions-)fähigkeit des Naturhaushaltes oder das Landschaftsbild erheblich und nachhaltig beeinträchtigen können“ (§ 14 Abs. 1 BNatSchG).

Über § 1a (3) des Baugesetzbuches (BauGB) ist die Eingriffsregelung gemäß Bundesnaturschutzgesetz mit dem Baurecht und der Bauleitplanung verknüpft.

Der Verursacher ist gemäß § 15 Abs. 1 BNatSchG zu verpflichten, vermeidbare Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft zu unterlassen. Weiter ist der Verursacher zu verpflichten, unvermeidbare Beeinträchtigungen innerhalb einer von der zuständigen Behörde zu bestimmenden Pflicht durch Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege vorrangig auszugleichen (Ausgleichsmaßnahmen) oder in sonstiger Weise zu kompensieren (Ersatzmaßnahmen). Ausgeglichen ist eine Beeinträchtigung, wenn und sobald die beeinträchtigten Funktionen des Naturhaushalts wiederhergestellt sind und das Landschaftsbild landschaftsgerecht wiederhergestellt oder neugestaltet ist. In sonstiger Weise kompensiert ist eine Beeinträchtigung, wenn und sobald die beeinträchtigten Funktionen des Naturhaushalts in der betroffenen naturräumlichen Region in gleichwertiger Weise ersetzt sind oder das Landschaftsbild landschaftsgerecht neugestaltet ist.

Die textlichen Festsetzungen bilden die Basis für die Eingriffs- und Ausgleichsbilanzierung, die den Geltungsbereich des Bebauungsplans umfasst. Die Identifizierung und Benennung der Biotoptypen im Rahmen der Eingriffsermittlung erfolgt nach dem Biotoptypenschlüssel der Stadt Bottrop.

Die Ermittlung des Eingriffs erfolgt gesondert im Landschaftspflegerischen Begleitplan (KUHLMANN & STUCHT 2024).

#### 2.5.1 Eingriffe in Natur und Landschaft

Die Festsetzungen des Bebauungsplans führen im Geltungsbereich zu einem Verlust bislang vorhandener Biotopstrukturen und damit verbunden zu einer Neuversiegelung bisher unversiegelter Fläche. Bei den von der Umsetzung des Vorhabens betroffenen Vegetationsstrukturen handelt es sich größtenteils um intensiv landwirtschaftlich genutzte Flächen und im geringen Umfang Gehölzstrukturen.

Die folgende Tabelle stellt die Ermittlung des Kompensationsbedarfs dar. Dieser ergibt sich aus der Differenz des Ausgangszustands (Tab. 2) der Flächen innerhalb des Geltungsbereichs und des Zustands gemäß den Festsetzungen (Tab. 7).

Stand: März 2024

Seite: 95

**Tab. 8: Gesamtbilanz des Vorhabens**

	Flächenwert
Gesamtflächenwert des Ausgangszustandes	289.609
Gesamtflächenwert gemäß Festsetzungen	289.609
<b>Differenz</b>	<b>0</b>

Bei Umsetzung des Bebauungsplans ergibt sich durch die Integration der naturschutzrechtlichen Ausgleichsmaßnahme in den Geltungsbereich kein verbleibender Kompensationsbedarf.

#### 2.5.2 Maßnahmen zum Ausgleich nicht vermeidbarer Eingriffe

Gemäß § 1a Abs. 3 BauGB sind die Vermeidung und der Ausgleich voraussichtlicher erheblicher Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes und der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes (Eingriffsregelung nach BNatSchG) in der Abwägung nach § 1 Abs. 7 zu berücksichtigen.

#### **Anpflanzung von Sträuchern und Bäumen**

Innerhalb der Fläche für Wald sind die standorttypischen Gehölze und das starke Baumholz zu erhalten. Durch Anpflanzung von standorttypischen Gebüschern und Einzelsträuchern ist ein Waldrand auszubilden. Dies schafft eine Abgrenzung und Abschirmung zwischen dem Siedlungsraum und dem alten Gehölzbestand. Es sind standortgerechte Arten wie nachfolgend aufgezählt mit folgender Pflanzqualität anzupflanzen: verpflanzte Sträucher (vStr), 3-5 Grundtriebe, 60-100 cm.

- *Cornus sanguinea* - Roter Hartriegel
- *Corylus avellana* - Haselnuss
- *Frangula alnus* - Faulbaum
- *Lonicera xylosteum* - Heckenkirsche
- *Prunus spinosa* - Schlehe
- *Rosa canina* - Hundsrose
- *Sambucus nigra* - Schwarzer Holunder
- *Viburnum opulus* - Gewöhnlicher Schneeball

Im Geltungsbereich werden mindestens 13 Bäume gepflanzt. Fünf Bäume werden entlang der Tourcoingstraße für den Ersatz der drei Bäume innerhalb der Baumreihe gepflanzt. Als Baumart ist Baumhasel (*Corylus colurna*) mit folgender Pflanzqualitäten zu verwenden: Hochstamm; Stammumfang mindestens 18-20 cm; mindestens 3-mal verpflanzt.

Stand: März 2024

Seite: 96

Innerhalb der öffentlichen Verkehrsflächen sind zudem 8 Straßenbäume zu pflanzen. Es sind standorttypische Gehölze in folgender Qualität zu pflanzen: Hochstamm; Stammumfang mindestens 18-20 cm; mindestens 3-mal verpflanzt. Als Baumarten bietet es sich an Baumhasel aufzunehmen oder heimische, klimaangepasste Arten zu wählen, die mit Trocken-, Hitzestress und Salzeintrag zurechtkommen. In der Tab. 9 sind einige Baumarten genannt, die gemäß GALK-Straßenbaumliste als geeignet eingestuft sind.

**Tab. 9: Baumartenliste**

Deutscher und botanischer Name	Klimatische Ansprüche*	Bemerkungen*
Feldahorn <i>Acer campestre</i>	Wärme liebend, verträgt selbst an kalkhaltigen Südhängen große Trockenheit, sehr frosthart	eiförmige, unregelmäßige, im Alter mehr rundliche Krone, verträgt trockene Böden und hohen Versiegelungsgrad, guter Bodenbefestiger für Ufer bzw. Hanglagen, Bienenweide
Spitzahorn <i>Acer platanoides</i>	sehr frosthart, hitze- und trockenheitsverträglich, windfest	rundliche, dicht geschlossene Krone, blüht vor dem Blattaustrieb, sehr frosthart, empfindlich gegen Bodenverdichtung und Streusalz, Honigtauabsonderung, Bienenweide
Kornelkirsche <i>Cornus mas</i>	frosthart, hitzeverträglich, trockenheitsverträglich, windfest	kleinkronige, sehr zeitig blühende Bäume, für enge Straßenräume und Kübelpflanzung geeignet, Stämme mit abblätternder Borke, anspruchslos, nicht frostempfindlich, stadtklimafest, Bienenweide, Fruchtfall beachten, Lichtraumprofil beachten
Baumhasel <i>Corylus colurna</i>	Stadtklimafest	regelmäßige, breit-kegelförmige Krone; anspruchslos, stadtklimafest, in manchen Jahren starker Fruchtfall, Bienenweide
Stieleiche <i>Quercus robur</i>	frosthart, wärmeliebend, große Amplitude	breit kegelförmige Krone, weit ausladend, lang haftendes, langsam verrottendes Laub, Pflanzung nicht vor Dezember, verträgt Überschwemmungen, reagiert auf Grundwasserabsenkung mit Wipfeldürre, frosthart, Bienenweide
Mehlbeere <i>Sorbus aria</i>	wärmeliebend, stadtklimafest, windfest	gleichmäßig aufgebaute kegelförmige Krone, im Alter breiter und lockerer, langsamwüchsig, Lichtraumprofil beachten, Bienenweide

Die Artenliste kann durch weitere heimische Arten unter Berücksichtigung der Standortgegebenheiten erweitert werden. Die beschriebenen Pflanzungen sind dauerhaft zu erhalten und zu pflegen und bei Verlust zu ersetzen.

Stand: März 2024

Seite: 97

### Ausführung der Anpflanzung

Gehölzstreifen und Hecken in der Landschaft sollten eine große Vielfalt aufweisen und daher aus mehreren Arten der o. g. Pflanzenliste zusammengesetzt sein. Vor Anpflanzung ist die ggf. vorhandene Vegetationsdecke zu entfernen und der Boden vorzubereiten (ggf. verfestigten Boden lockern). Es wird empfohlen, die Sträucher einer Gehölzart in Gruppen von drei bis fünf Sträuchern zu pflanzen. Hochstämme müssen generell mit Holzpfählen fachgerecht gegen Wind gesichert werden. Bei den Pflanzarbeiten ist die DIN 18916 "Vegetationstechnik im Landschaftsbau - Pflanzen und Pflanzarbeiten" zu berücksichtigen.

### Fertigstellungs- und Entwicklungspflege

Die Fertigstellungspflege beginnt unmittelbar nach der Pflanzung und endet mit der Abnahme. Sie hat zum Ziel, einen Zustand zu erreichen, der bei der anschließenden Entwicklungspflege eine gesicherte Weiterentwicklung der Gehölze ermöglicht. Die Entwicklungspflege dient der Erzielung eines funktionsfähigen Zustandes und soll die Weiterentwicklung der Pflanzung sicherstellen. Für die Ausführung der Pflegearbeiten gelten die Vorgaben der DIN 18919 "Vegetationstechnik im Landschaftsbau - Instandhaltungsleistungen für die Entwicklung und Unterhaltung von Vegetation (Entwicklungs- und Unterhaltungspflege)". Empfohlene Pflegemaßnahmen sind dabei u. a.:

- ausreichende, tiefgründige, umfassende und nachhaltige Wässerung
- ggf. Startdüngung (nach Bedarf)
- Bodenlockerung außerhalb des Ballens
- Entfernung von störendem Fremdbewuchs
- kontinuierliche Überprüfung der Baumböcke und Anbindungen auf ihre Funktionsfähigkeit
- Nachpflanzung ausgefallener Pflanzen
- ggf. Rückschnitt von Gehölzen, Erziehungschnitt von Bäumen bei Bedarf
- ggf. Schädlingsbekämpfung
- Kontrolle der Be- und Entwässerungseinrichtungen

Der Zeitraum für die Entwicklungspflege umfasst 5 Jahre. Bei Verlusten größer 10 % der Gesamtstückzahl (Sträucher) sind Nachpflanzungen vorzunehmen; bei kleineren Ausfällen ist keine Nachpflanzung nötig, da sich Lücken von allein ausfüllen. Wachsen die Einzelbäume nicht an, ist die Anpflanzung zu wiederholen.

### **Umwandlung von intensiv genutztem Acker in Extensivgrünland**

In den Geltungsbereich des Bebauungsplans integriert, ist im Nordwesten, unmittelbar an den Eingriffsbereich angrenzend, eine Fläche für den naturschutzrechtlichen Ausgleich vorgesehen. Auf einer insgesamt 7.950 m<sup>2</sup> großen landwirtschaftlich genutzten Fläche wird extensiv genutztes Grünland hergestellt. Bislang wird die Fläche großteils ackerbaulich genutzt (Spargel-, Maisacker). Im nördlichen Bereich besteht eine als Mähwiese genutzte Restfläche.

#### Beschreibung der Entwicklung und Pflege:

- Für die Einsaat ist Regiosaatgut (autochthones d. h. gebietseigenes Saatgut) aus dem Ursprungsgebiet 2 (Westdeutsches Tiefland mit Unterem Weserbergland) zu verwenden. Die Auswahl der Saatgutmischung und Artenzusammensetzung ist an die Standortgegebenheiten anzupassen.
- Ein Einsatz von Pflanzenschutzmitteln sowie eine Düngung (mineralische Stickstoffdüngung, Gülle) sind nicht erlaubt. Beim Auftreten unerwünschter Vegetationsbestände (z. B. invasive Arten, Neophyten) können in Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde entsprechende Gegenmaßnahmen ergriffen werden.
- Die Pflege erfolgt durch eine zweischürige Mahd (erste Mahd ab Mitte Juni, zweite Mahd ab Anfang September). Das Mahdgut ist vollständig aufzunehmen und abzufahren. Ein Mulchen sowie ein Pflegeumbruch sind nicht zulässig.
- Weitere Hinweise:
- Die Umsetzung der Maßnahme ist in den ersten fünf Jahren nach Ansaat durch ein vegetationskundliches Monitoring zu begleiten. Die Ergebnisse des Monitorings sowie sich daraus ergebende Maßnahmenempfehlungen sind in einem jährlichen Bericht festzuhalten und der Unteren Naturschutzbehörde zur Verfügung zu stellen.
- Vor dem Hintergrund des hohen Nutzungsdrucks im Umfeld des Plangebietes können ggf. weitere Maßnahmen zur Sicherstellung der ökologischen Qualität und Funktion erforderlich werden (z. B. Hinweisschilder, Abzäunung).

### **3. Zusätzliche Angaben**

#### **3.1 Beschreibung der verwendeten Verfahren und Hinweise auf Schwierigkeiten und Defizite**

Die Erarbeitung des Umweltberichts zum Bebauungsplan 4.13/1 erfolgte auf der Grundlage vorliegender Unterlagen, einer Bestandsaufnahme und Biotoptypenkartierung des Geltungsbereichs und einer artenschutzrechtlichen Prüfung. Die Bewertung der Schutzgutausprägungen und -funktio-

Stand: März 2024

Seite: 99

onen sowie die Bewertung der zu erwartenden Umweltauswirkungen erfolgt verbal argumentativ. Im Einzelnen wurden nachfolgende Unterlagen und Gutachten für den Umweltbericht herangezogen:

- Begründung zum Bebauungsplan 4.13/1 „Tourcoingstraße“, Teil 1: Städtebaulicher Teil (BMS STADTPLANUNG, Stand Februar 2024)
- Planzeichnung zum Bebauungsplan 4.13/1 „Tourcoingstraße“ (BMS STADTPLANUNG, Stand Februar 2024)
- Artenschutzprüfung zum Bebauungsplan 4.13/1 „Tourcoingstraße“ (KUHLMANN & STUCHT 2021)
- Landschaftspflegerischer Begleitplan zum Bebauungsplan 4.13/1 „Tourcoingstraße“ (KUHLMANN & STUCHT 2024)
- Klimagutachten zum B-Plan Nr. 4.13/1 „Tourcoingstraße“ in Bottrop (LOHMEYER 2020)
- Gutachten zur Baugrundsituation - Baufeld westlich Tourcoingstraße, 46240 Bottrop (ALT-HOFF & LANGE GBR 2018)
- Schallschutzgutachten zum B-Plan Nr. 4.13/1 „Tourcoingstraße“ in Bottrop (INGENIEURBÜRO STÖCKER, Stand 30.09.2022)

Die zur Verfügung stehenden Daten waren dem Planungsstand entsprechend vollständig, der Zeitrahmen ausreichend, Schwierigkeiten oder Defizite bei der Erstellung des Umweltberichtes zum Bebauungsplan und bei der Bewertung der zu erwartenden Umweltauswirkungen waren nicht zu verzeichnen.

### 3.2 Allgemein verständliche Zusammenfassung

Die Bonava GmbH verfolgt das Ziel, entlang der Westseite der Tourcoingstraße, parallel zur vorhandenen Bebauung, eine Bauzeile von hoher städtebaulicher Qualität zu realisieren. Auf einem ca. 45 m tiefen Streifen, der derzeit Teil eines Spargelackers ist, sollen ca. 93 Wohneinheiten in Form von Doppel- und Reihenhäusern sowie Mehrfamilienhäusern in Geschossbauweise entstehen. Ergänzend zur Wohnbebauung soll im nördlichen Bereich eine Kindertagesstätte entstehen. Eine Bebauung in zweiter Reihe ist nicht vorgesehen, um auf dem verbleibenden Teil der Fläche die landwirtschaftliche Nutzung zu erhalten.

Für die Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen strebt die Stadt Bottrop die Aufstellung des Bebauungsplans 4.13/1 „Tourcoingstraße“ an.

Im Rahmen des Umweltberichtes erfolgt eine Umweltfolgenabschätzung für die vorgesehene Aufstellung des Bebauungsplans. Erfasst und bewer-



Stand: März 2024

Seite: 100

tet werden gemäß § 2 Abs. 3 BauGB den die Belange des Umweltschutzes, des Naturschutzes und der Landschaftspflege nach. § 1 Abs. 6 Nr. 7 i.V.m. Anlage 1. Abs. 2 Satz b (aa bis hh).

Die nachfolgende Tabelle stellt die Funktionen und das durch den Bebauungsplan zu erwartende Konfliktpotenzial zusammenfassend dar.

**Tab. 10: Zusammenfassung der wesentlichen umwelterheblichen Auswirkungen**

Belange des Umweltschutzes	Beschreibung der Auswirkungen
Menschen und Ihre Gesundheit, Bevölkerung insgesamt,	Für das Schutzgut sind keine erheblichen nachteiligen Auswirkungen zu erwarten. Durch die Schaffung neuen Wohnraums erhöht sich die Wohnfunktion. Ergänzend zur Wohnbebauung soll im nördlichen Bereich eine Kindertagesstätte entstehen, sodass einer bedarfsgerechten Versorgung mit Betreuungsplätzen im Wohnbereich Eigen Rechnung getragen wird. Für Anwohner, die bisher den angrenzenden Freiraum entlang der Tourcoingstraße zur Naherholung nutzen, bleibt die vorhandene Wegeverbindungen über die Tourcoingstraße und den Fußweg bestehen. Jedoch ändert sich die Sichtbeziehung zwischen Siedlung und Freiraum durch die neue Bauzeile. Trampelpfade, die bisher über die Felder führen, werden durch die Bebauung vermutlich unterbunden. Es ist jedoch davon auszugehen, dass sich aufgrund des Nutzungsdrucks der Anwohner kurz- bis mittelfristig neue Wege etablieren werden.
Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt	Durch das Vorhaben im Geltungsbereich geht, mit Ausnahme der zu erhaltenden Gehölze, die vorhandene Vegetation verloren. Der Verlust von überwiegend geringwertigeren Biotopen stellt jedoch keine erhebliche Umwelteinwirkung dar. Aufgrund der großflächigen landwirtschaftlichen Nutzung im Geltungsbereich ist die Biodiversität nicht erheblich betroffen.  Der Kompensationsbedarf durch den Verlust der Biotopstrukturen wird durch die ökologische Ausgleichsmaßnahme (Schaffung von Extensivgrünland) im Nordwesten des Geltungsbereichs vollständig kompensiert.  Im Rahmen der faunistischen Untersuchungen wurde kein besonderes Arteninventar im Vorhabengebiet festgestellt. Fortpflanzungs- und Ruhestätten von Vögeln und Fledermäusen, die vom Vorhaben betroffen sein könnten, wurden nicht festgestellt. Das Vorhabengebiet wird als Nahrungshabitat genutzt und stellt lediglich einen Teillebensraum dar, der auch nach Umsetzung des Vorhabens den Tieren erhalten bleibt. Für Amphibien und Reptilien besitzt der Geltungsbereich keine Bedeutung.
Fläche	Das Vorhaben führt zu einer Umnutzung landwirtschaftlicher Flächen als Wohngebiet. Abzüglich der ökologischen Ausgleichsmaßnahme und der Erhaltungsmaßnahmen werden ca. 27.580 m <sup>2</sup> Fläche einer neuen Nutzung zugeführt.
Boden	Durch das Vorhaben werden keine schutzwürdigen Böden beansprucht, sodass sich keine erhebliche Betroffenheit ergibt. Dennoch resultieren aus der umfangreichen Überplanung der Verlust und die Beeinträchtigung allgemeiner Bodenfunktionen. Insgesamt werden 16.380 m <sup>2</sup> Boden überbaut und versiegelt.

Stand: März 2024

Seite: 101

Belange des Umweltschutzes	Beschreibung der Auswirkungen
Wasser	<p>Fließgewässer sind nicht direkt betroffen. Allerdings wird das Niederschlagswasser des Wohngebietes nach Reinigung im Retentionsbodenfilterbecken in den Vorthbach gedrosselt (10 l/s) eingeleitet. Eine erhebliche Betroffenheit ergibt sich daraus nicht.</p> <p>Durch die Neuversiegelung von Boden verringert sich die Versickerungs- und Grundwasserneubildungsrate. Durch die Retentionsfunktion der Gründächer und die Ableitung des Niederschlagswassers in die Rasenmulde und das Retentionsbodenfilterbecken, können die Auswirkungen vermindert werden, indem das Wasser von dort aus teilweise verdunstet und versickern kann und dem natürlichen Wasserkreislauf erhalten bleibt.</p> <p>Das anfallende Schmutzwasser wird in das städtische Kanalnetz in der Tourcoingstraße eingeleitet.</p>
Luft, Klima (inkl. Klimaschutz und -anpassung)	<p>Das Klimagutachten (LOHMEYER 2020) zeigt, dass bedeutsame Strukturen für den klimatischen oder lufthygienischen Ausgleich im Geltungsbereich des Bebauungsplans nicht betroffen sind. Die nächtliche Kaltluftdynamik ist nur schwach ausgeprägt – es fehlen durchgängige Fischluft- bzw. Kaltluftleitbahnen. Dennoch gehen mit der Versiegelung von Freiflächen allgemeinen klimarelevante Funktionen verloren.</p> <p>Die Auswirkungen können mit einer Reihe an Maßnahmen der Klimaanpassung vermindert werden (Gebäudeanordnung, Dachbegrünung, offene Entwässerungsanlage, Begrünung und Baumpflanzung).</p>
Landschaft	<p>Der Freiraum im Bereich des Geltungsbereichs ist aufgrund der intensiven landwirtschaftlichen Nutzung (Spargel- und Maisacker) weniger strukturreich und landschaftsprägend ausgestattet als der südliche angrenzende Teil der Kulturlandschaft Schlangenholt. Es gehen keine landschaftsbildprägenden Strukturen verloren. Dennoch führt die Erweiterung des Siedlungsbereiches in die offene Landschaft hinein zu einer Beeinträchtigung des Landschaftsbildes bzw. der Sichtbeziehungen in den Freiraum. Durch eine landschaftsgerechte Eingrünung können die Auswirkungen vermindert werden.</p>
Kultur- und sonstige Sachgüter	<p>Im räumlichen Geltungsbereich des Bebauungsplanes ist bei Bodeneingriffen mit archäologischen Bodenfunden zu rechnen. Im südwestlichen Randbereich des Plangebietes ist der Fund einer prähistorischen Grube mit Keramikscherben verzeichnet. Das Bodendenkmal muss vor Beginn erster Bodeneingriffe in diesem Bereich flächig archäologisch untersucht werden. Diesbezüglich ist im Sommer 2024 eine archäologische Prospektion geplant..</p>

Stand: März 2024

Seite: 102

Belange des Umweltschutzes	Beschreibung der Auswirkungen
Emissionen und Immissionen	<p>Das Schallgutachten (Ingenieurbüro Stöcker 2022) stellt fest, dass es durch den Verkehrslärm der A 2, A 31 und der umliegenden Straßen bereits erhebliche Vorbelastungen im Geltungsbereich zu verzeichnen sind.</p> <p>Bei einer Umsetzung des städtebaulichen Entwurfs würden die Orientierungswerte der DIN 18005 für Verkehrslärm im Vorhabengebiet tagsüber um bis zu 10 dB und in der lautesten Nachtstunde um bis zu 14 dB überschritten. Daher sind passive Schallschutzmaßnahmen umzusetzen.</p> <p>An den bestehenden Wohngebäuden werden Beurteilungspegel von max. 49 dB(A) am Tag und 39 dB(A) in der Nacht durch die Straßen im Plangebiet prognostiziert. Die Immissionsgrenzwerte der 16. BImSchV für ein Wohngebiet von 59 dB(A) am Tag und 49 dB(A) in der Nacht werden um mind. 10 dB tags und nachts unterschritten.</p>
Anfälligkeit gegenüber Unfällen/Katastrophen	<p>Das Vorhaben lässt bei Unfällen/Katastrophen keine besonderen Risiken für die menschliche Gesundheit, das kulturelle Erbe oder die Umwelt erwarten.</p> <p>Im Umfeld befinden sich keine Betriebe, von denen Gefahrenpotenziale ausgehen.</p>

Der Umweltbericht kommt zu dem Ergebnis, dass der Bebauungsplan für keines der Schutzgüter bzw. der Umweltfaktoren erhebliche Konfliktpotenziale auslöst.

### 3.3 Verzeichnisse Umweltbericht

#### Literatur- und Quellenverzeichnis

ALTHOFF & LANGE GBR, 2018: Gutachten zur Baugrundsituation inkl. Abfalltechnischer Deklaration und orientierender Erstbewertung gemäß Bundesbodenschutzverordnung – Baufeld westlich Tourcoingstraße, 46240 Bottrop, Köln.

BAUGB, 2017: Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 03. November 2017 (BGBl. I S. 3634), in der derzeit gültigen Fassung.

BEZIRKSREGIERUNG MÜNSTER, 2003: Regionalplan der Bezirksregierung Münster, Teilabschnitt Emscher-Lippe.

BEZIRKSREGIERUNG MÜNSTER, 2011: Luftreinhalteplan Ruhrgebiet 2011, Teilplan Nord, Münster.

BMS STADTPLANUNG GBR, 2024: Begründung zum Bebauungsplan Nr. 4.13/1 „Tourcoingstraße“ (Stand Februar 2024), Mülheim an der Ruhr.

BMS STADTPLANUNG GBR, 2024: Planzeichnung zum Bebauungsplan Nr. 4.13/1 „Tourcoingstraße“ (Stand Februar 2024), Mülheim an der Ruhr.

Stand: März 2024  
Seite: 103

BNATSCHG, 2009: Bundesnaturschutzgesetz vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), in der derzeit gültigen Fassung.

GEOLOGISCHER DIENST NRW, 2018: Informationssystem Bodenkarte - Auskunftssystem BK50. Die Karte der schutzwürdigen Böden von NRW 1:50.000, 3. Auflage. Krefeld.

INGENIEURBÜRO STÖCKER, 2022: Schallschutzgutachten zum Bebauungsplan Nr. 4.13/1 „Tourcoingstraße“ Bottrop, Haltern am See.

LANDESAMT FÜR NATUR, UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ NRW (LANUV), 2021: Infosystem Geschützte Arten in Nordrhein-Westfalen, Recklinghausen.

LNATSCHG NRW, 2016: Gesetz zum Schutz der Natur in Nordrhein-Westfalen (Landesnaturschutzgesetz – LNatSchG NRW) in der Fassung vom 15. November 2016 (GV. NRW. S. 934), in der derzeit gültigen Fassung.

LOHMEYER GMBH, 2020: Klimagutachten zum Bebauungsplan Nr. 4.13/1 „Tourcoingstraße“, Dorsten.

KUHLMANN & STUCHT, 2021: Artenschutzprüfung (ASP) Stufe II zum Bebauungsplan Nr. 4.13/1 „Tourcoingstraße“, Bochum.

KUHLMANN & STUCHT, 2024: Landschaftspflegerischer Begleitplan (LBP) zum Bebauungsplan Nr. 4.13/1 „Tourcoingstraße“, Bochum.

MINISTERIUM FÜR STÄDTEBAU UND WOHNEN, KULTUR UND SPORT (MSWKS) & MINISTERIUM FÜR UMWELT UND NATURSCHUTZ, LANDWIRTSCHAFT UND VERBRAUCHERSCHUTZ (MUNLV), 2001: Ausgleich von Eingriffen in Natur und Landschaft, Gemeindliches Ausgleichskonzept: Ausgleichsplanung, Ausgleichspool, Ökokonto, Arbeitshilfe für die Bauleitplanung.

REGIONALVERBAND RUHR (RVR), 2021: Regionalplan Ruhr für das Verbandsgebiet des Regionalverbandes Ruhr, Entwurfssfassung Juli 2021.

REGIONALVERBAND RUHR (RVR), 2019: Klimaanalyse der Stadt Bottrop, Essen.

STADT BOTTROP, 2004: Flächennutzungsplan der Stadt Bottrop, Bottrop.

STADT BOTTROP, 2010: Biotop- und Nutzungstypen – Wertigkeit der Biotoptypen (Stand 11.2010), Bottrop.

Stand: März 2024

Seite: 104

STADT BOTTRUP, 2015: Landschaftsplan Fortschreibung der Stadt Bottrop, Bottrop.

UVPG, 2021: Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. März 2021 (BGBl. I S. 540), in der derzeit gültigen Fassung.

Unter Verwendung von Sach- und Grafikdaten des Landes NRW:

- ELWAS-WEB (Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen)
- GEOportal.NRW (Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen)
- Geschützte Arten in NRW (Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen)
- Klimaatlas NRW (Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen)
- Landschaftsinformationssammlung NRW (LINFOS) (Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen)
- Waldinfo.NRW (Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen)

### **Tabellenverzeichnis**

- Tab. 1: Orientierungs- und Immissionsrichtwerte für Allgemeine Wohngebiete in dB(A)
- Tab. 2: Ausgangszustand des Geltungsbereichs
- Tab. 3: Liste der im Untersuchungsgebiet nachgewiesenen Vogelarten mit Angaben zu Gefährdung und Planungsrelevanz
- Tab. 4: Liste der im Untersuchungsgebiet nachgewiesenen Fledermausarten mit Angaben zu Gefährdung und Planungsrelevanz
- Tab. 5: Zusammensetzung des Untergrundes (ALTHOFF & LANG GBR 2018)
- Tab. 6: Orientierungs- und Immissionsrichtwerte für Allgemeine Wohngebiete in dB(A)
- Tab. 7: Zustand des Geltungsbereichs gemäß den Festsetzungen
- Tab. 8: Gesamtbilanz des Vorhabens
- Tab. 9: Baumartenliste
- Tab. 10: Zusammenfassung der wesentlichen umwelterheblichen Auswirkungen

Stand: März 2024  
Seite: 105

### **Abbildungsverzeichnis**

Abb. 1: Lage des Geltungsbereichs des B-Plans „Tourcoingstraße“ (M. 1:15.000)

Abb. 2: Geltungsbereich im Luftbild (M. 1:5.000)

Abb. 3: Ausschnitt des Regionalplans Emscher-Lippe der Bezirksregierung Münster (links) und des Regionalplans Ruhr (Entwurfsstand Juli 2021) (rechts)

Abb. 4: Ausschnitt des Flächennutzungsplans der Stadt Bottrop

Abb. 5: Ausschnitt der Festsetzungskarte des Landschaftsplans der Stadt Bottrop

Abb. 6: Blick über den Spargelacker in Richtung Norden (links) und Baumhasel-Reihe westlich der Tourcoingstraße (rechts)

Abb. 7: Baumhecke entlang des Fußweges in Richtung Norden (rechts) und Übergang von dem Spargelacker in den Gehölzbestand (links)

Abb. 8: Übergang Grünland in angrenzende Brombeersträucher (links) und vorhandene Zuwegung (verschlossenes Tor) zum Vorthbach (rechts)

Abb. 9: Darstellung der Bodentypen im Geltungsbereich (BK50)

Stand: März 2024

Seite: 106

## J. Planungsgrundlagen

- „Baugebiet Tourcoingstraße, Bottrop, Entwurfs- und Genehmigungsplanung, abwasser- und verkehrstechnische Erschließung“, bPLAN Ingenieurgesellschaft, 01.02.2024, Essen
- Plan „Erschließungsmaßnahme Nr. B-Plan 4.13/1 Baugebiet Tourcoingstraße, Bottrop, Genehmigungsplanung gemäß § 8, 9, 10 WHG für die gedrosselte Einleitung in den Vorthbach“, bPLAN Ingenieurgesellschaft, Februar 2024, Essen
- „Gutachten zur Baugrundsituation inkl. Abfalltechnischer Deklaration und orientierender Erstbewertung gemäß Bundesbodenschutzverordnung, Baufeld westlich Tourcoingstraße, 46240 Bottrop, Althoff & Lang GbR, Mai 2018, Köln
- „Projekt Tourcoingstraße in Bottrop“, Verkehrsgutachten, Blanke Ambrosius, Januar 2021, Bochum
- „Schallschutzgutachten B-Plan Nr. 4.13/1 „Tourcoingstraße“ Bottrop“ (Bericht Nr.: B14530), IST Ingenieurbüro Stöcker, September 2022, Haltern am See
- „Bebauungsplan Nr. 4.13/1 „Tourcoingstraße“ in Bottrop – Klimagutachten“, Lohmeyer GmbH, Juni 2020, Fürstenwalde
- „Bebauungsplan „Tourcoingstraße“ -Artenschutzprüfung Stufe I-, ILS Essen GmbH, 2019, Essen
- „Artenschutzprüfung (ASP) Stufe II zum Bebauungsplan Nr. 4.13/1 „Tourcoingstraße“, Stadt Bottrop“, Kuhlmann & Stucht GbR Landschaftsplanung - Umweltplanung, April 2021, Bochum
- "Ergänzung zur ASP zum Bebauungsplan Nr. 4.13/1 "Tourcoingstraße", Stadt Bottrop“, Kuhlmann & Stucht GbR Landschaftsplanung - Umweltplanung, Februar 2024, Bochum
- Landschaftspflegerischer Begleitplan zum Bebauungsplan Nr. 4.13/1 „Tourcoingstraße“, Kuhlmann & Stucht GbR, Februar 2024, Bochum

Stand 08.03.2024

## Leitlinien für die Entwicklung nachhaltiger und klimagerechter Wohngebiete

Checkliste zum Bebauungsplan Nr. 4.13/1 „Tourcoingstraße“	erfüllt	teilweise erfüllt	Erläuterung / Begründung
<b>Leitlinien für die Auswahl der Flächen</b>			
Bereiche mit <u>besonderer Bedeutung</u> für z. B. Klima, Boden, Wasserhaushalt, Luftqualität oder Menschen, Tiere und Pflanzen sollten nicht bebaut werden.			
Flächen im Innenbereich eignen sich besser für eine wohnbauliche Entwicklung, als Flächen im Außenbereich. Im Sinne des Leitbilds der „Doppelten Innenentwicklung“ sollen dabei aber die örtlichen Verhältnisse berücksichtigt und ausreichend innerörtliche Frei- und Grünflächen erhalten und entwickelt werden. Großkroniger alter Baumbestand ist zu erhalten.			
Je größer die Nähe zu Wohnfolgeeinrichtungen ist, desto besser ist eine Fläche als Wohnstandort geeignet.			
<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Grundschule</li> </ul>			
<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ KiTa</li> </ul>	X		Der Bau einer KiTa ist im Plankonzept vorgesehen
<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Nahversorgung</li> </ul>		X	Der Aldi an der Gladbecker Straße ist in ca. 600m erreichbar
Je besser die Anbindung an den Öffentlichen Personennahverkehr sowie an sichere und qualitativ hochwertige Rad- und Fußwege ist, desto besser ist eine Fläche geeignet.			
<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ ÖPNV</li> </ul>	X		Die Bushaltestelle „Börenstraße“ befindet sich etwa 100 m vom nördlichen Plangebiet entfernt und bietet eine direkte Verbindung zum ZOB. Die Bushaltestelle „Eigen Markt“ liegt etwa 370 Meter von dem südlichen Bereich des Plangebietes entfernt.
<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Rad- und Fußwege</li> </ul>	X		Im Plankonzept ist eine Verbindung als Rad- und Fußweg zur Bügelstraße vorgesehen. Der am Westrand des Plangebiets verlaufende Unterhaltungsweg der Entwässerungsmulde bietet als Rad- und Fußweg eine Nord-Süd-Verbindung abseits der Stra-



Checkliste zum Bebauungsplan Nr. 4.13/1 „Tourcoingstraße“	erfüllt	teilweise erfüllt	Erläuterung / Begründung
			ßen. Entlang der Tourcoingstraße verläuft die Radwegeverbindung NaTour, sowie nördlich des Plangebietes, an der Steckhoffstraße, verbindet die Hauptroute der „Radstat(d)tGrenze-Bottrop“ Bottrop mit seinen Nachbarstädten.
Flächenrecycling ist der Entwicklung bislang unversiegelter Flächen vorzuziehen.			
Die Entwicklung stadt-eigener Flächen ist der Entwicklung privater Flächen vorzuziehen.			
Der Ankauf privater Flächen und die Ausübung des gemeindlichen Vorkaufsrechts sollten grundsätzlich geprüft werden.			

Leitlinien für den Städtebau			
Eine Bebauung mit freistehenden Einfamilienhäusern sollte vermieden werden.		X	Es sind vorwiegend Doppel-, Reihen- und Mehrfamilienhäuser geplant. Im Plangebiet sind lediglich 2 freistehende Einfamilienhäuser vorgesehen.
Eine Bebauung mit Mehrfamilienhäusern oder Reihenhäusern sollte grundsätzlich bevorzugt werden. Die Anzahl der Geschosse sollte sowohl dem dringenden Bedarf an Wohnraum Rechnung tragen, als auch städtebaulich angemessen sein.			
In Bereichen mit guter Anbindung an Fuß- und Radwege sowie an den ÖPNV sollten die Flächen für den fließenden und ruhenden Kfz-Verkehr so weit, wie möglich reduziert werden.			
Eine Anordnung der Stellplätze am Rand der neuen Wohngebiete in gemeinsamen Stellplatzanlagen sollte bevorzugt werden.			
Die Hauptfassaden der Wohngebäude sollten weitgehend nach Süden ausgerichtet sein.	X		Im Plankonzept orientieren sich fast alle Hauptfassaden nach Süden, lediglich die beiden Einfamilienhäuser sind nach Osten gerichtet
Einstrahlungsverluste durch Verschattung sollten so weit wie möglich vermieden werden.			

<b>Checkliste zum Bebauungsplan Nr. 4.13/1 „Tourcoingstraße“</b>	<b>erfüllt</b>	<b>teilweise erfüllt</b>	<b>Erläuterung / Begründung</b>
Kompakte Strukturen wirken sich positiv auf die Energieeinsparung aus und sind daher zu bevorzugen.			
Neue Wohnquartiere sollten durchgrünt werden. Dies kann zum einen durch separate Grün- und Freiflächen geschehen, durch Baum- und Beetpflanzungen im Straßenraum oder durch die Begrünung von Dächern und Fassaden.	X		Das Plankonzept sieht die extensive Begrünung aller Dachflächen von Wohngebäuden, Carports, Garagen vor. Die geplante Entwässerungsmulde am Westrand des Plangebiets sowie die öffentlichen und privaten Grünflächen begrünen das Plangebiet, zudem sind Baumpflanzungen im Straßenraum vorgesehen.
Im Sinne der Biodiversitätssteigerung ist dabei darauf zu achten, blühende, heimische und standortgerechte Pflanzen auszuwählen	X		Der Bebauungsplan setzt mit einer Pflanzliste fest, dass nur heimische und standorttypische Bäume und Sträucher zu verwenden sind
Das im Gebiet anfallende Niederschlagswasser sollte ortsnah versickert, verdunstet oder verrieselt werden.	X		Das Entwässerungskonzept beinhaltet eine offene Entwässerungsmulde, in der das anfallende Regenwasser verdunsten und versickern kann bzw. in den Vorthbach geleitet wird.
Zur Bewältigung von Starkregenereignissen sind geeignete Retentionsflächen oder Notwasserwege vorzusehen.	X		Die geplante Entwässerungsmulde dient auch als Retentionsfläche zur Bewältigung von Starkregenereignissen.
<b>Leitlinien für die Gebäudeplanung</b>			<u>Hinweis:</u> Zum Zeitpunkt der Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens sind Details der Gebäudeplanung häufig noch nicht bekannt. Eine abschließende Beurteilung ist dann erst bei Konkretisierung der Gebäudeplanung im weiteren Verfahren möglich
Alle Dachflächen neuer Wohnquartiere sind zu begrünen. Um dies zu ermöglichen sind in der Gebäudeplanung flachgeneigte Dächer vorzusehen.	X		Im gesamten Plangebiet ist vorgesehen, alle Dächer von Gebäuden, Garagen und Carports extensiv zu begrünen.
Die Fassadenbegrünung ist in der Entwicklung neuer Wohngebiete vermehrt zu forcieren.			
Der natürliche Grünflächenanteil eines Grundstücks ist zu steigern. Schottergärten sind über zielführende rechtliche Instrumente zu vermeiden.	X		Der Bebauungsplan setzt fest, dass Schottergärten nicht zulässig sind.

Checkliste zum Bebauungsplan Nr. 4.13/1 „Tourcoingstraße“	erfüllt	teilweise erfüllt	Erläuterung / Begründung
Eigentümer sind über Aufklärungs- und Beratungsangebote über die Nachteile eines hohen Versiegelungsgrads, z. B. durch Schottergärten zu informieren.			
Das Pflanzen von möglichst großkronigen Bäumen und Hecken ist vermehrt vorzusehen.			
Zäune sind nur in Verbindung mit Heckenpflanzungen zu gestatten.	X		Im Plangebiet sind nur Einfriedungen als Hecke oder in Verbindung mit offenen innenliegenden Drahtzäunen zulässig.
Grundstückseigentümer sind über überflutungsgefährdete Bereiche und damit verbundene Gefahren und Gegenmaßnahmen gezielt zu informieren. Außerdem sind alle Grundstückseigentümer über Maßnahmen zum Rückstauschutz zu informieren.			
Zur Reduzierung der sommerlichen Hitzebelastung sind natürliche und bauliche Verschattungen zu planen. Die Umsetzung liegt zum Teil in der Verantwortung der Eigentümer. Sie sind über die Notwendigkeit zu informieren.			
Gebäude sind nach hochwertigem energetischen Standard zu bauen.	X		Die Gebäude sind in energieeffizienter Bauweise geplant.
Die Versorgung mit lokal erzeugter Wärme und Energie aus erneuerbaren Quellen ist vorrangig sicherzustellen. Dazu sind wohngebietsspezifische Energiekonzepte aufzustellen. Hierbei ist insbesondere Photovoltaik als nachhaltige Energiequelle vorzusehen.			
Das automatisierte Gebäudemanagement mit Hilfe von technischen Anlagen beeinflusst den Wohnkomfort positiv und reduziert Energieressourcen. Deshalb sind technische Lösungen dieser Art umzusetzen.			
Soweit möglich, ist die Nutzung von Regenwasser der Nutzung von Leitungswasser vorzuziehen.			
Die Natur und Umwelt ist durch den Bau eines Gebäudes während des gesamten Lebenszyklus möglichst wenig zu belasten.			

<b>Checkliste zum Bebauungsplan Nr. 4.13/1 „Tourcoingstraße“</b>	<b>erfüllt</b>	<b>teilweise erfüllt</b>	<b>Erläuterung / Begründung</b>
Zur Reduzierung der Wärmebelastung sind Baumaterialien bzgl. ihrer thermischen Eigenschaften sinnvoll einzusetzen. Natürliche und helle Baumaterialien sind zu bevorzugen.			
<b>Leitlinien zur Förderung besonderer Wohnungsformen</b>			
Bei der Entwicklung neuer Wohnbauflächen sind solche Flächen zu bevorzugen bei denen (auch) gemeinschaftliche Wohnprojekte umgesetzt werden.			
Bei der Entwicklung neuer Wohnbauflächen sind solche Flächen zu bevorzugen, bei denen die angestrebte Quote von mindestens 25 % für öffentlich geförderte Wohnungen erreicht werden kann.		X	Es sollen ca. 25% geförderter Wohnungsbau im Bereich der Mehrfamilienhäuser umgesetzt werden. Der Anteil kann sich durch den Bau der Kindertagesstätte jedoch verringern.
Barrierearmes Bauen sollte bei allen Wohnformen Standard sein.			
Barrierefrei zugängliche Fahrradabstellplätze sollten entsprechend dem jeweiligen Bedarf auch über das in der Stellplatzverordnung des Landes NRW festgelegte Maß hinaus zur Verfügung stehen.			
<b>Leitlinien zur Vergabe städtischer Grundstücke</b>			
Baugrundstücke in geeigneten Wohnlagen sollten Bauträgern angeboten werden mit der Auflage, dort öffentlich geförderten Wohnungsbau zu errichten, um finanziell minderbemittelten Personen bezahlbaren Wohnraum anbieten zu können.			
Es sollten vermehrt Erbbaurechte an Baugrundstücken bestellt werden, um auch Bauwilligen mit begrenzten finanziellen Mitteln die Errichtung eines Eigenheims zu ermöglichen.			
Bei der Veräußerung bebauter Immobilien sollte dem Mieter die Möglichkeit des Mietkaufs angeboten werden.			



Datum

16.02.2024

Drucksache Nr.

**2024/0091**

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Zuständigkeit
Bezirksvertretung Bottrop-Süd	07.03.2024	Vorberatung
Bezirksvertretung Bottrop-Mitte	11.04.2024	Vorberatung
Ausschuss für Stadtplanung und Umweltschutz	12.04.2024	Entscheidung
Integrationsausschuss	19.06.2024	Kenntnisnahme

## Betreff

**Bebauungsplan Nr. 5.09/17 „Moschee an der Prosperstraße“**

hier: **1. Aufstellungsbeschluss**

**2. Billigung des Plankonzeptes**

**3. Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der betroffenen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange**

## Beschlussvorschlag

### Rechtsgrundlage:

**§§ 2, 3, 4, 13 und 13a Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03. November 2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 28. Juli 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 221)**

1. Für den Bereich der Flurstücke 446, 511, 512, 312, 429, 548 und 550 in Flur 55 der Gemarkung Bottrop ist der Bebauungsplan Nr. 5.09/17 „Moschee an der Prosperstraße“ als Bebauungsplan der Innenentwicklung im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 (4) BauGB aufzustellen. Der Flächennutzungsplan wird im Wege der Berichtigung angepasst. Der Geltungsbereich ist in dem zu diesem Beschluss gehörenden Übersichtsplan gekennzeichnet.
2. Das Konzept zum Bebauungsplan Nr. 5.09/17 „Moschee an der Prosperstraße“ wird einschließlich der zugehörigen Erläuterungen in der als Anlage zu diesem Beschluss genommenen Fassung gebilligt.
3. Auf Grundlage des oben genannten Plankonzeptes ist die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit an der Bauleitplanung unter Beachtung der vom Rat der Stadt beschlossenen Richtlinien sowie die frühzeitige Beteiligung von betroffenen Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange durchzuführen.

## Finanzielle Auswirkungen

Finanzielle Auswirkungen:

ja

Haushalt im Jahr: 2024  
Produkt und Sachkonto:  
Art der Ausgabe:  
Bedarf: im Haushaltsansatz  
berücksichtigt

Haushaltsansatz:  
zusätzliche Einnahmen:  
einmalige Belastung:  
jährliche Folgekosten:

Erläuterungen zu den finanziellen Auswirkungen:

## **Problembeschreibung / Begründung**

Die Moscheegemeinde DITIB – Türkisch Islamische Gemeinde Bottrop e.V. (DITIB) mit jetzigem Sitz an der Prosperstraße 162 beabsichtigt, an der Prosperstraße 74 eine neue Moschee mit Begegnungszentrum zu bauen. Die heutige Moschee mit einem viel zu kleinen Gebetsraum und einer unbefriedigenden Parksituation entspricht nicht dem Wunsch der Gemeinde sich nach außen zu öffnen und mit einem einladenden Gebetshaus auch innerhalb der Stadt als Gemeindezentrum wahrgenommen zu werden.

Mit Schreiben vom 27.02.2023 (siehe Anlage) stellte die DITIB einen Antrag auf Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens. Mit dem Neubau möchte die DITIB für die Gemeindemitglieder ein neues Gotteshaus schaffen, welches ausreichend Platz zum Gebet bietet. Die Planungen sehen ein Gebetshaus mit Begegnungszentrum, Veranstaltungssaal und drei kleinen Ladenlokalen vor.

Erste Überlegungen dazu gab es bereits vor mehr als 10 Jahren. Die Planungen sind konkretisiert worden und wurden der Politik und der Öffentlichkeit in der Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung und Umweltschutz am 29.08.2023 durch Vertreter der Moscheegemeinde erläutert. Die entsprechende Präsentation ist ebenfalls als Anlage beigefügt.

Das Plangebiet liegt im Geltungsbereich des rechtskräftigen Bebauungsplanes Nr. 5.09/3 „Gildestraße / Zunftstraße“, der an der Prosperstraße Flächen als Mischgebiet und im rückwärtigen Bereich Flächen als Gewerbegebiet ausweist. Von der Art der Nutzung her wäre eine Moschee im Mischgebiet allgemein und im Gewerbegebiet ausnahmsweise zulässig. Allerdings ist es aus Sicht der Verwaltung angezeigt, einen neuen Bebauungsplan aufzustellen. Zum einen, um städtebauliche Fragestellungen wie z.B. die bauliche Höhenentwicklung oder die verkehrliche Erschließung zu klären und zum anderen, um der Öffentlichkeit die Gelegenheit zu geben, sich in die Planungen einzubringen.

## **Finanzielle Auswirkungen**

Die Durchführung eines Bauleitplanverfahrens hat finanzielle Auswirkungen. Dazu gehören beispielsweise Kosten für die Veröffentlichung von Bekanntmachungen, für die Vervielfältigung und den Versand von Unterlagen im Rahmen der Beteiligungsschritte sowie Personalkosten.

Tischler

### Anlage(n):

1. Antrag der DITIB
2. Präsentation Projektvorstellung
3. Übersichtsplan
4. Erläuterungen
5. Nachhaltigkeits-Check





## DITIB- Türkisch Islamische Gemeinde zu Bottrop e.V. Bottrop

Prosperstr.162-164, 46238 Bottrop, Tel. 02041/66879, Fax 02041/706550, E-Mail: 1090.vorstand@ditib-nrw-m.de

### Bebauungsplanverfahren für den Neubau einer Moschee Prosperstraße Bottrop

Sehr geehrte Damen und Herren,

in mehreren Vorgesprächen haben wir Sie über den Neubau unserer Moschee informiert.

Hiermit möchten wir den nächsten Schritt gehen und somit offiziell den Antrag für das Bebauungsplanverfahren für unseren Neubau an der Prosperstraße beantragen.

Die erforderlichen Unterlagen und Fachgutachten, wie in Ihrem Schreiben vom 18.05.2021 aufgeführt, werden wir auf unsere Kosten beauftragen und der Stadt kostenfrei zur Verfügung stellen.

Gleichzeitig werden wir, als Vorhabenträger, für alle anfallenden Personal und Sachkosten zur Aufstellung des Bebauungsplans aufkommen.

Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit und wünschen uns ein gutes Gelingen bei der Umsetzung der Baumaßnahme.

Bottrop, den 27.02.2023

Mit freundlichen Grüßen

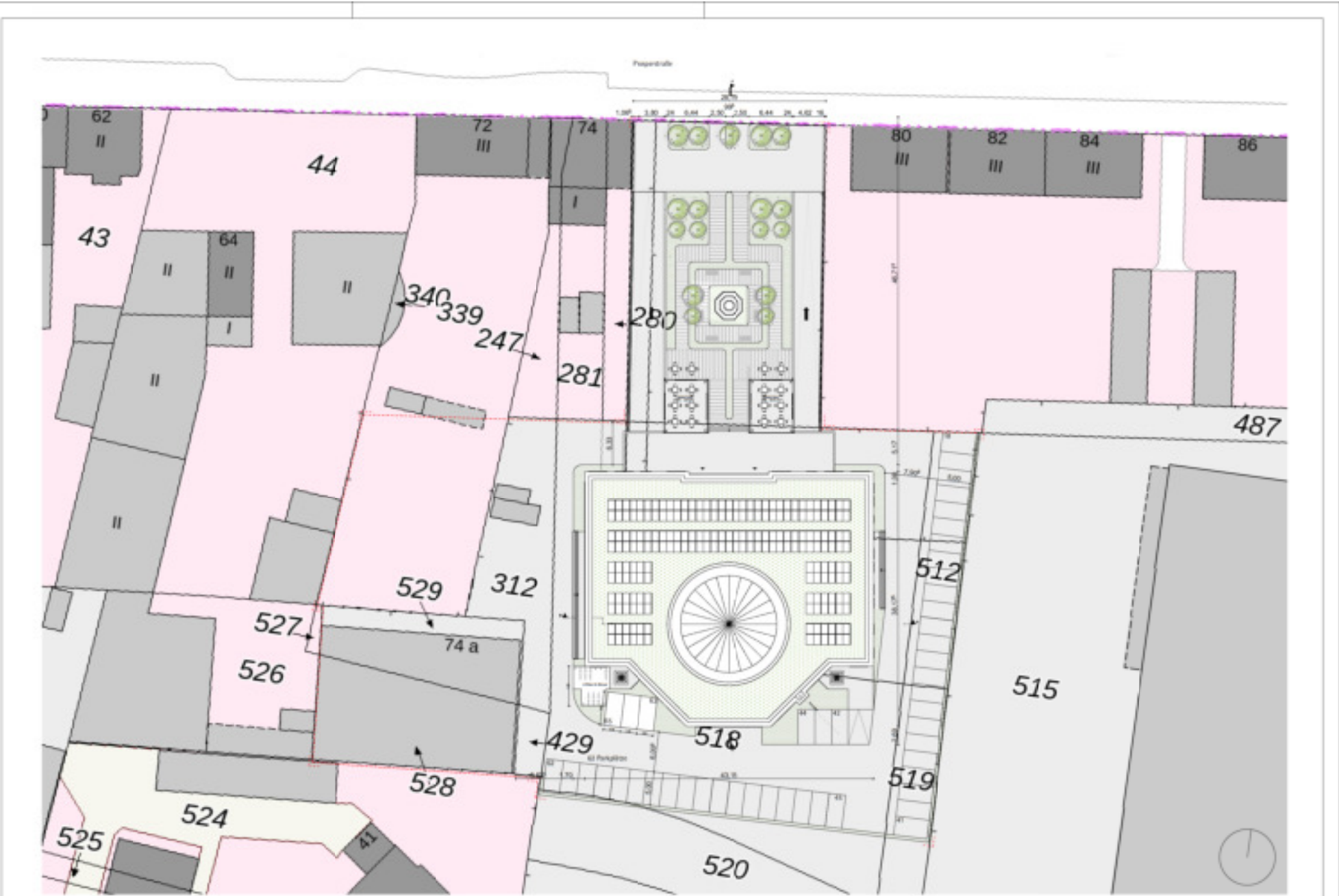
Vorstandsvorsitzender  
Ergin Kinac



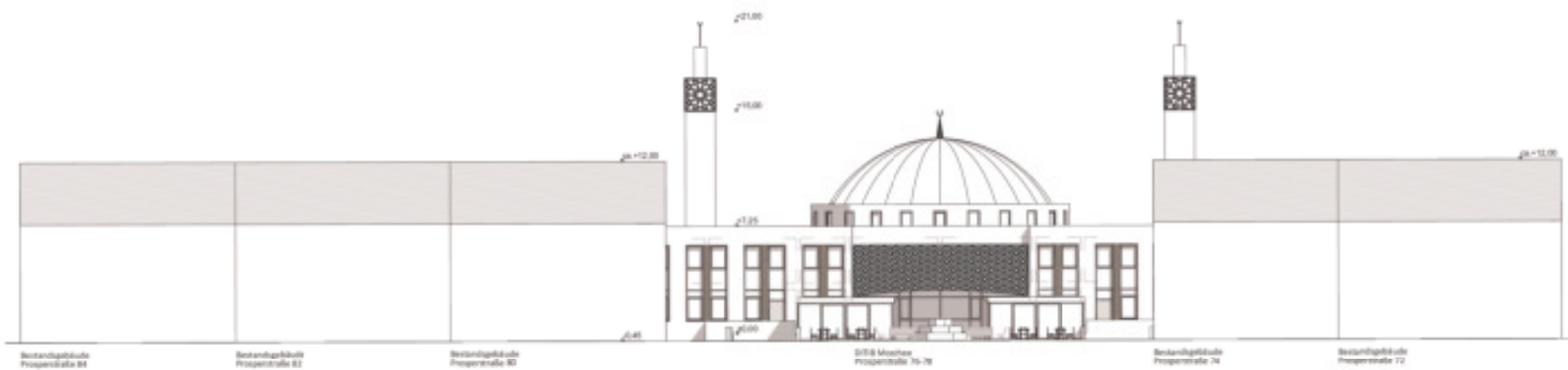
Mit freundlichen Grüßen

Stellvertretender Vorstandsvorsitzender  
Celal Yürük





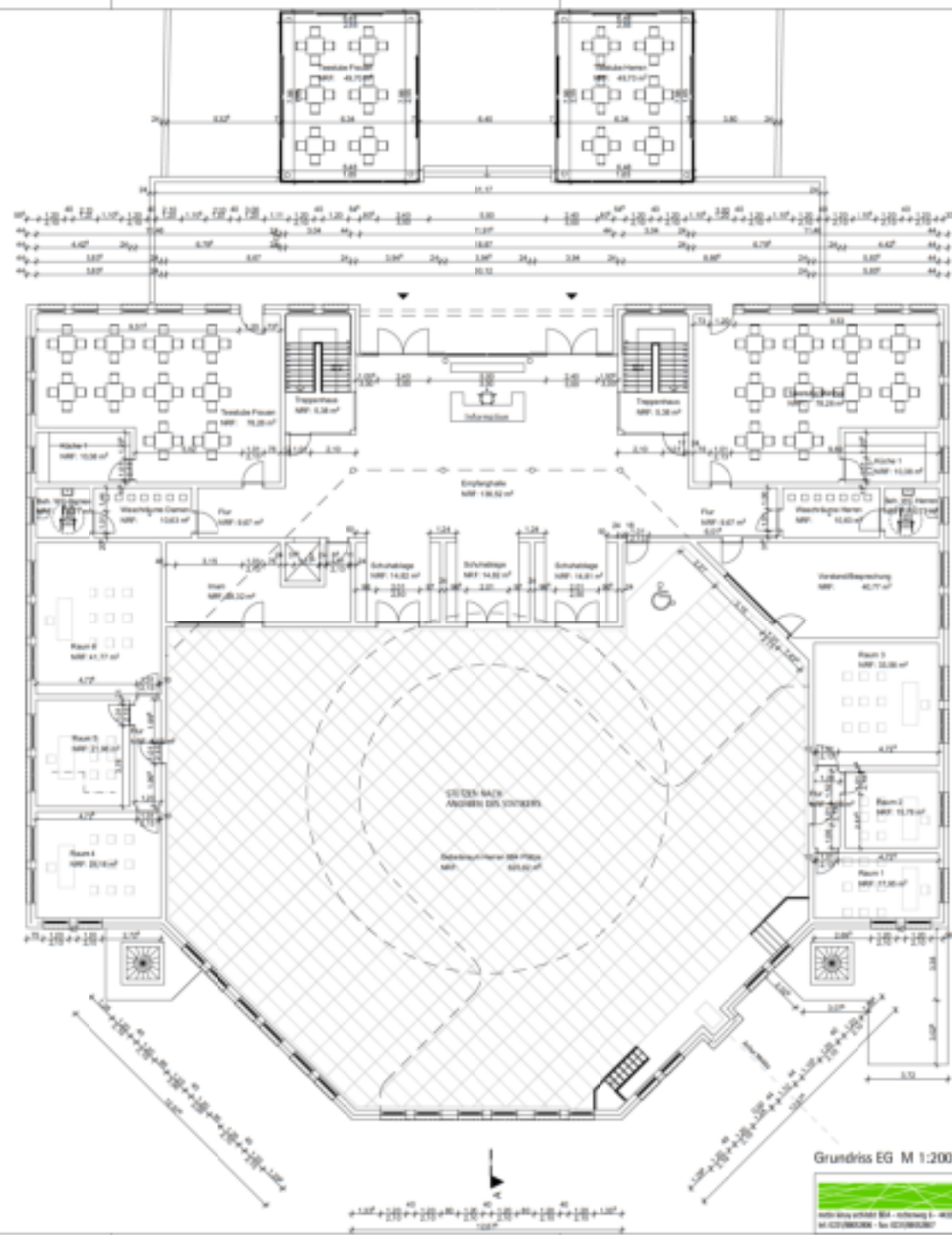
Lageplan M 1:500



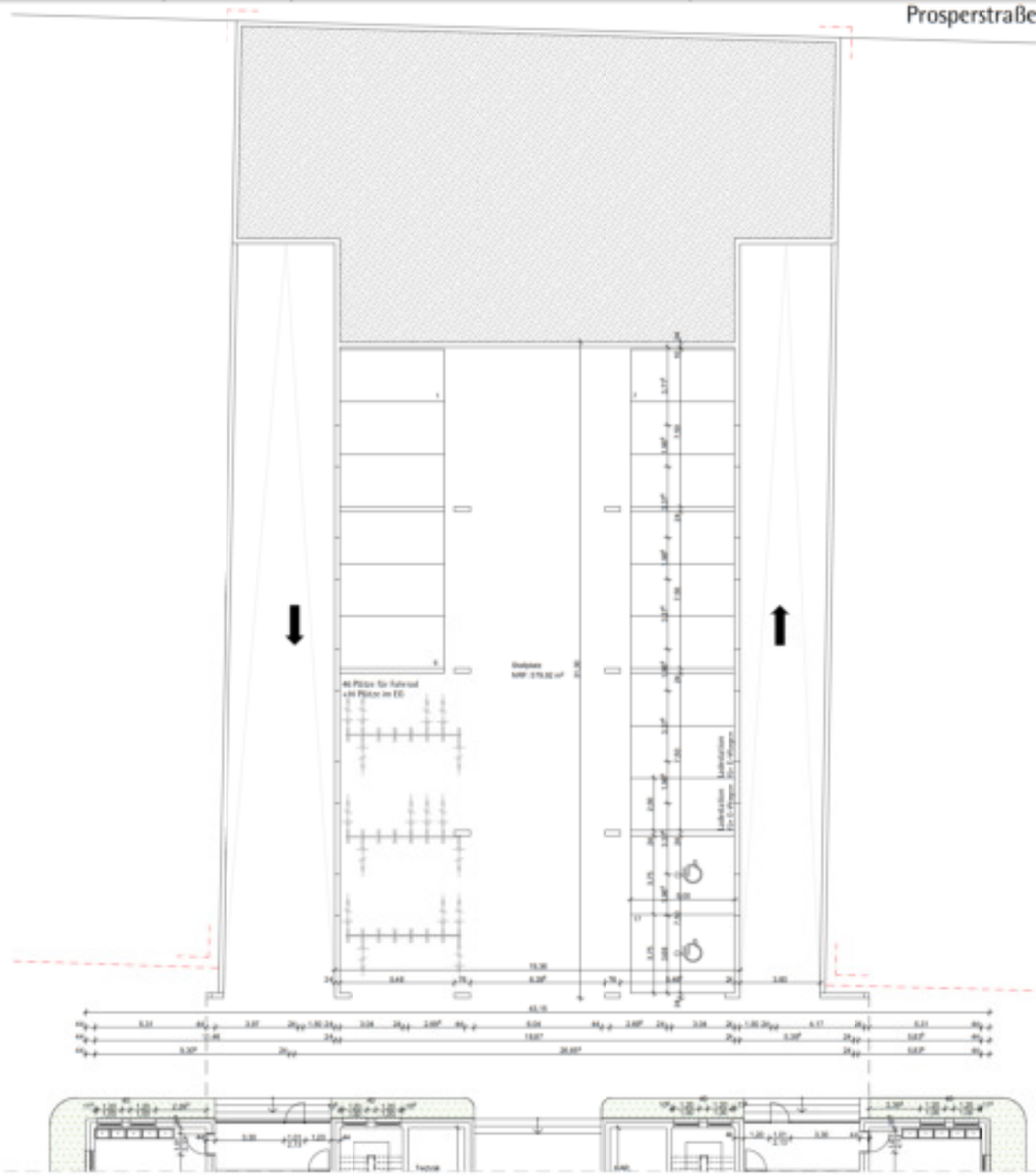
Strahlenwicklung M 1:200



Strahlenwicklung M 1:1000

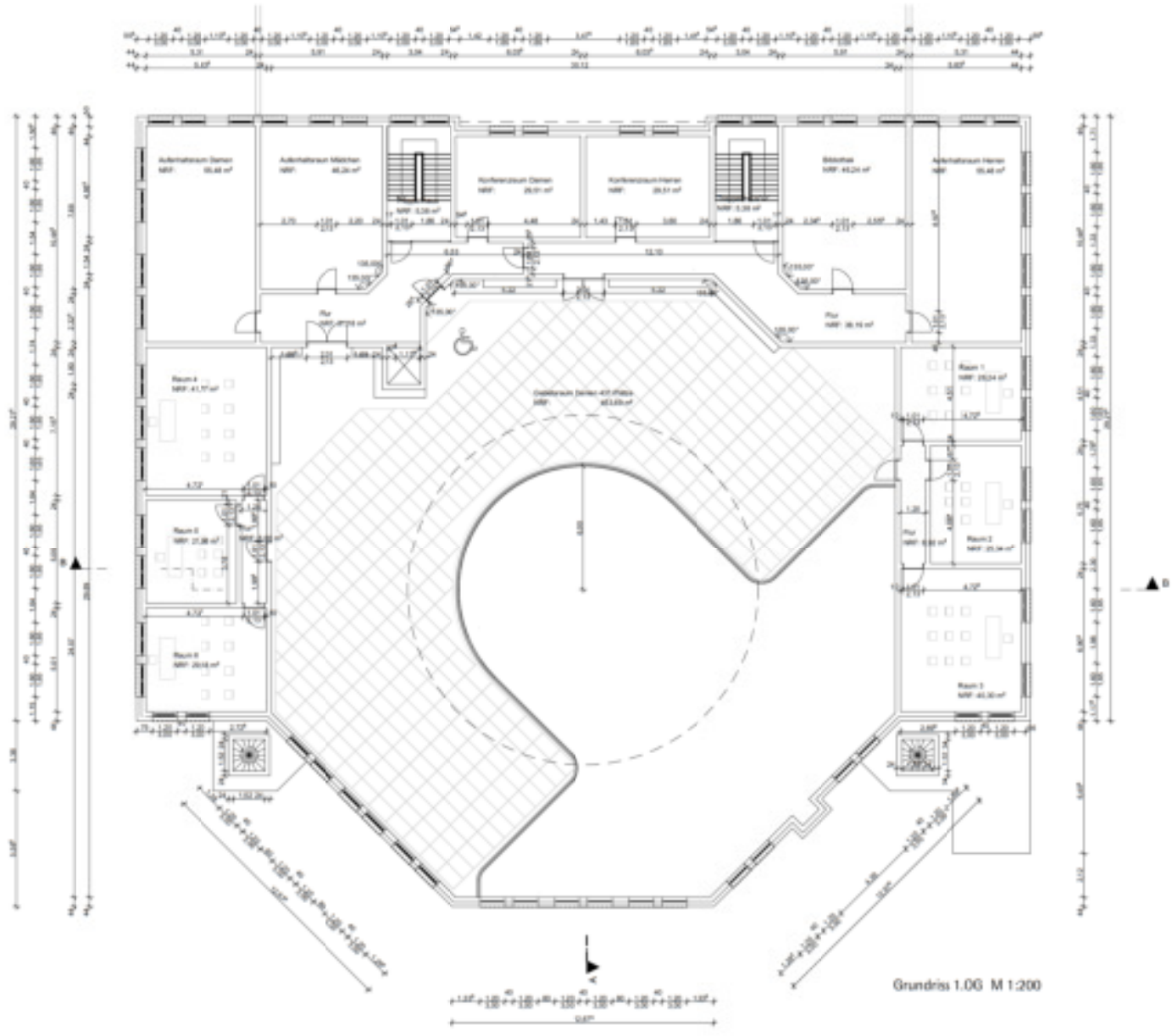




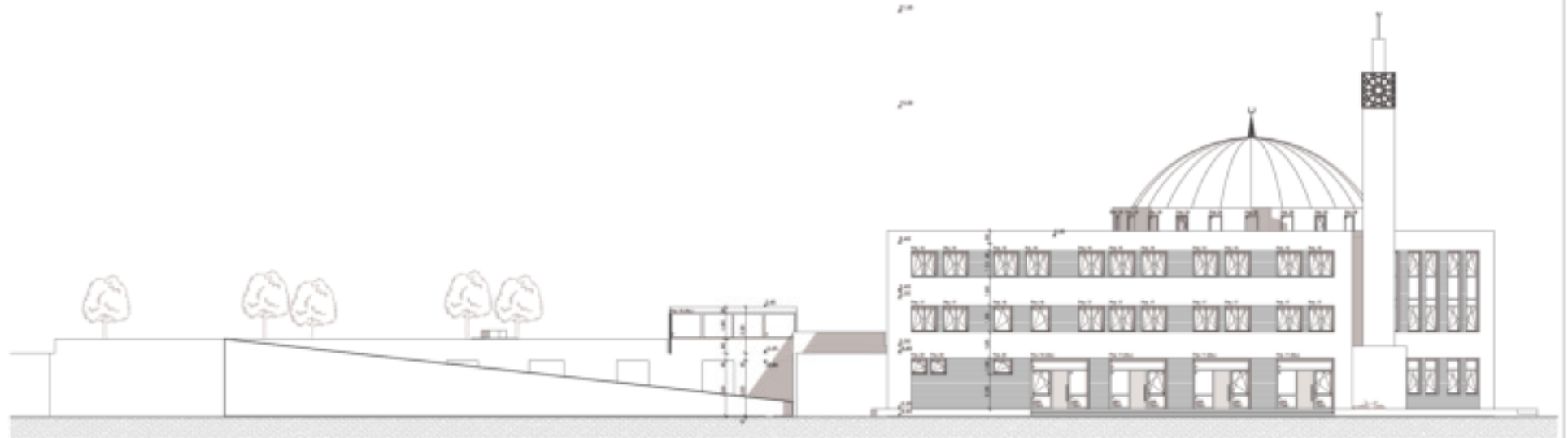


<b>kinay</b> architekten <small>Architektenbüro für Architektur und Raum</small>		
<small>10000 Prosperstraße 79-78 40225 Düsseldorf, Tel. 0210 8994347</small>		
Projekt:	2020 Kinay-Museum Prosperstraße 79-78	Projekt-Nr.: 2020-01
Location:	DEU	Arch.-Gr.: Einzelantrag
Scale:	Architect	Scale: 1:100
Architect:	Kinay	Year: 2020
Author:	Kinay	Page: 01
Client:	Kinay	Date: 03.11.2020

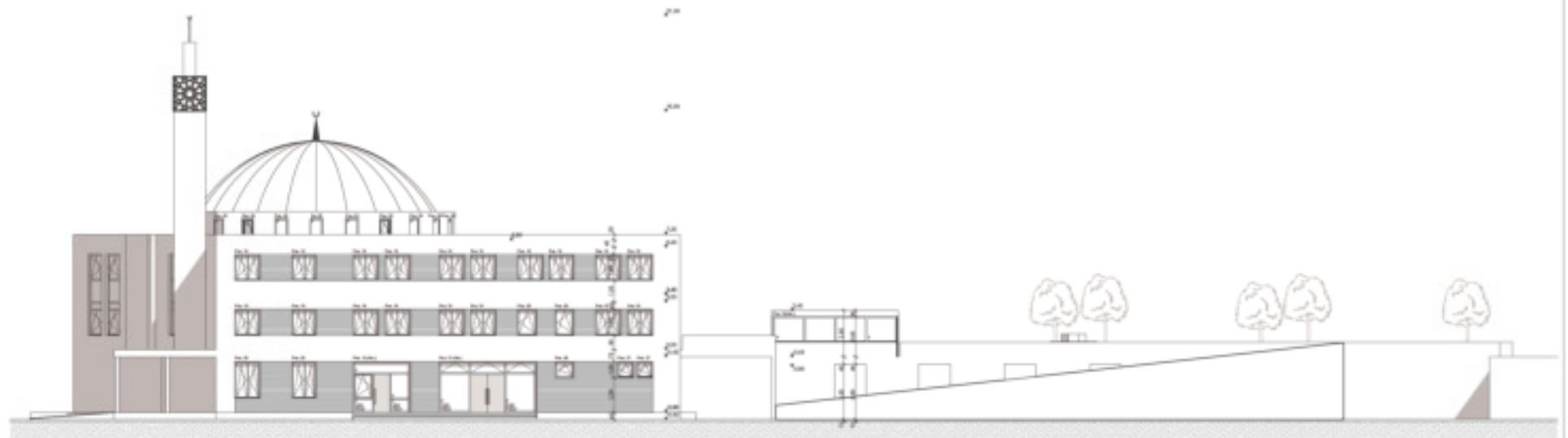
Vorabzug



Grundris 1.00 M 1:200

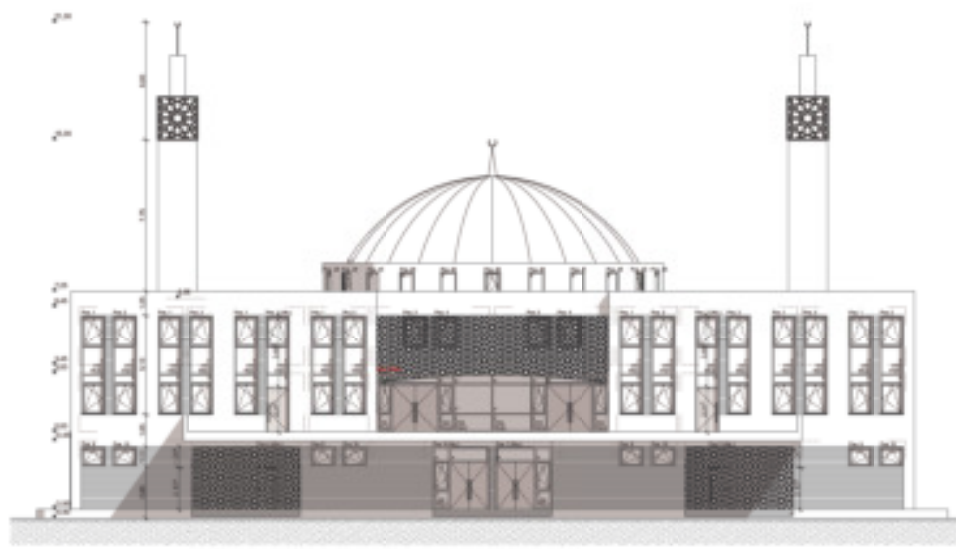


Ansicht West M 1:250



Ansicht Ost M 1:250

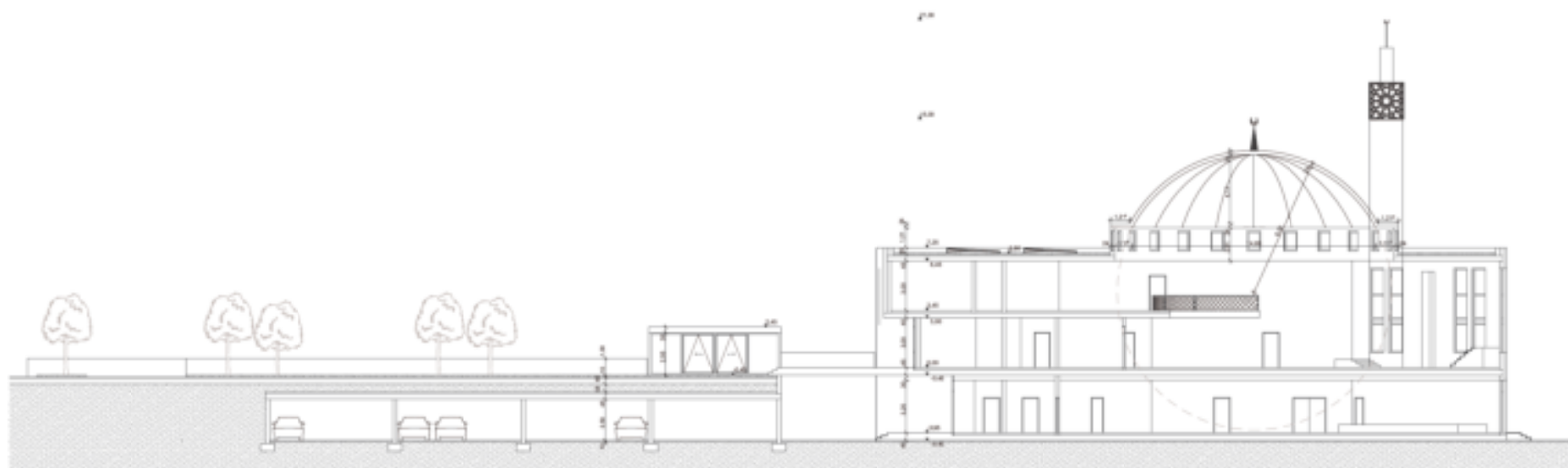




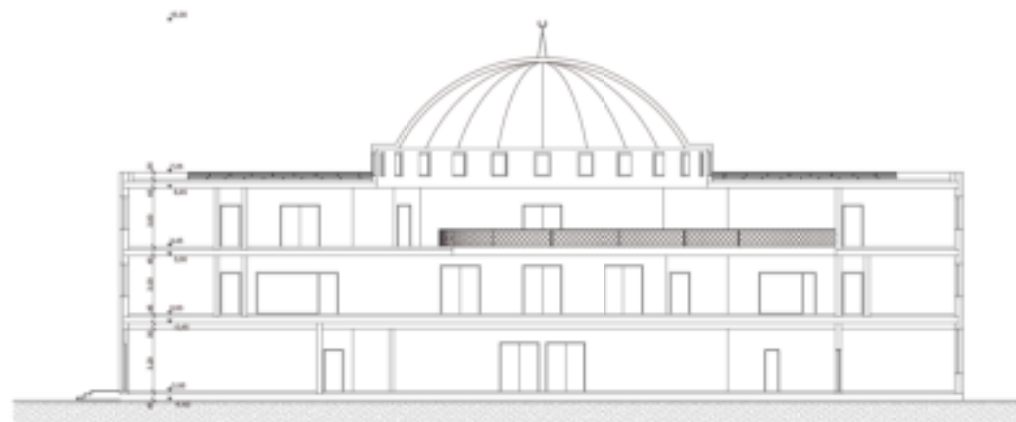
Ansicht Nord M 1:250



Ansicht Süd M 1:250



Schnitt AA M 1:250



Schnitt BB M 1:250

**Bauvorhaben:** DITIB Moschee  
 Prosperstraße 76-78, Bottrop

#### Berechnung der Nutzflächen

Nutzfläche Untergeschoss	1.243,31	m <sup>2</sup>
Nutzfläche Erdgeschoss	1.381,86	m <sup>2</sup>
Nutzfläche Obergeschoss	994,01	m <sup>2</sup>
<b>Nutzflächen insgesamt</b>	<b>3619,18</b>	<b>m<sup>2</sup></b>

#### Berechnung der Nutzflächen

<b>UG</b>	Ladenlokal 1	46,51	m <sup>2</sup>
	Ladenlokal 2	46,51	m <sup>2</sup>
	Ladenlokal 3	46,55	m <sup>2</sup>
	Technik	19,22	m <sup>2</sup>
	HAR.	19,22	m <sup>2</sup>
	WC/ Herren	37,46	m <sup>2</sup>
	WC/ Damen	37,46	m <sup>2</sup>
	Pumi	3,07	m <sup>2</sup>
	Pumi	3,07	m <sup>2</sup>
	Wäschräume Herren	22,81	m <sup>2</sup>
	Wäschräume Damen	22,81	m <sup>2</sup>
	Empfangshalle	77,63	m <sup>2</sup>
	Küche	51,33	m <sup>2</sup>
	Service	12,92	m <sup>2</sup>
	Stuhllager	17,32	m <sup>2</sup>
	Multifunktionsraum	591,71	m <sup>2</sup>
	Bühne	25,52	m <sup>2</sup>
	Beerdigungsraum	40,29	m <sup>2</sup>
	Raum 1	41,29	m <sup>2</sup>
	Raum 2	33,55	m <sup>2</sup>
	Flur 1	8,13	m <sup>2</sup>
	Flur 2	8,13	m <sup>2</sup>
	Flur 3	7,96	m <sup>2</sup>
	Treppenhaus	9,29	m <sup>2</sup>
	Treppenhaus	9,29	m <sup>2</sup>
	Lager	4,28	m <sup>2</sup>
<b>Summe Nutzfläche UG</b>	<b>1.243,31</b>	<b>m<sup>2</sup></b>	

#### Berechnung der Nutzflächen

<b>EG</b>	Teestube Männer	78,26	m <sup>2</sup>
	Teestube (Wintergarten)	49,7	m <sup>2</sup>
	Küche 1	10,38	m <sup>2</sup>
	Teestube Damen	78,26	m <sup>2</sup>
	Teestube (Wintergarten)	49,7	m <sup>2</sup>
	Küche 2	10,38	m <sup>2</sup>
	Schuhablage 1	14,81	m <sup>2</sup>
	Schuhablage 2	14,82	m <sup>2</sup>
	Schuhablage 3	14,82	m <sup>2</sup>
	Empfangshalle	136,52	m <sup>2</sup>
	Wäschräume Herren	10,63	m <sup>2</sup>
	Wäschräume Damen	10,63	m <sup>2</sup>
	Beh. WC/ Herren	5,77	m <sup>2</sup>
	Beh. WC/ Damen	5,77	m <sup>2</sup>
	Gebetsraum Herren	620,62	m <sup>2</sup>
	Imam	28,32	m <sup>2</sup>
	Raum 1	17,95	m <sup>2</sup>
	Raum 2	15,78	m <sup>2</sup>
	Raum 3	33,56	m <sup>2</sup>
	Raum 4	29,18	m <sup>2</sup>
	Raum 5	21,98	m <sup>2</sup>
	Raum 6	41,77	m <sup>2</sup>
	Vorstand/Besprechung	40,77	m <sup>2</sup>
	Flur 1	9,67	m <sup>2</sup>
	Flur 2	9,67	m <sup>2</sup>
	Flur 3	5,38	m <sup>2</sup>
	Flur 4	6,00	m <sup>2</sup>
	Treppenhaus	5,38	m <sup>2</sup>
	Treppenhaus	5,38	m <sup>2</sup>
<b>Summe Nutzfläche EG</b>	<b>1.381,86</b>	<b>m<sup>2</sup></b>	

<b>1. OG</b>	Aufenthaltsraum Herren	55,48	m <sup>2</sup>
	Aufenthaltsraum Damen	55,48	m <sup>2</sup>
	Aufenthaltsraum Mädchen	46,24	m <sup>2</sup>
	Konferenzraum Herren	29,51	m <sup>2</sup>
	Konferenzraum Damen	29,51	m <sup>2</sup>
	Bibliothek	46,24	m <sup>2</sup>
	Gebetsraum Damen	453,69	m <sup>2</sup>
	Raum 1	26,24	m <sup>2</sup>
	Raum 2	25,34	m <sup>2</sup>
	Raum 3	40,3	m <sup>2</sup>
	Raum 4	41,77	m <sup>2</sup>
	Raum 5	21,98	m <sup>2</sup>
	Raum 6	29,18	m <sup>2</sup>
	Flur 1	31,18	m <sup>2</sup>
	Flur 2	38,19	m <sup>2</sup>
	Flur 3	6,92	m <sup>2</sup>
	Flur 4	6	m <sup>2</sup>
	Treppenhaus	5,38	m <sup>2</sup>
	Treppenhaus	5,38	m <sup>2</sup>
<b>Summe Nutzfläche 1. OG</b>	<b>994,01</b>	<b>m<sup>2</sup></b>	

#### Berechnung des Volumens

<b>Volumen der Moschee</b>	16887,25	m <sup>3</sup>
<b>Volumen der Kuppel</b>	1812,78	m <sup>3</sup>
<b>Volumen der Minarette</b>	260,04	m <sup>3</sup>
<b>Volumen insgesamt</b>	<b>18960,07</b>	<b>m<sup>3</sup></b>

#### Volumen der Moschee

Gesamte Bodenfläche=1449,55 m<sup>2</sup>

Höhe=11,65 m

$$V_{moschee} = 1449,55 \text{ m}^2 \times 11,65 \text{ m} = 16887,25 \text{ m}^3$$

#### Volumen der Kuppel

$$V = \frac{1}{3} \pi r^2 (3r - h) + \pi R^2 H - \pi R^2 h'$$

r=Gesamt Kugel Radius

h=Kuppel Höhe

R=Unter Zylinder Radius

H=Unter Zylinder Höhe

$$V_{kuppel} = \frac{1}{3} \times 3,14 \times 4,65^2 \times (3 \times 8,56 \text{m} - 4,65 \text{m})$$

$$V_{kuppel} = 1427,82 \text{ m}^3$$

$$V_{zylinder} = (3,14 \times 8,7^2 \text{m} \times 1,8 \text{m}) - (3,14 \times 7,54^2 \text{m} \times 0,24 \text{m})$$

$$V_{zylinder} = 384,96 \text{ m}^3$$

$$V_{gesamt} = 1812,78 \text{ m}^3$$

#### Volumen der Minarette

$$14,77 \text{m}^2 \times 4,4 \text{m} = 64,98 \text{ m}^3 \text{ (Raum dem Minarett)}$$

$$4 \text{ m}^2 \times 15,49 \text{m} = 61,96 \text{ m}^3$$

$$0,64 \text{ m}^2 \times 4,82 \text{ m} = 3,08 \text{ m}^3$$

$$V_{minarett} = 130,02 \text{ m}^3$$

$$V_{gesamt} = 260,04 \text{ m}^3 \text{ (2 Minaretten)}$$



DiTiB MOSCHEE BOTTROP  
Prosperstraße 76-78  
23.11.2021



metin kinay architektur gda  
rechenweg 6 - 44229 Dortmund  
fon: +49 03 23 1 - 880 52 806  
fax: +49 03 23 1 - 880 52 807  
info@kinayarchitekten.de  
www.kinayarchitekten.de



DiTib MOSCHEE BOTTROP  
Prosperstraße 76-78  
23.11.2021

kinayarchitekten  
büro für architektur und form

metin kinay architekt gda  
rechenweg 6 - 44229 Dortmund  
fon: +49 03 23 1 - 880 52 806  
fax: +49 03 23 1 - 880 52 807  
info@kinayarchitekten.de  
www.kinayarchitekten.de



DiTiB MOSCHEE BOTTROP  
Prosperstraße 76-78  
23.11.2021

 kinayarchitekten  
büro für architektur und form

metin kinay architektur gmbh  
rechenweg 6 - 44139 Dortmund  
fon: +49 03 23 1 - 880 52 806  
fax: +49 03 23 1 - 880 52 807  
info@kinayarchitekten.de  
www.kinayarchitekten.de



DiTiB MOSCHEE BOTTROP  
Prosperstraße 76-78  
23.11.2021

 kinayarchitekten  
büro für architektur und form

metin kinay architektur gmbh  
rechenweg 6 - 44139 Dortmund  
fon: +49 03 23 1 - 880 52 806  
fax: +49 03 23 1 - 880 52 807  
info@kinayarchitekten.de  
www.kinayarchitekten.de



DiTiB MOSCHEE BOTTROP  
Prosperstraße 76-78  
23.11.2021

 kinayarchitekten  
büro für architektur und form

metin kinay architektur gmbh  
rechenweg 6 - 44229 Dortmund  
fon: +49 03 23 1 - 880 52 806  
fax: +49 03 23 1 - 880 52 807  
info@kinayarchitekten.de  
www.kinayarchitekten.de

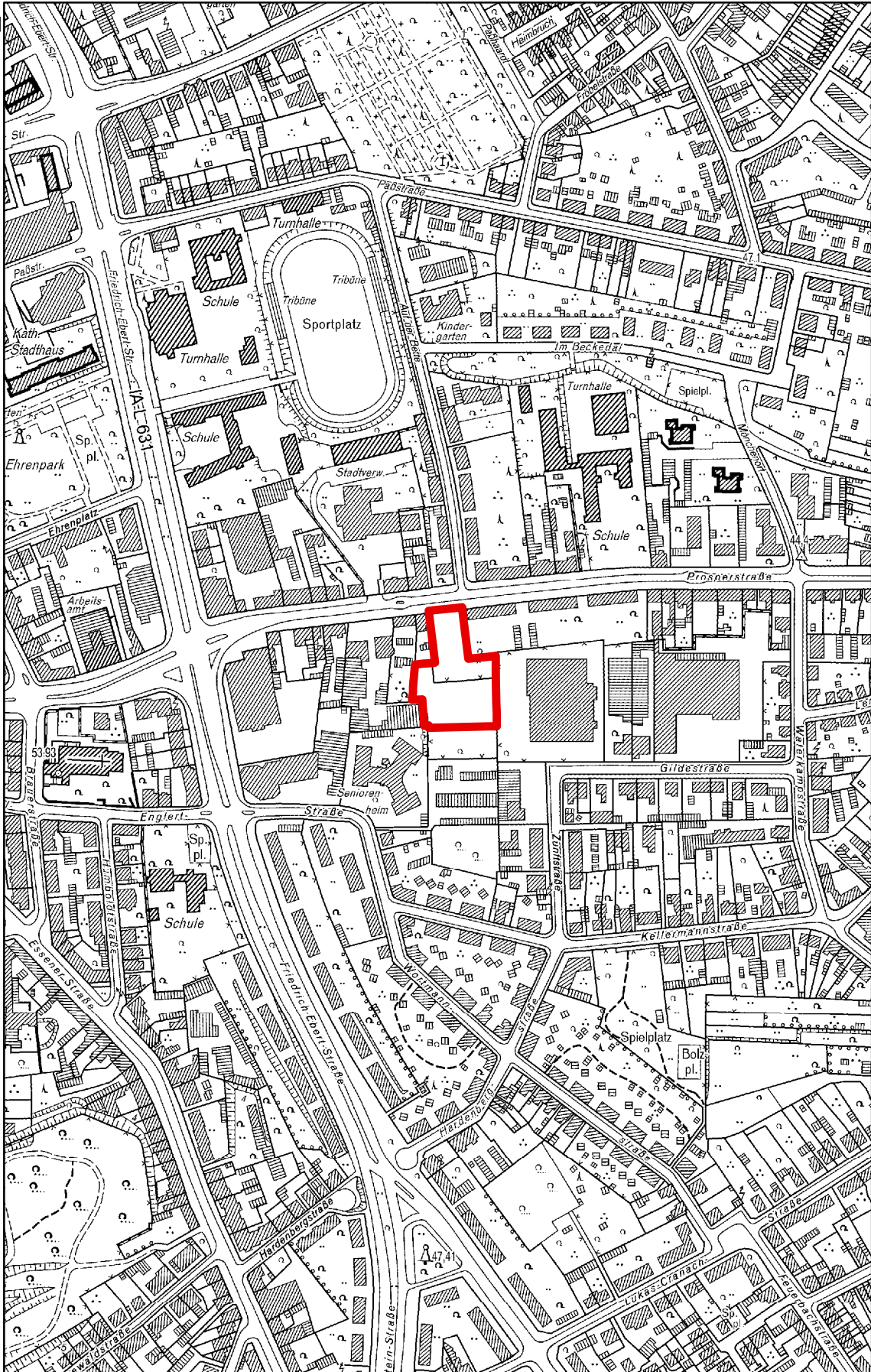




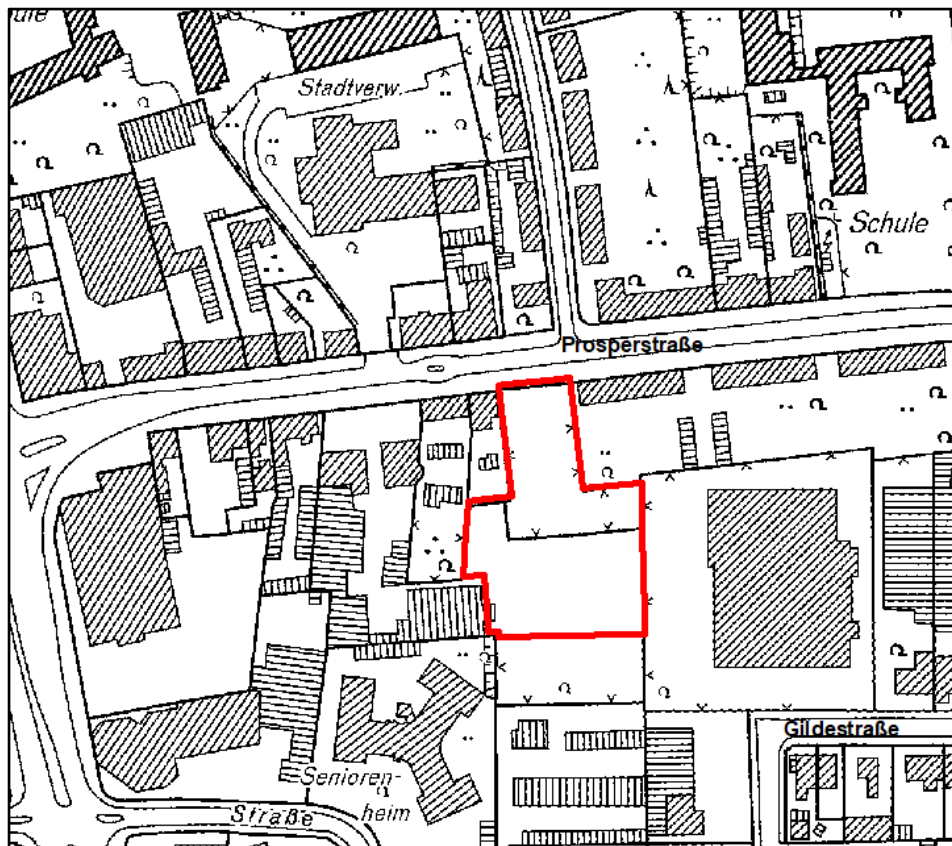
DiTiB MOSCHEE BOTTROP  
Prosperstraße 76-78  
23.11.2021

 kinayarchitekten  
büro für architektur und form

metin kinay architekt gda  
rechenweg 6 - 44229 Dortmund  
fon: +49 03 23 1 - 880 52 806  
fax: +49 03 23 1 - 880 52 807  
info@kinayarchitekten.de  
www.kinayarchitekten.de



# Bebauungsplan Nr. 5.09/17 „Moschee an der Prosperstraße“



## Erläuterungen zum Plankonzept

Stand Februar 2024

## A. Anlass und Ziele der Planung

Die Moscheegemeinde DITIB – Türkisch Islamische Gemeinde Bottrop e.V. (DITIB) mit heutigem Sitz an der Prosperstraße 162 beabsichtigt, an der Prosperstraße 74 eine neue Moschee mit Begegnungszentrum zu bauen. Die heutige Moschee mit einem zu kleinem Gebetsraum und einer unbefriedigenden Parksituation entspricht nicht den Wünschen der Gemeinde sich nach außen zu öffnen und mit einem einladenden Gebetshaus auch innerhalb der Stadt als Gemeindezentrum wahrgenommen zu werden.

Mit Schreiben vom 27.02.2023 stellte die DITIB einen Antrag auf Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens. Mit dem Neubau möchte die DITIB ein neues Gotteshaus schaffen, welches ausreichend Platz für alle Gemeindeglieder zum Gebet bietet. Die Planungen sehen ein Gebetshaus mit Begegnungszentrum, Veranstaltungssaal und drei kleinen Ladenlokalen vor.

Erste Überlegungen dazu gab es bereits vor mehr als 10 Jahren. Die Planungen sind konkretisiert worden und wurden der Politik und der Öffentlichkeit in der Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung und Umweltschutz am 29.08.2023 durch Vertreter der Moscheegemeinde erläutert.

Das Plangebiet liegt im Geltungsbereich des rechtskräftigen Bebauungsplanes Nr. 5.09/3 „Gildestraße / Zunftstraße“, der an der Prosperstraße Flächen als Mischgebiet und im rückwärtigen Bereich Flächen als Gewerbegebiet ausweist. Von der Art der Nutzung her wäre eine Moschee im Mischgebiet allgemein und im Gewerbegebiet ausnahmsweise zulässig. Allerdings ist es aus Sicht der Verwaltung angezeigt, einen neuen Bebauungsplan aufzustellen. Zum einen, um städtebauliche Fragestellungen wie z.B. die bauliche Höhenentwicklung oder die verkehrliche Erschließung zu klären und zum anderen, um der Öffentlichkeit die Gelegenheit zu geben, sich in die Planungen einzubringen.

## B. Räumlicher Geltungsbereich

Das Plangebiet liegt im südöstlichen Randbereich der Innenstadt, südlich der Prosperstraße, westlich der Waterkampstraße und östlich der Friedrich-Ebert-Straße. Das Plangebiet umfasst die Flurstücke 312, 429, 446, 511, 512, 548 und 550 in Flur 55 der Gemarkung Bottrop. Der Geltungsbereich ist im folgenden Übersichtsplan gekennzeichnet.



- durch den Bebauungsplan keine Zulässigkeit von Vorhaben begründet wird, die einer Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) nach dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) oder nach dem Landesrecht unterliegt.

Der Geltungsbereich des Bebauungsplans hat eine Größe von insgesamt ca. 5.200 m<sup>2</sup> und bleibt damit deutlich unterhalb des für die zulässige Grundfläche geltenden Schwellenwertes von 20.000 m<sup>2</sup>.

Schutzgebiete gemäß § 1 (6) Nr. 7b BauGB sind im Plangebiet und seinem näheren Umfeld nicht vorhanden und werden daher nicht beeinträchtigt.

Im beschleunigten Verfahren gelten nach § 13a (2) Nr. 1 BauGB die Vorschriften des vereinfachten Verfahrens nach § 13 (2) und (3) Satz 1 BauGB entsprechend. Im vereinfachten Verfahren wird von der Umweltprüfung nach § 2 (4) BauGB, dem Umweltbericht nach § 2a BauGB und von der Angabe nach § 3 (2) Satz 2 BauGB, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind sowie von der Durchführung eines Monitorings nach § 4c BauGB abgesehen.

Allerdings müssen die Umweltbelange im Verfahren selbstverständlich ermittelt und berücksichtigt werden – auch wenn von einer *formalen* Umweltprüfung abgesehen wird.

Im beschleunigten Verfahren besteht die Möglichkeit, von der *frühzeitigen Beteiligung* der Öffentlichkeit, der betroffenen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange abzusehen. Von dieser Möglichkeit, wird im vorliegenden Fall allerdings kein Gebrauch gemacht, da die Öffentlichkeit sowie die Behörden möglichst früh in den Planungsprozess einbezogen werden sollen. Eine frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 (1) BauGB sowie eine frühzeitige Beteiligung von betroffenen Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange gemäß § 4 (1) BauGB werden daher durchgeführt.

## D. Planungsrechtliche Situation

### 1. Landes- und Regionalplanung

#### *Regionalplan Münster – Teilabschnitt Emscher Lippe*

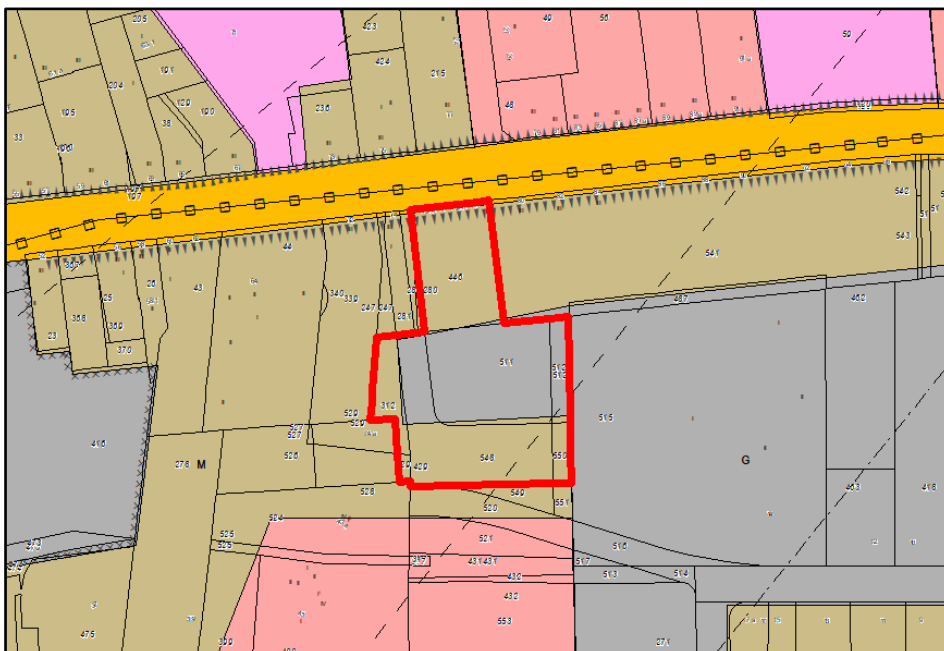
Der Regionalplan Münster, Teilabschnitt Emscher Lippe legt Bereich des Plangebiets als allgemeinen Siedlungsbereich (ASB) fest.

#### *Entwurf des Regionalplans Ruhr*

Im Entwurf des neuen Regionalplans Ruhr ist das Plangebiet ebenfalls als allgemeiner Siedlungsbereich (ASB) festgelegt.

### 2. Flächennutzungsplan

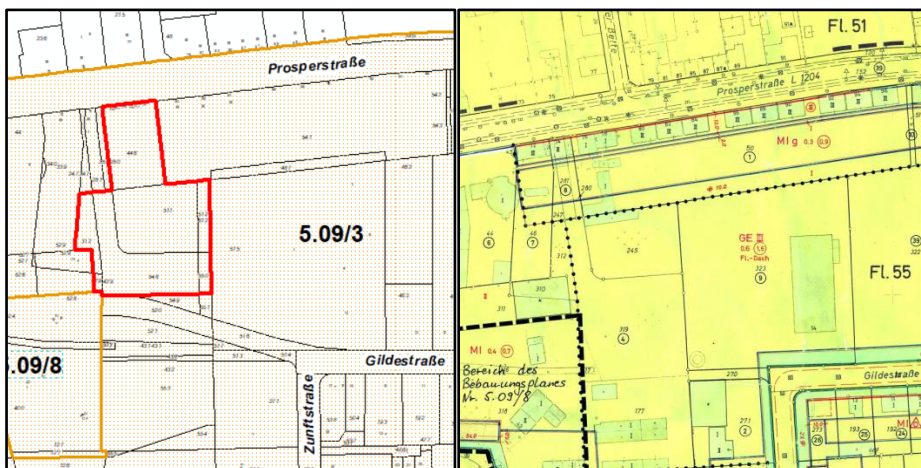
Wie der nachstehende Auszug zeigt, stellt der Flächennutzungsplan (FNP) das Plangebiet hauptsächlich als gemischte Baufläche dar. Im rückwärtigen Teil, im Bereich der Flurstücke 511 und 512 sowie einem Teil des Flurstückes 548, ist eine gewerbliche Baufläche dargestellt.



Ziel des Bebauungsplans ist die Ausweisung einer Fläche für den Gemeinbedarf. Die Festsetzungen des Bebauungsplanes könnten grundsätzlich aus den Darstellungen des Flächennutzungsplans entwickelt werden. Allerdings wird der Bebauungsplan nach § 13a BauGB aufgestellt. Daher ist es vorgesehen, den Flächennutzungsplan nach Abschluss des Bebauungsplanverfahrens über den Weg der Berichtigung anzupassen.

## 1. Bebauungsplan

Das Plangebiet liegt im Geltungsbereich des rechtskräftigen Bebauungsplans Nr. 5.09/3 für den Bereich Prosperstraße, Waterkampstraße, Kellermannstraße, Wortmannstraße und Marienstraße. Der Bereich an der Prosperstraße ist als Mischgebiet festgesetzt (drei Vollgeschosse, GRZ 0,3, GFZ 0,9 und geschlossene Bauweise). Der rückwärtige Bereich ist als Gewerbefläche ausgewiesen (maximal drei Vollgeschosse, GRZ 0,6 und GFZ 1,6).



Die bisher geltenden städtebaurechtlichen Regelungen des rechtskräftigen Bebauungsplans Nr. 5.09/3 werden durch die Festsetzungen des aufzustellenden Bebauungsplans Nr. 5.09/17 ersetzt.

## 3. Landschaftsplan

Der Geltungsbereich des Bebauungsplans liegt außerhalb der Grenzen des Landschaftsplanes.

## 4. Umweltschutzplan

Der Umweltschutzplan stellt den Bereich des Bebauungsplans in seiner Gesamtzielkarte als Gewerbe- und Industriefläche dar, bei der eine Vermeidung von Lärm- und Luftemissionen zu berücksichtigen ist. Als Ziel für den Klimaschutz und der Lufthygiene definiert der Umweltschutzplan für die Flächen die Durchführung von Entsiegelungs- und Begrünungsmaßnahmen.

Die Flächen weisen derzeit einen hohen Versiegelungsgrad auf, da sie überwiegend als versiegelte Parkplatzflächen genutzt werden oder teilweise überbaut sind. Die Planungen der Moschee sehen begrünte Außenbereiche mit Baumpflanzungen und Wasserflächen vor. Zudem ist die



Begrünung von Dachflächen geplant. Im weiteren Bauleitplanverfahren sind die Umweltbelange (z.B. Artenschutz und Klima) zu ermitteln und darzustellen.

## 5. Klimaanalyse

Die Klimaanalysekarte des Regionalverbands Ruhr kennzeichnet das Plangebiet als Gewerbeklima. Dieses Klimatop ist definiert durch eine hohe Versiegelung und starke sommerliche Aufheizung. Zudem ist es relativ trocken und durch Emissionen von Lärm und Schadstoffen belastet.

Die Klimaanalyse gibt für diese Bereiche die Planungshinweise, Belüftungsbahnen freizuhalten sowie Frei-, Lager- und Parkplatzflächen zu entsiegeln und zu begrünen. Gehölz- und Baumreihen sollen an Straßen und Grundstücksgrenzen aufgebaut werden und insbesondere im Übergangsbereich zu Wohnbebauung sind Immissionsschutzpflanzungen vorgesehen werden. Emissionen und Verkehr sind zu reduzieren.

In der Planung sind begrünte Außenbereichsflächen mit Baumpflanzungen und Wasserflächen vorgesehen sowie die Begrünung von Dachflächen. Dies stellt einer Verbesserung im Vergleich zum derzeitigen Versiegelungsgrad der Flächen dar und die Maßnahmen haben positive Auswirkungen auf das Mikroklima vor Ort. Im weiteren Bauleitplanverfahren sind die Klimabelange aufgrund der beschriebenen Aussagen der Klimaanalyse zu ermitteln und darzustellen.

## E. Beschreibung des Bestands

### 1. Städtebauliche Situation

Das Plangebiet liegt südöstlich der Innenstadt. Das Umfeld ist geprägt durch eine Mischung von gewerblichen Nutzungen und Handel, sozialen Einrichtungen sowie Wohnbebauung. Entlang der Prosperstraße verlaufen beidseitig vorwiegend 3-geschossige Wohngebäude mit Satteldach. Im hinteren Bereich des Quartiers, erschlossen von der Gildestraße, finden sich großflächiger Einzelhandel und Gewerbebetriebe mit Flachdächern. Westlich des Plangebiets sind kleinräumigere Handels- und Dienstleistungsbetriebe, sowie ein Fitnessstudio und ein Autohaus angesiedelt. Ein viergeschossiger Gebäudekomplex in Sternform, in dem ein Seniorenheim untergebraucht ist, grenzt im Südwesten an das Plangebiet.

In dem gegenüberliegenden Quartier, auf der anderen Seite der Prosperstraße, finden sich weitere Wohngebäude, Schulen, interkulturelle Einrichtungen, Geschäfts- und Handelsgebäude sowie Verwaltungsgebäude in unterschiedlicher Geschossigkeit und Bauform.

Das Luftbild aus dem Jahr 2019 vermittelt einen Eindruck des Plangebiets und seiner Umgebung.



## F. Städtebauliche Konzeption

Im rückwärtigen Teil des Geländes ist ein barrierefreier Baukörper mit Kuppel und zwei Minaretten geplant. Die Moschee wird von der Prosperstraße aus erschlossen. Vorgesehen sind zwei Vollgeschosse und ein Untergeschoss.

Durch die abschüssige Geländebeschaffenheit liegt der hintere Teil des Plangebietes tiefer und die Moschee würde sich von der Prosperstraße als zweigeschossiges Gebäude darstellen, da der Vorplatz eine direkte Verbindung zum Erdgeschoss schafft. Der Vorplatz soll mit einer Grünanlage und einem Brunnen gestaltet werden. Seitlich vom Vorplatz ist die Zu- und Abfahrt zum Untergeschoss und den Parkplätzen geplant. Insgesamt sind 65 Stellplätze geplant, wovon 2 Behindertenparkplätze darstellen. Des Weiteren sind 56 Stellplätze für Fahrräder vorgesehen.



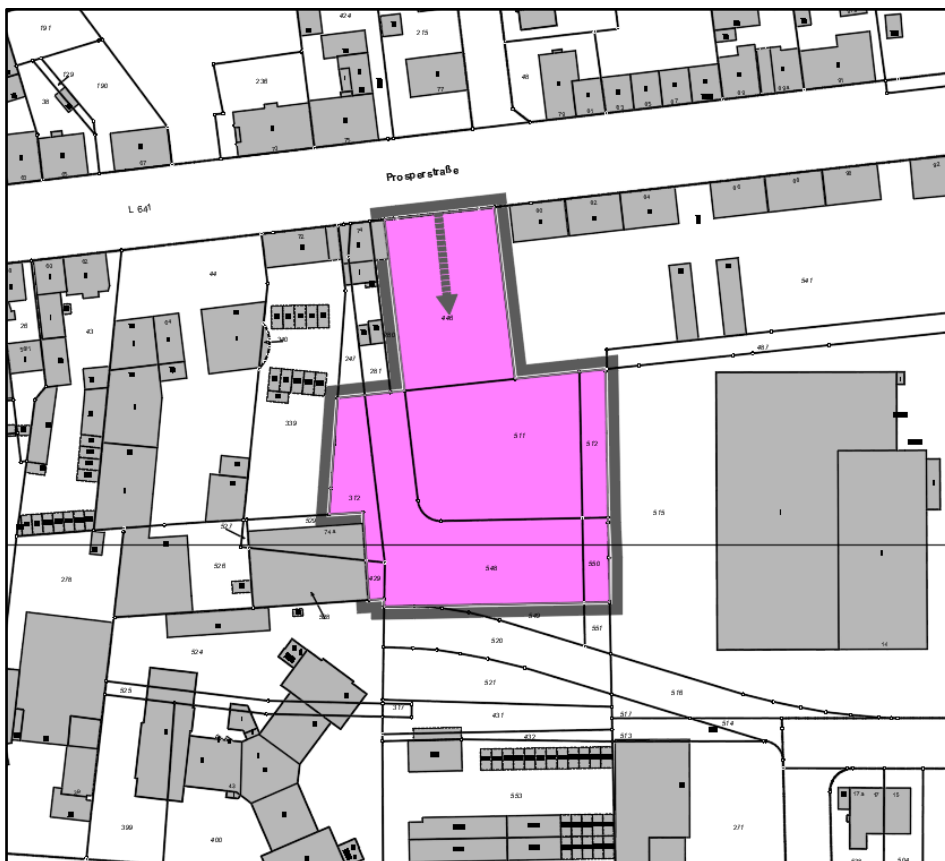
Das zentrale Element der Moschee bildet der Gebetsraum, der unter der Kuppel geplant ist. Über den Hauptzugang sollen die Besucher in den Vorraum gelangen, von dem die Gebetsräume der Männer und Frauen (1. OG) erreicht werden können. Ein Aufzug soll alle Ebenen barrierefrei erreichbar machen. Es wird mit einer täglichen Besucheranzahl von 50 bis 100 Personen gerechnet.

Im Untergeschoss sind die rituellen Waschräume und ein Saal für Veranstaltungen, Vereinstreffen und kulturelle Zusammenkünfte geplant. Der Saal soll maximal 199 Sitzplätze fassen. Zudem sind drei kleine Ladenlokale (max. 30 – 50 m<sup>2</sup>) im Untergeschoss angedacht, die z.B. einem Bäcker, Schneider und Friseur Platz bieten könnten und von außen zugänglich wären. Des Weiteren ist ein Café / Teestube vorgesehen.



Das Flachdach der Moschee soll extensiv begrünt und mit einer PV-Anlage versehen werden. Neben der Kuppel gehören auch die Minarette zum Stilmittel der Moscheearchitektur. Aus Gründen der Bausymmetrie wurden zwei Minarette geplant., die eine Höhe von ca. 21 m erreichen sollen. Die Außenhaut des Gebäudes soll mit einer gedämmten Putzfassade realisiert werden, die durch Naturstein- und Klinkerelementen aufgelockert und gegliedert werden soll. Das Gebäude soll nach der aktuellen Energieeinsparverordnung der Bundesregierung (EnEV) errichtet werden.

Die nachfolgende Abbildung zeigt das Plankonzept. Dieses sieht die Festsetzung einer Fläche für den Gemeinbedarf vor, wodurch die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die zuvor beschriebenen Planungen geschaffen werden sollen. Eine weitere Konkretisierung der Festsetzung erfolgt im Rahmen des weiteren Bebauungsplanverfahrens.



## G. Umweltbelange

Der Bebauungsplan wird im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB aufgestellt. Im beschleunigten Verfahren wird auf die Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 (4) BauGB und die Erstellung eines

Umweltberichtes nach § 2a BauGB verzichtet. Gemäß § 13a (2) Nr.4 BauGB gelten Eingriffe, die aufgrund der Aufstellung des Bebauungsplans zu erwarten sind, als im Sinne des § 1a (3) Satz 5 BauGB als vor der planerischen Entscheidung erfolgt oder zulässig. Ein Ausgleich ist daher nicht erforderlich.

Unabhängig von der Durchführung einer formalen Umweltprüfung sind aber in jedem Falle die Umweltbelange zu ermitteln und darzustellen. Dies sind im vorliegenden Fall beispielsweise:

- Belange des Lärmschutzes wegen der angrenzenden Wohnnutzungen,
- Klimabelange wegen der weiter oben beschriebenen Aussagen der Klimaanalyse und
- Artenschutzbelange.

## H. Bodenordnung

Bodenordnerische Maßnahmen sind nicht erforderlich.

## I. Planungsstatistik

Größe des Plangebietes	ca.	5,2 ha
davon:		
Fläche von den Gemeinbedarf	ca.	5,2 ha

## J. Weitere Verfahrensschritte

Nach dem Aufstellungsbeschluss erfolgt als nächster Verfahrensschritt die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit (§ 3 (1) BauGB) sowie die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (§ 4 (1) BauGB).

Die Öffentlichkeit wird über eine 14-tägige Auslegung der Planunterlagen informiert. Den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange werden die Planunterlagen mit der Bitte um Stellungnahme zugesandt.

Anschließend wird der Vorentwurf für den Bebauungsplan erarbeitet. Hierfür werden die bis dahin eingegangenen Stellungnahmen ausgewertet und alle erforderlichen Fachgutachten angefertigt. Nach einer weiteren Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (§ 4 (2) BauGB) wird der Entwurf für den Bebauungsplan erstellt und den politischen Gremien zur Billigung vorgelegt. Die politischen Gremien beschließen die öffentliche Auslegung des Entwurfs.

Während der öffentlichen Auslegung (§ 3 (2) BauGB) besteht für die Öffentlichkeit die Gelegenheit, sich den Bebauungsplanentwurf anzusehen und dazu Stellung zu nehmen.

Alle eingegangenen Stellungnahmen werden dem Rat der Stadt schließlich – versehen mit einem Vorschlag der Verwaltung – zur Abwägung vorgelegt. Der Rat entscheidet im Rahmen einer Abwägung aller öffentlichen und privaten Belange jeweils über eine Berücksichtigung bzw. Zurückweisung der Stellungnahmen und beschließt den Bebauungsplan als Satzung.

Mit der Bekanntmachung des Satzungsbeschlusses im Stadtspiegel wird der Bebauungsplan wirksam.

**Nachhaltigkeits-Check für Beschlussvorlagen des Rates und der Ausschüsse der Stadt Bottrop auf Basis der Vision Zukunftsstadt 2030+**

Einschätzung der Verwaltung, ob die vorliegende Beschlussvorlage einen "stark fördernden", "leicht fördernden", keinen aussagefähigen, einen "leicht hemmenden" oder "stark hemmenden" Effekt für die Umsetzung der Handlungsfelder und der Ziele der Vision Zukunftsstadt 2030+ hat.

Beschlussvorlage Nr.

**Bebauungsplan Nr. 5.09/17 „Moschee an der Prosperstraße“**

stark fördernd	leicht fördernd	keine Aussage möglich	leicht hemmend	stark hemmend	<b>Begründung</b> bitte in Stichpunkten die wesentlichen Gründe nennen, die zur Einschätzung führen (s. auch Anlage: Erklärung der Kategorien)
++	+	o	-	--	
bitte entsprechend eintragen					

<b>1 Ökologisches Bottrop</b>		
1.1 Grüne und blaue Infrastrukturen sichern und stärken	o	
1.2 Klima schützen, Klimaresilienz (Widerstandsfähigkeit) erhöhen	+	leichte Entsiegelung durch begrünem Vorplatz und Dachbegrünung
1.3 Ökologische Mobilität und Erreichbarkeit ermöglichen, fördern und ausbauen	o	
1.4 Natürliche Lebensgrundlagen, Artenvielfalt und Biodiversität bewahren und fördern	o	
<b>2 Soziales Bottrop</b>		
2.1 Wohnen und Versorgung aller Bevölkerungsgruppen sichern	++	Entstehung eines interkulturellen Begegnungszentrum und Schaffung einer Moschee für den Stadtteil
2.2 einzigartige Quartiere und Stadtteile stärken	+	Stärkung von Identifikation und Zugehörigkeit zum Stadtteil
2.3 Teilhabe und sozialen Ausgleich für alle Bevölkerungsgruppen ermöglichen	++	Begegnungszentrum für Menschen verschiedener Religionen und Kulturen
2.4 Sicher und gesund leben	o	
<b>3 Ökonomisches Bottrop</b>		
3.1 Finanzen und Haushalt nachhaltig generieren und einsetzen	o	
3.2 Innovation und Digitalisierung fördern	o	
3.3 Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort nachhaltig stärken	o	
3.4 Ressourcenschonend, sozial und ökologisch wirtschaften	o	

**Zusammenfassung**

	Ökologisches Bottrop	Soziales Bottrop	Ökonomisches Bottrop
stark fördernd (++)	0	4	0
leicht fördernd (+)	1	1	0
kein Aussage möglich (o)	0	0	0
leicht hemmend (-)	0	0	0
stark hemmend (--)	0	0	0
<b>Bilanz</b>	<b>1</b>	<b>5</b>	<b>0</b>

**Hinweis:** Die Dimensionen erhalten für die Anzahl der

Einschätzungen jeweils folgende Werte:

stark fördernd (++) = 2, leicht fördernd (+) = 1,

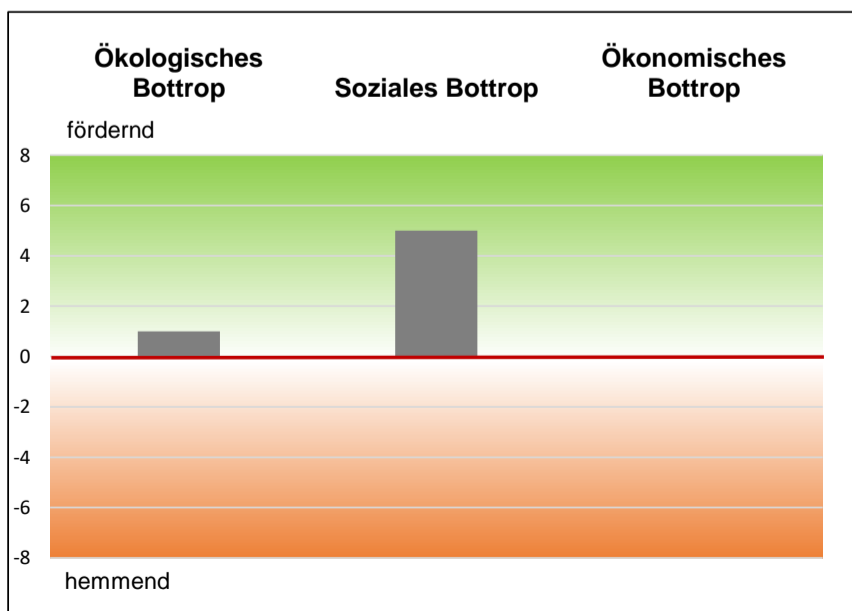
kein Aussage möglich (o) = 0

leicht hemmend (-) = -1, stark hemmend (-- ) = -2

Die Bilanz ergibt sich durch die Summe der einzelnen Werte. Die

beste Wertung für eine Dimension ist 8, die schlechteste Wertung

beträgt -8.







Datum

11.01.2024

Drucksache Nr.

**2024/0007**

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Zuständigkeit
Bezirksvertretung Bottrop-Kirchhellen	19.02.2024	Kenntnisnahme
Bau- und Verkehrsausschuss	22.02.2024	Kenntnisnahme
Bezirksvertretung Bottrop-Süd	07.03.2024	Kenntnisnahme
Bezirksvertretung Bottrop-Mitte	11.04.2024	Kenntnisnahme

## Betreff

### Umlaufsperrn

**hier: Sachstandsbericht zum Um- und Rückbau von Sperrelementen im Bottroper Stadtgebiet**

## Beschlussvorschlag

Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

## Finanzielle Auswirkungen

Finanzielle Auswirkungen: nein

Haushalt im Jahr:

Produkt und Sachkonto:

Art der Ausgabe:

Bedarf:

Haushaltsansatz:

zusätzliche Einnahmen:

einmalige Belastung:

jährliche Folgekosten:

Erläuterungen zu den finanziellen Auswirkungen:

## Problembeschreibung / Begründung

Laut den Empfehlungen für Radverkehrsanlagen (ERA) der FGSV ist das Freihalten des lichten Raumes für die Verkehrssicherheit des Radverkehrs von grundlegender Bedeutung. Sperrelemente bilden jedoch nicht nur für den Radverkehr Barrieren und Gefahren, sondern können auch Rollstuhlfahrer, Menschen mit Rollator oder Kinderwagen behindern.

Das Einbringen von Sperrelementen wie Umlaufsperrern, Sperrpfosten, Schranken etc. ist gemäß ERA „nur gerechtfertigt, wenn der angestrebte Zweck mit anderen Mitteln nicht erreichbar ist und die Folgen des Verzichtes die Nachteile für die Radverkehrssicherheit übertreffen:

- Poller sind unzulässig, wo Verkehrsteilnehmer gefährdet oder der Verkehr erschwert werden kann. Sie müssen nachts und bei schlechten Sichtverhältnissen ausreichend erkennbar sein.
- Für in Gruppen fahrende Radfahrer stellen Sperrpfosten und andere niedrige Einbauten auch bei Tageslicht wegen der mangelnden Sichtbarkeit eine erhebliche Gefahr dar.
- Durch Einengungen des Lichtraumprofils erzwungene enge Radien verringern die Akzeptanz von Radverkehrsanlagen und erschweren die Befahrbarkeit bei ungünstigen Witterungsbedingungen.
- Sichtbehinderungen infolge von Einbauten bergen Unfallrisiken, z. B. hinsichtlich Kollisionen mit Fußgängern.
- Durch Schranken und Umlaufsperrern kann bei falscher Ausführung das zügige Räumen zu querender Straßen und Schienenwege durch Gruppen oder durch Fahrräder mit Anhänger beeinträchtigt werden, was erhebliche Gefährdungen bewirkt“ (ERA, Kap.11.1.10).

Ist die Installation eines Sperrelementes in begründeten Fällen jedoch zwingend notwendig, so muss dieses nach den anerkannten Regeln der Technik ausgestaltet sein.

Im Bottroper Stadtgebiet gibt es eine hohe Anzahl von Sperrelementen, die derzeit nach und nach durch das Stadtplanungsamt – Abteilung Verkehrsplanung erfasst und nach den oben genannten Kriterien beurteilt werden. In einem ersten Schritt wurden 93 Sperrelemente erfasst, erste Maßnahmen entwickelt und bereits teilweise umgesetzt. Eine Tabelle mit ersten Maßnahmen und dem Umsetzungsstand ist Anlage 1 zu entnehmen. Eine Übersichtskarte mit allen 93 Standorten wird in der Sitzung ausgehängt. Bei Bedarf stellt das Stadtplanungsamt auf Anfrage unter [sylvia.staudt@bottrop.de](mailto:sylvia.staudt@bottrop.de) sowohl die Übersichtskarte als auch eine entsprechende Excel-Datei digital zur Verfügung.

Bisher gibt es kein vollumfängliches Kataster über Sperrelemente im Bottroper Stadtgebiet. Sofern weitere Sperrelemente bekannt sind, die nicht auf der Übersichtskarte aufgeführt sind, bittet das Stadtplanungsamt, Abteilung Verkehrsplanung um Rückmeldung des Standortes, damit das bestehende Kataster ergänzt und nicht bekannte Sperrelemente ebenfalls geprüft werden können.

In der letzten Sitzung der Unfallkommission am 23.11.2023 wurde seitens der Bezirksregierung Münster eindringlich darauf hingewiesen, dass der Einsatz von Sperrelementen noch einmal streng zu überprüfen ist. Im Rahmen der jährlichen Bereisungen durch die Bezirksregierung wird hierauf ein besonderes Augenmerk gelegt. Möglichst alle Sperrelemente, auch Sperrpfosten, sollen aufgrund der Unfallgefahr und Behinderung zurückgebaut werden. Nur in begründeten Fällen dürfen Sperrelemente weiterhin zum Einsatz kommen. Daher werden in einem nächsten Schritt erneut alle bisher bekannten Standorte noch strenger auf den Einsatz von Sperrelementen überprüft, entsprechende Maßnahmen entwickelt und ein noch weitergehender Rückbau umgesetzt.

Sobald die erneute Überprüfung der Standorte abgeschlossen ist, wird dazu in den politischen Gremien berichtet.

Tischler

Anlage(n):

1. Umlaufsperrern mit Handlungsbedarf

## Anlage 1: Sperrelemente mit Handlungsbedarf\*

\* Erläuterungen zu den Verkehrszeichen (VZ) und Zusatzzeichen siehe letzte Seite der Anlage

Nr.	Standort / Bezirk	Art des Elements 2023	Sachstand 2023	Vz vorhanden	Maßnahmenvorschlag 2023
1	Im Beckedahl / Mönchenort; Bezirk Süd	Sperrpfosten	umgebaut mit Sperrpfosten	239	Vz 239 ersetzen durch 240
3	Kampstraße / Prosperstraße; Bezirk Süd	Umlaufsperr	unverändert	239	Abbau und Ersatz durch Sperrpfosten, Bordsteinabsenkung in der Wendeanlage an der Kampstraße, Vz 239 durch 240 ersetzen
6	Emscherweg in Höhe Im Werth; Bezirk Süd	Umlaufsperr	unverändert	240	kaputtes Element ersetzen, Standorte der Elemente an Lastenfahräder anpassen
8	Am Pastors Busch / Bottroper Straße; Bezirk Kirchhellen	Betonhalbkugeln	unverändert	250	reflektierende Farbe aufbringen
12	Brakerstraße / Verbindung zur Morianstraße; Bezirk Süd	Sperrpfosten	unverändert	239, 1022-10	linken Sperrpfosten entfernen
14	Gohrweide / Am Piekenbrocksbach; Bezirk Süd	Sperrpfosten	Sperrpfosten vorhanden, VZ 205 vorhanden	240	Entfernung des mittleren Sperrpfostens, auf einer Seite 240 ergänzen
15	Bahnhofstraße / Emscher Park Radweg; Bezirk Süd	Umlaufsperr	unverändert		Abbau und Sicherung durch Sperrpfosten, Vz 240 aufstellen
16	Hauptbahnhof / Emscher Park Radweg; Bezirk Süd	1x Umlaufsperr		237, 1012-31	noch einmal prüfen, Vz. Entfernen, Zusatz "Radfahrer frei bis Radstation" reinigen
19	Friedrich-Bitter-Weg / Zum Prosperpark; Bezirk Mitte	1 Bügel	1 Bügel abgebaut		1 Bügel abbauen
21	Lange-Kamp-Weg / Scharnhölzstraße; Bezirk Süd	Sperrpfosten	Umlaufsperr abgebaut, Sperrpfosten vorhanden		Vz 240 aufstellen
22	Lange-Kamp-Weg / Horster Straße (west); Bezirk Süd	Sperrpfosten	umgebaut mit Sperrpfosten		Vz 240 aufstellen
23	Lange-Kamp-Weg / Horster Straße (ost); Bezirk Süd	keines	Umlaufsperr abgebaut		Vz 240 aufstellen
24	Lange-Kamp-Weg / Ostring; Bezirk Süd		West: Umlaufsperr nur weggedreht, Ost: Umlaufsperr versetzt, VZ 205 vorhanden, VZ 240 nicht vorhanden		Umlaufsperr entfernen und mittigen Sperrpfosten setzen, beidseitig Vz. 240 aufstellen
25	Lange-Kamp-Weg / Beckstraße; Bezirk Süd	Umlaufsperr	Umlaufsperr versetzt		Umlaufsperr entfernen und durch mittigen Sperrpfosten ersetzen, Vz 240 aufstellen
26	Funkestraße / Mirkstraße; Bezirk Süd	2 Sperrpfosten	umgebaut mit Sperrpfosten	267, 1022-10 250, 1024-12	Von der Funkestraße zur Mirkstraße 1022-10 ergänzen
27	Hans-Böckler-Str. / Verbindungsweg Im Stadtgarten; Bezirk Mitte	4 Sperrpfosten	unveränderte Sperrpfosten		Pfosten versetzen mit min. 1,50 m Durchlass, VZ 240 ergänzen
28	Im Stadtgarten / Verbindungsweg zu Hans-Böckler-Str.; Bezirk Mitte	1 Sperrpfosten	reflektierende Folie aufgebracht		VZ 240 ergänzen
29	Josef-Albers-Allee / Plaggenbahn; Bezirk Mitte	Sperrpfosten	unverändert		Sperrpfosten entfernen

30	Hierkampweg, Nord- und Südende; Bezirk Mitte	Süd: Umlaufsperr, Nord: Umlaufsperr und Sperrpfosten	unverändert		Elemente entfernen, Vz 240 zu Beginn des Weges an der Hans- Böckler-Straße ergänzen
32	Agnes-Miegel-Str. / Verbindungsweg zu Marktplatz; Bezirk Mitte	Umlaufsperr und Sperrpfosten	unverändert	239, 1022-10	Sperrpfosten versetzen, so dass 1,50 m Restbreite vorhanden sind; Umlaufsperr entfernen
33	Fontanestraße / Goethestraße; Bezirk Mitte	Umlaufsperr	unverändert	240	Entfernung der Elemente, Ersatz durch mittigen Sperrpfosten sowie links und rechts Sperrpfosten im Abstand 1,75 m
34	Mauskirchweg / Oberhausener Straße; Bezirk Mitte	Sperrpfosten	unverändert	250, 1020-12	Sperrpfosten mit Abstand 1,50 m versetzen
38	Hackfurthstr. / Verbindungsweg zu Am Pastors Busch; Bezirk Kirchhellen	Umlaufsperr	andere Umlaufsperr		Umlaufsperr ersatzlos entfernen, beschilderung "Gehweg Radfahrer frei" im ganzen Bereich der Grünfläche
39	Hackfurthstraße / Verbindungsweg zu Seniorenheim; Bezirk Kirchhellen	Umlaufsperr	andere Umlaufsperr		Umlaufsperr ersatzlos entfernen, beschilderung "Gehweg Radfahrer frei" im ganzen Bereich der Grünfläche
40	Hackfurthstr. / Verbindung zu Burghof; Bezirk Kirchhellen	Umlaufsperr	andere Umlaufsperr		Umlaufsperr ersatzlos entfernen, beschilderung "Gehweg Radfahrer frei" im ganzen Bereich der Grünfläche
41	Ottenschlag / Verbindung zu Bottroper Straße; Bezirk Kirchhellen	Sperrpfosten	Sperrpfosten reflektierend, Abstand zu gering	240 Richtung Bottroper Str	Pfosten durch reflektierende Pfosten getauscht, Abstand zu gering, Pfosten entfernen, einen Pfosten mittig aufstellen, Vz 240 auch Richtung Ottenschlag aufstellen
42	Martin-Luther-Str. / Verbindungsweg Richtung Osten; Bezirk Kirchhellen	Sperrpfosten	unverändert	240	Pfosten entfernen, Vz freischneiden
43	Schneiderstr. / Verbindungsweg parallel Bottroper Str.; Bezirk Kirchhellen	Sperrpfosten	neue Sperrpfosten, Abstand zu gering		Pfosten entfernen, Verkehrszeichen in Mitte versetzen
44	Morianstraße / Verbindungsweg zu Steigerstraße; Bezirk Süd	Sperrpfosten	unverändert		Ersatz durch mittigen Sperrpfosten
49	Sterkrader Str. / Verbindungsweg Osterfelder Str.; Bezirk Mitte	1 Bügel	nur noch 1 Element vorhanden	240 richtung Sterkrader Str	Ersatz durch mittigen Sperrpfosten, Vz 240 Richtung Osterfelder Str ergänzen
51	Albrecht-Dürer-Straße / Prosperstraße; Bezirk Süd	Umlaufsperr, beweglich	unverändert		Ersatz durch mittigen Sperrpfosten, VZ 240 für beide Richtungen ergänzen
52	Ludwig-Richter-Straße / Kaulbachstraße; Bezirk Süd	Umlaufsperr, beweglich	unverändert		Ersatz durch mittigen Sperrpfosten, VZ 240 für beide Richtungen ergänzen
53	Ostring / Norpothstraße; Bezirk Süd	Sperrpfosten	umgebaut mit Sperrpfosten	240 Richtung Norpothstraße	VZ 240 Richtung Prosperstraße ergänzen
56	Armelerstraße / Im Springfeld; Bezirk Süd	Umlaufsperr	Umlaufsperr versetzt ohne Überhang	239	Umbau mit Sperrpfosten und Verkehrszeichenpfosten, Ausschilderung mit "Radfahrer frei"

57	Grünwaldstraße / Bogenstraße; Bezirk Mitte	1 Bügel	nur noch 1 Element vorhanden	239	Umbau mit Sperrpfosten und Verkehrszeichenpfosten, Ausschilderung mit "Radfahrer frei"
58	Hugo-Stinnes-Str. / Wilh.-Tenhagen-Str.; Bezirk Süd	keines	Umlaufsperrre abgebaut		Vz. 240 ergänzen
61	Essener Straße / nördlich Lehmkuhler Straße; Bezirk Süd	Umlaufsperrre	unverändert		Ersatz durch mittigen Sperrpfosten, Vz 239 + 1022-10 ergänzen
62	Beisenbohmweg / Parkfriedhof; Bezirk Mitte	Umlaufsperrre	Umlaufsperrre versetzt ohne Überhang		rechten Bügel entfernen
64	Im Beckram Kleingartenanlage / Femweg; Bezirk Mitte	Sperrpfosten	unverändert		Umlaufsperrre ersatzlos entfernen
65	Wittekindstraße / Gernotstraße; Bezirk Mitte	Umlaufsperrre	unverändert		Umlaufsperrren entfernen, VZ 239 Gehweg ergänzen um Zusatz 1022-10 Radverkehr frei
66	Wittekindstraße Zugang Spielplatz; Bezirk Mitte	Umlaufsperrre	unverändert		Umlaufsperrren entfernen, VZ 239 Gehweg ergänzen um Zusatz 1022-10 Radverkehr frei
67	Wittekindstraße / Am Scheidgensbach; Bezirk Mitte	Umlaufsperrre	unverändert		Umlaufsperrren entfernen, VZ 239 Gehweg ergänzen um Zusatz 1022-10 Radverkehr frei
68	Sterkrader Straße / Kiefernweg Ost; Bezirk Mitte	Umlaufsperrre	unverändert	240	Entfernen und durch Sperrpfosten ersetzen außermittig, so dass 1,50 m zu einer Seite befahrbar ist
69	Sterkrader Straße / Kiefernweg West; Bezirk Mitte	Sperrpfosten	umgebaut mit Sperrpfosten	240	Pfosten an den rechten Wegrand versetzen
70	Im Fuhlenbrock / Am Nappenfeld; Bezirk Mitte	Umlaufsperrre	unverändert		mittigen Sperrpfosten setzen (min. aber 1,50 m zu einer Seite), VZ 240 auf beiden Seiten ergänzen
72	Feldstraße/Welbraucksweg; Bezirk Kirchhellen	Umlaufsperrre			Umlaufsperrren gegen einen mittigen Sperrpfosten ersetzen, VZ 240 auf beiden Seiten, VZ 205 auf südlicher Seite
73	Hackfurthstraße/Ecke Burgstraße; Bezirk Kirchhellen	Umlaufsperrre			Umlaufsperrren ersatzlos entfernen, Beschilderung "Gehweg Radfahrer frei" im ganzen Bereich der Grünfläche
74	Burgstraße/Durchgang Welbraucksweg; Bezirk Kirchhellen	Umlaufsperrre			ersetzen durch Sperrpfosten, mittiger Durchlass von wenigstens 1,50 m, VZ 240 beidseitig
77	Im Stadtgarten / Verbindungsweg zu Hans-Böckler-Str._Parallelweg; Bezirk Mitte	Sperrpfosten			VZ 240 ergänzen
79	Im Gewerkepark/Boykampsweg_westlich; Bezirk Süd	Sperrpfosten		240	äußere Pfosten versetzen, min 1,50 m Abstand
79.1	Im Gewerkepark/Boykampsweg_östlich; Bezirk Süd	Umlaufsperrre			Umlaufsperrre entfernen und durch mittigen Sperrpfosten ersetzen, Vz 240 aufstellen
80	Eichendorffstraße 81_85; Bezirk Mitte	Umlaufsperrre			Umlaufsperrre ersatzlos entfernen

81	Am Scheidgensbach_Durchgang Steinbrinkstraße; Bezirk Mitte	Umlaufsperr			Umlaufsperrn entfernen, VZ 239 Gehweg ergänzen um Zusatz 1022-10 Radverkehr frei
82	Gernotstraße/Richtung Wittekindstraße; Bezirk Mitte	Umlaufsperr			Umlaufsperrn entfernen, VZ 239 Gehweg ergänzen um Zusatz 1022-10 Radverkehr frei
83	Grünwaldstraße Wendeanlage; Bezirk Mitte	Umlaufsperr			Umlaufsperrn ersatzlos entfernen, bestehendes VZ durch Radfahrer frei ergänzen
84	Heidestraße/Fontanestraße; Bezirk Mitte	Umlaufsperr	erledigt		Umlaufsperrn entfernen, Sperrpfosten setzen mit Durchlass min. 1,50 m
86	Lindhorststraße neben Hausnr. 240a; Bezirk Mitte	Umlaufsperr		240	hinteren Sperrbalken entfernen
87	Verbindung Niebelungenweg - Herzogstraße, Bezirk Mitte	Umlaufsperr			Abbau und Ersatz durch mittigen Poller, nicht herausnehmbarer Poller möglich, Weg mit Vz. 240 beschildern
88	Verbindungsweg Mönchenort - Paßstraße, Bezirk Mitte	Sperrpfosten	umgebaut mit Sperrpfosten	239	Beschilderung auf 240 ändern
89	Im Fuhlenbrock 52, Zugang Spportanlage Jacobi; Bezirk Mitte	Sperrpfosten			Weg mit Vz. 240 beschildern
90	Steigerstraße 23/25; Bezirk Süd	Sperrpfosten			Sperrpfosten ersatzlos entfernen
91	Brinkstraße 9/11; Bezirk Süd	Sperrpfosten			Weg mit Vz. 240 beschildern
92	Brinkstraße 8a/10; Bezirk Süd	Sperrpfosten			Weg mit Vz. 240 beschildern
93	Kraneburgstraße östlich Hausnr. 75; Bezirk Süd	Umlaufsperr			Beschilderung der Grünfläche als gemeinsamer Geh- und Radweg; umlaufsperr ersatzlos entfernen

umgesetzt (Stand 29.11.2023)

#### Erläuterungen zu den Verkehrszeichen (VZ) und Zusatzzeichen



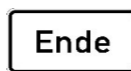
VZ 205 "Vorfahrt gewähren"



VZ 267 "Verbot der Einfahrt"



VZ 237 "Radweg"



ZZ 1012-31 "Ende"



VZ 239 "Gehweg"



ZZ 1020-12 "Radfahrer und Anlieger frei"



VZ 240 "Gemeinsamer Geh- und Radweg"



ZZ 1022-10 "Radfahrer frei"



VZ 250 "Verbot für Fahrzeuge aller Art"



ZZ 1024-12 "Kfz mit einer zulässigen Gesamtmasse über 3,5 t, einschließlich Anhänger, und Zugmaschinen, ausgenommen Personenkraftwagen und Kraftomnibusse frei"

Datum

05.02.2024

Drucksache Nr.

**2024/0057**

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Zuständigkeit
Bezirksvertretung Bottrop-Mitte	11.04.2024	Entscheidung

## Betreff

### Festlegung von Straßenausbauprogrammen

hier:

### Ausbau der Straße Im Beckedal

## Beschlussvorschlag

Die Straße Im Beckedal erhält auf der Grundlage des Planes des Fachbereichs 66 „Ausbau der Straße Im Beckedal“, Straßenausbauprogramm, Lageplan vom 14.12.2023, die folgende Befestigung:

Mischfläche:	Betonsteinpflaster (rot) auf Tragschicht
Parkflächen:	Betonsteinpflaster (anthrazit) auf Tragschicht
Begrünung:	Bodendecker und Bäume (Ahorn) in Grünflächen
Entwässerung:	Rinnenabläufe mit Anschluss an den Mischwasserkanal
Beleuchtung:	Aufsatzleuchten mit LED

## Finanzielle Auswirkungen

Finanzielle Auswirkungen:	ja
Haushalt im Jahr:	2024/2025
Produkt und Sachkonto:	120101 / 7.000.518.7000
Art der Ausgabe:	Ausbau der Straße Im Beckedal
Bedarf:	715000,- Euro + FW 90.000,- Euro
Haushaltsansatz:	824.000,- Euro
zusätzliche Einnahmen:	Anliegerbeiträge nach KAG /Landeszuwendung
einmalige Belastung:	Eigenanteil der Stadt Bottrop
jährliche Folgekosten:	keine



## **Problembeschreibung / Begründung**

Die Verwaltung hat den Entwurf des Straßenausbauprogramms für den Ausbau der Straße Im Beckedal erarbeitet.

Die Straße Im Beckedal liegt im Stadtteil Bottrop-Mitte und dient als innere Erschließung eines Wohngebietes. Sie verknüpft die Paßstraße mit der Straße Auf der Bette.

Damit der Straßenverlauf nicht als Umgehungsstrecke genutzt werden kann, ist schon im Bestand der Straße ein Teilstück als Einbahnstraße ausgewiesen, sodass der Anliegerverkehr von der Paßstraße kommend ein- und ausfahren kann, aber ab der abgebundenen Straße Mönchenort eine Einbahnstraße in Richtung Auf der Bette vorliegt.

Im Zuge der vorgesehenen Kanalbaumaßnahme in dieser Straße soll auch die Verkehrsfläche erneuert werden. Dazu fand am 12.12.2023 in der Albert-Schweitzer-Grundschule eine Bürgerinformationsveranstaltung statt, in der den Anwohnern und den politischen Vertretern das Ausbaukonzept vorgestellt wurde.

Der vorhandene Straßenquerschnitt weist nur einen einseitigen, funktionsfähigen Gehwegbereich auf, der auch als Schulweg genutzt wird. Die Schüler queren die Fahrbahnfläche an mehreren Stellen um auf das Schulgelände oder zu den Grünanlagen zu gelangen. Die Stellplatzsituation in der gesamten Straße ist ungeordnet. Um eine Optimierung der Verkehrsfläche für alle Verkehrsteilnehmer zu erhalten, ist ein Ausbau als verkehrsberuhigter Bereich („Spielstraße“) vorgesehen. Dabei bleibt aber die Einbahnstraßenlösung (Teilabschnitt) erhalten und auch der Radfahrer kann weiterhin entgegen der Einbahnstraße die Verkehrsfläche nutzen.

Der vorhandene Baumbestand in und an der Straße bleibt erhalten. Zusätzlich können 11 neue Bäume gepflanzt werden. Die für die Verkehrsberuhigung notwendigen Baumscheiben, die nicht bepflanzt werden können, werden mittels Hochborden und Auspflasterung (mit Warnbake) hergestellt.

Der ruhende Verkehr wird durch das Anlegen von 31 Stellplätzen neu geregelt.

Die Anwohner haben den vorgestellten Ausbauentwurf zur „Spielstraße“ als die optimale Lösung für alle Verkehrsteilnehmer angesehen und die Baumaßnahme begrüßt.

Die Befestigung der neu herzustellenden Verkehrsfläche erfolgt entsprechend der RStO`12.

Die Beleuchtung der Straße wird komplett mit LED-Leuchten erneuert.

Nach §14 Abs. 1, Nr. 3 Buchst. c) der Hauptsatzung der Stadt Bottrop vom 14.05.1997 in der geltenden Fassung ist den Bezirksvertretungen die Festlegung von Ausbau- und Unterhaltungsprogrammen für Erschließungsanlagen vorbehalten, soweit die Bedeutung der Angelegenheit im Einzelnen nicht wesentlich über den Stadtbezirk hinausgeht.

Bei der Verkehrsfläche der Straße Im Beckedal handelt es sich um eine Anlage, deren Bedeutung nach §14 Abs. 1 der Hauptsatzung nicht über den Stadtbezirk hinausgeht, so dass die Zuständigkeit der Bezirksvertretung gegeben ist.

Die Verwaltung empfiehlt das Straßenausbauprogramm für die Verkehrsfläche der Straße Im Beckedal, auf der Grundlage des Planes des Fachbereichs 66 „Ausbau der Straße Im Beckedal“, Straßenausbauprogramm, Lageplan vom 14.12.2023, zu beschließen.

Der Lageplan wird in der Sitzung vorgelegt und bei Bedarf erläutert.

Tischler

Anlage(n):

1. Nachhaltigkeitscheck
2. Protokoll Bürgerinfo Im Beckedal
3. Lageplan

**Nachhaltigkeits-Check für Beschlussvorlagen des Rates und der Ausschüsse der Stadt Bottrop auf Basis der Vision Zukunftsstadt 2030+**

Einschätzung der Verwaltung, ob die vorliegende Beschlussvorlage einen "stark fördernden", "leicht fördernden", keinen aussagefähigen, einen "leicht hemmenden" oder "stark hemmenden" Effekt für die Umsetzung der Handlungsfelder und der Ziele der Vision Zukunftsstadt 2030+ hat.

Beschlussvorlage Nr. Ausbau der Straße Im Beckedal

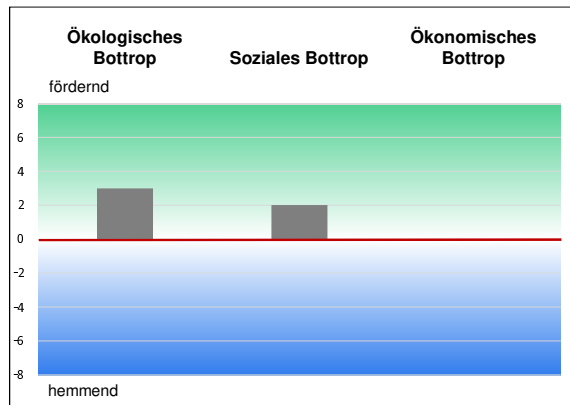
stark fördernd ++	leicht fördernd +	keine Aussage möglich o	leicht hemmend --	stark hemmend ---	
bitte entsprechend eintragen					Begründung bitte in Stichpunkten die wesentlichen Gründe nennen, die zur Einschätzung führen (s. auch Anlage: Erklärung der Kategorien)

<b>1 Ökologisches Bottrop</b>		
1.1 Grüne und blaue Infrastrukturen sichern und stärken	+	Schaffung von Grünflächen und Baumstandorten
1.2 Klima schützen, Klimaresilienz (Widerstandsfähigkeit) erhöhen	o	keine Auswirkungen
1.3 Ökologische Mobilität und Erreichbarkeit ermöglichen, fördern und ausbauen	+	Bau einer Mischfläche erhöht die Fußgängerfreundlichkeit und die Aufenthaltsqualität
1.4 Natürliche Lebensgrundlagen, Artenvielfalt und Biodiversität bewahren und fördern	+	Schaffung von zusätzlichen Grünflächen und Bäumen im öffentlichen Raum
<b>2 Soziales Bottrop</b>		
2.1 Wohnen und Versorgung aller Bevölkerungsgruppen sichern	o	keine Auswirkungen
2.2 einzigartige Quartiere und Stadtteile stärken	o	keine Auswirkungen
2.3 Teilhabe und sozialen Ausgleich für alle Bevölkerungsgruppen ermöglichen	o	keine Auswirkungen
2.4 Sicher und gesund leben	++	Erhöhung der Verkehrssicherheit insbesondere für verkehrsschwache Teilnehmer (Fußgänger und Radfahrer)
<b>3 Ökonomisches Bottrop</b>		
3.1 Finanzen und Haushalt nachhaltig generieren und einsetzen	o	keine Auswirkungen
3.2 Innovation und Digitalisierung fördern	o	keine Auswirkungen
3.3 Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort nachhaltig stärken	o	keine Auswirkungen
3.4 Ressourcenschonend, sozial und ökologisch wirtschaften	o	keine Auswirkungen

**Zusammenfassung**

	<b>Ökologisches Bottrop</b>	<b>Soziales Bottrop</b>	<b>Ökonomisches Bottrop</b>
stark fördernd (++)	0	2	0
leicht fördernd (+)	3	0	0
kein Aussage möglich (o)	0	0	0
leicht hemmend (-)	0	0	0
stark hemmend (---)	0	0	0
<b>Bilanz</b>	<b>3</b>	<b>2</b>	<b>0</b>

**Hinweis:** Die Dimensionen erhalten für die Anzahl der Einschätzungen jeweils folgende Werte:  
 stark fördernd (++) = 2, leicht fördernd (+) = 1,  
 kein Aussage möglich (o) = 0  
 leicht hemmend (-) = -1, stark hemmend (---) = -2  
 Die Bilanz ergibt sich durch die Summe der einzelnen Werte. Die beste Wertung für eine Dimension ist 8, die schlechteste Wertung beträgt -8.



## **Ausbau der Straße Im Beckedal**

### **Bürgerversammlung zum Straßenausbau der Straße Im Beckedal**

Am 12.12.2023 fand in der Aula der Albert-Schweitzer-Grundschule, Prosperstraße 95, 46236 Bottrop, eine Bürgerversammlung statt. Beginn 18:00 Uhr.

#### **Protokoll**

Teilnehmer waren:

Herr Gathmann,      Fachbereich (20/3)

Herr Jonek,            Fachbereich (66)

Herr Lohbeck,        Fachbereich (66/2)

Herr Meyer,           Fachbereich (66/2)

Frau Moser,            Fachbereich (66/2)

Mitglieder der Bezirksvertretung Mitte und Presse

sowie ca. 30 Bürgerinnen und Bürger.

#### **Begrüßung**

Herr Jonek begrüßt die anwesenden Bürgerinnen und Bürger. Danach stellt er die Vertreter der Verwaltung vor und erläutert, dass die heutige Veranstaltung dazu dient, Anregungen und Bedenken zur Entwurfsplanung abzufragen und anschließend auszuwerten. Im zweiten Teil der Veranstaltung soll über die Straßenbaubeiträge informiert werden. Hier weist Herr Jonek darauf hin, dass die Landesregierung die Förderquote für die Anliegerbeiträge nach aktueller Beschlussfassung auf 100% erhöht hat, so dass zwar Anliegerbeiträge nach KAG berechnet werden, aber diese nicht von den Eigentümern, nach der derzeitigem Kenntnisstand, bezahlt werden müssen.

Im Weiteren erklärt Herr Jonek den Anwesenden den geplanten Ablauf der Informationsveranstaltung. Zunächst wird Frau Moser die Planung anhand einer Power-Point-

Präsentation erläutern. Nach dem Vortrag können dann Fragen und Anregungen zur Planung vorgetragen werden.

### **Erläuterungen zum Ausbau der Straße Im Beckedal**

Frau Moser erläutert den Entwurfsvorschlag der Verwaltung anhand einer Power-Point-Präsentation.

Folgende Grundlagen und Randbedingungen zum Ausbauentwurf wurden den Anwesenden mitgeteilt und erläutert:

- Funktion: Erschließungsstraße
- Ausbaufäche: ca. 3.800 m<sup>2</sup>
- Gesamtlänge: ca. 410 m
- Breite: ca. 8,00 m bis 10,00 m, Wendeanlage ca. 17,00 m
- Kanalerneuerung im Vorfeld erforderlich

Die Decke der Fahrbahn besteht aus einer ca. 3-4 cm dicken teerhaltigen Befestigung auf einer unterschiedlich dicken Schicht aus Hochofenschlacke, Kies, Bauschutt und Auffüllungen. In der gesamten Zwischenzeit wurde die Verkehrsfläche vom Fachbereich Tiefbau unterhalten und bei Bedarf Instand gesetzt.

Der schlechte bauliche Zustand der gesamten Verkehrsfläche wird in der Präsentation verdeutlicht und anhand eines grafischen Beispiels (Vergleich Ist- / Soll-Zustand) aufgezeigt (Folie 4). Die heutige Anforderung an den Konstruktionsaufbau der Straße liegt bei einer Dicke von 65 cm (53 cm dicke Schotterschicht, 4 cm Bettungsmaterial, 8 cm Pflasterstein).

Auch wurde auf die eigentlichen Ziele einer Neuplanung hingewiesen:

- Erhöhung der Wohn- und Verkehrsqualität
- Umfeld und Struktur der Straße geben den Ausbau der Fläche zu einem verkehrsberuhigten Bereich her
- effektive Verkehrssicherheit für alle Verkehrsteilnehmer durch alternierendes Parken und damit einhergehender Geschwindigkeitsreduzierung
- Pflanzung von standortgerechten Bäumen zur Durchgrünung der Straße

Farbliche Darstellungen auf dem Lageplan:

- rote Flächen: rotes Betonsteinpflaster symbolisiert die eigentliche Mischfläche (Laufen und Fahren gemeinschaftlich)
- graue Flächen: anthrazitfarbenes Betonsteinpflaster als Parkflächen
- ockerfarbene Flächen: Anschluss an vorhandene Gehwege – Ausbildung mit grauem Betonsteinpflaster

- grüne Flächen: Grün- bzw. Baumscheiben im Bereich der öffentlichen Verkehrsfläche

In weiteren Schaubildern wird der zukünftige Ausbau im Straßenquerschnitt und abschnittsweise im Lageplan vorgestellt. Erklärungen im Hinblick auf öffentliche Stellplätze, Bepflanzungen und Verkehrsflächenaufteilungen werden zu den einzelnen Plandarstellungen vorgetragen. Ebenfalls wird auf weiteren Bildern die zukünftige Beleuchtung und Bepflanzung (Gemeine Hopfenbuche) aufgezeigt.

Zum weiteren zeitlichen Ablauf wird den Anwesenden mitgeteilt, dass die in der Bürgerinformationsveranstaltung vorgestellte Planung auf Grund der Wünsche und Anregungen der Bürger überarbeitet und abschließend der Bezirksvertretung Bottrop-Mitte zur Beschlussfassung des Straßenausbauprogramms vorgelegt wird. Anschließend erfolgt die Ausführungsplanung und die Ausschreibung der Maßnahme, so dass mit einem Ausgabebeginn Ende 2024 zu rechnen ist.

### **Baukosten**

- Baukosten Kanal: ca. 1.750.000,-
- Baukosten Straße: ca. 780.000,-

### **Erläuterungen zu den Straßenbaubeiträgen**

Nach aktueller Rechtslage fördert das Land Nordrhein-Westfalen die Anliegeranteile zu 100%. Aus diesem Grund werden keine Straßenbaubeiträge für die Herstellung der Straße Im Beckedal von den Eigentümern erhoben.

Rein vorsorglich wird allerdings darauf hingewiesen, dass die Straßenbaubeiträge gemäß § 8 Kommunalabgabengesetz Nordrhein-Westfalen (KAG NW) durch den Landesgesetzgeber nicht gänzlich abgeschafft worden sind, so dass grundsätzlich weiterhin eine Beitragserhebungspflicht besteht. Dieses könnte theoretisch zum Tragen kommen, wenn aus irgendeinem Grund eine Förderung durch das Land für die beabsichtigte Baumaßnahme ausbleiben sollte.

Anfang nächsten Jahres soll es eine Gesetzesänderung geben, die eine Kostenbeteiligung der Bürger nach KAG grundsätzlich abschafft.

Nach Abschluss des Vortrages gibt Herr Jonek den anwesenden Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit ihre Fragen und Anregungen zu äußern.

## Diskussion

Im weiteren Verlauf werden die Fragen und Anmerkungen der anwesenden Bürger von der Verwaltung aufgenommen bzw. beantwortet.

- 1. In der vorgestellten Planung der Straße Im Beckedal sind zu wenige Stellplätze vorgesehen. Viele Eigentümer haben mehr als einen Pkw, sodass diese auf der Straße abgestellt werden müssen.**

In der Straße wurde die Anzahl der abgestellten Fahrzeuge gezählt und mit 30-35 Parkern ermittelt. Im vorgestellten Lageplan sind 31 öffentliche Stellplätze vorgesehen.

- 2. Die Stellplätze werden von Fremdparkern aus dem Umfeld und hauptsächlich von den Lehrkräften der angrenzenden Schule und Mitarbeitern aus der Kindertagesstätte belegt. Kann man diese nicht zwingen auf dem Schulgelände zu parken?**

Die Anmerkung wird zur Kenntnis genommen und mit den Fachämtern der Verwaltung abgestimmt. Grundsätzlich gibt es aber kein Anrecht auf einen Stellplatz im öffentlichen Verkehrsraum, sodass jeder hier parken darf.

- 3. Ist das Einrichten von Stellplätzen für die Elektromobilität vorgesehen?**

Derzeit gibt es keinen Versorger, der das vorsieht. Im Zuge der Herstellung der neuen Verkehrsfläche werden Leerrohre in der Straße verlegt, sodass ein nachträgliches Einrichten von Elektro-Ladesäulen möglich ist.

- 4. Werden die Versorger angefragt und wie ist die Regelung bei der Verlegung neuer Leitungen?**

Die Versorger sind im Vorfeld bereits über die Baumaßnahme informiert worden. Mit dem Entwurf nach dieser Bürgerinformation werden alle Versorger erneut angeschrieben und es folgt eine Abstimmung über eventuelle Neuverlegungen. Sie werden ebenfalls darauf hingewiesen, dass es nach der Herstellung der Verkehrsfläche zu einer Sperrfrist von fünf Jahren kommt, in denen es den Versorgern untersagt ist, Maßnahmen in dieser Straße durchzuführen. Eine Ausnahme bleibt hier ein Störfall (z.B. Wasserrohrbruch).

- 5. Der Kindergarten wird derzeit umgebaut bzw. erweitert. Ist das bei der Planung berücksichtigt?**

Die Baumaßnahme wird mit dem Fachbereich Tiefbau abgestimmt.

**6. *Komme ich während der Baumaßnahme auf mein Grundstück?***

Die Anwohner werden von der zukünftigen Baumfirma über den Baubeginn und die Vorgehensweise informiert.

Das Erreichen der Grundstücke ist zu Fuß jederzeit möglich. Mit Fahrzeugen sind die Grundstücke im Regelfall ebenfalls zu erreichen, außer die Arbeiten finden unmittelbar vor dem Grundstück statt. Man muss sich aber auch darauf einstellen, sein Fahrzeug ein oder zwei Tage anderweitig abzustellen. Auch können Abstimmungen direkt mit der ausführenden Firma erfolgen, falls ein größeres Fahrzeug eine Lieferung (z.B. Möbeltransport) bringen muss.

**7. *Wie sieht es mit der Müllabfuhr aus. Können die Fahrzeuge während der Baumaßnahme hier fahren?***

Für die Häuser, die während der Bauarbeiten durch die Müllabfuhr nicht erreicht werden können, wird die ausführende Firma die Müllgefäße am Tag der Leerung an einen für die Müllabfuhr zu erreichenden Ort transportieren und nach der Leerung wieder zu den einzelnen Häusern zurückzubringen.

**8. *Im Moment erneuert das Wasserwerk (RWW) die Leitung in der Straße. Diese ist so marode, dass ein kompletter Leitungsaustausch vorgesehen wird. Mit dem Baubeginn ist im Sommer 2024 zu rechnen. Kann man diese Maßnahme nicht mit dem Straßenbau zusammenlegen?***

Die Versorgerarbeiten werden im Regelfall vor dem eigentlichen Straßenbau durchgeführt. Hierdurch sollen zeitliche Verzögerungen vermieden werden. Der Straßenbau ist für Ende 2024 vorgesehen und somit müssten sich beide Bauvorhaben gegenseitig nicht stören.

Seitens der Verwaltung wird Kontakt zum RWW aufgenommen und geprüft, ob eine Zusammenlegung der Maßnahmen möglich ist.

**9. *Erfolgt der Kanalbau als Trennsystem (separater Regen- und Schmutzwasserkanal)?***

In der Verwaltung wurden Überlegungen angestellt, ob hier ein Trennsystem eingebaut werden soll oder nicht. Es ist vermutlich auf Jahrzehnte hin nicht absehbar, bis wann oder ob überhaupt ein Anschluss an das offene Gewässer Piekenbrocksbach gewährleistet werden kann. Deshalb wurde nach intensiver Abwägung entschieden, keine Trennkanalisation in diesem Bereich einzuführen, sondern das vorhandenen Mischsystem zu erneuern.

**10. *Vor einigen Jahren wurde der Bolzplatz inkl. Basketballfeld errichtet. Der zur Straßenseite hin eingebaute Zaun ist jedoch zu niedrig und oftmals landen Spielgeräte auf der Straße und auf den dort abgestellten Fahrzeugen. Kann der Zaun im Zuge der Straßenbaumaßnahme erhöht werden?***

Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen und an den zuständigen Fachbereich weitergeleitet.



**11. Die Garagen werden sehr oft nicht zum Parken genutzt. Außerdem werden PKW-Anhänger lange Zeit auf der Straße abgestellt. Kann die Stadt hier eingreifen?**

Fahrzeuge oder Anhänger etc. dürfen für einen Zeitraum von 14 Tagen unbewegt auf der Straße / Auf Stellflächen abgestellt werden. Im Anschluss können Bußgeldverfahren eingeleitet werden.

Garagen müssen jedoch immer so viel Platz bieten, dass jederzeit ein PKW darin abgestellt werden kann. Eine baurechtliche Prüfung wäre hier möglich.

**12. Für das neue Baugebiet hinter der Bebauung sieht das Parkraumkonzept derzeit einen Parkschlüssel von 1:1 vor. Der Schlüssel sollte erhöht werden, da viele Familien mehrere private PKWs besitzen.**

Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen und an das zuständige Stadtplanungsamt weitergeleitet.

**13. Auf dem vorgestellten Lageplan sind die Stellplätze dargestellt. Darf auch zwischen den aufgezeigten Parkplätzen geparkt werden?**

Nein, in verkehrsberuhigten Bereichen (Spielstraße) darf nur auf den dafür vorgesehenen Flächen geparkt werden. Andernfalls können Bußgelder verhängt werden. Hierzu ist auch keine weitere Beschilderung notwendig.

**14. Im Bereich des Wendehammers entsteht eine Zufahrt zu dem neuen Wohngebiet. Kann es im Zuge des Neubaus der Straße Im Beckedal und der Bebauung der Wohnfläche zu Behinderungen kommen?**

Das Neubaugebiet sollte nicht über die Zufahrt Im Beckedal angedient werden, sondern lediglich über die Paßstraße. Die Bedenken sind jedoch nachvollziehbar und werden an den zuständigen Fachbereich weitergeleitet.

**15. Ist das Einrichten von Behindertenstellplätzen im öffentlichen Verkehrsraum möglich?**

Sofern die Einrichtung eines Behindertenstellplatzes auf dem privaten Grundstück nicht möglich ist, kann ein Antrag auf einen Behindertenstellplatz im öffentlichen Raum beim Straßenverkehrsamt unter Vorlage aller Unterlagen gestellt werden.

**16. Was bedeutet niveaugleicher Ausbau? Wie wird die Entwässerung der Fläche gewährleistet?**

Der Aufbau der öffentlichen Verkehrsfläche erfolgt überall in gleicher Weise. Es gibt keine separaten Gehwege oder Fahrflächen.

Alle Grundstücke bleiben befahrbar und werden ebenerdig angeschlossen. Zu den Vorgärten wird der angrenzende Randstein 5cm überhöht eingebaut, sodass hier eine klare Grenze erkennbar ist.

Das Quergefälle der Straße ist zu den Entwässerungsrinnen geneigt. In der neuen Mischfläche wird eine dreizeilige gepflasterte Entwässerungsrinne das anfallende Niederschlagswasser zu den neuen Sinkkästen führen. Die Entwässerung ist an den neuen Kanal angeschlossen.

**17. Können die Gebäude Schaden bei der Baumaßnahme nehmen?**

Üblicherweise gibt es bei Straßenbaumaßnahmen kein erhöhtes Risiko für angrenzende Wohngebäude. Im Vorfeld der Maßnahme und nach Beendigung der Bautätigkeiten wird bei Bedarf zusätzlich eine Beweissicherung der Gebäude durchgeführt.

**18. Wird die Straße während der Baumaßnahme komplett gesperrt oder wird es eine Wanderbaustelle?**

Im Regelfall wird eine Baustelle abschnittsweise gebaut. Während des Kanalbaus wird eine Baugrube ausgehoben, das Rohr ausgetauscht und die Grube wieder mit einer Schottertragschicht verschlossen. Dies wird als Wanderbaustelle ausgeführt. Beim Straßenbau sind die Abschnitte etwas größer. Zunächst werden die Randsteine zu den Grundstücken und die dreizeilige Rinne jeweils in Betonbettung hergestellt. Im Anschluss folgen die Pflasterarbeiten.

Während der Bautätigkeiten wird es zu kurzzeitigen Behinderungen des Verkehrs und zu Sperrungen des Durchgangsverkehrs kommen.

Das endgültige Verkehrskonzept und der Bauablauf werden jedoch erst mit der ausführenden Firma festgelegt.

**19. Bleibt der Grüngürtel gegenüber der Kindertagesstätte erhalten?**

Im Zuge des Straßenneubaus werden nur die öffentlichen Verkehrsflächen umgebaut. Der Grüngürtel ist nicht von dem Ausbau betroffen und bleibt bestehen.

**20. Muss die Straße in der Farbe „rot“ gepflastert werden oder ist auch eine andere Farbwahl möglich?**

Verkehrsberuhigte Bereiche werden aufgrund der zusätzlichen erhöhten Aufmerksamkeit mit roten Betonpflastersteinen hergestellt. Die Wahl einer anderen Farbe aus optischen Gründen ist nicht möglich.

**21. Werden die Bestandsbäume gefällt? Wer kümmert sich um die neuen Bäume?**

Die Bestandsbäume bleiben im Zuge des Neubaus erhalten. Das Pflanzen und die Pflege der neuen und alten Bäume obliegt dem Fachbereich Umwelt und Grün.

**22. Werden Schwellen in der Mischfläche eingebaut? Viele Autofahrer fahren trotz der Geschwindigkeitsbegrenzung und der Verschwenkungen durch Parkplätze und Baumscheiben deutlich zu schnell.**

Im Stadtgebiet von Bottrop werden keine Schwellen eingebaut. Rettungsdienste werden im Ernstfall ebenfalls ausgebremst und so an einem schnellen Vorankommen gehindert.

**23. Wie ist das weitere Vorgehen nach der Bürgerinfo. Wann ist der Baubeginn und wird es eine weitere Infoveranstaltung geben?**

Der Lageplan wird nach der Veranstaltung überarbeitet. Das Straßenausbauprogramm soll auf der Sitzung der Bezirksvertretung Bottrop-Mitte am 11.04.2024 beschlossen werden. Das Protokoll der Veranstaltung wird ebenfalls beigefügt. Die Politik entscheidet schließlich über den Ausbau der Straße Im Beckedal.

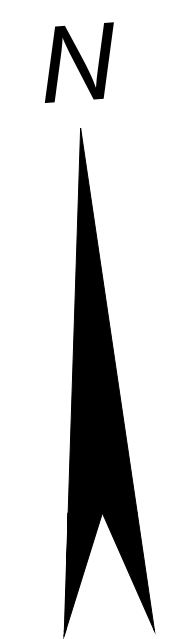
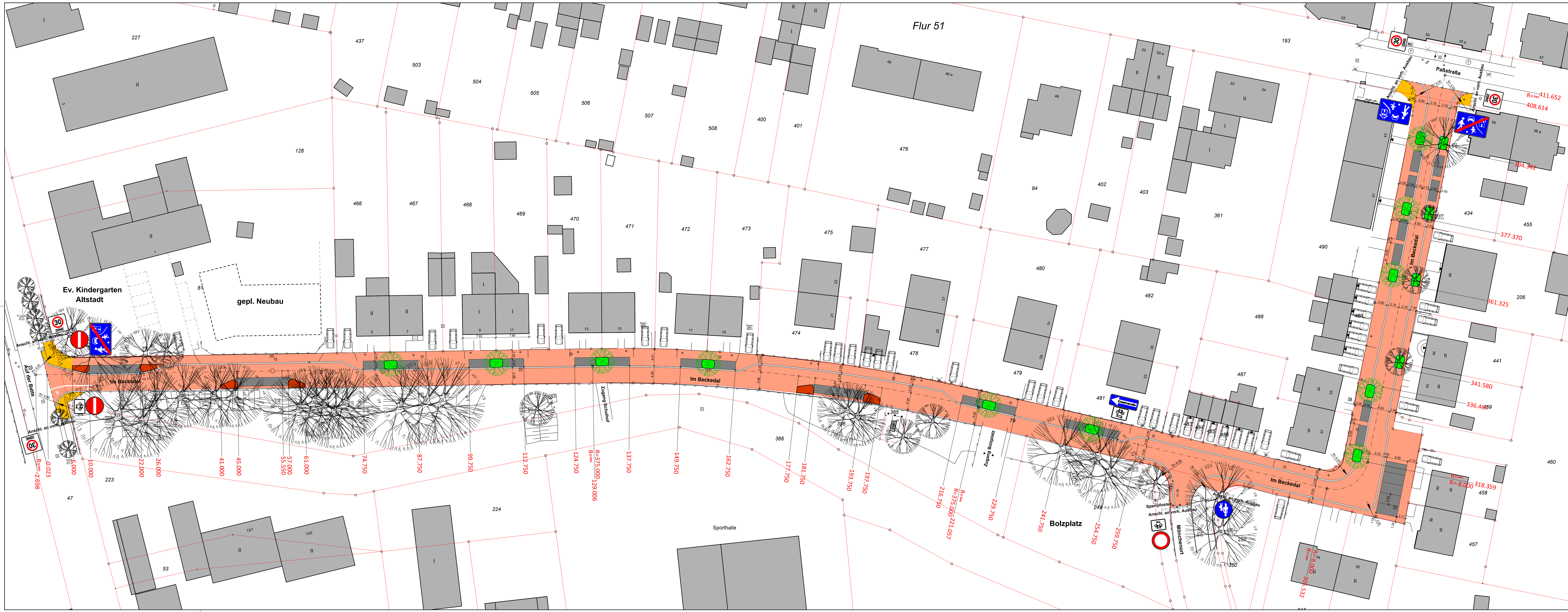
Eine zweite Bürgerinformationsveranstaltung nach der Beschlussfassung ist nicht üblich. Die Anwohner werden von der bauausführenden Firma vor Beginn der Maßnahme per Briefkasteneinwurf kontaktiert.

Nach aktuellem Stand ist mit einem Baubeginn Ende 2024 zu rechnen.

Mit einem Dank an die Zuhörer für eine leidenschaftliche und rege Diskussion beschließt Herr Jonek die Bürgerinformationsveranstaltung um 19:10 Uhr.

Im Anschluss an die Veranstaltung wurden noch individuelle Gespräche über die Planung und die Baudurchführung geführt.

gez. Meyer / Moser



- Grünflächen, Pflanzbeete
- Baumscheibe ohne Begrünung (Auspflasterung mit Warmbake)
- Gehwegflächen
- Mischfläche (Pflaster)
- öffentl. Stellplätze
- Entwässerungsrinne
- vorh. Baumbestand
- Baumeupflanzung
- Baumfällung

bottrop

Straßenplanung

Stadt Bottrop  
Fachbereich Tiefbau 66/2

Ausbau der Straße  
Im Beckedal

Straßenausbauprogramm  
Lageplan

Maßstab: 1 : 250	Datum: 14.12.2023
Entwurfplanung: Meyer	Bauh.Nr.: LP / 1
Gespr.: gez. Meyer	Gesehen: gez. Lohbeck
<div style="display: flex; justify-content: space-around;"> <div style="text-align: center;"> <p style="font-weight: bold; margin: 0;">gez. Müller</p> <p style="font-size: 8px; margin: 0;">Technischer Projektleiter</p> </div> <div style="text-align: center;"> <p style="font-weight: bold; margin: 0;">gez. Jonek</p> <p style="font-size: 8px; margin: 0;">Projektleiter</p> </div> </div>	

Änderungen:

DIESE ZEICHNUNG DARF NUR ZU DEM VORGESEHENEN ZWECK BENUTZT WERDEN. EINE WEITERGABE AN DRITTE ODER EINE VERWENDUNG FÜR ANDERE ZWECKE ODER IN ANDERER GEMEINSCHAFT NICHT ERLAUBT!



Stadt Bottrop, Bezirksstelle Mitte

Bezirksbürgermeister Mitte

Herrn

Klaus Kalthoff

Ernst-Wilczok-Platz 1

46236 Bottrop

11.03.2024

### **Antrag zur Beschilderung der Radwege**

Sehr geehrter Herr Kalthoff, lieber Klaus,

die SPD-Fraktion fordert die Verwaltung auf, bei der Emscher Genossenschaft auf die Beschilderung des Radweges am Kirchschemmsbach hinzuwirken.

#### **Begründung:**

Mithilfe einer Beschilderung des Radweges am Kirchschemmsbach wird eine eindeutige Zuordnung der Straßennamen möglich. Radfahrende können leichter navigieren und ihre Route planen. Davon profitieren sowohl ortskundige als auch ortsfremde Menschen. Auch wenn mittlerweile viele Radfahrende Navigationssysteme verwenden, kann ein Blick auf ausgeschilderte Straßennamen die Routenführung bestätigen. Dadurch kann der Verkehrsfluss aufrecht erhalten werden, was gleichzeitig die Verkehrssicherheit erhöht und Konflikte zwischen den Verkehrsteilnehmer\*innen reduziert.

Mit freundlichen Grüßen

Sandra Behrendt

Sprecherin SPD-Bezirksfraktion Mitte

**Bezirksvertretung Bottrop-Mitte**  
**Stand: 03.04.2024**

Sitzung am 11.04.2024
-----------------------

Lfd. Nr.:	AZ:	Bezeichnung	Sitzungsdatum	Amt/FB	Sachstand
1.	I/4009	Errichtung eines Radschnellweges/Ausbau des Regionalen Radwegenetzes; <u>hier:</u> Flachglas-Trasse	zuletzt 04.03.2021	61	Es haben sich gegenüber der letzten Mitteilung keine nennenswerten Sachstandsänderungen ergeben.
2.	I/4307	Beseitigung von Graffiti am Harald-Lubina-Weg	16.12.2021	BSB	*
3.	I/4461	Errichtung von Trinkwasserbrunnen	19.05.2022	68	*
4.	I/4537	Funktionsänderung der Fußgängerampel Kirchhellener Straße/Overbeckstraße zur Dunkelampel	17.08.2023	66	*
5.	I/4553	Nutzung der Herzogstraße mit schwerem Gerät durch den Fachbereich Umwelt und Grün	19.10.2023	68	Herr Bezirksbürgermeister Kalthoff hatte in der Sitzung am 18.01.2024 über die Entwicklung in der Angelegenheit berichtet.
6.	I/4363	Situation auf dem Bolzplatz auf dem Altlastenhügel Prosper III	07.12.2023	68	*
7.	I/4561	Unterflurabfallbehälter an der Horster Straße(Trapez); <u>hier:</u> Fremdnutzung	07.12.2023	66	*
8.	I/4535	Parkplatz Saalbau; <u>hier:</u> Verbesserung der Sichtbarkeit der Treppenstufen	07.12.2023	66	*
9.	I/3573	Zustand der Flächen im Bereich des Spielplatzes Hans-Böckler-Straße /Ecke Hermann-Löns-Straße	zuletzt 07.12.2023	66/68	*

**Bezirksvertretung Bottrop-Mitte**  
**Stand: 03.04.2024**

Sitzung am 11.04.2024
-----------------------

Lfd. Nr.:	AZ:	Bezeichnung	Sitzungsdatum	Amt/FB	Sachstand
10.	I/4382	Wasserschaden bei der Arbeiterwohlfahrt (AWO) am Trapez nach Abschluss der Arbeiten an der Platzfläche	18.01.2024	66	*
11.	I/4564	Rückstau auf der Linksabbiegespur der Horster Straße in südlicher Fahrtrichtung in die Friedrich-Ebert-Straße	18.01.2024	66	*
12.	I/4565	Anpassung der Leerung von Abfallbehältern durch die Best AÖR an die Hauptverkehrszeiten	18.01.2024	BEST	*
13.	I/4511	Abbau von Umlaufsperrern	zuletzt 18.01.2024	61	siehe Vorlage zu TOP A 16
14.	I/4566	Straße An der Martinskirche; <u>hier:</u> Verschmutzung des fußläufigen Bereichs zwischen Martinszentrum und dem Parkhaus Böckenhoffstraße	18.01.2024	66	Die Umgestaltung des in Rede stehenden Bereichs wurde seinerzeit mit Fördermitteln cofinanziert. Die Zweckbindungsfrist ist noch nicht abgelaufen. Unabhängig hiervon hält die Verwaltung die Demontage der Bänke nicht für sinnvoll, zum einen, da nach deren Feststellung die Bänke auch gerade von älteren Mitbürgern genutzt werden, zum anderen, weil „unerwünschte“ Personen lediglich in andere Bereich wie z. B. die Treppenanlage vor dem Martinszentrum verdrängt würden.
15.	I/4567	Abschluss der Arbeiten der STEAG im Bereich der Lützowstraße; <u>hier:</u> Wiederherstellung der Fahrbahnfläche	18.01.2024	66	Die endgültige Herstellung der Verschleißdecke wurde aufgrund der Witterungsbedingungen zurückgestellt und soll im Laufe des Frühjahrs erfolgen.
16.	I/4568	Einrichtung einer Fahrradstraße im Zuge der Overbeckstraße	18.01.2024	61/66	*

**Bezirksvertretung Bottrop-Mitte**  
**Stand: 03.04.2024**

Sitzung am 11.04.2024

<b>Lfd. Nr.:</b>	<b>AZ:</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>Sitzungsdatum</b>	<b>Amt/FB</b>	<b>Sachstand</b>
17.	I/4569	Fahrbahnschäden im Zuge der L631	18.01.2024	66/Strassen.NR W	*

\* Soweit möglich, wird über den aktuellen Sachstand in der Sitzung berichtet.